Das Morgenthau Tagebuch

Dokumente des Anti-Germanismus

Wie der Morgenthau-Plan entstand und durchgesetzt wurde – Aus der Akten= veröffentlichung des US-Senats

DAS MORGENTHAU-TAGEBUCH

Dokumente des Anti-Germanismus

DAS MORGENTHAU TAGEBUCH

DOKUMENTE DES ANTI-GERMANISMUS

Auswahl und zeitgeschichtliche Hinweise
von Hermann Schild

DRUFFEL-VERLAG

LEONI AM STARNBERGER SEE

Schutzumschlag: Hasso Freischlad
Bilder: Keystone — Süddeutscher Verlag —
Ullstein-Bilderdienst

Die acht Bildtafeln sind eingeschaltet vor den Seiten 17, 33, 209, 225, 305, 321, 369, 385

Internationale Standard-Buchnummer
ISBN 3 8061 0490 5

1970
 • Gesamtherstellung: Satz, Druck und Bindearbeiten:
Druckhaus R. Kiesel, Salzburg
Printed in Austria

HENRY MORGENTHAU JUNIOR UND SEIN „TAGEBUCH"

Vorwort des deutschen Herausgebers

Der vorliegenden Dokumentation liegt eine amtliche Veröffentlichung des Senates der Vereinigten Staaten von Nordamerika zugrunde. Deren genauer Titel lautet (vergl. Seite 18):

Morgenthau Diary (Germany)
Prepared by the
Subcommittee to investigate the administration
of the Internal Security Act and
other internal security laws
of the
Committee on the Judiciary
United States Senate
November 20, 1967
US Government Printing Office Washington

Der genannte Sicherheits-Unterausschuß für Rechtsangelegenheiten des US-Senates hat sich — wie im Vorwort zur amerikanischen Originalausgabe von Senator James 0. Eastland festgestellt wird — „unter Strafandrohung und darauf folgender Zustimmung des verstorbenen Mr. Morgenthau[1]" in den Besitz der veröffentlichten Dokumente gesetzt.

Es handelt sich ausschließlich um Schriftstücke, deren amtlicher Charakter unbestritten ist: Als US-Finanzminister Henry Morgenthau junior nach fast zwölfjähriger Amtstätigkeit im Juli 1945 zurückgetreten war, nahm er eine nach dem Datum geordnete Sammlung von Unterlagen mit, die über die wichtigsten Vorgänge seiner Amtstätigkeit ungewöhnlich genaue Auskunft geben, weil in ihnen nicht nur formulierte und redigierte Aktenstücke, sondern auch stenografische Wortlaut-Niederschriften von Besprechungen, ja von Telefongesprächen festgehalten sind.

Aus dieser amerikanischen Parlamentsveröffentlichung wer-

1 Henry Morgenthau junior — geboren in New York am 11. 5. 1891, gestorben in Ponghkeepsie (Staat New York) am 6. 2. 1967.

den hier die für den deutschen Leser wichtigsten Dokumente in wortgetreuer Übersetzung vorgelegt. Die Übertragung in die deutsche Sprache erfolgte durch eine sachkundige Arbeitsgruppe, der der Verlag zu Dank verpflichtet ist. Die Mitwirkung des Herausgebers beschränkte sich auf die Auswahl der Texte, gelegentliche Einschaltung von Zusammenfassungen und auf besonders gekennzeichnete zeitgeschichtliche Hinweise.

Eine kritische Würdigung der Dokumentation findet der Leser im Nachwort des deutschen Herausgebers.

Zur Einleitung mag eine kurze Orientierung genügen.

*

Bereits der Vater des US-Finanzministers Morgenthau: Henry Morgenthau senior (er starb neunzigjährig am 26. 11. 1946) war eine einflußreiche Persönlichkeit der amerikanischen Politik gewesen.

Im Jahre 1866 als Zehnjähriger mit seinen damals noch wohlhabenden Eltern aus Mannheim nach New York eingewandert, mußte der spätere Multimillionär Morgenthau senior schon als Vierzehnjähriger zum Unterhalt der bald verarmten Einwanderer-Familie beitragen. Dem Zwanzigjährigen freilich gelangen bereits die ersten erfolgreichen Grundstücksgeschäfte in der rasch aufsteigenden Finanzmetropole der Neuen Welt; als 1891 sein einziger Sohn Henry geboren wurde, wuchs dieser bereits in den breiten Verhältnissen eines angesehenen Elternhauses auf (vergl. die Memoiren von Henry Morgenthau senior: „All in a Lifetime4', New York 1923).

Politischen Einfluß gewann die Familie Morgenthau im Jahre 1912. Da sich damals die bis dahin in den Vereinigten Staaten jahrzehntelang führende Republikanische Partei spaltete, gewann für die in jenem Jahr bevorstehende Präsidentenwahl die Nominierung des Präsidentschaftskandidaten der oppositionellen Demokratischen Partei besondere Bedeutung. Der Finanzmann Henry Morgenthau senior machte seinen ganzen Einfluß geltend, um diese Kandidatur dem nicht allzu bekannten Professor Woodrow Wilson zu verschaffen; als dies erreicht war, wurde er im Wahlkampf der Schatzmeister seines Kandidaten. Nach amerikanischer Gepflogenheit zeigte sich dieser nach dem Sieg erkenntlich: Vater Morgenthau wurde im Herbst

1913 zum Botschafter ernannt und als Vertreter seines Landes an den Hof des Sultans nach Konstantinopel entsandt, wohin ihn sein junger Sohn begleitete. Beide Morgenthaus finden wir auch im Paris der Jahre 1918—1919. Morgenthau senior gehörte zu den Zeugen der folgenreichen deutschen Unterschriftsleistung unter den Versailler Vertrag am 28. Juni 1919. Wenn man seinen Memoiren glauben darf, dann war er damals skeptisch — von General Bliss, dem militärischen Mitglied der amerikanischen Friedensdelegation, notierte er die Ansicht, es seien „nur die ersten sieben Jahre eines neuen Dreißigjährigen Krieges zu Ende gegangen, der mit dem Balkan-Konflikt 1912 begonnen hat[4]' (a. a. 0. S. 335 f.).

Im unmittelbaren Anschluß an die Pariser Konferenz wurde Henry Morgenthau senior von Präsident Wilson eine besondere Mission übertragen: Als Mitglied einer Regierungskommission reiste er nach Warschau, um die Rechte der jüdischen Minderheit im neugegründeten polnischen Staat zu regeln. Bei dieser wie bei anderen Gelegenheiten erklärte sich Morgenthau senior als entschiedener Gegner einer eigenen jüdischen Staatsgründung. Seine Memoiren beendete er mit dem leidenschaftlichen Bekenntnis: „Wir Juden in Amerika haben hier unser Zion gefunden. Ich weigere mich deshalb, ein Zionist genannt zu werden" (a.a.O. Seite 404).

*

Als mit dem Ende der Wilson-Ära wieder die Republikaner den Präsidenten der Vereinigten Staaten stellten, war die diplomatische Laufbahn Morgenthaus senior bald zu Ende, doch begann mit dem Sieg des demokratischen Präsidentschaftskandidaten Franklin Delano Roosevelt über Herbert Hoover im November 1932 die politische Karriere von Henry Morgenthau junior.

Dieser hatte sich — von den politischen Auslandsaufenthalten mit seinem Vater zurückgekehrt — als Landwirt selbständig gemacht. Sein mit dem angeborenen Unternehmungsgeist seiner Familie experimentell betriebenes Gut grenzte an den Familienbesitz der Roosevelts am Hudson-Fluß in der Nähe New Yorks.

Es waren sowohl diese nachbarlichen wie auch politische Verbindungen, die zwischen Morgenthau junior und dem um ein

Jahrzehnt älteren Franklin D. Roosevelt schon in den 20er Jahren eine enge Beziehung knüpften.

Bereits 1928 hatte sich Roosevelt um den New Yorker Gouverneursposten beworben und diese wichtige erste Wahl seines Lebens als Vorstufe ins Präsidentenamt gewonnen. Schon damals übertrug er dem Landwirt Morgenthau in der Staatsverwaltung ein bescheidenes Amt: den Vorsitz in einer Landwirtschafts-Finanzkommission. In ähnlicher Eigenschaft — wenn auch eine Stufe höher: als Leiter der regierungsamtlichen Farm-Kredit-Organisation — nahm der neugewählte Präsident seinen jüngeren Freund Morgenthau im Frühjahr 1933 nachWashington mit.

Aufmerksame Beobachter wußten freilich bereits: in dem „Gehirntrust", wie man damals die Gruppe eifriger Intellektueller bezeichnete, die Roosevelt im Weißen Haus um sich versammelte, war — neben einem bald wieder ausgeschiedenen Harvard-Professor und der späteren „Grauen Eminenz" Harry Hopkins — der Landwirt Henry Morgenthau junior die beachtenswerteste Figur.

Das bestätigte sich bereits im Herbst 1933, als Morgenthau vom Präsidenten mit einer sehr wichtigen und dabei zunächst streng vertraulichen Mission betraut wurde: er stellte im September 1933 die ersten Beziehungen zur Sowjet-Regierung her. Die Vereinigten Staaten hatten die Sowjetunion bis dahin nicht anerkannt, Roosevelt aber wollte diesen großen Staat schon damals als weltpolitischen Partner gewinnen. Morgenthau, der durch seine Farm-Kredit-Organisation zur sowjetischen Handelsmission „Amtorg" Verbindung hatte, war dem Präsidenten der geeignete Mittelsmann für die Einleitung der Verhandlungen, die dann wenige Wochen später — im November 1933 — zum Besuch des sowjetischen Außenministers Litwinow in Washington und daran anschließend zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA führten.

Diese Hintergrund-Geschichte eines für die Folgezeit hochbedeutsamen Vorganges ist in den Vereinigten Staaten erst 1959 bekannt geworden, als der erste Band eines Werkes des jungen Historikers John Morton Blum erschien. Darin sind die Morgenthau- Auf Zeichnungen ausgewertet, freilich nicht so

dokumentarisch, wie der US-Senat es später anordnete: nicht vollständig im Wortlaut, sondern in vorsichtiger Auswahl und eingeflochten in eine Biographie des an der Niederschrift persönlich mitwirkenden Henry Morgenthau junior.

„From the Morgenthau Diaries" — so lautet der Titel dieses dreibändigen Werkes (erschienen in Boston in den Jahren 1959, 1965 und 1967). Nur der dritte Band „Years of War 1941—1945" ist in deutscher Übersetzung erschienen (John Morton Blum: Deutschland ein Ackerland? Morgenthau und die amerikanische Kriegspolitik 1941—1945, Düsseldorf 1968). Auf diese deutsche Teilausgabe beziehen sich im vorliegenden Buch die gelegentlichen Hinweise und Anmerkungen zu den Übersetzungen aus dem Dokumentarwerk des US-Senates.

Wenn auch John Morton Blum unter der persönlichen Aufsicht Morgenthaus gearbeitet hat (nicht nur für dessen „aufmerksame Freundschaft", sondern auch für die „unvergleichliche Gastlichkeit", die er bei der Niederschrift im Hause Morgenthau genossen hat, bedankt sich Blum im Vorwort seines ersten Bandes) so vermittelt das Werk doch zahlreiche bemerkenswerte Aufschlüsse über die politische Rolle, die Henry Morgenthau junior schon vor der Zeit gespielt hat, in der die im vorliegenden Band wiedergegebene amtliche Dokumentation einsetzt.

Die Vorbereitung des Litwinow-Besuches in Washington und die Teilnahme an den ersten Gesprächen Roosevelts mit dem sowjetischen Außenminister (John Morton Blum, a. a. 0., Band I, „Years of Crisis 1928—1938", Seite 55-57) war Morgenthaus „erstes Abenteuer in der Außenpolitik" — und es war bereits gegen Deutschland gerichtet, denn sein und des Präsidenten Interesse an der Sowjetunion war von dem Gedanken beherrscht, daß Moskau als „Bollwerk" sowohl gegen die japanische wie gegen die deutsche politische Aktivität jener Jahre dienen solle. In Pressekreisen wurde schon 1933 eine Äußerung Morgenthaus kolportiert: Deutschland müsse „in eine Wüste wie nach dem Dreißigjährigen Krieg verwandelt werden".

Bereits in den Tagen, in denen sich Litwinow noch in der amerikanischen Hauptstadt aufhielt (7.—25. 11. 1933), wurde dem Vermittler Morgenthau sein Lohn zuteil: Präsident Roosevelt ernannte den knapp Einundvierzigjährigen zum amtie-

renden Vertreter des erkrankten US-Finanzministers, wenige Wochen später, im Januar 1934, erhielt Morgenthau seine endgültige Berufung in dieses hohe Regierungsamt, in dem er dann während der ganzen Amtszeit Präsident Roosevelts verblieb.

*

Es genügt, aus den Jahren vor 1939 einige der politischen Leistungen Morgenthaus so zu skizzieren, wie sie John Morton Blum hervorhebt:

So hat der US-Finanzminister bereits 1935 eine umsichtige internationale Währungspolitik betrieben; sie führte schließlich zu einem „Drei-Mächte-Abkommen" mit England und Frankreich, nach dessen Regeln sich Dollar, Pfund und Franc gegenseitig auf den internationalen Geldmärkten abstützten. Der grundlegende Gedanke war politisch und wiederum gegen Deutschland gerichtet: Die „Westmächte" sollten in ihrem Widerstand gegen die deutsche Anti-Versailles-Politik ermutigt und ihre damals einsetzende Aufrüstung weltwirtschaftlich abgesichert werden. Morgenthaus britischer Verhandlungs- und Vertragspartner wurde bald darauf eine beherrschende Figur des europäischen Geschehens: Neville Chamberlain war damals noch Schatzkanzler, bereits ein Jahr später aber zog er als Premierminister Großbritanniens nach Downingstreet 10 um.

Blum verzeichnet als einzige ernstere Meinungsverschiedenheit Morgenthaus mit Roosevelt das Zögern des Finanzministers gegenüber der Absicht des Präsidenten, die jahrelange amerikanische Wirtschaftskrise durch „deficit spending", d. h. durch Regierungsaufträge auf Kosten eines Defizits im Staatshaushalt, zu bekämpfen.

Den Präsidenten beunruhigte das Ansteigen der Arbeitslosigkeit, den Minister der Rückgang der Steuereinnahmen — über diese Fragen der amerikanischen Innenpolitik kam es sogar einmal zu einer Rücktrittdrohung Morgenthaus.

Diese Probleme lösten sich auf, als der Präsident dem Ausweg zuschritt, der auch Morgenthaus volle Zustimmung fand: der „Hintertür zum Krieg", wie der amerikanische Historiker Charles C. Tansill das weltpolitische Eingreifen Roosevelts vor 1941 knapp und treffend charakterisiert hat. Blum benennt als den für das amerikanische Wirtschaftsleben kritischsten Zeit-

bereicb den Herbst 1937; zwischen September und Dezember dieses Jahres stieg die Arbeitslosenzahl in den USA um nicht weniger als 1,8 Millionen, für Januar 1938 wurde ein weiterer Millionenanstieg befürchtet; im April 1938 schätzte Morgenthau selbst die Gesamtzahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten auf „zehn oder mehr Millionen" (a. a. 0., Seiten 398 und 419). Das waren die Monate, die außenpolitisch von Roosevelts Chicago-Rede und von dramatischen Veränderungen der europäischen Lage gekennzeichnet sind (vergl. Hinweis Seite 20).

Bereits im Herbst 1935 war Morgenthau zur Vorbereitung seines währungspolitischen „Drei-Mächte-Vertrages" längere Zeit in Europa gewesen; im Juli und August 1938 hielt er sich erneut mehrere Wochen in Frankreich auf. Ob und wie der US-Finanzminister in jener spannungsgeladenen Zeit vor Beginn der Sudetenkrise auf die französische und englische Politik eingewirkt hat — das ist eine Frage, die John Morton Blum unbeantwortet läßt. Er betont aber, daß Morgenthau im Oktober 1938 bereits als heftiger Kritiker des Münchner Abkommens hervorgetreten ist. In einer vom 31. 10. 1938 datierten Denkschrift forderte er als Finanzminister die Einführung von Sonderzöllen gegen deutsche Waren. Das US-Außenministerium widersprach diesem Verlangen am 19. 11. 1938 mit dem Hinweis, daß dadurch die damals laufende Verhandlung mit der Reichsregierung über die Auswanderung von politisch Verfolgten aus Deutschland gestört werden würde. Dieses Argument ließ Morgenthau nicht gelten: „Ich kann als Jude nicht Halt machen und darüber nachdenken: ‚Was ist gut oder schlecht für die Juden?' " (Blum, a. a. O., Band II, „Years of Urgency 1938 bis 1941", Seite 79—81).

Im Dezember 1938 finden wir Morgenthau damit beschäftigt, der französischen Regierung amerikanische Flugzeuglieferungen zu vermitteln (a. a. 0. Seiten 67 ff.) — schon damals setzte jene intensive kriegswirtschaftliche Aktivität des amerikanischen Finanzministeriums ein, wie sie sich dann in den ersten der vom US-Senat veröffentlichten Dokumente präzise darstellt.

*

Mit der sachkundigen Überprüfung, Auswahl und Herausgabe des „Morgenthau-Tagebuchs" hat der US-Senat den Historiker Dr. Anthony Kubek von der Universität Dallas beauftragt.

Professor Kubek —- tschechischer Abstammung und insoferne gegenüber der Persönlichkeit Morgenthaus und den behandelten Angelegenheiten neutral eingestellt — berichtet in seiner Einleitung zur amerikanischen Ausgabe von dem Umfang der Materialien, mit denen er es bei seinen jahrelangen Arbeiten zu tun hatte:

> „Das Morgenthau-Tagebuch besteht aus 864 numerierten Bänden; einschließlich zusätzlicher unnumerierter Bände wird die Gesamtzahl von 900 erreicht. Jeder Band enthält etwa 300 Blatt. Insgesamt sind etwa 1 Million Worte aus den Besprechungen zwischen ranghohen Beamten des Finanzministeriums festgehalten."

Aus diesen umfangreichen Unterlagen hat Professor Kubek zunächst solche Dokumente ausgesondert, die den ostasiatischen Raum betreffen. Dieses Material ist in einer bereits 1965 erschienenen — ebenfalls zweibändigen — amtlichen Druckschrift des US-Senates unter dem Titel „Morgenthau Diary (China)" der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden.

Nach der zwei Jahre später erfolgten Drucklegung der Deutschland-Dokumente des Morgenthau-Tagebuchs hat Professor Kubek seine Studien hinsichtlich der amerikanischen Politik im Pazifik fortgesetzt. Im Jahre 1968 erschien im Verlag Regnery (Chicago) aus seiner Feder ein Werk, das in der amerikanischen Öffentlichkeit berechtigtes Aufsehen erregte: „How the Far East was lost" („Wie der Ferne Osten verloren wurde").

Neuerdings — im Februar 1970 — hat Professor Kubek wiederum in einer Publikation des US-Senats Materialien veröffentlicht, die von den amerikanischen Sicherheitsbehörden im Juni 1946 bei einer Durchsuchung der New Yorker Redaktionsräume der „Amerasia", einer krypto-kommunistischen Zeitschrift für Fernost-Angelegenheiten beschlagnahmt worden waren.

Hier wie auch bereits bei der Publikation des Morgenthau-Tagebuches standen für Professor Kubek begreiflicherweise die Anliegen der inneren Sicherheit der Vereinigten Staaten

im Vordergrund des Interesses: Diese wahrzunehmen ist die Aufgabe des Ausschusses, für den Professor Kubek seine historischen Forschungen durchführte. Bekanntlich haben sich hinsichtlich der Unterwanderung des amerikanischen Regierungsapparates durch kommunistische Agenten erstaunliche Tatsachen herausgestellt. So kam es im Fall des Alger Hiss — eines Beamten des US-Außenministeriums, der in Begleitung Roosevelts an der Jalta-Konferenz teilnahm — zu einem aufsehenerregenden Spionage-Prozeß, der mit hohen Gefängnisstrafen beendet wurde. In die Vorstadien dieses Verfahrens war im Sommer 1948 auch Harry Dexter White, der langjährige Mitarbeiter und spätere Stellvertreter des Finanzministers Morgenthau, verwickelt.

Die Rolle Whites — eines zwar in den USA geborenen, aber aus Rußland abstammenden intelligenten Volkswirtschaftlers — konnte nicht voll geklärt werden. Sowohl im Fall Hiss wie in einem späteren ebenfalls Aufsehen erregenden Spionageprozeß gegen Nathan Silvermaster — auch dieser ein Beamter des US-Finanzministeriums der Morgenthau-Zeit — wurde White als Informant für Nachrichtenmaterial genannt, das schließlich bei Sowjet-Dienststellen landete. White selbst jedoch konnte nicht mehr gestellt werden. Am 13. August 1948 war er erstmals von einem Ausschuß des US-Repräsentantenhauses vernommen worden. Sechs Tage später — am 19. 8. 1948 — schied White aus dem Leben. Als Todesursache wurde Herzversagen auf Grund einer Überdosis von Schlaftabletten festgestellt.

Professor Kubek mißt den untergründigen Beziehungen hoher Beamter des US-Finanzministeriums zum Kommunismus, und damit zur Sowjetregierung, große Bedeutung bei; das ist gewiß begründet. Noch heute geistern die Namen von zwei damaligen Untergebenen Morgenthaus gelegentlich durch die Spalten der internationalen Presse. Sowohl Frank Coe (dessen Name — wenn auch nicht so häufig als der Whites — auch in den Dokumenten des Tagebuches verzeichnet ist) wie Salomon Adler (ein nur gelegentlich erwähnter, damals noch jüngerer Mitarbeiter Whites) sind aus den Vereinigten Staaten nach Rot-China emigriert. Sie leben in Peking und gelten als gelegentliche Berater Mao Tse Tungs (vergl. „Der Spiegel", Hamburg, Nr. 15/1970, S. 145).

In seiner Deutung dieser nach 1945 erfolgten Aufdeckungen geht Professor Kubek so weit, daß er die Ansicht vertritt, es seien nicht nur aus dem Washingtoner Finanzministerium Informationen zum Kreml gelangt, sondern von dort auch umgekehrt Direktiven in die amerikanische Regierungspolitik einfiltriert worden. Harry Dexter White ist für Professor Kubek so sehr die Schlüsselfigur dieses untergründigen Geschehens, daß er ihm größere geschichtliche Bedeutung beimessen will als dem Finanzminister selbst. Der Morgenthau-Plan — so meint Professor Kubek (a. a. 0., S. 79) -—- sollte von den Historikern zutreffender als „White-Plan" bezeichnet werden, denn das „erfinderische Gehirn und die unermüdliche Hand von Dr. Harry Dexter White hat ihn produziert". Es bleibe freilich „die beunruhigende Frage offen: Wer oder was regte die Hand von White an oder lenkte sie?"

*

Der patriotische amerikanische Professor und die Senatoren der Vereinigten Staaten mögen eine gewisse Beruhigung in der Vermutung finden, die in ihrer Art einzigartigen Dokumente, die hier vorliegen, hätten ihren geistigen Ursprung nicht in Washington gehabt, sondern dürften weit entfernten Einflüssen zugeschrieben werden.

Wer die Texte freilich mit der Sorgfalt liest, die sie angesichts ihrer weitreichenden Auswirkungen verdienen, wird die Verantwortlichkeit dennoch d o r t feststellen, wo sie politisch unbestreitbar liegt.

Gewiß hat Morgenthau viele Entwürfe und Texte seiner Mitarbeiter angefordert und verwendet, aber die Richtlinien hat e r formuliert, s e i n e Stellungnahme war ausschlaggebend, in bedeutenden Fragen hat er auch White Weisungen erteilt, gelegentlich sogar gegen dessen skeptischen Einspruch — alles das ergibt sich zweifelsfrei aus den oft geradezu dramatischen Wortlaut-Niederschriften der vielen Besprechungen, die im „Tagebuch" festgehalten wurden.

Noch viel wichtiger — und allein durch diesen Umstand historisch bedeutend — ist die Tatsache, daß, was immer innerhalb der „Treasury" abgesprochen wurde (ob mit oder ohne untergründige Verbindung nach Moskau), in den Bereich der

praktischen Verwirklichung erst eintrat durch die Zustimmung und Mittäterschaft des Präsidenten Roosevelt.

Von der gemeinsam begangenen Siegesfeier nach der Präsidentenwahl am 8. November 1932 bis zum letzten Lebensabend Roosevelts, am 11. April 1945, durfte Morgenthau sich als dessen „jüngerer Bruder" fühlen — so jedenfalls kennzeichnete noch im Jahre 1959 Eleanor Roosevelt in ihrem Vorwort zum ersten Band von John Morton Blums Werk die Beziehung ihres verstorbenen Gatten zu seinem Finanzminister. Diese zwei Männer seien durch „grundlegendes Vertrauen" miteinander verbunden gewesen; sie wirkten zusammen „in kraftvollen und erregenden Zeiten, die große Eigenschaften erforderten und große Freundschaften anregten". Der Präsident selbst hat sich in der Widmungsunterschrift zu einem Bild, das ihn mit Morgenthau zeigt, als „einen von zweien" bezeichnet, „die sich gleich sind" („one of two of a kind").

*

Das „Morgenthau-Tagebuch" ist ein einzigartiges und in der Weltgeschichte erstmaliges Dokument.

Bislang war es den Romanciers vorbehalten, historische Szenen nachzuempfinden und mit später Feder Dialoge auszudenken, aus denen sich die Programme und Geschehnisse der großen Politik entwickelt haben mögen. Hier ist das alles — bis zu gelegentlich schwer übersetzbaren Ausdrücken des New Yorker Börsenjargons — in exakt den gleichen Worten festgehalten, mit denen damals verhandelt und gehandelt wurde: meist im Büro des weit über seine Dienststellung hinaus einflußreichen US-Finanzministers, gelegentlich auch in den vornehmen Räumen des nahe gelegenen Weißen Hauses.

Der deutsche Leser wird unvermeidlich von der berechnenden Systematik beeindruckt, die sich in diesen Aufzeichnungen darstellt: beginnend mit statistisch begründeten Maßnahmen ökonomischer Kriegsvorbereitung bis hin zum umfassendsten Programm eines kaltblütigen Sieg-Friedens, der in seinem Ansatz an die Zerstörung Karthagos erinnert.

90th Congress
1st Session

COMMITTEE PRINT

MORGENTHAU DIARY

(GERMANY)

VOLUME I

PREPARED BY THE

SUBCOMMITTEE TO INVESTIGATE THE ADMINISTRATION OF THE INTERNAL SECURITY ACT AND OTHER INTERNAL SECURITY LAWS

OF THE

COMMITTEE ON THE JUDICIARY

UNITED STATES SENATE



NOVEMBER 20, 1967

Printed for the use of the Committee on the Judiciary

U.S. GOVERNMENT PRINTING OFFICE
64-745 WASHINGTON : 196?

Die „Quarantäne"

Die Überschrift des Dokumentes lautet: „Vorläufiger Bericht über die Möglichkeiten, den Aggressorstaaten notwendiges strategisches Kriegsmaterial vorzuenthalten."
Am Kopf der Aufzeichnung sind Minister[2] Morgenthau und Mr. White genannt

8. April 1939 (1/83—87)[3]

Fragestellung: Welche Maßnahmen lassen sich, ohne zur vollständigen militärischen Blockade zu schreiten, ergreifen, um diese Länder an der Beschaffung der notwendigen strategischen Rohstoffe zu hindern? Zwei Möglichkeiten wurden von Ihnen zur Vorprüfung vorgesehen: 1. Der Ankauf größerer Mengen strategischer Rohstoffe durch die führenden Nichtaggressorstaaten. 2. Ein internationales Übereinkommen zum Verbot des Verkaufs bestimmter Arten dieser Rohstoffe an die Aggressorstaaten.

Die Aggressorstaaten und ihre Verbündeten (Deutschland, Österreich, die Tschechoslowakei, Italien, Albanien, Japan, Spanien, Ungarn, Mandschukuo und Gebietsteile von China) würden im Falle eines größeren Konflikts an strategischen Rohstoffen monatlich für hundert Millionen [Dollar][4] Mangan, Kupfer, Zinn, Gummi, Erdöl, Nickel, Manilafaser, Wolfram und Baumwolle einführen müssen. (Hinzu kommen verschiedene

2 Anmerkung der Übersetzer: Die Amtsbezeichnung „Secretary" für die Chefs der Obersten Regierungsbehörden der US-Regierung übersetzen wir entsprechend der deutschen Amtsbezeichnung „Minister".

3 Diese Hinweise bezeichnen jeweils Band und Seiten der amtlichen amerikanischen Veröffentlichung. Diese ist in zwei Bänden erschienen. Band I enthält die Seiten 1—864, Band II die Seiten 865—1643. Ein Vergleichsstück dieser amerikanischen Originalausgabe wurde bei Erscheinen der vorliegenden gekürzten deutschen Ausgabe der Bayerischen Staatsbibliothek in München übermittelt.

4 Erläuternde Einschaltungen in [ ] sind von den Übersetzern eingefügt.

Zeitgeschichtlicher Hinweis des deutschen Herausgebers:

Das Datum dieses ersten veröffentlichten Dokumentes aus dem amtlichen Tagebuch des damaligen US-Finanzministers verweist auf die Tage, in denen die weltpolitische Diskussion von der am 31. März 1939 erfolgten Ankündigung der sog. Polen-Garantie seitens der britischen Regierung beherrscht war. Die im Bericht erwähnte „Rede des Präsidenten in Chicago" war bereits anderthalb Jahre vordem, am 5. Oktober 1937, gehalten worden. In ihr hatte Franklin D. Roosevelt erklärt, „die Herrschaft des Terrors und der internationalen Rechtlosigkeit" habe einen Grad erreicht, der die zivilisierten Staaten bedrohe. Friede und Freiheit von 90 Prozent der Weltbevölkerung werde von den übrigen 10 Prozent gefährdet. Obwohl er einzelne Staaten nicht ausdrücklich nannte, machte der Präsident durch diesen Zahlenvergleich deutlich, was durch die genaue Aufzählung zu Beginn des hier wiedergebenen Morgenthau-Dokumentes bestätigt wird: daß er zwar Japan, Italien und Deutschland, nicht jedoch die Sowjetunion als diejenigen Staaten verstand, gegen die er ein „gemeinsames Vorgehen" und vieldeutig eine Art „Quarantäne" verlangte.

andere Güter, die zwar strategisch wichtig, mengenmäßig jedoch nicht von Bedeutung sind; einige von ihnen werden später hier noch behandelt.) Alle diese Güter ließen sich in ausreichenden Mengen für die Staatengruppe als Ganzes nur aus Ländern außerhalb der oben angeführten beschaffen. Nach unserer Auffassung ist diese Maßnahme, wenn man sie mit dem Prinzip des erstgenannten Vorschlages koppelt, wirksam, praktikabel und verursacht verhältnismäßig geringe Kosten. Die eigentliche Frage ist, ob diese Maßnahme politisch noch durchführbar ist.

1. Bei dem ersten Vorschlag geht es darum, daß die Vereinigten Staaten — entweder allein oder zusammen mit Großbritannien und Frankreich, eventuell auch noch mit einigen kleineren Staaten — große Vorräte dieser Güter anlegen und somit die den Aggressorstaaten zur Verfügung stehenden Weltvorräte verringern. Bei einer Prüfung der Auswirkungen eines derartigen Schrittes kommen wir zu dem vorläufigen Schluß, daß die politischen Konsequenzen dieser Maßnahme, wenn sie isoliert durchgeführt wird, weit größer sind als ihr wirtschaftlicher oder militärischer Nutzen.

Es wird erörtert, daß und weshalb diese Verfahrensweise nicht ausreichen würde, Deutschland, Italien und Japan die zur Kriegführung erforderlichen Rohstoffe vorzuenthalten.

2. Der zweite Vorschlag, den Sie untersucht sehen möchten, zielt auf einen Versuch, ein Übereinkommen zwischen möglichst vielen Nichtaggressorstaaten herbeizuführen mit dem Ziel, die direkte oder indirekte Ausfuhr von möglichst vielen strategisch wichtigen Rohstoffen an die Aggressorstaaten zu verhindern. Eine vorläufige Prüfung dieses Vorschlages zeigt, daß er durchführbar ist.

a. Die Versorgungsquellen für mindestens acht der wesentlichen strategischen Rohstoffe, welche die Aggressorenländer (insgesamt gesehen) einführen müssen, befinden sich fast sämtlich unter der Kontrolle der Vereinigten Staaten, des Britischen Empire, Frankreichs, Rußlands, der Niederlande und Belgiens. Wenn man für die Versorgung mit mehreren weiteren wichtigen Gütern noch einen Staat oder zwei hinzurechnet, wäre damit die Kontrolle vollständig.

b. Der Wert dieser durch die Aggressornationen eingeführten Materialien ist nicht so hoch, daß es den führenden Nichtaggressorstaaten unmöglich wäre, die bei einem solchen Vorhaben anfallenden Kosten oder Belastungen zu tragen. Für Aufkäufe lassen sich Kompensationsverfahren ausarbeiten, die eine Opposition seitens kleinerer Länder oder von Privatfirmen, die wirtschaftliche Einbußen fürchten, ausräumen werden.

c. Die Aggressorstaaten wären einer Maßnahme gegenüber, die im Endeffekt einem Embargo hochwichtiger Güter gleichkommen würde, äußerst empfindlich. Diese Länder müssen ja erhebliche Mengen derartiger Güter nicht nur zur Erhaltung ihrer militärischen Schlagkraft, sondern auch zur Vermeidung einer akuten Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage einführen.

d. Den internationalen Markt für Nickel und Zinn und (wenn sich für das russische und mexikanische öl eine Lösung finden läßt) auch das Öl kontrollieren verhältnismäßig wenige Gesellschaften; eine wirksame Zusammenarbeit ließe sich hier leicht herbeiführen. Der Plan bietet folgende Schwierigkeiten: (a) Die uneingeschränkte Unterstützung durch das Britische

Empire und Rußland wäre von wesentlicher Bedeutung, (b) England, Frankreich und Rußland müßten ihre Einwilligung zu militärischen Garantien für die sich beteiligenden kleineren Staaten geben, (c) Die große Mehrheit der Bevölkerung der Vereinigten Staaten müßte einem außenpolitischen Engagement eines Umfanges zustimmen, wie es dieses Vorhaben mit sich bringt, (d) Das Hauptargument gegen diese Maßnahme ist, daß sie den Ausbruch eines Krieges beschleunigen würde, (e) Die Maßnahmen müßten, um wirksam zu sein, so beschaffen sein, daß verhindert wird, daß Lieferungen strategischen Materials durch die sich nicht beteiligenden Staaten die Aggressorstaaten nicht erreichen, (f) Die Verhandlungen sollten nicht so lange dauern, daß die Aggressorstaaten noch Gelegenheit hätten, sich größere Vorräte anzulegen.

Schlußfolgerungen: Wir sind der Ansicht, daß diese Maßnahme, wenn man sie mit dem Prinzip des erstgenannten Vorschlages koppelt, wirksam und praktikabel ist und verhältnismäßig geringe Kosten verursacht. Sie fällt unter den Grundgedanken der Rede des Präsidenten in Chicago: „Der Aggressor muß isoliert werden!" Es geht hauptsächlich darum, ob sie politisch noch durchführbar ist.

Jeder im Sinne dieses Vorschlages unternommene Schritt wird eine gewaltige politische Wirkung insofern haben, als er die demokratischen Länder moralisch stärkt und sie dazu ermutigt, sich weiteren Aggressionshandlungen energisch zu widersetzen. Selbst eine Diskussion dieses Vorschlages — sofern sie offiziell betrieben wird — wäre eine Hilfe in dieser Richtung. Im folgenden wird die Lage hinsichtlich der wichtigeren Bedarfsgüter kurz umrissen: Eine vorläufige Überprüfung der Hilfsquellen und des Bedarfs der Aggressorstaaten zeigt, daß keiner von ihnen viele der wichtigen strategischen Rohstoffe selbst produziert.

Um für einen Krieg in jeder Hinsicht vorbereitet zu sein, muß Deutschland von den nachstehend aufgeführten Rohstoffen folgende Mengen entweder einführen, Ersatz dafür oder sie vorrätig haben: 95% des Erdöls, 75% des Kupfers, 50% des Bleis, 25% des Schwefels, 100% der Baumwolle, 95% des Bauxits, 10% des Zinks, 100% des Gummis, 95% des Mangans, 100% des Nickels, 100% des Chromits, 95% des Wolframs,

75% der Wolle, 70% des Phosphats, 100% des Zinns, 100% des Antimons, 100% des Quecksilbers und 100% des Glimmers. Italien, Japan (und ihre Verbündeten) können Deutschland nur Schwefel, Zink, Blei, Quecksilber und etwas Kupfer liefern. Bei Italien sieht es noch schlechter und bei Japan ebenso schlimm aus. Japan muß für seinen Bedarf einführen: 35% des Eisens, 55% des Öls, 5% des Kupfers, 80% des Bleis, 80% der Baumwolle, 100% des Bauxits, 50% des Zinks, 100% des Gummis, 50% des Mangans, 100% des Nickels, 100% der Wolle, 75% des Kalis, 75% des Phosphats, 90% des Antimons, 75% des Zinns und 90% des Quecksilbers. Aus dieser Gesamtliste könnte Japan von seinen Verbündeten Nitrat, Kali, Zink, Blei und Quecksilber geliefert bekommen. Diese Zahlen lassen erkennen, daß Maßnahmen, die gegen das Britische Empire, die Vereinigten Staaten oder Rußland ohne Wirkung wären, gegen den derzeitigen Aggressorblock durchführbar sind . . .

Mit der einschränkenden Bemerkung, daß genauere Untersuchungen noch erforderlich seien, wird die Situation auf einzelnen wichtigen Rohstoffgebieten (Nickel, Manganerz, Kupfer, öl, Zinn) im einzelnen erörtert.

Hat der Nationalsozialismus den Kapitalismus in Deutschland geschwächt oder gestärkt?

Interministerieller Bericht: Mr. White an Minister Morgenthau

5. Oktober 1939 (1/87—89)

Die Nazis haben den deutschen Kapitalismus in folgenden Punkten geschwächt:

1. Sie haben die Funktionen der Einzelinitiative und des freien Unternehmens in der Wirtschaft ausgeschaltet.

Der Geschäftsmann hat nicht das Recht, Entscheidungen in der Preispolitik, bei Investitionen und Lohntarifen zu treffen. Durch Gesetz sind alle Preise nach dem Stand vom 17. Oktober 1936 gebunden; Preisänderungen bedürfen der Genehmigung durch den Reichspreiskommissar; Werksanlagen dürfen ohne Genehmigung weder erweitert noch modernisiert werden. Der Abschluß von Lohntarifverträgen liegt in den Händen des amtlichen Treuhänders der Arbeit; den Arbeitgebern ist es nicht gestattet, von sich aus höhere Löhne als andere Arbeitgeber zu zahlen.

In besonders wichtigen Industriezweigen liegt es nicht in

der Hand des Unternehmers, sondern bei einer Anzahl dazu bevollmächtigter Kommissare, Rohstoffe zuzuteilen, die Produktionssollsätze festzulegen, Erweiterungen gutzuheißen und Firmenzusammenschlüsse durchzuführen.

Die Nazis haben die volle Kontrolle über das Kreditwesen und den Kapitalmarkt übernommen, um so alle Spareinlagen in Unternehmen der öffentlichen Hand lenken, Kredite zuteilen und alle Neuinvestitionen dirigieren zu können.

Die Nazis haben den gesamten Außenhandel und alle Kapitalgeschäfte mit dem Ausland unter ihre Kontrolle gebracht und verfahren hier so, wie es für die politischen Ziele des Naziregimes am günstigsten ist.

2. Die Nazis haben die zwischen Firmen üblichen Formen der Konkurrenz, die Triebfeder des Kapitalismus, beseitigt. Sie haben sich für eine immer stärkere Kartellisierung der Industrie eingesetzt und die Zusammenfassung der wirtschaftlichen Macht intensiviert.

3. Die Nazis vernichten, obwohl sie soziologisch und politisch selbst aus dem Mittelstand stammen, seine wirtschaftliche Grundlage, indem sie kleine Firmen direkt zur Geschäftsaufgabe zwingen und sie durch das System der Wirtschaftslenkung benachteiligen, wobei sie auf kleine und selbständige Unternehmer, z. B. Einzelhändler, Druck ausüben und die selbständigen Handwerker ausschalten. Der Mittelstand ist eine der wesentlichen Erscheinungen und eine starke Stütze eines gesunden kapitalistischen Systems.

4. Die Nazis haben das feudale und antikapitalistische Gepräge der deutschen Landwirtschaft gefestigt, indem sie sich der Aufteilung der großen Rittergüter widersetzten, 700 000 Erbhöfe geschaffen und die Landwirtschaft einer rigorosen Regierungskontrolle unterworfen haben. Privater Unternehmungsgeist und das Streben nach Gewinn sind aus der Landwirtschaft fast völlig verdrängt worden.

5. Man hat die antikapitalistische Einstellung gefördert und dazu benutzt, von den Westmächten verächtlich als Demoplutokratien zu sprechen und die Juden mit dem Kapitalismus gleichzusetzen.

Die Position des deutschen Kapitalismus ist, wie es scheint, durch folgende Maßnahmen gefestigt worden:

1. Man hat die freien Gewerkschaften in Deutschland und alle Oppositionsparteien ihrer Macht beraubt.
2. Bei der Lohn- und Preiskontrolle sowie bei dem Volumen der staatlichen Aufträge ist man so verfahren, daß dadurch die Dividendensätze wieder auf das Niveau gebracht wurden, das dem höchsten Stand dieser Sätze aus der Zeit der großen Wirtschaftskrise entspricht. Der Dividendensatz im April 1939 betrug im Durchschnitt 6,57%. Viele der größeren Gesellschaften zahlten weit höhere Dividenden.
3. Man hat die Arbeitslosigkeit beseitigt und den chronischen Mangel an Arbeitsplätzen durch einen chronischen Mangel an Arbeitskräften ersetzt. 1932 erreichte die Zahl der Arbeitslosen einen Rekord von 6 Millionen, was fast einem Drittel der Zahl aller Arbeitsfähigen gleichkam. Heute ist die Zahl der Arbeitslosen unbedeutend; sie betrug im Mai [1939] bei einer

Zeitgeschichtlicher Hinweis des deutschen Herausgebers:

Das Datum auch dieser Aufzeichnung ist bemerkenswert: der am 1. September 1939 begonnene deutsch-polnische Feldzug war am 28. September mit der Niederkämpfung Polens, an der sich seit dem 17. September auch die Sowjetunion beteiligt hatte, beendet worden. Es stellte sich die politische Frage, ob die Auseinandersetzung, die seit dem 3. September durch die englisch-französische Kriegserklärung an Deutschland Weltkriegscharakter angenommen hatte, durch einen Kompromiß beendet werden könnte. Ein langjähriger Freund des Präsidenten Roosevelt, der Erdölmagnat William Rhodes Davis, wurde am 3. Oktober in Berlin von Ministerpräsident Göring empfangen, der ihm im Auftrag Hitlers erklärte: „Sie können Mr. Roosevelt versichern, daß Deutschland, wenn er vermitteln will, einer Regelung zustimmen wird, durch die ein neuer polnischer Staat und eine unabhängige tschecho-slowakische Regierung ins Leben träten." Göring regte eine Friedenskonferenz in Washington an. Als Davis Mitte Oktober 1939 von seiner Informationsreise nach Washington zurückkehrte, gelang es ihm nicht mehr, zum Präsidenten vorzudringen; er übermittelte die deutschen Vorschläge in einem schriftlichen Bericht, der ohne Folge blieb und erst anderthalb Jahrzehnte später von einem amerikanischen Historiker in den amtlichen Akten ermittelt wurde (vergl. Charles C. Tansill: Die Hintertür zum Krieg. Das Drama der internationalen Diplomatie von Versailles bis Pearl Harbor. Deutsche Ausgabe Düsseldorf 1956, S. 600 ff.)

Der zeitliche Zusammenhang läßt darauf schließen, daß die hier wiedergegebene Aufzeichnung dem Minister Morgenthau als Unterlage für grundsätzliche Gespräche mit Präsident Roosevelt gedient hat.

Gesamtzahl von fast 22 Millionen Arbeitsfähigen nur 70 000 Personen.

4. Das Besteuerungssystem in Deutschland hat man in der Weise geregelt, daß die Arbeiterklasse einen größeren Anteil der Gesamtbelastung als vorher zu tragen hat. Das Umsatzsteuereinkommen stieg von 1 Milliarde im Jahr 1928/29 auf 3,357 Milliarden Reichsmark im Jahr 1938/39. Das Lohnsteuereinkommen erhöhte sich von 1,415 auf 2,091 Milliarden, die Verbrauchssteuern von 1,773 auf 2,883 Milliarden, und die Zolleinnahmen stiegen bei einem stark verringerten Handelsvolumen von 1,105 auf 1,818 Milliarden.

5. Die Nazis haben der deutschen Wirtschaft in Österreich, der Tschechoslowakei, in Polen und Südeuropa neue Gebiete erschlossen.

In weiteren Punkten wird ausgeführt, daß der deutsche Kapitalismus trotz solcher ihm scheinbar günstigen Maßnahmen in Wirklichkeit doch geschwächt worden sei. Außerdem wird betont, daß auch die durch deutschen Einfluß neu hinzugewonnenen Gebiete nicht die Rohstoffe liefern könnten, die dem Reich fehlten.

Russischer Kommentar zum Molotow-Besuch in Berlin

Inhaltliche Wiedergabe einer verschlüsselten Kabeldepesche, die am 23. November 1940 um 14.45 beim Kriegsministerium einging

Vertraulich. London, den 23. November 1940 (1/104—106)
Aufgabezeit: 15.30 Uhr

Die Punkte 1 bis 10 des Berichtes befassen sich mit den damaligen militärischen Schwierigkeiten Großbritanniens, insbesondere mit Problemen des Luftkrieges.

11. Nachstehend der wesentliche Inhalt einer Mitteilung, die der russische Botschafter Maisky gestern einem gemeinsamen Freund gegenüber machte:

„Alle Spekulationen hinsichtlich der Ergebnisse des Molotow-Besuchs in Berlin sind reine Mutmaßungen, da nichts abschließend geregelt oder unterzeichnet wurde. Die russische Regierung wird ihre Politik zur Wahrung ihrer eigenen Interessen und nationalen Integrität fortsetzen. Im Augenblick ist sie gewiß, daß die Briten angesichts der riesigen Armeen, über die Hitler verfügt, Deutschland zu Lande nicht schlagen kön-

nen, und sie ist der Auffassung, daß Deutschland nicht in der Lage ist, die britische Marine und Luftwaffe zu besiegen. Rußland bezweifelt den Wert einer amerikanischen Unterstützung, weil es glaubt, daß sie sich wegen ihres geringen Ausmaßes und langsamen Anlaufens als Enttäuschung erweisen wird. Maisky persönlich glaubt nicht, daß schließlich viel mehr als ein ,Patt' dabei herauskommt. Deutschland hat nicht so viele Flugzeuge wie die Briten glauben und die Deutschen behaupten."

„Sicher ist, daß bei ständiger Wiederholung der bei den Luftangriffen auf Birmingham und Coventry angewandten Taktik für die Briten eine schwierige Lage entsteht."

„Man hält es für wahrscheinlich, daß sich Deutschland wegen der russischen Flugzeugindustrie Gedanken macht, weil es seine Luftwaffe verstärken mußte; sie war durch die bei britischen Bombenangriffen in deutschen Flugzeugwerken angerichteten Zerstörungen geschwächt worden."

„In der gegenwärtigen Lage wird Rußlands ,wohlwollende Neutralität' für England eine sehr große Hilfe sein, doch ist ein Festhalten an dieser Politik mit großen Schwierigkeiten verbunden, da die britische Diplomatie in den letzten vier Monaten nichts als Böcke geschossen hat." gez. Lee

Zeitgeschichtlicher Hinweis des deutschen Herausgebers:

Die beträchtlichen Veränderungen der europäischen Lage im Laufe des Frühjahrs 1940 — die erfolgreichen deutschen Feldzüge nach Norwegen und durch Frankreich sowie die Besetzung der baltischen Staaten sowie Bessarabiens und der Bukowina durch die Sowjetunion — sind in den veröffentlichten Dokumenten des Morgenthau-Tagebuches nicht erwähnt. Das weltpolitische Interesse des US-Finanzministers belebte sich erst wieder mit dem Besuch des sowjetischen Außenministers in Berlin. Molotow hatte vom 12. bis 14. November 1940 mit der deutschen Reichsregierung verhandelt und bei dieser Gelegenheit Forderungen hinsichtlieh Finnlands und Bulgariens gestellt, die von Hitler abgelehnt wurden. Spätestens von diesem Zeitpunkt an verschlechterten sich die deutsch-sowjetischen und verbesserten sich die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen. Bereits am 23. Oktober 1940 hatte Präsident Roosevelt in seiner Pressekonferenz die Frage eines Journalisten, ob die Sowjetunion als „befreundete Nation" zu betrachten sei, bejahend beantwortet („Archiv der Gegenwart", Jahrgang 1940, Seite 4747).

Amerikanisches Kapital in Deutschland

Gruppenbesprechung bei Minister Morgenthau

(Am Kopf des Dokumentes sind 13 Teilnehmer genannt)

11. Dezember 1940, 9.30 Uhr (1/106—113)

Zunächst wird darüber verhandelt, wie eine Kontrolle ausländischer Vermögenswerte in den USA, insoweit sie unter deutschem oder italienischem Einfluß stünden, durchgeführt werden könne. In diesem Zusammenhang wendet sich die Diskussion den folgenden Fragen zu:

H. M. jr.*[5]: Was ich [. . .] bisher nicht bekommen konnte, ist eine Unterlage, aus der zu ersehen ist, wie die Deutschen mit amerikanischen Kapitalanlagen in Deutschland und Italien verfahren.

White: Die haben wir.

H. M. jr.: Gut, falls Sie das haben, wird es geheim gehalten. Mit anderen Worten, ich möchte gern [wissen] — also, wie behandelt man die Anlagen eines amerikanischen Geschäftsmannes, der in Deutschland oder Italien tätig ist? Welche Methoden muß er anwenden, um sein Geld herauszukriegen? Kann er sein Geld denn herauskriegen? Was hat man mit der Leitung seiner Fabriken gemacht? Sehen Sie, so meine ich das.

White: Für Deutschland haben wir das — Sie haben jetzt noch Italien erwähnt.

H. M. jr.: Also, wer kann mir das sagen? Pehle [ein Sitzungsteilnehmer] ist doch dafür nicht zuständig.

White: Nein, aber wir sollten es sein, glaube ich.

H. M. jr.: Gut, können Sie das in 24 Stunden erledigen?

White: In 24 Stunden können wir schon etwas schaffen, und zwar recht ausführlich über Deutschland — ob über Italien, weiß ich nicht so genau.

Es werden einige Einzelheiten erörtert.

H. M. jr.: Gut, ich will jetzt wissen, wieviel Geld nach Deutschland und Italien durch Postanweisungen oder irgendwelche andere bekannte [Kanäle geht] — wissen wir denn —

[5] 5 Anmerkung der Übersetzer: Wie in der amerikanischen Originalveröffentlichung kürzen wir bei Gesprächswiedergaben den Namen des Ministers Henry Morgenthau junior: „H. M. jr." Die Namen von Gesprächsteilnehmern (wenn nichts anderes vermerkt: Beamte des Finanzministeriums) werden ausgesehrieben. Zu Harry Dexter White siehe Vorwort des deutschen Herausgebers (Seite 15).

Klaus: Die Überweisungen —

H. M. jr.: Wissen wir denn —

White: Wieviel Postspargelder — das, glaube ich, wissen wir.

H. M. jr.: Wissen wir denn, wieviel als Überweisungen durch die Banken — wieviel Geld nach Deutschland geht? Das müßten wir eigentlich wissen.

White: Das kann ich nicht —

H. M. jr.: Das müßten wir aber —

Gaston: Hier ist noch etwas: die Ansammlung von Mitteln in den Vereinigten Staaten seitens Deutschlands durch den Verkauf verschiedener Dinge, wie Markbeträge, Lebensmittelpakete und so weiter; das hat zu Zahlungsübernahmen — jetzigen oder späteren — in Deutschland geführt und zum Anwachsen der deutschen Guthaben in den Vereinigten Staaten.

H. M. jr.: Gut, das müßten wir mal festhalten. Dann habe ich Mr. Hull[6] erklärt, wir glaubten, hier in Amerika gäbe es Investitionen im Wert von 500 Millionen Dollar.

Wiley: Unter deutscher Kontrolle?

H. M. jr.: Unter deutscher Kontrolle — das hat mir jemand gesagt.

Klaus: Das stimmt!

Wiley: Ja, das stimmt!

H. M. jr.: Hm — sehen Sie, das hätte ich gern in Zahlen festgelegt gesehen. Da fehlt noch eine Aufstellung darüber. Gut — ich mache Mr. Wiley und Mr. Klaus keine Vorwürfe deswegen. Sie haben ihren Teil dazu beigetragen — dafür sind sie verantwortlich; wenn ich aber mal diese Sache vertreten muß, dann fehlen mir die Grundlagen.

Es wird erörtert, daß die gewünschten Angaben über den deutsch-amerikanischen Geldverkehr — insbesondere, wenn er über schweizerische oder schwedische Banken abgewickelt wird — schwierig zu beschafjen sind (Hill bis 113). An einer Stelle dieser längeren Diskussion erwähnt Minister Mergenthau die Meinung eines seiner Mitarbeiter, mit der Durchführung der erwogenen Kontrollpläne werde er (Morgenthau) „dann eine Rolle in einer der schlimmsten ‚Hexenverfolgungen' spielen, die es bei uns in Amerika je gegeben hat" (Hill).

6 Cordeil Hull — damals US-Außenminister.

Zeitgeschichtlicher Hinweis des deutschen Herausgebers:

„Hilfeleistung für England" war seit der am 5. November 1940 erfolgten Wiederwahl Roosevelts das öffentlich verkündete Hauptanliegen des amerikanischen Präsidenten geworden, obwohl die Vereinigten Staaten formell eine neutrale Macht und ihre sog. Neutralitäts-Gesetze von 1937 noch in Kraft waren. Die aktive Unterstützung Großbritanniens durch Überlassung von Kriegsschiffen, durch Materiallieferungen und Kreditgewährung war die eine Seite, eine planmäßige Wirtschaftskriegführung gegen Deutschland und Italien die andere Seite dieser vom Finanzminister in vielen Einzelheiten mitentworfenen Politik der damaligen US-Regierung.

Die deutschen Patente

Gruppenbesprechung bei Minister Morgenthau

(Am Kopf des Dokumentes sind 15 Teilnehmer genannt)

30. Januar 1941, 9.30 Uhr (1/122—123)

Zunächst wird nochmals die Frage besprochen, welchen Einfluß amerikanische Firmen bei ihren Tochtergesellschaften in Deutschland, Italien und Japan ausüben können. Informationen darüber sollen beigebracht werden, um dem Minister Argumente für den beabsichtigten Zugriß auf die deutschen Vermögenswerte in den USA zu bieten. In diesem Zusammenhang kommt es zu dem nachstehenden Meinungsaustausch zwischen einem Beamten namens William H. Chamberlain und dem Minister.

Chamberlain: Herr Minister, würde es sich lohnen, bei der General Electric wegen ihrer Vereinbarungen mit der deutschen Elektroindustrie anzufragen? Sie haben ja Patentvereinbarungen. Würden Sie das vorbringen?

H. M. jr.: Nein, denn das wird vom Justizminister[7] gesondert bearbeitet. Er beschäftigt sich sehr intensiv damit. Er hat sich richtig verbissen in diese Sache, in diese ganze Patentangelegenheit, in die Kontrolle, die Deutschland über unsere mit deutschen Patenten arbeitenden Gesellschaften ausübt, wo sie unsere Produktion kontrollieren, in die Übermittlung von Informationen und alle diese Dinge. Er ist da mächtig eingestiegen.

Chamberlain: Das könnte tatsächlich wertvoller sein als die Anlagen selbst.

H. M. jr.: Der Justizminister hat sich dieser Patentangelegen-

7 US-Justizminister (Attorney General) war damals Robert H. Jackson, der spätere Hauptankläger der USA im ersten Nürnberger Prozeß 1945 bis 1946.

heiten und des Austauschs von Informationen angenommen, und ich möchte meine eigene Arbeit auf die finanzielle Seite dabei beschränken. Ich bin froh, daß sich der Justizminister so außerordentlich dafür interessiert und auf diesem Sektor so sehr aktiv ist.

In abschließenden Bemerkungen ist noch von Venezuela und Argentinien die Rede.

Das deutsche Vermögen in den USA

Denkschrift für den Präsidenten
(Am Ende des von Minister Morgenthau unterzeichneten, hier ungekürzt wiedergegebenen Dokumentes ist das Diktatzeichen „HDW" vermerkt; dies weist White als Verfasser der Niederschrift aus).

18. Juni 1941 (1/131—132)

Über welche Vermögenswerte verfügten die Nazis in den Vereinigten Staaten, bevor die deutschen Vermögen der Kontrolle durch die Auslandsvermögensverwaltung unterworfen wurden?

Mr. John Franklin Carter (Jay Franklin) unterschätzt in seinem Memorandum vom 12. Juni erheblich die Höhe der Vermögenswerte, die den Nazis in den Vereinigten Staaten zur Verfügung standen, bevor auch sie kürzlich der Kontrolle durch die Auslandsvermögensverwaltung unterworfen wurden.

Mr. Carter betont ganz richtig, in welcher Höhe deutsche Vermögen in den Vereinigten Staaten getarnt worden sind. Die Ermittlungen, wem diese getarnten deutschen Vermögen tatsächlich gehören, werden zu den schwierigsten Aufgaben unserer Auslandsvermögenskontrolle gehören.

Mr. Carter irrt jedoch, wenn er sagt: „Die einzigen ‚freien' deutschen Dollarreserven sind die für die IG-Farbenindustrie in der Schweiz verwahrten amerikanischen Wertpapiere im Wert von etwa 50 Millionen Dollar." Außerdem äußert er eine irrige Annahme, wenn er schreibt: „Es ist nicht anzunehmen, daß die deutschen Guthaben in den Vereinigten Staaten mehr als 10 Millionen Dollar in Bargeld und Wertpapieren betragen."

Nachstehend das wahre Bild, das mit den besten derzeitigen Informationen in Übereinstimmung steht, bevor wir mit unserer Aufstellung der ausländischen Vermögen in Amerika fertig sind, wobei wir reichlich Raum für Lücken in unserem Wissen

über die in Dollar konvertierbaren Guthaben der Nazis in anderen Ländern gelassen haben.

Erstens — Gold:

Es ist durchaus nicht unmöglich, daß die Deutschen außer dem französischen Gold im Wert von mindestens dreiviertel Milliarden besitzen. Ohne Zweifel besaßen sie bei Ausbruch des Krieges einiges Gold. Sie haben vielleicht einen Teil der 68 Millionen polnischen Goldes übernommen, das die Franzosen nach Dakar geschafft hatten, dazu noch die privaten Goldbestände, die in Polen geblieben waren. Nach britischen Berichten haben die Deutschen Gold im Wert von 160 Millionen Dollar aus staatlichem Besitz in Holland erbeutet. Frankreich übergibt ihnen belgisches Gold im Wert von wahrscheinlich 190 Millionen Dollar (möglicherweise aber von 260 Millionen Dollar). Sie haben sicherlich etwas Gold in Schweden, wahrscheinlich auch etwas in der Schweiz und in Rußland gekauft. Vielleicht sind sie auch in Elsaß-Lothringen, Belgien, den Niederlanden und anderswo in den Besitz einiger privater Goldbestände gelangt.

Zweitens — Dollarguthaben:

Deutschlands Guthaben in den Vereinigten Staaten sind zwar geringfügig, doch hat es in anderen Ländern beträchtliche Guthaben, die nach Belieben in Dollar konvertiert werden konnten, bevor wir kürzlich die erweiterte Kontrolle ausländischer Guthaben einführten. Die uns bekannten Dollarguthaben Deutschlands in den Vereinigten Staaten betragen zur Zeit nur 6 Millionen. Der weitaus größere Teil der deutschen Dollarbestände befand sich auf Dollarkonten (oder auf in Dollar konvertierbaren Konten der jeweiligen Landeswährung) in der Schweiz, in Spanien, Portugal, Schweden und Lateinamerika. Von diesen Konten hat Deutschland die Dollars abgezogen, um seit Ausbruch des Krieges für vielleicht rund 100 Millionen Dollar deutsche Wertpapiere aus bisherigem ausländischen Besitz zurückzuerwerben und um Tochterunternehmungen ausländischer Gesellschaften in Deutschland aufzukaufen. Und mit Hilfe dieser Dollarguthaben macht Deutschland, das in den Vereinigten Staaten über nur 6 Millionen Dollar verfügt, zur Zeit Angebote, die sich auf insgesamt mehrere zehn Millionen Dollar belaufen, um in den unter deutscher Kontrolle befindlichen

Zeitgeschichtlidier Hinweis des deutschen Herausgebers:

Erneut verdient das Datum des hier wiedergegebenen Dokumentes besondere Aufmerksamkeit: Die Denkschrift des Finanzministers wurde Präsident Roosevelt vier Tage *vor* dem Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges übermittelt. Durch die im März 1941 in Kraft getretene sogenannte Pacht-Leih-Gesetzgebung war es der amerikanischen Regierung ermöglicht, in beträchtlichem Umfang Kriegsmaterial ohne Bezahlung an Großbritannien zu liefern. In die Debatte um das Pacht-Leih-Gesetz hatte Finanzminister Morgenthau am 28. Januar 1941 auch öffentlich eingegriffen mit dem Argument, daß England den Kampf „nicht fortsetzen kann, wenn dieses Gesetz nicht angenommen wird" („Archiv der Gegenwart", Jahrgang 1941, 4876).

Nachdem der US-Senat dem Pacht-Leih-Gesetz am 6. März 1941 mit 60 gegen 31 Stimmen zugestimmt hatte, wurde auch die Wirtschaftskriegführung gegen die Achsenmächte verschärft. Nachdem bereits Ende März deutsche und italienische Handelsschiffe in amerikanischen Häfen beschlagnahmt worden waren, wurden durch Verfügung des Präsidenten vom 14. Juni 1941 alle deutschen Vermögenswerte in den USA „eingefroren" und einer amtlichen Kontrolle unterworfen.

Unmittelbar nach Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges (22. Juni 1941) erklärte Sumner Welles, damals Unterstaatssekretär im US-Außenministerium, daß das Pacht-Leih-Verfahren auch für Lieferungen an die Sowjetunion anwendbar sei. Bereits am 23. Juni verhandelte der sowjetische Botschafter in Washington mit Beamten des US-Finanzministeriums („The Times", London, 24. 6. 1941).

Gebieten amerikanische Tochtergesellschaften aufzukaufen.

Drittens — langfristige Dollarinvestitionen:

In den Vereinigten Staaten und unter deutschen Namen: vielleicht 35 Millionen Dollar; im Ausland oder in den Vereinigten Staaten unter nichtdeutschen Namen: sicherlich größere Summen.

In einer vom Finanzministerium durchgeführten und auf den abgeführten Lohnsteuersummen basierenden Untersuchung der hier bekannten langfristigen deutschen Investitionen in den Vereinigten Staaten wird der Wert dieser Vermögen nach dem Stand Ende 1940 auf etwa 35 Millionen Dollar geschätzt. In dieser Schätzung sind die seit diesem Zeitpunkt verschleierten oder veräußerten Vermögen nicht berücksichtigt.

Deutschland hat mit der Verwaltung der von ihm besetzten Gebiete die Kontrolle über amerikanische Wertpapiere erlangt, deren Wert sich auf mehrere hundert Millionen Dollar belaufen kann. Diejenigen amerikanischen Wertpapiere, die früher

Staatsangehörigen der besetzten Länder gehörten und die Deutschland weder beschlagnahmt noch (mit Mitteln, die von dem jeweils besetzten Land gestellt werden) erworben oder durch entsprechende behördliche Bestimmungen für Banken und Wertpapierhändler unter deutsche Kontrolle gebracht hat, mußten auf besonderen Sperrkonten angemeldet werden. Wir hoffen jedoch, daß es durch unsere Kontrollmaßnahmen jetzt unmöglich gemacht wird, diese Wertpapiere in den Vereinigten Staaten zu veräußern. (gez.) Henry Morgenthau, jr.

Personal für den Stab Morgenthau

Besprechung beim Minister

(Am Kopf des Dokumentes sind 4 Teilnehmer genannt)

4. August 1941,14.45 Uhr (1/138—144)

Die Niederschrift referiert ausführlich die finanziellen und personellen Schwierigkeiten, die sich für die amerikanische Finanzverwaltung aus der Kontrolle der deutschen Vermögenswerte ergeben haben. Dabei kommt es zu einer grundsätzlichen Stellungnahme des Ministers gegenüber den beteiligten Beamten seines Hauses.

H. M. jr.: Ich will Ergebnisse, weil wir es uns einfach nicht leisten können —

Pehle: Ich bin ganz Ihrer Ansicht —

H. M. jr.: — uns von jemandem hier einen Spion reinschmuggeln zu lassen. Das können wir uns einfach nicht leisten!

Thompson: Die Leute auf der Beamtenliste werden vermutlich schon überprüft worden sein.

H. M. jr.: Was Sie nicht sagen!

Thompson: Ja, durch uns. Wir machen ja für sie die Überprüfung aller Leute, die wir bei uns einstellen.

H. M. jr.: Norman [Thompson], hören Sie mal, wollen Sie die reguläre Überprüfung für Beamte anwenden?

Thompson: Wir lassen uns die Namen geben, und unsere Beauftragten machen dann diese Überprüfungen.

Foley: Ich denke, das müßte hier eine besondere Art von Überprüfung sein.

H. M. jr.: Davon rede ich ja — nicht reguläre Beamtenprüfungen —, es müssen SpezialÜberprüfungen sein. Wieviel Milliarden Dollar, grob gesagt, haben Sie da?

Pehle: Vier.

H. M. jr.: Was wir brauchen, sind nicht einfach reguläre Beamte. Hier geht es nicht darum, ob so ein Mann auch seine Rechnungen bezahlt, ob der Fleischer, der Bäcker und der Arzt sagen, er ist in Ordnung — es geht hier um seine innere Einstellung und was für ein Kerl er ist, ob er bereit ist, diesen Hitler zusammenzuschlagen, oder ob er mit ihm zusammenarbeiten will — eben das will ich wissen, und beim regulären Beamten ist das nicht — , ich will also wissen, ob so ein Beamter Hitler wie die Pest haßt oder für ihn eingestellt ist — das ist es! [...]

Druck auf Japan

Vermerk für den Handakt des Ministers

2. Oktober 1941 (1/144—147)

Am 1. Oktober 1941 fand um 16.00 Uhr in der Dienststelle von Mr. Foley eine Besprechung über die Ausführung der Regierungsanweisung Nr. 8389 statt, an der — vom Fall zu Fall — folgende Herren teilnahmen:

Für das Finanzministerium: Mr. Foley (Vorsitzender), Mr. Pehle, Mr. B. Bernstein, Mr. Lawler, Mr. White, Mr. Dietrich und Mr. Timmons; für das Außenministerium: Mr. Acheson, Mr. Fisher, Mr. Luthringer und Mr. Miller; für das Justizministerium: Mr. Shea, Mr. Kreeger, Mr. Jurenev und Mr. Swidler; für den Bundesbankrat: Mr. Knapp; für die Bundesreservebank des Bezirks New York: Mr. Knoke und Mr. Kimball.

Das Dokument berichtet zunächst von Einzelfragen zur Durchführung der Kontrolle ausländischer Vermögen. Darüber hatten Verhandlungen mit New Yorker Banken stattgefunden.

Mr. Pehle erwähnte den kürzlichen Besuch von Herrn Nishiyama, dem japanischen Finanzattache, der zwei Zahlungsmethoden für Öllieferungen nach Japan, die von der Ausfuhrkontrollbehörde genehmigt werden sollen, vorgeschlagen hat. Danach soll die Bezahlung des Erdöls entweder durch Goldlieferungen von Japan an die Vereinigten Staaten oder in amerikanischer Währung, die aus Japan, China oder aus beiden Ländern in die Vereinigten Staaten eingeführt wird, erfolgen. Im Ausschuß wurde beschlossen, es müsse den Japanern klar und deutlich gesagt werden, daß das Finanzministerium jederzeit zum Ankauf von Gold jeglicher Herkunft bereit sei. Die Verwendung

der Dollarbeträge aus einem derartigen Verkauf sei jedoch eine Angelegenheit, die in das Aufgabengebiet dieses Ausschusses falle. Mr. Acheson erklärte, Minister Hull habe ihm nochmals zu verstehen gegeben, er wünsche nicht, daß eine bindende Erklärung über öllieferungen an Japan abgegeben werde, sondern daß er es vorziehe, eine direkte Beantwortung so lange wie möglich hinauszuzögern. Im Hinblick hierauf regte Mr. Pehle an, Herrn Nishiyama zu unterrichten, der Ausschuß befasse sich mit der Prüfung des letzten Vorschlages. Der Ausschuß schloß sich dieser Anregung an.

Mr. Pehle teilte dem Ausschuß mit, es lägen bei der Überwachungsstelle für ausländische Vermögen etwa 100 Anträge für Warenlieferungen nach Japan vor. Bei den größten Posten handle es sich um Baumwolle und Pelzabfälle. Der Ausschuß kam überein, Anträge für die Warenausfuhr nach Japan bis auf solche für Erdölprodukte abzulehnen.

Zeitgeschichtlicher Hinweis des deutschen Herausgebers:

Nach dem Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges verschärfte sich der amerikanische Druck auf Japan. Am 25. Juli 1941 ordnete Präsident ßoosevelt das „Einfrieren" auch aller japanischen Guthaben in den USA an. Auch sie wurden einer Regierungskontrolle unterstellt mit dem Zweck, sowohl den japanischen Handel mit Amerika wie auch die Rohstoff-Versorgung Japans zu unterbinden. Ein Angebot des Ministerpräsidenten Fürst Konoye, nach Washington zu reisen, um eine Vereinbarung zu treffen, wurde abgelehnt. Japan war damals zum Truppenabzug aus Zentralchina bereit; es wünschte nur seine Stellung in der Mandschurei anerkannt zu erhalten, wie dies seitens der Sowjetunion im April 1941 geschehen war. Auch General Tojo, Fürst Konoyes Nachfolger im Amt des japanischen Ministerpräsidenten, versuchte von Mitte Oktober bis Ende November 1941 vergeblich, mit der US-Regierung einen Kompromiß auszuhandeln.

Nicht einmal der Vorschlag eines Waffenstillstands in China fand die Billigung des Präsidenten Roosevelt. Dieser war — da der japanische Geheimcode durch amerikanische Sachverständige entziffert werden konnte — über die japanischen Gegenentschließungen jeweils unterrichtet. Der amerikanische Admiral Robert Theobald hat in einem 1954 veröffentlichten Bericht „The final Secret of Pearl Harbor" sogar die Behauptung aufgestellt, der Präsident habe trotz Kenntnis des bevorstehenden japanischen Angriffes es absichtlich unterlassen, den amerikanischen Flottenstützpunkt zu warnen, um die dramatische Wirkung des Überfalls auf Pearl Harbor in der amerikanischen Öffentlichkeit nicht abzuschwächen.

Mr. Bernstein erwähnte, eine kleine Arbeitsgruppe im Finanzministerium habe an einer Denkschrift über Verfahren gearbeitet, wie man einen verstärkten wirtschaftlichen Druck auf Japan ausüben könne, falls ein derartiger Schritt erwünscht sei.

Der weitere Text des Dokumentes berichtet erneut über Einzelheiten, u. a. davon, daß die deutschen, italienischen und japanischen Pressekorrespondenten die Überweisungen ihrer Verlage nicht mehr ausgezahlt erhielten. Mr. Acheson vom Außenministerium iwünscht eine diesbezügliche Regelung, die zugesagt wurde.

Die kriegswichtigen Funktionen des US-Finanzministeriums

Das Dokument ist überschrieben: „Finanzministerium — Abteilung für Währungsfragen"

7. Oktober 1941 (1/147)

Herrn Minister Morgenthau

Auf der Sitzung des Amtes für wirtschaftliche Verteidigungsmaßnahmen am 27. August beauftragte der Vizepräsident8 das Finanzministerium mit der Ausarbeitung einer Denkschrift über die vom Finanzministerium ausgeübten wirtschaftlichen Verteidigungsfunktionen als Arbeitsunterlage für den vom Amt für wirtschaftliche Verteidigungsmaßnahmen aufzustellenden Arbeitsstab.

Das anliegende Memorandum schildert die vom Finanzministerium wahrgenommenen Funktionen bei der Durchführung wirtschaftlicher Verteidigungsmaßnahmen.

Mr. White

Unterabteilung 2058—214V2

Vertraulich 8. Oktober 1941

Denkschrift für den Vizepräsidenten

Betr.: Wirtschaftliche Verteidigungsfunktionen des Finanzministeriums

Gemäß Ihrem mit Schreiben vom 27. August erteilten Auftrag zur Ausarbeitung einer Denkschrift über die einzelnen Funktionen des Finanzministeriums bei wirtschaftlichen Verteidigungsmaßnahmen, legen wir nachstehend eine kurze Beschreibung derjenigen wirtschaftlichen Verteidigungsaufgaben

8 Vizepräsident der USA war damals Henry A. Wallace.

vor, an deren Durchführung das Finanzministerium beteiligt ist.

A. Funktionen, deren Ausübung hauptsächlich dem Finanzministerium obliegt.

1. Die Überwachung ausländischer Vermögen, wie sie gemäß den Richtlinien des Außenministeriums, des Justizministeriums und des Finanzministeriums durchgeführt wird.

In 15 Punkten werden im einzelnen die Maßnahmen und Methoden dargelegt, mit denen das US-Finanzministerium zu diesem Zeitpunkt — vor der unmittelbaren Kriegsteilnahme der USA — den direkten und indirekten Geld- und Handelsverkehr mit Deutschland, Italien und Japan verhinderte.

2. Überwachungsstelle für Handelsschiffe:

Hier wird ausgeführt, daß kein ausländisches Handelsschiff einen US-Hafen ohne Billigung durch das Finanzministerium als der vorgesetzten Behörde des Zolldienstes verlassen kann.

3. Weitere Befugnisse gegenüber der Schiffahrt:

Der Finanzminister ist für den Fall des nationalen Notstandes, vorbehaltlich der Genehmigung durch den Präsidenten, ermächtigt, Vorschriften zur Regelung des Ankerns aller Schiffe in den Hoheitsgewässern der Vereinigten Staaten und ihr Befahren derselben zu erlassen. Sollte es nach dem Dafürhalten des Ministers notwendig sein, ein Schiff gegen Beschädigungen zu schützen, oder zu verhüten, daß Hafenanlagen oder Gewässer der Vereinigten Staaten Schaden erleiden, so kann er das betreffende Schiff in Besitz nehmen und unter seine Kontrolle stellen lassen. (Im Rahmen dieser Befugnisse wurden die deutschen, italienischen und dänischen Schiffe durch die Küstenwache beschlagnahmt.)

4. Zusätzliche Befugnisse gegenüber Einfuhren:

Das Finanzministerium hat eine Anzahl handelspolitischer Befugnisse, von denen es Gebrauch machen kann, um auf den Handel anderer Länder mit den Vereinigten Staaten einzuwirken. Bei der Zollabfertigung der in die Vereinigten Staaten eingeführten Waren bieten sich dem Ministerium Möglichkeiten, gegen Waren und Firmen der Achsenmächte besondere Maßnahmen zu ergreifen. Das Finanzministerium ist ermächtigt, bei zollpflichtigen ausländischen Waren, für deren Herstellung oder Ausfuhr in die Vereinigten Staaten Subventionen gewährt werden, Ausgleichszölle zu erheben. Es ist ebenfalls

ermächtigt, bei ausländischen Dumpings oder diskriminierenden Praktiken einzuschreiten. Von allen diesen Befugnissen kann bei der Durchführung wirtschaftlicher Verteidigungsmaßnahmen Gebrauch gemacht werden.

B. Wirtschaftliche Verteidigungsfunktionen, an deren Ausübung das Finanzministerium beteiligt ist.

1. Veröffentlichung der Namen der von der Sperrung betroffenen Staatsangehörigen.

Gemäß der Bekanntmachung vom 17. Juli 1941 ist der Finanzminister an der Herausgabe der „Veröffentlichung der Namen der von der Einfrierung betroffenen Staatsangehörigen" [gemeint sind US-Bürger] sowie an der Änderung dieser Liste beteiligt. Ein Vertreter des Finanzministeriums ist an der Neuaufnahme von Namen in diese Liste oder Streichungen aus dieser Liste beteiligt.

In Ausführung der in der Bekanntmachung enthaltenen Vorschriften unterliegen alle in einer derartigen Liste namentlich aufgeführten Personen den Einfrierungsbestimmungen, als seien sie deutsche oder italienische Staatsangehörige; sie dürfen nur mit einer im Rahmen dieser Bestimmungen vom Finanzminister erteilten Genehmigung Geschäfte tätigen.

Das Finanzministerium prüft zur Zeit in Zusammenarbeit mit dem Außenministerium weitere Maßnahmen, nach denen Personen, die in der Liste aufgeführt sind, aus Positionen, über die sie Einfluß auf das gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Leben ihres jeweiligen Wirkungskreises haben, entfernt werden sollen.

2. Amtliche Genehmigungen zur Verwendung der Vermögen fremder Staaten und ausländischer Zentralbanken.

Hier wird auf Sonderregelungen hingewiesen, die im Zusammenwirken mit dem Außenministerium für sog. Exilregierungen getroffen werden können.

3. Ankauf von strategischen und Mangelgütern:

Das Finanzministerium tätigt über seine Beschaffungsabteilung auf Weisung des Kriegsministers und des Marineministers Ankäufe von strategischen und sog. Engpaßgütern. Die Spezifikationen für das anzukaufende Material werden von der Beschaffungsabteilung erstellt und vom Kriegsminister und Marineminister gebilligt.

In manchen Fällen wirken sich die Ankäufe auch als Ausschließungskäufe aus. So übernahm zum Beispiel die Beschaffungsabteilung einen großen Posten türkisches Chromerz, den sich die Briten gesichert hatten, um ihn nicht an Deutschland gehen zu lassen, für den sie selbst aber keine Verwendung hatten. Desgleichen tätigt die Beschaffungsabteilung einen großen Teil der Käufe aus Leih- und Pachtmitteln.

4. Überwachung des Waffenhandels:

Der Finanzminister ist Mitglied des Nationalen Rüstungskontrollausschusses, der die Überwachung und Kontrolle der Herstellung von Waffen, Munition und Kriegsgerät sowie des einschlägigen internationalen Handels ausübt. Das Außenministerium ist für die Erteilung von Lizenzen zuständig. Die Küstenwache und der Zolldienst, die dem Finanzministerium unterstehen, arbeiten bei der Überwachung des internationalen Waffenhandels zusammen.

In weiteren vier Punkten wird die Beteiligung des Finanzministeriums an der Verwaltung der Export-Import-Bank, an der Festsetzung der Währungs-Umrechnungskurse und an Polizeiaufgaben im Küstenschutz und in der US-Handelsmarine dargelegt.

Lebensmittel für die besetzten Gebiete?

Vermerk für den Handakt des Ministers

31. Oktober 1941 (1/152—154)

Am 30. Oktober 1941 fand um 16 Uhr in der Dienststelle von Mr. Foley eine Besprechung über die Ausführung der Regierungsverordnung Nr. 8389 statt, an der — von Fall zu Fall — folgende Herren teilnahmen:

Für das Finanzministerium: Mr. Foley (Vorsitzender), Mr. Pehle, Mr. B. Bernstein, Mr. Morris, Mr. Coe, Mr. E. M. Bernstein, Mr. Dietrich, Mr. Carre, Mr. Du Bois, Mr. Lawler und Mr. Timmons; für das Außenministerium: Mr. Acheson, Mr. Luthringer und Mr. Miller; für das Justizministerium: Mr. Shea, Mr. Kreeger, Mr. Jurenev und Mr. Rosenwald; außerdem Mr. Knapp vom Bundesbankrat.

Die Aufzeichnung behandelt zunächst den Antrag des Schweizer Gesandten, der den Export von Barrengold im Wert von 10 Millionen Dollar aus den USA in die Schweiz wünscht, um die dort gesetzlich vorgeschriebene Golddeckung für die Schweizer Währung zu ergänzen. Die Konferenz sprach sich für die Ablehnung dieses Antrages aus.

Mr. Pehle sprach mit dem Ausschuß über die etwa 250 vorliegenden Anträge auf Überweisungen nach Portugal und in die Schweiz zum dortigen Ankauf von Lebensmittelpaketen, die in besetzte Gebiete geschickt werden sollen. Mr. Pehle erklärte, die Erledigung einer großen Anzahl dieser Anträge sei schon seit mehr als vier Monaten zurückgestellt worden, und wir hätten bisher von Nachfragen wegen ihrer Genehmigung sehr wenig gemerkt. Das Finanzministerium rate zur Ablehnung dieser Anträge mit der Begründung, es sollten keine Dollarbeträge für den Versand von Lebensmitteln aus neutralen Ländern in besetzte Gebiete verwendet werden; man habe darauf hingewiesen, daß, wenn man Einzelpersonen die Genehmigung zum Versand von Lebensmittelpaketen in besetzte Gebiete erteile, ein derartiges Verfahren dazu benutzt werden könnte, um einen Anfang für amerikanische Hilfsaktionen im Rücken der britischen Blockade zu machen, oder als ein Versuch, die Blockade durch Lebensmittellieferungen aus den Vereinigten Staaten zu brechen. Einige der auf diesem Sektor tätigen Firmen in den Vereinigten Staaten seien in ihrer Zusammensetzung und Einstellung ganz offen deutsch, bei anderen handle es sich um Firmen mit dubiosem Ruf. Mr. Bernstein wies darauf hin, die Ablehnung dieser Anträge sei eine logische Folge unserer kürzlich durchgeführten Aktion zur Änderung der Generallizenz Nr. 32 dahingehend, daß die Achsenmächte nicht mehr freie Dollarbeträge oder andere wertvolle Devisen flüssig machen können. Man kam überein, Anträge dieser Art abzulehnen.

Die weiteren Erörterungen behandelten die Frage von fälligen Zinszahlungen zu deutschen Obligationen aus gesperrten Konten. Diese wurden nur insoweit genehmigt, als sie vor dem 14. Juni 1941 fällig gewesen waren.

Ein Geheimvertrag London—Moskau

Der nachstehende Text ist in der amerikanischen Originalveröffentlichung ohne Einleitung oder Erläuterung wiedergegeben. Offensichtlich handelt es sich um die Aufzeichnung eines Telefongespräches.

16. Dezember 1941,15.26 Uhr (1/172—173)

H. M. jr.: Oscar?

Oscar Cox: Ja — wie geht es Ihnen?

H. M. jr.: Können Sie ungestört sprechen, dort wo Sie sind?

Cox: Ja, das kann ich.

H. M.jr.: Wo sind Sie?

Cox: Bei den Leih- und Pacht-Leuten — in der Dienststelle von Mr. Stettinius.

H. M. jr.: Ach so, bei Stettinius —

Cox:Ja —-

H. M. jr.: Aha — tja, ich wollte nicht -—-

Cox: Das macht nichts, er wird Ihnen das verzeihen.

H. M. jr.: (lacht) Also, ich habe diesen Vermerk hier, daß Sie eine Ausfertigung von dem Vertrag zwischen der britischen Regierung und der Sowjetunion haben wollen.

Cox: Hm —

H. M. jr.: Na, wenn ich Ihnen das gebe, wie weiß ich dann, daß die Deutschen es nicht kriegen?

Cox: Ach, wir haben einen Panzerschrank hier.

H. M. jr.: (lacht) So so —

Cox: Außerdem haben Sie mich schon vor langer Zeit in der Bekämpfung der Deutschen ausgebildet.

H. M. jr.: Ich sitze nämlich hier mit Harry zusammen und bin gerade in guter Stimmung und sagte eben, ich werde mal Oscar hochnehmen — sagte ich zu Harry — und Harry meinte, wie soll ich wissen, daß er merkt, daß ich ihn hochnehme.

Cox: Das werde ich schon merken —

H. M. jr.: Gut, glauben Sie also wirklich, Sie können das gut verwahren?

Zeitgeschichtlicher Hinweis des deutschen Herausgebers:

Am 7. Dezember 1941 hatte die japanische Luftwaffe den amerikanischen Flottenstützpunkt Pearl Harbor angegriffen; damit waren die USA auch formell in den Zweiten Weltkrieg verwickelt. Diese Geschehnisse, die den Finanzminister als einen Vertrauten des Präsidenten gewiß nicht überrascht haben (vergl. Hinweis S. 36), finden in den veröffentlichten Texten des Morgenthau-Tagebuehes keine Erwähnung. Die Dokumente des Dezember 1941 behandeln Angelegenheiten der Kontrolle beschlagnahmter deutscher Firmen. Von Interesse ist nur das hier wiedergegebene Telefongespräch mit Oscar Cox; dieser — ein New Yorker Rechtsanwalt, der die Pacht- und Leihgesetzgebung mit ausgearbeitet hatte und seither juristischer Berater der Auslandsvermögens-Verwaltung war — wurde später ein engerer Mitarbeiter Morgenthaus. Der im Gespräch erwähnte Geheimvertrag zwischen Großbritannien und der Sowjetunion ist bisher nicht veröffentlicht worden.

Was soll mit Schering geschehen?

Das Dokument ist überschrieben: „Finanzministerium — Leiter der Rechtsabteilung"

E. H. Foley an Minister Morgenthau

26. Januar 1942 (1/192—194)

Beamte des Finanzministeriums haben, unterstützt durch Sachverständige des Amtes für wissenschaftliche Forschung und Entwicklung, umfangreiche Erkundigungen über die Schering Corporation, einen Konzern mit 3 Millionen Dollar Kapital und 400 Betriebsangehörigen, eingezogen. In der Zeit vor 1937 war die Schering Corporation eine unmittelbare Tochtergesellschaft der Schering AG, eines der größten Industrieunternehmen in Deutschland mit einer Belegschaft von etwa 30 000 Mann. Die amerikanische Gesellschaft befindet sich jetzt nominell in schweizerischem Besitz, aber unter der Kontrolle des deutschen Konzerns.

Die Schering Corporation stellt pharmazeutische Produkte (für die sie in den meisten Fällen die einzige Bezugsquelle ist), her, die für die Behandlung unserer Soldaten und der Bevölkerung allgemein unentbehrlich sind. Das wichtigste dieser Erzeugnisse wird gegen Nervenschock verwendet, besonders bei schweren Verbrennungen und offenen Fleischwunden. Der Schering Corporation zufolge wurden durch die Anwendung dieses Präparates nach Dünkirchen Tausende von britischen Soldaten vor dem Tod bewahrt.

Die Leitung der Forschungsarbeiten der Schering Corporation liegt in den Händen von Dr. Schwenk, einem Chemiker mit hervorragendem Können. Zur Zeit sind Forschungsarbeiten im Gange, von deren Ausgang man sich Entdeckungen verspricht, die für unsere Kriegsplanungen und das Gesundheitswesen der Nation von noch größerer Bedeutung sind als die Erzeugnisse der derzeitigen Produktion. Für die US-Regierung arbeiten zur Zeit zahlreiche Wissenschaftler an Forschungsaufgaben, die auf ähnlichen Gebieten wie die von Dr. Schwenk und seinen Mitarbeitern liegen. Der erfolgreiche Abschluß dieser Arbeiten ist von größter Bedeutung für unsere Luftstreitkräfte, da es sich dabei um Präparate zur Steigerung der Ausdauer des fliegenden Personals handelt. Nach Ansicht der Sachverständigen des Amtes für wissenschaftliche Forschung und Entwicklung sind für diese Arbeiten die Erfahrungen und das Können von Dr. Schwenk sowie die Benutzung der Laboratorien der Schering Corporation unbedingt erforderlich.

Im gegenwärtigen Zeitpunkt gehen die Erfahrungen, über die Dr. Schwenk und seine Mitarbeiter verfügen, sowie die Anlagen der Schering Corporation der Regierung und der Nation in hohem Grade verloren. Die Sachverständigen erklären, die Regierung halte es für zu riskant, angesichts der Beziehungen der Gesellschaft zu Deutschland und der Bindungen bestimmter Betriebsangehöriger die Dienste Dr. Schwenks oder der Laboratorien der Gesellschaft in Anspruch zu nehmen. Hinzu kommt, daß marktbeherrschende Patente der Gesellschaft in den Händen von Betriebsangehörigen zweifelhafter Loyalität eventuell lebenswichtigen Entwicklungen auf dem Gebiet der Medizin im Wege stehen.

Es wird im einzelnen erörtert, daß es wichtig sei, Dr. Schwenk zunächst weiter zu beschäftigen; ein vertrauenswürdiger Wissenschaftler solle ihm mit dem Auftrag zur Seite gestellt werden, sich die erforderlichen Kenntnisse zu verschaffen. Eine Reihe leitender Schering-Angestellter müsse jedoch entfernt werden.

Um die Versorgung mit den von der Schering Corporation hergestellten hochwichtigen Medikamenten zu sichern und es der Regierung der Vereinigten Staaten zu ermöglichen, diese Gesellschaft und ihr Fachpersonal für die Entwicklung der für unsere Kriegsanstrengungen wichtigen Präparate einzusetzen,

schlägt das Finanzministerium vor, die nachstehend benannten Personen von ihrer weiteren Tätigkeit bei der Schering Corporation zu suspendieren: 1. Dr. Julius Weltzien, Direktor; Jahreseinkommen: ca. 60 000 Dollar; früherer Direktor der Schering AG in Deutschland; seit Mai 1938 in den Vereinigten Staaten. 2. Martin Bernhardt, Leiter der Rechtsabteilung und der Abteilung Rechnungswesen; Jahreseinkommen: 9400 Dollar; früherer stellvertretender Vorsitzender der Schering AG in Deutschland; seit März 1938 in den Vereinigten Staaten.
3. Ernst Hammer, Werbeleiter; Jahreseinkommen: ca. 22 000 Dollar; früher in der Südamerikaabteilung der Schering AG in Deutschland; seit Januar 1932 in den Vereinigten Staaten.
4. Hans Erdmann, Leiter der Abteilungen Technik und Instandhaltung; Jahreseinkommen: 10 000 Dollar; früherer Konstrukteur für chemisches Gerät bei der Schering AG in Deutschland; seit August 1929 in den Vereinigten Staaten. 5. Dr. Erich Putter, Leiter des Biologischen Laboratoriums; Jahreseinkommen: 6600 Dollar; früherer Leiter der Bakteriologischen Forschungsabteilung bei der Schering AG in Deutschland; seit Juli 1938 in den Vereinigten Staaten. 6. Dr. Gerhard A. Fleischer, Forschungschemiker; Jahreseinkommen: 4300 Dollar; arbeitete während der Semesterferien bei der Schering AG in Deutschland und kam durch deren Vermittlung nach seiner Promotion im Februar 1937 direkt in die Vereinigten Staaten. 7. Fräulein Frida Friderici, Sekretärin bei Dr. Schwenk, Leiter der Forschungsabteilung; wurde in den Vereinigten Staaten geboren, ging aber in Deutschland, wo auch ihre Angehörigen jetzt leben, zur Schule; soll nazifreundlich eingestellt sein; verwaltet alle vertraulichen wissenschaftlichen Unterlagen der Gesellschaft.
8. Fräulein Henrietta Lange, Sekretärin bei Dr. Weltzien; seit 1923 in den Vereinigten Staaten.

Für den Fall, daß diese Maßnahme von Ihnen gebilligt wird, werden wir die für ihre Durchführung erforderlichen Schritte unternehmen.

E. H. F. jr.

Gebilligt: 28. Januar 1942
H. Morgenthau jr.
Finanzminister

Aktenvermerk

28. Januar 1942 (1/196)

Mr. Leo T. Crowley[9] suchte am gestrigen Vormittag den Minister auf und kam dann zu Mr. Foley, um mit ihm die Möglichkeit einer gemeinsamen (H. M. jr. und Mr. Foley) Vorlage an den Präsidenten zu besprechen, wie im Geschäftsbereich des Finanzministeriums mit ausländischem Vermögen zu verfahren sei, bis der Präsident sich zu einer Dauerregelung entschließen würde.

Die als Anlagen beigefügten Memoranden wurden am 27. 1. 42 um 5.20 Uhr an Leo Crowley übermittelt. Er reichte die Erstausfertigung am 28. 1. 42 um 9.45 Uhr zurück. Sie befindet sich noch bei Mr. Foley. F. M.

Mr. Foley

Memorandum für den Präsidenten

Sie werden sich entsinnen, daß Sie den Finanzminister ermächtigt haben, alle Ihre Befugnisse und Vollmachten gemäß Abschnitt 5(b) des Erlasses über den Handel mit Feindstaaten dem Hohen Kommissar in den Philippinen, Mr. Sayre, und auf Gouverneur Poindexter in Hawaii zu delegieren.

Von Fall zu Fall haben Sie bestimmte Vorlagen, die Ihnen unterbreitet wurden, gebilligt und damit dem Finanzminister Vollmacht erteilt, verschiedene grundsätzliche Maßnahmen im Rahmen des Erlasses über den Handel mit Feindstaaten zu ergreifen.

Wir sind der Auffassung, daß sich die ständig auftretenden Probleme bei der Kontrolle ausländischer Vermögen und Geschäftsunternehmungen, in denen feindliche Ausländer eine führende Rolle spielen, besser bewältigen ließen, wenn Sie den in der Anlage übersandten Vermerk unterzeichnen und damit Ihre Befugnisse gemäß den Abschnitten 3(a) und 5(b) des Erlasses über den Handel mit Feindstaaten auf den Finanzminister delegieren würden. Hierdurch wird in Zukunft vermieden, daß Sie sich mit einer Vielzahl von Einzelfällen zu befassen

9 Leo T. Crowley — damals Leiter des US-Amtes für Wirtschaftskriegführung.

haben, und gleichzeitig erübrigt sich damit jede vor Ihrer endgültigen Entscheidung eventuell erforderliche öffentliche Übertragung von Befugnissen in bezug auf den gesamten Komplex der Verwaltung von Feindvermögen.

(gez.) Leo T. Crowley

EHF:BB:JWP:ALL/mp 27. 1. 42 (28. 1. 42)

Vermerk für den Finanzminister

Alle mit den Abschnitten 3(a) und 5(b) des Erlasses über den Handel mit Feindstaaten in seiner geänderten Fassung erteilten Befugnisse werden hiermit auf den Finanzminister delegiert.

Aus einer anschließenden Gesprächsauf Zeichnung (1/196—199) geht hervor, daß Minister Morgenthau seinen Mitarbeiter Foley anwies, die entworfene allgemeine Vollmacht dem Präsidenten zunächst nicht vorzulegen, da dieser sie möglicherweise nicht unterzeichnen werde. Statt dessen sollte zunächst die Zustimmung zur nachstehenden Einzelweisung aus dem Weißen Haus erwirkt werden.

Der Finanzminister

6. Februar 1942 (1/200—201)

Memorandum für den Präsidenten

Bei einer Besprechung über die General Aniline and Film Corporation, an der heute vormittag die Herren William C. Bullitt, John E. Mack, Leo T. Crowley, Gerard Swope, Ed Foley sowie weitere Herren teilnahmen, wurde einstimmig beschlossen, die in ausländischem Besitz befindlichen Aktien der Gesellschaft (annähernd 97% der zur Zeit ausgegebenen Aktien) sofort auf den Finanzminister zu übertragen, um es uns zu ermöglichen, die Amerikanisierung der Gesellschaft wirksam zu betreiben. John E. Mack ist der Ansicht, die IG-Farben

Zeitgeschichtlicher Hinweis des deutschen Herausgebers:

□ **Nach Kriegeende hatte die damalige — juristisch bezweifelbare — Ak-**
□ **tion des US-Finanzministers noch ein Nachspiel. Leitende Persönlich-**
□ **keiten des deutschen IG-Farben-Konzerns wurden in den Jahren 1947**
□ **und 1948 in einem eigenen „Kriegsverbrecher"-Prozeß („Fall VI") vom**
□ **amerikanischen Militärgericht in Nürnberg abgeurteilt. Als Ankläger**
□ **fungierte Josiah Du Bois — bis 1945 Beamter des US-Finanzministeriums**
□ **und häufiger Teilnehmer an den Gruppenbesprechungen des Ministers**
□ **Morgenthau.**

habe nicht nur die Gesellschaft auf die Beine gestellt, sondern kontrolliere auch jetzt noch deren Aktienkapital. Wir sind derselben Ansicht, und falls Sie diese Maßnahme billigen, werde ich die für die Übertragung erforderlichen Schritte unternehmen.

Eine weitere Sitzung der Gruppe ist für den nächsten Freitagmorgen angesetzt, um einen Plan für die Verwaltung der Gesellschaft zu besprechen und auszuarbeiten.

H. Morgenthau, jr.

Gebilligt am 7. Februar 1942

Am 16. Februar 1942 erließ Finanzminister Morgenthau mit dem Vermerk „Im Auftrag des Präsidenten" zahlreiche Weisungen, mit denen die Aktien der genannten Gesellschaft auch insoweit sie auf die Namen von Schweizer und holländischen Firmen lauteten, beschlagnahmt wurden (1/214—226). Die Bedeutung dieser Aktion wurde in einer Presseverlautbarung hervorgehoben; darin wurde mitgeteilt daß die General Aniline and Film Corporation mit 8000 Angestellten u. a. auch kriegswichtiges Material produziere.

Hilfe für Rußland vordringlich

Das Dokument ist überschrieben: „Finanzministerium — Abteilung Beschaffung — Der Abteilungsleiter"

Bericht an den Minister

24. Februar 1942 (1/258—259)

Ich beziehe mich auf meinen Terminbericht vom 18. Februar über den Stand des Russischen Warenkaufprogramms [Russian Purchasing Program]; in diesem Bericht waren fünfzehn Warenarten aufgeführt, deren Lieferung per 1. April nur nach Anweisung weiterer Mittel durch das Amt für Rüstungsproduktion [W. P. B. — War Production Board] oder bei Einräumung einer höheren Priorität möglich sei.

Ich bin nunmehr in der Lage zu berichten, daß nach Anweisung weiterer Mittel durch das Amt für Rüstungsproduktion sieben von den bisher nicht lieferbaren Warenarten, nämlich Aluminium, Siliziumeisen, Chromeisen, Chromnickeldraht, kalt gewalztes Eisenblech sowie Stahlschienen und -platten zum 1. April verfügbar sein werden. Bei den Stahlschienen und -platten handelt es sich um nicht im Protokoll aufgeführte Warenarten; die Lieferung der Stahlschienen wurde durch das Amt für Rüstungsproduktion durch Abzweigung eines Postens

von 10 000 t aus britischer Produktion für den russischen Bedarf ermöglicht.

Das Amt für Rüstungsproduktion ist mit der Lieferung der nachstehend einzeln aufgeführten übrigen acht Warenarten aktiv befaßt; über die weitere Entwicklung werden Sie unverzüglich unterrichtet.

Zu den einzelnen Anforderungen werden hier kurz zurückliegende Zeitpunkte aufgeführt.

Wie in meinem Lagebericht vom 18. Februar im einzelnen ausgeführt, haben die Russen in mehreren Fällen für den im Protokoll festgelegten Gesamtbedarf per 1. April keine Anforderungen eingereicht; es ist besonders zu beachten, daß die oben erwähnten derzeitigen Lieferschwierigkeiten in erster Linie darauf zurückzuführen sind, daß die russischen Anforderungen für den Bedarf ab 1. Oktober 1941 erst kürzlich hier eingegangen sind; ein weiterer Grund ist die Notwendigkeit der Klärung der Spezifikationen durch die Russen.

Ich werde jedoch weiter in jeder Weise bemüht bleiben und Sie über alle weiteren Entwicklungen unverzüglich unterrichten.

(gez.) Clifton E. Mack
Leiter der Abteilung Beschaffung

*

24. Februar 1942 (1/259)

An Mr. E. R. Stettinius, jr.
Bevollmächtigter für Leih- und Pacht-Angelegenheiten
515, 22nd Street
Washington, D. C.

Mein lieber Ed,

ich übersende Ihnen hiermit einen weiteren von Clifton E. Mack vorgelegten Fortschrittsbericht mit Datum vom 24. Februar.

Bedauerlicherweise sind viele der Anforderungen für das Russische Warenkaufprogramm erst so spät bei uns eingegangen. Sie werden bemerken, daß die Anforderungen für die Lieferung von Werkzeugstahl und kalt gewalztem Bandstahl erst am 16. Februar beim Amt für Rüstungsproduktion eingingen. Dadurch bleibt uns nicht viel Zeit für die weitere Bearbeitung.

Ich möchte Sie bitten, sich zu erkundigen, weshalb gerade diese Anforderungen so verspätet eingetroffen sind.

Wir werden trotz der von uns nicht zu vertretenden Schwierigkeiten weiterhin alles tun, was wir können, um diese Anforderungen bis spätestens 1. April zu erfüllen.

Ihr ergebener (gez.) Henry [Morgenthau]

Abschrift an:
Mr. Swope
Mr. Mack

*

Gruppenbesprechung bei Minister Morgenthau

(Am Kopf des Dokumentes sind 7 Teilnehmer genannt)

11. März 1942,10.50 Uhr (1/303—307)

H. M. jr.: Ich dachte mir, dies würde Sie alle interessieren: Ich ging heute zum Präsidenten hinüber und habe ihm drei Tabellen vorgelegt. Aus der einen ersieht man, daß — nur ein kleines Stück Stahl, den wir kaufen sollen. Uns fehlen davon per 1. April 112 000 Tonnen. Aus der nächsten Tabelle geht hervor, wie lange es von dem Zeitpunkt der Auftragserteilung durch die Russen dauerte, bis der Auftrag die verschiedenen Instanzen durchlaufen hatte. In den meisten Fällen waren es bei den Leih- und Pacht-Leuten durchschnittlich 25 Tage. Wir brauchten durchschnittlich drei Tage. Mrs. Klotz sagte, ich hätte das vorher gewußt — ich habe es aber nicht gewußt. Und dann, wie lange die Schiffe im Hafen festliegen und was dort vor sich geht.

Daraufhin sagte mir der Präsident, ich solle alle zusammenholen und ihnen sagen, seiner Ansicht nach hätte man ihn ganz schön zum Narren gehalten — er könne sich das nicht bieten lassen. Lieber würde er fünfzig Schiffe vor der Atlantikküste verlieren, als daß Rußland Schluß macht und Frieden schließt.

Zeitgeschichtlicher Hinweis des deutschen Herausgebers:

□ **Im Rahmen des Pacht-Leih-Systems lieferten die USA zwischen 1941**
□ **und 1946 an die Sowjetunion Rohstoffe und Waffen im Werte von**
□ **50,6 Milliarden Dollar (nach Ploetz: „Auszug aus der Geschichte",**
□ **24. Auflage, Seite 941). Im Sommer 1942 haben diese Lieferungen ent-**
□ **scheidend dazu beigetragen, daß die sowjetische Wehrmacht den im Juni**
□ **östlich Charkow einsetzenden deutschen Vorstoß zum Kaukasus am**
□ **Terek und bei Stalingrad abwehren konnte.**

Es müsse eben geschafft werden. Er sagte: „Mir ist es egal, ob man dieses Zeug aus Lagerbeständen oder sonstwoher nimmt — sie müssen es ganz einfach schaffen!" Und ich sagte: „Macht es Ihnen etwas aus, Herr Präsident, mir das schriftlich zu geben, damit ich etwas in Händen habe?" Und er schrieb mir auf: „An H. M. jr.: Hier handelt es sich um einen kritischen Fall, weil wir erstens zu unserem Wort stehen müssen, und zweitens, weil der russische Widerstand jetzt am meisten zählt."10

Es wird die Einberufung einer Besprechung mit den beteiligten Ressorts besprochen.

(Der Minister führt ein Telefongespräch folgenden Inhalts mit Mr. Stettinius11. Die Zeit ist 10.55 Uhr am 11. März 1942):

H. M. jr.: Hallo!

Stettinius: Hallo, Henry!

H. M. jr.: Wie geht's?

Stettinius: Danke, gut — wie geht es Ihnen?

H. M. jr.: Sehr gut — ich bin gerade von einer Besprechung beim Präsidenten zurück und habe ihm ein paar Tabellen über den Stand der Leih- und Pacht-Aktion bei uns gegeben, aus denen hervorgeht, was bisher geschafft wurde, was bei uns fehlt und wie das mit den Schiffen in Philadelphia aussieht. Der Präsident hat mir eine schriftliche Direktive gegeben, Sie und — haben Sie einen Bleistift zur Hand?

10 John Morton Blum berichtet in seinem Buch „Deutschland, ein Ackerland? — Morgenthau und die amerikanische Kriegspolitik 1941—1945", Düsseldorf 1968, S. 237, über das Gespräch des Ministers Morgenthau mit Präsident Roosevelt noch folgende Einzelheiten:

„ ‚Ich möchte nicht in der gleichen Lage sein wie die Engländer', sagte der Präsident. ‚Die Engländer versprachen den Russen zwei Divisionen. Nichts. Sie versprachen ihnen Hilfe im Kaukasus. Nichts. Die Engländer haben kein einziges Versprechen gehalten, das sie den Russen gaben ... Wir stehen nur darum so gut mit den Russen, weil wir bisher unsere Zusagen gehalten haben. Wahrscheinlich sind wir mit unseren Lieferungen an Rußland im Rückstand, weil auch wir jetzt Krieg haben — Sie sollten hingehen, das Zeug aus den Lagerhäusern nehmen, jeden geforderten Preis zahlen, alles auf Lastwagen verladen und ab zum Schiff... Nichts wäre schlimmer, als wenn die Russen schlapp machten ... Lieber würde ich auf Australien, Neuseeland oder sonst was verzichten.' Morgenthau solle sich persönlich darum kümmern."

11 Edward R. Stettinius Jr. — damals Leiter der Behörde für die Pacht- und Leih-Lieferungen, später US-Außenminister.

Stettinius: Ja, habe ich.

H. M. jr.: Sie und Eastman — also Joe Eastman und Nelson oder Batt — wer von ihnen kommen will — und sehr wahrscheinlich den Stellvertretenden Kriegsminister und den Stellvertretenden Marineminister — alle zu versammeln und ihnen zu sagen, wie er über diese Sache denkt und daß er einfach kein „Nein" gelten läßt — verstehen Sie?

Stettinius: Ja.

H. M. jr.: Also, ihm ist es gleich, ob wir es aus Lagerbeständen nehmen — sagt er — und zahlen, was es kostet — so sagte er: „Wenn wir dafür zahlen müssen, was es kostet, dann muß Leon Henderson uns das eben tun lassen." Aber dann sagte er, wir haben nur — er kann (das) nicht akzeptieren — sehen Sie, ich habe ja nur mit einem kleinen Teil davon zu tun — ich habe es ihm erklärt —- und daß wir in unserem Fall 112 000 t Stahl per 1. April zu wenig haben werden.

Stettinius: Ja —

H. M. jr.: Er bat mich also, alle zusammenzubringen, und er gab mir dann — er gab mir eine schriftliche Direktive, sehen Sie — da heißt es: „Dieser Fall ist kritisch", denn (a) müssen wir „zu unserem Wort stehen, und (b) der russische Widerstand zählt am meisten." Unterschrieben: F. D. R. [Franklin Delano Roosevelt]. Würde es Ihnen passen, wenn wir uns morgen früh um neun in meiner Dienststelle treffen?

Stettinius: Gewiß —

H. M. jr.: Und ich habe dann diese Tabelle hier, die ich dem Präsidenten gegeben habe.

Stettinius: Gut —

H. M. jr.: Und ich konnte ihm eben nur über Stahl berichten — verstehen Sie?

Stettinius: Ja.

H. M. jr.: Ich weiß nicht, ob Sie noch mit anderen Sachen im Hintertreffen sind.

Stettinius: Ja.

H. M. jr.: Außerdem hatten wir da einen Mann in Philadelphia und haben eine genaue Aufstellung darüber, was mit den Schiffen dort war und was mit den — wie sie beladen werden, und über die Verzögerungen. Ich habe die ganze Sache beisammen.

Stettinius: Ja.
H. M. jr.: Also —
Stettinius: Sagen Sie, Henry, wollen Sie, daß wir da mit einem koordinierten Bericht hinkommen —?
H. M. jr.: Ja, das wollte ich.
Stettinius: Auch über Kriegsmaterial und alles andere?
H. M. jr.: Den ganzen Kram — hat der Präsident gesagt. Er sagte, ich soll die ganze Angelegenheit in die Hand nehmen, damit man sieht, daß er Wort hält — wegen des Russen-Protokolls — und daß er sich nicht mit einem „Nein" abspeisen lassen wird.

Minister Morgenthau bespricht mit Stettinius noch Einzelheiten über die zur Besprechung einzuladenden Personen.12

Gromyko bei Morgenthau

Konferenz im Büro des Ministers

19. August 1943,14.45 Uhr (1/362—363)

(Anwesend: Minister Morgenthau. Mr. Gromyko—Botschafter der UdSSR—, Mr. White)

Der Minister hatte Herrn Gromyko um seinen Besuch gebeten. Er teilte ihm mit, wir seien bisher nicht unterrichtet worden, ob die russische Regierung bereits Sachverständige bestimmt habe, um mit unserem Finanzministerium Währungsfragen der Nachkriegszeit zu erörtern, die in unserem Schreiben an den russischen Finanzminister enthalten waren.

Herr Gromyko erwiderte, er habe seiner Regierung mitgeteilt, es sei unser Wunsch, daß man Delegierte hierher entsende,

12 Ein Protokoll dieser Besprechung, die am 12. März 1942 stattfand, enthält das veröffentlichte Morgenthau-Tagebuch nicht. Blum berichtet darüber (a. a.O. Seite 24f.):

> **„Bei einer Besprechung am nächsten Tag, dem 12. März 1942, las Morgenthau diese Anordnung des Präsidenten den für Leih- und Pachtverträge verantwortlichen Beamten vom Kriegsproduktionsausschuß und anderen Dienststellen vor. Er fügte hinzu, ‚Der Präsident würde keine Entschuldigung gelten lassen'... Am Ende der Konferenz bat Morgenthau um Unterstützung für ein Memorandum an Roosevelt, das die Bemühungen um die Einhaltung der vertraglichen Verpflichtungen beschrieb. ‚Diese freimütigen Aussprachen erleichtern unser Gewissen', meinte Morgenthau. ‚Roosevelt kommt es vor allem darauf an, die Stalin gegebenen Zusagen zu erfüllen.'"**

und er habe weiter erwähnt, seiner eigenen Ansicht nach sei die Entsendung dieser Delegation wichtig. Allerdings, so sagte er, habe er bisher von seiner Regierung nichts darüber gehört.

Der Minister sagte, nach seinem Dafürhalten wäre es eine sehr gute Sache, wenn die Russen ihre Delegierten schicken könnten, da die Presse ständig danach frage, ob die Russen nun eine Delegation entsandt hätten, und da sie in großer Aufmachung über die Tatsache berichte, sie hätten keine entsandt. Herr Gromyko erklärte nochmals, seine eigene Ansicht, die er auch seiner Regierung übermittelt habe, sei, daß er hoffe, sie würden die Delegierten entsenden. Der Minister erwähnte, Mr. White solle am Nachmittag auf einer Pressekonferenz über den Stabilisierungsfonds sprechen, und ob er nun für den Fall, daß die Presseleute ihn über Rußland fragen sollten, sagen könne, die russische Regierung sei an dem Vorschlag sehr interessiert, sei jedoch wegen Transportschwierigkeiten bisher nicht in der Lage gewesen, die Delegierten zu schicken. Herr Gromyko sagte dazu, in ihrer ersten Hälfte stimme die Erklärung, doch bezweifle er, ob es klug wäre, den zweiten Teil der Erklärung zu verwenden. Es wurde dann beschlossen, Mr. White solle sagen, die russische Regierung sei an dem Vorschlag sehr interessiert und sei während der ganzen Besprechungen durch einen Beobachter vertreten gewesen.

Der Minister fragte dann Herrn Gromyko, ob er seinem Finanzminister vielleicht seine persönliche Bitte übermitteln könne, Sachverständige zur Erörterung des Stabilisierungsprogramms zu uns zu entsenden. Er sagte, Rußland sei der einzige wichtige Staat, der auf die Einladung hin keine Delegierten entsandt habe. Herr Gromyko wollte wissen, genau wie viele Mitglieder der Vereinten Nationen nicht vertreten seien. Mr.

Zeitgeschichtlicher Hinweis des deutschen Herausgebers:

**Nachdem die Sowjetunion in den Kämpfen
tember 1942 und Februar 1943 den deutschen Vorstoß abgewiesen hatte,
begann die sowjetische Regierung gegenüber den USA stärkere Zurück
haltung zu zeigen. Die hier wiedergegebene Besprechung des Ministers
Morgenthau betraf die Vorbereitungen zur späteren sog. Welt
rungskonferenz von Bretton Woods (Juli 1944); die Sowjetunion be
teiligte sich zwar an der Konferenz, ratifizierte jedoch nicht die dort
getroffenen internationalen Vereinbarungen.**

White sagte dazu, es handle sich nur um einige kleine Staaten, und er werde Herrn Gromyko telefonisch mitteilen, welche es seien. Herr Gromyko sagte dann, er werde seiner Regierung die Bitte des Ministers sofort telegrafisch übermitteln.

Der Minister erzählte ihm, daß ein Flugzeugfabrikant direkt an Stalin geschrieben und umgehend eine Antwort erhalten habe. Herr Gromyko sagte, dieser Fall sei ihm bekannt.

(gez.) H. D. White

Dollars für den König von Italien

Gruppenbesprechung bei Minister Morgenthau

(Am Kopf des Dokumentes sind 10 Teilnehmer genannt)

8. November 1943, 9.30 Uhr (1/365—366)

White: Hier haben wir den Truman-Bericht[13]. Er enthält einige sehr treffende Sätze, die ich angestrichen habe.

H. M. jr.: Das würde ich gern mal sehen.

(Mr. White reicht dem Minister den Truman-Bericht.)

White: Ich glaube, der ganze Bericht liest sich recht interessant, obwohl er nicht die Angelegenheit zur Geltung bringt, auf die sich diese angestrichenen Sätze beziehen, sondern die Annullierung von Verträgen und so weiter. Gestern war im Kriegsministerium eine Sitzung, die als dringend anberaumt worden war. Es war ein Sonntag, und man wollte etwas besprechen, was überhaupt nicht so dringend war. Ich bin nicht hingegangen, aber Taylor ging. Sie haben da eine Depesche von Eisenhower erhalten, worin es heißt, man erwarte, daß die italienische Regierung bald dringend Geld anfordern wird, und man bitte um Genehmigung von Washington, ihnen das Geld direkt oder indirekt vorzuschießen. In der Sitzung wurde beschlossen, es über eine Bank indirekt vorzuschießen. Ich habe das heute morgen erfahren und gesagt, ich dächte, wir würden dieses Verfahren nicht billigen, sondern würden ein Verfahren in Form einer direkten Bewilligung über die AMFA an die

13 Der damalige Senator Harry S. Truman, der im November 1944 zum US-Vizepräsidenten gewählt wnrde und nach dem Tod des Präsidenten, am 12. April 1945 dessen Nachfolge antrat, hatte als Vorsitzender des Senatsausschusses für nationale Verteidigungsfragen dem US-Kongreß einen Bericht über das Pacht-Leih-System vorgelegt.

italienische Regierung vorziehen, um es der AMFA zu ermöglichen, eine sorgfältige Überprüfung der Zwecke vorzunehmen, für die die italienische Regierung die Gelder verwendet.

Dies steht in bezug zu einer Anzahl von Diskussionen, die Sie geführt haben. Mir scheint es, daß dieses Verfahren eher durchgeht, als das der indirekten Abwicklung über eine Bank. Man wollte es über eine Bank vornehmen, weil man die ganzen Einzelheiten und Schwierigkeiten bei der Buchführung vermeiden wollte. Aber ich halte die Angelegenheit für zu wichtig, als daß man sich an dem Problem der Buchführung stoßen sollte. Mit Ihrer Genehmigung werde ich das telegrafisch annullieren müssen.

H. M. jr.: Der direkte Weg.

White: Des Inhalts, daß es direkt von der AMFA an die italienische Regierung gehen soll und daß alle Anforderungen für Ausgaben sorgfältig zu prüfen sind, um zu gewährleisten, daß es im Rahmen der Richtlinien der amerikanischen Regierung geschieht. Haben Sie also im jetzigen Stadium irgendwelche Vorstellungen, ob diese Mittel auch für Soldzahlungen oder ähnliche Zwecke verwendet werden sollen oder nicht, oder genügt es, wenn es so formuliert wird, daß es in Einklang mit unseren Richtlinien sein muß?

H. M. jr.: Na, ich meine, wenn die AMGOT es dem italienischen König direkt gibt, was dann der italienische König damit macht, können wir, glaube ich, nicht —

White: Ich glaube, es besteht kein Zweifel, daß sie eine Kontrolle ausüben müssen, weil der König in einer Lage ist, in der er wünscht, soviel Geld auszugeben wie er kann, um seine Stellung der Bevölkerung gegenüber zu festigen. Das führt dann zur Inflation. Das ist ein Grund, weshalb wir uns dafür interessieren sollten. Der andere Grund, glaube ich, ist der, daß Sie, wenn er nur von denen Geld bekommen kann, den König dort haben, wo Sie ihn haben wollen, und das ist auch der einzige Weg für ihn, zu Geld zu kommen, denn wir haben ja gesagt, er kann kein Geld drucken. Er hat keine Notenpressen.

H. M. jr.: Ich glaube, ich würde es so machen, daß ich es ihnen in so kleinen Beträgen wie möglich gebe.

White: Unter sorgfältiger Überprüfung und mit Nachweis seiner Ausgaben.

Zeitgeschichtlicher Hinweis des deutschen Herausgebers:

Nach der erfolgreichen Landung amerikanischer und englischer Truppen auf Sizilien und in Süditalien und nach dem Sturz Mussolinis (25. Juli 1943) hatte die von König Viktor Emanuel III. neu berufene Regierung unter Badoglio am 9. September 1943 gegenüber dem alliierten Oberbefehlshaber General Eisenhower kapituliert. Da die militärische Front trotzdem bis Juni 1944 südlich von Rom stabilisiert blieb, konnte die königliche Regierung zunächst nur im süditalienischen Bereich tätig sein.

H. M. jr.: Und jedesmal, wenn er eine weitere Zahlung haben will, muß er über die vorige Rechenschaft ablegen.

White: Und daß man uns einen Bericht gibt über die Höhe der Beträge und über die Zwecke, für die er sie zu verwenden vorgibt.

H. M. jr.: So ist es richtig.

Es folgt eine Diskussion darüber, was AMFA sei. Minister Morgenthau erläutert diese Abkürzung als neue Bezeichnung für die Alliierte Militärregierung für Italien. Diese habe seit der Kapitulation Italiens ihre Funktion geändert, bzw. sie ändere sie „täglich".

Das Schicksal der Juden in Osteuropa

Aktenvermerk

Vertraulich 18. Dezember 1943 (1/374—375)

Da in der ersten im Finanzministerium vorliegenden Depesche mit Informationen des Gesandten Harrison in Bern über die Lage der Juden in Europa (Depesche Nr. 2460 vom 20. April) auf eine frühere Depesche des Außenministeriums (Nr. 354 vom 10. Februar) Bezug genommen war, baten wir das Außenministerium um eine Kopie der Depesche Nr. 354. Wir erhielten darauf den Bescheid, diese Depesche beziehe sich nicht auf Angelegenheiten, die das Finanzministerium interessierten; sie sei nur ein paar Angehörigen des Außenministeriums zur Kenntnis gekommen und könne dem Finanzministerium nicht zur Verfügung gestellt werden. Daraufhin rief ich (vor über einer Woche) beim Außenministerium Donald Hiss an und bat ihn, mir, wenn möglich, eine Kopie dieser Depesche zu besorgen. Einige Tage später rief ich Donald Hiss nochmals — diesmal privat in seiner Wohnung — an und erfuhr von ihm, er habe beträchtliche Schwierigkeiten bei der Beschaffung einer Kopie dieser Depesche und der darin erwähnten, und er

werde midi benachrichtigen, sobald er Kopien bekommen könne. Heute erhalte ich nun einen Anruf seiner Dienststelle mit der Bitte, ihn nach Möglichkeit um 14.30 Uhr dort aufzusuchen, da er mit mir etwas zu besprechen hätte.

Als ich Hiss heute nachmittag traf, gab er mir die signierten Kopien der Depesche Nr. 354 und einer in dieser erwähnten Depesche Nr. 482 vom 21. Januar. Als Hiss mir diese Depeschen zeigte, sagte er, ihm sei erklärt worden, daß die Depesche Nr. 354 das Fianzministerium nichts anginge und unter keinen Umständen dem Finanzministerium zugänglich gemacht werden dürfte. Er fügte hinzu, daß er bei Bekanntwerden der Tatsache, daß er mir diese Depesche gezeigt hätte, leicht seinen Posten verlieren könnte. (Hierbei erwähnte er ebenfalls, er glaube mit Sicherheit, sein Telefon werde überwacht, und daß andere Leute seine Gespräche mit Beamten des Finanzministeriums abhörten.)

Die erste Depesche, die er mir zeigte, und zwar die vom 21. Januar (Nr. 482), enthielt eine Mitteilung, die Harrison an Rabbiner Stephen Wise vom American Jewish Congress weiterzuleiten bat. In dieser Mitteilung wird die schreckliche Lage der Juden — besonders in Polen und Rumänien — geschildert. Es wurden folgende bezeichnende Tatsachen gemeldet: An einem Ort in Polen würden täglich 6000 Juden getötet; vorher würden sie völlig entkleidet, die Kleidungsstücke würden nach Deutschland geschickt; viele Juden in Polen würden deportiert, viele von ihnen nähmen sich dort das Leben; der jüdischen Bevölkerung würden die Lebensmittelkarten entzogen usw.; aus Rumäneien würden 130 000 rumänische Juden in das Gebiet jenseits des Dnjestr deportiert, etwa 60 000 von ihnen seien bereits gestorben, während die übrigen 70 000 verhungerten; die Lebensbedingungen der Juden in Rumänien seien unbeschreiblich; sie würden aller ihrer Habe beraubt, hätten kein Geld, keine Kleidung, keine Nahrungsmittel usw.; Krankheiten seien weitverbreitet, besonders Fiebererkrankungen usw. (Auf der Depesche befand sich ein Bleistiftvermerk, daß ein Brief an Rabbiner Wise abgegangen sei. Nach unseren Unterlagen hat das Finanzministerium nie eine Kopie von dieser Depesche erhalten.)

Die Depesche Nr. 354 vom 10. Februar 1943 wurde als

direkte Antwort auf die obige Depesche vom 21. Januar gesandt und hatte folgenden Wortlaut:

„Bezug: Ihre Nr. 482 vom 21. Januar.

Es wird empfohlen, in Zukunft keine Ihnen zur Weiterleitung an Privatpersonen in den Vereinigten Staaten übergebenen Berichte anzunehmen, wenn nicht außergewöhnliche Umstände eine derartige Maßnahme empfehlenswert machen. Es wird die Ansicht vertreten, daß wir, wenn wir private Mitteilungen dieser Art unter Umgehung der Zensur neutraler Staaten übermitteln, damit rechnen müssen, daß neutrale Staaten es für notwendig befinden könnten, Maßnahmen zur Beschränkung oder Sperrung unserer offiziellen geheimen Nachrichtenmittel zu ergreifen."

Diese Depesche war unterschrieben: „Für Hull: S. W. (Sumner Welles)" und mit den Initialen von Jimmie Dunn und Ray Atherson sowie von zwei Angehörigen der Europa-Abteilung, Durbrow und Hickerson, versehen.

Es sollte besonders erwähnt werden, daß die in der Depesche Nr. 354 enthaltenen Anweisungen ohne Zweifel noch immer nicht zugänglich wären, hätte nicht Harrison in seiner Depesche

Nr. 2460 vom 20. April erwähnt:

„. . . Während ich die Mitteilungen von R. als solche gemäß Ihrer Nr. 354 vom 10. Februar nicht übermittelt habe, war ich jedoch der Ansicht, daß Informationen, die er liefern kann und die einigermaßen authentisch zu sein scheinen, zu Ihrer Kenntnis gelangen sollten. . . . Darf ich vorschlagen, daß Mitteilungen dieser Art nicht (ich wiederhole: nicht)

Zeitgeschichtlicher Hinweis des deutschen Herausgebers:

□ **Das hier wiedergegebene Dokument verdient besondere Aufmerksamkeit. Es wird daraus ersichtlich, daß Minister Morgenthau erst Mitte Dezember 1943 — und auch zu diesem Zeitpunkt nur durch indirekte Information — von geheimen Nachrichten unterrichtet wurde, die im Außenministerium bereits im Januar jenes Jahres über die Lage der osteuropäischen Juden eingegangen waren. Diese zurückhaltende amtliehe Behandlung solcher Berichte innerhalb der US-Regierung steht in erheblichem Kontrast zur alliierten Argumentation der Nachkriegsjahre, wonach „das" deutsche Volk oder „die" Nationalsozialisten für jene Geheimvorgänge verantwortlich zu machen seien, die bis heute noch nicht voll aufgeklärt sind. (Vergl. dazu die Untersuchung „Das Geheimnis der ‚Endlösung' " bei Helmut Sündermann: Das Dritte Reich — Eine Richtigstellung in Umrissen, Leoni am Starnberger See 1964, Seiten 204 bis 217.)**

den in Ihrer Depesche Nr. 354 vom 10. Februar vorgeschriebenen Einschränkungen unterworfen werden und daß ich die Genehmigung erhalte, Mitteilungen von R. weiterzugeben, ganz besonders im Hinblick auf die nützlichen Informationen, die sie unter Umständen häufig enthalten?"

(gez.) J. E. Du Bois

Morgenthau nach Moskau?

Entwurf eines lt. handschriftlichem Vermerk nicht abgesandten Schriftstückes vom 16. Mai 1944 (1/380—381)

Der Minister der Finanzen

Vermerk für den Präsidenten

Betr.: Gewährung eines amerikanischen Wiederaufbaukredites von 10 Milliarden Dollar an die UdSSR.

Die Zeit scheint günstig, um Verhandlungen mit dem Ziel eines Finanzabkommens einzuleiten, in dessen Rahmen die Vereinigten Staaten durch Kongreßbeschluß der UdSSR einen Kredit von 10 Milliarden Dollar für den Kauf von Industrie- und landwirtschaftlichen Erzeugnissen innerhalb von fünf Jahren einräumen gegen (a) volle Rückzahlung mit Zinsen über eine Laufzeit von etwa 30 Jahren — hauptsächlich in Form von Rohmaterialien — und (b) eine Garantie an die Vereinigten Staaten auf Lieferung der jährlich benötigten strategischen Rohstoffe während der Zeit der Rückzahlung.
Erstens:

Dieser dramatische Schritt könnte die folgenden bedeutsamen Auswirkungen haben:
Er könnte

— der Industrie und dem Arbeitsmarkt Amerikas eine stabile Gewähr dafür bieten, daß die Nachkriegsjahre nicht wieder eine Ära der Arbeitslosigkeit und stagnierender Wirtschaftsverhältnisse mit sich bringen;

— dem Kongreß und dem amerikanischen Volk die Gewißheit geben, daß unser Land eine garantierte Versorgungsquelle für wichtige strategische Rohstoffe zur Ergänzung unserer rapide abnehmenden einheimischen Quellen besitzt;

— unserem Land in der Nachkriegszeit einen neuen und größeren Absatzmarkt für unsere riesigen Produktionsstätten eröffnen — einen Exportmarkt mit maximaler Gewähr

des Rückzahlungsvermögens und dem geringsten Risiko einer störenden Einwirkung auf unseren Exporthandel mit anderen Ländern;

— Ihnen einen starken Hebelarm gegenüber Rußland wie den übrigen Vereinten Nationen bei den künftigen Weltverhandlungen in die Hand geben. Außerdem ist es nicht übertrieben, zu sagen, daß das Zustandekommen eines derartigen Finanzabkommens eine der bedeutendsten nichtmilitärischen Maßnahmen wäre, die man im jetzigen Zeitpunkt ergreifen könnte, um den Rahmen für internationale Wirtschaftsbeziehungen in der Nachkriegszeit zu schaffen.

Die derzeitigen Verhandlungen mit der UdSSR über die Abwicklung der Leih- und Pacht-Lieferungen im Rahmen eines Vierten Protokolls sind eine ausgezeichnete provisorische Maßnahme, setzen sich aber offensichtlich nicht ernsthaft mit dem Problem eines fundamentalen langfristigen Programms auseinander und sind, gemessen an der Bedeutung der oben dargelegten Zielsetzung, unerheblich.

Zweitens:

Das Dahinschwinden unserer Vorräte an wichtigen strategischen Rohstoffen wird nicht allgemein erkannt. Aus der nachstehenden Tabelle, deren Angaben aus einigen kürzlich eingegangenen vertraulichen Berichten an den Stellvertretenden Innenminister [Under Secretary of Interior] über unsere Rohstoffvorräte stammen, zeigt sich eine rasch steigende Abhängigkeit der Vereinigten Staaten von ausländischen Versorgungsquellen.

	Einheimische Reservevorräte:	
	Auf der Grundlage unseres Verbrauchs für 1938	Auf der Grundlage unseres Verbrauchs für 1943
Erdöl	Vorräte für 16 Jahre	Vorräte für 13 Jahre
Mangan	Vorräte für 9 Jahre	Vorräte für 3 Jahre
Wolfram	Vorräte für 23 Jahre	Vorräte für 3 Jahre
Zink	Vorräte für 17 Jahre	Vorräte für 8 Jahre
Blei	Vorräte für 7 Jahre	Vorräte für 6 Jahre
Chrom	Keine Angaben	Vorräte für weniger als 1 Jahr
Quecksilber	Vorräte für 3 Jahre	

Die Sowjetunion stellt ein mächtiges Reservoir für diese strategischen Güter dar. Ein durch die Einfuhr von Investitionsgütern aus den USA ermöglichter, beschleunigter Wiederaufbau der Wirtschaft sowie die verstärkte Entwicklung der Rohstoffvorkommen in Rußland würden eine zahlen- und mengenmäßige Steigerung der Produktion dieser Rohstoffe bewirken, welche die Sowjetunion den Vereinigten Staaten liefern könnte.

Drittens:

Die Sowjetunion ist, was das Rückzahlungsvermögen betrifft, anderen ausländischen Käufern unserer Erzeugnisse überlegen. Gemessen an ihrer bisherigen Finanzlage ist die UdSSR, wenn man dazu noch ihre enormen natürlichen Hilfsquellen und ihre Goldproduktion berücksichtigt, ein geringes Kreditrisiko. Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern hat sie keine hohen Auslandsschulden, auf Grund derer Erstansprüche auf ihre Ausfuhrüberschüsse gestellt werden könnten.

Da sich die Wirtschaft der UdSSR völlig unter staatlicher Kontrolle befindet, werden Volumen und Art aller Ein- und Ausfuhren zum großen Teil durch Planungsbeschlüsse über die Bereitstellung von Arbeitskräften, Material und Gerät bestimmt. Es wird den Vereinigten Staaten möglich sein, die Struktur des Außenhandels der UdSSR so zu beeinflussen, daß er sich den Erfordernissen unseres eigenen Außenhandels gut anpaßt.

Viertens:

Da nun die UdSSR ohne ein Abkommen wie das oben vorgeschlagene gezwungen sein wird, sich wegen der meisten ihrer Käufe von Investitionsgütern an andere Stellen zu wenden, ist es wichtig, daß man sich jetzt schon versichert, damit die jetzt in der Planung befindliche Umstellung unserer Schwerindustrie auf der Basis fester Nachfrageziffern weiterbetrieben werden kann. Dies ist besonders vordringlich wegen der starken Bestrebungen anderer Länder, Handelsabkommen abzuschließen, um sich Rohstoffe in der UdSSR zu beschaffen und den russischen Markt für die Aufnahme ihrer eigenen Erzeugnisse vorzubereiten.

Fünftens:

Angesichts des Ausmaßes und der finanziellen Bedeutung dieses Vorschlages möchte ich anregen, meine Entsendung nach

Moskau als Ihr persönlicher Vertreter zwecks gründlicher Erkundung dieser Möglichkeiten bei der sowjetischen Regierung in Erwägung zu ziehen. Ich würde allerdings gern einen kleinen Stab entsprechend befähigter Berater mitnehmen, darunter einige führende Geschäftsleute, die am russischen Markt interessiert sind.
Es war meine Absicht, Ihnen nach einem noch in diesem Sommer durchzuführenden informatorischen Besuch einen Bericht vorzulegen, der Ihnen dann jederzeit als Arbeitspapier zur Verfügung stehen würde, wenn Sie einmal die Zeit für günstig hielten, die Angelegenheit vor den Kongreß zu bringen.

Zeitgeschichtlicher Hinweis des deutschen Herausgebers:

□ **Am 6. Juni 1944 trat der Zweite Weltkrieg durch die anglo-amerikanische Invasion an der Normandieküste in sein entscheidendes Stadium. Vorangegangen war einerseits die am 23. Januar 1943 — in den Tagen der Schlacht von Stalingrad — vor einer Pressekonferenz in Casablanca abgegebene Erklärung Präsident Roosevelts, das Kriegsziel der Alliierten sei die „bedingungslose Kapitulation" der Achsenmächte, andererseits die Konferenz von Teheran (27. 11. bis 1. 12. 1943), in der Roosevelt, Stalin und Churchill grundsätzlich die Aufteilung Deutschlands vereinbarten und für die Behandlung von Einzelfragen die „European Advisory Commission" einsetzten. Dieses Gremium nahm im Frühjahr 1944 in London seine Tätigkeit auf.**

Soll die deutsche Wirtschaft geschont und wieder aufgebaut werden?

Ungekürzter Auszug aus einem Brief auf amtlichem Briefpapier mit Eindruck „Finanzministerium-Washington 25"

London, den 15. Juli 1944 (1/398—399)
Luftpost

Persönlich und vertraulich
Luftpostsack Nummer 30

Lieber Mr. White: ... Die E. A. C. [European Advisory Commission — Beratungskommission für Europäische Angelegenheiten] ist noch tätig, allerdings ist der Grad der bisher erzielten Übereinstimmung bedauerlich gering. Die Russen sind dazu übergegangen, nur Beobachter zu entsenden. Diese Beobachter schicken die verschiedenen Dokumente dann nach Moskau mit ihren Kommentaren und Änderungen. Es ist wirklich erstaunlich, bei allen Stellen — sowohl bei der E. A. C., C. C. A. C., bei SHAEF [Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces — Oberstes Hauptquartier der Alliierten Expeditionsstreitkräfte], bei M. E. A., 0. S. S. [Office of Strategie Studies — Büro für Strategische Studien], beim Auswärtigen Dienst als auch bei den verschiedenen britischen Stellen — zwei grundlegende Arbeitshypothesen in bezug auf Deutschland vorzufinden:

A. Es ist wünschenswert, daß die Truppen der Alliierten im deutschen Wirtschaftsleben so wenig Störungen wie möglich verursachen; und

B. die Wiederingangsetzung und ein Wiederaufbau der deutschen Industrie sind von größter Bedeutung, damit Deutschland zum Lieferanten von Industrieerzeugnissen für die verwüsteten Gebiete in Europa werden kann.

Mit diesen Vorstellungen verbindet sich auf allen Seiten die ausgesprochene Sorge, daß Deutschland von einer Inflation heimgesucht und dadurch die deutsche Wirtschaft erschüttert werden könnte, so daß es unmöglich ist, ihre Produktionskapa-

zität in vollem Umfang zum Nutzen der Völker Europas einzusetzen.

Eine derartige Betrachtung läßt uns, wie wir gestehen müssen, völlig kalt.

William H. Taylor
L. C. Aarons

Morgenthaus Flugreise nach England

Gruppenbesprechung bei Minister Morgenthau

(Am Kopf des Dokumentes sind 10 Teilnehmer genannt)

17. August 1944,12.00 Uhr (1/413—415)

Zunächst fand ein kurzer Wortwechsel über das Einfrieren gewisser argentinischer Guthaben statt. Dann berichtete der Minister wie folgt über seine Europa-Reise.

H. M. jr.: Bevor wir zu sehr in die Einzelheiten gehen, möchten Sie vielleicht etwas über die Reise hören. Ich kam am Sonntag um Mitternacht drüben an. Zwanzig Minuten später saß ich in Schottland im Zug. Eisenhower hatte einen Zug für uns bereitgestellt. Wir fuhren in den Süden Englands, waren gegen Mittag in seinem Hauptquartier und aßen mit ihm. Und wir hielten uns nicht lange mit der Vorrede auf, um zu erfahren, wie General Eisenhower mit Deutschland von dem Augenblick an verfahren will, wenn er die Grenze überschreitet. Er erklärte eindeutig, er werde sie hart rannehmen. Er ließ keinen Zweifel daran, daß er sie erst einmal in ihrem eigenen Saft schmoren lassen wolle, ganz im Gegensatz zu den Plänen der G5-Leute von General Holmes mit ihren Vorschlägen für die Behandlung Deutschlands.14

14 John Morton Blum berichtet (a. a. 0. Seite 209 f.), der „Anstoß für Morgenthaus Beschäftigung mit der Deutschlandpolitik" sei ein Memorandum des amerikanischen Außenministers gewesen:

> **„In England erfuhr er Einzelheiten durch Oberst Bernard Bernstein, einen ehemaligen Beamten des Finanzministeriums, der jetzt in der Abteilung für Zivile Angelegenheiten des Alliierten Hauptquartiers arbeitete. Morgenthau erinnert sich weiter: ‚Vor meiner Europareise erwartete ich nicht, mich mit dem Deutschlandproblem befassen zu müssen. Doch dann fand ich mich unerwartet mitten in die Diskussion geworfen.' Dabei stieß er nicht nur auf das Memorandum des Außenministeriums über die Wirtschaftspolitik, sondern auch auf das ‚Handbuch für die Militärregierung in Deutschland' und auf Entwürfe der Europäischen Beratenden Versammlung. Alle drei Pläne lehnte er entschieden ab."**

Zeitgeschichtlicher Hinweis des deutschen Herausgebers:

□ **Die Kriegslage in Europa veränderte sich Ende Juli 1944 entscheidend.**
□ **Die Sowjets begannen Mitte des Monats einen Großangriff gegen die**
□ **deutsche Ostfront; es gelang ihnen, bis fast vor Warschau und zur**
□ **Weichsellinie vorzudringen. In den letzten Julitagen erzielten auch die**
□ **Amerikaner bei Avranches einen Durchbruch, mit dem sie die seit dem**
□ **6. Juni andauernden heftigen Kämpfe in der Normandie beenden und**
□ **weiträumige Operationen in Frankreich einleiten konnten.**
□ **In diesen Wochen, in denen Deutschland sich erstmals während des**
□ **Zweiten Weltkrieges einem voll entbrannten Zwei-Fronten-Krieg gegen-**
□ **übersah, unternahm Minister Morgenthau eine Informationsreise nach**
□ **Europa, allerdings ohne — wie ursprünglich beabsichtigt (vergl.S.60ff.) —**
□ **Moskau zu besuchen. Am 6. August 1944 flog der Minister, von Harry**
□ **Dexter White begleitet, nach England; am 17. August kehrte er wieder**
□ **nach Washington zurück. Noch am gleichen Tage unterrichtete er seine**
□ **Mitarbeiter über den Verlauf seiner Reise.**

Nachmittags sahen wir uns im Hafen um. Ich aß mit General Bedell Smith, dem Chef des Stabes, und seinen Abteilungsleitern im Stab zu Abend, und sie waren alle ziemlich nervös, weil sie andere Maßnahmen erwarteten. Ich habe Eisenhower noch nie in besserer Verfassung gesehen. Er machte den besten Eindruck auf midi, den ich jemals von ihm gehabt habe; er war völlig gelöst und zuversichtlich, daß er die Sache erfolgreich zu Ende bringen werde, solange das Wetter gut ist. Die Nacht über blieben wir noch in seinem Zug da unten in dem Teil von England. Am nächsten Morgen sollten wir um 8.30 Uhr weiter nach England15, konnten aber nicht. Wir kamen rüber nach England* mit Jagdflugzeugen als Geleit. Das war ziemlich kostspielig. Beim Aufbruch sagte General Smith zu mir: „Ja, Sie können nur bis zum Hauptquartier." Ich erwiderte: „Hören Sie, General Smith, geben Sie mir keine solchen Befehle. Lassen Sie ruhig General Bradley entscheiden, wie weit ich kann." Na, da gab er sich widerwillig zufrieden. Wir kamen nach Cherbourg. Man braucht dafür nur 25 Minuten, und General Lee, Leiter der Abteilung Versorgungswesen bei Eisenhower, führte uns herum und zeigte uns, was sie in Cherbourg tun — sie sind zum Teufel, die Hafenanlagen. Sie können sie aber so schnell wieder instandsetzen, weil alles aus Holz ist, die Anlegebrücken und

15 Anmerkung der Übersetzer: So im Original — gemeint ist Frankreich.

was dazu gehört, Holzpfeiler, alles aus Holz, und so geht es furchtbar schnell. Kein Beton, keine massiven Bauten.

(...)

Mr. D. W. Bell: Auf der Pressekonferenz des Präsidenten heute morgen hieß es, wir könnten einen ausgehandelten Frieden erst nach der Besetzung Deutschlands und Japans haben.

H. M. jr.: Ja, ich will aber jetzt nicht darauf eingehen; ich habe aber die meiste Zeit darauf verwendet, was das für Verhandlungen sind und wie sie mit Deutschland verfahren werden. Er wird sehr aktiv werden müssen. Es hat midi Tage und Tage und Tage gekostet, aber ich habe erfahren, was ich wissen wollte. In bezug auf Deutschland wird zur Zeit nämlich gar nichts getan, und das werde ich auch Hull sagen, seine Leute sind nämlich die schlimmsten. Das kommt mir vor wie eine Hilfsmaßnahme der WPA[16]. Ein zentralistisches Deutschland will man behalten; ein starkes Deutschland will man behalten — und der Erfolg ist, daß diese Gruppe, die die Sache untersucht — die Russen werden ihnen nichts sagen — die Russen werden nichts mit ihnen zu sdiaffen haben wollen.

Mr. D. W. Bell: Klar, sie möchten ein recht starkes Deutschland zwischen sich und Rußland legen, die Engländer.

H. M. jr.: Eden[17] nicht.

Mr. D. W. Bell: Zwischen sich und Rußland?

H. M. jr.: Nein, Eden will das nicht. Er will Deutschland auseinander, ganz auseinander. Er ist prima in der Sache.

Mr. D. W. Bell: Ich glaube nicht, sie haben sich drüben in dieser Form geäußert.

H. M. jr.: Ja, das weiß ich. Manche sind in der Beziehung gut, manche nicht. Aber Eden ist in dieser Sache sehr gut, und er tut auch nicht nur so. Ich weiß nicht, wieviel Hull weiß, aber er bekommt bestimmt einiges von mir zu hören. Ich bin nicht deswegen rübergefahren, ich habe midi aber der Sache angenommen.

16 Anmerkung der Übersetzer: WPA — Works Progress Administration — eine Behörde, die von Präsident Roosevelt 1933 im Rahmen seines „New Deal"-Programms zur Arbeitsbeschaffung eingerichtet wurde. Ähnliche Aufgaben hatten die PWA = Public Works Administration und das CCC = Civilian Conservation Corps (eine Art Arbeitsdienst); vgl. S. 87.

17 Anthony Eden — damals britischer Außenminister.

Mr. D. W. Bell: Sie haben die Nachricht bekommen, daß Hull Sie morgen früh um halb zehn sprechen will?

H. M. jr.: Ja, ich will ihn als ersten sprechen, ehe ich mit anderen Leuten spreche.

(...)

Bericht an Außenminister Hull

Das Dokument ist mit dem Vermerk überschrieben: „diktiert in Anwesenheit von Mr. D. W. Bell und Mrs. Klotz"

18. August 1944 (1/415—418)

Ich suchte Außenminister Hull heute morgen um 9.45 auf und sagte ihm, ich wolle ihm über meine Reise berichten. Zunächst erzählte ich ihm, ich habe General Eisenhower aufgesucht und ihn gefragt, wie er über die Behandlung der Deutschen in den ersten Monaten nach unserem Einzug in Deutschland denke, und er sagte, er meine, man sollte sie unnachgiebig behandeln und in ihrem eigenen Saft schmoren lassen.

Dann berichtete ich Hull, daß ich mit Churchill gesprochen habe und daß ich auch Churchill gefragt habe, wie er darüber dächte, und ich hatte den Eindruck, daß er meinte, man solle die Deutschen hart anpacken. Dann erzählte ich ihm, ich hätte ordentlich auf den Busch geklopft, und durch Unterhaltungen mit Winant[18] und den Leuten, die ihm helfen, und auf Grund eines Memorandums vom 31. Juli mit dem Titel „Bericht über Reparationen, Rückerstattungen und Vermögensansprüche — Deutschland", der unter dem Vorsitz von Mr. Pasvolsky erarbeitet wurde, sei ich zu der Überzeugung gekommen, daß die Deutschen offenbar so behandelt werden sollen, daß ihnen beim Aufbau eine Reihe von Jahren geholfen werden könne, damit sie Reparationen zahlen können, und daß sie nach 10 Jahren wieder soweit sein werden, einen dritten Krieg zu entfesseln.

Ich erzählte Hull ferner, ich hätte auf Fragen und in direkten Unterhaltungen mit Eden in seinem Haus und zuletzt auch in seinem Büro, wobei er mir Passagen aus dem Protokoll über die Konferenz von Teheran vorlas, erfahren, daß der Präsident während der Aussprache über Polen auf das Thema Deutschland abgeschwenkt sei und daß in diesem Moment entschieden

18 John E. Winant — damals US-Botschafter in London.

worden sei, Deutschland solle in drei Teile oder in fünfzehn Teile aufgeteilt und eine Kommission zur Untersuchung dieser Frage eingesetzt werden. Das Ergebnis war dann die Einsetzung der „European Advisory Commission" [Beratungskommission für Europäische Angelegenheiten].

Als ich das erzählte, schnappte Hull förmlich nach Luft und sagte zu mir: „Henry, das ist das erste Mal, daß ich davon höre." Dann sagte er: „Ich habe das Protokoll der Konferenz von Teheran noch nie sehen dürfen", und er wiederholte das ein übers andere Mal. Er sagte: „Ich habe darum gebeten, aber ich habe die Erlaubnis nicht erhalten, das Protokoll einzusehen, und was Sie mir eben erzählt haben, habe ich eben in diesem Augenblick zum erstenmal gehört." Ich versicherte Hull, ich würde das absolut unter uns behalten. Ich möchte nicht, daß in Ihrem Laden darüber gesprochen wird, Harry [White]. Ich muß sowohl den Präsidenten als auch Hull decken.

Dann sagte ich: „Nun, Pasvolsky hat eine Studie erarbeitet, die von ganz anderen Vorstellungen ausgeht, und Winant hat mit drei anderen noch eine Studie ausgearbeitet, die wieder anders vorgeht." Ich sagte, als ich in Winants Büro gewesen sei, hätte ich gedacht, er sage nicht die Wahrheit, weil er zunächst erklärte, er arbeite an einem Bericht über die Reparationen für Deutschland, daß er aber vor zwei Wochen mit einer neuen Studie angefangen habe, in der die Zerstückelung Deutschlands berücksichtigt werde. Ich glaube nicht, daß überhaupt jemand eine Studie angefertigt hat, die sich an die Entscheidung des Präsidenten und Churchills von Teheran hält.

Als ich die Beratungskommission für Europäische Angelegenheiten zum erstenmal erwähnte, sagte Hull: „Das ist ein kompletter Reinfall gewesen. Der Ärger ist, daß Winant versucht, zwei große Aufgaben gleichzeitig zu erledigen, aber er kann sie nicht beide schaffen." Ich mußte also mit dem nächsten Punkt sehr vorsichtig zu Werke gehen. Ich sagte: „Ich bin nicht ganz sicher, ob Winant in Teheran von der Vereinbarung hinsichtlich der Zerstückelung Deutschlands Kenntnis hatte oder nicht." Ich sagte, er [Winant] habe sich hierüber recht vage ausgedrückt, aber er habe mehrfach wiederholt, er habe dafür keine Instruktionen. An einem bestimmten Punkt dieses Spielchens hat Winant jedoch gesagt, er zögere, mir alle Fakten über diese Konfe-

renz mitzuteilen, weil Mr. Hull zunächst das Protokoll nicht gesehen habe, später habe Hull es aber gesehen. Er, Winant, habe Kenntnis davon gehabt, weil er damals in Teheran war. Er sagte, er sei dort gewesen, aber sei in einer sehr unangenehmen Lage gewesen, weil er nicht gewußt habe, was und wieviel er nach Hause berichten könne, und weil er nicht gewußt habe, wie er sich verhalten sollte. Winants Äußerungen haben mich zu der Annahme veranlaßt, daß Hull das Protokoll kürzlich gesehen hat.

Die Quintessenz davon ist, daß da im November letzten Jahres ein Treffen in Teheran stattfindet, bei dem diese drei Männer, Roosevelt, Churchill und Stalin, die Zerstückelung Deutschlands vereinbaren, und alle diese Leute fangen an und arbeiten Studien aus, ohne das in ihre Überlegungen einzubeziehen, und ohne eindeutige Instruktionen. Einem Architekten den Auftrag zu geben, ein Haus zu bauen, und ihm nicht zu sagen, wo es gebaut werden soll, wie es gebaut werden soll oder wie viele Menschen darin untergebracht werden sollen, ist ungefähr dasselbe.

Hull war sehr erregt, und ich sagte zu ihm: „Cordeil, Sie wissen, Harry Hopkins*[19] wollte mich sprechen, aber ich habe ihn noch nicht gesehen, und ich werde ihn nicht eher treffen, bis ich mit Ihnen und mit dem Präsidenten gesprochen habe. Ich habe Ihnen aus Europa gekabelt, ich wollte Sie sprechen. Morgen früh werde ich den Präsidenten treffen und anschließend gehe ich zu Harry." Ich sagte: „Ich weiß sehr wohl, daß ich hierfür nicht zuständig bin, aber ich tue es als amerikanischer Bürger, und ich werde so weitermachen, und ich werde meine Nase in die Sache stecken, bis ich weiß, daß sie in Ordnung ist. Ich bin mehr an meiner Verantwortung als Bürger interessiert als an meinem Posten, und ich werde so weitermachen, und wenn ich irgend etwas erfahre, komme ich zu Ihnen und erzähle es Ihnen." Er sagte, das sei ihm recht.

Ich fragte Hull: „Und wo stehen Sie in dieser Sache?" und er antwortete: „Wissen Sie, ich habe mich, als ich in Moskau war*[20], mit den Russen deshalb so gut vertragen, weil ich ihnen gesagt

[19] **Roosevelts Vertrauensmann (vergl. Einleitung S. 10).**

[20] **Ende Oktober 1943 anläßlich einer alliierten Außenminister-Konferenz.**

habe, ich würde ein geheimes Gerichtsverfahren abhalten und Hitler mit seiner Bande und Tojo mit seiner Bande vor dieses Gericht bringen, und ich würde sie alle erschießen lassen und dann würde ich es der Welt ein paar Tage später bekanntgeben." Er sagte weiter: „Das ist mein Standpunkt." Ich fragte ihn, was er mit dem deutschen Staat machen werde, und er antwortete: „Ich habe keine Gelegenheit, etwas zu tun. Man läßt mich im unklaren darüber, was vor sich geht. Das liegt auf einer höheren Ebene. Man sagt mir, das sei eine militärische Angelegenheit. Ich habe jeden Tag Beratungen mit dem Kriegsministerium über die unmittelbaren Ziele, aber wenn sie über den deutschen Staat sprechen, werde ich nicht einmal um Rat gefragt." Er sagte: „Da schlage ich eine Schlacht für den Präsidenten, und man sagt mir nichts, und es ist das erste Mal, daß ich das gehört habe."

Ich weiß zwar nicht, was Hull tun wird, aber ich werde in dieser Richtung weitermachen.

Ich fuhr dann fort, ihm von den Plänen zu erzählen, die die Armee macht, nach denen wir nach Süddeutschland und die Engländer nach Norddeutschland gehen würden. Das stehe im Gegensatz zu den Wünschen des Präsidenten; sie hätten sie aber nur erfüllen können, wenn die beiden Armeen über Kreuz vorgerückt wären, deshalb habe sich die Armee dazu entschlossen, es umgekehrt zu machen.

Es folgen einige Sätze, die sich mit der Frage beschäftigten, wie mit Argentinien verfahren werden soll.

Ich berichtete Hull dann, was wir in bezug auf die ungarische Situation drüben [in Europa] erreichen konnten und daß DuBois eine große Hilfe gewesen sei. Ich sagte, ich hätte die Sache mit Churchill und Eden diskutiert, und ich sagte, sie seien sehr empfindlich gewesen wegen der Wirkung auf die Araber. Ich erzählte Hull, Churchill habe den Punkt mit der Bemerkung eröffnet, er hätte die Absicht gehabt, eine jüdische Armee unter einer jüdischen Flagge hinzuschicken, und ich habe erwidert, ich hielte das für falsch, weil es Hitler die Möglichkeit gebe, zu erklären, die Juden seien einer jüdischen Fahne verpflichtet. Churchill sagte, Bernie Baruch sei derselben Meinung. Hull sagte, seines Wissens sei die Angelegenheit schon vor Monaten geregelt worden. Ich sagte ihm, Churchill lehne es ab,

die Quote zu erhöhen, um die ungarischen Juden rauszubringen, weil er, wie er sagte, den Arabern versprochen habe, sie würden die Quote für die Dauer des Krieges nicht ändern.

Kurz — wenn Eden mir nicht aus dem Protokoll der Konferenz von Teheran vorgelesen hätte und Hull mir nicht von Angesicht zu Angesicht gesagt hätte, er hätte es noch nie gesehen, ich würde es nicht glauben.

Ich berichtete Hull auch, daß sich die Russen völlig aus der Beratungskommission für europäische Angelegenheiten heraushielten, und ich sagte ihm, der Grund dafür, warum sie nicht mitmachten, sei meiner Ansicht nach der, daß sie erkannt hätten, auf welche Weise die amerikanischen und englischen Delegierten die Angelegenheit behandelten, und daß sie sich daran nicht beteiligen wollten.

Nach dem Gespräch mit Hull bin ich sicher, daß Hull, wenn er eine Direktive hinsichtlich der Zerstückelung Deutschlands bekäme, damit auch Erfolg haben würde. Meine Reise nach Europa hat sich in jeder Hinsicht rentiert, allein wegen aller Sachen, die ich erfahren habe und Hull berichtet habe, und wir werden sehen, was geschieht, wenn ich den Präsidenten spreche.

Zeitgeschichtlicher Hinweis des deutschen Herausgehers:

Der deutsche Leser muß den Hinweis des Ministers Morgenthau auf die britische Weigerung, noch im Sommer 1944 die jüdische Einwanderungsquote nach Palästina (damals britisches Mandatsgebiet) zugunsten ungarischer Juden zu erhöhen, besonders beachtlich finden. (Vergl. Hinweis Seite 59). Aus der nebensächlichen Behandlung der Angelegenheit muß sogar geschlossen werden, daß auch Minister Morgenthau, ebensowenig wie Minister Hull, damals der Ansicht gewesen war, es handle sich um eine Lebensfrage für eine beträchtliche Anzahl von Juden. Gerald Reitlinger berichtet in seinem Werk „Die Endlösung" (Deutsche Ausgabe 1956, Kapitel „Schachergeschäfte um Menschenleben") ausführlich über die damaligen internationalen Geheimverhandlungen, bei denen es darum ging, einer Million ungarischer Juden die Auswanderung zu ermöglichen. Die diesbezüglichen Vorschläge wurden auf alliierter Seite nicht ernstlich beachtet; Deportationen ungarischer Juden in deutsche Konzentrationslager begannen — nach Reitlingers Zeittafel (a. a. 0., Seite 606) — am 15. Mai 1944 und wurden am 27. Juni wieder eingestellt. In diesen 44 Tagen sollen 380 000 Juden aus Ungarn abtransportiert und 250 000 von ihnen in Auschwitz-Birkenau getötet worden sein.

Die Militärs benötigen eine Deutschland-Direktive

Aktenvermerk über eine Besprechung im Büro von Mr. White

22. August 1944 (1/423-^424)

Teilnehmer:

General Hilldring von der Abteilung für Zivile Angelegenheiten beim Kriegsministerium;

Mr. White und Mr. Taylor vom Finanzministerium General Hilldring sprach vor, um mit Mr. White einige der Angelegenheiten zu erörtern, die in London von den Vertretern des Finanzministeriums während der kürzlichen Reise des Ministers dorthin besprochen wurden. Mr. White unterrichtete den General über die Besprechungen der Abordnung des Finanzministeriums mit General Eisenhower, General Bradley, General Holmes und General McSherry und anderen Militärs. Er lenkte die Aufmerksamkeit des Generals insbesondere auf die Besprechung mit General Eisenhower, bei der dieser erklärt hatte, er sei dafür, Deutschland die ersten Monate nach unserem Einmarsch „im eigenen Saft schmoren zu lassen". Mr. White erklärte, diese Auffassung decke sich mit der des Finanzministeriums, weil man glaube, es wäre unter den auf unsere Besetzung folgenden Umständen in Deutschland weder wünschenswert noch möglich, die deutsche Wirtschaft mindestens während der ersten Monate zu steuern.

General Hilldring teilte Mr. White mit, er stimme mit dieser Auffassung völlig überein, und wenn die Direktiven des Kriegsministeriums in dieser Hinsicht nicht ganz so seien wie sie sein könnten, so liege das daran, daß das Kriegsministerium im Schatten einer Politik stehe, die von anderen Stellen oder Ministerien gemacht werde. Er sagte, er könne sich in die Lage der amerikanischen Offiziere in London versetzen; in Ermangelung gegenteiliger Direktiven beruhe ihre Planung auf dem Wunsch, die Aufgaben der Militärregierung so gut wie irgend möglich zu regeln. General Hilldring fügte hinzu, wenn diese Angelegenheit geklärt und in Ordnung gebracht werden solle, so könne das nur auf der Grundlage eines Befehls von den höchsten Stellen der Regierung geschehen. Er sagte, er und andere Leute im Kriegsministerium seien ernstlich irritiert über viele der Vorstellungen, die man sich in der Regierung gemacht habe

und die offenbar darauf hinausliefen, mit Deutschland gelinde zu verfahren, um seine Wirtschaft so schnell wie möglich wieder aufzubauen, damit Deutschland bald wieder in die Völkerfamilie aufgenommen werden könnte.

Der General erklärte, er stimme völlig mit der Auffassung Mr. Whites überein, daß das Hauptaugenmerk bei der Behandlung Deutschlands nicht auf Reparationen oder ähnliche Dinge gelegt werden dürfe, sondern vielmehr darauf, daß wir mit Sicherheit nichts tun, was Deutschland in die Lage versetzen könnte, zu unseren Lebzeiten wieder einen Krieg zu führen. Der General sagte, er habe die deutsche Szene seit dem Ersten Weltkrieg ständig beobachtet, und falls wir dieses Mal keine Gegenmaßnahmen ergriffen, könnten wir sicher sein, daß die deutschen Militärs sofort beginnen würden, die Grundlagen für einen dritten Weltkrieg zu schaffen. In diesem Zusammenhang wies Mr. White darauf hin, daß schon jetzt bestimmte deutsche Militärs an die deutsche Wehrmacht und das Volk appellierten, den Krieg zu beenden, der auf Grund der verfehlten politischen Strategie der Nazis schon verloren sei. In diesen Äußerungen deutscher Generale deute nichts darauf hin, daß sie der Meinung seien, der Krieg selbst sei verwerflich gewesen; sie seien vielmehr der Meinung, daß die heutige Vermischung der Nazi-Politik mit dem Militarismus zu der gegenwärtigen Katastrophe geführt habe. Mr. White sagte, die deutschen Militärs würden sofort anfangen, die Lehren aus diesem Krieg im Detail zu ziehen mit dem Ziel, die Fehler, die gemacht wurden, bei der Planung des nächsten zu vermeiden.

General Hilldring erklärte, er hoffe, im Lauf der nächsten Woche nach London zu kommen, und er werde dann die dortige Situation untersuchen. Er wiederholte, für wie notwendig er eine klare Direktive von höherer Stelle halte, wenn sich irgend etwas im Hinblick auf die gegenwärtige Planung ändern solle.

W. H. Taylor

Zeitgeschichtlicher Hinweis des deutschen Herausgebers:

□ **Die Bemerkungen Whites über die angeblichen Absichten deutscher**
□ **Militärs beziehen sich offensichtlich auf das vier Wochen vor dieser**
□ **Besprechung — am 20. Juli 1944 — im deutschen Hauptquartier unter-**
□ **nommene und fehlgeschlagene Attentat gegen Hitler.**

Ein Memorandum für den Präsidenten?

Am Kopf dieser Niederschrift, in der Minister Morgenthau ein Gespräch beim Lunch mit Kriegsminister Stimson und dessen Unterstaatssekretär Mc Cloy (späterer amerikanischer Hoher Kommissar in der Bundesepublik Deutschland) festhält, ist vermerkt: „In Anwesenheit von Mr. Bell diktiert — von Mr. White gelesen".

23. August 1944 (1/425—427)

Zunächst wird ein nicht näher bezeichneter Vertrag mit Frankreich erörtert, dessen Unterzeichnung durch Präsident Roosevelt sich verzögert hatte.

Hopkins scheint McCloy über meine Unterredung zum Thema Teheran und dem übrigen berichtet zu haben, und deshalb wollte Stimson mich so angelegentlich sprechen. Ich erzählte ihm die ganze Geschichte, auch daß Hull das Protokoll noch nie gesehen habe, was Hopkins ihm nicht gesagt hatte. Ich sagte, ich teilte ihnen das zur Verteidigung von Hull zur Erklärung des Umstandes mit, daß Hull nichts unternommen hat.

McCloy ist natürlich an den nächstliegenden Dingen interessiert — was wird die Armee tun, wenn sie dorthin [nach Deutschland] kommen? Stimson ist langfristiger interessiert. Ich fragte Stimson aus, und er hat die Sache keineswegs bis zu Ende durchdacht. Sein Denken geht in der Richtung, daß man einen Waffenstillstand von großer Dauer oder für einen Zeitraum von mindestens 20 Jahren brauche, um Deutschland zu überwachen, solange die heutige Generation am Ruder ist und bis eine neue Generation aufgewachsen ist. Er war offenbar auch an einem Vorschlag Jean Monnets sehr interessiert, das Saargebiet zu internationalisieren[21] und einem internationalen Gremium die Exekutivbefugnisse zu übertragen und den Deutschen zu gestatten, dort zu arbeiten, nicht aber, dort die Leitung in der Hand zu haben. Sie seien der Meinung, wenn wir die Saar unter Kontrolle hätten, könnten wir die Deutschen an neuen kriegerischen Unternehmungen hindern. Ich sagte daraufhin: „Nun, wenn man die kleinen Kinder von heute von SS-Leuten erziehen läßt, denen der Hitlerismus eingeimpft worden ist, heißt das nicht einfach, eine neue Generation von Deutschen großzuziehen, die wieder in den Krieg ziehen wollen?" Er meinte, das sei richtig. Dann sagte ich: „Meinen Sie nicht auch, daß es das beste wäre, sich an Hitlers eigene Methode zu halten

21 Verwechslung mit dem Ruhrgebiet, vergl. S. 78.

und diese Kinder ihren Eltern wegzunehmen und sie zu staatlichen Mündeln zu machen und diese Schulen von ehemaligen amerikanischen, englischen und russischen Offizieren leiten und diese Kinder den wahren Geist der Demokratie lernen zu lassen?" Er meinte, daran habe er noch nicht gedacht, aber er stimme mit mir darin überein, daß etwas in dieser Richtung unternommen werden müsse.

Ich eröffnete ihm auch meine Vorstellungen über die Möglichkeit, alle Industrieanlagen aus Deutschland zu entfernen und die Deutschen einfach zu einer Nation von Kleinbauern zu machen. Er entgegnete, die Schwierigkeit dabei sei nur, daß Deutschland im Jahre 1860 einmal eine solche Nation gewesen sei, aber damals nur 40 Millionen Einwohner gehabt habe. Er meinte, dann müsse man einen Großteil der deutschen Bevölkerung aus Deutschland wegschaffen. Darauf erwiderte ich: „Nun, das ist nicht annähernd so schlimm, wie wenn man sie in Gaskammern schichte."

Ich hatte den Eindruck, daß Stimson dies für eine sehr wichtige Angelegenheit halte, mit der man sich beschäftigen müsse, damit wir Frieden in der Welt haben, daß er aber noch nicht sehr viel darüber nachgedacht hat; er sagte sogar zu McCloy, er wolle die nächsten beiden Tage dazu benutzen, um ein Memorandum darüber zu schreiben. Ich bat ihn, mir ein Exemplar davon zu geben, und er versprach es mir.

Ich sagte ferner, ich sei der Meinung, daß ein Ausschuß, bestehend aus Hull, ihm und mir, ein Memorandum für den Präsidenten ausarbeiten müsse, so daß er es in der Hand hat, ehe er Churchill wieder trifft. Ich sagte, nach allem was ich gehört habe, glaube ich nicht, daß Churchill sich für die Planung in bezug auf die Nachkriegszeit interessieren werde, und ich wiederholte, was Churchill mir gesagt hatte.

Stimson sagte, der Präsident habe ihm heute morgen einiges davon erzählt, aber nicht erwähnt, von wem er [der Präsident] es habe, und er hat ihm bloß die Hälfte gesagt. Ich sagte: „Ich glaube, Churchill wird sich darüber den Kopf nicht zerbrechen, und der Präsident hat keine Zeit, darüber nachzudenken." Stimson meinte, es sei eine gute Idee, und ich fragte ihn, ob er es dem Präsidenten nicht vorschlagen wolle, wenn er ihn wieder träfe, aber er meinte, er wolle es lieber in einem Memorandum tun.

Ich habe den Eindruck, daß Mr. Stimson sehr leicht ermüdet. Er sagte zu mir, er müsse wieder einmal ausspannen, und er teilte mir ganz im Vertrauen mit, er habe sich einer kleinen Operation am Rücken unterziehen müssen, und das mache ihm große Beschwerden. Er war sehr aufgeräumt, als wir uns zum Essen setzten, dann fiel er aber sehr schnell ab.

„Ich werde die Initiative ergreifen"

Gruppenbesprechung bei Minister Morgenthau

Das Dokument ist mit dem Stichwort „Weisung für die Streitkräfte" überschrieben. (Am Kopf des Dokumentes sind 6 Teilnehmer genannt)

23. August 1944,16.10 Uhr (1/427—430)

H. M. jr.: Wo ist White?

Es wird festgestellt, daß White außer Haus an einer Kommissions-Sitzung teilnimmt.

H. M. jr.: Einer von Ihnen kann White berichten, was hier vor sich gegangen ist.

Was ich Ihnen sage, ist höchst vertraulich zu behandeln. Ich hatte dieses Essen mit McCloy und Stimson[22]. Sie waren sehr interessiert daran, was ich in Europa erfahren habe. Sie hatten es schon von Hopkins gehört. McCloy sieht die Sache natürlich unter dem Gesichtspunkt, was unsere Streitkräfte tun sollen, sobald sie dort [in Deutschland] einrücken — ob sie eine Weisung bekommen können, die sie bisher nicht erhalten haben. Diese Weisung sollte in Washington verfaßt werden.

Mr. Stimson, der die Sache im großen Rahmen sieht, wird jedoch versuchen, im Lauf der nächsten zwei Tage ein Memorandum für den Präsidenten zu schreiben, und er will mir ein Exemplar davon geben. Seine Vorstellungen bewegen sich auf der richtigen Linie, aber er hat noch nicht sehr viel darüber nachgedacht — ich meine, er hat sich über die Einzelheiten noch nicht sehr viele Gedanken gemacht. Er geht davon aus, daß es sich um ein Vorhaben von 20 Jahren Dauer handelt, weil wir zwanzig Jahre damit zu tun haben werden, so lange, wie die fanatischen Nazis von heute noch jung und frisch sind. Ich will mich nicht über alle Argumente verbreiten, aber so weit ungefähr ist er jedenfalls gedanklich gekommen.

Ich machte ihm den persönlichen Vorschlag, es könnte förder-

[22] **Vergl. die vorangehende Niederschrift.**

lich sein, wenn möglicherweise Mr. Hull, er selbst und ich uns an den Präsidenten wendeten und ihn fragten, ob er es nicht für wünschenswert halte, daß das Außenministerium, das Finanzministerium und das Kriegsministerium diese Angelegenheit [zusammen] bearbeiteten. Er meinte, das sei zwar richtig, er wolle aber nicht die Iniative ergreifen. Ich jedenfalls werde es tun; ich weiß nicht, was geschehen wird.

Er erwähnte eine Sache, die auf ihrem Sektor liege, daß Jean Monnet[23] vor einiger Zeit bei ihm gewesen sei mit einem Vorschlag, daß ein internationales Gremium die Ruhr kontrollieren solle. Ich selbst weiß darüber nicht besonders gut Bescheid, aber er meinte, wenn die Ruhr einer internationalen Körperschaft unterstehe und gehöre, dann würde das die Deutschen daran hindern, Kriege zu führen.

Es wird erwähnt, daß im August-Heft von Harpers Magazine ein Artikel über das deutsche Ruhrgebiet erschienen sei.

H. M. jr.: Ich glaube, wir müssen einen kleinen Ausschuß haben, dem Sie hier und Harry White angehören. Sie müßten sich zusammensetzen und diese Angelegenheit untersuchen, und ich möchte gern noch einige andere Leute von außen hinzuziehen — nun, zum Beispiel jemanden, der über die Ruhr auf dem laufenden ist, was es dort für Industrien gibt und solche Sachen. Ist das klar?

Es wird ein nicht näher bezeichnetes Buch „How to end the German Menace" erwähnt.

H. M. jr.: Der Ärger ist der, daß die Amerikaner selbst auf nichts vorbereitet sind. Es ist tatsächlich eine schwierige Sache, was die Behandlung der Deutschen angeht. Wir haben in dieser Richtung überhaupt nichts getan. Wir haben hier ein bißchen was und dort ein bißchen was, aber egal, John, würden Sie das in die Hand nehmen und Vorschläge machen, welche Leute man von außen hinzuziehen könnte, Historiker und Leute, die daran interessiert sind; hier — bei den Flüchtlingen — dürfte dafür eine Goldgrube sein. Mein Gott! es gibt alle möglichen Leute dabei.

[23] **Der französische Diplomat Jean Monnet war ab 1938 als Leiter der französischen, nach der Niederlage Frankreichs im Juni 1940 für die britische „Einkaufskommission" in Washington tätig; seit 1943 galt er als Vertrauensmann de Gaulles.**

Ich habe da zum Beispiel mal die Bekanntschaft des Finanzredakteurs des „Frankfort Financial Journal"24 gemacht, das offenbar dem „London Economist" entspricht. Es ist die führende Finanzzeitung in Deutschland; sie erscheint seit vielen Jahren. Sie werden mit Flüchtlingen [Emigranten] aller Art in Verbindung treten, die sicher an einer Arbeit über Deutschland interessiert sind, ich meine, Leute, die wir bisher nicht verwenden konnten, aber jetzt bei dieser Sache einspannen könnten.

Mr. Luxford: Herr Minister, ich habe gehört, General Eisenhower habe eine Direktive verlangt, was er mit der deutschen Industrie tun solle, wenn er nach Deutschland kommt. Mir scheint die Stunde schnell heranzurücken, wo man entweder eine solche Direktive parat haben muß oder man sieht sich mit einer Direktive in der Hand, die Ihnen eben die Fabriken in die Luft sprengt, die Sie für die Produktion der Reparationen haben möchten. Es muß Reparationen in irgendeiner Form geben, und zwar schnell, wenn es uns etwas nützen soll.

H. M. jr.: Sie bespröchen das besser mit White und ließen sich einmal sagen, was ich von der Reparationsfrage im Gegensatz zu Ihnen halte. Was Sie da sagen, ist nichts Neues. McCloy bettelt um eine Direktive und kriegt keine.

Inzwischen geht General Julius Holmes ungeniert an die Arbeit, und er wird gute Armee-Arbeit leisten.

Mr. Stimson sagte, schließlich brauche die Armee fünf Friedensjahre für ein Kriegsjahr, und sie seien an Rettungseinsätze gewöhnt — Überschwemmungen und solche Sachen. Wenn sie nach Deutschland kommen, wollen sie ganze Arbeit leisten, und eben das schlagen sie jetzt vor.

Mr. Pehle: In dem Gebiet, das den Vereinigten Staaten zugewiesen worden ist? Und wenn keine Einigung zwischen den Briten, uns und den Russen zustandekommt —

H. M. jr.: Ja —

Mr. Pehle: — wird es eine ganz klare Sache sein.

H. M. jr.: Ich habe es ihnen gesagt, aber McCloy hat darauf nichts erwidert. Als ich Hopkins das sagte, meldete er starke Zweifel an, weil er meinte, McCloy und der ganze Haufen seien

24 Anmerkung der Übersetzer: Gemeint ist vermutlich die seinerzeitige „Frankfurter Zeitung", die aus der „Frankfurter Handelszeitung" hervorgegangen war.

bereit, hart zuzupacken. Ich sagte: „Ich zweifle nicht an McCloy, aber wenn man dann nach Europa kommt, stellt man fest, daß dem nicht so ist." Das habe ich Mr. Stimson und Mr. McCloy auch gesagt, und sie verlegten sich nicht aufs Argumentieren. Sie waren auch der Meinung, daß G-5 drauf und dran ist, nach der Besetzung Deutschlands dort im WPA-Stil [vergl. S. 67] Arbeitsbeschaffung zu betreiben.

Mr. Gaston: Haben Sie die Karikatur in der „Herald Tribüne" und in der „Post" heute morgen gesehen? Sie stellt Stalin, Churchill und Roosevelt in einem Boot beim Angeln dar. Roosevelt und Curchill iischen mit Haken ohne Köder, und auf den Haken steht: „Bedingungslose Kapitulation." Stalin angelt mit einem Haken, auf dem steht: „Nicht so bedingungslos oder Kapitulation mit Bedingungen." Stalin fragt sie: „Warum tut Ihr denn keinen Köder an eure Haken, Jungs?"

H. M. jr.: Natürlich, die Russen halten sich raus, weil sie die Lage erkannt haben, und das ist das Unangenehme dabei.

Mr. Bell: Es heißt, McCloy bettelt um eine Direktive. Von wem erwartet er denn eine Direktive?

H. M. jr.: Vom Präsidenten der Vereinigten Staaten.

Mr. Bell: Ist es nicht Sache des Kriegsministeriums, einen Entwurf zu Papier zu bringen?

H. M. jr.: 0 nein.

Mr. Bell: Er will es also von ganz oben haben?

H. M. jr.: Sicher. Und als ich ihm sagte, der Präsident habe mir gegenüber geäußert, er könne die ganze Angelegenheit mit Churchill in einer halben Stunde erledigen, meinte McCloy, der Präsident habe ihm dasselbe gesagt, als er vor sechs Monaten die Frage aufgebracht habe. Aber McCloy verhält sich dem Präsidenten gegenüber sehr anständig. Er sagte: „Es ist nicht Sache des Präsidenten, sondern unsere Sache auf dieser Ebene, solche Dinge für den Präsidenten vorzubereiten, und es ist dem Präsidenten gegenüber nicht fair, sich bloß hinzusetzen und zu sagen: Warum unternimmt er denn nichts?" Die Haltung McCloys dem Präsidenten gegenüber ist sehr anständig, das habe ich festgestellt, als ich mit ihm allein war. Aber was für Schwierigkeiten er auch hat, es ändert nichts an der Tatsache, daß der Präsident vor sechs Monaten gesagt hat, er könne diese Angelegenheit binnen einer halben Stunde geregelt haben.

Das letzte Memorandum, das aus dem Außenministerium gekommen ist, nennt sich: „Bericht über Reparationen, Rückerstattungen und Vermögensansprüche, Deutschland, 31. Juli". Das ist der Bericht, dem White nicht zustimmen wollte, ehe er mit mir gesprochen habe. Das war das erste Mal, daß White überhaupt etwas davon erfuhr. Das war es, was mich zu dieser Reise bewogen und mich für diese Angelegenheit interessiert hat. Das ist Pasvolsky[25]!

So, John [Pehle], Sie halten Ausschau nach neuen Welten, um sie zu erobern. Und wenn Sie fertig sind, wird Mr. Luxford einen runden Konferenztisch für Sie organisieren (Gelächter).

Protest gegen das Deutschlandhandbuch der Stabschefs

Gruppenbesprechung bei Minister Morgenthau

Das Dokument ist mit den Stichworten „Reparationen — Kurs deutsche Mark" überschrieben. (Am Kopf des Dokumentes sind 5 Teilnehmer genannt)

25. August 1944,9.00 Uhr (I/434--136)

H. M. jr.: Ich muß in zwanzig Minuten im Weißen Haus sein. Ich möchte jetzt nicht über die deutsche Mark sprechen. Ich möchte über die Reparationen sprechen.

(Dr. White reicht dem Minister das als Anlage beigefügte Schriftstück A. [Vergl. nächstes Dokument.])

H. M. jr.: Einiges, was hier drin steht, ist einfach nicht zu fassen.

Mr. White: Davon gibt es noch viel mehr, aber wir hielten es für richtig, es zu kürzen, und deshalb haben wir die vorliegende Auswahl getroffen. Das Finanzministerium hat einen Teil der Direktive gesehen — lediglich den finanziellen Teil.

H. M. jr.: Das Finanzielle ist auch nicht so interessant. Wo stammt das hier her?

Mr. White: Das ist aus dem großen Dokument, das wir in England bekommen haben.

H. M. jr.: Ist das das einzige [Exemplar], das Sie haben?

Mr. Taylor: Ja.

Mr. White: Es basiert auf dem Dokument, das vom Interalliierten Ausschuß der Stabschefs (Combined Chiefs of Staff)

25 Beamter des US-Außenministeriums, Verfasser der Ausarbeitung, gegen die Minister Morgenthau Stellung nahm (vergl. Seite 68).

Zeitgeschichtlicher Hinweis des deutschen Herausgebers:

Der von Minister Morgenthau abgelehnte und im anschließenden „Memorandum für den Präsidenten" zitierte Entwurf der „Vereinigten Staatschefs" hielt sich offenkundig an die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung von 1907. Diese beruhte auf dem Völkerrechtsgrundsatz, nach dem die de-facto-Gewalt nur ein begrenztes Recht auf die Verwaltung eines Landes verleiht. Die militärische Besetzung gilt danach als Kriegsereignis, die Rechte des feindlichen Staates und die Interessen seiner Bewohner müssen gewahrt bleiben. Dies tritt besonders deutlich in der Abfassung des Artikels 55 der Landkriegsordnung hervor, der genau vorschreibt, daß „der besetzende Staat sich nur als Verwalter und Nutznießer der öffentlichen Gebäude, Liegenschaften ... zu betrachten hat, die dem feindlichen Staat gehören. Er soll den Bestand dieser Güter erhalten und sie nach den Regeln des Nießbrauchs verwalten..."

Die Artikel 44 bis 47, 50 und 52 bestimmen, daß die patriotischen Gefühle (Art. 44, 45, 52), die wichtigsten Rechte (Art. 46, 50) und das Privatvermögen der Bürger geachtet werden sollen (Art. 46, 47). Die Bewohner des besetzten Landes dürfen nicht dazu gezwungen werden, der feindlichen Macht Auskünfte militärischen Interesses zu geben, desgleichen auch nicht, ihr den Treueid zu leisten. Die Ehre und die Rechte der Familie, das Leben der Bürger, das Privateigentum sowie die religiösen Überzeugungen und gottesdienstlichen Handlungen sollen respektiert werden. Für Straftaten einzelner darf keine Kollektivstrafe verhängt werden usw. (vergl. dazu die Schrift des französischen Völkerrechtslehrers Michel Virally: Die internationale Verwaltung Deutschlands, Baden-Baden 1948, Seite 12f.)

Die Vereinigten Staaten waren der Haager Landkriegsordnung beigetreten und hatten ihre Bestimmungen anerkannt.

verabschiedet worden ist und von dem wir bis gestern nachmittag keine Ausfertigung gesehen haben, mit Ausnahme der Finanz-Direktive. (Bezieht sich auf „Ein Handbuch der Militärregierung für Deutschland" der Abteilung G-5.)

Hier ist die Direktive des Interalliierten Ausschusses der Stabschefs. (Gibt sie dem Minister.)

Das ist aus dem größeren Dokument, aber das größere Dokument befindet sich unserer Meinung in Übereinstimmung mit der Direktive. In London haben sie diese Direktive bekommen und haben die Einzelheiten danach ausgearbeitet.

H. M. jr.: Welches haben sie ausgearbeitet?

Mr. White: Das große hier.

Mr. Bell: Es ist nicht sehr rigoros.

H. M. jr.: Ganz im Gegenteil.

Mr. White: Meines Wissens hat er*[26] keine Ausfertigung gehabt bis — ich glaube nicht, daß es fertig war, ehe wir es bekommen haben.

Mr. Taylor: Das stimmt.

Mr. White: Ein sehr interessanter Zug darin ist, in welchem Umfang die Militärbehörden die Kontrolle übernehmen wollen. Sie wollen geradezu versuchen, das Land zu regieren. Das können sie, aber sie würden Schiffbruch erleiden. Ihre Ziele gehen aus den Auszügen klar hervor.

Wenn Sie sich der Sache annehmen wollen, hier ist ein zweites Original.

Die weitere Diskussion einschließlich eines Telefongespräches des Ministers mit John McCloy beschäftigt sich mit dem Umrechnungskurs der Reichsmark zum Dollar. Der Minister vertritt den Standpunkt, daß den Soldaten gestattet werden soll, für einen Dollar zwanzig Mark zu fordern.

Memorandum für den Präsidenten

25. August 1944 (1/440—442)

Die folgenden Auszüge sind dem „Handbuch der Militärregierung für Deutschland" entnommen, das jedem amerikanischen und britischen Militärregierungsoffizier, der nach Deutschland geht, als Richtlinie mitgegeben werden soll. Sie sollen dazu dienen, die Denkweise und die Art und Weise der Planung zu illustrieren, auf Grund deren das Programm der Militärregierung für Deutschland ausgearbeitet wird. Das „Handbuch" basiert auf den wirtschaftlichen und politischen Direktiven, die von dem dem Interalliierten Ausschuß der Stabschefs [Combined Chiefs of Staff] unterstehenden Interalliierten Ausschuß für Zivilangelegenheiten [Combined Civil Affairs Committee] genehmigt worden sind, und steht in Einklang mit diesen Direktiven.

„Ihre hauptsächliche und sofortige Aufgabe bei der Erfüllung Ihres Auftrages ist es, das Leben wieder in Gang zu bringen, die Reste aufzulesen, so bald wie möglich die deutsche zivile Administration in dem Gebiet, für das Sie zuständig sind, wieder funktionsfähig zu machen . . . Die vernehmlichste Aufgabe der Militärregierung besteht darin, da-

26 **Anmerkung des Übersetzers: Es bleibt unklar, wer mit „er" gemeint ist.**

für zu sorgen, daß die Maschinerie arbeitet und wirksam arbeitet."

„Zu den grundlegenden Funktionen der Offiziere in den Stäben und Dienststellen der Militärregierung gehören: Die Reorganisation der deutschen Polizei und die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung; die Überwachung der deutschen Rechtspflege und die Einsetzung von Alliierten Militärgerichten; die Kontrolle der deutschen Finanzen; der Schutz des Eigentums; die Herstellung und Aufrechterhaltung eines angemessenen Standes im öffentlichen Gesundheitswesen; die Förderung der Landwirtschaft; Kontrolle, Lieferung und Verteilung von Lebensmitteln und wichtigen Gütern jeder Art; die Wiederingangsetzung und Instandhaltung der öffentlichen Versorgungsbetriebe; Maßnahmen für die allmähliche Wiederherstellung der Friedensindustrie und Einführung einer Wirtschaftsordnung; die Einstellung von Arbeitskräften und die Verhinderung von Unruhe in der Industrie . .."

„Die Offiziere der Militärregierung stellen in Zusammenarbeit mit anderen interessierten und beteiligten Stellen und Behörden sicher, daß Maßnahmen ergriffen werden, um

1. benötigte Rohstoffe und Güter zu importieren;
2. Industriebetriebe von Kriegsproduktion auf Friedensproduktion umzustellen;
3. wichtige wirtschaftliche Tätigkeiten zu subventionieren;
4. den deutschen Außenhandel unter vorrangiger Berücksichtigung der Bedürfnisse der Vereinten Nationen wieder in Gang zu setzen;
5. die bestehenden deutschen Bestimmungen für die Industrieproduktion und die Rohstoffgewinnung zu modifizieren."

„Das stark zentralistische deutsche Verwaltungssystem ist beizubehalten, sofern von höherer Stelle keine andere Weisung ergeht."

„Alle deutschen Bestimmungen und Verordnungen in bezug auf . .. Produktion, Versorgung und Verteilung bleiben in Kraft, bis sie im einzelnen geändert oder außer Kraft gesetzt werden. Die gegenwärtige Höhe der Gewinnung und ersten Weiterverarbeitung von Brennstoffen, Erzen und anderen Rohstoffen wird beibehalten, außer wenn die Umstände etwas anderes angezeigt erscheinen lassen oder wenn von höherer Stelle etwas anderes angeordnet wird."

„Die Lebensmittelversorgung ist so zu handhaben, daß nach Möglichkeit Nahrungsmittel auf der Basis eines auf die

Gesamtheit bezogenen Satzes von 2000 Kalorien pro Tag bereitgestellt werden. Angehörige der deutschen Streitkräfte gelten als Normalverbraucher. Die Kontrolle der Einzelhandelspreise bleibt bestehen. Das gegenwärtige Rationierungssystem und die Einteilung der Bevölkerung in die verschiedenen Verbrauchergruppen bleiben bestehen, falls nicht besondere Umstände Änderungen erforderlich machen. . . . Sollten die einheimischen Produkte Deutschlands nicht ausreichen, um einen Rationssatz dieser Höhe sicherzustellen, so wird der Fehlbedarf durch Importe gedeckt."

„Es sind alle möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Nutzbarmachung der Einrichtungen der deutschen Wirtschaft, der Grundstoffindustrie und der verarbeitenden Industrie in dem notwendigen Umfang sicherzustellen, so daß sie die für militärische und wichtige zivile Bedürfnisse erforderlichen Rohstoffe, Güter oder Dienstleistungen liefern bzw. erbringen können, und — mit Genehmigung von höherer Stelle — darüber hinaus in einem Umfang, der notwendig ist, um Überschüsse für den internationalen Güteraustausch sowie Güter für Reparationszwecke und für die legitime Vorratshaltung der Industrie bereitzustellen."

„Die Fischindustrie ist lange Zeit ein wichtiger Faktor der deutschen Volkswirtschaft gewesen; auf Grund der Dienstverpflichtung von Fischdampfern zum Kriegseinsatz ist der Fischfang in der Nordsee, wo die wichtigsten Fischgründe liegen, stark beschnitten worden. Ehe die Fischerei in großem Umfang wieder aufgenommen werden kann, sind erhebliche Mengen an Fischereiausrüstungen erforderlich, außerdem Schiffsbedarf und Material für die Wiederherrichtung der Fischereifahrzeuge. Möglicherweise werden auch Brenn- und Schmierstoffe sehr bald knapp."

„Die Landwirtschaft ist von der Diskriminierung durch die Nazis zu befreien; sie ist sonst keinen Änderungen zu unterwerfen, außer wenn dadurch direkte Vorteile erzielt werden können. Die mit der Steuerung der landwirtschaftlichen Produktion befaßten Stellen sowie die vor der Besetzung bestehenden Sammelstellen für Getreide und andere landwirtschaftlichen Produkte bleiben weiter tätig oder werden neu eingerichtet. Für landwirtschaftliche Produkte sind angemessene Preise, die im ganzen Reich [auch im Original: „Reich"] gelten, festzusetzen. Verstöße gegen die Preisvorschriften für landwirtschaftliche Erzeugnisse, gegen die Lohn- und Rationierungsvorschriften sind streng zu bestrafen."

„Das Hauptziel der Alliierten Militärregierung auf finanziellem Gebiet ist die Einleitung von temporären Maßnahmen mit dem Ziel, die Gefahr, daß sich auf finanziellem Gebiet Unordnung und Chaos einstellen wird, so klein wie möglich zu halten und dadurch die Operationen der Streitkräfte zu unterstützen und die Arbeit der Organisation der alliierten Kontrollkommission zu erleichtern, die später auf längere Zeit für die Probleme Deutschlands verantwortlich sein wird."

„Wo immer möglich, sind Entlassungen und Einstellungen (von Bediensteten des öffentlichen Dienstes) von Offizieren der Militärregierung vorzunehmen, die sich dabei deutscher Bediensteter bedienen, die nach deutschem Recht dazu befugt sind; es ist alles zu unterlassen, was das reguläre Verfahren der deutschen Verwaltung unnötigerweise stören könnte, oder den Beamten oder Angestellten, der zu entlassen ist, nach Beendigung der Militärregierung endgültig irgendwelcher Rechte zu berauben, die ihm nach deutschem Recht zustehen."

„Als Staatsgrenzen werden die Grenzen nach dem Stand vom 31. Dezember 1937 betrachtet."
HDW:WHT:WMT:Drl—8/24/44*

Präsident Roosevelt nimmt Stellung

Memorandum für den Kriegsminister

(Am Kopf des Dokumentes ist vermerkt: „Durchschläge an Mr. Bell und Dr. White am 19. 9. 1944; Minister nahm das Original am 20. 9. 1944 mit nach Chicago")

26. August 1944 (1/443—445)

Dieses sogenannte „Handbuch" ist ganz schlecht. Ich möchte wissen, wie es zustande gekommen ist und wer alles ihm zugestimmt hat. Wenn es nicht in der genehmigten Fassung verteilt worden ist, sollten alle Exemplare eingezogen und zurückgehalten werden, bis Sie Gelegenheit gehabt haben, es zu lesen.

Es macht mir den Eindruck, daß Deutschland so wie die

Niederlande oder Belgien wieder aufgebaut werden soll und daß die Bevölkerung Deutschlands so schnell wie möglich wieder auf ihren Vorkriegsstatus zurückgebracht werden soll.

Es ist von größter Bedeutung, daß jedermann in Deutschland erkennt, daß Deutschland dieses Mal eine besiegte Nation ist. Ich will nicht, daß sie verhungern, aber wenn sie zum Beispiel Nahrung brauchen, um Leib und Seele zusammenzuhalten, dann sollten sie dreimal täglich Suppe aus Feldküchen erhalten. Das wird sie bei guter Gesundheit halten, und sie werden ihr Leben lang daran denken. Die Tatsache, daß sie besiegt sind, als Volk und als Einzelne, muß ihnen so eingehämmert werden, daß ihnen die Lust vergeht, wieder einen Krieg anzuzetteln.

Nachstehend einige Auszüge von Stellen, die mir bei ganz flüchtiger Lektüre dieses „Handbuchs" aufgefallen sind. Es gibt bestimmt noch viele andere ähnlicher Natur.

Hier werden die im vorstehenden „Memorandum für den Präsidenten" von Minister Morgenthau wiedergegebenen Zitate wörtlich wiederholt.

In London und ebenso bei uns existiert eine ganze Schule, die für Deutschland im Endeffekt das tun würde, was die Regierung der Vereinigten Staaten im Jahre 1933 für ihre eigenen Bürger getan hat, als sie am Ende waren. Ich sehe keine Veranlassung, für Deutschland eine WPA, PWA oder CCC[27] ins Leben zu rufen, wenn wir mit unserer Besatzungsarmee nach Deutschland kommen.

Zu viele hier und in England sind der Meinung, daß das deutsche Volk als Ganzes nicht dafür verantwortlich ist, was geschehen ist — daß vielmehr nur einige Nazi-Führer verantwortlich sind. Das ist leider nicht der Fall. Dem deutschen Volk als Ganzem muß eingebläut werden, daß die ganze Nation an einer ungesetzlichen Verschwörung gegen die Regeln der modernen Zivilisation teilgenommen hat.

Legen Sie mir bitte die Neufassung dieses Handbuches vor und geben Sie mir dieses Exemplar der ersten Fassung zurück.

F. D. R.
[Franklin D. Roosevelt]

27 Vergl. Fußnote Seite 67.

„Die Sache platzt"

Aufzeichnung eines Ferngespräches, das Minister Morgenthau von seinem Landsitz aus mit seinen Mitarbeitern führte.

28. August 1944, 9.31 Uhr (1/445^53)

Zu Beginn des Gespräches meldet sich die Vermittlung, dann einer der Beamten, der sechs Teilnehmer als versammelt erklärt. Der Minister erkundigt sich nach Harry Dexter White, dem er „den Ball übergeben" will. Mit White wird dann das weitere Gespräch geführt.

Harry White: Hallo. Guten Morgen.

H. M. jr.: Harry.

White: Guten Morgen.

H. M. jr.: Guten Morgen. Ich hoffe, Sie haben keine Verdauungsstörungen, weil Sie zu viel und zu gut gegessen haben.

White (lacht): Nein, ich — nein, nein. Man kann sich dort herrlich amüsieren.

H. M. jr.: 0 ja. Was — haben Sie sich amüsiert?

White: Es war sehr nett, und ich hatte Gelegenheit, über viele Themen der Alliierten zu sprechen. Ich bin Samstagabend zurückgekommen, weil ich Sonntag zu Hause sein wollte, aber es war — es hat sich gelohnt, glaube ich.

H. M. jr.: Gut. Jetzt aber, Harry — es ist etwas schwierig zu erklären, weil so viel passiert ist inzwischen, aber Sie erinnern sich, daß ich am Freitagmorgen beim Präsidenten war.

White: Ja, ich wußte, daß Sie ihn aufsuchen wollten.

H. M. jr.: Ich möchte — ja, ich möchte die Sache noch einmal an mir vorüberziehen lassen, verstehen Sie? Und ich habe das sogenannte Buch des Heeres, Sie wissen — vielleicht wiederhole ich mich, aber das macht nichts — schadet nichts —, das habe ich mitgenommen und es ihm dagelassen.

White: Ja, die Direktiven. Haben Sie — Sie haben das dicke Buch dortgelassen?

H. M. jr.: Das dicke Buch da mit der Zusammenfassung —

White: Ja.

H. M. jr.: — und ich wollte es wieder mitnehmen, und der Präsident hatte gerade — ja, er hatte mit Stimson gegessen, und er hat offenbar mit ihm darüber gesprochen. Ich — ich hatte es mir anders überlegt und ich — ich habe es doch mitgenommen, wissen Sie, ich hatte Ihnen gesagt, ich wollte es [eigentlich] nicht tun.

White: Ja.

H. M. jr.: Wie heißt das Buch noch? So ähnlich wie —

White: Ja, es ist das — es basiert auf der Direktive — es ist der — der Text über die Invasion. Ich weiß nicht mehr —

H. M. jr.: Handbuch, so war es.

White: Handbuch. Stimmt.

H. M. jr.: Also, der Präsident hat es dem Kabinett gezeigt.

White: Ach!

H. M. jr.: Und hat darüber gesprochen und gesagt, mit diesem Zeug also beschäftigen sie sich, ja?

White: Ja.

H. M. jr.: Und dann bat er mich, ein paar gute Beispiele in dem Buch zu finden, dazu hatte ich aber keine Zeit, und er sagte, behalten Sie das Memorandum, aber das Buch hat er ins Kabinett mitgenommen, und er hat davon Gebrauch gemacht. Dann hat Stimson ihn offenbar beim Lunch bearbeitet, diesen Ausschuß mit Stimson, Hull und mir einzusetzen, um Pläne auszuarbeiten [was getan werden soll], wenn wir nach Deutschland einmarschiert sind. Hull paßte das natürlich überhaupt nicht in den Kram. Und am Morgen hatte der Präsident, als ich ihm denselben Vorschlag machte, gesagt: „Ja, Hull gefällt das nicht — diese Sorte von Ausschüssen." Aber als ich mit Stimson beim Lunch zusammensaß, hatte ich angeregt, den Ausschuß einzusetzen und ihn gefragt, ob er nicht den Präsidenten bearbeiten wolle, und das hat er offenbar getan, und da ich nun die Anregung gegeben hatte, hat der Präsident jetzt tatsächlich den Ausschuß eingesetzt. Ich meine, das Ganze war meine Idee. Also, jetzt haben wir einen Ausschuß. Und als ich mit Stimson auf dem Hinflug im Flugzeug saß — Stimson, ehrlich gesagt, hat sich noch nicht sehr viele Gedanken darüber gemacht — die er sich gemacht hat, sind bisher immer gut gewesen — und einer der Gedanken, die ihm während des Fluges gekommen sind, war, daß wir alle Angehörigen der SS-Truppen nehmen und in dieselben Konzentrationslager stecken sollten, in denen die Deutschen diese armen Juden gehabt haben, ja und sie der ganzen Welt zur Schau stellen. Und — aber viel weiter hat er nicht gedacht. Er sagte uns, daß er also eine Woche im Adirondack-Gebirge sein werde, und er wisse gar nicht, wie es weiter [gehen werde] — es sei ihm recht unangenehm. Aber ich dachte,

nach dieser Unterhaltung, ich hätte gern, daß Sie Jack McCloy anrufen, den Stimson mit der Erledigung der Angelegenheit beauftragt hat, solange er selbst weg ist — hallo?

White: Ja. Wir hören alle zu.

H. M. jr.: Und ich beauftrage Sie, die Angelegenheit weiter zu verfolgen, mit Hilfe der Mitarbeiter, die sich bei Ihnen im Zimmer befinden. Sie sollten also unverzüglich McCloy anrufen und sich mit ihm zusammensetzen, und mein Vorschlag ist, daß Sie alle zusammen Hull aufsuchen sollten, damit alles das, was auf dem letzten Stand ist, bis Sonntag geprüft wird, und dann machen Sie neue Vorschläge. Also, im Kabinett sagte Hull, ja was ihn angehe, so habe er vorgeschlagen, die Kerle vor ein Feld- oder ein Kriegsgericht zu ziehen und so weiter und so fort. Und dann erwähnte er seine Schriftstücke, die er im Außenministerium studiert. Ich sagte: „Ja, Cordeil —", unterbrach ich ihn, „— wenn Sie nur das Memorandum von Mr. Pasvolsky vom 30. Juli lesen wollten, dann könnten Sie feststellen, daß die Studie von Mr. Pasvolsky und ihre eigenen Vorstellungen so weit voneinander entfernt sind wie der Nordpol vom Südpol." Und Stimson sagte mir nachher, er sei sehr froh darüber, daß ich das gesagt habe, weil Hull immer diese Sachen aufs Tapet bringt, die er [Hull] selbst, meint er [Stimson], überhaupt noch nicht gelesen hat. Hallo?

White: Ja. Wir hören alle zu.

H. M. jr.: Also, ich meine, je schneller Sie mit McCloy zusammenkommen, desto besser. Und suchen Sie Hull auf. Noch etwas: Ich weiß nicht, wann Stimson zurückkommt; ich bin am Samstag wieder auf der Farm, aber Sie und McCloy sollten ein Treffen zwischen uns dreien am Montag oder Dienstag arrangieren, um der Sache auf den Grund zu gehen. Hallo?

White: Ich höre.

H. M. jr.: Ich weiß nicht, ob Montag im Finanzministerium dienstfrei ist oder nicht — ein staatlicher Feiertag, oder?

White: Ich glaube nicht.

H. M. jr.: Also entweder Montag oder Dienstag, wir haben nämlich nur noch die Woche darauf — die Woche nach dem „Labor Day" — Montag —, um den Präsidenten zu erwischen, Sie verstehen, was ich meine.

White: Ja.

H. M. jr.: Ehe er ein anderes wichtiges Treffen[28] hat, ja?

White: Ich verstehe. In Ordnung.

H. M. jr.: Warten Sie, noch etwas. Sie haben jetzt diese Woche für Ihre Vorbereitungen, Montag und Dienstag für einen Bericht an uns, und dann haben wir nur noch die kommende — die Woche bis zum 10. [September], um es dem Präsidenten vorzulegen. Der Präsident stürzt sich jetzt geradezu auf dieses Zeug, und jedesmal, wenn ich ihm etwas berichte oder etwas tue, benutzt er es sofort. Wie jetzt das Schriftstück[29], sehen Sie?

White: Ja.

H. M. jr.: Halt, noch was. Ich habe ein paar Notizen gemacht, und ich möchte wissen, ob ich alles erwähnt habe. Also, ich meine, und ich habe es auch Pehle gesagt -—• ich weiß nicht, ob Sie dabei waren —, unter den hochqualifizierten Flüchtlingen [aus Deutschland] müssen welche sein, die wir hinzuziehen und um ein paar Gedanken bitten können.

White: Gut, wir werden mal sondieren. Es gibt hier genug von ihnen.

H. M. jr.: Und — diese Sache ist so sehr eine — eine psychologische Angelegenheit, es handelt sich um die Frage, wie die Deutschen zu behandeln sind, denen dieser Fanatismus eingeimpft worden ist, und man braucht dazu wirklich einen Psychologen. Ich weiß nicht, ob wir einen sehr bekannten deutschen Psychologen finden, der mitmachen würde.

White: Ja, es muß welche geben.

H. M. jr.: Aber wenn welche dabei sind, wünsche ich, daß Sie sie telegrafisch ranholen.

White: Wird gemacht. Wir bringen schon welche zusammen.

H. M. jr.: Mehr zur Behandlung des Geistes als des Leibes, Harry.

White: Ja.

H. M. jr.: Und wir haben einfach keine Leute jetzt, aber es muß welche geben, die in Deutschland gewesen sind, die rausgekommen sind und gelitten haben und gefoltert worden sind und die Deutschen kennen.

White: Ja, wir werden — würden keine Ausgaben scheuen.

28 Gemeint ist das bevorstehende Zusammentreffen mit dem britischen Premierminister Churchill (Konferenz von Quebec).

29 Vergl. das „Memorandum für den Präsidenten", Seite 83.

H. M. jr.: Nein, und — aber, wie gesagt, es geht darum, die Deutschen geistig zu packen, und auch, wie die nächste Generation zu erziehen ist.
White: Ja, was wir [tun] könnten —
H. M. jr.: Harry, ich möchte nur folgendes sagen —
White: Ja.
H. M. jr.: Daß ich meine, wenn man es recht besieht, es könnte sich darum handeln, diese ganze SS-Gesellschaft, weil man sie ja nicht für alle Zeiten im Konzentrationslager lassen kann, zu nehmen und sie irgendwohin zu deportieren — aus Deutschland weg in irgendeine andere Ecke der Erde. Sie einfach körperlich wegschaffen. Und es machte mir gar nichts aus, diesen Vorschlag genauso unbarmherzig zu formulieren wie seine Ausführung notwendig ist.
White: Ja.
H. M. jr.: Andere mögen das dann abgeschwächt sagen.
White: Ja.
H. M. jr.: Für die Post bin ich hier nicht erreichbar. Ich bin von Malone aus hergekommen; ich bin mit dem Wagen gefahren, und wenn es wichtig genug ist, kann ich kommen, weil das hier die wichtigste Sache ist, die ich während meiner ganzen Amtszeit zu erledigen haben werde.
White: Ja. Ich nehme an, wir können Sie jederzeit telegrafisch erreichen.
H. M. jr.: Hallo. Ich wiederhole, alles andere ist — ist ganz sekundär.
White: Ja, ich bin sicher, daß jeder seine ganze Zeit dafür verwenden wird wegen der Kürze der Zeit.
H. M. jr.: Ich meine, wenn es sich darum handelt, meinen Rat einzuholen, dann haben Sie nur keine Bedenken — ich komme gern ans Telefon.
White: Ja, wir werden uns wahrscheinlich melden, sobald sich genügend herausgeschält hat, um zu zeigen —
H. M. jr.: Sie können —
White: — wie — wie wir es uns vorgestellt haben.
H. M. jr.: Nachts, mit der Post, was Sie geschafft haben. Hull wird sehr schwierig werden. Ihm gefällt das gar nicht.
White: Also — wenn — Sie möchten also offenbar nicht warten, bis Hull diese Gruppe zusammenruft.

H. M. jr.: Ach was, er wird diese Gruppe niemals zusammenrufen.
White: Ich verstehe.
H. M. jr.: Er würde nicht — ich meine, der Präsident war in dieser Angelegenheit Hull gegenüber härter als jemals zuvor, ebenso Stimson. Es war alles — oh, ich meine, um ein Beispiel zu nennen, Stimson tituliert Hull „Mr. Secretary" [„Herr Minister"], aber er war sehr -—- diesmal war er sehr viel härter, als ich jemals erlebt habe, und er sagte mir, es gehe ihm gegen den Strich, irgendein Thema im Kabinett vorzubringen, das mit auswärtiger Politik zu tun hat, wenn Hull dabei ist.
White: Ja.
H. M. jr.: Es war für ihn [Stimson] als früheren [Außen-] Minister höchst peinlich.
White: Hull hat niemanden erwähnt, der —
H. M. jr.: Mit keinem Wort!
White: — mit der Wahrnehmung der Angelegenheit beauftragt ist?
H. M. jr.: Nein, er sagte einfach, er habe alle diese Studien anfertigen lassen und es sei alles getan, und ich — ich stach dann mit der Nadel hinein und ließ die Sache platzen.
Das weitere Gespräch beschäftigt sich mit Personalien und sonstigen Einzelheiten zu dem vom Präsidenten vorgesehenen Regierungsausschuß.

Die Pläne der Beamten

Die beiden nachstehend ungekürzt wiedergegebenen Dokumente sind jeweils mit der Überschrift versehen: „Schriftverkehr innerhalb des Finanzministeriums."

An: Mr. White
Von: Mr. Bittermann
Betr.: Vorschlag für die Teilung Deutschlands als eine Vorbeugungsmaßnahme gegen seine militärische Wiedererstarkung

28. August 1944 (1/453-457)

I. Der Grundgedanke dieser Vorschläge ist, daß die industriellen Mittel für eine militärische Aggression der deutschen Verfügungsgewalt entzogen werden sollten.
2. Die Bevölkerung sollte so aufgeteilt werden, daß die Bevölkerung Norddeutschlands zusammengehalten wird und die

Bevölkerung Süddeutschlands, wenn möglich, eine gesonderte Einheit bildet.

3. Das Bestehen der UdSSR auf der Curzon-Linie als Ostgrenze Polens mit dem Versprechen, Polen im Westen zu entschädigen, muß in Rechnung gestellt werden. Die UdSSR hat kürzlich auch Ansprüche auf den eisfreien Hafen Königsberg erhoben. In den beigefügten Karten sind diese Faktoren berücksichtigt worden.

Plan I.

Teilung Deutschlands mit Gebietsabtretungen an die Niederlande, Belgien und Frankreich

Grenzen

Es wird vorgeschlagen, daß der neue norddeutsche Staat im Westen von der Westgrenze des alten Landes Oldenburg, jedoch unter Ausschluß des Hafens Wilhelmshaven und Umgebung, begrenzt wird, wobei die Grenze ungefähr der Linie 7°30' Ost folgt und bei Neuwied den Rhein erreicht. Die Grenze verläuft [dann] den Rhein entlang bis Mainz. Die südliche Grenze folgt dem Main und der alten bayerischen Grenze bis zur tschechoslowakischen Grenze. Die Ostgrenze beginnt bei Stettin und verläuft nach Süden die Oder entlang bis zur Neiße-Mündung, dann die Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze in der Nähe von Görlitz. Die Nordgrenze würde so geändert, daß die Provinz Schleswig und ein Teil von Holstein an Dänemark fällt. Die Grenzlinie würde ungefähr zwischen Lübeck und einem Punkt in der Elbe gegenüber von Stade verlaufen.

Diese Demarkationslinien hätten die nachstehend geschilderten Folgen für die militärische und wirtschaftliche Situation Deutschlands. Der Kiel-Kanal [Kaiser-Wilhelm-Kanal] würde auf dänischem Hoheitsgebiet liegen mit ausreichend großem Vorfeld zu seinem Schutz nach Süden. Die Linie 7°30' [Ost] und die oldenburgische Grenze würde das Ruhrgebiet mit allen seinen Industrieanlagen aus dem deutschen Staat ausschließen. Der Dortmund-Ems-Kanal würde ebenfalls außerhalb des deutschen Territoriums liegen, weil dieser Kanal für den Transport des Eisenerzes zu den Stahlwerken des Ruhrgebietes von großer Bedeutung ist. Die Südgrenze folgt ungefähr den Grenzen

der alten Länder Baden, Württemberg und Bayern, während die Ostgrenze den Gebietsausgleich für Polen berücksichtigt, mit dem Polen für die Abtretung von Teilen Weißrußlands und der Ukraine an Rußland entschädigt werden soll. Schlesien ist auf der Karte an Polen abgetreten worden.

Es wird vorgeschlagen, einen neuen süddeutschen Staat zu errichten, der sich aus der Republik Österreich und den früheren Ländern Bayern, Württemberg und Baden sowie aus dem rechtsrheinischen Teil von Hessen-Darmstadt zusammensetzt. Die westrheinischen Teile Bayerns gehören nicht dazu. Die alliierten Mächte sind übereingekommen, daß Österreich als gesonderter Staat wiedererrichtet wird[30], dessen Grenzen aber nicht festgelegt wurden. Die alte Republik Österreich war wirtschaftlich jedoch unausgeglichen, weil die Stadt Wien zu groß für das relativ arme landwirtschaftliche Hinterland war. Der neue Staat würde das reiche Landwirtschaftsgebiet Bayern mit dem österreichischen Staat verbinden, so daß eine ausgeglichenere wirtschaftliche Einheit entstehen würde. Er würde bedeutende Industriezentren in München, Wien, Stuttgart und Mannheim haben, jedoch wenig Schwerindustrie.

Es wird vorgeschlagen, die französischen Grenzen zum Rhein bis Koblenz vorzuziehen. Dadurch würde Frankreich das Saargebiet erhalten und das lothringische Industriegebiet ergänzt werden. Das Ruhrgebiet wird zwischen Belgien und den Niederlanden aufgeteilt. Es ist vielleicht möglich, eine Grenze in der Mitte zwischen den Ruhr-Städten zu ziehen, wobei [dann] zur unteren [südlichen] Hälfte, die an Belgien geht, die Städte Dortmund, Essen, Elberfeld und Düsseldorf gehören würden. Zum nördlichen Teil, der parallel zur niederländischen Grenze liegt, würden Ruhrort, Gelsenkirchen, Hamm und Münster gehören. Die Linie könnte so gezogen werden, daß Krefeld von München-Gladbach [Mönchen-Gladbach] getrennt wird. Diese Industriestädte könnten dann an die Niederlande bzw. an Belgien abgetreten werden oder beide zusammen zu einem der beiden Länder geschlagen werden, so daß eine ausgewogenere

30 Das geschah während der alliierten Außenminister-Konferenz in Moskau im Oktober 1943 und auf der Konferenz von Teheran am 1. Dezember 1943. (Vergl. Helmut Sündermann: Wie deutsch bleibt Österreich?, Leoni am Starnberger See 1970, S. 205.)

industrielle Einheit entsteht. Weitere Untersuchungen hinsichtlich dieser Teilung des Ruhrgebiets sind erforderlich. Aachen würde im belgischen Teil liegen.

Wirtschaftliche Folgen der Teilung

Aus der vorgeschlagenen Teilung würde der norddeutsche Staat mit einem überwiegend landwirtschaftlichen Gebiet hervorgehen. Jedoch würde er die in Berlin, Dresden und Leipzig ansässigen verarbeitenden Industrien umfassen. Die wichtigen Seehäfen Hamburg, Bremen und Lübeck würden auf seinem Gebiet liegen. In diesem norddeutschen Staat würde die Schwerindustrie (Stahl) fehlen, insbesondere da das schlesische Industrie- und Bergbaugebiet nach diesem Vorschlag Polen zugeschlagen wird. In den süddeutschen Staat würden die wichtigen Industriezentren Wien, München und Mannheim fallen. Auch dieser Bereich würde keine umfangreichen Schwerindustrien besitzen.

Die wichtigen Industrie- und Bergbaugebiete werden nach diesem Vorschlag unter die kleinen Staaten verteilt, mit Ausnahme des Saarbeckens, das an Frankreich fällt. Zur Zeit gibt es in den Niederlanden wenig Schwerindustrie, und es fehlt an Kohle- und Stahlproduktion. Der Gebietszuwachs in Form des nördlichen Teils des Ruhrgebiets und des an die Niederlande angrenzenden landwirtschaftlichen Gebiets würde die Bedarfsdeckung der niederländischen Volkswirtskraft ergänzen. Belgien besitzt bereits eine beträchtliche Schwerindustrie, jedoch würde dieser Gebietszuwachs Belgien industriell stärker machen. Polen besaß innerhalb seiner Vorkriegsgrenzen wichtige Industriezentren in Warschau, Posen und Lodz. Durch die neue Grenzziehung käme die Industriestadt Breslau dazu, während der Hafen Danzig von Polen wieder zur Ergänzung der Einrichtungen von Gdingen benutzt werden könnte. Durch Inbesitznahme ganz Schlesiens oder des größten Teils davon erhielte Polen zusätzlich ein produktives Industriegebiet, was zu einer Verbesserung seines wirtschaftlichen Gleichgewichts führen würde. Angesichts des Verlaufs der Flüsse und der Benutzung der Oder als Grenze des neuen Polen könnte es wünschenswert sein, den Hafen Stettin zu internationalisieren. Im vorliegen-

den Vorschlag wird keine Änderung der Grenzen der Tschechoslowakei empfohlen. Es könnte wünschenwert sein, der Tschechoslowakei einen Teil Schlesiens zu geben, um ihre industrielle Stärke zu erhöhen.

Die Bevölkerung

Vor dem Krieg hatte Deutschland eine Bevölkerung von 66 Millionen. Nach der hier vorgenommenen Aufteilung auf der Landkarte würde der norddeutsche Staat eine Bevölkerung von etwa 30 Millionen haben, von denen 10 bis 12 Millionen in Städten mit über 50 000 Einwohnern leben würden. Man kann vermuten, daß etwa die Hälfte der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig wäre und der Rest in Handel und Gewerbe. Der süddeutsche Staat hätte eine Bevölkerung von etwa 20 Millionen, von denen 5 Millionen in größeren Städten leben würden. Schon Wien allein hat eine Einwohnerzahl von fast 2 Millionen, München eine Einwohnerzahl von 700 000.

Das an Frankreich fallende Gebiet hätte eine Bevölkerung von etwa 2 Millionen; das an Polen fallende von 6 Millionen und das an die Niederlande und Belgien fallende von 12 bis 13 Millionen.

Diese Bevölkerungsverteilung wirft gewisse ernste politische Fragen auf. Das Frankreich zugedachte Gebiet wäre kein besonderes Problem, da die 2 Millionen Menschen im Vergleich zur französischen Bevölkerung nur ein geringer Anteil wären. Für die Niederlande und Belgien wäre der Zuwachs jedoch ein ernstes Problem, da das den Niederlanden zugedachte Gebiet fast so viele Einwohner hätte wie die eigentlichen Niederlande vor dem Krieg. Zu der belgischen Bevölkerung von 8 Millionen kämen 5 Millionen. Diese Minoritäten wären so stark, daß sie in den Ländern, an die sie angeschlossen werden, die politische Stabilität gefährden würden, insbesondere angesichts der dort bereits in der Vorkriegszeit durch Minoritätenprobleme ausgelösten Konflikte. Darüber hinaus besteht die Gefahr, daß diese Bevölkerungsanteile bei Vereinigung mit Gruppen in dem ursprünglichen Staat eine beherrschende Rolle im politischen Leben der Länder übernehmen könnten, denen sie angeschlossen wurden. Belgien und die Niederlande könnten dadurch sogar in den Bannkreis des deutschen politischen Denkens ge-

raten. Hier liegt die größte Schwäche des unterbreiteten Vorschlags. Diese Schwierigkeiten wären nur durch eine groß angelegte Umsiedlung der Bevölkerung aus den abgetretenen Gebieten zu vermeiden.

Soziale Gesichtspunkte

Der vorgeschlagene süddeutsche Staat wäre kulturell ziemlich homogen. Die Bevölkerung gehört zum Sprachgebiet einer Gruppe verwandter hochdeutscher Dialekte; so sind die Dialekte Österreichs und Bayerns teilweise gleich. Der süddeutsche Staat wäre überwiegend katholisch, allerdings mit großen protestantischen Enklaven in Württemberg und Teilen von Baden. Der hier empfohlene norddeutsche Staat wäre kulturell nicht so homogen. Sein südlicher Teil ist vom Dialekt her im wesentlichen hochdeutsch, während der nördliche Teil niederdeutsch spricht. Das Gebiet ist überwiegend protestantisch, obwohl beträchtliche katholische Minderheiten eingestreut wären.

Das Hauptproblem ergibt sich in bezug auf Gebiete, die von Deutschland abgetrennt und anderen Staaten angeschlossen werden. Die abgetrennte Bevölkerung wäre höchstwahrscheinlich zu zahlreich, als daß eine Umsiedlung in die neuen deutschen Staaten möglich wäre. Überdies könnte die Industrie des Ruhrgebiets und des Rheinlandes nicht ohne eine große Bevölkerung fortgeführt werden. Diese den Niederlanden, Belgien und Frankreich zugeschlagenen Gebiete gehören zu den wohlhabendsten Teilen Deutschlands. Die Bevölkerung würde es wahrscheinlich vorziehen, in ihren alten Wohngebieten zu bleiben, statt umzuziehen. In diesem Fall stünden Belgien, die Niederlande und Frankreich durch sprachliche Minderheiten vor ernsten Problemen. Während sich die den Niederlanden angeschlossenen Bevölkerungsteile in dem Gebiet westlich Oldenburg im Dialekt nicht sehr stark von den östlichen Niederlanden unterscheiden, da in beiden Gebieten niedersächsische Dialekte gesprochen werden, würde die Bevölkerung des Ruhrgebiets einen völligen Fremdkörper darstellen. Sie würde auch noch die Schwierigkeiten vermehren, denen die Niederlande durch ihre Minderheiten ausgesetzt sind, vor allem im Südosten des Landes, der politisch zu Deutschland tendierte. Es

würden sich weitere konfessionelle Komplikationen ergeben, insofern, als die katholische Minderheit in den Niederlanden beträchtlichen Zuwachs erhielte. Das Belgien zugeschlagene Gebiet wäre überwiegend katholisch und würde daher die Lage in Belgien nicht noch durch konfessionelle Schwierigkeiten erschweren. Es würde damit jedoch eine beträchtliche deutsche Minderheit hinzukommen, und Belgien hat ohnehin seit vielen Jahren seinen Konflikt zwischen den französisch und flämisch sprechenden Teilen seiner Bevölkerung. Zu Polen käme ein umfangreicher deutsch sprechender Bevölkerungsanteil. Wegen der starken Gegensätze zwischen den beiden Gruppen würde das zweifellos zu Schwierigkeiten führen. Ferner wäre die hinzukommende deutsche Bevölkerung großenteils protestantisch, während die Anwendung der Curzon-Linie auf Polen zu einer fast vollständigen Ausklammerung der nicht römisch-katholischen Bevölkerungsanteile aus dem polnischen Staat führen würde.

*

An: Mr. White
Von: Mr. Nathan
Betr.: Die Teilung Deutschlands

28. August 1944 (1/457-^460)

Die Teilung Deutschlands in mehrere autonome Staaten soll es ihm [Deutschland] erschweren, sein Wirtschaftspotential erneut zu Aggressionszwecken zu nutzen. Daher muß versucht werden, die Teilung so vorzunehmen, daß die verschiedenen neuen Staaten nach Abzug der militärischen Besatzung nicht den Wunsch haben werden, sich wieder zu vereinigen.

Um dieses Ziel zu erreichen, sollte die Teilung nach folgenden Grundsätzen vorgenommen werden:

1. Die neuen Staaten sollten ethnisch und konfessionell in sich so homogen wie möglich sein. Wenn das möglich wäre, so wäre zu hoffen, daß die neuen Staaten sich zu bewußten, von gewissen gemeinsamen Bindungen zusammengehaltenen Einheiten entwickeln würden und keine Wiedervereinigung miteinander anstreben würden, wie es andernfalls sein könnte.

2. Die Teilung sollte so vorgenommen werden, daß die neuen Staaten wirtschaftlich nicht voneinander abhängig sind. Das

heißt, daß Industrien, die in gegenseitiger Abhängigkeit aufgebaut worden sind — wie z. B. die Kohle- und Stahlindustrie Westdeutschlands —, nicht politisch getrennt werden sollten. Bei einer Trennung würden die beiden Staaten bestrebt sein, miteinander zu wirtschaftlichen Abmachungen zu kommen, und zu einer Wiedervereinigung neigen.

3. Jeder auf eine wirtschaftliche Autarkie der neuen Staaten gerichtete Versuch sollte verhindert werden. Sie sollten vom Kauf industrieller und landwirtschaftlicher Rohstoffe aus der Welt außerhalb des früheren Deutschland abhängen. Dadurch würde sichergestellt, daß ihre Volkswirtschaften sich auf die Beteiligung am Welthandel einspielen würden. Selbst wenn sie sich später wiedervereinigen sollten, könnten sie größere wirtschaftliche Autarkie für Kriegszwecke erst nach jahrelanger Vorbereitung erlangen. Eine Zollunion zwischen den verschiedenen Staaten sollte selbstverständlich verboten werden, um zu gewährleisten, daß die neuen Staaten sich nicht automatisch zu einer wirtschaftlichen Einheit entwickeln und den Aufbau ihrer Volkswirtschaften nicht aufeinander abstimmen. Entsprechend sollten die Zolltarife für landwirtschaftliche Erzeugnisse, wie z. B. Weizen und Roggen aufgehoben werden, um die Autarkie auf dem Ernährungssektor in jedem einzelnen Staat und im Fall einer etwaigen Wiedervereinigung in den verschiedenen Staaten in ihrer Gesamtheit zu vermeiden.

4. Bei der Festlegung der Teilung sollte darauf geachtet werden, daß das Wirtschaftspotential des früheren Deutschland auf den verschiedenen wirtschaftlichen Sektoren so verteilt wird und daß die neuen Staaten wirtschaftlich so ausgewogen sind, daß sie nach mehreren Jahren der Wiederanpassung und Neuorganisation einen gewissen Wohlstand und einen einigermaßen erträglichen Lebensstandard erreichen können. Andernfalls würde zwangsläufig politische Unruhe entstehen; in diesem Fall könnte der Drang nach Wiedervereinigung so stark werden, daß diese nur durch eine militärische Intervention zu verhindern wäre. Ob aber mit einer militärischen Intervention zu diesem Zweck Jahre nach dem Krieg zu rechnen wäre, ist angesichts früherer Erfahrungen sehr zweifelhaft.

5. Die Teilung sollte so vorgenommen werden, daß so wenig typisch und echt deutsche Gebiete wie möglich an Nachbar-

Staaten angeschlossen werden. Bei einer Annexion kann nicht angenommen werden, daß eine freiwillige Massenwanderung nach Restdeutschland in ausreichendem Umfang stattfinden würde. Viele Menschen würden dort bleiben wollen, wo ihre Vorfahren und sie selbst seit vielen Jahren gelebt haben. Andere würden aus politischen Gründen bleiben wollen in der Hoffnung, auf eine Wiedervereinigung mit Deutschland hinarbeiten zu können. Die politischen Probleme, die sich daraus ergeben, daß Minderheiten von dem Land abgetrennt werden, dem sie sich zugehörig fühlen, sind nur zu bekannt, als daß sie noch weiterer Erörterung bedürften. Eine Zwangsumsiedlung aller Menschen eindeutig deutscher Herkunft würde nicht alle politischen Probleme lösen und schwere wirtschaftliche Probleme aufwerfen. Falls eine Bevölkerungsverschiebung stattfindet, könnte es für die annektierenden Staaten schwer sein, eine ausreichende Anzahl von Arbeitskräften für den Betrieb der Industrien in den annektierten Gebieten zu finden.

Es läßt sich keine Teilung erdenken, die mit a l l e n diesen Grundsätzen zu vereinbaren wäre. Das Problem besteht darin, eine optimale Lösung zu finden. Dem Autor will es scheinen, daß die Teilung, die Mr. Sumner Welles in seinem unlängst erschienenen Buch „The Time for Decision" vorgeschlagen hat, in diesem Sinn viele Vorzüge hat und als Diskussionsgrundlage benutzt werden kann. Mr. Welles schlägt vor, kein anderes Gebiet als Ostpreußen von Deutschland abzutrennen und Nachbarstaaten anzuschließen; und dem Deutschland von vor 1939 aus Gründen der wirtschaftlichen Stabilität einen kleinen Teil Westpolens im Austausch gegen Ostpreußen anzuschließen. Deutschland würde in drei Teile aufgeteilt werden, von denen der eine den ganzen Süden und den westlichsten Teil des Landes umfassen würde, ein zweiter den nördlichsten Teil und alle mittleren Teile Deutschlands etwa westlich der Elbe und ein dritter den gesamten Osten und Südosten. In den nachstehenden Ausführungen werden diese drei Teile in der soeben genannten Reihenfolge als I (Süden), II (Westen), III (Osten) bezeichnet.

[Teil] I würde das Gebiet umfassen, das bisher aus Bayern, Württemberg, einem Teil Hessens, dem Saargebiet und einem Teil der alten Preußischen Rheinprovinz westlich des Rheins

bestand. [Teil] II würde die Rheinprovinz ostwärts des Rheins umfassen sowie das übrige Hessen, Hessen-Nassau, Thüringen, Westfalen, Hannover, Oldenburg, Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, die preußische Provinz Sachsen, Lippe, Braunschweig und Anhalt. [Teil] III würde die preußischen Provinzen Schlesien, Brandenburg mit Berlin und Pommern und ferner die Freistaaten Mecklenburg und Sachsen umfassen. Zu dem soeben beschriebenen Gebiet III käme ein Gebietsstreifen von Westpolen hinzu; die Ostgrenze dieses Streifens würde ungefähr parallel zu der deutschen Ostgrenze des Jahres 1939 verlaufen und nach Osten fast bis Danzig reichen.

Es konnte keine Teilung vorgeschlagen werden, die mit dem vorstehend genannten ersten Grundsatz in Einklang stünde. Denn es ist keine Teilung denkbar, die zu ethnischen oder konfessionellen Einheiten führen würde. Der Vorschlag von Mr. Welles scheint jedoch diesen Zweck so gut zu erfüllen, wie es überhaupt möglich ist. „I" würde sowohl politisch als auch konfessionell einen ziemlich homogenen Staat bilden. Dieser würde sich auf alle alten süddeutschen Staaten erstrecken, die sich seit vielen Jahrzehnten enger miteinander verbunden fühlen als mit dem übrigen Deutschland. Der ganze Staat wäre konfessionell ziemlich homogen, da ein sehr großer Anteil der Bevölkerung dieses Gebietes katholisch ist. Weder über II noch über III läßt sich eine so positive Aussage hinsichtlich der Homogenität machen. Die nördlichen Teile sowohl von II als auch von III könnten ethnisch als ziemlich homogen angesehen werden. Doch kommen sowohl zu II als auch zu III noch andere Teile, die konfessionell, ethnisch und von der wirtschaftlichen Struktur her gesehen untereinander viele Unterschiede aufweisen. Jedoch sollte in diesem Zusammenhang noch gesagt werden, daß keine andere Teilung vorgeschlagen werden kann, die dem vorstehend genannten ersten Grundsatz näher käme als der Vorschlag von Mr. Welles.

Mit Ausnahme einiger weniger Fälle würde der Vorschlag von Mr. Welles die Verwaltungs- und Landesgrenzen nicht ändern. Das scheint eine kluge Lösung zu sein, weil innerhalb der alten Provinzen und Länder bzw. Freistaaten eine gewisse Einheitlichkeit besteht; und es würde die politische Dezentralisierung des Staates Preußen nicht verhindern, die Mr. Welles

zwar nicht empfiehlt, die aber dennoch sehr wünschenswert wäre.

Was die wirtschaftliche Struktur dieser drei Teile anbetrifft, so scheint die Teilung in der vorgeschlagenen Form mit den vorstehend dargelegten Grundsätzen ziemlich weitgehend in Einklang zu stehen. In jedem der drei Teile sind Landwirtschaft und Industrie gemischt. Keiner ist autark. Viele Anpassungen wären erforderlich. Aber es ist zu hoffen, daß sie sich nach einer Reihe von Jahren zu ziemlich gut integrierten Volkswirtschaften entwickeln könnten. Industrien, die in gegenseitiger Abhängigkeit gewachsen sind, würden dabei im großen und ganzen nicht durch die politische Grenzziehung getrennt werden. Somit würde der Drang nach Wiedervereinigung nicht durch direkte Wirtschaftsinteressen gefördert. Die nachstehende Tabelle gibt einen ungefähren Überblick über die Bevölkerung und die wirtschaftlichen Hilfsquellen der drei verschiedenen Staaten. Detailliertere Unterlagen, insbesondere über die Rohstofferzeugung in den drei Gebieten und über die Produktionskapazität der verschiedenen Industrien, waren weder in der Bibliothek des Finanzministeriums noch in der Kongreßbibliothek vorhanden.

Bevölkerung und Hilfsquellen Deutschlands
nach der Teilung

[Teil:]	I	II	III
Bevölkerung (1933) (in Millionen):	18,3	22,1	23,9
Bodenschätze (in % sämtlicher verfügbarer Bodenschätze):			
Anthrazit	24	70	6
Braunkohle	30	20	50
Eisenerz	20	80	–
Landwirtschaftliche Erzeugung (in % der Gesamtzahlen von 1936):			
Weizen	35	45	20
Roggen	18	34	48
Kartoffeln	25	32	43

Die Teilung in der vorgeschlagenen Form würde die Ruhrindustrie fast vollständig im Staat II belassen. (Die Industrie

westlich des Rheins würde zu I gehören. Jedoch liegt der größte Teil des sogenannten „Ruhrgebiets" mit allen davon abhängigen Industrien ostwärts des Rheins und würde daher zu II gehören.) Nach Ansicht des Autors wäre dies angesichts der vorstehend dargelegten Zielsetzung die empfehlenswerteste Lösung.

Bei Aufteilung der Ruhrindustrie beispielsweise auf I und II müßten entweder große Teile völlig zerstört werden — was vom Standpunkt des Wiederaufbaus Europas eine sinnlose Maßnahme wäre — oder die verschiedenen Teile würden zu engen wirtschaftlichen Abmachungen untereinander neigen. Daher würden sich sofort enge wirtschaftliche Bindungen zwischen den beiden Staaten entwickeln. Deutschland daran zu hindern, sein Industriepotential für die Vorbereitung eines weiteren Krieges einzusetzen, ist weitgehend ein politisches und nicht ein wirtschaftliches Problem. Eine politische und militärische Kontrolle ist notwendig, (1) um heimliche Kriegsvorbereitungen auf dem Gebiet der Industrieausrüstung zu vermeiden, (2) um bestimmte Industrien völlig auszuschalten (die Flugzeugindustrie sowie die Industrien, die synthetische Kraftstoffe und synthetischen Gummi herstellen usw.) und (3) um die Rohstoffeinfuhr zu regeln. Außerdem sollte die Verstaatlichung der Kohle-, Eisen- und Stahlindustrie ernsthaft erwogen werden. Die Vereinten Nationen könnten die Industrien leichter unter Kontrolle halten, wenn sie Eigentum der Staaten selbst wären, und könnten geheime Kriegsvorbereitungen verhindern. Da die Kohleindustrie viele andere Industrien in den benachbarten Gebieten, die für Kriegsvorbereitungen wichtig sind (chemische Industrien!), mit unentbehrlichen Rohstoffen beliefert, könnte die Überführung der Kohleindustrie (wie auch der Eisen- und Stahlindustrie) in staatliches Eigentum sehr nützlich sein.

Wie bereits erwähnt, wird der Teilungsplan von Mr. Welles hier nur als Diskussionsgrundlage vorgeschlagen. Die Notwendigkeit verschiedener Änderungen ist offensichtlich. Die Annexion des Saargebietes durch Frankreich und Oberschlesiens durch Polen, die sich durchführen lassen könnte, ohne schwere politische Probleme zu schaffen, würde Deutschland wichtige Grundstoff- und verarbeitende Industrien entreißen und es für den Fall, daß die drei Teile sich jemals wieder vereinigen

sollten, erheblich schwächen. Entsprechend sollte die Annexion des nördlichsten Teils [Deutschlands] durch Dänemark aus strategischen Gründen erwogen werden. Die Aufteilung der alten preußischen Rheinprovinz auf I und II bedürfte einer sorgfältigen Prüfung. Vielleicht ist es möglich, einen Plan auszuarbeiten, bei dem einige Teile des Ruhrgebiets an I fallen, wodurch die Ruhr als geschlossenes Ganzes geschwächt würde.

Man beachte, daß Mr. Welles nicht vorschlägt, Österreich zu I, dem Süden Deutschlands, zu schlagen. Das ist im Sinne der Erklärung der Vereinten Nationen auf der Konferenz von Teheran.

Die Idee des Ministers

Am Kopf des Dokumentes ist vermerkt: „Teil eines aufgenommenen Telefongespräches am 31. August 1944, 9.25 Uhr, zwischen dem Minister, D. W. Bell und Harry White".

H. M. jr.: Nun warten Sie mal einen Moment, Harry, bitte, ich versuche, etwas zu sagen, wenn Sie mich lassen.

White: Gern, ja.

H. M. jr.: Ich möchte, daß Ihre Leute das Problem von dieser Seite anpacken: Sie nehmen das Ruhrgebiet und legen es geschäftlich völlig lahm. Also, haben Sie verstanden? Das ist das eine — und auch das Saargebiet. Der Grund, warum ich besonders das Ruhrgebiet erwähne — Sie können sehr leicht feststellen, was dort an Kohle und Stahl und ähnlichem produziert wird, und bedenken Sie, was für eine Hilfe das für England und Belgien bei deren Bemühungen um einen Wiederaufbau wäre, weil das Ruhrgebiet letzten Endes — es war zum Teil schuld an der großen Arbeitslosigkeit in England, und zu unseren Aufgaben gehört es auch, England wieder auf die Beine zu stellen. Und in diesen beiden Studien und allen anderen Studien, die ich je gesehen habe, ist vorgesehen, das Ruhrgebiet am Leben zu erhalten. Und ich möchte an die Sache so herangehen — daß einfach die Produktion im ganzen Ruhrgebiet stillgelegt wird. Und außerdem, das ist eine Sache für sich, was würde passieren, wenn wir die Produktion im Saargebiet stilllegen? Ich möchte nun, daß darüber so schnell wie möglich ein paar Untersuchungen durchgeführt werden.

White: Jawohl.

H. M. jr.: Also, haben Sie das verstanden?

White: Ja.

H. M. jr.: Und auch, wie ich schon sagte, welche Konkurrenz das Ruhrgebiet sowohl für die belgische Kohle und den belgischen Stahl als auch für die englische Kohle und den englischen Stahl darstellte, und eine Schätzung, um festzustellen, wie lange es etwa dauern würde, bis Rußland die Produktion aufgenommen haben könnte und die Kunden übernehmen könnte — ich meine England, Belgien und Rußland könnten die früheren Kunden Deutschlands übernehmen — bei Kohle und Stahl.

White: Jawohl.

H. M. jr.: Jetzt noch etwas anderes: Ich bin überzeugt, daß dieser Mann, der sagt, daß John Hopkins für den Präsidenten Studien in dieser Richtung durchgeführt hat über die Frage „Wie können wir sie unterkriegen" — also, ich glaube, der Ausschuß wird von Stettinius hingehalten — hallo.

White: Ich höre.

H. M. jr.: Weil diese Gruppe, die mit Stettinius nach England gefahren ist — dieser Mann, der dieser große Geograph ist — und ich bin überzeugt, daß Studien vorhanden sind, und ich —

Zeitgeschichtlicher Hinweis des deutschen Herausgebers:

□ **In den ersten Septembertagen 1944 hatte sich die militärische Lage in**
□ **Mitteleuropa dramatisch entwickelt. Am 25. August räumten die deut-**
□ **schen Truppen die französische Hauptstadt. Tage zuvor hatte in Buka-**
□ **rest der rumänische König überraschend gegenüber der Sowjetunion**
□ **kapituliert; die russischen Armeen waren bis vor Warschau vorgedrun-**
□ **gen, hatten dort allerdings den Aufstand der National-Polen nicht unter-**
□ **stützt, sondern waren während der wochenlangen Kämpfe in Warschau**
□ **beobachtend stehengeblieben. Währenddessen näherten sich die ameri-**
□ **kanischen Angriffsspitzen im Westen den deutschen Grenzen. Über die**
□ **Beurteilung der entstandenen Lage in Hitlers Hauptquartier berichtet**
□ **eine Aufzeichnung vom 3. September 1944:**
□ **„Jetzt deuten die Militärs sogar an, daß einem anglo-amerikanischen**
□ **Vordringen nach Berlin fast nichts im Wege stünde, wenigstens so**
□ **lange, bis die aus dem Westen zurückströmenden Verbände wieder**
□ **geordnet sind. Die meisten im Reichsgebiet liegenden Reserven sind**
□ **in den letzten Wochen in den Osten geworfen worden ... Sollte es**
□ **nicht doch noch gelingen, jenseits der Fronten einige Nachdenkliche**
□ **auf die Frage aufmerksam zu machen, ob die absolute Niederkämp-**
□ **fung des Reiches die Opfer wert ist, die sie kosten wird?"**
□ **(Helmut Sündermann: Deutsche Notizen, Leoni am Starnberger See**
□ **1965, Seite 116 f.)**

Sie könnten versuchen, beim Außenministerium herauszubekommen, ob sie die Studien haben.

White: Bowman, ja. Ja. Jawohl, wir werden das tun.

H. M. jr.: Was halten Sie nun von meiner Idee, die Sache so anzugehen, daß beide stillgelegt werden — erst das Ruhrgebiet und dann eventuell das Saargebiet?

White: Also, wir würden — wir sprachen gestern abend ziemlich ausführlich über die Stillegung des Ruhrgebiets, niemand hat die Stillegung des Saargebiets erwähnt. Das wird — wir werden das Motiv, das Sie zu bedenken gegeben haben, prüfen. lch glaube, daß sie [das Ruhrgebiet und das Saargebiet] neben den Hauptproblemen eine ganz untergeordnete Rolle spielen, aber wir werden sie prüfen und die von Ihnen gewünschten Studien beschaffen.

H. M. jr.: Gut. Und noch etwas: Das ist alles, was durch eine wirtschaftliche Lösung — das andere, womit Sie hoffentlich fertig geworden sind —- mit dem Ihre Leute fertig geworden sind, sind die Studien, wie wir — was wir tun sollen mit — mit diesen —

White: 18 Millionen Menschen, die Sie erledigen würden, wenn Sie —

H. M. jr.: Nein — nein — nein.

White: Das Ruhrgebiet erledigen.

H. M. jr.: Nein, nein. Die Menschen, die nazistisch denken.

White: Ach, das. Also, wir sind — ich glaube, wir sind — ich glaube, wir haben — was wir hier haben, wird Sie in dieser Hinsicht zufriedenstellen. leb weiß nicht, wie weit Sie damit kommen werden, aber ich glaube, daß — also, was wir zu tun gedenken, wäre kurz gesagt zufriedenstellend, aber wenn —

H. M. jr.: Aber diese beiden Dinge: Das eine ist wirtschaftlich, und was werden wir mit diesen Menschen machen — denen der Nazismus eingeimpft worden ist — und was werden wir mit ihnen machen, bis sie aussterben, und was werden wir mit ihren Kindern machen?

White: Also, das — also, wir werden uns darüber ein paar Gedanken machen. Wir haben bisher nicht über die Kinder nachgedacht. Also —

H. M. jr.: Gut. Wenn Sie das dann tun wollen.

White: Jawohl.

H. M. jr.: Und für alles, was Sie am Freitag mit der Nachmittagspost zur Farm schicken können, wäre ich dankbar.
White: Ja. Also, wir können Ihnen dann einen Haufen Zeug schicken.

Am Schluß des Gespräches werden noch einige Termin-Abreden erörtert.

Der Entwurf des Finanzministeriums

Am Kopf des Dokumentes ist vermerkt: „Original wurde dem Minister nach Fishkill, N. Y., gesandt".

Streng geheim 1. September 1944 (1/463—466)

Vorschlag eines Deutschlandprogramms
für die Zeit nach der Kapitulation

Es wird vorgeschlagen, den Standpunkt der Vereinigten Staaten auf der Grundlage folgender Grundsätze festzuhalten:

1. Entmilitarisierung Deutschlands.

Es sollte das Ziel der alliierten Streitkräfte sein, die vollständige Entmilitarisierung Deutschlands in der kürzestmöglichen Zeit nach der Kapitulation zu erreichen. Das bedeutet die vollständige Entwaffnung der deutschen Streitkräfte und Bevölkerung (einschließlich der Einziehung oder Vernichtung allen Kriegsmaterials) und die vollständige Zerstörung der gesamten deutschen Rüstungsindustrie sowie auch derjenigen Teile der zuliefernden Industrien, die keine andere Existenzberechtigung haben.

2. Teilung Deutschlands.

(a) Polen sollte den Teil Ostpreußens erhalten, der nicht an die UdSSR fällt, und den südlichen Teil Schlesiens, wie es auf der Karte angegeben ist.
(b) Frankreich sollte das Saargebiet und die angrenzenden Gebiete bis zum Rhein und zur Mosel erhalten.
(c) Wie in Teil 3 angegeben, sollte eine Internationale Zone geschaffen werden, die das Ruhrgebiet und die umliegenden Industriegebiete sowie den Nordostseekanal umfaßt.
(d) Dänemark sollte die Gebiete zwischen seinen derzeitigen Grenzen und der Internationalen Zone nördlich des Nordostseekanals erhalten.

(e) Der übrige Teil Deutschlands sollte in zwei autonome, selbstständige Staaten aufgeteilt werden, (1.) einen süddeutschen Staat, der Bayern, Württemberg, Baden und einige kleinere Gebiete umfaßt, und (2.) einen norddeutschen Staat, der einen großen Teil des alten Staates Preußen, Sachsen, Thüringen und mehrere kleinere Länder umfaßt.

Zwischen dem neuen süddeutschen Staat und Österreich, das in seinen politischen Grenzen aus der Zeit vor 1938 wiederhergestellt wird, soll eine Zollunion geschlossen werden.

3. Das Ruhrgebiet.

Hier ist das Kernstück der deutschen Industriemacht. Es sollte wie folgt behandelt werden:

(a) Eine Internationale Zone sollte geschaffen werden, die das Ruhrgebiet und die umliegenden Industriegebiete umfaßt. In diese Zone sollten der Nordostseekanal und das Rheinland einbezogen werden. Diese Zone sollte von der internationalen Sicherheitsorganisation verwaltet werden, die von den Vereinten Nationen geschaffen werden soll. Die ungefähre Grenzziehung dieser Zone ist auf der beigefügten Karte angegeben.

(b) Die Internationalisierung dieses Gebiets soll in keiner Weise folgendes beeinträchtigen: (a) Die vollständige Zerstörung der deutschen Rüstungsindustrie und der zuliefernden Industrien im Ruhrgebiet gemäß Teil 1 dieses Memorandums, (b) die Wiedergutmachung und Reparationsleistung, einschließlich des Abtransports und der Verteilung von Industrieanlagen und -ausrüstung gemäß Teil 4 dieses Memorandums.

(c) Eigentum und Leitung der noch verbleibenden großen Industriebetriebe soll der internationalen Organisation übertragen werden.

(d) Die internationale Organisation soll sich von folgenden allgemeinen Grundsätzen leiten lassen:

> (I) Die natürlichen Hilfsquellen und die Industriekapazität des Ruhrgebiets sollen in keiner Weise so genutzt oder entwickelt werden, daß sie zum Militärpotential Deutschlands oder des Ruhrgebiets beitragen.
>
> (II) Die Zone wird Freihandelsgebiet. Jedoch sollte dem Kapitalimport entgegengewirkt werden.

4. Wiedergutmachung und Reparationen.

Reparationen in Form wiederholter Zahlungen und Lieferungen sollten nicht gefordert werden. Die Wiedergutmachung und Reparationsleistung soll durch die Übereignung vorhandener deutscher Hilfsquellen und Gebiete erfolgen, z. B.

(a) durch Rückerstattung von Eigentum, das von den Deutschen in den von ihnen besetzten Gebieten erbeutet wurde;

(b) durch Übereignung von deutschem Gebiet und deutschen privaten Eigentumsrechten an Industrieanlagen, die sich in diesem Gebiet befinden, an Überfallene Staaten und an die internationale Organisation im Rahmen des Programms für die Teilung [Deutschlands];

(c) durch Abtransport der Industrieanlagen und -ausrüstung, die sich innerhalb der Internationalen Zone des in dem Abschnitt über die Teilung abgegrenzten nord- und süddeutschen Staates befinden, und ihre Verteilung unter den zerstörten Ländern;

(d) durch zwangsweisen Einsatz deutscher Arbeitskräfte außerhalb Deutschlands;

(e) durch Beschlagnahme aller wie immer gearteten deutschen Vermögenswerte im Ausland.

5. Behandlung von Sondergruppen.

(a) Besonders intensiv muß die Ergreifung und Bestrafung von Kriegsverbrechern betrieben werden.

(b) Alle Angehörigen folgender Gruppen sollten festgehalten werden, bis der Umfang der Schuld jedes einzelnen festgestellt ist:

(I) SS.

(II) Gestapo.

(III)Alle höheren Funktionäre der Partei, SA und anderer Sicherheitsorganisationen.

(IV) Alle hohen Beamten der Regierung und der Nazi-Partei.

(V) Alle führenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die sich eng mit dem Nazismus identifiziert haben.

(c) Abgesehen von der Frage erwiesener Schuld an bestimmten Verbrechen reicht die bloße Mitgliedschaft in SS, Gestapo

und ähnlichen Gruppen als Grundlage für die Einweisung in Zwangsarbeitsbataillone aus, die außerhalb Deutschlands für Wiederaufbauarbeiten eingesetzt werden sollen.

(d) Die Nazi-Partei und alle angeschlossenen Organisationen, z. B. die Arbeitsfront, die Hitlerjugend, Kraft-durch-Freude usw. sind aufzulösen und ihr Vermögen sowie ihre Akten zu beschlagnahmen. Es sollte soweit wie möglich angestrebt werden, alle Versuche zu ihrer Wiederaufstellung im Untergrund oder in getarnter Form zu unterbinden.

(e) Alle Angehörigen der folgenden Gruppen sind aus dem öffentlichen Dienst zu entlassen, vom Wahlrecht auszuschließen und für jedes öffentliche Amt oder eine Tätigkeit in den Berufen des Journalisten, Lehrers und Juristen oder in jeder führenden Eigenschaft im Bankwesen, Gewerbe oder Handel zu disqualifizieren:

(I) Der Nazi-Partei.

(II) Der Nazi-Anhänger, die durch Worte oder Taten das Nazi-Programm wesentlich unterstützt oder begünstigt haben.

(III) Der Junker[klasse].

(IV) Des Heeres-, Luftwaffen- und Marineoffizierskorps.

(f) Alle Güter von Junkern sind zu zerschlagen und unter den Bauern aufzuteilen, und das System des Erstgeburtsrecht sowie das Fideikommißwesen sind abzuschaffen.

6. Alle vor der Kapitulation geltenden Gesetze, Erlasse, Verordnungen

oder Teile derselben, die eine Diskriminierung auf Grund von Rasse, Hautfarbe, Konfession oder politischen Meinungen beinhalten, sind aufzuheben und für null und nichtig zu erklären.

7. Erziehungswesen und Propaganda.

(a) Alle Schulen und Universitäten werden geschlossen, bis eine alliierte Kommission für das Erziehungswesen ein wirksames Reorganisationsprogramm aufgestellt hat. Es wird damit gerechnet, daß es möglicherweise ziemlich lange dauern wird, bis höhere Bildungsanstalten irgendeiner Art wiedereröffnet werden. In der Zwischenzeit wird die Ausbildung deutscher Studenten an ausländischen Universitäten nicht verboten sein.

Die Grundschulen werden wieder geöffnet, sobald geeignete Lehrer und Lehrbücher zur Verfügung stehen.

(b) Alle deutschen Zeitungen, Zeitschriften, Wochenblätter usw. stellen sofort ihr Erscheinen ein und erscheinen erst wieder, wenn die entsprechende Weisung ergeht.

(c) Alle deutschen Rundfunksender stellen sofort den Betrieb ein und dürfen ihn erst wieder aufnehmen, wenn entsprechende Weisung ergeht.

8. Politische Dezentralisierung.

Die in der ersten Zeit eingesetzte Militärverwaltung in Deutschland sollte im Hinblick auf die Teilung Deutschlands in drei Staaten arbeiten. Um die Teilung zu erleichtern und um sicherzustellen, daß sie von Dauer ist, sollten sich die Militärbehörden von folgenden Grundsätzen leiten lassen:

(I) Alle für die politischen Entscheidungen zuständigen Beamten der Reichsregierung sind zu entlassen, und es ist hauptsächlich mit den örtlichen Verwaltungen zu verhandeln.

(II) Die Wiederherstellung von Landesregierungen in den einzelnen Ländern entsprechend den 18 Ländern, in die Deutschland zur Zeit gegliedert ist, ist zu fördern, und darüber hinaus sind die preußischen Provinzen zu selbständigen Ländern zu machen.

(III) Nach der Teilung Deutschlands sind die verschiedenen Landesregierungen anzuregen, für jedes der durch die Teilung entstandenen neuen Gebiete eine Bundesregierung aufzubauen. Diese neuen Regierungen sollten die Form eines lockeren Staatenbundes haben, wobei der Schwerpunkt auf den Rechten der Länder und einer weitgehenden Autonomie der Gemeinden liegt. Diese Staatenbünde würden schließlich souveräne Funktionen übernehmen, einschließlich getrennter Währungs- und Postsysteme, Auslandsvertretungsrechte und Verhandlungsrechte usw.

9. Die deutsche Wirtschaft.

Der einzige Zweck [der Beteiligung] der militärischen Seite bei der Steuerung der deutschen Wirtschaft ist die Erleichterung der militärischen Operationen und der militärischen Besetzung. Die Alliierte Militärregierung übernimmt nicht die

Verantwortung für wirtschaftliche Probleme wie Preisüberwachungsmaßnahmen, Rationierung, Arbeitslosigkeit, Produktion, Wiederaufbau, Zuteilungen, Verbrauch, Wohnungs- oder Transportwesen und trifft auch keine Maßnahmen zur Aufrechterhaltung oder Stärkung der deutschen Wirtschaft mit Ausnahme derjenigen, die für die militärischen Operationen im vorstehend dargelegten Sinne notwendig sind. Die Verantwortung für die Erhaltung der deutschen Wirtschaft und Bevölkerung mit den unter den gegebenen Umständen verfügbaren Mitteln liegt beim deutschen Volk.

10. Verantwortung der Vereinigten Staaten.

(a) Die Verantwortung für die Durchführung des in diesem Memorandum dargelegten Deutschlandprogramms für die Zeit nach der Kapitulation ist die gemeinsame Verantwortung der Vereinten Nationen. Die Durchführung der vereinbarten gemeinsamen Politik sollte daher abschließend dem internationalen Gremium übertragen werden, das auf Grund der Erörterungen innerhalb der Vereinten Nationen geschaffen wird.

Eine Prüfung der besonderen Maßnahmen, die bei der Durchführung des gemeinsamen Programms zu treffen sind, ergibt, daß es wünschenswert ist, die Aufgabe, die in der ersten Zeit der militärischen Besetzung durchzuführen ist, von denjenigen zu trennen, deren Durchführung einen viel längeren Zeitraum erfordern wird. Während die USA, Großbritannien und die UdSSR bei der Entmilitarisierung Deutschlands (Punkt 1) aus praktischen Gründen die Hauptrolle spielen werden (natürlich mit Unterstützung der Streitkräfte anderer Vereinter Nationen), läßt sich die Durchführung anderer Teile des Programms im einzelnen am besten von den Nachbarstaaten Deutschlands auf dem [europäischen] Kontinent bewerkstelligen.

(b) Nach vollständiger Entmilitarisierung Deutschlands ergäbe sich bei der Durchführung des Deutschlandprogramms folgende Aufgabenteilung:

(I) Die USA hätten militärische und zivile Vertreter bei jeder internationalen Kommission bzw. allen internationalen Kommissionen, die gegebenenfalls zur Durchführung des gesamten Deutschlandprogramms geschaffen würde(n), und

diese Vertreter sollten angemessene amerikanische Mitarbeiterstäbe haben.
(II) Die Hauptverantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung in Deutschland und für die Zivilverwaltung in Deutschland wäre von den Streitkräften der Nachbarstaaten Deutschlands auf dem [europäischen] Kontinent zu übernehmen. Insbesondere sollten hierzu russische, französische, polnische, tschechische, griechische, jugoslawische, norwegische, holländische und belgische Soldaten gehören,
(c) Im Rahmen dieses Programms könnten die amerikanischen Truppen innerhalb relativ kurzer Zeit abgezogen werden. Der tatsächliche Abzug der amerikanischen Truppen sollte erst erfolgen, wenn eine Einigung mit der UdSSR und Großbritannien über die in den vorstehenden Teilen dieses Memorandums dargelegten Grundsätze zustandegekommen ist.

„Dieser Entwurf geht nicht weit genug"

Gruppenbesprechung bei Minister Morgenthau

(Am Kopf des Dokumentes sind 7 Teilnehmer genannt: Mr. D. W. Bell, Mr. White, Mr. Gaston, Mr. Pehle, Mr. McConnell, Mr. O. Connel und Mrs. Klotz.)

4. September 1944,10.55 Uhr (1/483-^96)
H. M. jr.: Also, dieses Memorandum, das White mir geschickt hat, ist gerade noch eben annehmbar. Ich habe es dem Präsidenten mit Erläuterungen gegeben, aber für meinen Geschmack ging es nicht weit genug.
Und zwar ging es in den beiden folgenden Punkten nicht weit genug:

1. Ständige Stillegung des Ruhrgebiets und
2. Behandlung der jetzigen Nazis zwischen 16 und 40 und ihrer Kinder.

Mit dem Vorschlag, das Ruhrgebiet stillzulegen, ist der Präsident völlig einverstanden, und Sie werden verstehen, daß ich etwas darüber in der Hand haben möchte; aber das habe ich den Leuten — zum Teil auch White — gesagt: die Geschichte mit der Landkarte, die polnische Angelegenheit und einiges andere in Teheran, wovon ich nichts weiß. Sie haben einfach die Grenze nicht richtig hingekriegt. Das Gebiet nördlich des Nordostsee-Kanals, wenn ich mich recht erinnere — er grenzte das als internationale Zone ab —, und das Gebiet südlich des Nordostsee-

Kanals bis Dänemark, einschließlich des Nordostsee-Kanals. Und das Saargebiet wurde einer internationalen Organisation unterstellt.

Es werden einige Sätze über die Frage gewechselt, wo Unterlagen zu finden sind.

Mr. White: Also, wir haben versucht, die von Ihnen erwähnten Punkte zu klären, und sind außerdem übereingekommen, daß außer dem Memorandum eine Direktive ausgearbeitet werden muß, die jetzt in Arbeit ist und die in Kraft treten wird, sobald die wesentlichen Kampfhandlungen in Deutschland abgeschlossen sind. Die Direktive, die die Armee jetzt hat und die von den Interalliierten Chefs der Teilstreitkräfte genehmigt worden ist, wird in dem Augenblick in Kraft treten, in dem die Truppen in Deutschland einrücken. Es kann sein, daß sie einmarschieren und das Ding in Kraft setzen, ehe der Präsident Gelegenheit gehabt hat, mit Churchill zu sprechen und die Direktive zu ändern; daher können wir sie nicht neufassen, obwohl es uns vielleicht gelingt, einige Absätze herauszunehmen.

H. M. jr.: Wir bekommen schon ein Exemplar, aber der Präsident hat Stimson ein Schreiben geschickt[31], das ganz auf der Grundlage des Memorandums abgefaßt ist, das ich ihm zum Thema dieses Handbuchs übergeben habe; er sagt ihnen, daß sie das Handbuch nicht in Kraft setzen können und ganz neufassen müssen.

Mr. White: Sie haben es schon zurückgezogen, d. h. das Handbuch.

H. M. jr.: Aber ich meine, haben Sie von diesem Schreiben an sie gehört?

Mr. White: Nein, aber von militärischer Seite wurde mir gesagt, es sei zurückgezogen.

H. M. jr.: Und es hat einen einleitenden Absatz, und dann kam wörtlich Ihr Memorandum, hat der Präsident gesagt.

Mr. White: Das wird das Ende des Handbuchs sein, aber nicht das Ende der Direktiven, so daß sie entweder ein neues Handbuch schreiben müssen, wobei wir ihnen unserer Meinung nach helfen könnten, oder eine neue Direktive für diese Zeit, was

31 S. Seite 86.

wir als wichtiger ansehen können, weil das, was im Verlauf der eigentlichen Kampfhandlungen gemacht wird, nicht so wichtig ist wie das, was geschieht, sobald die Kampfhandlungen eingestellt werden.

Ihre jetzige Direktive erstreckt sich nun anscheinend auch nur auf diesen Zeitraum; daher sagten wir McCloy bei unserem Gespräch mit ihm am Sonnabend, wenn sie [die Armee] der Auffassung wären, daß eine von ihnen herausgegebene Direktive — entweder die bereits vorliegende oder eine abgeänderte — nur bis zur Einstellung der Feindseligkeiten gilt, würden wir eine weitere Direktive ausarbeiten, die sich auf Phase Zwei erstreckt. Das würde vielleicht viel zur Bereinigung der jetzigen Lage beitragen. Damit waren sie [die Armee] völlig einverstanden, so daß die Jungs zur Zeit mit dem Versuch beschäftigt sind, eine Direktive auszuarbeiten, die bei Beendigung der Feindseligkeiten in Kraft treten würde.

Nun haben Sie im Zusammenhang mit dem großen Memorandum, das Sie erwähnten, mehrere Fragen aufgeworfen. Uns sind noch einige weitere Punkte eingefallen, die wir hinzugefügt haben; die von Ihnen vorgeschlagenen Punkte wurden berücksichtigt bis auf drei, die wir gerade diskutierten und bei denen wir noch zu keinem Ergebnis gekommen sind, so daß wir vorerst noch nicht einmal wissen, was wir in das Memorandum hineinschreiben sollen. Der eine davon war, was mit den Kindern unter sechs Jahren und mit den 14- bis 20jährigen geschehen soll. Bisher sind wir noch zu keinem Ergebnis gekommen.

H. M. jr.: Sie meinen 14 bis 40?

Mr. White: War es so?

H. M. jr.: Ja. Er [Hitler] war an der Macht seit —

Mr. Pehle: Seit 1933.

Mr. White: Also, ich gestehe, außer der Behandlung der Sondertruppen — das sind SS und Gestapo und Teile der anderen Gruppen — der führenden Funktionäre — das habe ich hier — ist noch keine Lösung in Aussicht, die uns für die Kinder unter 6 Jahren überhaupt tunlich oder einleuchtend erscheint. Jeder Vorschlag, der gemacht wird, wird aus diesem oder jenem stichhaltigen Grund verworfen, so daß wir noch nicht weitergekommen sind, und es muß darüber diskutiert werden, weil wir keine Vorstellung haben, wie dieses Problem zu behandeln ist.

H. M. jr.: Diese Leute — diese Deutschen, die Sie hinzugezogen haben — kommen sie morgen her?

Mr. White: Ja, morgen.

H. M. jr.: Ich möchte McCloy eine Minute sprechen. Also, der Präsident hat drei Wünsche. Er wird danach fragen, sobald er das Memorandum zum erstenmal sieht. Die Deutschen sollen keine Flugzeuge haben dürfen —

Mr. White: Das ist in den Kapitulationsbedingungen enthalten und wird nochmals wiederholt.

H. M. jr.: Niemand in Uniform —

Mr. White: Das setzen wir dazu.

H. M. jr.: Und kein Marschieren.

Mr. White: Das setzen wir dazu.

H. M. jr.: Er will das, also kann es nichts schaden.

Mr. White: Wir nehmen das zusätzlich in das Memorandum auf. Wir setzen auch etwas hinzu, was er zunächst darin hatte und dann herausgenommen hat, weil die Rechtmäßigkeit fraglich war, und jetzt nehmen wir es wieder hinein, und zwar, daß niemand Rangabzeichen oder Orden oder dergleichen tragen darf. Das mit der Uniform wird schwierig sein, weil wahrscheinlich fünf Millionen Menschen nichts anderes anzuziehen haben werden, aber wenn Sie es als Uniform behandeln -—• so daß sie es nicht vollständig tragen — können Sie es wohl durchsetzen. Diese Leute, die hergekommen sind, haben besonders betont, daß nichts angeordnet oder angefangen werden soll, was man nicht auch wirklich durchführen kann. Sie hielten das für äußerst schlecht. Wir machen Ausarbeitungen zu allen diesen Punkten, und sie werden zusätzlich in das Memorandum aufgenommen.

Außerdem haben sie ein Memorandum über die Sondergruppen, das gestern ausgearbeitet worden ist und in mancher Hinsicht änderungsbedürftig ist.

H. M. jr.: Harry, können Sie mir für heute nachmittag ein kleines Memorandum vorbereiten — wer diese drei Deutschen sind, die herkommen — so daß ich es lesen kann?

Mr. White: Ja, das werde ich tun.

Mr. McConnell: Da ist noch einiges zum industriellen Aspekt, Herr Minister; ich habe das vorläufige Memorandum darüber, konnte es aber aus Zeitmangel noch nicht mit Harry durchspre-

dien. leb glaube, es paßt sehr gut hierher, und es enthält nur einen neuen Gesichtspunkt zur Anwendung des ersten Absatzes über das Ruhrgebiet auf die Industrie — im dritten Absatz. Ich glaube, ich sollte das lieber zuerst mit Harry durchsprechen.

Mr. White: Das ist nicht nötig. Ich glaube, wir werden das allgemein erörtern müssen, ehe wir dazu kommen, weil es eine Ergänzung ist — nicht eine Ergänzung in dem Sinne, daß es nicht so wichtig ist, sondern eine Ergänzung in dem Sinne, daß es wahrscheinlich dazu paßt.

H. M. jr.: Ich glaube, Harry möchte diese Sachen hier erst erledigen.

Mr. White: Ja, nur noch ein paar weitere Punkte.

Zum Beispiel diese Bestrafung der Kriegsverbrecher, die wahrscheinlich zu dem passen würde, was Sie gesagt haben. Das muß überarbeitet und gekürzt werden, aber bei der gestrigen Zusammenkunft wurde von General Hilldring ein Vorschlag gemacht, der gut zu sein scheint. Er sagte, wenn man eine Liste von Leuten aufstellen könnte, die dem Truppenführer übergeben wird, und wenn der Truppenführer diese Leute festnehmen und von irgendeiner verantwortlichen Stelle identifizieren lassen müßte und diese Leute sofort erschossen würden, dann ist es keine Ermessensfrage für das Militär. Sie haben ihre Befehle. Sie wußten nicht, wie lang sie [die Liste] sein würde. Hilldring sprach von etwa 2500, ich weiß nicht, ob im Zusammenhang damit oder nicht. Was wir versuchen, ist, das Problem darzulegen und zu lösen. Eines hätte er dabei gern mit aufgenommen: wie viele Leute Sie auf die Liste bekommen könnten. Wer entscheiden sollte, wer auf diese Liste kommt, weiß ich nicht, aber DuBois, der in London mit Pehle über die Kriegsverbrecher gesprochen hat, ist zu dem Schluß gekommen, daß noch so gut wie nichts geschehen ist.

H. M. jr.: Ich habe das von Pehle erfahren und daraufhin DuBois gebeten, mit Pehle zu sprechen.

Mr. White: Aha. Ich wußte nicht, daß das der Ausgangspunkt war.

H. M. jr.: Der Ausgangspunkt war bei mir.

Mr. White: Das wußte ich nicht. Hopkins fragte Matthews und McCloy, was diese [Kriegs-]Verbrecherkommission getan habe. Matthews sagte, er wisse es nicht, und die anderen dort

wußten es auch nicht. Ich wußte es damals nicht, und ich nahm dazu auch nicht Stellung; aber wenn diese Kommission nichts getan hat, dann hat sie auch keine Liste. Das ist eines der Probleme, mit denen sie sich beschäftigten, und eine Möglichkeit, es zu lösen, die alle für eine ausgezeichnete Methode hielten. Amerikanische Soldaten würden sie nicht erschießen. Wahrscheinlich würde das jemand anderes tun, aber der Truppenführer würde nicht zu entscheiden haben, ob sie erschossen werden sollten, sondern würde sie nur zu identifizieren haben.

H. M. jr.: Ich habe es etwas anders gehört, und meines Erachtens ist es Churchills Idee, und Churchill hat es mir gesagt, als er hier war — ich bin fast sicher, daß der Anfang soweit zurückliegt — Churchill sagte, er werde es so machen, daß diese Liste vorhanden ist und die Befehle würden lauten, daß jeder Soldat, dem eine bestimmte in dieser Liste aufgeführte Person begegnet, Befehl habe, diese Person sofort zu erschießen[32].

Mr. White: Der einzige Unterschied ist, daß diese andere [Methode] meines Erachtens eine Identifizierung durch einen verantwortlichen Offizier erfordern würde.

H. M. jr.: Churchill ging nicht so weit. Er sagte, jeder Soldat, der einer dieser Personen begegnet, habe Befehl, sie auf der Stelle zu erschießen.

Mr. Bell: Und hinterher zu identifizieren.

Mr. Gaston: Keiner von ihnen sollte mehr als dreimal erschossen werden, Dan.

H. M. jr.: Wenn sie sie in solchen Mengen erschießen wie in Italien — dort setzt man sie einfach wieder in ihr Haus und läßt sie gut leben. Um Ihnen nur ein Beispiel zu geben: Wir landeten auf Sardinien, und der Brigadegeneral — ein englischer General — sagte: „Ich habe nicht gedacht, daß ich einmal einen Generalleutnant beiseite schaffen müßte; aber hier sind Truppen in Stärke von 250 000 Mann, und ich habe den italienischen Generalleutnant, der die Führung hat, beiseite geschafft, weil er Faschist war." Ich fragte „Was haben Sie getan — ihn erschossen?" Er sagte: „0 nein." Ich fragte: „Wo ist er?" „Er ist drüben beim König in Bari." (Zu White) Erinnern Sie sich?

32 Vergl. dazu Fußnote Seite 120 und Hinweis Seite 187.

Mr. White: Ja.

H. M. jr.: Deshalb meine ich, es war dort mit dem Erschießen nicht so weit her.

In unklaren Ausdrücken wird von Parallelen mit der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg gesprochen.

Mr. Pehle: Aber auf der Liste — wenn eine Liste von Leuten aufgestellt werden soll, die nach allgemeiner Auffassung erschossen werden sollten, so muß sie meines Erachtens zahlenmäßig begrenzt sein. Man kann nicht auf jeden kleinen Anhaltspunkt hin Namen nehmen und auf die Liste setzen. Es muß eine Liste von Namen sein, bei denen kein Zweifel bestehen kann. Die übrigen sollten vor Gericht gestellt werden.

H. M. jr.: Stalin hat eine Liste mit 50 000.*[33]

Mr. Pehle: Aber ich glaube nicht, daß wir die bekommen würden.

H. M. jr.: Fahren Sie fort.

Mr. White: Der dritte Punkt, der uns sehr zu schaffen macht, ist das Ruhrgebiet. Sie sind der Ansicht, daß es stillgelegt oder zerstört werden sollte, und die Frage ist, was mit der Bevölke-

[33] Diese Bemerkung bezieht sich auf eine Szene während der Konferenz von Teheran. In den im Jahre 1961 vom amerikanischen State Department veröffentlichten Dokumenten zu dieser Konferenz (Foreign Relations of the United States, Diplomatie Papers, The Conference at Cairo and Teheran 1943, Washington 1961, Seite 553 f.) findet sieh die nachstehende amtliche Aufzeichnung über einen Meinungsaustausch zwischen Marschall Stalin, Präsident Roosevelt und Premierminister Churchill während eines gemeinsamen Dinners am 29. November 1943:

> **„In bezug auf die künftige Behandlung Deutschlands entwickelte Marschall Stalin die These, die er bereits vorher ausgedrückt hatte, nämlich, daß wirklich wirksame Maßnahmen zur Kontrolle Deutschlands vorbereitet werden müßten, sonst würde Deutschland in 15 bis 20 Jahren wieder aufstehen und die Welt in einen neuen Krieg treiben. Er sagte, daß zwei Bedingungen erfüllt werden müßten:**
>
> **1. Mindestens 50 000 und vielleicht 100 000 der deutschen Führungsschicht müssen physisch liquidiert werden (‚At least 50 000 and perhaps 100 000 of the German Commanding Staff must be physically liquidated').**
>
> **2. Die siegreichen Alliierten müßten die wichtigen strategischen Punkte der Welt in Besitz behalten, so daß Deutschland sofort gestoppt werden könnte, wenn es nur einen Muskel rühre.**
>
> **Der Präsident sagte scherzend, er würde die Zahl der deutschen Führungsschicht, die exekutiert werden sollte, auf 49 000 oder mehr (‚at 49 000 or more') festsetzen. Der Premierminister erhob scharfe Einwendungen gegen das, was er eine kaltblütige Ermordung von Soldaten nannte, die für ihr Land gekämpft hatten ..."**

rung geschehen soll. Das ist ein Punkt, der uns viel Kopfzerbrechen macht.

H. M. jr.: Entschuldigen Sie. Der Präsident ist damit völlig einverstanden, und ganz besonders gefällt ihm dabei die Tatsache, daß dies dazu beitragen würde, England wieder auf die Beine zu helfen.

Mr. White: Also, ich glaube, irgendwer wird sich damit auseinanderzusetzen haben, was mit 15 Millionen Menschen geschehen soll.

H. M. jr.: Ich habe mit dem Präsidenten darüber gesprochen, und er sagte, was er mit einem Großteil dieser Leute zu tun gedenke, sei ihnen — sie einfach aus den Feldküchen des amerikanischen Heeres zu verpflegen.

Mr. Pehle: Wie lange soll das dauern? Das ist ein Problem, das in fünf Jahren akut wird.

H. M. jr.: Er wird sich darüber nicht sehr viele Gedanken machen.

Mr. Pehle: Er wird ein derartiges Programm nicht an den Mann bringen können.

Mr. Gaston: Man kann das Ruhrgebiet nicht mit einem Zaun umgeben und alle Menschen davon fernhalten. Wenn die Sache durchführbar sein soll, werden Sie einige Industrien auswählen müssen, die stillgelegt werden sollen.

Mr. White: Die einzige Alternative, die uns gangbar erscheint — beide haben Vor- und Nachteile — aber Sie denken vielleicht an die — ganz andere — Alternative, das Ruhrgebiet zu einem Industriegebiet unter internationaler Kontrolle zu machen, das zwanzig Jahre lang Reparationslieferungen produzieren würde.

H. M. jr.: Harry, damit können Sie bei mir überhaupt nicht landen. Ich habe Welles' Buch darüber gelesen. Ich habe nachgelesen und mich orientiert. Sie können damit bei mir einfach deshalb nicht landen, weil das nur einige Jahre anhält; dann kommt ein Anschluß, und die Deutschen rücken ein und übernehmen es.

Das einzige, womit Sie bei mir landen können oder wobei ich mitmachen werde, ist die vollständige Stillegung des Ruhrgebiets.

Mr. Gaston: Sie meinen die Austreibung der Bevölkerung?

H. M. jr.: Einfach demontieren. Es ist mir egal, was mit der Bevölkerung geschieht.
Mr. Gaston: Aber es gibt einen Mittelweg zwischen diesen beiden Dingen. Ich verstehe nicht —
H. M. jr.: Ich würde jede Grube, jedes Werk und jede Fabrik nehmen und unbrauchbar machen.
Mr. Gaston: Werke jeder Art?
H. M. jr.: Stahl, Kohle, alles. Einfach stillegen.
Mr. Bell: Sie würden nicht die Gruben stillegen, oder?
H. M. jr.: Sicher.
Mr. Gaston: Sie würden die Landwirtschaft lassen?
H. M. jr.: Ja.
Mr. White: In internationaler Hand lassen.
H. M. jr.: Ja.
Mr. White: Sie würden bei Anwendung dieses Grundsatzes natürlich nicht viel zerstören müssen. Wenn Sie den verschiedenen Alliierten sagen würden, daß Sie das tun würden und daß sie kommen und es demontieren könnten, würden die eine ganze Menge davon wegschaffen. Aber einiges müßten sie zerstören. Das Problem ist nicht das Zerstören. Das Problem ist die Bevölkerung.
H. M. jr.: Ich bin dafür, erst zu zerstören, und um die Bevölkerung werden wir uns dann in zweiter Linie Sorgen machen.
Mr. McConnell: Die Lebensmittelmenge wäre enorm.
Mr. White: Sie bauen dort selbst etwas an.
Mr. Pehle: In dem Gebiet — nicht viel.
Mr. White: Doch, etwas ist da.
Mr. McConnell: Die Feldküchen wären zur Verpflegung von 15 Millionen Menschen einfach nicht ausreichend.
H. M. jr.: Und von diesem Gebiet kann ein Kriegsfunken ausgehen, und dieses Gebiet war schuld an der Schließung der Stahlwerke in Birmingham und der Kohlengruben in England, es ist die Ursache des Elends und des niedrigen Lebensstandards in England — die höheren Qualitäten des Ruhrgebiets schlagen die Engländer und Belgier aus dem Felde.
Mr. White: Das hat dazu beigetragen.
Mr. McConnell: Die Kapazität der Stahlproduktion im Ruhrgebiet beträgt 50 Prozent der englischen.

H. M. jr.: Aber es ist eine Konkurrenz.

Mr. McConnell: 12 Millionen von 42 Millionen in ganz Europa. Wenn dieses Gebiet stillgelegt würde, müßte sich England dann in den nächsten zwanzig Jahren noch Sorgen um die Arbeitslosigkeit machen?

Mr. White: Ich glaube schon. Aber es wäre eine große Hilfe für England.

Mr. Gaston: Sie schlagen also einfach die Stillegung der Gruben und Stahlwerke im Ruhrgebiet vor? Der Kohlengruben, Eisenwerke und chemischen Werke?

H. M. jr.: Ja.

Mr. Gaston: Darauf würde sich jedes Kriegsprogramm erstrecken.

Mr. O'Connell: Sie würden die Gruben und die chemischen Werke stillegen.

H. M. jr.: Kohle, Stahl und chemische Industrie. Man gewinnt doch seine Chemikalien aus den Nebenprodukten der Kohle, nicht wahr?

Mr. McConnell: Sehr viele.

H. M. jr.: Ich würde all das völlig stillegen. So daß nichts übrig bleibt.

Mr. Gaston: Oh, es gibt viele verarbeitende Industriebetriebe im Ruhrgebiet.

Mr. White: Sie würden absterben.

Mr. Gaston: Nicht, wenn sie ihren Stahl kaufen können. Sie haben vieles, für das keine großen Stahlmengen benötigt werden.

Mr. Bell: Haben sie in diesem Krieg nicht ohnehin zugemacht?

Mr. White: Nein, aber ich glaube z. B. die Messerschmieden — aber ich glaube nicht, daß es die im Ruhrgebiet gibt.

Mr. McConnell: Also, wenn Sie einen Mittelweg in Erwägung ziehen, Herr Minister, reduzieren Sie die zwölf Millionen auf sieben, beseitigen Sie alle Werke der Rüstungsindustrie — d. h. den Hauptfaktor, der für den Lebensstandard ausschlaggebend ist — so haben Sie durch diese Verkleinerung der Stahlindustrie den Lebensstandard auf die Hälfte oder fast so stark reduziert. Wenn Sie nun nichts übriglassen, so würde der Lebensstandard in diesem Gebiet fast auf Null sinken, und das

bedeutet entweder Hunger oder irgendeine Notverpflegung aus Volksküchen.

H. M. jr.: Also, darum kümmere ich mich nicht. Weil niemand darüber nachgedacht hat. Es muß darüber anders gedacht werden. Andernfalls werden dort gleich wieder Fabriken entstehen; dann wird jemand eine Kohlengrube oder ein Stahlwerk aufmachen, und ehe man es sich versieht, hat man wieder eine blühende Kriegsindustrie.

Mr. White: Ich bin mit diesen Halbheiten nicht einverstanden.

H. M. jr.: Diese Leute sind gerissen. Ich habe die Sache gesehen. Das ist der Kessel, in dem der Krieg gebraut wird, und ich weiß keinen anderen Weg, um sie am Krieg zu hindern, als dieses Gebiet völlig stillzulegen.

Mr. McConnell: Und die Stillegung aufrechtzuerhalten? Sie würden es mit Polizeikräften beaufsichtigen müssen.

H. M. jr.: Nein, weil die Deutschen — sie werden in fünf Jahren oder zehn Jahren einen Weg finden, um diese Leute [die Polizei] für sich zu gewinnen. Sie werden eine Revolution machen; sie werden einen Anschluß durchführen, und die Sache wird in den Händen des deutschen Kriegsvolks (the German war people) sein. Der ganze Krieg hat seinen Ursprung in diesem Gebiet. Sie können keinen Krieg machen[34], wenn dieses Gebiet stillgelegt ist.

Mr. McConnell: Das stimmt.

H. M. jr.: Sie können keinen Krieg machen. Mein ganzes Interesse geht einfach dahin: Ich möchte, daß bei den Kriegsverbrechern möglichst gute Arbeit geleistet wird, aber darüber hinaus gilt mein Interesse der Zukunft. Ich wüßte nicht, daß ich etwas über die Zukunft dieser Welt in der europäischen Hemisphäre gelesen hätte oder daß mir jemand etwas darüber gesagt hätte [was mir zugesagt hätte] — der einzige Weg, den ich kenne, ist die Stillegung des Ganzen.

Ich weiß nicht, was das Saargebiet hat oder wie hoch seine Produktion ist; wenn nötig, soll es geschlossen oder an Frankreich gegeben werden, aber wenn dieses Gebiet [das Ruhrgebiet] unproduktiv gemacht wird, wenn seine Maschinen demontiert, die Gruben unter Wasser gesetzt, gesprengt —

34 Zu den Kriegsschuldbehauptungen Morgentbaus vergl. den zeitgeschichtlichen Hinweis des deutschen Herausgebers, Seite 205.

unbrauchbar gemacht -— werden, dann sind sie nicht mehr in der Lage, in Zukunft Kriege zu führen. Dieses Gebiet muß stillgelegt werden.

Sobald Sie also anfangen, mit mir zu argumentieren, und ich anfange nachzugeben, dieses oder jenes zuzulassen oder dieses Gebiet oder die Bevölkerung ihre Fertigkeiten weiter nutzen zu lassen, werden sie genau das tun, was in den Bergen von Pennsylvannia geschieht — sie werden unerlaubt Kohle abbauen. Man kann das nicht unterbinden. Es kommen da große Mengen zusammen, nicht wahr?

Mr. McConnell: Ja.

H. M. jr.: Jemand wird eine Kohlengrube im Keller haben, und diese Leute sind so klug (clever) und solche Teufel, daß sie eine Armee auf die Beine gestellt haben, ehe man es sich versieht.

Mr. McConnell: Das Ziel ist genau das gleiche. Mir macht es nur Sorge, ob man im Ruhrgebiet ein Vakuum schaffen und es dabei belassen kann. Ich glaube, in etwa zehn oder fünfzehn Jahren werden sie mit modernen, verbesserten Maschinen wieder da sein.

Mr. White: Nicht, wenn man es unter internationale Kontrolle stellt. Meines Erachtens könnte zweifellos — wir wollen einen Augenblick lang annehmen, daß man die Bevölkerung — oder 90 oder 75 Prozent — auf zufriedenstellende Weise los wird — und nur eine bäuerliche Bevölkerung zurückläßt — mit Leichtigkeit eine internationale Organisation für die Dauer geschaffen werden, die dafür zu sorgen hätte, daß dort nichts geschieht, weil sie [die Bevölkerung] mit kleineren Problemen konfrontiert wird; es handelt sich dann um eine Polizeiaufgabe auf Grund des Völkerrechts, die man unbegrenzt fortsetzen kann. Doch ich glaube nicht, daß man so verfahren kann, wenn man sie einige Produkte erzeugen läßt und andere nicht oder wenn man sie ihre Produktion einschränken läßt, weil es einfach eine Frage der Expansion ist.

Wenn man jedoch eine Bevölkerungsverschiebung dieses Ausmaßes lösen kann oder bereit ist, die damit verbundenen Konsequenzen zu akzeptieren, so ist das der Preis; wenn man bereit ist, diesen Preis zu zahlen, hat meines Erachtens der Minister völlig recht.

Man hat dann das Problem um einen ungeheuren Preis gelöst. Das ist alles.

H. M. jr.: Ich gehe keinen Fingerbreit davon ab. Ich habe festgestellt, daß der Präsident aufs äußerste dazu entschlossen ist.

Sicherlich, es ist ein ungeheures Problem. Sollen doch die Deutschen sehen, wie sie es lösen. Warum, zum Teufel, sollte ich mir Sorgen madien, was mit ihrer Bevölkerung geschieht?

Mr. Pehle: In einer internationalen Zone wird dieses Problem —

Mr. Gaston: Man würde eine internationale Polizeiaufsidit brauchen, nicht wahr?

Mr. White: Ja. Man wird eine internationale Kontrolle brauchen.

H. M. jr.: Sehen Sie. Ich gebe Ihnen ein Beispiel, das ich aus den Erzählungen meines Vaters kenne. Eines Morgens wachten die Türken auf und sagten: „Wir wollen in der Türkei keinen Griechen haben." Sie machten sich keine Gedanken darüber, was die Griechen [in Griechenland] mit ihnen anfangen sollten. Sie schafften eine Million Menschen aus dem Land. Sie sagten den Griechen: „Sorgt Ihr für sie." Sie wandten sich an den Völkerbund usw. Sie sagten: „Wir wollen keine Griechen mehr in der Türkei."

Ob es sich nun um eine Million, zehn Millionen oder zwanzig Millionen handelt, es muß doch geschehen. Eine ganze Bevölkerungsgruppe wurde hinausgeschafft. Die Leute lebten. Sie waren im Handumdrehen wieder auf den Beinen. Sie schafften sie hinaus.

Wenn man eine Million verschieben kann, kann man auch zwanzig Millionen verschieben; und man k a n n zwanzig Millionen verschieben. Es ist nur ein Problem; niemand hat darüber nachgedacht. Es scheint eine ungeheure Aufgabe zu sein; es erscheint unmenschlich; es erscheint grausam. Wir haben diesen Krieg nicht gewollt; wir haben nicht Millionen Menschen in die Gaskammern gesteckt.[35] Wir haben nichts von alledem getan. Sie haben es selbst so gewollt.

35 Anmerkung des deutschen Herausgebers: Hier wird — soweit alle bisher bekannt gewordenen Dokumente überblickt werden können — erstmals erklärt, daß „Millionen Menschen" in Gaskammern getötet worden seien (vergl. Hinweise S. 59, 72 und 261).

Ich sage nun, für die Zukunft meiner Kinder und Enkel will ich nicht, daß diese Bestien Krieg führen. Ich weiß keine andere Möglichkeit, als das Übel an der Wurzel zu packen, und das ist das Ruhrgebiet, und ich werde mich nicht davon abbringen lassen. Ich kann vom Präsidenten überstimmt werden, doch niemand anders wird mich überstimmen; ich werde mir keine Gedanken machen, was aus ihnen [der Bevölkerung des Ruhrgebiets] wird, und niemand als der Präsident wird mich überstimmen.

Ich konnte mit dem Präsidenten ruhig und ungestört sprechen, und ihm gefiel der Vorschlag, auch Mrs. Roosevelt, die früher eine große Pazifistin war. Es macht ihr überhaupt keine Sorge. Sie sagte: „Bringt es [das Ruhrgebiet] unter Schloß und Riegel und legt es völlig still." Ich habe nun übers Wochenende eine Menge Zeit gehabt. Jetzt sollen die Deutschen sich darüber Gedanken machen. Meine Sorge ist, sie in Zukunft vom Kriegführen abzuhalten.

Mr. Pehle: Das ist jedermanns Sorge, und vieles hängt davon ab, ob Leute wie Sie und der Präsident sagen werden, daß sie bereit sind, diese extreme Maßnahme zu ergreifen und daran festzuhalten, weil sie harte Auseinandersetzungen auslösen wird.

Mr. Gaston: Das Problem ist, genau festzustellen, was man eigentlich will, und ich bin mir darüber nicht ganz sicher.

Mr. McConnell: Eine zwangsweise Auswanderung kann mit diesem Verfahren oder durch Abschnürung der Industrie erreicht werden.

Mr. White: Stillegen — wenn sie keine Möglichkeit haben, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, werden sie wegziehen. Wenn man bereit ist, die Konsequenzen einer derartigen Handlungsweise auf sich zu nehmen, die sich auf folgende Weise zeigen werden, wird eine große Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet entstehen. Eine enorme Arbeitslosigkeit. Die Leute werden vor den Lebensmittelgeschäften Schlange stehen. Es gibt nun zwei Möglichkeiten, dem zu begegnen. Entweder man kann eine Hungersnot verhindern, indem man ein Minimum an Lebensmitteln bereitstellt, so daß sie Schlange stehen können, so lange sie es aushalten können, und wenn sie es nicht mehr aushalten, werden sie woanders hinziehen, wo die Schlangen kürzer sind.

Man braucht sie nicht auszutreiben. Ich glaube nicht, Sie wollen sagen, daß der, der sich nach so und so langer Zeit noch in dem Gebiet aufhält, weggebracht wird. Man sorgt für irgendwelche Transportmittel, um die Leute abzutransportieren; man sorgt für eine Brotrationierung in gewissem Umfang, um sie am Leben zu erhalten, und man legt die Existenzmöglichkeiten still. Das ist alles, was man zu tun hat. Ich sage, das ist alles. Ich meine, es ist eine rücksichtslose Entscheidung, aber es ist weder vom Standpunkt der Durchführbarkeit noch vom wirtschaftlichen Standpunkt unmöglich, und wenn es beschlossen wird, ist es auch politisch nicht unmöglich.

Mr. Gaston: Ich glaube, daß man bei jedem für das Ruhrgebiet in Frage kommenden Plan, der zur Erreichung dieses Zieles geeignet erscheint, einen großen Teil der Industrie des Ruhrgebiets stillegen muß; man will weder diese riesige Überschußproduktion an Stahl, die der Kriegführung zugute kam, noch die riesige Überschußproduktion an Erzeugnissen der chemischen Industrie.

Mr. White: In dem Augenblick, in dem der Krieg zu Ende ist, wird ein großer Teil dieser Werke schließen.

Mr. Gaston: Werden Sie die Leute austreiben oder der Natur ihren Lauf lassen, die Industrie zum Erliegen zu bringen? Welche Industriezweige? Es wird ein kompliziertes Problem, wie weit Sie gehen wollen.

Mr. White: Die Festlegung des Grundsatzes ist kein kompliziertes Problem. Wenn man entscheidet, daß man tatsächlich die Industrie zum Stillstand bringen will, zerstört man die Großindustrien und geht dabei allmählich von oben nach unten vor, und die Bevölkerung zieht allmählich ab.

H. M. jr.: Habe ich Sie richtig verstanden, daß Sie zunächst etwas der Internationalisierung der Sache zuneigten und die Sache mit Hilfe einer —

Mr. White: Ja, eine allmähliche Internationalisierung. Was wir sagten, war, daß es etwas Ähnliches ist, nicht nach demselben Schema. Wir sagten, wir würden es unter internationale Kontrolle stellen und dann die Regierungen der anderen Staaten alle Maschinen demontieren lassen, die sie wollen. Sie würden etwas dalassen. Das wäre keine sehr geschickte Lösung des Problems, denn wenn man eine internationale Kontroll-

gruppe in ein solches Gebiet schickt, legt man ihnen die Verantwortung dafür auf; selbst wenn man ihnen [den Deutschen?] einen Teil davon gibt, wird es eine unvermeidliche Entwicklung sein, daß sie bestrebt sein werden, einige ihrer Probleme durch einen Aufbau zu lösen, obwohl man ihnen Beschränkungen auferlegt. Zugegeben, man kann sie auf eine bestimmte Produktionsleistung beschränken, aber sie würden in ein paar Jahren bis zu dieser Leistung aufbauen, und man hätte damit immer noch eine Gefahr. Ich fürchte, [wenn Sie so verfahren, dann] sind Sie zwar bis zu einer gewissen Grenze radikal, ohne aber zu erreichen, was Sie wollen. Gerade halbe Maßnahmen dieser Art haben uns nie gefallen oder zufriedengestellt. Wir schlagen etwas anderes vor, weil uns die halben Maßnahmen nicht zusagten. Unser Vorschlag ist dem Ihren entgegengesetzt, doch ich sage, wir schlagen das Entgegengesetzte vor, weil wir mit den halben Maßnahmen nicht zufrieden waren.

Das Entgegengesetzte war der Aufbau [des Ruhrgebiets] als Produktionsgebiet für Reparationen.

Wenn das nicht geht, dann muß ich mich wohl völlig Ihrer Meinung anschließen, daß die einzige Möglichkeit die völlige Beseitigung mit Stumpf und Stiel ist, sofern Sie glauben, politisch damit durchzukommen.

Mr. Pehle: Das ist das eigentliche Problem.

H. M. jr.: Meinen Sie hierzulande?

Mr. White: Ja, oder in anderen Ländern.

Mr. Pehle: Bei den Briten — die Briten werden vermutlich härtesten Widerstand leisten.

Mr. White: Rußland wird vielleicht Reparationen haben wollen.

H. M. jr.: Daran denke ich — wenn Sie sich meine Rede ansehen, die ich in London im Rundfunk gehalten habe — daß wir weiterhin Opfer bringen müssen usw. Wir haben dort darüber gesprochen. Ich meine, die amerikanische Geschäftswelt wird sich an einen etwas kleineren Markt gewöhnen müssen. Der deutsche Markt kommt für sie nicht in Frage und für die Engländer auch nicht.

Vielleicht wird unser Außenhandel entsprechend sinken, aber das ist ein sehr geringer Preis für die Sicherheit.

Mr. Pehle: Sicherlich. Man kann den Leuten das Problem verständlich machen.

H. M. jr.: Ich muß noch jemand finden — ich bin erstaunt, wie wenig über diese Frage ernsthaft nachgedacht worden ist. Jeder spielt damit, und da stehen wir mit einem Fuß schon in Deutschland und fangen gerade damit an. Ich meine, man hat einfach nicht darüber nachgedacht, und bei allen Mitgliedern der Vereinten Nationen müßte eine ungeheure Aufklärungsarbeit darüber geleistet werden.

Ich werde also meinen Standpunkt nicht aufgeben, solange der Präsident hinter mir steht, und das tut er. Um praktisch zu denken, [es wäre gut,] wenn eine Direktive erlassen würde, keine beschädigten Fabriken, keine Kohlengruben oder Stahlwerke oder chemischen Werke instandzusetzen und die vorhandenen zu demontieren, und dann erst diese andere Sache mit der Bevölkerung anzupacken — sollen sie in ihrem eigenen Saft schmoren und soll doch die Sache sich selbst regeln; aber dadurch würde das Ziel von Anfang an erreicht werden, und ich persönlich glaube, was auch getan werden muß, das muß im ersten halben Jahr geschehen, weil ich glaube, daß die Leute nach einem halben Jahr weich werden. Wenn nun eine Direktive erlassen würde, nach der die amerikanischen Pioniere in allen Stahlwerken, allen Kohlengruben, allen chemischen Werken, allen Anlagen zur Herstellung von synthetischem Benzin oder was es auch sei, Dynamit legen und die Wasserrohre öffnen und das Ganze unter Wasser setzen und sprengen würden, dann könnten die großen Menschenfreunde sich hinsetzen und anschließend über die Bevölkerung entscheiden.

Mr. McConnell: Es stimmt, auf dem ganzen Balkan und in Deutschland werden diese Bedarfsgüter in großem Umfang produziert; vielleicht die Hälfte davon im Ruhrgebiet, aber es sollte trotzdem eine Kontrolle vorhanden sein. Das Mittel ist genau das gleiche, dieses industrielle Arbeitskräftereservoir in Deutschland durch Einwanderung aufzubauen, und das läßt sich auf dem Weg über Erlasse oder durch Beschränkung der Wirtschaft erreichen.

H. M. jr.: Das stimmt, aber schließen Sie sich mir an und sorgen Sie dafür, daß das Ruhrgebiet so aussieht wie manche von den Silbergruben in Nevada.

Mr. Bell: Shermans Marsch zur Küste.*[36]

H. M. jr.: Nein, manche dieser Geisterstädte; macht es zu einem Geistergebiet.

Mr. Pehle: Mit anderen Worten, Sie sprachen nicht nur über die Demontage von allem, was mit dem Krieg zu tun hat oder haben könnte, sondern auch davon, das Wachstum derjenigen Industrien zu verhindern, die gelernte Arbeitskräfte beschäftigen werden, welche später für den Krieg eingesetzt werden könnten, obwohl sie mit der Erzeugung von Gütern beschäftigt sind, die an sich harmlos sind. Mir scheint, das ist das eigentliche Problem, weil jeder zugibt, daß man die Rüstungsindustrie und ihre Zulieferer beseitigen sollte; viele geben das zu. Die Frage ist, soll man auch die Leute, die Uhren, Präzisionsinstrumente machen wollen, an der Arbeit hindern?

Mr. White: Wir wollen das Problem nicht auf diese Weise verwirren. Erstens handelt es sich um zwei verschiedene Dinge: Auf der einen Seite Deutschland, auf der anderen das Ruhrgebiet. Sie wollen das Ruhrgebiet internationalisieren und alle deutschen Werke hineinnehmen, die Sie vorschlagen. Sicherlich, es gibt in Deutschland eine Produktion in einem gewissen Umfang; Sie können das handhaben, wie es Ihnen am besten dünkt, aber nehmen Sie das Ruhrgebiet und zerstören Sie das, was Sie als Schwerindustrie bezeichnen und gehen Sie dabei von oben nach unten vor. Beginnen Sie mit dem Ziel, alles zu zerstören. Das heißt nicht, daß keine Bauernhöfe oder kleinen Läden übrigbleiben. Hingegen bedeutet es, daß die ungeheure Arbeitslosigkeit, die im Ruhrgebiet ohnedies herrschen wird und bereits herrscht und die in einem Monat noch viel größer sein wird, weil diese Werke, die Rüstungsmaterial produzieren, die Arbeit einstellen werden; sie [die Arbeitslosigkeit] greift auf die Stahlindustrie und die Eisenindustrie und die chemische Industrie usw. über.

Es gibt im Ruhrgebiet rund fünf Millionen Arbeiter, so daß es vier Millionen Arbeitslose geben wird. Die andere Million

[36] **Erinnerung an eine Episode in der Schlußphase des amerikanischen Bürgerkrieges 1864—65. Damals marschierte General Sherman von Atlanta zur Küstenstadt Savannah „unter Verwüstung des Landes wohin er kam" (Blum-Catton-Morgan-Schlesinger; The National Experience, New York 1963, Seite 352).**

wird auf die eine oder andere Weise tätig werden. Die vier Millionen werden keine Einnahmequelle haben; daher werden sie schnell auf diese oder jene Weise auf Unterstützung angewiesen sein. Das wird insbesondere der Fall sein, wenn man eine internationale Zone daraus macht, mit der Deutschland als solches nicht Handel treiben kann. Das Wesentliche sind nun die vier Millionen Menschen und ihre Familien — wie lange werden sie in Deutschland bleiben? Ich meine, in diesem Gebiet. Nur so lange, wie sie sicher sein können, daß es nicht weniger attraktiv ist als andere Gebiete. Wenn es nun also zerstört ist und sie merken, daß sie dort keine Zukunft haben, was sie schnell merken werden, dann werden sie Mittel und Wege suchen, um hinauszukommen, währenddessen aber sind keine Lebensmittel vorhanden.

Vermutlich werden die Deutschen sie [die Lebensmittel] mit dem ergänzen, was man ihnen gibt — [so viel, daß es zum] Schlangestehen [reicht], denn man wird das wahrscheinlich in Deutschland zur Verfügung stellen müssen, ich bin nicht sicher. Wenn man das nun unter reichlich unattraktiven Bedingungen tut, entweder weil die Schlangen lang sind oder die Nahrungsmittelmenge gering ist, dann werden die Familien wegziehen. Sie werden in Gebiete ziehen, die einfach deshalb attraktiv sein werden, weil das Ruhrgebiet weniger attraktiv ist.

Wer nun sagt, daß er Industrien, die sich nicht als Rüstungsindustrien eignen, bestehen lassen würde, geht meines Erachtens völlig an der Sache vorbei, weil es keine Industrie gibt, die in Kriegszeiten nicht auf die eine oder andere Weise der Rüstung dient.

H. M. jr.: Ich möchte nur für eine Minute unterbrechen. Ich habe Ihnen die Botschaft gebracht, welchen Standpunkt der Präsident einnimmt und welchen Standpunkt ich einnehme. Warum fangen Sie nicht an, danach zu arbeiten? Sie verstehen mich?

Mr. Bell: Welchen Status hat dieses Memorandum, Herr Minister?

H. M. jr.: Welches?

Mr. Bell: Das, das Harry Ihnen zugesandt hat.

H. M. jr.: Der Präsident hat es, und es muß noch überarbeitet werden. Es muß auf den neuesten Stand gebracht werden.

Er weiß, daß es ein Rohentwurf ist und daß ich ihn als Diskussionsgrundlage haben mußte, um dem Präsidenten sagen zu können: „So arbeiten wir. Arbeiten wir nun im richtigen Sinne? Gehen wir zu weit oder nicht weit genug?"

Ich sagte ihm, daß mir das Memorandum nicht weit genug geht. Er ist bereit, so weit zu gehen wie ich, oder er ist bereit, noch weiter zu gehen als ich. Der Mann brennt darauf, ist wild darauf, etwas in die Hand zu bekommen, womit er arbeiten kann. Als er sah, worüber wir sprechen, sagte er: „Ich weiß nicht, wie weit ich bei Churchill damit kommen werde." Ich sagte: „Ich glaube, Eden wird sich Ihnen anschließen." Er sagte: „Mit Churchill wird es Schwerarbeit sein." Aber es liegt ihm sehr, sehr viel daran, etwas Schwarz auf Weiß darüber zu bekommen. Er hat sich nicht viele Gedanken darüber gemacht. Er hat einfach in Teheran am runden Tisch gesessen und darüber diskutiert, und ich vermute, er diskutierte die meiste Zeit über den Verlauf der polnischen Grenze. Daran waren die Russen so sehr interessiert.

Mr. Bell: Hat er etwas davon gesagt, daß er darüber dem Außenministerium eine Direktive oder sonst etwas geben wird? Schließlich sind sie [die Leute im Außenministerium] nicht in dieser Klemme.

H. M. jr.: Doch, Hull. Wie Hull mir selbst sagte — er sagte: „Der Grund dafür, daß ich mit den Russen so gut ausgekommen bin, war, daß, als ich nach Moskau fuhr, ich ihnen gleich zu Anfang sagte, was ich tun würde, sei, alle diese Leute vor ein Standgericht zu bringen und noch am gleichen Tage zu erschießen, und von da an kam ich mit den Russen wunderbar aus."

Es folgen einige kritische Bemerkungen über Außenminister Hull.

H. M. jr.: Dann nehmen Sie das Saargebiet weg. Ich möchte eine Karte haben, aus der die Produktion und räumliche Verteilung ersichtlich sind.

Mr. McConnell: Ich habe sie. Vom Militärischen Nachrichtendienst —

Mr. Bell: Was gedenken Sie mit den Bodenschätzen dieses Gebietes zu tun? Sie ruhen zu lassen?

Mr. McConnell: Kohle und Eisen.

Mr. Bell: Das heißt, die Bodenschätze dieses Gebietes erhalten, und sie [die Deutschen] werden auch in Zukunft noch stark sein.
H. M. jr.: Da ist ja schließlich noch dieser reiche Kindersegen, der da heranreift. Denen wollen wir auch etwas übriglassen. Als Naturfreund mache ich mir Sorgen darüber, was sie einmal haben werden.
Mr. White: Das paßt gut mit dem Naturschutzprogramm des Präsidenten zusammen.
H. M. jr.: Sicher, diese noch ungeborenen kleinen Kinder werden Demokraten sein.
Mr. White: Und Roosevelt wählen?
Mr. McConnell: Der Hauptgrund für die Existenz des Ruhrgebiets ist das Transportwesen und die Kohle. Es gibt in Schweden, in Norwegen sehr wenig Eisen —
H. M. jr.: Ich möchte gern eine Karte sehen, die das zeigt.
Mr. White: Mir scheint, wenn Sie gerade dies tun wollten, würde es das Problem erleichtern, wenn das Saargebiet an Frankreich fiele.
Ein kurzes Telefongespräch des Ministers mit Mr. McCloy ist hier eingeschaltet.
H. M. jr.: Wenn ich kann, möchte ich vielleicht heute nachmittag in meinen Kartenraum gehen und einen Blick auf die Bodenschätze Deutschlands werfen.
Mr. McConnell: Ich habe sie in Zahlen, Herr Minister. Sie sind nicht auf einer Karte angegeben, sondern in Tonnen für jede kleine Stadt aufgeführt.
H. M. jr.: Ich werde mir das ansehen. Ich werde jetzt Schluß machen. Wir können um drei [15.00 Uhr] wieder anfangen. Dieselbe Gruppe.
Mr. White: Es gibt eine enorme Menge Memoranden im Außenministerium, britische Dokumente und amerikanische Dokumente.
H. M. jr.: Ich wollte, Sie könnten Matthews erwischen und feststellen, ob nicht der Dingsda darüber eine Karte hat. Ich wette, sie haben Karten und alles.
Mr. Gaston: Vielleicht hat das Kriegsministerium welche.
Mr. McConnell: Das Kriegsministerium hat. Ich nehme an, wir könnten sie bekommen.

H. M. jr.: Über McCloys Büro. Wie wäre es mit den zig Leuten, die in Leo Crowleys Büro herumsitzen?

Mr. White: Sie stehen bereit, um für uns zu arbeiten, wenn wir etwas zur Bearbeitung bekommen, aber sie dürften meines Wissens eine enorme Menge Informationen über diesen Punkt haben. Ich weiß, daß sie welche über die Lagerorte der Bodenschätze haben.

Mr. Pehle: Ich würde warten, bis die Grundsatzentscheidung getroffen ist, ehe ich irgendwelche größeren Gruppen hinzuzöge.

Mr. White: Aber ich werde anrufen und feststellen, was sie auf diesem besonderen Gebiet haben. Bestimmt haben sie mindestens einen Referenten, der nur diese Frage der Bodenschätze bearbeitet hat.

Gesucht: Ein starker Mann für Deutschland

Unsignierte Aufzeichnung

Es handelt sich um einen von Minister Morgenthau diktierten Aktenvermerk, vergl. dessen Bemerkung über sein Zusammentreffen mit Hopkins während der Mittagspause im nachstehenden Protokoll der Nachmittagsbesprechung.

4. September 1944 (1/496)

Beim Mittagessen mit Hopkins kamen wir auf die Deutschlandfrage zu sprechen; er sagte: Seines Erachtens bestehe die Lösung zu 70 Prozent darin, einen starken Mann unter Eisenhower einzusetzen und ihm die eigentliche Führung der deutschen Wirtschaft zu übertragen und diesen Mann schließlich an die Spitze zu stellen und ihm die Führung des Landes zu überlassen. Ich sagte: „Wie ich von Leuten aus dem Kriegsministerium höre, würden Sie das gern selbst übernehmen." Er wehrte ab und sagte: „Also, was ich übernehmen wollte, war eine nicht ortsgebundene Mission als Botschafter." Daraufhin sagte ich: „Also, Harry, welches Interesse haben Sie nun an der Sache, und wollen Sie dorthin gehen?" Er sagte: „Stimson hat mir die gleiche Frage gestellt", und schließlich sagte er auf mehrfaches Befragen: „Ich werde ganz offen zu Ihnen sein und Ihnen sagen, wie ich mir das denke. Ich habe mehrere Aussprachen mit dem Präsidenten gehabt und bin zu dem Schluß gekommen, daß nach Beendigung des Krieges für mich hier in Washington nichts mehr zu tun ist. Ich habe meine ganze Zeit

dem Krieg gewidmet. Ich habe mich nicht um Kleinkram gekümmert, und es wäre ein schrecklicher Antiklimax für mich, nach Beendigung des Krieges in Deutschland hierzubleiben." Er sagte: „Mehrere sehr wichtige Posten müssen vom Präsidenten besetzt werden; und einer davon ist der Posten von Jimmy Byrnes, und der andere der Posten des Mannes, der nach Deutschland gehen wird."

Hopkins sagte: „Ich habe mit dem Präsidenten gesprochen, und der Präsident steht meiner Auslandsverwendung wohlwollend gegenüber, aber er war der Auffassung, ich sollte etwas tun, was nicht zu viel Zeit beanspruchen würde." Dann sagte er: „Natürlich brauchen sie für die nächsten vier oder fünf Monate sehr dringend jemand in Frankreich, um de Gaulle zu überwachen." Dann sagte er: „Natürlich würde ich diesen Posten in Deutschland nur übernehmen, wenn ich mir 12 oder 15 Leute zu meiner Unterstützung aussuchen könnte."

Hopkins fragte mich dann, was ich von McCloy dächte, und ich antwortete ihm, ich dächte, er werde in Ordnung sein.

Wie kann man das Ruhrgebiet zerstören?

Gruppenbesprechung bei Minister Morgenthau

(Am Kopf des Dokumentes sind dieselben 7 Teilnehmer genannt, die bereits an der Vormittagsbesprechung teilgenommen hatten.)

4. September 1944, 15.25 Uhr (1/497—502)

H. M. jr.: Nun, wo fangen wir an?

Mr. White: Ich weiß nicht. Ich wußte nicht, daß für diese Besprechung ein bestimmter Gesprächsgegenstand vorgesehen war. Hatten Sie heute morgen bekanntgegeben, daß sie stattfinden sollte?

Mr. Bell: Ja.

Mr. White: Ich nehme an, daß mir das vollständig entgangen ist. Wir überarbeiteten gerade das Dokument unter dem Gesichtspunkt der von Ihnen heute morgen gegebenen Anweisungen. Ich glaube nicht, daß es jetzt schon fertig ist, aber es wird fertig werden. Hatten Sie darum gebeten, es bis 3.00 Uhr fertig zu haben?

H. M.jr.: Ja.

Mr. Bell: Sie baten um Fortsetzung der Besprechung von

heute morgen und wollten von heute vormittag bis heute nachmittag so viel tun, wie Ihnen möglich sei.

Mr. White: Aha. Nun, wir haben die meiste Zeit dazu benutzt, darüber zu sprechen, was zu tun ist. Es wird aber sehr bald fertig sein. Ich werde Ihnen die Punkte nennen, die darin enthalten sein werden und sich von dem unterscheiden, was Sie bereits gesehen haben. In ihm werden die von Ihnen erwähnten drei Punkte enthalten sein. Der Absatz über das Ruhrgebiet wird durch die sehr entschiedene Erklärung ersetzt, daß alles mit Ausnahme von Wohnhäusern und Bauernhöfen zu entfernen und zu zerstören ist. Das sind die hauptsächlichen Unterschiede. Wir haben noch nichts darüber, was mit den Kindern geschehen soll. Wir haben noch nicht einmal irgendwelche Vorstellungen von diesem Thema, geschweige denn etwas, was wir niederschreiben könnten. Wir haben noch etwas länger darüber gesprochen, sind aber dabei zu keinerlei Ergebnis gekommen. Drüben im Außenministerium befinden sich einige Memoranden über Umerziehung — britische Memoranden über die Umerziehung in Deutschland.

H. M. jr.: Die Landkarte von McCloy ist noch nicht eingetroffen? Er wollte mir eine Landkarte geben.

Mr. White: Ich habe sie nicht erhalten. Eine große Karte wird oben gerade von Deutschland angefertigt. Sie müßte heute abend fertig sein, und Bob wird dann die Daten darauf eintragen. McConnell hat ein Buch mit allen Einzelheiten, und er wird sie auf der Karte eintragen.

Mr. McConnell: Die Luftwaffe hat eine Karte, auf der die deutschen Industrien und Kapazitäten markiert sind, besonders die Kapazitäten für Eisen, Stahl, Koks und die leichtzerstörbare chemische Industrie. Sie schickt sie uns rüber. Vor einer Stunde werden wir sie nicht haben. Nun, ich habe diese Zahlen und eine Karte des Ruhrgebietes, aus der die Lage der dortigen Vorkommen hervorgeht; ich habe aber noch nicht die Karte von ganz Deutschland.

H. M. jr.: Lassen Sie mal sehen.

(Mr. McConnell reicht dem Minister die Karte des Ruhrgebietes.)

Mr. White: Einige unserer Leute wiesen darauf hin, daß eine schreckliche Kohlenknappheit herrscht und daß Sie vielleicht

in Erwägung ziehen könnten, den Kohlenbergwerken an der Ruhr lediglich die Kohlenproduktion zu gestatten.

Mr. McConnell: Das Grüne oder Blaue ist das Kohlengebiet. Das hier ist das Saartal und das (darauf zeigend) das Eisen in Frankreich, und das hier ist das Ruhrtal.

Mr. Gaston: Die Kohlenknappheit wird doch nach dem Kriege nicht lange anhalten, nicht wahr, Harry?

Mr. White: Man glaubt, daß sie länger anhalten wird. Ich weiß nicht genug darüber, aber man glaubt, daß es mindestens ein Jahr lang oder länger eine Knappheit geben wird.

H. M. jr.: Ich möchte dies (auf die Karte weisend) gern behalten.

Mr. McConnell: Darf ich bitte eine Kopie davon für Sie anfertigen lassen?

H. M. jr.: Ich möchte sie um die Zeit des Abendessens haben. Harry kann sie mir ja dann nach Hause bringen.

Mr. White: Ja.

H. M. jr.: Vergessen Sie es nicht, Harry.

Mr. White: In Ordnung. Ist darauf alles eingezeichnet, was Sie brauchen?

Mr. McConnell: Die Produktion ist nicht darin enthalten. Nun, hier haben Sie Mai 1944 (weist auf statistische Angaben über die deutsche Industrie hin).

Mr. White: Wir haben eine sehr große Karte, auf der wir die Daten, die er in seinem Buche hat, die Produktion und die örtliche Lage aller wichtigen Industrien eintragen wollten.

H. M. jr.: Diese Karte hilft mir. Ich möchte sie heute abend haben.

Mr. White: In Ordnung. Und wir werden versuchen, mit der anderen fertig zu werden.

Mr. Mc Connell: Hier haben Sie jedes Stahlwerk, seine Kapazität und örtliche Lage. Diese Kapazität wird auf der großen Karte eingetragen werden.

H. M. jr.: Wenn ich Ihnen auf die Frage antworten soll, ob man ihnen gestatten solle, Kohle zu fördern, so entspricht das nicht dem, was ich im Sinne habe. Ich begann, darüber mit Hopkins zu sprechen, der sehr stark dieser internationalen Idee zuneigte, ihnen die Produktion einer gewissen Menge zu gestatten. Als wir mit dem Mittagessen fertig waren, war er

von dem Gedanken sehr eingenommen — viel einfacher, viel überzeugender. Es ist nicht so wichtig, ob man eine internationale Zone hat oder nicht, solange man eine starke Polizeitruppe hat. Er meint, daß sie viel leichter zu unterhalten sei — einfach eine besondere Polizeitruppe.

Alle diese Leute wie der Präsident und Hopkins — sobald man mit ihnen darüber spricht, was das für die Zukunft Englands bedeutet, so begreifen sie es sofort. Das sagt ihnen gleich zu.

Mr. White: Ich meine, wenn sie noch deutsch ist — und man eine Polizeitruppe hat — so werden die Deutschen sie immer als ihr Eigentum ansehen und die Polizeitruppe einfach entfernen lassen. Ich vermute, daß sie sie selbst als internationale Zone als ihr Eigentum ansehen werden. Es wäre etwas einfacher, sie als internationale Zone weiterbestehen zu lassen.

H. M. jr.: Als er aber ging, war er vollständig von dem Gedanken der „Geisterstädte" eingenommen.

Mr. White: An der Ruhr gibt es viele ausländische Arbeiter. Offenbar ist eine Menge deutscher Arbeiter durch ausländische Arbeiter ersetzt worden; dadurch würde das Problem ein klein wenig vereinfacht werden.

H. M. jr.: Wenn Sie davon sprechen, daß man ihnen die Kohlenproduktion gestatten soll, so ist ja schließlich die Kohle die ganze Grundlage für ihre gesamte chemische Industrie.

Mr. McConnell: Das ist richtig.

Mr. Gaston: Und für ihre Stahlindustrie.

Mr. Pehle: Herr Minister, die Kohle ist so oder so da. Wenn man ihre Vorräte aufbraucht, so wird sich das sehr gut auswirken.

H. M. jr.: Hört mal, es wird euch nicht gelingen, mich von meiner Meinung abzubringen. Man könnte mich überrennen und umbringen; solange ich lebe, werde ich aber nicht klein beigeben.

Mr. McConnell: Ich meine, wir müßten viel weiter gehen, Herr Minister. Nehmen wir nun die unmittelbare Metallgewinnung —

H. M. jr.: Das ist richtig. Sie gehen von dem gleichen Punkt aus wie ich. Das Kohlenbecken und die drei oder vier wichtigen Gebiete nehmen und sie einfach unter Wasser setzen.

Mr. Gaston: Sie meinen, die Bergwerke unterWasser setzen?
H. M. jr.: Ja.
Mr. McConnell: Das läßt sich sehr leicht wieder auspumpen.
H. M. jr.: Dann soll man eben ein wenig Dynamit nehmen.
Mr. McConnell: Da muß man dort sitzen bleiben und sie beobachten, meine ich. Ich glaube, die Polizeitruppe ist eine nahezu wesentliche Notwendigkeit.
H. M. jr.: Das ist richtig. Das kann man aber in drei Monaten tun — man kann es in dreißig Tagen tun und es danach erklären.
Mr. Gaston: Die Schwierigkeit liegt für mich nicht in Ihren Vorstellungen, sondern im Verfahren — wie man es durchführen soll.
H. M. jr.: Man tut es eben, und damit basta. Die alliierten Stabschefs befehlen der Armee einfach, es zu tun — einfach, sie zu zerstören.
Mr. Gaston: Ach, die Zerstörung der Bergwerke ist nur eine Phase davon. Die andere Frage ist die, wie man sie zerstört hält und was man mit der Bevölkerung anfängt. Ich möchte meinen, daß dafür eine internationale Kontrolle des Gebietes notwendig wäre.
H. M. jr.: Wie Hopkins sich ausdrückte, man bereitet die Sache zur Zerstörung vor, und dann soll man, wie er sagt, die Leute sich doch darüber streiten lassen, ob man dort wieder produzieren lassen will.
Zunächst soll man erst einmal das Gebiet zerstören. Dann liegt es bei der anderen Seite, den Beweis anzutreten. Bei den ganzen Arbeitskräften in Amerika und den Arbeitskräften in England — nun, dadurch würden alle Probleme in Pennsylvanien und West-Virginien und an allen anderen Orten gelöst.
Mr. White: Ich glaube nicht — nicht in diesem Umfang.
H. M. jr.: Sie irren sich. Denken Sie einmal an die Zeit vor dreißig Jahren, als wir noch Kohle aus Norfolk exportierten.
Mr. Pehle: Wir exportieren sie jetzt nach Italien.
H. M. jr.: Es handelt sich um die zusätzlichen 10 Prozent, das wissen Sie ja.
Mr. McConnell: Sechshundert Millionen Tonnen könnten aus diesem Gebiet kommen.

H. M. jr.: Aber wie ich gerade sage, stärken zusätzliche zehn Prozent zur normalen Produktion die Stellung des Käufers.

Mr. McConnell: Ja, fünfzig Prozent Unterschied im Preis.

H. M. jr.: Aber bei einem Überschuß von 10 Prozent bestimmt der Käufer den Preis und nicht der Verkäufer.

Mr. McConnell: Das stimmt, Herr Minister. Man darf nicht vergessen, Herr Minister, daß es in ganz Deutschland Kohle gibt.

H. M. jr.: Wir werden die Sache weiterverfolgen. Ich habe noch eine kleine Idee, und an der werde ich festhalten. Ich habe den Präsidenten, ich habe Mrs. Roosevelt und ich habe Hopkins auf meiner Seite. So viele hatte ich nicht, als wir den aus freien Stücken aufgestellten Plan ausarbeiteten; ich hatte den Präsidenten und Mrs. Roosevelt.

Mr. Pehle: Herr Minister, ich glaube nicht, daß es sich darum bandeln kann, im Ruhrgebiet alles zu zerstören. Das heißt, Sie müssen selber sagen, daß das zu nichts gut ist, denn man kann nicht alles in ganz Deutschland zerstören.

H. M. jr.: Das Interessante daran ist — Hopkins sagt: „Wir müssen uns schnell mit Roosevelt treffen, ehe noch jemand seine Meinung ändert."

Mr. White: Es ist tatsächlich viel dazu zu sagen — wenn man es nehmen will, dann soll man es gleich nehmen.

H. M. jr.: Hopkins ist so erpicht darauf. Wir werden mit Hull reden. Er will nicht mehr als 24 Stunden verstreichen lassen.

Mr. White: Der glücklichste Mann im Finanzministerium wird Orvis Schmidt sein. Er setzte sich mit aller Kraft für den Gedanken ein, alles zu zerstören, aber wir schrien ihn in der vergangenen Woche nieder.

John meinte, die Armee sollte den Kram zerstören, sobald sie einmarschiert, denn zu diesem Zeitpunkt sei das möglich. Glasser sprach von der wunderbaren Arbeit, die die deutschen Pioniere bei der Zerstörung aller Industriewerke in Neapel geleistet hätten. Die amerikanischen Heerespioniere hätten gesagt, daß dieses das beste Beispiel für eine äußerst geschickte technische Zerstörung gewesen sei, das sie je gesehen hätten. Es sind also sehr gut ausgebildete Pioniere dafür erforderlich, und sie könnten es zu dem Zeitpunkt tun. Das was uns jedoch

bedenklich stimmte, war der Gedanke, daß die in den Fabriken befindlichen Maschinen entfernt werden sollten.
Mr. Pehle: Wenn wir erst einmal damit anfangen zu sagen, daß jeder sich aus Deutschland holen kann, was er will, dann befürchte ich, daß eine Verzögerung von Monaten und abermals Monaten eintreten wird, und eine Verzögerung in diesem Programm bedeutet, daß es sehr schwierig sein wird, es jemals durchzuführen.
H. M. jr.: Wenn die Alliierten Stabschefs in Zusammenarbeit mit den Russen dieser Angelegenheit zustimmen — die Sache während des Vormarsches auszuführen —
Mr. Pehle: Richtig, selbst wenn dabei einige Maschinen zerstört werden, die jemand anders haben möchte.
Mr. Bell: Würde weniger Kampf bedeuten.
H. M. jr.: Sie [die Amerikaner] sind durch Brüssel durch, wußten Sie das schon?
Mr. White: Ich nehme an, daß sie [die Deutschen] sich wahrscheinlich aus Belgien nach Holland zurückziehen werden.
H. M. jr.: Ich meine, unsere Truppen sind durch Brüssel durch und am Stadtrand von Antwerpen.
Mr. Gaston: Sind sie überhaupt in Brüssel einmarschiert?
Mr. McConnell: Wir marschierten in die Stadt ein und durch sie hindurch.
H. M. jr.: Ich meine, wir sprechen über etwas —
Mr. Bell: .. . was jeden Augenblick eintreten kann. Wenn sie beim Einmarsch zerstören wollen, dann sollte man am besten noch diese Woche eine Entscheidung treffen.
Mr. Gaston: Sie haben keine Siegfriedlinie am Westwall, nicht wahr — an der holländischen Grenze? Er reicht bis nach Köln, nicht wahr?
H. M. jr.: Sie sagen, daß Schmidt dafür sei?
Mr. Pehle: Ja, Herr Minister, er ist bestimmt dafür.
H. M. jr.: Wer ist noch dafür?
Mr. Pehle: Ich glaube, wir sind jetzt alle dafür.
Mr. Gaston: Ich weiß nicht, worum es dabei geht. Ich bin dafür, die Großproduktion des Ruhrgebietes mit allen geeigneten Mitteln zu stoppen -—- die starke Kriegsproduktion des Ruhrgebietes auszuschalten —, doch weiß ich noch nicht genau, was für einen Plan Sie haben, um das durchzuführen. Ich

meine, es müßte durch internationale Besetzung und planvolle Schließung dieser Industrien und dauernde internationale Besetzung geschehen. Ich weiß nicht, ob dem Sprengen überhaupt eine so große Bedeutung zukommt. Es kann vielleicht nützlich sein.

Mr. Pehle: Junge, das glaube ich allerdings! Ich meine, das ist der einzige Weg, um sie daran zu hindern, in zwei Jahren wieder zu arbeiten. Sprengt sie jetzt in die Luft, und sprengt sie, soweit möglich, solange die Kampfhandlungen noch nicht lange vorüber sind. Ich meine, psychologisch gesehen wird es eine Menge Leute in ihren Gefühlen verletzen, wenn wir einmarschieren und eine Menge wunderbare Maschinen in die Luft sprengen. Wenn wir es aber während der Zeit der Zerstörung Deutschlands tun, so glaube ich, daß es die Öffentlichkeit dann ohne weiteres hinnehmen würde.

Mr. Gaston: Ich glaube schon.

Mr. Bell: Nach zwei Jahren würde man das nie mehr tun.

Mr. Gaston: Wenn sich die Stimmung in zwei Jahren ändert, so sind alle diese Pläne hoffnungslos. Wenn sich die Stimmung ändert und man sagt: „Ach, laßt Deutschland wieder hochkommen" — ich glaube nicht, daß es sich ändern wird.

H. M. jr.: In der vergangenen Woche waren Schmidt und Abramson dafür?

Mr. White: Ja — nun, es war so, daß sie sich auf der Gegenseite befanden, und sie behaupten, daß ich versucht habe, sie von den Gründen zu überzeugen, daß Deutschland zu einer vierten Großmacht gemacht werden müsse. Sie sagten deshalb, daß ich sie so gründlich überzeugt habe, daß sie mit meiner Ansicht übereinstimmen wollten, und die einzige Einstellung, die folgerichtig sei, sei die vollständige Zerstörung des Ruhrgebietes und die Vertreibung der Bevölkerung.

Zuerst glaubte ich, daß sie mich verulken wollten. Sie meinten es aber tatsächlich sehr ernst und stritten sich mit uns lange herum. Schmidt und Abramson wiesen mit Nachdruck darauf hin, daß dieses die einzig vernünftige Ansicht sei — eine vollständige Zerstörung des Ruhrgebietes und die Evakuierung der Bevölkerung. Schmidt glaubt, daß das durchaus möglich sei, und Abramson auch. Wie gesagt, sie verloren schließlich, aber —

Mr. McConnell: ... gewannen doch wieder.

Mr. White: Sie gewannen dort, wo es jetzt darauf ankommt.

Mr. McConnell: Eine direkte Parallele wäre die Zerstörung von Pittsburgh bis hinunter nach Detroit, Chicago, St. Louis und Cleveland. Achtzig Prozent der Industrie unseres Landes außer der Lebensmittelverarbeitung —

Mr. Gaston: Das bedeutet, daß sie Stahl woanders kaufen müssen, nicht wahr?

Mr. McConnell: Das wäre unwirtschaftlich. Die Automobilwerke könnten wahrscheinlich überhaupt nicht produzieren.

Mr. White: Warum nicht?

Mr. Gaston: Können sie ihren Stahl nicht aus Lothringen bekommen?

Mr. McConnell: Ich bezweifle, daß ohne Stahl aus Pittsburgh oder aus dem Binnenland hier, daß dann Detroit Automobile produzieren könnte.

Mr. White: Sie meinen, sie könnten nicht billig genug produzieren?

Mr. McConnell: In Konkurrenz mit allen anderen.

Mr. White: Es wird keine Konkurrenz geben. Sie werden nicht in der Lage sein zu kaufen.

H. M. jr.: Ist es aber nicht eine Tatsache, daß den Deutschen Opel gehört[37] und daß sie dorthin gingen, weil sie den Arbeitern weniger bezahlen brauchten? Sie gingen dorthin, weil sie glaubten, daß sie dort Sachen produzieren könnten, und ihre hauptsächlichen Produkte sollten mit uns in Südamerika konkurrieren.

Mr. McConnell: Nein, das habe ich nicht angenommen, Herr Minister. Das deutsche Automobil ist ein sehr kleines Ding mit wenig PS.

H. M. jr.: Machte Opel uns nicht hauptsächlich in Südamerika Konkurrenz?

Mr. McConnell: Ich glaube, Opel stellt den kleinen europäischen Wagen her.

37 So im amerikanischen Originaltext. In Wirklichkeit hat im Jahre 1929 eine *amerikanische* Gesellschaft (General Motors) die Aktienmehrheit an den ursprünglich in deutschem Besitz befindlichen Opel-Werken in Büsselsheim erworben.

H. M. jr.: Der kleine Wagen wurde von Fiat hergestellt. Ein Wagen mit geringem Benzinverbrauch.

Mr. McConnell: Ja, unten in Italien.

Mr. Gaston: Alle europäischen Wagen sind —

H. M. jr.: Nun, haben Sie noch mehr Landkarten? Ich liebe Karten. Wo sind Schmidt und Abramson?

Mr. Pehle: Ich kann Schmidt holen lassen.

H. M. jr.: Nun, ich muß um vier Uhr Schluß machen.

Mr. McConnell: Hier sind Detailkarten von Deutschland, mit Geländeangaben usw.

H. M. jr.: Schauen Sie, ich hätte gern alles, was Sie zu White schaffen können, damit es mir White heute abend nach Hause bringen kann.

Das hilft mir weiter. Wenn ich noch nicht weit genug gekommen bin, Mr. McConnell, dann lassen Sie uns noch ein wenig fortfahren.

Mr. McConnell: Nun, ich möchte nur auf eine Entwicklung hinweisen, die fünf Jahre nach der Zerstörung des Ruhrgebietes eintreten könnte, und das ist die unmittelbare Metallgewinnung mit Gas aus Braunkohle und Eisenerzen geringer Qualität. Das steht unmittelbar bevor, fast unmittelbar. Ich möchte nicht auf die Frage des Ruhrgebietes eingehen, sondern nur darauf hinweisen, daß das noch nicht die vollständige Lösung für die Stahlindustrie in Deutschland ist. Sie wäre nur vorläufig. Die Werke wären erledigt; es ist aber durchaus nicht sicher, daß Stahl nicht überall in Deutschland erzeugt werden kann, wo Braunstahl [sie] vorkommt. Es gibt eine Menge Vorkommen in Deutschland. Diesem Gedanken der unmittelbaren Metallgewinnung aus dem Erz mit Erzeugung von Gas aus Braunkohle wird gegenwärtig viel Aufmerksamkeit geschenkt. Tatsächlich führt man das gegenwärtig unten in Duisburg [sie] durch. Wir haben einige ziemlich große kommerzielle Betriebe, die sich hier mit der unmittelbaren Metallgewinnung befassen.

H. M. jr.: Schauen Sie, was ich versuche, ist, ein Lagebild für den Präsidenten fertigzubekommen.

Ich wiederhole mich, aber ich habe vor, mich weiter zu wiederholen, bis er mir sagt, daß ich aufhören soll. Ich möchte Deutschland so schwach machen, daß es keine Werkzeuge des Krieges — eines neuen Weltkrieges — schmieden kann. Nun,

ich könnte midi wiederholen und wiederholen, aber das möchte ich eben erreichen.

Mr. McConnell: Das ist eines der Mittel zur Erreichung dieses Zweckes, doch gibt es noch andere notwendige wesentliche Maßnahmen.

H. M. jr.: Lassen Sie hören. Wir müssen uns schrecklich beeilen.

Mr. White: Woran Mr. McConnell denkt, ist, daß eine Kontrolle über die in dem Teil Deutschlands verbliebenen Werke ausgeübt werden soll, den man als Deutschland — Nord- und Süddeutschland — übrig läßt, und daß diese Kontrolle auferlegt werden soll, um einige Werke gänzlich auszuschalten, bei anderen Werken die Produktion einzuschränken und sie der Art von Kontrolle zu unterwerfen, die verhindern würde, daß diese verbleibenden Werke genügend große Mengen herstellen, um ein irgendwie bedeutendes militärisches Potential entstehen zu lassen.

Mr. McConnell: Und zusätzlich eine Quarantäne, durdi die die Einfuhr von Kriegsmaterial verhindert wird. Dazu ist eine Überwachung erforderlich.

Mr. White: Das bezieht sich auf den Teil Deutschlands, der übrig bleibt, wenn man das Ruhrgebiet und die anderen Teile wegnimmt.

H. M. jr.: Harry, Sie bringen mir alles, was Sie bekommen können, und ein Memorandum, mit dem wir hoffentlich arbeiten können, wenn wir uns mit Hull treffen.

Die Neufassung des Planes

Am Kopf des mit dem Wort „Memorandum" überschriebenen Dokumentes ist vermerkt: „Entwurf des Finanzministeriums für den Minister zur Durchsicht vor der Vorlage beim Präsidenten".

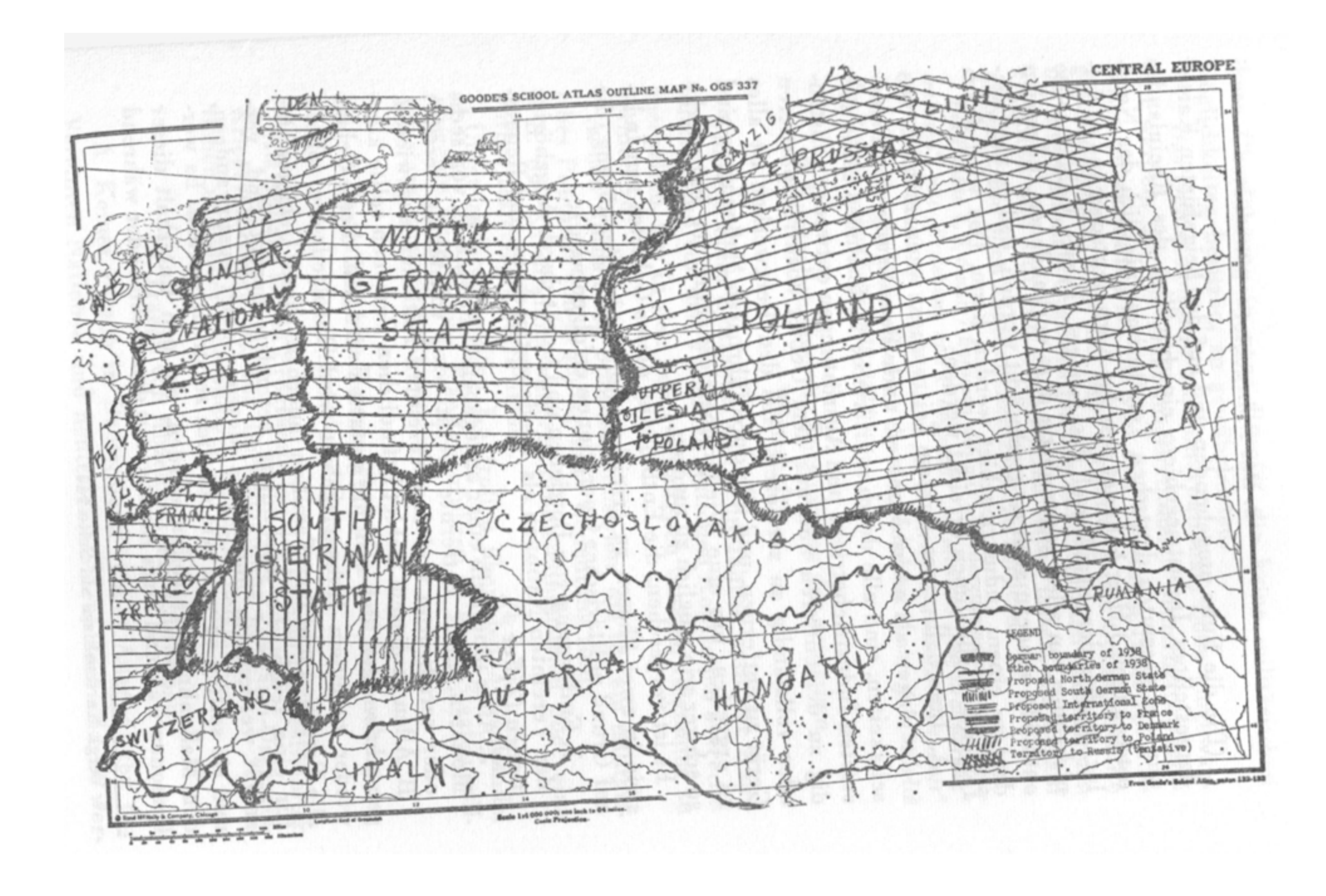
4. September 1944 (1/503—509)

Streng geheim

Vorschlag eines Deutschlandprogramms für die Zeit nach der Kapitulation

Es wird vorgeschlagen, die Haltung der Vereinigten Staaten auf der Basis folgender Grundsätze festzulegen:

Punkt 1 (Entmilitarisierung Deutschlands) und Punkt 2 (Teilung Deutschlands) entsprechen wörtlich dem Erst-Entwurf (vergl. S. 108 f.).


CENTRAL EUROPE
GOODE'S SCHOOL ATLAS OUTLINE MAP No. OGS 337
DEN
NETH
INTERNATIONAL ZONE
NORTH GERMAN STATE
DANZIG
E. PRUSSIA
LITH
POLAND
U.S.S.R.
UPPER SILESIA to POLAND
BEL
to FRANCE
FRANCE
SOUTH GERMAN STATE
CZECHOSLOVAKIA
RUMANIA
AUSTRIA
HUNGARY
SWITZERLAND
ITALY
LEGEND
German boundary of 1938
Other boundaries of 1938
Proposed North German State
Proposed South German State
Proposed International Zone
Proposed territory to France
Proposed territory to Denmark
Proposed territory to Poland
Territory to Russia (tentative)

3. Das Ruhrgebiet

(Die die Ruhr umgebenden und auf der beigefügten Karte38 dargestellten Industriegebiete einschließlich des Rheinlandes und des gesamten deutschen Territoriums nördlich des Nordostseekanals.) Hier befindet sich der Kern deutscher industrieller Macht, der Braukessel des Krieges. Dieses Gebiet sollte nicht nur von allen gegenwärtig dort vorhandenen Industrien entblößt, sondern auch so geschwächt werden, daß es nie [wieder] zu einem Industriegebiet werden kann. Das wird durch folgende Maßnahmen erreicht werden:

A. Innerhalb eines kurzen Zeitraumes, wenn möglich von nicht länger als sechs Monaten nach Beendigung der Feindseligkeiten, sind alle durch militärische Maßnahmen nicht zerstörten Industriebetriebe und Ausrüstungen entweder vollständig zu demontieren und aus dem Gebiet abzutransportieren oder vollständig zu zerstören. Aus den Bergwerken ist alles Gerät zu entfernen, und alle durchführbaren Maßnahmen sind zu ergreifen, um eine Wiederinbetriebnahme der Bergwerke so schwer wie möglich zu machen.

Es ist vorgesehen, die Entblößung dieses Gebietes von Industrie in zwei Phasen zu erreichen (außer der Zerstörung, die auf Grund militärischer Operationen erfolgen wird):

1. Entfernung von Betrieben und Gerät durch Angehörige der Vereinten Nationen als Wiedergutmachung und Reparationen (Ziffer 4).

2. Alles innerhalb einer angegebenen Frist, z. B. von sechs Monaten, nicht entfernte Gerät wird vollständig zerstört oder verschrottet und den Vereinten Nationen zugewiesen.

B. Allen in diesem Gebiet befindlichen Personen sollte klargemacht werden, daß man nie gestatten wird, daß dieses Gebiet wieder zu einem Industriegebiet wird. Infolgedessen sollten alle Personen und ihre Familien innerhalb dieses Gebietes, die für eine technische Ausbildung besonders begabt sind, veranlaßt werden, für immer aus diesem Gebiet auszuwandern, und sie sollten so weit wie möglich zerstreut werden. Es werden Maßnahmen getroffen werden, um den Unterhalt dieser Personen während ihres Auszugs aus dem Gebiet oder während

38 Vergl. Kartenskizze auf Seite 147.

ihrer Überführung in neue Berufe, die keine militärischen Möglichkeiten besitzen, zu gewährleisten.

C. Das Gebiet sollte in eine internationale Zone umgewandelt werden, die von einer internationalen Sicherheitsorganisation zu verwalten ist, die von den Vereinten Nationen aufgestellt werden muß. Bei der Verwaltung des Gebietes sollte die internationale Organisation alle nur möglichen Maßnahmen ergreifen und sich von Grundsätzen leiten lassen, die darauf abzielen, die oben angegebenen Ziele zu fördern.

Die Punkte 4, 5, 6 und 7 befassen sich mit „Wiedergutmachung und Reparationen", mit „Erziehung und Propaganda", „Politische Dezentralisierung" und mit „Militärische Verantwortung für die örtliche deutsche Wirtschaft" in den gleichen Formulierungen wie die entsprechenden Punkte 4, 7, 8 und 9 des Erstentwurfes (Seiten 110, 112 f.).

8. Kontrollen über die Entwicklung der deutschen Wirtschaft

Während eines Zeitraums von zehn Jahren nach der Kapitulation sind von den Vereinten Nationen Kontrollen aufrechtzuerhalten, um in den neu geschaffenen Staaten folgendes zu verhindern:

A. den Aufbau von Schlüsselindustrien, die für ein militärisches Potential von grundlegender Bedeutung sind;

B. die Entwicklung anderer Schlüsselindustrien über eine vorher festgelegte Stufe hinaus.

Unter anderem sollten Kontrollen über den Außenhandel ausgeübt werden, und Kapitaleinfuhren in diese Staaten sollten stark eingeschränkt werden.

9. Bestrafung von Kriegsverbrechern und Behandlung besonderer Gruppen

Als Anhang ist ein Programm für die Bestrafung bestimmter Kriegsverbrechen und für die Behandlung von Nazi-Organisationen und anderer besonderer Gruppen beigefügt.

10. Tragen von Abzeichen und Uniformen

A. Keiner Person in Deutschland (außer Angehörigen der Vereinten Nationen und neutraler Staaten) darf erlaubt wer-

den, militärische Dienstgradabzeichen oder Abzeichen von Waffengattungen, Ordensbänder oder militärische Medaillen zu tragen.

B. Keiner dieser Personen darf gestattet werden,... Monate nach Beendigung der Feindseligkeiten eine militärische Uniform oder eine Uniform einer militärischen Organisation zu tragen.

11. Verbot von Paraden, Nazi-Fahnen usw.

A. Keine (militärischen, zivilen oder Sport-) Paraden dürfen irgendwo in Deutschland erlaubt werden. Alle Militärmusikkapellen sind aufzulösen, und keiner Kapelle darf (während eines Zeitraums von . . . Jahren) erlaubt werden, auf den Straßen Deutschlands zu marschieren.

B. Alle Fahnen und anderen Gegenstände der Nazi-Organisationen sind zu sammeln. Ein Teil davon ist zur Verteilung an ausländische Museen bereitzustellen, und der Rest ist zu vernichten (ein Zeigen von Nazi-Fahnen oder -emblemen oder von Fahnen des Reiches in der Öffentlichkeit darf nicht gestattet werden).

12. Flugzeuge

Alle Flugzeuge und Segelflugzeuge, ob militärische oder zivile, sind zur späteren anderweitigen Verwendung zu beschlagnahmen. Keinem Deutschen darf gestattet werden, diese Flugzeuge und Segelflugzeuge, einschließlich der in ausländischem Besitz befindlichen, zu bedienen oder bedienen zu helfen.

Ein Punkt 13 wiederholt den Punkt 10 des Erstentwurfs („Verantwortung der Vereinigten Staaten", vergl. Seite 113 f.).

Bestrafung bestimmter Kriegsverbrechen und Behandlung besonderer Gruppen[39]

A. Bestrafung bestimmter Kriegsverbrecher.

(1) Hauptkriegsverbrecher.

Eine Liste der Hauptkriegsverbrecher dieses Krieges, deren

39 Dieser dem „Memorandum" beigefügte Anhang enthält einige Gesichtspunkte aus Punkt 5 des Erstentwurfs (vergl. Seite 110 f.), ist jedoch wesentlich erweitert.

offensichtliche Schuld von den Vereinten Nationen allgemein festgestellt worden ist, ist so bald wie möglich aufzustellen und den zuständigen Militärbehörden zuzuleiten. Die Militärbehörden sind in bezug auf alle auf dieser Liste stehenden Personen wie folgt anzuweisen:

a. Sie sind so bald wie möglich festzunehmen und so bald wie möglich nach der Festnahme zu identifizieren. Die Identität ist von einem Offizier im Generalsrang zu billigen.

b. Nach erfolgter Identifizierung ist die identifizierte Person alsbald durch Erschießungskommandos, die aus Soldaten der Vereinten Nationen bestehen, hinzurichten.

(2) Bestimmte andere Kriegsverbrecher.

a. Von der Alliierten Militärregierung sind militärische Kommissionen zur Aburteilung bestimmter Verbrechen, die während des Krieges gegen die Zivilisation begangen wurden, aufzustellen. Vertreter der befreiten Staaten Europas sind so bald wie möglich in diese Kommissionen aufzunehmen. Diese Verbrechen umfassen die im folgenden Abschnitt behandelten und solche, deren Aburteilung diesen militärischen Kommissionen gegebenenfalls von Zeit zu Zeit befohlen wird.

b. Jede Person, die verdächtigt wird, (durch Erteilung von Befehlen oder auf andere Art) für den Tod eines Menschen in folgenden Situationen verantwortlich oder an ihm beteiligt gewesen zu sein, ist festzunehmen und von diesen militärischen Kommissionen sofort abzuurteilen, sofern nicht vor der Aburteilung eine der Vereinten Nationen darum ersucht hat, diese Person zur Aburteilung auf Grund ähnlicher Beschuldigungen wegen in ihrem Gebiet begangener Handlungen in ihren Gewahrsam zu geben:

(I) Der Tod wurde durch eine Handlung unter Verletzung der Kriegsregeln verursacht.

(II) Das Opfer wurde als Geisel zur Vergeltung der Taten anderer Personen getötet.

(III) Das Opfer starb wegen seiner Nationalität, Rasse, Hautfarbe, wegen seines Glaubens oder seiner politischen Überzeugung.

c. Jede Person, die von den militärischen Kommissionen der in Ziffer B angegebenen Verbrechen überführt wird, ist zum Tode zu verurteilen, sofern nicht die militärischen Kommissionen in Ausnahmefällen feststellen, daß mildernde Umstände

vorliegen. In diesem Falle kann eine andere Strafe, einschließlich der Deportation in eine Strafkolonie außerhalb Deutschlands, zugemessen werden. Bei Überführung ist das Urteil sofort zu vollstrecken.

B. Inhaftierung bestimmter Kriegsverbrecher.

(1) Alle Angehörigen der folgenden Gruppen sind zu inhaftieren, bis das Ausmaß der Schuld jeder Einzelperson ermittelt ist:

a. die SS,
b. die Gestapo,
c. alle hohen Beamten bzw. Funktionäre der Polizei, SA und anderer Sicherheitsorgane,
d. alle hohen Regierungsbeamten und Führer der Nazi-Partei,
e. alle führenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die enge Beziehungen zum Nazismus hatten.

C. Registrierung bestimmter Gruppen.

(1) Es ist so bald wie möglich ein Aufruf herauszugeben, durch den folgende Personen aufgefordert werden, sich bei dafür bestimmten Beamten der Alliierten Militärregierung registrieren zu lassen:

a. alle Angehörigen der Nazi-Partei, der Gestapo, SS, SA und des NSKK,

b. Funktionäre und alle Personen, die in der Arbeitsfront, Kraft durch Freude, Hitlerjugend und Organisation Todt einen bezahlten Posten innehatten.

(2) Das Formblatt für die Registrierung und die Art ihrer Durchführung werden von den Militärbehörden festgelegt.

(3) Das Versäumnis, sich registrieren zu lassen, oder falsche Angaben sind als Vergehen anzusehen, die von militärischen Kommissionen im Rahmen der Alliierten Militärregierung zu ahnden sind. Für sie sind schwere Strafen, einschließlich der Todesstrafe, vorzusehen.

D. Arbeitsbataillone.

Abgesehen von der Frage der erwiesenen Schuld an besonderen Verbrechen bildet die Mitgliedschaft bei der SS, der Gestapo und ähnlichen Gruppen die Grundlage für die Einweisung in Zwangsarbeitsbataillone, die außerhalb Deutschlands für Wiederaufbauzwecke einzusetzen sind.

E. Auflösung von Nazi-Organisationen.

Die Nazi-Partei und alle angeschlossenen Organisationen, wie Arbeitsfront, Hitlerjugend, Kraft durch Freude usw. sind aufzulösen und ihre Vermögenswerte und Akten sind zu beschlagnahmen. Jede nur mögliche Anstrengung sollte unternommen werden, um alle Versuche zu verhindern, sie im Untergrund oder in getarnter Form wieder aufzubauen.

F. Verbot der Ausübung bestimmter Vorrechte.

Alle Angehörigen der folgenden Gruppen sind aus öffentlichen Ämtern zu entlassen, ihnen ist das Wahlrecht sowie das Recht zu nehmen, öffentliche Ämter zu bekleiden, als Journalist, Lehrer und im Erziehungswesen sowie in leitender Funktion im Bankgewerbe, in der Fabrikation oder im Handel tätig zu sein:

(1) die Nazi-Partei,

(2) Mitläufer der Nazis, die durch ihre Worte oder Taten das Nazi-Programm wesentlich unterstützten oder ihm wesentlichen Vorschub leisteten,

(3) die Junker,

(4) Offiziere von Heer, Marine und Luftwaffe.

G. Güter der Junker.

Alle Güter der Junker sind aufzuteilen und an die Bauern zu verteilen, und das System des Erstgeburtsrechtes und des unveräußerlichen Erblehens ist abzuschaffen.

H. Verbot der Auswanderung.

(1) Es ist ein Aufruf herauszugeben, durch den allen in Deutschland wohnhaften Personen verboten wird, Deutschland zu verlassen oder dies zu versuchen, ausgenommen mit Erlaubnis der Alliierten Militärregierung.

(2) Die Zuwiderhandlung gegen diesen Aufruf ist als Vergehen anzusehen, das von militärischen Kommissionen der Alliierten Militärregierung abzuurteilen ist. Schwere Strafen, einschließlich der Todesstrafe, sind dafür vorgesehen.

(3) Alle nur möglichen Maßnahmen sind von den Militärbehörden zu ergreifen, um zu verhindern, daß eine solche Person (ohne Erlaubnis) Deutschland verläßt.

Einwand des Ministers Stimson: Hungertod für 30 Millionen?

Abendessen im Hause des Ministers Morgenthau
(Am Kopf des Dokumentes sind als Gäste genannt: Kriegsminister Stimson, Mr. McCloy und Mr. White)

4. September 1944 (/503)

Der Minister hatte die Konferenz einberufen, um Empfehlungen für ein Programm über Deutschland zu erörtern.

Der Minister verlas einen Teil des Memorandums, das im Finanzministerium über ein Deutschlandprogramm ausgearbeitet worden war. Minister Stimson schien am meisten an der Frage der Bestrafung deutscher Kriegsverbrecher interessiert zu sein. Er brachte seine Ansicht zum Ausdrude, daß es nicht wünschenswert sei, daß eine militärische oder irgendeine andere Behörde Urteile fällt, ohne dem Angeklagten Gelegenheit zu einer Aussage oder zur Befragung eines Anwalts zu geben. Es sei seiner Ansicht nach wichtig, ihnen einen gerechten, wenn auch nicht unbedingt öffentlichen Prozeß zu machen.

Die Frage der Aufteilung Deutschlands in einen nördlichen und einen südlichen Teil wurde ebenfalls erörtert. Minister Stimson und McCloy sagten, daß sie nicht von der Notwendigkeit einer solchen Teilung überzeugt seien, die Angelegenheit jedoch weiter prüfen wollten. Mr. McCloy sagte, daß er immer mehr der Ansicht zuneige, daß es wahrscheinlich eine gute Sache sei, Deutschland zu teilen. Er betonte die Erwünschtheit der Ausschaltung Berlins als Hauptstadt und der Verlegung der Zentrale für die Regierungstätigkeit an einen anderen Ort, möglicherweise Frankfurt.

Mr. Stimson bezweifelte, daß es klug sei, das Ruhrgebiet zu zerstören. Er betonte die Tatsache, daß als Folge der Zerstörung eines großen Teiles der deutschen Industrie dreißig Millionen Menschen in den Hungertod getrieben werden würden. Auf die Frage, wie er auf dreißig Millionen komme, sagte er, daß das der Unterschied zwischen der Bevölkerungszahl Deutschlands, ehe es in der Mitte des 19. Jahrhunderts indu-

strialisiert wurde, und seiner gegenwärtigen Bevölkerungszahl sei. Mr. Stimson sagte, daß er dafür sei, Schlesien und einen Teil Ostpreußens abzutrennen, und daß er auch eine strenge strafrechtliche Verfolgung von Kriegsverbrechern wünsche. Er glaubte jedoch nicht, daß die Zerstörung der deutschen Industrie die richtige Art sei, die Deutschen zu behandeln und einen zukünftigen Krieg zu verhindern. H. D. White

Das Memorandum des Außenministers

Am Kopf des Dokumentes ist vermerkt: „Vom Außenministerium ausgearbeiteter und von Minister Hull an Minister M. [Morgenthau] übergebener Entwurf".

Vorgeschlagene Empfehlungen des Regierungsausschusses an den Präsidenten in bezug auf die Behandlung Deutschlands

Geheim 4. September 1944 (1/519—520)

1. Ernennung eines amerikanischen Hohen Kommissars

Es ist dringend notwendig geworden, daß ein amerikanischer Hoher Kommissar ernannt wird. Sofort nach der Besetzung Deutschlands werden viele wichtige Probleme auf Dreimächtebasis zwischen den USA, dem Vereinigten Königreich und der UdSSR gelöst werden müssen. Das Problem wird nicht nur wichtige militärische Aspekte haben, sondern auch die Ausarbeitung gemeinsamer Grundsätze sowohl auf politischem als auch auf wirtschaftlichem Gebiet erfordern. Der amerikanische Hohe Kommissar sollte ein Beamter von großen politischen Fähigkeiten und hohem Ansehen sein, der mit Autorität für die US-Regierung in allen Angelegenheiten sprechen kann, bei denen gemeinsame Grundsätze mit dem Vereinigten Königreich und der UdSSR ausgearbeitet werden müssen. Die Ernennung sollte so bald wie möglich erfolgen.

2. Amerikanische Grundsätze für die Behandlung Deutschlands

Folgende Grundsätze für die Behandlung Deutschlands werden als Ziele der Vereinigten Staaten empfohlen, für die wir die Zustimmung des Vereinigten Königreiches und der UdSSR anstreben sollten:

A. Elitmilitarisierung Deutschlands einschließlich der vollständigen Auflösung aller deutschen Streitkräfte und aller militärischen, militärähnlichen und Polizeiorganisationen der Nazis und Zerstörung und Verschrottung aller Waffen, Munition und allen Kriegsgeräts. Die weitere Herstellung von Waffen, Munition und Kriegsgerät in Deutschland sollte verboten werden.

B. Auflösung der Nazi-Partei und aller angeschlossenen Organisationen: Große Gruppen besonders verwerflicher Elemente, besonders in der SS und in der Gestapo, sollten verhaftet und interniert werden, und Kriegsverbrecher sollten abgeurteilt und hingerichtet werden. Parteimitglieder sollten von politischen und zivilen Tätigkeiten ausgeschlossen und einer Reihe von Beschränkungen unterworfen werden. Alle Gesetze, durch die Personen auf Grund ihrer Rasse, Hautfarbe, ihres Glaubens oder ihrer politischen Meinung diskriminiert werden, sollten abgeschafft werden.

C. Weitgehende Kontrollen sind über das Fernmeldewesen, über die Presse und die Propaganda auszuüben, um die Nazi-Doktrin oder ähnliche Lehren auszuschalten.

D. Weitgehende Kontrollen über das deutsche Erziehungswesen sind einzurichten, um alle Nazi-Einflüsse und alle Nazi-Propaganda auszuschalten.

E. Es sollte keine Entscheidung über die mögliche Teilung Deutschlands (zum Unterschied von Gebietsabtretungen) getroffen werden, ehe wir nicht sehen, wie die Lage im Inneren aussieht und welche Haltung unsere hauptsächlichen Verbündeten in dieser Frage einnehmen. Wir sollten eine Dezentralisierung der deutschen Verwaltungsstruktur unterstützen, und falls irgendwelche Tendenzen in Richtung auf eine spontane Teilung Deutschlands auftreten, so sollte man sich nicht dagegenstellen.

F. Die amerikanische Regierung hat kein direktes Interesse daran, von Deutschland Reparationen zu erhalten, und ist infolgedessen nicht daran interessiert, die deutsche Wirtschaft aufzubauen, um fortlaufende Reparationen zu empfangen. Das Vereinigte Königreich und die UdSSR sowie eine Anzahl kleinerer Staaten, die ein Opfer deutscher Ausbeutung wurden, können jedoch gegebenenfalls Ansprüche auf die deutsche Pro-

Zeitgeschichtlicher Hinweis des deutschen Herausgebers:

□ **In diesem Text fällt u. a. auf, daß der zur Beobachtung der völkerrecht-**
□ **lichen Verbindlichkeiten der USA zuständige Außenminister weder die**
□ **Haager Landkriegsordnung von 1907 hinsichtlich der Rechte einer Be-**
□ **satzungsmacht noch die Genfer Konvention von 1922 über die Behand-**
□ **lung von Kriegsgefangenen erwähnt. Beide Abkommen waren sowohl**
□ **von den Vereinigten Staaten wie vom Deutschen Reich ratifiziert und**
□ **für die gegenseitige Kriegsführung und Waffenstillstands-Regelung noch**
□ **gültig.**

duktion geltend machen, die sie für Wiederaufbauzwecke benötigen werden. Wir sollten deshalb zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine definitive Haltung über zu treffende Maßnahmen einnehmen, sondern die Ansichten der Regierungen abwarten, die ein direktes Interesse daran haben.

G. Da die großen Junkergüter die wirtschaftliche Grundlage für die militärische Kaste in Deutschland bildeten, sollten diese Güter aufgeteilt und die Pachtgüter an die Pächter verteilt werden.

H. Die Hauptziele unserer Wirtschaftspolitik sind folgende:

1. Der Lebensstandard der deutschen Bevölkerung ist auf das Existenzminimum zu beschränken.
2. Die wirtschaftliche Machtstellung Deutschlands in Europa muß beseitigt werden.
3. Die Wirtschaftskapazität Deutschlands ist derart zu verändern, daß Deutschland in so starkem Maße auf Einfuhren und Ausfuhren angewiesen ist, daß es mit eigenen Mitteln nicht zur Kriegsproduktion zurückkehren kann.

Die Diskussion der drei Minister

Gruppenbesprechung bei Minister Morgenthau

Am Kopf des Dokumentes ist das Stichwort: „Empfehlungen für die Behandlung Deutschlands" vermerkt. Als Teilnehmer sind verzeichnet: Mr. D. W. Bell, Mr. White, Mr. Gaston, Mrs. Klotz.)

5. September 1944,11.45 Uhr (1/524—530)

H. M. jr.: Heute vormittag um 10.30 Uhr fand in Hulls Büro eine Besprechung zwischen Stimson, Hopkins und mir statt.

Hull übergab uns ein Memorandum, das vorbereitet worden war (bezieht sich auf das Memorandum mit dem Titel „Vorgeschlagene Empfehlungen für die Behandlung Deutschlands"

vom Kabinettsausschuß an den Präsidenten mit Datum vom 4. September 1944*[40]).

Er begann sofort mit der Frage der Ernennung des Hohen Kommissars, welches der erste Punkt ist.

In Hulls Vorzimmer fragte midi Hopkins, was ich von Bob Patterson41 als Hohem Kommissar für Deutschland hielte, und ich sagte, ich glaube, das wäre wunderbar. Er bewegte sich auf dieser Linie, verstehen Sie. Gestern lehnte ich Harriman und McCloy ab. Wir haben also seit gestern einige Fortschritte erzielt.

Stimson wollte bei dem Hochkommissar-Kram nicht nachgeben, weil er sich innerlich mit dem Wechselkurs befaßte, und er hielt eine sehr leidenschaftliche Rede über diese Sache, als ob sie das Wichtigste von der Welt wäre, und als wir ihn endlich beruhigen konnten, sagte ich, daß wir die Engländer gebeten hätten, $ 0,10 zu akzeptieren. Hull ergriff das Wort und fegte die Angelegenheit sozusagen vom Tisch, indem er sagte: „Nun, ich bin mit allem einverstanden, was ihr anderen wollt. Ich werde zustimmen."

Stimson aber sagte, daß das nicht im Interesse des amerikanischen Soldaten läge und er nicht dafür eintreten werde und daß er den amerikanischen Soldaten schützen werde. Er hielt eine Rede wie für den 4. Juli42.

Mr. White: Was läge nicht in ihrem Interesse?

H. M. jr.: Ihnen Dollar zu geben.

Es folgen einige Bemerkungen über den Status des inzwischen als Berater zu General Eisenhower entsandten Botschafters Murphy.

H. M. jr.: Die nächste Frage, die aufgeworfen wurde, war die Frage der Publizistik. Und in dem Memorandum von Hull heißt es unter „E": „Über die mögliche Teilung Deutschlands sollte keine Entscheidung getroffen werden." Hulls Gründe dafür waren, daß er sich noch nicht entschieden hatte und daß so große Meinungsverschiedenheiten bestanden, daß er diese Angelegenheit weiterhin als offene Frage behandeln wollte. Ich ergriff das Wort und sagte, daß wir meiner Meinung nach dem

40 Vergl. Seiten 155—157.

41 Damals Unterstaatssekretär und Stellvertreter des Kriegsministers Stimson.

42 Amerikanischer Nationalfeiertag.

Präsidenten einen Plan empfehlen sollten, ehe er sich mit Churchill treffe. Hull war sozusagen der Meinung, daß der Präsident, wenn er beraten werden wolle, auch darum bitten solle. Ich sagte nein, ich sei der Ansicht, daß dies zur Arbeit dieser Gruppe gehöre.

Daraufhin sagte ich, daß ich wisse, daß Isaiah Bowman sich mit dieser Angelegenheit befaßt habe, und ob wir nicht feststellen könnten, was er erarbeitet habe und was er habe usw. usw. Daraufhin sagte Hull, daß er, soweit ihm bekannt sei, nie gesehen habe, was Isaiah Bowman erarbeitet habe, und daß das etwas sei, was Bowman und den Präsidenten angehe. Wenn Hull mir das nicht gesagt hätte, würde ich es nicht glauben.

Mit fortschreitender Diskussion stellte sich heraus — und nun werden Sie überrascht sein —- daß Stimson dagegen ist, aus Deutschland ein ödes Agrarland zu machen, in welchem wir die verschiedenen Fabriken schließen (Minister liest persönliche Notizen vor).

Mit anderen Worten, ich entnahm seinen Ausführungen, daß er ein internationales Ruhrgebiet und Saargebiet will und daß er sie weiter produzieren lassen will. Ich brachte dann meine Theorie der Schließung des Ruhrgebietes vor, und Stimson sagte, daß er dagegen sei. Stimson brachte immer mehr sehr nachdrücklich und sehr entschieden zum Ausdruck, daß er nicht wolle, daß irgendeine Produktion eingestellt werde. Er sagte, daß das etwas Unnatürliches sei. Es laufe der Wirtschaft vollkommen zuwider, und man könne es einfach nicht tun.

Und mehr und mehr stellte sich heraus, daß Hull tatsächlich sehr drastische Maßnahmen ergreifen wollte.

Mr. Gaston: Hull wollte das?

H. M. jr.: Ja, sehr. Hull nannte uns ein Beispiel, das ich Ihnen auch schon nannte; es schien nicht sehr passend, doch glaubte er dies. Er sagte, daß nach dem Bürgerkrieg im Süden alles zerstört worden sei und daß die Bevölkerung 75 Jahre brauchte, um wieder normale Verhältnisse zu schaffen. Er führte das als Beispiel dafür an, was er gerne in Deutschland durchführen lassen möchte.

Mr. Gaston: Wir sollten Deutschland auf die gleiche Art wieder aufbauen, wie der Süden wiederaufgebaut wurde.

H. M. jr.: Das ist richtig. Nun, Stimson fuhr mit seinen Reden

darüber fort, weshalb wir die Produktion in Deutschland aufrechterhalten müßten; er sagte nicht, was er gestern abend sagte — wenn ich mich recht erinnere, was er tatsächlich sagte, als wir das Ruhrgebiet erwähnten, so war dies, daß wir dreißig Millionen Menschen arbeitslos machen würden, obwohl White mir sagte, daß es achtzehn Millionen seien.

Aber nichts, was wir ihm gestern abend sagten, machte irgendeinen Eindruck. Es schien nur dazu zu führen, daß er mit noch größerem Nachdruck wünschte, daß das Ruhrgebiet produziert.

Anfänglich legte Hopkins beide Seiten der Frage dar, die der Produktion und die der Einstellung der Produktion. Aber ich konnte nicht feststellen, welche Meinung er vertrat. Als aber Hull mehr und mehr in Erscheinung trat, sagte Hopkins schließlich zu Stimson, daß er hinsichtlich dessen Schlußfolgerung nicht mit ihm übereinstimme. Stimson sagte deshalb: „Das bedeutet einfach, Brutalität mit Brutalität bekämpfen."

Deshalb sagte Hopkins zu ihm: „Hören Sie, wollen Sie damit sagen, daß, wenn wir die gesamte Stahlproduktion in Deutschland stoppten, daß das eine brutale Handlungsweise wäre?" Und Stimson sagte: „Nun, das kann ich einfach nicht beantworten."

Ich hatte aber schließlich den sehr deutlichen Eindruck, daß Hull, wie ich meinen möchte, an diese Angelegenheit mit der gleichen Ansicht wie ich herangeht, daß er der Meinung ist — er sagte: „Dieser Nazismus ist im deutschen Volk zutiefst verwurzelt, und man muß ihn eben vertilgen, und das kann man nicht, indem man einfach ein paar Leute erschießt."

Und dann führte er als Beispiel an, wie er bei den Russen den Nagel auf den Kopf getroffen habe, als er ihnen sagte, daß er ein Standgericht haben wolle und daß er alle Leute erschießen lassen wolle.

Nun, Stimson schien das offensichtlich überhaupt nicht zu gefallen, und er begann mit einer langen juristischen Erörterung darüber, daß man ein gerichtliches Verfahren durchführen müsse, ehe man Leute erschieße, und daß dies alles auf rechtlicher Grundlage durchgeführt werden müsse.

Nun, Hull möchte nicht warten; er möchte sie alle im Morgengrauen erschießen lassen.

Mr. Bell: Hull hat also seit seinem ersten Gespräch mit Ihnen seine Meinung nicht geändert?

H. M. jr.: Nein —- als ich zurückkam — nun, eines der wichtigsten Dinge, die Hull mir sagte, ist folgendes. Hull sagte: „Möglicherweise werden wir hier im Mutterland sogar ein paar Opfer bringen." Er sagte: „Möglicherweise müssen wir sogar ein wenig von unserem Handel opfern, um die Deutschen leiden zu lassen." Das hat er tatsächlich wörtlich gesagt.

Mr. White: Genau das haben Sie gestern abend gesagt.

H. M. jr.: Und genau das wollte ich in meiner Rundfunkrede in London sagen; aber dies stammt von Hull.

Jetzt passen Sie gut auf, was ich Ihnen sage.

Das Ende der Unterredung war folgendes — ich glaubte, daß Hopkins nicht wollte, daß ich den Präsidenten spreche; aber er hat mich danach angerufen43 und mir gesagt, daß er die Unterredung auf morgen nachmittag 16.00 Uhr festsetzen wolle, da ich mit Nachdruck darauf hinwies, daß meiner Meinung nach der Präsident von Stimson aus dessen eigenen Worten entnehmen solle, was seine Einstellung sei. Ich sagte: „Möglicherweise sind diese Direktiven, die aus dem Kriegsministerium kommen, kein purer Zufall. Möglicherweise läßt man euch bei der Abfassung nicht dabeisein; möglicherweise ist das kein purer Zufall." Nun versucht man also, das Gespräch zwischen uns zustandezubringen.

Nun soll ich alle von mir gewünschten Stellungnahmen zu diesem Memorandum abgeben und es dann Hull heute nachmittag übergeben; Hull wird sie dann alle rüber zum Präsidenten schicken. Ich sagte, daß ich meine hinüberschicken werde. Er wiederholte noch einmal: „Wenn irgend jemand einen Plan hat, so soll er ihn getrennt schicken."

Ich weiß nicht — weshalb geben wir nicht alle unsere Stellungnahmen ab und senden sie hinüber? Sie werden sich jetzt gleich zusammensetzen müssen. Ich glaube, wir können nicht viel mehr tun, als den Gedanken über die Ruhr darlegen, und der Grund, weshalb ich es tun will, Harry [White], ist folgender: Ich habe ihn dem Präsidenten vorgetragen, und er ist ihm zu-

43 Vergl. die nachstehend wiedergegebene Aufzeichnung dieses Telefongespräches.

getan. Ich weiß, daß ich, wenn ich diese Sache befürworte, keine Lösung dafür habe, was mit der Bevölkerung geschehen soll; ich möchte aber am extremen Ende dieser Seite stehen, und wenn Hopkins daraufhin sagt, daß es in ganz Deutschland — und nicht nur an der Ruhr — keine Stahlwerke, keine chemischen Werke geben darf — wenn ich dann auf meiner Seite bleibe — nun, ich habe ja nicht gesagt, daß es überhaupt eine Stahlproduktion in Deutschland geben soll; aber jetzt wollen sie das in ganz Deutschland durchsetzen — deshalb will ich dort auf meiner Seite bleiben, verstehen Sie, und wenn ich dort bleibe, so werden Stimson und Hopkins festgelegt, und ich glaube, das ist furchtbar wichtig.

Hopkins sagt, ich könne dem Präsidenten einen Floh ins Ohr setzen, so daß der Präsident zornig wird und die Frage an Ort und Stelle mit Stimson regelt, denn Stimson sagte folgendes — könnte ich mich nur an all diese Dinge erinnern — er sagte: „Ich werde meine Meinung um kein Jota ändern, und ich werde darüber nichts mehr sagen."

Zu einem anderen Zeitpunkt — er druckste irgendwie darum herum — er sagte mir das schon einmal beim Mittagessen — er scheint sich davor zu fürchten, in meiner Gegenwart über Christentum zu sprechen, ich weiß nicht warum, aber ich sagte ihm, was ich von Anfang an gesagt habe: „Cordell, gehen Sie zurück auf die Lehre Jesu und wie Jesus seinerzeit lebte, ich werde Ihnen beipflichten, wenn Sie über das Christentum zur Zeit Jesu und seine Reden und Gedanken sprechen." Es wäre mir sehr recht, wenn ich in der Lage wäre, diesen Dingen gemäß zu leben, aber er[44] sagte folgendes, er sagte schließlich: „Nun, ich glaube, wir können die deutsche Frage ausschließlich durch Christentum und Güte lösen."

Mr. Gaston: Er möchte keine Einschränkung in der deutschen Wirtschaft, keine Zerschlagung der Schwerindustrie?

H. M. jr.: Nein. Und er sagte uns gestern abend, daß man dadurch die ganze Sache aus dem Gleichgewicht brächte, und er glaubt, daß Deutschland immer noch die starke Macht sein könnte usw. usw.

Mr. Gaston: Das ist einfach 1000 Prozent falsch.

44 Gemeint ist Kriegsminister Stimson.

H. M. jr.: Schauen Sie nur einmal, wieviel Arbeit es gekostet hat, das alles zustandezubringen, verstehen Sie? Und Stimson verwies die ganze Zeit über auf irgendein Memorandum, das von irgendeinem Ausschuß dort drüben herübergeschickt wurde, und wie sich das von dem unterscheide, worüber Hull spreche. Deshalb sagte Hopkins schließlich: „Schauen Sie, lassen Sie uns alle diese Papiere vergessen, es gibt viel zu viele Papiere. Wir können sie nicht alle lesen. Wir müssen von vorne anfangen."
Ich schenke euch nun allen so viel Vertrauen, daß ich euch alles gebe, was ich habe. Ich glaube, das ist das Einfachste. Aber es gehört alles in diesen Umschlag, und ich möchte gern, daß alles so zurückkommt.
Hull sagte, daß es sich hier um eine Art Ausschuß handle. Hopkins sagte: „Ist das nicht von Dr. Matthews*[45]?"
Ich las es, und es klang mir ganz so, als ob es von Hull selber komme.
Mr. Bell: Das ist ziemlich stark, nicht wahr?
H. M. jr.: 0 ja, würdet ihr das aber bitte zusammenhalten, denn das ist der Kram, den ich mit zur Besprechung nahm. Ich möchte es zurückhaben.
Mr. Gaston: Ja.
H. M. jr.: Wenn es jetzt also erforderlich ist, werde ich jederzeit bereit sein, wenn Ihr es auch seid. Ich glaube nicht, daß wir noch viel hinzufügen müssen.
Mr. Gaston: Hat der Präsident Ihre anderen Stellungnahmen und den anderen Kram?
H. M. jr.: Ja, er hat den Kram, aber das, worauf es ankommt — White, lesen Sie doch eben diese allerletzte Sache, die Zusammenfassung.
Mr. White (vorlesend):

„Die Hauptziele unserer Wirtschaftspolitik sind folgende:

1. Der Lebensstandard der deutschen Bevölkerung ist auf das Existenzminimum zu beschränken.

2. Die wirtschaftliche Machtstellung Deutschlands in Europa muß beseitigt werden.

3. Die Wirtschaftskapazität ist derart zu verändern, daß Deutschland in so starkem Maße auf Einfuhren und Aus-

[45] H. Freeman Matthews, Beamter des Außenministeriums.

fuhren angewiesen ist, daß es mit eigenen Mitteiii nicht zur Kriegsproduktion zurückkehren kann."

Ich habe das angeschaut, und das Ganze ist bestimmt teilweise, wenn nicht sogar großenteils von Matthews, wenn auch nicht alles. Einige der Dinge sind unseren Memoranden entnommen.

H. M. jr.: Worauf Hopkins hinwies und was ich für richtig halte — er glaubt, daß man am besten diese letzte Sache akzeptiert, ohne zuviel nachzubohren, denn wir könnten bestimmt jede einzelne dieser Sachen gutheißen. Sie sind eben das genaue Gegenteil von dem, was Stimson sagt. Wenn der Präsident diese Sache bekommt, wird er Stimson wissen lassen, daß er dafür ist.

Mr. Gaston: Es ist sehr grob ausgedrückt, er täte aber gut daran, es zu akzeptieren.

H. M. jr.: Das ist richtig, werfen Sie aber in der Sache die Frage der Teilung und Ruhrangelegenheit auf.

Mr. White: Es ist allgemein genug, so daß wir alles darunter bringen können, was wir darunter haben wollen. „Die Wirtschaftskapazität Deutschlands ist derart zu verändern, daß Deutschland in so starkem Maße auf Einfuhren und Ausfuhren angewiesen ist", mit anderen Worten, sie dürfen innerhalb ihrer Grenzen weitgehend nicht die Fähigkeit haben, Krieg zu führen; nun, das sagen wir ja. Zusammen mit „die wirtschaftliche Stellung und Macht Deutschlands in Europa ist zu beseitigen". Ich meine, das könnte ein allgemeiner Grundsatz sein, in dessen Rahmen man alles tun könnte oder ein wenig tun könnte.

Mr. Bell: Ja, Hull war sehr stark.

H. M. jr.: Er hat seine Meinung kein bißchen geändert.

Es wird erörtert, daß für den vorgesehenen Posten eines Hohen Kommissars in Deutschland „Patterson der beste" sei.

H. M. jr.: Wenn man diese Art Direktive hat und sie in Pattersons Hände legte, dann hätte ich keine Sorge. Ich glaube, wir haben große Fortschritte gemacht. Sind Sie nicht alle froh darüber?

Mr. Gaston: Sehr schön. An Hulls Stelle —

H. M. jr.: Es ist alles so wichtig, aber schauen Sie, die Schwierigkeit ist die, daß, wenn ich die Sache nicht überall aufgerührt hätte, Hull einfach dasäße und die Haltung einnähme: „Der

Präsident sollte mich fragen, was ich von der ganzen Sache halte." Wenn der Präsident Hull nicht fragt, was er denkt, so sagt er es ihm nicht. Ist das nicht gut?

Mr. Bell: Sehr gut.

H. M. jr.: Nun, Jungs, setzt Euch zusammen, und sobald Ihr fertig seid, werde auch ich da sein.

Mr. White: Das hier weicht von der Haltung des Außenministeriums ab. Darüber besteht kein Zweifel — wie aus ihrem früheren Memorandum hervorgeht.

Mr. Gaston: Klingt mir gerade so, als ob es Hull selber diktiert hat, denn es ist nicht genau formuliert.

Mr. White: Nein, aber er hatte dabei einige der früheren Memoranden. Ich erkenne einige der Wendungen wieder, sowohl unsere als auch die vorherigen. Erinnern Sie sich — als ich Ihnen jene frühe Ausfertigung des Memorandums schickte, die Sie erhalten haben? Ich schickte eine Mitteilung, in der ich sagte, daß wir dieses am Freitag als Diskussionsgrundlage benutzen würden und daß ich Kopien davon an das Außenministerium und das Kriegsministerium schicken würde, damit diese davon eine Ausfertigung hätten.

H. M. jr.: Nun, ich glaube nicht, daß das, worum ich Sie bitte, sehr schwierig ist. Ich will damit nicht die anderen ausschließen, aber ich fühle mich heute nicht sehr wohl, und ich könnte einfach nicht mit einer größeren Gruppe arbeiten. Würden Sie sie deshalb mit einbeziehen, wenn sie nützlich sein könnten?

Mr. Bell: Das soll nicht neu geschrieben werden — einfach zur Vorlage Ihrer Stellungnahmen.

H. M. jr.: Ich werde einfach zu sagen haben, womit ich einverstanden sei und womit nicht, so daß ich Zusatzpunkte, die Punkte des Finanzministeriums, hinzufügen kann, wenn es an den Präsidenten geht. Das ist alles. Es sind keine Punkte, es sind Stellungnahmen.

Mr. White: Ja, wir mischten uns da ein; aber schauen Sie, wie das war — es war sehr interessant —, wenn ich nicht dagewesen wäre, hätte keiner die Frage der Teilung vorgebracht. Ich bestand aber darauf, daß sie angeschnitten würde. Und dann hatten sie so viele Papiere, und Hull hatte es mißverstanden. Dadurch, daß das nun vorgebracht wurde, blieb die ganze Sache stecken, und wir kamen überhaupt nicht voran. Wir waren volle

eineinhalb Stunden da, aber Hull wollte es nicht vorbringen, und es geschah etwas vollkommen Ungewöhnliches. Stimson sprach Hull an: „Sir, ich möchte folgendes sagen, Sir." Hull erwiderte entsprechend: „Nun, Herr Oberst Stimson." So sprechen sie miteinander. Sie kommen in ihre zweite Kindheit.
Mr. Gaston: Einer ist Außenminister für die Regierung von Theodore[46] Roosevelt und der andere Außenminister für die Regierung von Franklin Roosevelt.
H. M. jr.: Weshalb muß ein Mann in Stimsons Stellung ein anderes Kabinettsmitglied mit „Sir" anreden?
Mrs. Klotz: Hat er das immer getan, oder haben Sie sie nie zusammen gesehen?
H. M. jr.: Schauen Sie, die Dinge liegen so: Als er anfänglich zum Kabinett kam, machte ich meistens Stunk und brachte gewisse Dinge an den Tag, und Stimson sagt, es sei für ihn so peinlich, sich mit Hull zu streiten. Deshalb haben sie vereinbart, einmal in der Woche dort drüben eine Besprechung abzuhalten, um dort alles zu regeln, und ich bin nicht dabei.
Ich glaube, daß Hull sich heute morgen gut amüsierte.
Mr. White: Nun, er brauchte sich nicht mit Ihnen zu streiten. Er hatte Sie dieses eine Mal auf seiner Seite.
H. M. jr.: Legen Sie das Memorandum bei — ich meine, seifen Sie Hull ein bißchen ein.

„Auf Wiedersehen" — beim Präsidenten

Aufzeichnung einer telefonischen Unteredung*[47]

5. September 1944, 11.25 Uhr (1/521—524)

H. M. jr.: Harry.
Harry Hopkins: Ja.
H. M. jr.: Das war eine außerordentlich ermutigende Besprechung.

[46] US-Präsident 1900—1908.

[47] Dieses Gespräch fand lt. Zeitangabe unmittelbar im Anschluß an die unter dem Vorsitz von Hopkins abgehaltene Sitzung des vom Präsidenten Roosevelt eingesetzten Regierungsausschusses für die Deutschlandfrage statt, über die Minister Morgenthau dann um 11.45 Uhr seinen Mitarbeitern berichtete. „Die drei Minister konnten sich nur darauf einigen, Roosevelt gesonderte Memoranden auszuarbeiten und sich am nächsten Nachmittag um 4 Uhr bei ihm zu treffen" (John Morton Blum, a. a. O., Seite 230).

Hopkins: Mein Gott, das ist wahr. Ich bin fast vom Stuhl gefallen.
H. M. jr.: Zum ersten Male wäre ich am liebsten aufgestanden und hätte Cordell abgeküßt.
Hopkins: Natürlich wußten Sie wahrscheinlich auf Grund Ihrer Tischgespräche von gestern abend, was Sie von dem anderen48 zu erwarten hatten.
H. M. jr.: Nun, ich habe Ihnen das zugeflüstert — heute morgen.
Hopkins: Mein Gott, war der schrecklich.
H. M. jr.: Man braucht nichts anderes zu tun, als auf die Deutschen die Güte und das Christentum wirken zu lassen.
Hopkins: Meine Güte, und —
H. M. jr.: Was?
Hopkins: Und, und, und, natürlich, Henry. Aber im Grunde glaube ich, daß der Gedanke der NichtVerwendung von Vermögenswerten ihn sehr schmerzt.
H. M. jr.: Nun, Harry —
Hopkins: Er ist so lange in dieser Schule aufgewachsen, daß das Eigentum, mein Gott, so heilig wird.
H. M. jr.: Ich habe Ihnen das schon gestern gesagt, erinnern Sie sich, als Sie McCloy erwähnten?
Hopkins: Nun, er — ich war überrascht über das, was er sagte. Glauben Sie, daß ihm wirklich bewußt war, was er da sagte? Glauben Sie, daß seine Meinung so weitgehend von der unsrigen abweicht?
H. M. jr.: Ja, denn er hatte Gelegenheit, das gestern abend durchzuproben, und Harry sagte zu mir: „Drückte sich Stimson bei dem, was er heute sagte, deutlicher aus als gestern?" Ich sagte: „Ja, was er sagte, war klarer, aber es — was er sagte, klang schlechter."
Hopkins: Ach, ich meine, es ist schrecklich, und ich sage Ihnen, Henry — ich glaube, es ist nutzlos, weiter mit ihm zu sprechen.
H. M. jr.: Nun, ich glaube —
Hopkins: Und ich glaube — ich bin ziemlich sicher — was ich

48 Gemeint ist Kriegsminister Stimson.

auch von Ihnen annehme — wo der Präsident in dieser Angelegenheit landen wird.
H. M. jr.: Ja, aber —
Hopkins: Nun, wenn Hull — weiterhin so zuschlagen wird, dann wird es uns hier sehr bald besser gehen.
H. M. jr.: Ja, aber ich meine, wir sollten mit dem Präsidenten zusammenkommen und ihn wissen lassen, welche Haltung diese Leute einnehmen.
Hopkins: Sie meinen, man solle es ihn selber sagen lassen — was, meinen Sie, wird er sagen?
H. M. jr.: Ja.
Hopkins: Ich bin ganz sicher, daß er das auch tun wird.
H. M. jr.: Und man soll ihn wissen lassen, welche Meinung Stimson hat.
Hopkins: Ja, und man soll Stimson es ihm selber sagen lassen.
H. M. jr.: Ja.
Hopkins: Ich wünschte, er hätte das hören können, was Stimson heute sagte.
H. M. jr.: Er wird das gleiche sagen.
Hopkins: Mein Gott, war das schrecklich.
In einem, längeren Wortwechsel wird vereinbart, daß Morgenthaus Mitarbeiter White über den letzten Absatz des Memorandums des Außenministers mit Hopkins sprechen wird.
H. M. jr.: Schön. Lassen Sie mich nun — nun, wie steht es mit dem Präsidenten?
Hopkins: Nun, ich habe noch nichts von Grace[49] gehört, aber ich — es ist so, daß ich Grace bat, für uns morgen nachmittag um 16.00 Uhr eine Unterredung von eineinhalb bis zwei Stunden zu bekommen.
H. M. jr.: Schön.
Hopkins: Sie versprach mir, mir noch vor Mittag Bescheid zu geben.
H. M. jr.: Gut.
Hopkins: Ich werde gleich bei ihr nachfragen, wie es damit steht.
H. M. jr.: Natürlich — schauen Sie, Harry, ich glaube, es ist

49 Grace Tully — die Sekretärin des Präsidenten Roosevelt.

schrecklich wichtig, Stimson vor dem Präsidenten so loslegen zu lassen.
Hopkins: Ja.
H. M. jr.: Und ich glaube, es ist für den Präsidenten schrecklich wichtig zu wissen, welche Meinung Hull hat.
Hopkins: Ja.
H. M. jr.: Ich glaube nicht, daß ihm die bekannt ist.
Hopkins: Mein Gott, ich war so ermutigt heute morgen.
H. M. jr.: Ja.
Hopkins: Sie nicht auch?
H. M. jr.: Ja, denn keiner in diesem Ministerium ist seiner Meinung.
Hopkins: Nein, durchaus nicht, und sie sprechen nicht — ausgenommen dieses Memorandum — insgesamt sind da eine eine Menge — einige — Worte, die mir nicht gefallen — wenn dieser letzte Abschnitt — wenn diese Burschen das meinen, was sie da sagen —
H. M. jr.: Ja.
Hopkins: — Mein Gott, dann ist das Schlimmste zu erwarten.
H. M. jr.: Wie können wir nun an Patterson herankommen und eine Unterredung mit ihm verabreden, um bei ihm zu sondieren?
Hopkins: Nein, ich glaube nicht, daß sie das wagen dürfen.
H. M. jr.: Sie sind also nicht der Ansicht?
Hopkins: Nein, nicht ohne mit dem Präsidenten privat zu sprechen.
H. M. jr.: Nein, vermutlich nicht.
Hopkins: Ich möchte keine Diskussion vor diesen Leuten —
H. M. jr.: Nein, keineswegs.
Hopkins: — hierüber mit dem Präsidenten.
H. M. jr.: Nein.
Hopkins: Ja.
H. M. jr.: Nun, wie ist die Lage? Ich werde White Sie in einer halben Stunde anrufen lassen. Sie werden bei Grace zurückfragen und —
Hopkins: Richtig.
H. M. jr.: Und Sie stimmen natürlich mit mir darin überein, daß Hull und Stimson Gelegenheit haben sollten, ihren Kram beim Präsidenten vorzutragen.

Hopkins: Richtig.

H. M. jr.: Junge, diese Besprechungen waren wichtig.

Hopkins: Ich möchte Ihnen nichts weiter sagen, aber —

H. M. jr.: Ich habe alles —

Hopkins: — ich werde bestimmt, wenn ich Gelegenheit dazu bekomme, ich werde dem Boß einen Tip geben, denn ich glaube, er könnte Stimson gehörig herunterputzen. Und damit wäre alles erledigt. Stimson würde dann einsehen, daß Reden keinen Zweck mehr hat.

H. M. jr.: Nun, das Letzte, was Stimson sagte, war: „Ich werde meine Meinung bestimmt nicht ändern." Und dann die letzte Sache, daß die Angelegenheit durch Güte und Christentum gelöst werden wird.

Hopkins: Lächerlich! Und dann sagte er tatsächlich: „Ich halte jedes weitere Reden für sinnlos."

H. M. jr.: Ja.

Hopkins: Sofern wir nicht seiner Meinung beipflichten.

H. M. jr.'. Natürlich, was er will — er hat sich nicht ganz klar ausgedrückt — was er will, ist ein starkes Deutschland als Pufferstaat, und er hatte nicht den Mumm, das zu sagen.

Hopkins: Hm — hm —

H. M.jr.: Wie?

Hopkins: Hm —

H. M. jr.: Und ich glaube, wenn wir noch ein klein wenig weiterbohren könnten, so würden wir feststellen, daß er jenen anderen Burschen gleicht, die Angst vor Rußland haben.

Hopkins: Ja, ja! Nun, ich glaube, alles ist soweit in Ordnung, Henry.

H. M. jr.: Das glaube ich auch.

Hopkins: Schön, dann auf Wiedersehen.

Das Memorandum des Kriegsministers

Der nachstehende Brief trägt die Kopfbezeichnung „Kriegsministerium". Die Anlage ist ohne Überschrift, jedoch mit den Initialen HLS [Henry L. Stimson] wiedergegeben.

Geheim 5. September 1944 (1/530)

Honorable Henry Morgenthau, Finanzminister

Sehr geehrter Herr Minister!

Als Anlage übersende ich eine Ausfertigung meiner Stellung-

nähme zu dem Dokument des Außenministeriums „Vom Kabinettsausschuß vorgeschlagene Empfehlungen an den Präsidenten für die Behandlung Deutschlands", welches wir heute morgen besprachen.

Hochachtungsvoll

Henry L.
Stimson
Kriegsminister

*

Geheim 5. September 1944 (1/530—532)

Ich habe das Dokument mit dem Titel „Vom Kabinettsausschuß vorgeschlagene Empfehlungen an den Präsidenten für die Behandlung Deutschlands" vom 4. September, das vom Außenminister dem Ausschuß vorgelegt wurde, geprüft und mit meinen Kollegen vom Ausschuß besprochen.

Mit Ausnahme des letzten Abschnitts stimme ich mit den in ihm dargelegten Grundsätzen überein. Sie entsprechen der Linie, auf der wir uns im Kriegsministerium in unseren Direktiven an die Streitkräfte bewegen.

Der letzte Abschnitt lautet jedoch wie folgt:

„Die Hauptziele unserer Wirtschaftspolitik sind folgende:

1. Der Lebensstandard der deutschen Bevölkerung ist auf das Existenzminimum zu beschränken.
2. Die wirtschaftliche Machtstellung Deutschlands in Europa muß beseitigt werden.
3. Die Wirtschaftskapazität Deutschlands ist derart zu verändern, daß Deutschland in so starkem Maße auf Einfuhren und Ausfuhren angewiesen ist, daß es mit eigenen Mitteln nicht zur Kriegsproduktion zurückkehren kann."

Wenngleich verschiedene dieser Erklärungen an sich möglicherweise eine Auslegung zulassen, gegen die ich nichts einzuwenden hätte, sind bei ihrer Auslegung in der Besprechung von heute vormittag entschieden Positionen eingenommen worden, gegen die ich mich mit allem Nachdruck wende. Die von einigen meiner Kollegen offen vertretene Meinung war, daß die als Saar und Ruhr bekannten großen Industriegebiete Deutschlands mit ihren sehr bedeutenden Kohle- und Erzvorkommen in ein nichtindustrialisiertes Agrarland umgewandelt werden sollten.

Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein derartiges Vorhaben möglich oder wirksam sein könnte, und ich sehe gewaltige all-

gemeine Schäden voraus, die sich aus dem Versuch einer derartigen Behandlung des Gebietes ergeben würden. Während der vergangenen 80 Jahre europäischer Geschichte war dieser Teil Deutschlands eine der wichtigsten Quellen der Rohstoffe, auf denen der wirtschaftliche Lebensunterhalt Europas beruhte. Auf die Produktion, die sich aus diesen Rohstoffen herleitete, welche während jener Jahre aus diesem Gebiet kamen, gründete sich sehr weitgehend der Handel Europas. Auf Grund dieser Produktion wurde Deutschland zur größten Versorgungsquelle für nicht weniger als zehn europäische Länder, nämlich Preußen, Norwegen, Schweden, Dänemark, Holland, die Schweiz, Italien, Österreich, Ungarn, Rumänien und Bulgarien und die zweitgrößte Versorgungsquelle für Großbritannien, Belgien und Frankreich. Durch eben den Handel, der sich zum großen Teil aus dieser Produktion ergab, wurde Deutschland außerdem zum größten Käufer oder besten Kunden Rußlands, Norwegens, Preußens, Hollands, Belgiens, der Schweiz, Italiens und Österreich-Ungarns und zum zweitbesten Kunden Großbritanniens, Schwedens und Dänemarks. Die Produktion dieser Materialien aus diesem Gebiet könnte nicht, wie heute vormittag vorgeschlagen, gesperrt und zerschlagen werden, ohne offensichtlich eine große Verschiebung des Handels zu verursachen, von dem Europa gelebt hat. In Deutschland selber hat dieser Handel seit 1870 die Bevölkerung auf eine Zahl anwachsen lassen, die ungefähr um 30 Millionen über der liegt, die jemals von der landwirtschaftlichen Fläche Deutschlands allein ernährt wurde. Zweifellos fand ein ähnlicher Bevölkerungszuwachs in den Staaten statt, welche indirekt an dem auf dieser Produktion basierenden Handel teilnahmen.

Ich kann die Annahme nicht als realistisch ansehen, daß ein derartiges Gebiet bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage der Welt in ein unproduktives „Geisterland"[50] verwandelt werden kann, wo es doch zum Mittelpunkt eines der am meisten industrialisierten Kontinente der Welt geworden ist, der von Völkern voller Energie, Kraft und Fortschrittswillen bewohnt wird.

Ich kann mir vorstellen, daß man sich bemüht, dem Miß-

50 Vergl. Seite 130 f.

brauch, den Deutschland in letzter Zeit mit dieser Produktion getrieben hat, durch sinnvolle Kontroll- oder Treuhänderschaftssysteme oder sogar durch Besitzübertragungen an andere Staaten entgegenzutreten; aber ich kann mir nicht vorstellen, daß man eine solche Gabe der Natur in einen Müllhaufen verwandelt.

Krieg bedeutet Zerstörung. Dieser Krieg hat, schlimmer als jeder frühere Krieg, gewaltige Zerstörungen verursacht. Offenkundiger denn je ist es für die ganze Welt, daß Vorteile der Produktivität für den Wiederaufbau benötigt werden. Ganz abgesehen von Deutschland oder gar seinen Satelliten werden unsere Alliierten in Europa die Notwendigkeit dieser Produktivität erkennen, wenn sie vernichtet werden sollte. Darüber hinaus ist die Schnelligkeit des Wiederaufbaus von großer Wichtigkeit, wenn wir hoffen wollen, gefährliche Erschütterungen in Europa zu vermeiden.

Wir denken daran, das Eigentumsrecht an Ostpreußen, Oberschlesien, Elsaß und Lothringen (von denen jedes mit Ausnahme des ersteren über wichtige Rohstoffe verfügt) von Deutschland auf andere Staaten zu übertragen und eine allgemeine wirtschaf tliche Kontrolle einzuführen. Wir prüfen außerdem die Zweckmäßigkeit einer möglichen Aufteilung Deutschlands in einen nördlichen und einen südlichen Teil sowie die Schaffung eines internationalen Staates an der Ruhr. Mit derartigen Vorsichtsmaßnahmen oder auch nur mit einigen von ihnen sollte es gewiß nicht erforderlich sein, daß wir die gesamte industrielle Produktivität im Ruhrgebiet vernichten, um ihren künftigen Mißbrauch zu verhindern.

Ich kann mich auch nicht damit einverstanden erklären, daß es eines unserer Ziele sein sollte, die deutsche Bevölkerung „auf dem Existenzminimum" zu halten, wenn man damit die Grenze der Armut meint. Das würde bedeuten, daß man das deutsche Volk zu einem Zustand der Sklaverei verdammt, in welcher ein Mensch, ohne Rücksicht darauf, wie schwer oder wie tüchtig er arbeitet, seine wirtschaftliche Stellung in der Welt nicht wesentlich verbessern könnte. Ein derartiges Programm würde meiner Meinung nach Spannungen und Ressentiments hervorrufen, die einen unmittelbaren Vorteil an Sicherheit weit überwögen und dazu führen würden, daß die Schuld der Nazis und die

Zeitgeschichtlicher Hinweis des deutschen Herausgebers:

In diesem Memorandum fällt auf, daß der Kriegsminister seine Kritik ausschließlich auf den wirtschaftlichen Punkt im Memorandum des Außenministers begrenzt. Die vom Kriegsministerium zunächst vorgesehene Beachtung der von den USA eingegangenen völkerrechtlichen Bindungen (vergl. Seiten 82 und 157) wurde vom Kriegsminister in dieser Aufzeichnung nicht mehr vertreten.

Bösartigkeit ihrer Doktrin und Handlungen verkleinert würden.

Ich kann nur annehmen, daß man durch derartige wirtschaftliche Fehler auch die Quellen vergiften würde, mit denen, wie wir hoffen, der zukünftige Friede der Welt aufrechterhalten werden kann.

Hauptsächlich durch die umfassende Ergreifung, Untersuchung und Aburteilung aller Naziführer und aller Organe des Terrorsystems der Nazis, wie der Gestapo, und durch eine möglichst prompte, schnelle und schwere Bestrafung können wir den Abscheu demonstrieren, den die Welt vor einem solchen System hat, und dem deutschen Volk unsere Entschlossenheit klarmachen, dieses System und alle seine Früchte für alle Zeiten auszurotten.

Mein grundsätzlicher Einwand gegen die vorgeschlagenen Methoden zur Behandlung Deutschlands, die heute vormittag besprochen wurden, war, daß zu einem System der vorbeugenden und erzieherischen Bestrafung die gefährliche Waffe der vollständigen wirtschaftlichen Unterdrückung hinzugefügt würde. Derartige Methoden verhindern meiner Meinung nach keinen Krieg; sie sind dazu angetan, Krieg herbeizuführen.

(gez.) Henry L. Stimson

Der Präsident weicht aus

Gruppenbesprechung bei Minister Morgenthau

Der Kopf des Dokumentes nennt das Stichwort „Revision des militärischen Handbuches". (6 Teilnehmer sind genannt.)

6. September 1944, 15.55 Uhr (1/536—547)

H. M. jr.: Ich hatte drüben eine sehr unbefriedigende Besprechung mit dem Präsidenten. Stimson ging gleich auf das Thema los und argumentierte gegen —wie er sich ausdrückte — die Absperrung aller Hilfsquellen im Ruhrgebiet. Und als Stim-

son damit fertig war, nahm der Präsident die selbe Haltung ein, wie ich sie bezüglich des Ruhrgebietes eingenommen habe, nämlich, daß die Engländer den Vorteil des Stahlgeschäfts hätten, wenn das Ruhrgebiet geschlossen würde.

Der Präsident scheint den Eindruck zu haben, daß der Stahl und die Kohle im Ruhrgebiet -—- nun, er bringt das durcheinander. Ich sagte es ihm. Im Verlauf der Besprechung behauptete Stimson natürlich seine Position, aber der Präsident wiederholte: „Nun, Sie können diese wirtschaftliche Sache in einem halben Jahr oder einem Jahr machen; sie ist nicht so besonders eilig." Ich versuchte, ihm zu erklären, um was es sich handelte. Ich habe nicht so furchtbar viel gesprochen. Dann ging der Präsident zu etwas vollkommen Neuem über. Er sagte, er denke an die Grafschaft Duchess, und wie es anno 1810 noch aussah, und wie die Leute in handgesponnenen Wollsachen gingen. Er ging bis zu der Zeit zurück, als er noch ein Junge war, und — ich muß hier dieselben Worte gebrauchen wie er — er das „Außenklo" benutzte, und daß die Leute auch ohne Badezimmer auskommen und vollkommen zufrieden sein könnten. Ich weiß nicht genau, wo sich diese Episode zugetragen hat —

Mr. Gaston: Wir wollen die Wasser- und Gasleitungen im Ruhrgebiet zerstören. Ist das damit gemeint?

H. M. jr.: Daß kein Grund dafür besteht, daß Deutschland nicht ins Jahr 1810 zurückversetzt werden könnte. Die Deutschen könnten dann vollkommen bequem leben, hätten aber keine Luxusgegenstände — ein schlichter, einfacher Lieferant von Außenklosetts. Er ließ sich des längeren darüber aus.

Mr. White: Damit wäre eine Lösung für viele Millionen von Menschen gefunden.

H. M. jr.: Der Präsident schien hierbei daran zu denken, daß er zwar die Stahlwerke nicht gleich anrühren würde — er würde sie dort lassen und sozusagen allmählich entscheiden, was mit ihnen zu geschehen hat — er hatte die Vorstellung, daß diese Sache gut für England sei, doch waren ihm nicht alle Seiten des Problems bekannt.

Hopkins machte andererseits sehr starke Einwendungen dagegen, daß es überhaupt Stahlwerke oder kriegswichtige Fabriken geben soll. Ich meine, er trat sehr entschieden auf.

Das Nettoergebnis — das Ungünstige an der Sache ist, daß

der Präsident uns nur eine knappe halbe Stunde gewährte. Ith glaube sicher, daß ich mit dem, was ich ihm gab, über das Wochenende einen Eindruck bei ihm hinterlassen habe, denn er beschäftigte sich innerlich damit. Aber Stimson wurde gewiß von ihm unterstützt und ermutigt.

Als sie andererseits auf die deutsche Frage zu sprechen kamen, auf den Handel und auf die Stellung Deutschlands, wandte er sich an Hull und sagte: „Nun sind Sie, Mr. Hull, während der vergangenen fünfzehn Jahre gemeinsam mit mir natürlich für verstärkten Handel und größeren Wohlstand und Frieden usw. eingetreten. Und ich bin sicher, daß Sie mit mir darin übereinstimmen, daß wir das in Deutschland tun müssen." Und Hull antwortete ihm nicht. Er ging einfach auf eine andere Sache über.

Das Traurige an der ganzen Sache ist aber, sehen Sie, daß ich zwar den Präsidenten darauf hinwies, daß er die Sache gleich tun müsse — er aber einem einfach nicht genug Zeit läßt, die Sache bis zu Ende durchzusprechen. Ich meine, daß man für diese Sachen Stunden braucht, aber ich war sehr unglücklich über die Sache. Sie ist keineswegs verloren; aber was ich ihm sagte, war folgendes. Ich sagte: „Dieses hier ist die Direktive, die von den alliierten Stabschefs durchgesetzt wird und auf der das Handbuch basiert, und diese Direktive besteht auch heute noch." Nun hat er das. Ich habe es ihm gegeben.

Im weiteren Verlauf der Besprechung überbrachte Major Boettiger (Schwiegersohn des Präsidenten Roosevelt) den Entwurf für Änderungen im politischen Abschnitt des „Militärischen Handbuches", das Anfang August von Minister Morgenthau kritisiert und daraufhin gesperrt worden war. Die neuen Texte sollen von Beamten des Finanzministeriums durchgesehen werden.

Der offizielle Text des Morgenthau-Planes

Der nachstehend mit den beigefügten Begleitschreiben wiedergegebene Text stimmt in allen wesentlichen Punkten mit den vorhergegangenen Entwürfen überein (vergi. Seiten 108 bis 114 und Seiten 146 bis 153), ist jedoch an manchen Stellen knapper gefaßt.

6. September 1944 (1/547)

Honorable Cordell Hull, Außenminister
Washington, D. C.

Lieber Cordell! Ich war erfreut über die gestern von Ihnen

zum Ausdruck gebrachte Meinung über die Behandlung des deutschen Volkes.

Wir hier im Finanzministerium haben ein viel detaillierteres Memorandum ausgearbeitet, und ich glaube, daß es einem nützlichen Zweck dienen könnte, wenn man dem Präsidenten eine Ausfertigung davon gäbe. Idi füge außerdem eine Ausfertigung für Sie bei.

Ihr sehr ergebener
(gez.) Henry

Durch Sonderkurier

*

6. September 1944 (1/547)

Honorable Henry L. Stimson, Kriegsminister
Washington, D. C.

Lieber Harry! [sic] Als Anlage füge ich eine Ausfertigung des Memorandums bei, das ich an den Außenminister übersandte und das er wiederum an den Präsidenten weiterleiten wird.

Ich danke Ihnen für die Übersendung einer Ausfertigung Ihres Memorandums. Nach dem Durchlesen möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, daß idi mich nicht daran erinnern kann, daß irgend jemand vorgeschlagen hätte, den Betrieb an der Saar einzustellen.

Ihr sehr ergebener
(gez.) Henry

Durch Sonderkurier

*

6. September 1944 (1/547)

Honorable Harry Hopkins, Weißes Haus
Washington, D. C.

Lieber Harry! Als Anlage füge ich eine Ausfertigung des Memorandums bei, das ich an den Außenminister übersandte und das er wiederum an den Präsidenten weiterleiten wird.

Ihr ergebener
(gez.) Henry

Durch Sonderkurier

*

Finanzministerium

Streng geheim
Vorschlag eines Deutschlandprogramms für die Zeit nach der Kapitulation (1/548—554)

1. Entmilitarisierung Deutschlands

Es sollte das Ziel der alliierten Streitkräfte sein, die vollständige Entmilitarisierung Deutschlands in der kürzestmöglithen Zeit nach der Kapitulation zu erreichen. Das bedeutet die vollständige Entwaffnung der deutschen Streitkräfte und Bevölkerung (einschließlich der Entfernung oder Vernichtung allen Kriegsmaterials), die vollständige Zerstörung der gesamten deutschen Rüstungsindustrie und die Entfernung oder Zerstörung anderer Schlüsselindustrien, die für das militärische Potential von grundlegender Bedeutung sind.

2. Teilung Deutschlands

(a) Polen sollte den Teil Ostpreußens erhalten, der nicht an die UdSSR fällt, und den südlichen Teil Schlesiens, wie auf der beigefügten Karte (Anhang A51) angegeben.

(b) Frankreich sollte das Saargebiet und die angrenzenden Gebiete bis zum Rhein und zur Mosel erhalten.

(c) Wie in Teil 3 angegeben, sollte eine internationale Zone geschaffen werden, die das Ruhrgebiet und die umliegenden Industriegebiete umfaßt.

(d) Der übrige Teil Deutschlands sollte in zwei autonome, selbständige Staaten aufgeteilt werden, 1. einen süddeutschen Staat, der Bayern, Württemberg, Baden und einige kleinere Gebiete umfaßt, und 2. einen norddeutschen Staat, der einen großen Teil des alten Staates Preußen, Sachsen, Thüringen und mehrere kleinere Länder umfaßt.

Zwischen dem neuen süddeutschen Staat und Österreich, das in seinen politischen Grenzen aus der Zeit vor 1938 wiederhergestellt wird, soll eine Zollunion geschlossen werden.

51 Verkleinerte Wiedergabe 8. Seite 147.

3. Das Ruhrgebiet

(Die die Ruhr umgebenden und auf der beigefügten Karte dargestellten Industriegebiete, einschließlich Rheinland, Kielkanal und alles deutsche Gebiet) nördlich des Kielkanals [sie].

Hier befindet sich der Kern deutscher industrieller Macht, der Braukessel des Krieges. Dieses Gebiet sollte nicht nur von allen gegenwärtig dort vorhandenen Industrien entblößt, sondern auch so geschwächt und unter Kontrolle gehalten werden, daß es in absehbarer Zukunft nicht [wieder] zu einem Industriegebiet werden kann. Das wird durch folgende Maßnahmen erreicht:

(a) Innerhalb eines kurzen Zeitraumes, wenn möglich von nicht länger als sechs Monaten nach Beendigung der Feindseligkeiten, sind alle durch militärische Maßnahmen nicht zerstörten Industrieanlagen und Ausrüstungen entweder vollständig zu demontieren und aus dem Gebiet zu entfernen oder vollständig zu zerstören. Aus den Bergwerken ist alles Gerät zu entfernen, und die Bergwerke sind gründlich zu zerstören.

Es ist vorgesehen, die Entblößung dieses Gebietes von Industrie in drei Phasen zu erreichen:

I. Sofort nach ihrem Einmarsch in das Gebiet zerstören die Streitkräfte alle Betriebe und Geräte, die nicht entfernt werden können.

II. Entfernung von Betrieben und Gerät durch Angehörige der Vereinten Nationen als Wiedergutmachung und Reparationen (Ziffer 4).

III. Alle innerhalb einer angegebenen Frist, z. B. von 6 Monaten, nicht entfernten Betriebe und Geräte werden vollständig zerstört oder verschrottet und den Vereinten Nationen zugewiesen.

(b) Allen in diesem Gebiet befindlichen Personen sollte klargemacht werden, daß man nicht gestatten wird, daß dieses Gebiet wieder zu einem Industriegebiet wird. Infolgedessen sollten alle Personen und ihre Familien innerhalb dieses Gebietes, die besondere Kenntnisse besitzen oder eine technische Ausbildung erhalten haben, veranlaßt werden, für immer aus diesem Gebiet auszuwandern, und so weit wie möglich zerstreut werden.

(c) Das Gebiet sollte in eine internationale Zone umgewan-

delt werden, die von einer internationalen Sicherheitsorganisation zu verwalten ist, welche von den Vereinten Nationen aufgestellt werden muß. Bei der Verwaltung des Gebietes sollte die internationale Organisation sich von Grundsätzen leiten lassen, die darauf abzielen, die oben angegebenen Ziele zu fördern.

4. Wiedergutmachung und Reparationen

Reparationen in Form periodischer Zahlungen und Lieferungen sollten nicht verlangt werden. Wiedergutmachung und Reparationen sollen durch Übergabe vorhandener deutscher Mittel und Gebiete erfolgen, z. B.

(a) durch Rückgabe von Vermögenswerten, die von den Deutschen in den von ihnen besetzten Gebieten erbeutet wurden;

(b) durch Übergabe deutschen Gebiets und deutscher privater Rechte an in diesem Gebiet befindlichen industriellen Vermögenswerten an die Überfallenen Staaten und die internationale Organisation im Rahmen des Teilungsprogramms;

(c) durch Entfernung von Industriebetrieben und -geräten, welche sich in der Internationalen Zone und in dem norddeutschen und süddeutschen Staat befinden, die im Abschnitt über die Teilung jeweils festgelegt sind, und deren Verteilung an die verwüsteten Staaten;

(d) durch deutsche Zwangsarbeit außerhalb Deutschlands und

(e) durch Beschlagnahme aller deutschen Guthaben jedweder Art außerhalb Deutschlands.

5. Schulwesen und Propaganda

(a) Alle Schulen und Universitäten sind zu schließen, bis eine alliierte Kommission für das Schulwesen ein wirksames Reorganisationsprogramm aufgestellt hat. Man denkt daran, daß eventuell ein langer Zeitraum verstreichen wird, ehe irgendwelche höheren Bildungsanstalten wieder eröffnet werden. In der Zwischenzeit wird die Ausbildung deutscher Studenten an ausländischen Universitäten nicht verboten. Die Grundschulen werden wieder eröffnet, sobald geeignete Lehrer und Lehrbücher zur Verfügung stehen.

(b) Der Betrieb aller deutschen Sender und das Erscheinen von Zeitungen, Zeitschriften, Wochenschriften usw. sind einzustellen, bis angemessene Kontrollen eingerichtet sind und ein geeignetes Programm ausgearbeitet worden ist.

6. Politische Dezentralisierung

Die Militärverwaltung in Deutschland während der ersten Zeit sollte im Hinblick auf eine schließliche Teilung Deutschlands in drei Staaten durchgeführt werden. Um die Teilung zu erleichtern und ihren Bestand zu gewährleisten, sollten sich die Militärbehörden von folgenden Grundsätzen leiten lassen:

(a) Alle entscheidungsbefugten Beamten der Reichsregierung sind zu entlassen, und es ist in erster Linie mit den örtlichen Verwaltungen zu verhandeln.

(b) Die Wiedereinrichtung von Länderregierungen in jedem der Staaten (Länder) entsprechend den 18 Ländern, in die Deutschland gegenwärtig unterteilt ist, ist zu unterstützen, und außerdem sind die preußischen Provinzen zu getrennten Ländern zu machen.

(c) Nach der Teilung Deutschlands sollten die verschiedenen Länderregierungen ermutigt werden, eine Bundesregierung für jedes der neuen Teilgebiete zu errichten. Diese neuen Verwaltungen sollten die Form einer Konföderation von Ländern, unter Betonung der Rechte der Länder und einer weitgehenden örtlichen Autonomie, haben.

7. Verantwortung des Militärs für die örtliche deutsche Wirtschaft

Der einzige Zweck, den das Militär bei der Kontrolle der deutschen Wirtschaft zu erfüllen hat, muß sein, die militärischen Operationen und die militärische Besetzung zu ermöglichen. Die alliierte Militärregierung soll keine Verantwortung für wirtschaftliche Probleme, wie Preiskontrollen, Rationierung, Arbeitslosigkeit, Produktion, Wiederaufbau, Verteilung, Verbrauch, Wohnungsfragen oder Verkehr übernehmen oder Maßnahmen ergreifen, die dazu dienen, den Betrieb aufrechtzuerhalten oder zu verstärken. Die Verantwortung für die

Aufrechterhaltung der deutschen Wirtschaft und den Unterhalt des deutschen Volkes mit den Mitteln, die unter den gegebenen Umständen vorhanden sind, liegt beim deutschen Volk.

8. Kontrollen über die Entwicklung der deutschen Wirtschaft

Während eines Zeitraumes von mindestens zwanzig Jahren nach der Kapitulation sind von den Vereinten Nationen angemessene Kontrollen, einschließlich Kontrollen über den Außenhandel und scharfer Beschränkungen von Kapitaleinfuhren, mit dem Ziel aufrechtzuerhalten, in den neugeschaffenen Ländern die Gründung oder die Entwicklung von Schlüsselindustrien zu verhindern, die für das deutsche militärische Potential und zur Kontrolle anderer Schlüsselindustrien von grundlegender Bedeutung sind.

9. Bestrafung von Kriegsverbrechen und Behandlung besonderer Gruppen

Als Anhang B ist ein Programm für die Bestrafung bestimmter Kriegsverbrechen und für die Behandlung von Nazi-Organisationen und anderer besonderer Gruppen beigefügt.

10. Tragen von Abzeichen und Uniformen

(a) Keiner Person in Deutschland (außer Angehörigen der Vereinten Nationen und neutraler Staaten) darf erlaubt werden, militärische Dienstgradabzeichen oder Abzeichen von Waffengattungen, Ordensbänder oder militärische Medaillen zu tragen.

(b) Keiner dieser Personen darf gestattet werden, nach Ablauf von 6 Monaten nach Beendigung der Feindseligkeiten eine militärische Uniform oder eine Uniform einer militärischen Organisation zu tragen.

11. Verbot von Paraden

Nirgendwo in Deutschland dürfen militärische Paraden erlaubt werden, und alle Militärkapellen sind aufzulösen.

12. Flugzeuge

Alle Flugzeuge (einschließlich Segelflugzeuge), ob militärische oder zivile, sind zur späteren anderweitigen Verwendung zu beschlagnahmen. Keinem Deutschen darf gestattet werden, diese Flugzeuge, einschließlich der in ausländischem Besitz befindlichen, zu bedienen oder bedienen zu helfen.

13. Verantwortung der Vereinigten Staaten

(a) Für die Ausführung des in diesem Memorandum dargelegten Deutschlandprogramms während der Zeit nach der Kapitulation sind die Vereinten Nationen gemeinsam verantwortlich. Mit der Durchführung der vereinbarten gemeinsamen Grundsätze sollte deshalb ausschließlich die internationale Organisation betraut werden, die aus Besprechungen in den Vereinten Nationen hervorgeht.

Eine Prüfung der zur Durchführung des gemeinsamen Programms zu treffenden Maßnahmen läßt es ratsam erscheinen, die während der ersten Zeit der militärischen Besetzung auszuführenden Arbeiten von denen zu trennen, die für ihre Durchführung einen viel längeren Zeitraum erfordern. Während die USA, das Vereinigte Königreich und die UdSSR (natürlich mit Unterstützung durch die Streitkräfte anderer Vereinter Nationen) aus praktischen Gründen die Hauptrolle bei der Entmilitarisierung Deutschlands (Punkt 1) spielen werden, kann die ins einzelne gehende Durchführung anderer Teile des Programms am besten durch die kontinentalen Nachbarn Deutschlands erfolgen.

(b) Nach der vollständigen Entmilitarisierung Deutschlands würden die Aufgaben bei der Durchführung des Deutschlandprogramms wie folgt verteilt:

I. Die USA wären militärisch und zivil in allen internationalen Kommissionen vertreten, die zur Durchführung des gesamten Deutschlandprogramms aufgestellt werden, und diese Vertreter müssen ausreichendes US-Personal haben.

II. Die Hauptverantwortung für die Überwachung Deutschlands und für die zivile Verwaltung in Deutschland würde von den Streitkräften der kontinentalen Nachbarn Deutschlands übernommen. Diese müssen im besonderen russische, französische, polnische, tschechische, griechische,

jugoslawische, norwegische, holländische und belgische Soldaten umfassen.

(e) Im Rahmen dieses Programms könnten US-Truppen innerhalb relativ kurzer Zeit abgezogen werden. Der tatsächliche Abzug von US-Truppen sollte nicht vor einem Abkommen mit der UdSSR und dem Vereinigten Königreich über die in diesem Memorandum dargelegten Grundsätze erfolgen.

14. Ernennung eines amerikanischen Hohen Kommisars

Ein amerikanischer Hoher Kommissar für Deutschland sollte sobald wie möglich ernannt werden, damit er an der Ausarbeitung der amerikanischen Ansichten über dieses Problem teilnehmen kann.

ANHANG B52

Bestrafung bestimmter Kriegsverbrecher und Behandlung besonderer Gruppen

A. Bestrafung bestimmter Kriegsverbrecher

(1)Hauptkriegsverbrecher

Eine Liste der Hauptkriegsverbrecher dieses Krieges, deren offensichtliche Schuld von den Vereinten Nationen allgemein festgestellt worden ist, ist so bald wie möglich aufzustellen und den zuständigen Militärbehörden zuzuleiten. Die Militärbehörden sind in bezug auf alle auf dieser Liste stehenden Personen wie folgt anzuweisen:

(a) Sie sind so bald wie möglich festzunehmen und so bald wie möglich nach der Festnahme zu identifizieren. Die Identifizierung ist von einem Offizier im Generalsrang zu billigen.

(b) Nach erfolgter Identifizierung ist die identifizierte Person alsbald durch Erschießungskommandos, die aus Soldaten der Vereinten Nationen bestehen, hinzurichten.

(2) Bestimmte andere Kriegsverbrecher

(a) Von der Alliierten Militärregierung sind militärische Kommissionen zur Aburteilung bestimmter Verbrechen, die während des Krieges gegen die Zivilisation begangen wurden,

52 Als Anhang A galt die in Punkt 2 erwähnte, auf Seite 147 verkleinert wiedergegebene Kartenskizze.

Zeitgeschichtlicher Hinweis des deutschen Herausgebers:

Das Programm „Erschießung nach Identifizierung" widersprach nicht nur der Genfer Konvention von 1929 über die Behandlung von Kriegsgefangenen, sondern war im September 1944 unter dem besonderen Hintergrund der seit April 1943 weltweit bekannt gewordenen Tötung gefangener polnischer Offiziere in Katyn zu beurteilen. Deren Tod durch Erschießen in sowjetischem Gewahrsam war schon damals durch eine internationale Ärztekommission nachgewiesen. Die ausdrückliche Zustimmung des US-Außenministers Hull zur gleichen Verfahrensweise gegenüber deutschen Gefangenen während seines Moskauer Aufenthaltes im Oktober 1943 (vergl. Seite 70 f.) — ein halbes Jahr nach der Aufdeckung der Katvn-Gräber — wurde von der Sowjetregierung begreiflicherweise als eine ihr besonders erwünschte Erklärung gewertet. Sowohl diese Hull-Stellungnahme wie Churchills Widerspruch in Teheran (vergl. Seite 120) verdienen Beachtung auch im Hinblick auf die im Frühjahr 1943 zwischen der polnischen Exilregierung in London und der sowjetischen Regierung entstandenen Auseinandersetzung. Die polnische Regierung wünschte eine Untersuchung der Katyn-Leichenfunde durch das Rote Kreuz, die Sowjetregierung sprach sich dagegen aus und brach ihre diplomatischen Beziehungen zur polnischen Exilregierung ab. (Ausführliche Erörterung der Katyn-Sachverhalte bei Sündermann: Potsdam, a. a. 0., Seite 41—44, und bei Sündermann: Deutsche Notizen 1945—1965, a. a. 0., Seite 275—277.)

aufzustellen. Vertreter der befreiten Staaten Europas sind so bald wie möglich in diese Kommissionen aufzunehmen. Diese Verbrechen umfassen die im folgenden Abschnitt behandelten und solche, deren Aburteilung diesen militärischen Kommissionen gegebenenfalls von Zeit zu Zeit befohlen wird.

(b) Jede Person, die verdächtigt wird, (durch Erteilung von Befehlen oder auf andere Art) fiir den Tod eines Menschen in folgenden Situationen verantwortlich oder an ihm beteiligt gewesen zu sein, ist festzunehmen und von diesen militärischen Kommissionen sofort abzuurteilen, sofern nicht vor der Aburteilung eine der Vereinten Nationen darum ersucht hat, diese Person zur Aburteilung auf Grund ähnlicher Beschuldigungen wegen in ihrem Gebiet begangener Handlungen in ihren Gewahrsam zu geben:

(I) Der Tod wurde durch eine Handlung unter Verletzung der Kriegsregeln verursacht.

(II) Das Opfer wurde als Geisel zur Vergeltung der Taten anderer Personen getötet.

(III) Das Opfer starb wegen seiner Nationalität, Rasse, Hautfarbe, wegen seines Glaubens oder seiner politischen Überzeugung.

(c) Jede Person, die von den militärischen Kommissionen der in Ziffer (b) angegebenen Verbrechen überführt wird, ist zum Tode zu verurteilen, sofern nicht die militärischen Kommissionen in Ausnahmefällen feststellen, daß mildernde Umstände vorliegen. In diesem Falle kann eine andere Strafe, einschließlich der Deportation in eine Strafkolonie außerhalb Deutschlands, zugemessen werden. Bei Überführung ist das Urteil sofort zu vollstrecken.

B. Inhaftierung bestimmter Gruppen

(1) Alle Angehörigen der folgenden Gruppen sind zu inhaftieren, bis das Ausmaß der Schuld jeder Einzelperson ermittelt ist:

(a) die SS,

(b) die Gestapo,

(c) alle hohen Beamten bzw. Funktionäre der Polizei, SA, und anderer Sicherheitsorgane,

(d) alle hohen Regierungsbeamten und Führer der Nazi-Partei,

(e) alle führenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die enge Beziehungen zum Nazismus hatten.

C. Registrierung bestimmter Gruppen

(1) Es ist so bald wie möglich ein Aufruf herauszugeben, durch den folgende Personen aufgefordert werden, sich bei dafür bestimmten Beamten der Alliierten Militärregierung registrieren zu lassen:

(a) alle Angehörigen der Nazi-Partei, der Gestapo, SS, SA und des NSKK,

(b) Funktionäre und alle Personen, die in der Arbeitsfront, Kraft durch Freude, Hitlerjugend und Organisation Todt einen bezahlten Posten innehatten.

(2) Das Formblatt für die Registrierung und die Art ihrer Durchführung werden von den Militärbehörden festgelegt.

(3) Das Versäumnis, sich registrieren zu lassen, oder falsche Angaben sind als Vergehen anzusehen, die von militärischen

Kommissionen im Rahmen der Alliierten Militärregierung zu ahnden sind. Für sie sind schwere Strafen, einschließlich der Todesstrafe, vorzusehen.

D. Arbeitsbataillone

Abgesehen von der Frage der erwiesenen Schuld an besonderen Verbrechen bildet die Mitgliedschaft bei der SS, der Gestapo und ähnlichen Gruppen die Grundlage für die Einweisung in Zwangsarbeitsbataillone, die außerhalb Deutschlands für Wiederaufbauzwecke einzusetzen sind.

E. Auflösung von Nazi-Organisationen

Die Nazi-Partei und alle angeschlossenen Organisationen, wie Arbeitsfront, Hitlerjugend, Kraft durch Freude usw. sind aufzulösen und ihre Vermögenswerte und Akten sind zu beschlagnahmen. Jede nur mögliche Anstrengung sollte unternommen werden, um alle Versuche zu verhindern, sie im Untergrund oder in getarnter Form wieder aufzubauen.

F. Verbot der Ausübung bestimmter Vorrechte

Alle Angehörigen der folgenden Gruppen sind aus öffentlichen Ämtern zu entlassen, ihnen ist das Wahlrecht sowie das Recht zu nehmen, öffentliche Ämter zu bekleiden, als Journalist, Lehrer und im Erziehungswesen sowie in leitender Funktion im Bankgewerbe, in der Fabrikation oder im Handel tätig zu sein:

(1) die Nazi-Partei,

(2) Mitläufer der Nazis, die durch ihre Worte oder Taten das Nazi-Programm wesentlich unterstützten oder ihm wesentlichen Vorschub leisteten,

(3) die Junker,

(4) Offiziere von Heer, Marine und Luftwaffe.

G. Güter der Junker

Alle Güter der Junker sind aufzuteilen und an die Bauern zu verteilen, und das System des Erstgeburtsrechtes und des unveräußerlichen Erblehens ist abzuschaffen.

H. Verbot der Auswanderung

(1) Es ist ein Aufruf herauszugeben, durch den allen in Deutschland wohnhaften Personen verboten wird, Deutschland zu verlassen oder dies zu versuchen, ausgenommen mit Erlaubnis der Alliierten Militärregierung.

(2) Die Zuwiderhandlung gegen diesen Aufruf ist als Vergehen anzusehen, das von militärischen Kommissionen der Alliierten Militärregierung abzuurteilen ist. Schwere Strafen, einschließlich der Todesstrafe, sind dafür vorzusehen.

(3) Alle nur möglichen Maßnahmen sind von den Militärbehörden zu ergreifen, um zu verhindern, daß eine solche Person (ohne Erlaubnis) Deutschland verläßt.

Die Waffen-SS

Gruppenbesprechung bei Minister Morgenthau

(Am Kopf des Dokumentes sind 5 Teilnehmer genannt)

7. September 1944, 9.10 Uhr (1/554—557)

Die Diskussion behandelt im einzelnen die aus dem Dokument „Korrekturen zur Eisenhower-Proklamation" ersichtlichen Änderungen zu diesem Text. Von allgemeiner Bedeutung ist die nachstehende Aussprache über die Waffen-SS.

Mr. White: Eine Sache, von der ich sprechen möchte, erfuhren wir von den Deutschen, die hier waren — zumindest war das deren Ansicht. McCloy und Hilldring53 vertraten die Auffassung, daß die SS, zu der auch die sogenannte Waffen-SS gehört — also die Truppen für den Kampfeinsatz —, sie sagen also, das seien nur Soldaten und sollten nicht wie die SS behandelt werden; die Deutschen halten das für kompletten Unsinn! Die sagen, die SS-Männer gehörten zur SS, bevor sie Soldaten waren; sie seien die Elite der SS und seien als Rückenstärkung für die anderen Truppen an die Front geworfen worden und seien in erster Linie politische SS.

Mr. Gaston: Ja, ich glaube, das sind die jüngeren und körperlich tauglicheren Leute.

Mr. White: Härter, fanatischer — mehr von der Verbrecherart. Wenn man die ausklammert, dann geht man am Kern der Sache vorbei.

53 General John Hilldring — Leiter der Abteilung Zivilangelegenheiten im Kriegsministerium.

H. M. jr.: Es ist genau so, wie er [White?] uns berichtet bat. Da saßen sie alle — wer soll nun bestraft werden? Kam man auf Diplomaten zu sprechen, hieß es vom Außenministerium: „0 weh, damit schaffen wir einen häßlichen Präzedenzfall." Ging es um Zeitungsleute, so sagten sie: „Aber die Pressefreiheit darf nicht beeinträchtigt werden." Und schließlich sagten sie: „Ach Gott, wir haben ja die Juristen vergessen." [...]

Korrekturen zur Eisenhower-Proklamation

Aktennotiz ohne nähere Bezeichnung, vermutlich auf den 8. September 1944 zu datieren (1/587).

Erster Absatz der von Eisenhower beim Einmarsch in Deutschland zu erlassenden Proklamation Nr. 1

A. Formulierung des Stabes Eisenhower:

„Die unter meinem Oberbefehl stehenden Alliierten Streitkräfte haben jetzt deutschen Boden betreten. Wir kommen als Eroberer, jedoch nicht als Unterdrücker. In den Gebieten Deutschlands, die von den unter meinem Oberbefehl stehenden Streitkräften besetzt sind, sowie in anderen von den Schrecken der Nazi-Tyrannei befreiten Ländern werden wir die Herrschaft der Nazis beseitigen, die NSDAP auflösen sowie die von der Partei geschaffenen grausamen, tyrannischen und ungerechten Gesetze und Einrichtungen aufheben. Führende Parteifunktionäre, die Gestapo und andere Personen, die im Verdacht stehen, Verbrechen und Grausamkeiten begangen zu haben, werden gerichtlich verfolgt und, falls für schuldig befunden, bestraft werden."

Nachdem das Finanzministerium gegen den oben zitierten Absatz Einwände erhoben hatte, wurde vom Kriegsministerium ein Telegramm an Eisenhower aufgesetzt, aus dem hervorging, daß die folgende Passage zu streichen sei: „. . . sowie in anderen von den Schrecken der Nazi-Tyrannei befreiten Ländern".

B. Neufassung nach Änderung durch das Finanzministerium und unter Berücksichtigung der während einer Besprechung mit Oberst Chandler vorgenommenen Änderungen:

„Die unter meinem Oberbefehl stehenden Alliierten Streitkräfte haben jetzt deutschen Boden betreten. Wir kommen als militärische Sieger, um sicherzustellen, daß Deutschland

nie wieder (von der ursprünglichen Formulierung „die Welt in ein Blutbad verwandelt" sind die Worte „in ein Blutbad verwandelt" durchgestrichen und darüber die Worte „die Welt in einen Krieg stürzt" geschrieben worden). Das deutsche Volk darf nie wieder zum Träger von Tod, Schrecken und mutwilliger Zerstörung für die Zivilisation werden. (Die Worte „für die Zivilisation" wurden gestrichen.) Als Eroberer wollen wir nicht Unterdrückung bringen, sondern jede Spur von Nazismus und Militarismus in Deutschland auslöschen. Die grausamen und barbarischen Einrichtungen des Nazismus sollen beseitigt werden. Führende Parteifunktionäre, die Gestapo und Personen, die für schuldig befunden werden, Verbrechen und Grausamkeiten begangen zu haben, werden bestraft.

(Der nächste Satz war eingefügt worden und wurde dann wieder durchgestrichen: „Hitler und die übrigen Erzverbrecher dieses Krieges werden hingerichtet."

Zeitgeschichtlicher Hinweis des deutschen Herausgebers:

Anfang September 1944 hatte sich die Lage auf dem französischen Kriegsschauplatz so rasch zugunsten der Alliierten geändert, daß US-Kriegsminister Stimson in einer im deutschen Führerhauptquartier beachteten öffentlichen Äußerung die Ansicht vertrat, „die Masse der deutschen Armeen sei in solchem Maße zerstört oder angeschlagen, daß sie nicht mehr ausreichend erscheine, um eine längere Verteidigung durchzuführen" (Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht 1940 bis 1945, Frankfurt am Main 1961, Band IV, Seite 378).

Am 12. September 1944 überschritten amerikanische Spitzenverbände die Reichsgrenze bei Aachen. Dann allerdings versteifte sich der deutsche Widerstand beträchtlich; die Stadt Aachen fiel nach wochenlangen schweren Kämpfen erst am 21. Oktober in amerikanische Hand. Eine am 17. September mit starken Kräften unternommene britische Luftlandung bei Arnheim, die den Alliierten den Einbruch in das Ruhrgebiet öffnen sollte, erwies sich als Fehlschlag. Erst im März 1945 kam es zu neuen weiträumigen operativen Erfolgen der Westalliierten, zum Übergang über den Rhein und zum Durchbruch nach Mitteldeutschland.

Die im vorstehenden Dokument erörterte Eisenhower-Proklamation No. 1 an die deutsche Bevölkerung wurde am 28. September 1944 veröffentlicht. Die vom Finanzministerium geforderte und telegrafisch angeordnete Auslassung der Worte „sowie in anderen von den Schrecken der Nazityrannei befreiten Ländern" wurde dabei berücksichtigt, doch ist die berühmt gewordene Einleitungsphrase: „Wir kommen als Eroberer ..." im veröffentlichten Text stehen geblieben (vergl. „Times", London, 29. 9. 1944).

Was wird Roosevelt tun?

Aktennotiz ohne nähere Bezeichnung, offenkundig von Minister Morgenthau persönlich diktiert

8. September 1944 (1/588—589)

lch suchte Cordell Hull auf, der sehr müde und schlecht aussah.

Es wird zuerst von Argentinien gesprochen und von diesbezüglichen Beschwerden des Außenministers Hull über seinen Unterstaatssekretär Welles.

Ich sagte ihm, ich sei nach der Besprechung mit dem Präsidenten enttäuscht, weil er unter Stimsons Einfluß zu stehen schien, aber Hull winkte bei der Erwähnung Stimsons nur ab und sagte, der Präsident werde nicht auf Stimson hören, und ich sollte mir seinetwegen keine Sorgen machen. Ich sagte, ich sei der Meinung, wir müßten uns seinetwegen Sorgen machen.

Während der ganzen Unterhaltung mit Hull hatte ich das Empfinden, als verschweige er mir etwas, und ich hatte allmählich das Gefühl, daß er mir nicht alles erzählte. Er hielt dann wieder eine seiner langen Reden, daß der Präsident sich nicht an ihn um Rat wende und Wallace54 mit einem diplomatischen Auftrag nach China gesandt habe, und daß keiner von beiden mit ihm gesprochen habe.

Aus dem, was Hull sagte, möchte ich entnehmen, daß er nicht will, daß der Präsident die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands in Quebec zur Sprache bringt. Er sagte, Churchill werde irgendeinem piepsstimmigen Mann vom britischen Außenministerium Gehör schenken. Er sagte, er habe den Präsidenten gebeten, einen Vertreter des Außenministeriums nach Teheran mitzunehmen, damit das Außenministerium für den Fall, daß man den Präsidenten beschuldigen sollte, in Teheran Erklärungen abgegeben zu haben, bezeugen könne, daß dies nicht der Fall gewesen sei. Ich fragte ihn, ob jemand vom Außenministerium den Präsidenten [nach Quebec] begleiten werde, und er sagte „Nein".

Und an diesem Punkt ist es wieder besonders schwierig, eine Notiz zu diktieren, weil das, was Hull sagte, mehr aus Folgerungen und Andeutungen bestand, und ich mußte gewissermaßen meine eigenen Schlüsse ziehen.

54 Henry A. Wallace — damals Vizepräsident der Vereinigten Staaten.

Er sagte, es seien für die Frage der Behandlung Deutschlands in Europa interministerielle Ausschüsse eingesetzt worden, und die sollten einen Bericht machen usw. Ich sagte: „Der Ärger dabei ist, Cordeil, daß der Präsident bisher nie in einer Direktive festgelegt hat, wie man seiner Ansicht nach Deutschland behandeln sollte." Hull sagte: „Ach, ich hatte einige Besprechungen mit ihm darüber, und danach zu urteilen, ist der Präsident schon in Ordnung." Darauf sagte ich: „Na, ich glaube aber nicht, daß das auch für die Militärs zutrifft, und ehe wir uns versehen, sind wir in Deutschland und haben keine klare politische Entscheidung."

Er sagte: „Sie haben ja wohl gehört, wie der Präsident sagte, er wolle die Deutschen auf Volksküchenkost setzen, aber Stimson möchte sie verwöhnen." Ich sagte darauf: „Ich weiß, aber ich sage immer wieder, der Präsident muß eine Direktive für die Behandlung Deutschlands erlassen." Ich erzählte ihm von Eisenhowers Proklamation Nr. 1. Davon schien er nichts zu wissen. Ich erzählte ihm auch, wie wir das Kriegsministerium dazu brachten, sie zu ändern.55 Ich sagte, innerhalb der nächsten drei Monate müsse die Deutschland-Angelegenheit geregelt werden, und wiederholte immer wieder, der Präsident solle so etwas wie eine Direktive herausgeben.

Dann sagte Hull: „Ja, der Präsident müßte jemanden wie Jimmie Byrnes56 haben, der ihn in dieser Sache etwas anspornen könnte." Hull sagte: „Aber ich glaube nicht, daß Jimmie Byrnes das übernehmen wird." Da sagte ich: „Also, ich weiß nicht, nach dem, was der Präsident sagte — ich denke nicht, daß er es Hopkins übergeben wird." Hull sagte: „Ich machte den Vorschlag, Hopkins dafür zu nehmen, und er sagte, er halte das für eine Art nette Geste." Ich sagte: „Hat Hopkins Ihnen gesagt, daß er es tun möchte?" Und er sagte: „Nein, aber er hat sich in dieser Richtung zu jemandem im Außenministerium geäußert."

Dann sagte Hull, er hoffe, der Präsident werde die Frage der Teilung und der wirtschaftlichen Zukunft Deutschlands in

55 Vergl. das vorstehende Dokument.

56 James Byrnes — damals Leiter des Amtes für Wirtschaftsplanung; später US-Außenminister.

Zeitgeschichtlicher Hinweis des deutschen Herausgebers:

□ **Für Mitte September 1944 war eine Zusammenkunft des Präsidenten**
□ **Roosevelt mit dem britischen Premierminister Churchill in der kana-**
□ **dischen Stadt Quebec in Vorbereitung.**

Quebec überhaupt nicht anschneiden und die Konferenz auf militärische Angelegenheiten beschränken. Er sagte, die Russen seien auf der Konferenz nicht vertreten und könnten verärgert sein, falls die Angelegenheit zur Sprache käme. Um es nochmal zu sagen, dies waren nicht seine genauen Worte, aber es sind seine Gedanken, wenn ich ihn richtig verstanden habe.

Ich wiederholte, meines Erachtens sollten wir am Sonnabend den Präsidenten dazu zu bewegen versuchen, sich zu einer Art Erklärung zu entschließen, die zu einer Klärung seiner Äußerung bezüglich Deutschlands führen würde, und Hull meinte, das könnten wir tun.

Im Grunde seines Herzens ist Cordell natürlich, glaube ich, über meine Mitwirkung in dieser Sache verstimmt. Was midi bei dieser Besprechung überraschte, war die Art, wie er Stimson mit einer Handbewegung abtat und sagte, ich brauchte ihn gar nicht zu beachten. Ich glaube jedoch, er unterschätzt Stimsons Einfluß — dessen bin ich sicher.

Hull erzählte mir, er habe die letzten vier oder fünf Tage für den Präsidenten ein sehr energisch gehaltenes Telegramm an Churchill*[57] entworfen.

Material für die Quebec-Konferenz

Gruppenbesprechung bei Minister Morgenthau

(Am Kopf des Dokumentes sind 17 Teilnehmer genannt)

9. September 1944,10.50 Uhr (1/591—596)

Einleitend wird bemerkt, daß dem Minister ein Memorandum ausgehändigt wurde.

H. M. jr.: [liest die Überschrift vor]: „Das Programm, die Entfesselung eines Weltkrieges durch Deutschland zu verhindern." Ist darin etwas neu?

Mr. DuBois: Neu ist nichts — nur etwas herausgenommen, um es kürzer zu fassen.

[57] **Bisher nicht veröffentlicht.**

H. M. jr.: Ja, das hatte ich schon, also brauchen wir uns damit nicht zu befassen.
„Reparationen bedeuten ein starkes Deutschland" — könnte jemand das mal vorlesen?
Mr. White: Ich hole eine weitere Ausfertigung.
H. M. jr.: Hier, nehmen Sie und lesen Sie vor.
(Mr. White liest aus der Anlage den Abschnitt A.)
H. M. jr.: Falls niemand heftige Einwände erhebt — ich muß dies durchgehen und sehen, was darin steckt. Sie verstehen? Ich habe nicht sehr viel Zeit. Die nächste Sache ist „Wirtschaftliche Wiedergutmachung Deutschlands an die Vereinten Nationen". Ist das neu?
Mr. White: Es enthält keine neuen Gedanken, Herr Minister, aber es ist etwas hinzugekommen. Ich kann versuchen, es so kurz wie möglich zu erklären.
H. M. jr.: Lesen Sie dies hier oder lassen Sie es Pehle vorlesen.
(Mr. White liest Abschnitt B vor.)
Mr. White: Hier ist noch eines, und ich glaube, das kennen Sie noch nicht; vielleicht wollen Sie es als nächstes hören: „Der deutsche Militarismus läßt sich nicht zerstören, indem man den Nazismus zerstört."
H. M. jr.: Gut, alles was neu ist.
(Mr. White verliest Anlage C.[58])
Mr. White: „Wie die britische Industrie von dem vorgeschlagenen Programm profitieren würde."
IL M. jr.: Das ist neu.
H. M. jr.: Das ist neu. Wer sind die Herren oder Damen, die daran gearbeitet haben?
Mr. White: Harold Glasser.
Mr. Glasser: Wir alle haben daran gearbeitet.
H. M. jr.: Taylor soll es mal vorlesen.
Mr. White: Es ist nicht da. Wollen Sie (DuBois) mal nachsehen, wo es ist? (Mr. DuBois verläßt vorübergehend den Besprechungsraum.)
Mr. White: „Es ist ein Trugschluß, daß Europa ein indu-

58 Siehe Seite 198.

striell starkes Deutschland braucht." Ob Sie das wohl mal vorlesen, John?
Mr. Pehle: Gewiß.
Mr. Gaston: Das ist wichtig. Ich denke, damit werden Sie sich intensiv befassen müssen.
(Mr. Pehle verliest Anlage D.59)
H. M. jr.: Welche Zahl war das zwischen dem Besten und dem Schlechtesten?
Mr. Pehle: Zweiunddreißig Millionen Tonnen.
H. M. jr.: Sie gaben mir neulich die Zahl, McConnell, die Zahl zwischen Höchst- und Niedrigststand.
Mr. Taylor: Etwa sechzig Millionen Tonnen. Der Höchststand wurde 1913 erreicht.
H. M. jr.: Mrs. Klotz, sagen Sie Haas, er möchte diese Zahlen überprüfen.
Mr. Gaston: Worauf man auf jeden Fall bestehen sollte, ist, daß die Verschiebung — die der größte Nachteil bei jener Veränderung im Handelsverkehr sein könnte — daß die vorübergehende Verschiebung durch die fünf Kriegsjahre bereits aufgehoben worden ist.
Mr. White: Genauso ist es, jawohl. Es ist etwas anderes, als wenn man mit der Zeit vor dem Krieg begänne.
Mr. Gaston: Ja, wenn man vor dem Krieg begänne —
Mr. White: Zwischen Deutschland und diesen anderen Ländern hat es keinen Handel gegeben. Es wird auch keinen geben.
Mr. Bernstein: „Wie die britische Industrie von dem Programm profitieren würde." (Mr. Bernstein verliest Anlage E.60)
H. M. jr.: Vermerken Sie auf jeden Fall auf dem Einband „Für die Konferenz in Quebec".
Mr. White: Den Namen des Präsidenten und „Für die Konferenz in Quebec".
H. M. jr.: Ja.
Mr. White: „Weshalb an der Ruhr die Förderstätten stillgelegt und die Maschinenanlagen demontiert werden sollten."
H. M. jr.: Ja.
Mr. White: Ich lese das vor.

59 Siehe Seite 199.
60 Siehe Seite 202.

(Mr. White verliest Anlage F.[61])

H. M. jr.: Das ist sehr, sehr gut.

Mr. White: Ich glaube, wir haben [da] übertrieben.

H. M. jr.: Das ist in Ordnung. Aber wenn ich überlege, wie das auf mich wirkt, wenn so etwas wie dies hier geplant ist, dann glaube ich, das würde für England der größte Segen in seiner ganzen bisherigen Geschichte sein. Sämtliche Befürchtungen Mr. Churchills könnten ad acta gelegt werden. Er könnte sich auf die Vernichtung Japans konzentrieren — uns dabei helfen. Er könnte sich darauf konzentrieren, uns endlich bei der Vernichtung Japans zu helfen, und brauchte sich keine Sorgen mehr über die wirtschaftliche Zukunft seines Landes zu machen.

Es werden weitere Abschnitte der Denkschrift ohne besonderen Kommentar verlesen.

H. M. jr.: Ich bin sehr froh darüber, daß wir das hier jetzt tun. Ich möchte annehmen, das wird für den Präsidenten in Quebec sehr nützlich sein. Hören Sie also bitte nicht auf! Machen Sie bitte weiter! Das ist sehr, sehr notwendig. Und hieraus, hoffe ich, wird eine Direktive des Präsidenten über seine politische Linie hervorgehen. Und darauf hoffe ich.

Mr. White: Sicher, da gibt es ja viel Material, zum Beispiel das Material, das Bob McConnell hat und noch sammelt, und das wäre äußerst nützlich, wenn wir den Fragenkomplex der Wirtschaftssteuerung erweitern müßten; das wäre außerordentlich wichtig.

H. M. jr.: Also, wie gesagt, was ich tun möchte — könnten Sie noch ein Exemplar zusammenstellen und es dann Fitz[62] geben? Und dann setze ich mich hier hin und lese es.

Mr. White: Ich hole es mir gleich zurück. Wir haben keine vollständigen Landkartensätze und so weiter, aber der Satz für den Präsidenten wird komplett sein.

H. M. jr.: Diese Sache wird sich jetzt sowieso weder Mr. Hull noch Mr. Stimson ansehen.

Ich beglückwünsche Sie alle!

*

61 Siehe Seite 203.
62 Fitz Gerald — ein jüngerer Beamter des Finanzministeriums.

10. September 1944 (1/597—604)

An: Minister Morgenthau

Von: R. E. McConnell

In das Programm für die Zeit nach der Kapitulation, das einem dritten deutschen Krieg wirkungsvoll vorbeugen wird, wird auch die deutsche Industrie einbezogen werden müssen, und die folgenden Grundsätze sollten einen integralen Bestandteil des Programms bilden.

Bei Anwendung dieser drei Grundsätze wäre es Deutschland unmöglich, einen neuen Krieg zu führen. Wenn die Vereinten Nationen in der Folge darauf achten, daß der vorgeschlagene Status nicht verändert wird, bleibt das Kriegspotential Deutschlands auch weiterhin gleich Null.

1. Beseitigung der gesamten Produktionskapazität für synthetische Kraft- und Schmierstoffe (das heißt Zerstörung von 80 Prozent der innerdeutschen Kraftstofferzeugungskapazität) sowie Verbot des Wiederaufbaues und der Neuerrichtung von entsprechenden Werken und der Einfuhr von Erdöl über das im Frieden übliche Maß hinaus.

2. Beseitigung von 75 Prozent der deutschen Produktionskapazität für die Gewinnung von Stickstoff aus der Luft (damit bliebe Deutschland eine zur Deckung des deutschen Friedensbedarfs an Stickstoff ausreichende Kapazität) sowie Verbot des Wiederaufbaues oder der Neuerrichtung von entsprechenden Werken und der Einfuhr aller Stickstoffverbindungen.

3. Beseitigung von 50 Prozent der Kapazität der deutschen stahlerzeugenden Industrie bei denjenigen Kategorien von Werken, die besonders für die Erzeugung von wichtigem Kriegsmaterial, wie Schmiedestahl, Elektrolyt- und hochlegierten Stählen in Frage kommen. Ferner Verbot der Einfuhr von Eisenerz, Zuschlagstoffen, Stahl und Stahlerzeugnissen über das im Frieden übliche Maß hinaus.

Jeder der aufgeführten drei Grundsätze für sich reicht aus, um den beabsichtigten Zweck zu erzielen; die jeweils beiden anderen dienen zur Erhöhung der Sicherheit.

Es folgen die Abschnitte A („Reparationen bedeuten ein starkes Deutschland"), B („Wirtschaftliche Wiedergutmachung an die Vereinten Nationen"); diese und die Abschnitte G („Kontrollen über die Entwicklung der deutschen Wirtschaft"), H („Was ist zur deutschen Umerziehung zu tun?") wurden in

der Gruppenbesprechung als „nicht neu" bezeichnet. Beachtung fanden dagegen die nachstehenden Abschnitte C, D63, E, F.

C. Der deutsche Militarismus kann durch Zerschlagung des Nazismus allein nicht zerstört werden

1. Das Nazi-Regime ist in seinem Kern der Kulminationspunkt des seit eh und je bestehenden deutschen Aggressionsdranges.

a. Die Gesellschaft in Deutschland ist seit mindestens drei Generationen von mächtigen Kräften beherrscht gewesen, die den deutschen Staat und das deutsche Volk zu einem Apparat für militärische Eroberungen und Selbstverherrlichung umgeformt haben. Seit 1864 hat Deutschland fünf Angriffskriege gegen fremde Staaten begonnen, deren jeder immer größere Verwüstungen in immer größeren Gebieten als der vorhergehende verursacht hat.

b. Wie im Falle Japans hat die rapide Entwicklung eines modernen industriellen Systems in Deutschland die wirtschaftliche Basis des deutschen Militarismus unerhört verstärkt, ohne die preußische Feudalideologie oder ihren beherrschenden Einfluß auf die Gesellschaft in Deutschland zu schwächen.

c. Das Nazi-Regime ist n i c h t ein wilder Trieb einer ansonsten gesunden Gesellschaft, sondern ein organisch gewachsenes Produkt der deutschen politischen Entwicklung. Auch schon ehe das Nazi-Regime die Macht ergriff, hatte das deutsche Volk eine Anfälligkeit ohnegleichen gegenüber der Verführungskunst einer militaristischen Clique an den Tag gelegt, die wirtschaftliche Sicherheit und politische Herrschaft für die disziplinierte Hinnahme ihrer führenden Stellung versprach. Das Nazi-Regime hat das sich passiv verhaltende deutsche Volk in einem Umfang ohnegleichen systematisch verführt und verdorben und in eine organisierte und entmenschlichte Militärmaschine umgeformt, in der sich alle Kräfte der modernen Technik und Wissenschaft vereinigten.

2. Die Auflösung der Nazi-Partei wird deshalb nicht automatisch die Zerstörung des militärischen Geistes garantieren, der dem deutschen Volk seit Generationen eingeflößt worden ist und der im letzten Jahrzehnt einen unerhörten Impuls be-

63 Diesen Abschnitt hob Präsident Roosevelt besonders hervor; s. S. 207.

kommen hat. Diese Maßnahme [die Auflösung der NSDAP] wird mit Notwendigkeit ein schwieriger Prozeß sein, und auf lange Zeit hinaus hieße es direkt das Schicksal der Zivilisation aufs Spiel setzen, wollte man sich auf eine noch unbewiesene Fähigkeit des deutschen Volkes zur Selbstregenerierung im Angesicht der bereits bewiesenen Fähigkeit zur Schaffung neuer in Angriffskriegen einzusetzender Zerstörungswaffen verlassen. Über die Entwaffnung und Schwächung Deutschlands als Militärmacht hinaus wird deshalb die Sicherheit der Welt am besten durch die folgenden Maßnahmen erhöht:

a. Zwangsweise Verringerung des industriellen Potentials Deutschlands, so daß Deutschland aufhört, eine wirtschaftliche, militärische und politische Macht zu sein.

b. Stärkung aller Nachbarn Deutschlands auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet im Verhältnis zu Deutschland. Um so eher wird Deutschland die Vergeblichkeit des militaristischen Denkens einsehen, aus dem sich die Aggressionslust speist.

D. Es ist ein Trugschluß, daß Europa ein industriell starkes Deutschland braucht

1. Die zuweilen geäußerte Annahme, daß Deutschland eine für das übrige Europa unentbehrliche Lieferquelle von Industrieerzeugnissen sei, ist nicht haltbar.

Die USA, das Vereinigte Königreich und die Industriegruppe Frankreich, Luxemburg und Belgien hätten in der Vorkriegszeit ohne Schwierigkeiten mit Hilfe ungenutzter industrieller Kapazität praktisch alles liefern können, was Deutschland an Europa geliefert hat. In der Nachkriegszeit ist die erweiterte industrielle Kapazität der Vereinten Nationen, vor allem die der USA, leicht in der Lage, die Bedürfnisse für den Wiederaufbau und die Industrie Europas ohne deutsche Unterstützung zu befriedigen.

Der Gesamtexport Deutschlands in alle übrigen Länder der Erde betrug 1938 lediglich 2 Milliarden Dollar, davon Maschinen, Stahl und Stahlerzeugnisse im Wert von rund 750 Millionen Dollar, Kohle im Wert von rund 165 Millionen Dollar und chemische Erzeugnisse im Wert von rund 230 Millionen Dollar. Diese Mengen sind im Vergleich mit dem gestiegenen indu-

striellen Potential der Vereinigten Staaten allein oder des Vereinigten Königreiches belanglos. Ein Fünftel unserer Leih- und Pacht-Exporte des Jahres 1943 reicht aus, um die gesamten Exporte Deutschlands in die übrigen Länder der Erde zu ersetzen.

2. Es ist geltend gemacht worden, daß Europa auf die Ruhrkohle angewiesen ist. Die Stahlindustrie Frankreichs und Belgiens sowie einige der neuen Industriezweige, die in Europa nach dem Kriege entstehen werden, bedürfen importierter Kohle. Die britische Kohleindustrie, die vor dem Krieg unter der deutschen Konkurrenz zu leiden hatte, wird jedoch in der Lage sein, den größten Teil dieses Bedarfs, wenn nicht den gesamten Bedarf, zu befriedigen. Die Kohleindustrien Frankreichs, Polens, Schlesiens und der Saar lassen sich auch weiter ausbauen, wenn die Konkurrenz der Ruhr ausgeschaltet wird. Weitere Mengen könnten, wenn erforderlich, von den Vereinigten Staaten — allerdings zu einem wesentlich höheren Preis — geliefert werden. Die unterschiedliche Qualität der aus diesen Quellen stammenden Kohle macht unter Umständen technologische Änderungen erforderlich, aber diese Anpassungsmaßnahmen sind durchführbar.

Deutschland hatte 1937 einen Kohleexport von netto 32 Millionen Tonnen. Der Unterschied zwischen der britischen Kohleproduktion in einem guten und einem schlechten Jahr war größer als die Gesamtmenge der deutschen Kohleexporte. Die britische Kohleindustrie hat außerdem während der letzten 25 Jahre ihre Kapazität zu keiner Zeit voll ausgenutzt.

3. Deutschland ist für die anderen europäischen Länder in erster Linie als Markt für überschüssige landwirtschaftliche Erzeugnisse von Wichtigkeit gewesen. Die Lebensmittelimporte Deutschlands aus aller Welt beliefen sich im Jahre 1937 auf 800 Millionen Dollar, davon aus Europa für 450 Millionen Dollar. Insgesamt kaufte Deutschland 1937 Rohstoffe für ungefähr 350 Millionen Dollar in Europa. Der Verlust des deutschen Marktes wird im wesentlichen durch die folgenden Entwicklungen ausgeglichen werden:

a. Wenn die deutsche Industrie ausgeschaltet ist, wird der größte Teil der industriellen Rohstoffe, die früher von Deutschland gekauft wurden, zweifellos von anderen europäischen Staaten gekauft werden, die in Zukunft die indu-

striellen Erzeugnisse herstellen werden, die früher Deutschland in europäische Länder exportierte.

h. Die Industrialisierung und der angehobene Lebensstandard in den übrigen europäischen Ländern wird zur Aufnahme eines Teiles der früher nach Deutschland exportierten Lebensmittelüberschüsse durch diese Länder führen.

c. Die Teile Deutschlands, die anderen Ländern zugeschlagen werden (das Rheinland, Schlesien, Ostpreußen), werden wohl ebenso hohe Lebensmitteleinfuhren nötig haben wie früher, vielleicht sogar höhere.

d. Der verbleibende Teil Deutschlands wird auch weiterhin Lebensmittel, vielleicht 25 bis 50 Prozent der bisherigen Einfuhrmengen, importieren.

4. Deutschland war als Markt für die anderen europäischen Länder in folgendem Umfang von Bedeutung:

Ausfuhr nach Deutschland in Prozenten der Gesamtausfuhren der nachstehenden Länder (1938):

Vereinigtes Königreich	4%
Frankreich	6%
UdSSR	7%
Belgien	12%
Norwegen	13%
Italien	15%
Tschechoslowakei	15%
Niederlande	15%
Dänemark	20%
Polen	24%
Jugoslawien	38%
Griechenland	38%

Das Vereinigte Königreich exportierte in erster Linie Kohle und Textilien nach Deutschland, und die wichtigsten französischen Exportgüter waren Eisenerze und Wolle. Die Ausschaltung der deutschen industriellen Exporte wird entsprechende Märkte für diese und größere Exporte öffnen.

Der Verlust des deutschen Marktes wird u. U. für die Balkanländer von Bedeutung sein. Die landwirtschaftlichen Exporte dieser Länder nach Deutschland waren 1938 wegen der Rücksichtslosigkeit, mit der Deutschland Clearing-Vereinbarungen und andere Instrumente ausnutzte, außergewöhnlich hoch. Diese Länder werden für einen Teil ihrer Lebensmittelüber-

schüsse durch die Industrialisierung und einen höheren Lebensstandard im eigenen Land einen Markt finden. Teile Deutschlands werden auch in Zukunft gewisse Mengen Lebensmittel von ihnen einführen. Für Dänemark, Holland und Jugoslawien wird sich jedoch per Saldo ein Verlust von Absatzmärkten ergeben, und diese Länder werden ihre Volkswirtschaften an diese Lage anpassen müssen, was in der Periode größerer Anpassungen, die mit der Befreiung einsetzen wird, nicht schwierig sein dürfte.

5. Kurz gesagt, die Behauptung, ein gesundes Europa sei von der deutschen Industrie abhängig, ist niemals wahr gewesen und wird auch in Zukunft nicht wahr sein. Über die Behandlung Deutschlands sollte deshalb ohne Berücksichtigung der wirtschaftlichen Konsequenzen auf die übrigen europäischen Länder entschieden werden. Im schlimmsten Fall werden zu diesen wirtschaftlichen Konsequenzen relativ geringe wirtschaftliche Nachteile in gewissen Teilen Europas gehören. Im besten Fall werden sie die industrielle Entwicklung Europas außerhalb Deutschlands beschleunigen. Irgendwelche Nachteile werden aber dadurch mehr als aufgewogen, daß die politischen Ziele und die wirtschaftlichen Interessen aller Mitglieder der Vereinten Nationen entscheidend gefördert werden.

E. Wie die britische Industrie von dem vorgeschlagenen Programm profitieren würde

1. Die britische Kohleindustrie würde sich durch den Gewinn neuer Märkte von ihrer seit dreißig Jahren anhaltenden Depression erholen. Großbritannien würde den größten Teil des europäischen Kohlebedarfs decken, der früher von der Jahresproduktion der Ruhr von 125 Millionen Tonnen gedeckt wurde. Die daraus resultierende Steigerung der britischen Kohleförderung würde die Ausarbeitung eines umfassenden Programms für den Ausbau und die Reorganisation dieses seit 1918 am stärksten von der Depression betroffenen Industriezweiges Großbritanniens gestatten und die Sanierung der Notstandsgebiete ermöglichen.

2. Die Verringerung des deutschen industriellen Potentials würde die deutsche Konkurrenz mit britischen Exporten auf

dem Weltmarkt beseitigen. England wird nicht nur in der Lage sein, viele der seit 1918 an Deutschland verlorenen ausländischen Märkte zurückzugewinnen, England wird auch an der Lieferung aller Art von Konsum- und Investitionsgütern an die vom Krieg verwüsteten Länder Europas zur Deckung ihres Wiederaufbaubedarfs in den ersten Nachkriegsjahren beteiligt sein.

3. Die Übergabe eines großen Teils der deutschen Handels- und Kriegsflotte an England sowie von Schiffbauausrüstungen wird zu einem wichtigen Posten im wirtschaftlichen Wiederaufbauprogramm Englands in der Nachkriegszeit werden.

4. Die Devisenlage Großbritanniens wird sich bessern und der Druck auf das Pfund wird auf Grund der Steigerung der Exporte und der Einnahmen aus der Schiffahrt nachlassen.

5. Die Gewähr für Frieden und Sicherheit brächte den größten wirtschaftlichen Nutzen, den England aus dem vorgeschlagenen Programm ziehen könnte, mit dessen Hilfe Deutschland daran gehindert werden soll, jemals wieder mit Erfolg einen Krieg auf dem Kontinent zu führen. England wäre in der Lage, das im Beveridge-Plan[64] vorgelegte Programm für den wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau und das Vollbeschäftigungsprogramm der Regierung durchzuführen, ohne sich über die zukünftigen finanziellen Lasten für die zeitlich unbegrenzte Unterhaltung von starken Streitkräften und für eine große Rüstungsindustrie Sorgen machen zu müssen.

6. Großbritanniens politische Stabilität würde infolge der verbesserten Möglichkeiten zur Durchführung der im Inland hartnäckig geforderten wirtschaftlichen Reformen gefestigt werden — Möglichkeiten, die sich aus der Gewähr für Sicherheit und für eine Steigerung der Exporte ergeben werden.

64 Sir (später Lord) William Beveridge — langjähriger Professor an der London School of Economics — veröffentlichte im September 1944 auf Veranlassung der britischen Regierung den sog. Beveridge-Plan, der den Aufbau eines Wohlfahrtsstaates als innenpolitisches Nachkriegsziel propagierte. Es sollten Kindergelder und Altersrenten eingeführt und für Vollbeschäftigung gesorgt werden. In einer Ankündigung des Planes erklärte Beveridge: „Indem wir uns daran gemacht haben, Hitler zu vernichten, haben wir auch die Arbeitslosigkeit überwunden. Ich schlage vor, daß wir nach dem Krieg ohne Rücksicht auf die Kosten ein neues England frei von sozialen Gefahren schaffen" („Times", London, 28. 9. 44).

F. Warum das Potential des Ruhrgebietes ausgeschaltet und die Industrieanlagen abtransportiert werden sollten

Während der letzten hundert Jahre ist das industrielle Potential des Ruhrgebietes die Basis des modernen deutschen Militarismus gewesen. Mächtige Lagerstätten hochwertiger Kohle, die sich besonders gut für die Kokserzeugung eignet, und eine günstige geographische Lage, die den Import von Eisenerzen erleichtert hat, bildeten die Grundlage für einen industriellen Apparat, der in der Welt einmalig ist und dessen Aufbau bewußt unter militärischen Gesichtspunkten und Zielsetzungen gelenkt worden ist.

Die Beseitigung dieses industriellen Apparates ist unerläßlich, um eine neuerliche deutsche Aggression auf viele Jahre unmöglich zu machen. Keine andere Maßnahme könnte diesem Ziel der Vereinten Nationen gleich wirkungsvoll dienen. Die Zerstückelung Deutschlands allein würde nicht ausreichen, weil die politische Entwicklung in einigen Jahrzehnten eine Wiedervereinigung der verschiedenen deutschen Staaten möglich machen könnte. In diesem Falle verfügte der wiedervereinigte deutsche Staat, wenn die Industrie des Ruhrgebietes nicht zerstört würde, sofort über ein großes industrielles Potential.

Wenn die Industrie des Ruhrgebietes beseitigt würde, würden ohne Zweifel neue Eisen- und Stahlindustrien im übrigen Europa aufgebaut werden, damit der Eisen- und Stahlbedarf, der sonst von der Ruhr gedeckt wurde, befriedigt und die französische Eisenerzgewinnung genutzt werden kann. Kohle würde von der Saar, aus der gesteigerten Produktion in Frankreich, Großbritannien, Schlesien und Polen geliefert werden. Die Ausschaltung des Ruhrgebiets wäre also ein willkommener Beitrag für das Florieren der Kohleindustrie mehrerer [Mitglieder der] Vereinten Nationen. Großbritannien hat sehr große Kohlenreserven; die sicheren Reserven werden — bei der heutigen Ausbeutungsquote — auf 500 Jahre geschätzt.

Die Kohleproduktion Großbritanniens ist in der Zeit zwischen den Weltkriegen stark zurückgegangen und hat das Maximum von 1913 (293 Millionen metrische Tonnen) seitdem nie wieder erreicht. Der Stand der Produktion in den Jahren vor diesem [erg. Krieg] bewegte sich in der Höhe der Produktion

um die Jahrhundertwende, die Steigerung in den Jahren zwischen 1900 und 1913 ging verloren. Die Produktion im Jahre 1938 war 60 Millionen Tonnen niedriger als 1913.

Hinter den neuen Eisen- und Stahlindustrien, die in Europa an Stelle des Ruhrgebietes entstehen werden, werden so starke Interessen stehen, daß sie ein dauerndes und wirksames Hindernis für die Re-Industrialisierung des Ruhrgebietes bilden werden. [. . .]

Zeitgeschichtlicher Hinweis des deutschen Herausgebers:

Die in dem für die Quebec-Konferenz vorbereiteten Memorandum aufgestellte Behauptung, Deutschland habe seit 1864 „fünf Angriffskriege gegen fremde Staaten begonnen" (vergl. Seite 198) präzisiert die von Minister Morgenthau häufig wiederholte Erklärung, der künftige Weltfriede könne nur durch Entmachtung und Kontrolle des deutschen Volkes gesichert werden.

Diese These läßt sich bereits durch knappe Erinnerungen an die historischen Tatsachen widerlegen:

1. Im Jahre 1864 sah sich der damalige „Deutsche Bund", dem auch noch Österreich angehörte, veranlaßt, die bereits 1848 von der Frankfurter Nationalversammlung aufgegriffene und durch einen Volksaufstand unterstützte Forderung an den dänischen König aufzugreifen, seine seit November 1863 auch durch Erbfolge nicht mehr begründete Herrschaft über die deutschen Herzogtümer Schleswig und Holstein aufzugeben. Nur infolge der von England unterstützten Weigerung des dänischen Königs kam es damals zum kriegerischen Konflikt und zur Besetzung der Herzogtümer durch preußische und österreichische Truppen.

2. Im Juli 1870 war es der französische Kaiser Napoleon III., der den Krieg erklärte, obwohl der preußische König Wilhelm I. bereits die von Frankreich beanstandete spanische Thronkandidatur eines Hohenzollernprinzen zurückgezogen hatte.

3. Richtig ist, daß die Regierung des Kaiserlichen Deutschland — seit 1892 durch eine französisch-russische „Entente" bedroht, der im Juli 1904 auch England beigetreten war — sich angesichts der im Juli 1914 entstandenen internationalen Krise *nach* einer *russischen* Generalmobilmachung die militärische Rettung des Reiches nur noch durch rasches Handeln erhoffte und deshalb ihrerseits in den ersten Augusttagen an Rußland und das ihm verbündete Frankreich den Krieg erklärte.

4. Anders war die Lage im Jahre 1939. Damals hat Hitler zwar am 1. September die Grenzen Polens, die schon 1919 vom britischen Premierminister Lloyd George als unhaltbar bezeichnet worden waren, nach monatelanger internationaler Spannung überschreiten lassen, aber er hatte sich auch zum Anhalten der Truppen unter gleichzeitiger Einberufung einer Konferenz zur Regelung der deutsch-polnischen Streitfrage bereit erklärt. Der diesbezügliche italienische Vermittlungsvorhlag wurde von England und Frankreich am 3. 9. 1939 mit einer

Kriegserklärung an Deutschland beantwortet. Der damalige US-Botschafter in London, Joe Kennedy — Vater des späteren US-Präsidenten — hat diesen Kriegsentschluß der westlichen Regierungen als ein Ergebnis des amerikanischen Einflusses beurteilt (vergl. Joachim von Ribbentrop: Zwischen London und Moskau, Erinnerungen und letzte Aufzeichnungen, Leoni am Starnberger See 1953, Seite 168).

Der Krieg von 1866, den Morgenthau und seine Mitarbeiter in ihrer Aufzählung hinzurechneten, um „fünf Angriffskriege" behaupten zu können, war bekanntlich eine aus der schleswig-holsteinischen Frage entstandene innerdeutsche Auseinandersetzung; in ihr setzten sich die preußischen Truppen zur Überraschung der europäischen Großmächte gegen die beträchtliche Übermacht der österreichischen, süddeutschen und hannoverschen Armeen durch.

Der Präsident sagt ja — der Kriegsminister widerspricht erneut

Gruppenbesprechung bei Minister Morgenthau

(Das Dokument ist mit dem Vermerk „Deutsche Teilung" überschrieben. 6 Teilnehmer sind genannt.)

9. September 1944,15.30 Uhr (1/608—609)

H. M. jr.: Also, auch diesmal muß ich wohl nicht den vertraulichen Charakter dieser Gespräche betonen; der Kern dieser Sache ist folgender:

Ich habe gehört, daß Hopkins die Frage der Teilung [Deutschlands] vorgebracht hat, und er scheint den advocatus diaboli gespielt zu haben. Hopkins teilte mit, er habe eine lange Unterredung mit Jimmy Dunn65 gehabt, der gegen die Teilung sei, und mit Isaiah Bowman, der [auch] gegen die Teilung ist. Der Präsident sagte, er sei mit dem Gedanken an eine Treuhänderschaft für das Ruhrgebiet, das Saargebiet und den Kieler Kanal einverstanden. Außerdem sagte der Präsident, er sei für die Teilung Deutschlands in drei Teile.

Mr. McConnell: Darf ich eine Frage stellen. Bezieht sich die Treuhänderschaft auf den ganzen Rhein bis hinauf zur Saar?

H. M. jr.: Nein. Nur die Treuhänderschaft für das Ruhrgebiet, das Saargebiet und den Kiel[kanal]. Hopkins ließ nicht locker wegen der Teilung Deutschlands, und ich weiß wirklich nicht, wo er steht. Hopkins stellte dem Präsidenten die Frage: „Wäre es richtig, Ihre Auffassung mit den Worten wiederzugeben, daß Sie mit einer Teilung einverstanden sind?" Der Präsident sagte: „Ja."

65 James Dunn — Beamter des Außenministeriums.

Der Präsident sagte „ja", aber er ist dafür, es sofort zu tun und nicht zu warten. Im weiteren Verlauf der Unterredung meinte Stimson, wir müßten uns mit den Russen vertragen. Das sei außerordentlich wichtig.

Der Präsident suchte dauernd in den Schriftstücken herum, weil er wissen wollte, ob ich den Teil über die Uniformen und das Marschieren aufgenommen habe. Ich sagte ihm, er sei drin.

Und nun das wichtigste von allem. Der Präsident las diesen Passus immer wieder; das interessierte ihn sehr. Der Präsident las dann vor: „Es ist ein Irrtum anzunehmen, daß Europa ein industriell starkes Deutschland braucht." Und der Präsident sagte: „Das ist das erste Mal, daß ich jemanden das sagen höre." Er sagt: „Alle Wirtschaftsexperten sind anderer Meinung, aber ich stimme dem zu."

Mr. Gaston: Das ist meiner Meinung nach das wichtigste in dem ganzen Schriftsatz.

H. M. jr.: Der Präsident sagt: „Das ist das erste Mal, daß ich das lese. Alle scheinen über diesen Punkt anderer Meinung zu sein, aber ich stimme diesem Gedanken zu." Dann sagte er: „Hören Sie gut zu -— ich bin auch für ein landwirtschaftlich ausgerichtetes Deutschland." Ich sehe nicht, wie er noch weiter hätte gehen können.

Mr. Pehle: Das sagte er, als er den Titel las?

H. M. jr.: Ja, er kam bis „4". Er las den ersten Teil und dann sagte er: „O ja, Sie haben ja die Uniformen in Nr. 12. Das ist gut, das ist gut." Dann war er Feuer und Flamme, das Ding zu lesen. Die Hälfte der Zeit, während die anderen sprachen, las er das Memorandum. Als er zu dem Satz „Es ist ein Irrtum anzunehmen, daß Europa ein industriell starkes Deutschland braucht" kam, sagte er: „Ich stimme dem zu, aber niemand sonst ist dieser Meinung." Er sagt: „Was mich betrifft, ich würde Deutschland auf den Status eines Agrarlandes zurückversetzen." Was mich betrifft, so braucht er nicht mehr zu sagen; mit anderen Worten — er ist so weit, er ist so weit, er ist so weit!

Minister Morgenthau berichtet, daß der Präsident die Denkschrift an sich nahm und daß Außenminister Hüll zu ihm (Morgenthau) gesagt habe: „Das ist eine verstärkte Darstellung dessen, **was wir beide** ***vertreten."***

Dann wurde über ein neuerliches Memorandum des Kriegsministers Stimson (vergl. anschließendes Dokument) gesprochen.

Mrs. Klotz: Was hat Stimson gesagt?

Mr. Pehle: Das ist wichtig.

H. M. jr.: Ich habe Stimsons Memorandum[66] noch nicht gelesen, ich weiß also nicht, was er sagt.

Mr. White: Soll ich mal zusammenfassen?

Mr. Gaston: Ein neues [Memorandum]?

H. M. jr.: Ja.

Mr. White: Was er sagt, bezieht sich auf Ihren Hauptpunkt: die vollständige Zerstörung des Ruhrgebietes, und er sagt, er sei strikt dagegen, und er meint, es wäre ein schwerer Fehler, Europa der Erzeugnisse zu berauben, die in diesem Gebiet hergestellt werden könnten. Er sagt, Sie gingen allem Anschein nach sogar weiter; Sie wollten die Zerstörung der Industrie auf ganz Deutschland ausdehnen oder praktisch eine völlige Zerstörung, weil Sie, so wie es jetzt formuliert ist, nicht nur von der Rüstungsindustrie, sondern auch von den Industrien, die man als Schlüsselindustrien betrachten könnte, sprechen. Und er sagte, er habe Bedenken hinsichtlich der Aufteilung [Deutschlands]. Er ist in diesem Punkt aufgeschlossen. Ebenso ist er bereit, der Internationalisierung des Ruhrgebietes zuzustimmen, daß es aber dazu benutzt wird, den übrigen europäischen Ländern Reparationen und seine Erzeugnisse zu liefern.

Er fuhr fort, er meine, daß einige Ihrer Forderungen hinsichtlich der Behandlung von Kriegsverbrechern erheblich geändert werden müssen; daß man ein Gerichtsverfahren haben müsse, das dafür sorgt, daß die Betreffenden Gelegenheit haben, ihre Sache zu vertreten und gehört zu werden und so weiter.

Der Hauptgegensatz besteht aber darin, daß er nicht mit Ihrer Auffassung übereinstimmt, daß die Industrie in großem Umfang zerstört werden müsse und bestimmt auch zerstört werden sollte. Er meint, das sei unnatürlich.

Mr. McConnell: Er sagte, er teile Ihre Meinung, daß sie kontrolliert und gesteuert werden sollte, sie solle aber nicht zerstört werden.

Mr. White: Daß man dasselbe Ziel durch Kontrolle und Steuerung erreichen kann.

66 Siehe nächstes Dokument.

Mr. Bell: Er sagte außerdem noch etwas über die Saar. Ich weiß nicht, daß er gesagt hat, Sie hätten es vorgeschlagen, aber es sei vorgeschlagen worden, die Saar an Frankreich abzutreten. Er meldete dazu gewisse Zweifel an. Er sagte, er sei damit einverstanden, ganz Elsaß-Lothringen an Frankreich zurückzugeben, aber er sei nicht der Meinung, daß Frankreich weitere Gebiete erhalten müsse, zumal nicht ein Gebiet, in dem sie [die Franzosen] nur über Minderheitsgruppen verfügen und wo sich wieder ein Unruheherd bilden könnte, an dem sich kriegerische Verwicklungen entzünden könnten.

H. M. jr.: Soweit ich gehört habe, sind gerade Sie (Bell) es, der die Saar den Franzosen geben möchte.

Mr. Bell: Nein, ich möchte die Ruhr und die Saar für immer an England geben.

Mr. Pehle: Er hat gesagt, Frankreich habe im Krieg stark gelitten.

Mr. Bell: Es ist genau anders herum.

H. M. jr.: Wir nehmen Mr. Bell auf den Arm.

Mr. Bell: Ich habe gesagt, ich könnte nichts entdecken, was Frankreich zu diesem Krieg beigetragen habe, und ich sähe nicht ein, warum sie die Saar bekommen sollten.

Das weitere Gespräch erörtert nebensächliche Angelegenheiten; es wird erwähnt, daß der Präsident zur Konferenz von Quebec nur von seinen militärischen Mitarbeitern begleitet werde.

*

Geheim 9. September 1944 (1/612—615)

(Handschriftlich am Kopf des Dokumentes: „Von Stimson an F. D. R.", dann von anderer Handschrift: „Memorandum für den Präsidenten")

Bei unseren Diskussionen geht es uneingeschränkt um eine Frage der Methode; unser Ziel ist das gleiche. Es handelt sich nicht um die Frage, ob Deutschland streng oder nachsichtig behandelt werden soll. Wir alle versuchen, Mittel und Wege zu finden, um zu verhindern, daß Deutschland wieder versucht, die Welt zu beherrschen. Wir vertreten nur verschiedene Auffassungen hinsichtlich der Methode. Das von Mr. Morgenthau vorgeschlagene Allheilmittel besteht darin, dafür zu sorgen, daß die deutsche Industrie in großem Umfang zerstört wird. Obwohl der Vorschlag nur das Ruhrgebiet erwähnt, ist der

Kernpunkt der, daß das Ruhrgebiet und die angrenzenden Gebiete, die Mr. Morgenthau in sein Programm einbeziehen möchte, zumal nach den vorgeschlagenen [Gebiets]amputationen, das Herz der deutschen Industrie sind. Sein Vorschlag lautet:

„Die totale Zerstörung der gesamten deutschen Rüstungsindustrie und der Abtransport oder die Zerstörung von Schlüsselindustrien, die die Grundlage militärischer Stärke bilden."

Im Hinblick auf das Ruhrgebiet und die benachbarten Industriebezirke sagt er:

„Dieses Gebiet sollte nicht nur aller heute vorhandenen Industrie entkleidet, sondern auch so geschwächt und kontrolliert werden, daß es in der übersehbaren Zukunft nicht wieder zu einem Industriegebiet werden kann — alle Fabriken und Industrieanlagen, die durch Kriegseinwirkung nicht zerstört worden sind, sind entweder vollständig zu demontieren oder abzutransportieren oder völlig zu zerstören, aus den Gruben ist das gesamte Gerät abzutransportieren und die Gruben selbst sind vollständig unbrauchbar zu machen."

Ich bin unabänderlich gegen ein solches Programm; die Gründe dafür sind in meinem Memorandum vom 5. September[67] dargelegt, das dem Präsidenten bereits vorliegt. Ich halte es für unnötig, die darin aufgeführten Gründe noch einmal im einzelnen zu behandeln. Der Kern meiner Auffassung ist, daß diese Werte ein natürliches und notwendiges Kapital für die Produktivität Europas darstellen. In einer Zeit, da die Welt unter Zerstörungen und dem Mangel an Produktionskapazitäten leidet, ist der Plan, diese Werte total zu zerstören, meinem Denken nach völlig verkehrt und unrecht. Ich bestehe darauf, daß diese Werte erhalten und zum Nutzen ganz Europas, unter Einschluß vor allem Großbritanniens, verwendet werden. Die Internationalisierung des Ruhrgebietes oder der Treuhänderschaft für seine Erzeugnisse — zur Diskussion von Einzelheiten des Verfahrens bin ich jetzt nicht bereit — ist eine Behandlung des Problems, die mit den Bedürfnissen und Interessen der Welt in Einklang steht. Zu sagen, wir seien nicht in der Lage, auf die Dauer die Verwendung dieser Schätze in die richtigen Kanäle zu lenken, heißt, jede Hoffnung auf die Zu-

67 Siehe Seiten 171 bis 174.

kunft der Welt zu zerstören. Ich glaube, daß die Lehre, die uns die Deutschen in zwei Weltkriegen erteilt haben, und das Interesse, das durch eine solche Treuhänderschaft ständig wachgehalten würde, eine ausreichende Garantie dafür sind, daß uns die Behandlung dieses Problems anvertraut werden kann. Die unnatürliche Zerstörung dieser Industrien würde andererseits meiner Meinung nach mit Sicherheit Mitgefühl mit den Deutschen wachrufen, so daß wir sowohl in Amerika als auch in der übrigen Welt den Deutschen Freunde schaffen würden, während die meisten Menschen auf der Welt heute den Deutschen völlig ablehnend gegenüberstehen.

Der zweite Punkt, in dem unsere Meinungen offenbar grundsätzlich auseinandergehen, ist die Frage der gerichtlichen Verfolgung und Bestrafung derjenigen Deutschen, die für Verbrechen und Übergriffe verantwortlich sind. Nach dem von Mr. Morgenthau vorgeschlagenen Plan sollen die sogenannten Hauptverbrecher durch das Militär hingerichtet werden, ohne daß ein gerichtliches Verfahren vorgesehen wäre und nur auf Grund einer Identifizierung nach ihrer Festnahme. Die Behandlung dieser und anderer Verbrecher bedarf sorgfältiger Überlegung und fest umrissener Verfahren. Ein solches Verfahren muß meines Erachtens zumindest die rudimentären Merkmale der Bill of Rights (Grundrechte) enthalten, nämlich die Unterrichtung des Angeschuldigten über die Anklage, das Recht, dazu gehört zu werden und in angemessenen Grenzen Entlastungszeugen zu benennen. Ich will damit nicht die Veranstaltung von Staatsprozessen befürworten oder einen schwerfälligen Apparat ins Leben rufen, doch schon die Bestrafung dieser Leute in würdiger, dem Fortschritt der Zivilisation angemessener Form wird die Nachwelt nur um so stärker beeindrucken. Außerdem wird sich auf diese Weise am wirkungsvollsten ein bleibendes Dokument über das terroristische Nazi-System und die Bemühungen der Alliierten, dem System ein Ende zu setzen und seine Wiederkehr zu verhindern, schaffen lassen.

Ich bin geneigt zu glauben, daß wir uns, zumindest, was die führenden Nazi-Funktionäre betrifft, an einem zu ihrer Aburteilung eingesetzten internationalen Gerichtshof beteiligen sollten. Sie sollten der Verstöße gegen die Gesetze des Kriegsvölkerrechts angeklagt werden, weil sie im Zuge der Kriegfüh-

rung mutwillig und unnötig Grausamkeiten begangen haben. Dieses von unserem eigenen Obersten Gerichtshof (Supreme Court) anerkannte Kriegsvölkerrecht wird die Grundlage des Gerichtsverfahrens gegen die Nazis sein.

Obschon diese Straftaten nicht gegen unsere Truppen gerichtet waren, ist unsere moralische Stellung meines Erachtens besser, wenn wir unseren Anteil an ihrer Verurteilung übernehmen. Andere Kriegsverbrecher, die Verbrechen in unterworfenen Gebieten begangen haben, sollten in Übereinstimmung mit der Moskauer Erklärung in diese Gebiete verbracht werden zur Aburteilung durch nationale Militärkommissionen, in deren Jurisdiktion die Straftat nach dem gleichen Kriegsvölkerrecht fällt. Ich stoße auf große Schwierigkeiten bei der Suche nach Möglichkeiten, diejenigen, welche die Verantwortung für Exzesse tragen, die in Deutschland sowohl vor dem Krieg als auch im Krieg begangen wurden, dabei jedoch in keiner Beziehung zur Kriegführung stehen, durch Militärkommissionen vor Gericht zu stellen und zu verurteilen. Ich wäre bereit, den Begriff Verletzung des Kriegsvölkerrechts großzügig auszulegen, aber es gibt einen bestimmten Bereich, in dem ausländische Gerichte meines Erachtens nicht tätig werden können. Solche Gerichte wären dabei ebensowenig zuständig, wie es außerhalb der Zuständigkeit ausländischer Gerichte läge, diejenigen abzuurteilen, die sich in unserem eigenen Land des Lynchens oder der Beihilfe dazu schuldig gemacht hätten.

Im Vorstehenden sind die beiden Hauptpunkte genannt, in denen ich mit dem vom Finanzminister vorgelegten Programm nicht übereinstimme.

Teilung

Ich stehe der Frage der Teilung [Deutschlands] aufgeschlossen gegenüber, aber trotz eingehender Beschäftigung mit dieser Frage bin ich noch zu keinem Ergebnis gelangt, ob die Teilung klug ist und wie dabei verfahren werden sollte. Meines Erachtens können wir diese Frage erst nach einem gegenseitigen Gedankenaustausch mit den Engländern und Russen erfolgreich lösen. Ich selbst ringe noch um Einsicht in dieser Frage. Ich würde mich bestimmt nicht gegen spontane Bemühungen um die Aufteilung des Landes in zwei oder mehr Gruppen aussprechen.

Abtrennung

Soweit mir bekannt ist, besteht ziemlich allgemein Klarheit darüber, daß Rußland oder die Polen sich wahrscheinlich Ostpreußen und einige Teile Schlesiens nehmen werden. Ich schlage vor, daß wir dagegen keinen Einspruch erheben, uns dabei aber nicht an der Verwaltung dieses Gebietes beteiligen. An der Westgrenze ist die Hauptfrage die Behandlung des Ruhrgebiets, jedoch ist auch vorgeschlagen worden, das Rheinland und das Saargebiet Frankreich zu überantworten. Natürlich bin ich für die automatische Rückkehr des Elsaß und Lothringens zu Frankreich, doch obwohl ich mich nicht unwiderruflich der Vorstellung verschließe, Frankreich weitere Gebiete zu geben, liegt meiner Auffassung nach die Beweislast bei den Befürwortern dieser Maßnahme. Frankreich wird aus diesem Krieg praktisch mit seinem ungeminderten Imperium, mit einer verringerten Bevölkerung und schon im Besitz sehr wertvoller Erzvorkommen im Gebiet von Longwy-Briey hervorgehen. Ihm ein umfangreiches Gebiet mit deutschsprachiger und deutschstämmiger Bevölkerung zu geben, hieße, das europäische Gleichgewicht mit einem weiteren Problem zu belasten. Um dem entgegenzuwirken, würde ich Frankreich an den Vorteilen der Internationalisierung des Saargebietes und des Ruhrgebietes beteiligen und ihm den Nutzen aus der praktisch daraus resultierenden internationalen Schranke zwischen Frankreich und Deutschland zukommen lassen.

Auch gewissen anderen vom Herrn Finanzminister vorgeschlagenen Bestrafungsmethoden, die sich auf das persönliche Leben einzelner Deutscher auswirken, stehe ich ablehnend gegenüber, weil sie sich, ohne grundsätzlich einen Wert zu haben, irritierend, ja recht gefährlich auswirken, doch handelt es sich dabei in erster Linie um Verwaltungsfragen, die meiner Meinung nach zum jetzigen Zeitpunkt nicht erörtert zu werden brauchen. Teilweise zumindest würden sie am besten von den für die verwaltungsmäßige Durchführung der Besetzung Hauptverantwortlichen entschieden.

Ich möchte vorschlagen, dem Präsidenten in der Übergangszeit, d. h. der einzigen, mit der wir uns im Augenblick befassen können, zu empfehlen, ein Programm zu billigen, das generell mit dem vom Außenminister bei der Sitzung des Kabinetts-

ausschusses am Dienstag, dem 5. September, vorgelegten Memorandum übereinstimmt mit Ausnahme der Änderung der Ziffer 2 (H) dieses Memorandums und bestimmter anderer geringfügiger Änderungen, auf die wir uns hoffentlich alle einigen können . .. (gez.) Henry L. Stimson

Der Finanzminister in Quebec

Aktenvermerke des Ministers Morgenthau über seine Teilnahme an den Verhandlungen des Präsidenten Roosevelt mit dem Premierminister Churchill.

Streng geheim

Niederschrift über eine Unterredung zwischen dem Präsidenten und dem [britischen] Premierminister in Quebec vom 14. September 1944 (1/619—620).

Der Premierminister erklärt, sobald Deutschland besiegt ist, werde sich in gewissem Umfang eine Neuverteilung der Anstrengungen der beiden Länder ergeben. Er hoffe, daß der Präsident damit einverstanden sei, daß wir [Großbritannien] während des Krieges gegen Japan weiterhin Nahrungsmittel, Schiffsraum und so weiter von den Vereinigten Staaten erhalten, um unseren normalen Bedarf decken zu können. Der Präsident gab sein Einverständnis zu erkennen.

Er hoffe ferner, daß der Präsident damit einverstanden sei, daß die Lieferung von Kriegsmaterial im Rahmen des Leih- und Pachtverfahrens auf der Basis der Verhältnismäßigkeit fortgesetzt würde, selbst wenn dies dem Vereinigten Königreich gestatten würde, Arbeitskräfte zum Wiederaufbau des Exports usw. freizumachen, z. B. daß, wenn die britische Produktion von Kriegsmaterial auf drei Fünftel herabgesetzt würde, die amerikanische Hilfe ebenfalls auf drei Fünftel zurückgeschraubt werden solle. Der Präsident gab sein Einverständnis zu erkennen. Mr. Morgenthau schlug jedoch vor, es sei besser, mit festen Zahlen zu arbeiten. Er habe erfahren, daß die Unterstützung in Form von Kriegsmaterial für das erste Jahr auf der Grundlage der von der Octagon-Konferenz[68] ins Auge gefaßten Strategie von den Briten auf etwa drei und eine halbe Milliarde Dollar berechnet worden sei. Der genaue Bedarf müsse auf der Grundlage der auf der Konferenz gefaßten Beschlüsse über militä-

68 „Octagon" war das Deckwort für die Quebec-Konferenz.

Zeitgeschichtlicher Hinweis des deutschen Herausgebers:

□ **Am 12. September 1944 war Finanzminister Morgenthau von Präsident**
□ **Roosevelt telegraphisch aufgefordert worden, zum 14. September nach**
□ **Quebec zu kommen. Bei der dortigen Zusammenkunft mit dem briti-**
□ **schen Premierminister und seinen Mitarbeitern waren bis dahin mili-**
□ **tärische Fragen behandelt worden. Morgenthau war das einzige US-**
□ **Regierung8mitglied, das zur Quebec-Konferenz zugezogen wurde. Er**
□ **wurde von Harry Dexter White begleitet (vergl. Seite 233).**
□ **In dem am 17. 9. 1944 veröffentlichten amtlichen Kommunique über die**
□ **Konferenz von Quebec wurde die Anwesenheit des Finanzministers nicht**
□ **erwähnt.**

rische Angelegenheiten neu berechnet werden. Der Bedarf an nichtmilitärischem Material sei auf insgesamt drei Milliarden Dollar angesetzt worden, gegen die ein erheblicher Betrag für zurückgeleitete Leih- und Pachtlieferungen aufgerechnet würde. Der Präsident äußerte seine Zustimmung damit, daß es besser wäre, wenn man sich an derartige Zahlen halte, als wenn man auf der Basis der Verhältnismäßigkeit arbeite.

Der Premierminister betonte, daß alle diese Lieferungen Leih- und Pachtlieferungen sein sollten. Der Präsident sagte, das sei selbstverständlich.

Der Premierminister wies darauf hin, wenn das Vereinigte Königreich wieder ohne fremde Unterstützung auskommen solle, sei es von höchster Bedeutung, daß der Exporthandel, der auf einen Bruchteil zurückgegangen sei, wieder in Gang komme. Selbstverständlich würden keine Artikel, die im Rahmen der Leih- und Pachthilfe geliefert worden oder ihnen gleichzustellen seien, exportiert oder mit Gewinn verkauft werden. Es sei aber von größter Wichtigkeit, daß die Vereinigten Staaten an die nach Großbritannien im Rahmen der Leih- und Pachthilfe gelieferten Waren keine Bedingungen knüpften, die den Wiederaufbau des britischen Exporthandels gefährdeten. Der Präsident meinte, das sei recht und billig.

Um diese Beschlüsse zu ergänzen, schlug der Premierminister vor, einen gemeinsamen Ausschuß einzusetzen. Es wurde beschlossen, es sei besser, für diesen Zweck zunächst einen Ad-hoc-Ausschuß auf informeller Basis einzusetzen, der im weiteren Verlauf förmlich konstituiert werden könne. Bis der Bericht des Ad-hoc-Ansschusses vorliege, sollten die Ministerien der

Vereinigten Staaten angewiesen werden, keine Maßnahmen in die Wege zu leiten, die den Schlußfolgerungen des Ausschusses vorgreifen könnten, z. B. solle die Produktion nicht gedrosselt werden, ohne auf die Leih- und Pachthilfe Rücksicht zu nehmen, in deren Rahmen Lieferungen an Großbritannien [vom Ausschuß] für notwendig gehalten werden könnten. Der Präsident meinte, der Ausschuß solle eingesetzt werden, und schlug vor, daß Mr. Morgenthau in seiner Vertretung den Vorsitz übernehmen solle und daß Mr. Stettinius, der an den Leih- und Pachtangelegenheiten einen so großen Anteil gehabt habe, ihm auch angehören solle.

(Mit Bleistift) — 0. K. F. D. R.
M.
15. 9.

1. Wir haben die Frage des Rahmens und Umfangs der gegenseitigen Leih- und Pachthilfe zwischen den Vereinigten Staaten und dem Britischen Empire nach der Niederwerfung Deutschlands und während des Krieges gegen Japan besprochen. Wir sind übereingekommen, daß ein gemeinsamer Ausschuß eingesetzt wird mit dem Auftrag, diese Frage in der folgenden Besetzung zu erörtern: Vorsitzender: ....
69,
amerikanische Mitglieder: Minister Morgenthau, Unterstaatssekretär Stettinius und Mr. Leo Crowley. Britische Mitglieder:

2. Der Ausschuß wird sich über den Umfang der gegenseitigen Hilfe in Form von Kriegsmaterial, Nicht-Kriegsmaterial und Dienstleistungen, die für die wirksamste Fortführung des Krieges bereitgestellt werden müssen, einigen und den Regierungschefs der beiden Länder entsprechende Empfehlungen vorlegen. Der Ausschuß hat die Weisung, von den verschiedenen Regierungsstellen alle einschlägigen Informationen einzuholen, die für die Erarbeitung seiner Empfehlungen notwendig sind.

3. Die zuständigen Ministerien beider Länder werden angewiesen, bis zur Vorlage der Empfehlungen des Ausschusses bei den Regierungschefs der beiden Länder ohne Zustimmung des Ausschusses bis zu dem eben genannten Zeitpunkt keine wichti-

69 Leerstelle im Original.

geren Entscheidungen hinsichtlich der Programme für die Leih- und Pachthilfe zu treffen.

4. Bei der Erarbeitung der Schlußfolgerungen wird sich der Ausschuß von der Besprechung zwischen dem Präsidenten und dem Premierminister am 14. September 1944 leiten lassen.

F. D. R. (vermutlich von Roosevelts Hand)70
M. (vermutlich von Morgenthaus Hand) *
15. 9.

Quebec, den 14. September 1944

„Quebec-Direktive über Deutschland"

Unter dieser Überschrift ist das nachstehende Dokument in der amerikanischen Originalausgabe wiedergegeben. Der Text ist vermutlich von Minister Morgenthau formuliert. Durch die Handzeichen „F. D. R." und „W. C." wurde die Grundsatzerklärung sowohl vom US-Präsidenten wie vom britischen Premierminister bestätigt.

Streng geheim 15. September 1944 (1/620—621)

Bei einer Konferenz zwischen dem Präsidenten und dem Premierminister über die geeignetsten Maßnahmen zur Verhinderung einer Wiederaufrüstung Deutschlands wurde festgestellt, daß ein entscheidender Punkt dabei die zukünftige Rolle des Ruhrgebietes und des Saargebietes sei.

Die Schnelligkeit, mit der die metallurgische, die chemische und die elektrotechnische Industrie in Deutschland von Friedensproduktion auf Kriegsproduktion umgestellt werden kann, haben wir in bitteren Erfahrungen bereits zu spüren bekommen. Es muß auch daran gedacht werden, daß die Deutschen einen großen Teil der Industrieanlagen Rußlands und anderer mit uns verbündeter Nachbarländer verwüstet haben, und es ist nur recht und billig, daß diese in Mitleidenschaft gezogenen Länder als Ausgleich für die eigenen Verluste Anspruch auf die von ihnen benötigten Maschinen haben sollten. Die genannten Industriezweige im Ruhrgebiet und im Saargebiet werden aus diesem Grunde unbedingt außer Funktion gesetzt und geschlossen werden. Man war der Auffassung, daß die beiden Gebiete einem Organ der Weltorganisation unterstellt werden sollten, das die Demontage dieser Industrien überwachen sowie sicher-

70 Vermerk im Original.

stellen wird, daß sie nicht unter irgendeinem Vorwand wieder in Gang gebracht werden.

Dieses Programm für die Beseitigung der kriegerischen Industrien („the war-making industries") an der Ruhr und an der Saar hat das Ziel, aus Deutschland ein Land von im wesentlichen landwirtschaftlichem und Weidecharakter („a country primarily agricultural and pastoral in its character") zu machen.

Der Premierminister und der Präsident befanden sich hinsichtlich dieses Programms in Übereinstimmung.

0. K. F. D. R. [Franklin D. Roosevelt]

15. 9. W. C. [Winston Churchill]

Morgenthau: „Der Höhepunkt meiner Laufbahn"[71]

Gruppenbesprechung bei Minister Morgenthau

(Am Kopf des Dokumentes sind 11 Teilnehmer genannt)

19. September 1944,10.00 Uhr (1/624^-626)

H. M. jr.: Die Sache in Quebec war, alles zusammengenommen, unwahrscheinlich gut. Und was midi persönlich betrifft, war es der Höhepunkt meiner ganzen Laufbahn in der Regierung. In diesen 48 Stunden habe ich höhere persönliche Befriedigung erfahren, als bei irgendeiner anderen Sache, mit der ich jemals befaßt war.

Die Sache, an der wir hier gearbeitet haben, im Hinblick auf die Haltung gegenüber Deutschland — der Standpunkt des Finanzministeriums ist in vollem Umfang akzeptiert worden, also alles, woran jeder von uns hier so hart gearbeitet hat, ist akzeptiert worden, und der Präsident formulierte es so: Er sagte, er sei auf der Suche nach etwas gewesen, und wir seien gekommen und hätten ihm genau das gegeben, was er sich gewünscht hatte. Ich weiß aber nicht, wie sie es veröffentlichen werden oder was sie überhaupt damit machen werden. Es war für mich sehr lustig. Ich glaube, es war gestern nachmittag, daß ich diesen Artikel über [von?] Kuh72 aus London sah, in dem er über die Dinge klagt, die wir nicht erledigt hätten, und alles, worüber er dort klagt, ist getan worden. In der nächsten Spalte

71 **Anmerkung des amerikanischen Herausgebers: Teile der Niederschrift dieser Besprechung, die für diese Untersuchung nicht von Bedeutung sind, wurden ausgelassen.**

72 **Anmerkung der Übersetzer: Vermutlich Frederick Kuh, der zu dieser Zeit Korrespondent der „New York Times" in London war.**

stand außerdem ein Artikel von Robertson, daß bei den Besprechungen in Quebec nichts von Bedeutung herausgekommen sei. Aber, andererseits, dies ist interessant, nur um Ihnen zu zeigen, wie die Dinge kursieren: Mein Vetter Professor Goodhart aus Oxford ist hier. Er war bei einem Treffen dabei, an dem auch dieser Redakteur der Zeitschrift „Fortune" teilnahm, Russell Davenport heißt er, und Davenport war über alles informiert, was ich getan habe. Er erzählte, ich habe diese Sache vorangetrieben, und er wußte über meine Einstellung zur Ruhr Bescheid, und er kannte die ganze Geschichte. Und Goodhart, dem ich das „Schwarze Buch" gezeigt hatte, sagte, er habe dazu nichts sagen können, weil ich es als so geheim bezeichnet hatte, und er sagte: „Und da saß Russell Davenport und diskutierte die ganze Angelegenheit bei einem kleinen Essen in New York."

Mr. Pehle: Kritisch?

H. M. jr.: Nein, lediglich, daß ich die Sache vorantreibe und die Angelegenheit in die Hand genommen habe. Er [Goodhart] sagte nicht, er [Davenport] habe sich kritisch dazu geäußert, aber er sei über die Tatsachen im Hinblick auf die Ruhr informiert gewesen.

Mrs. Klotz: Ist das gut oder schlecht?

H. M. jr.: Ich weiß nicht.

Mr. Pehle: Es mußte so kommen.

H. M. jr.: Aber Goodhart meinte, sie hätten es sehr wahrscheinlich von den Engländern erfahren, weil die Engländer alles wissen, was hier vorgeht.

Mr. Smith: Ich wollte nur sagen, daß ich im Metropolitan Club zufällig John Lord O'Brien getroffen habe, und er kannte die Geschichte auch. Er ist ein enger Freund von Stimson, und von ihm hat er es vielleicht.

Mr. D. W. Bell: Bob McConnell erzählte, er sei neulich auch dort gewesen, und einer der Herren am Tisch habe erwähnt, was das Finanzministerium zu tun versuche, und er sagte ferner, diese ganze Gruppe von Offizieren habe ganz offenbar eben dieses Thema diskutiert und zweifellos seien das Programm und die Pläne des Finanzministeriums erwähnt und besprochen worden.

Mr. O'Connell: Eine Ausfertigung des Programms des Finanzministeriums ist zum Beispiel an das OSS (Office of Strate-

gic Services) gegangen — wie ich von militärischer Seite oder anderswoher weiß. Jedenfalls sagte mir Joe DuBois gestern —

Mr. Pehle: Vom Außenministerium.

Mr. O'Connell: Haben Sie das nicht auch gewußt, John? Ich halte es jedenfalls für unausbleiblich, wie John gesagt hat.

H. M. jr.: Also, das einzige, worauf ich hinweisen wollte, war, daß er [Goodhart] es nicht verstehen konnte, daß niemand etwas geschrieben hatte, obwohl er wußte, daß ich dort war und so viele Leute davon wußten.

Mr. D. W. Bell: Es muß in Kürze ohnehin rauskommen, weil etwa hundert Personen hier in den drei Ministerien darüber informiert sein müssen.

H. M. jr.: Es sind vier — Hopkins doch auch. Aber wie dem auch sei, ich weiß, es muß so kommen, aber ich halte es für ganz interessant.

Mr. Gaston: Ich meine, wahrscheinlich hatte Steve Early[73] Zugang zu den Protokollen von Quebec.

H. M. jr.: Genau! Steve war höchst zufrieden. Er kam auf den Gedanken, diese Pressekonferenz anzusetzen und die ganze Geschichte unter die Leute zu bringen. Und es hat schon Früchte getragen.

[...]

Mr. O'Connell: Ich hatte in erster Linie Besprechungen mit dem Außenministerium, dem Heeres- und dem Marineministerium. Wir kamen im Zusammenhang mit unserem Deutschland-Programm zusammen. Dabei stießen wir auf Widerstand auf einer höchst unerwarteten Ebene. Es gibt offenbar eine Richtung, die der Meinung ist, wir seien im Zusammenhang mit solchen Dingen wie den Kriegsverbrechen und wie man in Deutschland mit Hilfe des — sogenannten — Völkerrechts verfahren solle[74], völlig bewegungsunfähig, und wenn Sie damit einverstanden sind, arbeiten wir ein Memorandum für Sie aus, um dieses Vorbringen zu bereinigen, weil es meiner Meinung nach vom rechtlichen Standpunkt aus die windigste Sache ist, von der ich jemals gehört habe. Es wird dagegen eingewendet —

73 Roosevelts Pressechef.
74 Vergl. Hinweise Seite 82 und 157.

H. M. jr.: Darf ich mal unterbrechen — ich weiß nicht, ob Sie die Position Professor Goodharts in England kennen. Er ist der Herausgeber des „Law Journal". Er hat viel gerade über dieses Thema, ob man sie auf der Stelle erschießen kann, gearbeitet. Ich hoffe, daß er uns nächste Woche besuchen wird. Er hat viel geleistet. Und er gehört zu der Richtung, [die meint,] daß man das tatsächlich [tun] kann.
Mr. O'Connell: Das würde ich gern sehen. Dieser Auffassung sind wir auch. Wir sind jedenfalls dabei und versuchen, für Sie ein lesbares Memorandum zu schreiben, mit dem dieser legalistische Standpunkt bereinigt wird.
H. M. jr.: Das ist auch die Auffassung Stimsons.
Mr. O'Connell: Mir erscheint sie als ein Ärgernis in bezug auf die rechtliche Situation, weil sie eigentlich ein unlegalistischer Versuch zur Lösung des Problems ist, indem verfassungsrechtliche Prinzipien, die für das Inland gelten, auf eine Weltsituation angewendet werden, die nichts mit den inneren Verhältnissen gemein hat.
(...)

Der Finanzminister unterrichtet den Außen- und den Kriegsminister

Am Kopf des von White verfaßten Dokumentes ist vermerkt: „Memorandum für die Akten des Ministers — Besprechung im Büro des Ministers Hull".

20. September 1944, 9.30 Uhr (1/626—636)

Anwesend:
Minister Hull
Mr. Matthews vom Außenministerium
Minister Stimson
Mr. McCloy vom Kriegsministerium
Minister Morgenthau
Mr. White vom Finanzministerium

Der Minister [Morgenthau] hatte um die Besprechung gebeten, um den Ministern Hull und Stimson über seine Teilnahme an der Konferenz von Quebec zu berichten.

In einem einleitenden Absatz werden kritische Bemerkungen des Ministen Hull über den Unterstaatssekretär im Außenministerium Sumner Welles und die amerikanische Politik gegenüber Argentinien referiert.

Minister Morgenthau berichtete in Einzelheiten über die Ereignisse und über die wichtigsten Punkte der Besprechungen in Quebec, an denen er teilgenommen hatte. Er übergab Minister Stimson und Minister Hull eine Ausfertigung des von Churchill und Roosevelt abgezeichneten Memorandums über Deutschland75 und berichtete, wie es zur Abfassung des Memorandums kam. Nach seinem Bericht über die Besprechungen sagte er, er wolle gern etwaige Fragen beantworten, aber er habe ihnen alles Wichtige über die Besprechungen zum Thema Deutschland gesagt, an denen er teilgenommen hatte.

Minister Hull fragte, ob die Frage der Zerstückelung [Deutschlands] besprochen worden sei, und Minister Morgenthau gab zur Antwort, daß dieses Thema in seiner Gegenwart nicht erörtert worden sei. Mr. McCloy übergab Minister Hull eine Karte, in der die Grenzen der Zonen in Deutschland eingezeichnet waren, die dem Vereinigten Königreich und der UdSSR unterstellt werden sollen.76 Minister Morgenthau sagte, der Präsident habe erklärt, er habe seine Zustimmung zu der Zoneneinteilung trotz dem Drängen der Militärs der niedrigeren Ebenen bis zur letzten Minute hinausgezögert. Der Präsident habe den Wunsch gehabt, daß die Briten für das Ruhrgebiet und das Saargebiet zuständig sein sollten, so daß sie für die Durchführung der in dem von Churchill und ihm selbst unterzeichneten Memorandum dargestellten Grundsätze zuständig wären. Mr. McCloy fügte hinzu, daß Österreich von einer gemischten amerikanisch-britisch-russischen Kommission regiert werden sollte.

Minister Hull erkundigte sich danach, auf welche Weise

75 Siehe Seite 217 f.

76 Der britische Premierminister Churchill urteilte in einem am 4. Mai 1945 verfaßten, später in den Potsdam-Dokumenten veröffentlichten Text:

„. Ich fürchte, schreckliche Dinge haben sich während des russischen Vordringens durch Deutschland bis zur Elbe ereignet. Der vorgesehene Rückzug der amerikanischen Armee zu den Besatzungslinien, die mit den Russen und Amerikanern in Quebec vereinbart worden waren und die auf den Landkarten gelb eingezeichnet wurden, die wir dort studierten, würde bedeuten, daß die Flut russischer Herrschaft auf einer Breite von 300 oder 400 Meilen um 120 Meilen vorwärts fegt. Das würde ein Ereignis sein, das, wenn es einträte, eines der düstersten in der Geschichte wäre (one of the most melancholy in history)." (Zitat nach Sündermann: Potsdam 1945 a. a. O. Seite 33.)

wichtige Entscheidungen über Deutschland ohne Teilnahme der Russen gefällt werden könnten. Er sagte, er wisse nicht, wie viele wichtige Entschlüsse dieser Art ohne Wissen der Russen gefaßt würden, und daß das die Dinge außerordentlich erschweren könnte. Mr. Matthews sagte, er sei der Meinung, daß die Russen sich mit den britischen und amerikanischen Stellen hinsichtlich der Grenzen ihrer Zone geeinigt hätten und daß das übrige Gebiet zwischen der britischen und der amerikanischen Regierung aufgeteilt werden sollte. Minister Stimson meinte jedoch, daß es sich bei der Entscheidung hinsichtlich des Ruhrgebietes um eine wirtschaftlich stark verästelte Angelegenheit handele, und er nehme an, daß die Russen daran interessiert seien.

Minister Morgenthau stellte fest, daß Churchill zunächst gegen den Plan des Finanzministeriums über die Behandlung des Ruhrgebietes gewesen sei, und berichtete dann, wie Churchill am Tage darauf seinen Standpunkt geändert habe und wie Eden heftig gegen die Kehrtwendung Churchills[77] Einspruch erhoben habe. Er wiederholte die an Eden gerichtete Bemerkung Churchills: „Wenn es um das britische und das deutsche Volk geht, dann bin ich für das britische Volk — und ich wünsche nicht, daß Sie ins Kriegskabinett zurückrennen und versuchen, gegen dieses Vorhaben Stimmung zu machen, ehe ich ins Kabinett komme. Ich wünsche, als erster mit ihnen darüber zu sprechen."

Der Minister [Morgenthau] übergab Minister Stimson und Minister Hull Ausfertigungen des Memorandums über die Pacht- und Leihlieferungen an Großbritannien und der vom Präsidenten abgezeichneten dazu gehörenden Direktive. Der Minister hob hervor, daß das Memorandum über die Pacht- und Leihhilfe erst am letzten Tag abgefaßt worden sei und daß Churchill schon vor der endgültigen Formulierung dieses Memorandums den [vorgeschlagenen] Grundsätzen über die Deutschland-Politik zugestimmt hatte. Er führte weiter aus, daß der Präsident drauf und dran gewesen sei, den britischen Wünschen hinsichtlich der Pacht- und Leihhilfe stattzugeben, als er [Morgenthau] sich eingeschaltet und empfohlen habe, einen Aus-

77 Vergl. dazu folgenden Abschnitt „Churchill in Quebec".

schuß zur Erörterung der Angelegenheit einzusetzen. Der Minister betonte, es sei ihm gelungen, die Angelegenheit auf einen Ausschuß zu übertragen, obwohl dieser Ausschuß in Übereinstimmung mit dem in den Besprechungen Churchills und Roosevelts gesteckten Rahmen zu handeln haben werde. Der Minister sagte, wenn er nicht dabeigewesen wäre, wäre sofort eine Entscheidung gefällt worden, ohne daß ein Ausschuß eingeschaltet worden wäre. Hull meinte, das sei ganze Arbeit gewesen — daß die Arbeit einem Ausschuß übertragen worden sei. Minister Morgenthau informierte sie darüber, daß der Präsident ihn mündlich und schriftlich gebeten habe, als Vorsitzender des amerikanischen Ausschusses zu fungieren. Der Minister bat Mr. McCloy, als Beobachter an der Sitzung des Ausschusses am selben Nachmittag um 14.30 teilzunehmen.

Minister Morgenthau bemerkte noch, daß Churchill einzig und allein an der Pacht- und Leihvereinbarung interessiert gewesen zu sein schien, während der Präsident sein Augenmerk auf die Deutschland-Politik gerichtet habe und an den Pacht- und Leihvereinbarungen nicht sehr interessiert gewesen sei.

Eine Zwischenbemerkung McCloys erörtert britische Wünsche zur Reparatur von Kriegsschiffen.

Minister Hull war sehr ärgerlich über die Tatsache, daß der Präsident über die Pacht- und Leihvereinbarungen mit Großbritannien entschieden habe, ohne vorher mit dem Mann gesprochen zu haben, der seit langer Zeit mit diesem Problem befaßt gewesen sei. Er sagte, es gebe eine Reihe von wirtschaftspolitischen Grundsatzangelegenheiten, die man von den Briten anerkannt haben möchte und denen sich die Briten zu entziehen versuchten, und sie zögerten die Entscheidungen hinsichtlich der Pacht- und Leihhilfe für Großbritannien in Phase 2 hinaus in der Hoffnung, die anderen Angelegenheiten zunächst regeln zu können. Jetzt habe der Präsident jedoch diesen Köder aus der Hand gegeben.

Es werden weitere Einzelheiten über die Pacht-Leih-Verhandlungen erörtert.

Der Minister fragte Minister Hull, wie er in dieser Angelegenheit weiter verfahren wolle. Minister Hull antwortete recht bitter, er verliere jetzt jedes Interesse an der ganzen

Angelegenheit; wenn er von den Besprechungen und von den Entscheidungen über Angelegenheiten von solcher Tragweite ausgeschlossen werde, verliere er das Interesse an dem ganzen Unternehmen. Der Minister entgegnete, er habe Minister Hull und Minister Stimson so schnell wie möglich über das unterrichten wollen, was sich während seiner Teilnahme in Quebec ereignet habe. Er sagte, er werde — wie er schon Minister Hull nach seiner Rückkehr aus London erklärt habe — es sich auch in Zukunft angelegen sein lassen, eine aktive Rolle in Überlegungen über die Deutschland-Politik und ähnlichen Fragen zu spielen, solange der Präsident ihn hinzuziehe, und er wolle das auch weiterhin tun, solange der Präsident nichts dagegen habe.

Es wird über die beabsichtigte weitere Zusammenarbeit der Ministerien in Pacht-Leih-Angelegenheiten berichtet.

Ich sagte zu Jack McCloy, die Direktive, die sie aufgesetzt hätten, sei eine hervorragende Arbeit und wir seien mit ihr sehr zufrieden.*[78] Er sagte: „Gefällt sie Ihnen?", und ich antwortete: „Ja, sehr." Er sagte: „Ich habe gestern mit dem Außenministerium darüber gesprochen, und sie sind damit einverstanden bis auf einen Punkt, und zwar im wesentlichen bis auf den Absatz über die Steuerung und Kontrolle der Wirtschaft." Ich sagte daraufhin: „Das ist aber ein höchst wichtiger Absatz." Er war auch dieser Ansicht. Er hat das Außenministerium gebeten, den Absatz nach den dortigen Wünschen umzuformulieren, und versprach, uns eine Ausfertigung zu schicken, und wir könnten dann den Entwurf des Außenministeriums mit ihnen besprechen. Ich fragte ihn nach dem nächsten Schritt. Er antwortete, sie würden den Briten eine Ausfertigung geben und sie könnten ihnen in allen Punkten Zugeständnisse machen, nur nicht in bezug auf diesen einen Absatz. Die Briten würden dann ihre Vorschläge auf der CCAC-Sitzung unterbreiten, und er sagte: „Ich werde Sie bitten, dabeizusein, so daß Sie an den Besprechungen mit den Briten teilnehmen können." Ich sagte, das sei mir sehr recht. (Gezeichnet) H. D. White

[78] **Gemeint ist vermutlich ein Entwurf zur späteren „Direktive ICS 1067". Vergl. dazu das folgende Kapitel „Vom Plan zur Direktive".**

Churchill in Quebec

Gruppenbesprechung bei Minister Morgenthau

(Am Kopf des Dokumentes ist vermerkt: „Leih- und Pachtverhandlungen mit England". Als Teilnehmer sind Mr. White, Mr. Cassaday und Mrs. Klotz genannt.)

18. Oktober 1944,16.00 Uhr (1/711—719)

Die umfangreiche Diskussion — unterbrochen durch ein Telefongespräch des Ministers — beschäftigte sich mit den Kreditverhandlungen mit Großbritannien. Von Interesse ist der Schlußteil der Aufzeichnung, die aus Gründen des sachlichen Zusammenhanges hier außerhalb der zeitlichen Reihenfolge eingeschaltet wird.

Zwischen dem Minister und Mr. White werden rückblickend nochmals die Vorgänge während der Konferenz von Quebec erörtert.

H. M. jr.: Ich hatte heute eine Menge Telefongespräche. Ich hatte einen Anruf von Baruch, und er hat mit dem Präsidenten wegen der Deutschland-Angelegenheit gesprochen. Er wollte mich wissen lassen, daß er hinter mir steht, und er wollte einige Punkte besonders betonen — wir dürften den Deutschen überhaupt nichts durchgehen lassen. Er kam dann auf diese Sache zu sprechen — er sagte, er glaube, mir dabei helfen zu können. Die Engländer haben nach dem Ersten Weltkrieg schon dasselbe Ding gedreht, und zwar um Deutschland zu helfen —

Mr. White: Natürlich, das ist eine andere Sache, an die ich gedacht habe, das, was sie [die Engländer] zu geben versprechen, war, wie Sie sich erinnern, eine Gegenleistung für das da oben in Quebec —

H. M.jr.: Was davon?

Mr. White: Ihre [der Engländer] Haltung zu Deutschland war, Ihrer Meinung nach —

H. M. jr.: Das habe ich Stimson in Ihrer Gegenwart nicht gesagt. Er versuchte, es als ein Geschäft auf Gegenseitigkeit darzustellen, und ich sagte zu Stimson, sie [die Engländer] hätten die Deutschland-Angelegenheit erledigt gehabt, ehe wir dieser Sache [der Leih-und-Pacht-Angelegenheit] zustimmten.

Mr. White: Ich wollte eigentlich nichts sagen, aber das entspricht nicht ganz den Tatsachen. Sie taten das, ehe sie das Dokument unterschrieben, aber die mündliche Vereinbarung war vorhergegangen. Beide Komplexe hingen jedoch für Sie in jedem Falle gedanklich zusammen.

H. M. jr.: Sind Sie da ganz sicher?

Mr. White: Ja.

H. M. jr.: Können Sie mir das beweisen?

Mr. White: leb müßte dazu den gesamten Ablauf der Ereignisse rekonstruieren.

H. M. jr.: Habe ich das nicht mit Ihnen während des Rückfluges durchgesprochen?

Mr. White: Sie haben besonderes Gewicht auf den Zeitpunkt der Unterzeichnung des Dokumentes gelegt, aber ich darf Sie daran erinnern, was Churchill zum Präsidenten sagte, als er versuchte, den Präsidenten zu bewegen, dem Dokument zuzustimmen — Sie erinnern sich, er sagte: „Was soll ich tun, soll ich aufstehen und betteln wie Fala?[79]" Und das Dokument über die Leih-und-Pacht-Hilfe wurde danach unterzeichnet, aber praktisch gab es eine mündliche Vereinbarung vorher. Sie brauchte nur noch schriftlich fixiert zu werden.

H. M. jr.: Nein, ich glaube, Sie haben unrecht, Harry.

Mr. White: Ich werde die Aufzeichnungen nachlesen.

H. M. jr.: Gleich am Tag meiner Ankunft aß ich mit ihm [Churchill] zu Abend, und er war gegen uns.

Am anderen Morgen war Churchill für uns, und wir hatten die Leih-und-Pacht-Angelegenheit noch nicht aufgegriffen — gleich am folgenden Morgen. Er kam immer wieder darauf zurück, er wolle die Leih-und-Pacht-Angelegenheit in Angriff nehmen und sie [die Amerikaner] täten es nicht. Aber am Mittwochmorgen kam Churchill mit einem Plan, am ersten Morgen, als ich da war. Ich weiß nicht, ob ich am Dienstag oder am Mittwoch angekommen bin, aber ich aß gleich am ersten Abend meiner Anwesenheit dort zu Abend, und am nächsten Morgen war Churchill einverstanden.

Mr. White: Churchill änderte seine Meinung. Sie sprachen mit Cherwell**[80] und baten ihn, an diesem Abend noch mit ihm [Churchill] zu sprechen, und am anderen Morgen hatte er seine Meinung geändert.

79 Roosevelts Hündin.

80 Lord Cherwell: ah Friedrich Alexander Lindemann in Baden-Baden geboren, Professor an der Universität Oxford. Cherwell war persönlicher Freund des britischen Premierministers Churchill und jahrelang dessen Berater nicht nur in Rüstungsfragen, sondern auch in Finanzangelegenheiten.

H. M. jr.: Und bis zu diesem Augenblick hatte ich die Leih-und-Pacht-Angelegenheit überhaupt nicht berührt, und wir sprachen über die Leih-und-Pacht-Angelegenheit nicht bis zum Freitagmorgen.

Mr. White: Mit ihm nicht; aber Sie haben sie mit Cherwell erörtert.

H. M. jr.: Aber nicht mit ihm [Churchill].

Mr. White: Cherwell hat zweifellos weiterberichtet.

H. M. jr.: Und [dann] platzte der Präsident damit heraus, er sei bereit, der ganzen [Leih-und-Pacht-]Angelegenheit zuzustimmen. Ich sagte: „Nein, wir brauchen einen Ausschuß." Ich glaube, Sie haben in vollem Umfang unrecht.

Mr. White: Mag sein. Ich werde die Einzelheiten noch einmal darstellen.

H. M. jr.: Harry, ich sage es noch einmal. Am ersten Abend, als ich ankam, aß ich [mit Churchill] zu Abend; Churchill war dagegen; am anderen Morgen ist er einverstanden, aber Mr. Roosevelt war bis zum darauffolgenden Morgen nicht geneigt, die Leih-und-Pacht-Angelegenheit zu diskutieren.

Mr. White: Kann ich jetzt den Ablauf der Ereignisse noch einmal schildern, wie ich ihn sehe?

Erinnern Sie sich, als der Präsident sagte, Sie sollten die Deutschland-Angelegenheit und die Leih-und-Pacht-Angelegenheit besprechen, und Churchill sagte: „Warum sollten wir sie nicht jetzt besprechen?" — oder besser, der Präsident sagte: „Warum sollten wir die Deutschland-Angelegenheit nicht jetzt besprechen? Der Minister [Morgenthau] ist hier; er soll sich mit Lord Cherwell darüber besprechen."

Lord Cherwell kam mit zwei Sachen, Sie erinnern sich — er kam mit zwei Sachen in Ihr Büro, und Sie fragten: „Welches von den beiden Themen möchten Sie zunächst besprechen? Sollen wir zuerst über die Deutschland-Angelegenheit sprechen oder über die Leih-und-Pacht-Sache?"

Darauf erwiderte er: „Also, lassen Sie uns über die Leih-und-Pacht-Angelegenheit sprechen, weil ich glaube, wir kommen damit schneller zu einem Ergebnis."

Dann besprach er mit Ihnen einige Zeit die Leih-und-Pacht-Angelegenheit, und dann wandten Sie sich dem Thema Deutschland zu.

H. M. jr.: Ich kann mich jetzt nicht erinnern.
Mr. White: Daran erinnere ich mich mit Bestimmtheit.
H. M. jr.: Sie machten Aufzeichnungen, und ich diktierte eine Menge Zeug.
Mr. White: Jedenfalls ist meiner Meinung nach aber wichtiger, daß Sie beide Themen miteinander koppelten.
H. M. jr.: Ja, aber meine Äußerung zu Stimson war korrekt.
Mr. White: Ja, sie war korrekt, weil sie spezifisch korrekt war. Sie sagten, er [Churchill] habe sich mit diesem Dokument [über Deutschland] einverstanden erklärt nach [oder: nachdem] —
H. M. jr.: Ja, ich meine, meine Äußerung war korrekt — spezifisch korrekt.
Mr. White: Er unterschrieb dieses Dokument, ehe das Leih-und-Pacht-Dokument fertig war.
H. M. jr.: Darüber hegen sie [die Engländer] keinen Zweifel, weil Churchill gesagt hat, das sei der eigentliche Grund für sein Kommen gewesen.
Wie dem auch sei, wir wollen aufhören zu argumentieren. Aber ich meine, was ich gesagt habe, entsprach den Tatsachen, die Sache mit der Unterzeichnung. Was man jetzt tun sollte, ist, sie [die Engländer] darauf festzunageln.
Mr. White: Sie meinen jetzt, daß in ihrer [der Engländer] Vorstellung diese Sache [Leih-und-Pacht-Hilfe] mit jener anderen Sache [Deutschland] verkoppelt war. Ob sie jetzt mit der anderen Sache [Deutschland] überkommen, bleibt abzuwarten, und wir sollten nicht in vollem Umfang in bezug auf diese Angelegenheit [Leih-und-Pacht-Hilfe] zur Kasse treten ohne die geringste Chance zu —
H. M. jr.: Mein lieber Harry, der Boß hat gestern abend ein bißchen gefeilscht, als er ihre Aufmerksamkeit auf diese Deutschland-Direktive lenkte und sagte „Ich möchte sie gern sehen." Und ich werde nicht locker lassen, während mir dies hier [die Leih-und-Pacht-Angelegenheit] vorliegt. Was meinen Sie wohl habe ich gestern abend getan?
Mr. White: Ja, das ist richtig.
H. M. jr.: Wir sind einig, in Ordnung.

In einer Gruppenbesprechung am 17. März 1945 (11/1000) kam Minister Morgenthau rückblickend nochmals auf die Vorgänge in Quebec zu sprechen.

[…]

H. M. jr.: Wir haben uns [damals] ganz gewaltig mit dieser Sache befaßt; warum also schickt midi da der Präsident nach Quebec, um Churchill für diese Sache zu gewinnen, was ich auch getan habe, und noch nie ist es mir passiert, daß ein Mensch mit jemandem so grob umgegangen ist wie er [Churchill] mit mir. Er war richtig gemein und dann machte er eine vollkommene Kehrtwendung, hauptsächlich — fast ausschließlich — wegen Cherwell, und, soweit ich weiß, hat sich da nichts geändert.

[…]

Der Plan wird bekannt

Aktenvermerk

Das Dokument ist mit dem Wort „Memorandum" überschrieben. Es ist wie die beiden Aufzeichnungen von Minister Morgenthau persönlich diktiert.

25. September 1944 (1/633)

Nachdem ich mir den Mann angehört hatte, der um viertel vor acht die Sendung für Thompson's Dairy [Thompsons Milchprodukte] macht, rief ich heute um 8.30 Uhr Mr. Hull an und fragte ihn, ob man nicht etwas tun könne, um das Gerede über die Deutschland-Angelegenheit zum Verstummen zu bringen. Er sagte, er werde auf seiner Pressekonferenz erklären, er habe niemandem etwas über seinen Standpunkt gesagt und alle diese Geschichten seien reine Erfindungen. Er fragte: „Warum setzen Sie keine Pressekonferenz an und sagen etwas?" Und ich erwiderte: „Ich habe keine regelmäßigen Pressekonferenzen."

Hull sagte: „Ich vermute, daß irgend jemand vom Finanzministerium der Presse etwas erzählt hat." Ich sagte ihm, ich bezweifle die Richtigkeit dieser Behauptung.

Ich fragte ihn, ob er es nicht für einen guten Gedanken halte, eine Sitzung des Ausschusses*[81] einzuberufen und eine gemeinsame Erklärung abzugeben. Das schien ihm nicht sehr zu behagen. Ich weiß nicht, wie die Rede darauf kam, jedenfalls schlug er vor, ich solle mit Stimson sprechen. Hull ist immer schnell bei der Hand mit Vorschlägen, ich solle etwas tun. Ich erzählte ihm, es sei mir zu Ohren gekommen, daß das Kriegsministerium mit Walter Lippmann gesprochen habe — Lord Cherwell berichtete mir darüber. Ich sagte ihm auch, ich hätte gehört, eine Ausfertigung des Memorandums des Präsidenten für Stimson**[82], das nach Auskunft Drew Pearsons83 mit Bleistiftanmerkungen im Außenministerium in Umlauf gesetzt worden war, sei in Crowleys Büro gesehen worden.

[81] Gemeint ist der Regierungsausschuß zur Deutschlandfrage (vergl. Seite 166).

[82] Siehe Seite 86.

83 Journalist der Zeitung „Washington Post".

Hull beendete das Gespräch mit der Bemerkung, er meine, der Präsident solle ein Dutzend Leute um einen Tisch versammeln und die ganze Angelegenheit bereinigen. Ich pflichtete ihm bei, das wäre sicher sehr nützlich, wenn er das täte, aber er werde das nicht tun. Das sei nicht seine Art zu arbeiten. Es ist das Unglück, daß diese Sache sich ebenso auswachsen wird wie seinerzeit der Kampf zwischen Wallace und Jesse Jones, und dann wird irgend jemand böse werden und etwas Ungeschicktes sagen, und es könnte alles gestoppt werden, wenn der Präsident nur darauf bestehen würde.

*

25. September 1944 (1/632)

Am gestrigen Sonntagmorgen versuchte ich, den Präsidenten zu sprechen, aber er rief nicht zurück. Ich erreichte Grace Tully gegen viertel vor zehn und sagte ihr, wie erfreut wir alle über die Rede des Präsidenten seien[84], und — wie Bob es formulierte — „das war wieder der alte Meister".

Ich schlug vor, der Präsident sollte Steve Early beauftragen, eine Erklärung vorzubereiten, die Hull, Stimson und ich unterschreiben könnten und aus der hervorgehe, daß wir dem Präsidenten bestimmte Vorschläge in bezug auf Deutschland gemacht hätten und daß wir uns selbstverständlich an die Entscheidung des Präsidenten halten würden.

Grace rief gegen vier Uhr zurück und sagte, sie habe den Präsidenten gesprochen und der Präsident habe ihr gesagt, das sei nichts weiter als Zeitungsgeschwätz und er wolle nichts dagegen tun. Ich wagte die Behauptung, eben das werde er tun [d. h. er werde nichts tun]. Grace sagte, der Präsident wolle gern wissen, woher die Geschichte stamme, und ich erwiderte: „Ja, das läßt sich nie feststellen, woher so etwas stammt."

*

26. September 1944 (1/638)

Gestern abend rief ich Miß Tully zweimal an, einmal von

84 Gemeint ist die Rundfunkrede, mit der Präsident Roosevelt am 24. 9. 1944 den Wahlkampf zur bevorstehenden Präsidentenwahl (4. November 1944) eröffnete. Darin bezeichnete der Präsident es als dringlichste Aufgabe, den Krieg so schnell als möglich und mit geringsten Verlusten zu beenden sowie die Einrichtung eines internationalen Apparates für die Nachkriegszeit sicherzustellen.

hier und einmal von zu Hause aus, und beim zweiten Gespräch fragte ich sie, ob sie midi auch bestimmt richtig verstanden habe, daß ich vorschlagen wollte, der Präsident solle mir gestatten, den Zeitungsleuten das sogenannte „Schwarze Buch" zu zeigen — und das sei das Buch zur Deutschland-Frage, das ich dem Präsidenten gegeben habe und das er mit nach Quebec genommen hatte — und ich wollte es den Zeitungsleuten gewissermaßen als Ablenkungsobjekt zeigen, um zu erreichen, daß sie sich damit und nicht so sehr mit den Auseinandersetzungen im Kabinett befassen. Sie sagte, sie habe das bei meinem ersten Anruf nicht verstanden, jetzt habe sie aber verstanden.

Dann sagte ich ihr noch, ich hätte ein Exemplar dieses sogenannten „Schwarzen Buches" Lord Cherwell gegeben und ich würde dem russischen Botschafter gern ein Exemplar geben. Sie sagte, sie wolle mir Bescheid geben.

Wer hat White in Quebec gesehen?

Gruppenbesprechung bei Minister Morgenthau

(Am Kopf dieses auch in der amerikanischen Originalausgabe gekürzt wiedergegebenen Dokumentes sind 7 Teilnehmer genannt.)

26. September 1944, 10.30 Uhr (1/639—640)

[...]

H. M. jr.: Noch etwas anderes, was ich nicht wollte. Ich wollte nicht, daß Harry [Dexter White] in die Sache hineingezogen wird.

White: Es ist bestimmt kein Vergnügen für mich.

H. M. jr.: Ich meine, ich war sehr froh, daß das bisher nicht eingetreten war — ich meine, das ist etwas, was ich auf mich nehmen muß, aber [jetzt] heißt es: „Dr. White — der in großem Umfang für die Ausarbeitung des Planes verantwortlich ist."

White: Wer könnte das jetzt verbreitet haben? Das ist etwas, was — sei es richtig oder falsch — den Kern gar nicht trifft. Ich meine, wer hat gewußt, daß ich an der betreffenden Besprechung teilgenommen habe, bei der er [der Plan] besprochen wurde? Das konnte nicht aus allgemeinen Unterhaltungen herausgelesen werden.

Zeitgeschichtlicher Hinweis des deutschen Herausgebers:

□ **Durch den Bericht der Nachrichtenagentur „Associated Press" war auch**
□ **die deutsche Reichsregierung auf den „Morgenthau-Plan" aufmerksam**
□ **gemacht worden. Der Londoner „Sunday Express" berichtete, daß dieser**
□ **Plan bei der Zusammenkunft Roosevelts und Churchills in Quebec er-**
□ **örtert worden war und die britische Zustimmung gefunden habe. Diese**
□ **Nachrichten nnd die weiteren Veröffentlichungen der amerikanischen**
□ **und englischen Presse wurden der deutschen öffentlichkeit mit beträcht-**
□ **lichem Nachdruck zur Kenntnis gegeben. Bereits am 26. September 1944**
□ **erschien der Berliner „Völkische Beobachter" mit der groß aufgemach-**
□ **ten Schlagzeile „Morgenthau übertrifft Clemenceau: 40 Millionen Deut-**
□ **sche zuviel". Helmut Sündermann vermerkt in seinen „Deutschen Noti-**
□ **zen" (a. a. 0., Seite 133): „Das Erstaunliche an allen diesen ‚Plänen'**
□ **ist die Ungeniertheit, mit der sie öffentlich erörtert werden. Hier müs-**
□ **sen Fanatiker am Werk sein, denen es ganz gleichgültig ist, wie lange**
□ **der Krieg noch dauert und wie viele amerikanische Soldaten im Kampf**
□ **für solche Wahnsinnsparolen fallen werden."**

Shaeffer: Hieß es nicht in einer der ersten Meldungen, Sie und der Minister seien zum Präsidenten gegangen?
Mrs. Klotz: Ja.
White: Ja, man konnte es schon damit in Verbindung bringen, aber wie konnten sie wissen, daß idi an dieser Besprechung teilgenommen habe?
H. M. jr.: White ist natürlich nie mit mir zusammengegangen. Der Bericht von Drew Pearson ist völlig aus der Luft gegriffen. Er schrieb, White habe mich begleitet und ich hätte dem Präsidenten die Sache auf den Schreibtisch geknallt. Das habe ich nicht getan und White war nicht dabei. Ich habe den Präsidenten tatsächlich in seinem Schlafzimmer allein gesprochen. Niemand war bei mir.
Shaeffer: Das habe ich nicht gewußt.
H. M. jr.: Aber das sage ich ja gerade, irgend jemand hat behauptet, White sei mit mir gegangen, aber das stimmt nicht.
Gaston: Sie [die Pressekorrespondenten] wußten, daß White mit Ihnen in Quebec war.
White: 0 ja, Crider.
H. M. jr.: Wer war der andere?
White: Ich weiß nicht, wer das war. Ich kannte ihn dem Gesicht nach, aber ich wußte nicht, für welche Zeitung er arbeitete.
H. M. jr.: Als wir ausgingen — das erste und einzige Mal,

daß wir einen Einkaufsbummel von einer halben Stunde machten — stießen wir auf Crider und noch einen an einer Straßenecke.

White: Einen anderen, den Sie kannten. Ich erkannte sein Gesicht, aber sein Name fiel mir nicht ein.

H. M. jr.: Ich habe nochmal darüber nachgedacht. Der einzige Mensch, mit dem ich gesprochen habe, war Miss Tully, und ich habe ihr nichts über diese Besprechung gesagt.

(...)

Was soll der Präsident sagen?

Gruppenbesprechung bei Minister Morgenthan

(Am Kopf des Dokumentes sind nur Mr. Wbite und Mrs. Klotz als anwesend genannt)

26. September 1944, 12.10 Uhr (1/640—642)

H. M. jr.: Mr. Hopkins kam gegen elf Uhr hierher und sagte, es wäre ihm lieb, wenn der Präsident bei seiner Pressekonferenz erklärte, das Kriegsministerium habe eine Direktive über Deutschland für General Eisenhower fertig und das Außenministerium und das Finanzministerium hätten ihr zugestimmt.

Ich sagte dem Präsidenten, das allein genüge nicht, um der Situation gerecht zu werden, und ich rekapitulierte die ganze Angelegenheit seit dem ersten Artikel von Drew Pearson bis heute.

Dann erläuterte ich meine Vorstellungen darüber, was der Präsident tun sollte, und zwar zwei Dinge: Er solle erklären, ihm lägen Empfehlungen von Hull, Stimson und mir selbst über die zukünftige Behandlung Deutschlands vor, und sie würden zur Zeit geprüft, und zweitens habe er die Direktive, die von allen Ministerien gebilligt worden sei, und sie befinde sich auf dem Wege zu Eisenhower.

Wenn dann so ein unfreundlicher Mensch in der Regierung, der von der Existenz des in Quebec unterzeichneten Dokuments über die zukünftige Behandlung Deutschlands wußte, darüber etwas in die Presse kommen läßt, dann stünde Rosseveit nicht als Lügner da, und er sagte, das sei der richtige Weg, die Sache zu regeln.

Das weitere Gespräch handelt von den Pacht-Leihverhandlungen mit Großbritannien.

General Marshall: „Die Sache schlägt nicht in mein Fach"

Das Dokument ist nicht näher bezeichnet. Es handelt sich offenkundig um einen von Minister Morgenthau persönlich diktierten Aktenvermerk.

28. September 1944 (1/656—658)

General Marshall*[85] aß heute mit mir zu Mittag, und ich zeigte ihm unter dem Siegel der Verschwiegenheit das Memorandum der sogenannten Quebec-Vereinbarung über die Behandlung Deutschlands. Er sagte, er habe es noch nicht gesehen, er habe allerdings zwei Schreiben Stimsons zu diesem Thema gesehen. Er wollte wissen, ob noch weitere existieren. Ich sagte, ich glaube nicht.

Marshalls erste Reaktion war: „Also, wir haben Lautsprecher vor den deutschen Linien, über die wir sie auffordern, sich zu ergeben, aber das hilft überhaupt nichts", womit er auf die Zeitungen anspielte. Ich sagte: „Sie glauben doch nicht etwa, Herr General, das sei aus dem Finanzministerium gekommen." Ich sagte: „Es muß entweder aus dem Kriegsministerium oder aus dem Außenministerium gekommen sein." Da fuhr er hoch und fragte: „Sprechen Sie etwa von meinem Kriegsminister?" Ich antwortete: „Der einzige konkrete Beweis, den ich habe, weist darauf hin, daß einiges davon aus dem Außenministerium gekommen ist."

Dann verbreitete er sich fast eine halbe Stunde lang über andere Dinge. Und ich versuchte zwei- oder dreimal herauszufinden, was er von der Quebec-Vereinbarung halte. Schließlich sagte er: „Ja, das ist eine Sache, die nicht in mein Fach schlägt."

Dann sagte er: „Also, wenn ich in der Geschichte zurückgehe, kann ich mich des Gefühls nicht erwehren, daß diese Angelegenheit ganz anders ausgehen kann, als man es sich wünscht. Im Bürgerkrieg versuchte man, Lincoln Vorwürfe zu machen, und nach dem Krieg mit Spanien gab es eine ungünstige Reaktion, und wenn man in der Geschichte zurückgeht, stellt man tatsächlich fest, daß die Soldaten eigentlich diese Leute [die Besiegten] nicht ungebührlich hart behandeln wollen." Er sagte, gerade jetzt mache ihnen die Tatsache besondere Kopf-

[85] **George C. Marshall — seit September 1939 US-Generalstabschef, von 1947 bis 1949 US-Außenminister, Initiator des im Juni 1947 verkündeten sog. Marshall-Planes.**

schmerzen, daß einige Photographien von amerikanischen Soldaten existieren, auf denen sie mit den Deutschen fraternisierten. Er erzählte, daß die Briten den Versuch, bei ihren Soldaten die Befolgung der Vorschriften gegen die Fraternisierung durchzusetzen, als hoffnungslos aufgegeben hätten, und daß sie nach den Kampfhandlungen tun können, was sie wollen. Er sagte, im Ersten Weltkrieg hatte General Pershing*[86] ganz strikte Befehle gegen die Fraternisierung, aber die amerikanischen Soldaten gingen zur Hintertür hinein und machten es sich bei deutschen Familien bequem. Er sagte: „Sie werden feststellen, daß der amerikanische Soldat nicht den Wunsch hat, daß die Deutschen streng behandelt werden."

Dann erzählte mir General Marshall eine Episode, die meines Wissens nicht überall bekannt ist. Er sagte: „Als die Frage aufkam, ob Rom bombardiert werden sollte87, war niemand dafür. Sogar Roosevelt wollte es nicht; Churchill tat sein Bestes, um den Angriff abzuwenden, aber ich konnte Churchill für meine [gegenteilige] Ansicht gewinnen."

Ich versuchte, Marshall zu erklären, daß ich nichts weiter im Auge habe, als einen neuen Weltkrieg zu verhindern, und ich sagte, die Deutschen seien im Ersten Weltkrieg beinahe erfolgreich gewesen, im zweiten hätten sie noch größere Erfolge erzielt, und sie könnten den dritten unter Umständen gewinnen. Ich sagte: „Sie als Soldat wissen, daß der deutsche Generalstab, sobald dieser Krieg zu Ende ist, sofort einen neuen Krieg planen wird." Na, da winkte er nur ab und äußerte sich nicht weiter dazu.

Das Ergebnis meiner Besprechung mit ihm ist dies — ich bin ganz sicher, daß er in den Zeitungen über die Kontroverse [im Kabinett] gelesen hat, daß ihm auch meine Mitarbeit an der Direktive bekannt war, daß er aber für die sogenannte Quebec-Vereinbarung nicht sehr viel übrig hat.

86 **General John I. Pershing — 1918 Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte in Europa.**

87 In den Monaten vor der Einnahme Roms durch die Alliierten (4. Juni 1944), wurde die Schonung der Stadt international diskutiert. Von deutscher Seite wurde auf die Verteidigung Roms mit Rücksicht auf die dortigen Kulturdenkmäler verzichtet; von amerikanischer Seite wurden jedoch einige Luftangriffe — allerdings nur gegen die Außenbezirke der Stadt — durchgeführt.

Es folgen einige kritische Bemerkungen über General Marshalls Gesundheitszustand; er sei schon 64 Jahre alt und werde nach Kriegsende in Pension gehen.

Er hatte seine eigene Lagekarte mitgebracht, aber sie enthielt nichts, was Leahy88 mir nicht gestern schon gezeigt hätte. Ihre Strategie ist natürlich, die deutschen Linien über Holland und das Ruhrgebiet zu umgehen, und wenn ihnen das bis zur Einstellung der Feindseligkeiten gelingt, dann braucht man sich nicht mehr darüber zu streiten, was mit dem Ruhrgebiet geschehen soll.

Es folgen noch einige Bemerkungen über die Organisation des militärischen Nachschubes in Europa.

„Muß geimpft werden"

Aufzeichnung eines Telefongespräches

28. September 1944, 15.42 Uhr (1/662)

Harry White: Hallo.

Vermittlung: [Hier kommt] Mr. White.

H. M. jr.: Harry?

White: Ja.

H. M. jr.: Elmer Davis89 ist gerade eben weg wegen der Kriegsanleihen, und er ist jetzt auch an der Angelegenheit wegen der Behandlung Deutschlands beteiligt.

White: Aha.

H. M. jr.: Was sollen wir mit den fünfzehn Millionen Menschen machen? Das hier bedeutet doch einfach, sie dem Hungertod auszuliefern.

White: Ja.

H. M. jr.: Ich sagte ihm also, ob er Sie nicht einmal aufsuchen wolle, und er antwortete, das werde er tun, und wenn Sie ihn morgen früh anrufen wollten — ich sagte, Sie kämen zu ihm herüber zu einer Besprechung.

White: Ja.

H. M. jr.: Er wird einige — zwei seiner leitenden Leute dabei haben.

88 Admiral William D. Leahy — militärischer Adjutant des Präsidenten Roosevelt.

89 Leiter des US-Kriegsinformationsamtes..

White: In Ordnung, ich werde —

II. M. jr.: Er hat eine Stunde [für Sie] reserviert.

White: In Ordnung, ich werde es tun.

H. M. jr.: Er muß unbedingt,geimpft' werden.

White: In Ordnung, ich werde das besorgen.

Im weiteren Verlauf des Gespräches erwähnt der Minister als Mitteilung von Davis: in Washington werde erzählt, die „undichte Stelle" hinsichtlich des Deutschlandplans sei im Finanzministerium zu suchen. Er — Morgenthau — habe darauf geantwortet: „Das ist es, was man vom Außenministerium aus verbreitet."

Der deutsche Widerstand und die bevorstehende Präsidentenwahl

Gruppenbesprechung bei Minister Morgenthau

(Am Kopf des Dokumentes sind 7 Teilnehmer genannt)

29. September 1944, 9.15 Uhr (1/668—678)

Zu Beginn der Besprechung werden erneut Zeitungsartikel erörtert, insbesondere der in der „New York Times" am 22. 9. 1944 veröffentlichte Aufsatz des Journalisten Arthur Krock unter der Überschrift: „Warum geht Minister Morgenthau nach Quebec?"

Minister Morgenthau erwähnt, daß er seither vergeblich versucht habe, mit Präsident Roosevelt zu sprechen.

Dr. White: Eine wichtige Sache, die festgehalten zu werden verdient: Ich [an Ihrer Stelle] würde mich nicht beirren lassen und das tun, was Sie vorhaben, weil ich ebenso wie Sie davon überzeugt bin — wenn ich mir die Angelegenheit rekonstruiere —, daß er die Information von Stimson oder Hull oder von beiden erfahren hat, weil mehrere Reporter bei beiden waren, und Krock war die Zentralfigur, und sie müssen sich zusammengesetzt und alle Informationen ausgetauscht haben, und er konnte dann den Artikel schreiben. Aber es ist aus diesen Quellen gekommen. Diese Informationen hat er erst später erhalten, und ich bin davon überzeugt, daß er es getan hat.

Es wird ein neuerer Artikel des Journalisten Childs in der „Washington Post" erwähnt, den der Minister noch nicht gelesen hat.

Dr. White: Childs sagt mit größter Bestimmtheit, daß Sie für die Versteifung des deutschen Widerstandes verantwortlich seien. Wenn das dem Feind hilft und ihn begünstigt,

dann liegt die Verantwortung dafür bei Krock. Er hätte das unbedingt voraussehen müssen; und sie liegt bei Hull oder Stimson oder bei beiden oder ihren Gehilfen, denn von ihnen stammen die Informationen. Ich glaube, das ist unbestritten.

Nach allem was gesagt worden und geschehen ist, Herr Minister, läßt sich jetzt sehr wenig daran tun, meine ich. Sie werden, denke ich, alles einstecken müssen, was im Laufe des nächsten Monats bis zu den Wahlen auf Sie niedergeht. Der Präsident wird in der Öffentlichkeit nur das tun, meine ich, was für ihn politisch günstig ist.

H. M. jr.: Zugegeben, aber sehen Sie —

Dr. White: Nach der Wahl, das wird dann wieder eine andere Sache sein.

In einer längeren Diskussion gibt Minister Morgenthau zu erkennen, daß es ihm nichts ausmacht, als „Prügelknabe" herzuhalten, wenn nur der Plan nicht gefährdet wird. Er will aber den Präsidenten durch ein kurzes Memorandum über die Hintergründe der Krock-Veröffentlichung davor bewahren, die Politik zu verändern, zu der er sich aus Überzeugung bekannt habe.

Mr. Luxford: Die jetzige Pressekampagne ist ein Kampf gegen einen Strohmann. Sie greifen nicht den Morgenthau-Plan an, sie haben den Morgenthau-Plan ja nicht einmal vor sich. Sie attackieren einen Strohmann, dem sie den Namen Morgenthau-Plan gegeben haben, und wenn für sie die Zeit gekommen ist, den [wirklichen] Morgenthau-Plan zu veröffentlichen, haben sie ihn [schon] zu Fall gebracht, indem sie ihn Morgenthau-Plan nennen.

Dr. White: Das ist so nicht ganz richtig, Lux. Die wichtigsten Punkte des Plans sind ihnen bekannt. Sie überspannen ihre Kritik aber. Sie attackieren nicht einen Strohmann, sondern es ist niemand da, der die Verteidigung übernimmt, wie es sich gehörte.

Mr. Gaston: Was sie angreifen, ist der Inhalt der Vereinbarungen von Quebec selbst.

Mr. Luxford: Ich meine, es ist ein Strohmann in dem Sinne, daß sie den eigentlichen Inhalt des vorgeschlagenen Plans nicht erkannt haben.

Dr. White: Ich bin davon nicht so überzeugt.

H. M. jr.: Vorgestern sprach ich mit Crider. Er sagte folgen-

des: „Anfragen im Finanzministerium, ob Mr. Morgenthau nach Quebec gerufen wurde, um Wirtschafts- oder Finanzangelegenheiten zu besprechen, die nichts mit der Behandlung Deutschlands zu tun haben, wurden ausweichend beantwortet."

Er hatte mir diese Frage vorgelegt und dazu gesagt: „Das ist ein feiner Ausweg für Sie, Mr. Morgenthau." Ich sagte: „Ich sage weder ja noch nein." Das war die eine Frage.

„Es wird angedeutet, der Minister vertrete den Standpunkt, er habe sich seinen Kollegen im Kabinett gegenüber in jeder Phase der Ausschußarbeit völlig korrekt verhalten. Der Beamte des Finanzministeriums äußert sich im übrigen nicht zu diesen Fragen, bis der Präsident eine Erklärung abgegeben hat oder ihm Redeerlaubnis erteilt."

Das ist die Wahrheit.

Dr. White: Mir gefällt Ihre beabsichtigte Stellungnahme gegenüber dem Präsidenten, weil alles, was geschehen ist, auf s e i n e Politik zielt und nicht gegen Sie. Es kann nicht darum gehen, daß Sie sagen, Sie müssen von ihm in Schutz genommen werden, vielmehr daß seine Politik —

H. M. jr.: In allen Mitteilungen, die ich an ihn gerichtet habe, ist nie die Rede davon gewesen, was mir angetan wird, sondern immer nur, daß es ihn trifft.

Mr. Gaston: Und es wird auch sicher seinen Zweck nicht verfehlen, Harry.

Mr. Luxford: Das möchte ich annehmen.

Mr. Gaston: Vielleicht ist es Ihnen gelungen, ihn umzustimmen, nicht wahr. Selbst die Vereinbarung von Quebec ist ja nicht unbedingt endgültig bindend. Es wird hier im Lande und draußen gearbeitet, um sie zu Fall zu bringen.

Dr. White: Und bei Churchill werden sie leichtes Spiel haben, weil er sich gar nicht anzustrengen braucht, um sie zu Fall zu bringen, vor allem wenn er sagt: „Ihre öffentliche Meinung ist nicht dafür."

Mr. Luxford: Hopkins ist eindeutig auf dieser Linie, glaube ich.

Es wird weiter darüber diskutiert, wie die Presse zu behandeln und der Präsident diesbezüglich zu beraten sei.

Im Weißen Haus

Da9 Dokument trägt keine Überschrift und ist auch sonst nicht bezeichnet. Es handelt sich offenkundig um einen von Minister Morgenthau persönlich diktierten Aktenvermerk.

29. September 1944 (1/678)

leb ging gegen 10.30 Uhr hinüber zu Ann Boettiger*[90] und gab ihr alle meine Zeitungsausschnitte zum Deutschland-Plan und bat sie, dem Präsidenten vor allem den heutigen Artikel von Krock zu zeigen. Sie las den ersten [Ausschnitt] und sagte: „Oh, das kennt der Präsident alles"; darauf ich: „Nehmen Sie die Ausschnitte und zeigen Sie sie ihm, bitte." Ith sagte weiter: „Ich meine, er müßte Hull, Stimson und mich zusammenrufen und uns vergattern, in Zukunft den Mund zu halten." Ich sagte: „Ehe Sie sich's versehen, werden sie verbreiten, der Präsident habe mit Churchill eine Vereinbarung getroffen in dieser Angelegenheit. Das ist politisch schlecht, und es ist schlecht, weil man dann auf jüdischen Einfluß schließen könnte." Ich sagte: „Ich werde hier draußen vor der Tür zum Präsidentenzimmer warten, falls er mich sprechen will."

Nach einigen Minuten kam sie zurück, legte ihren Arm auf meinen und fing an, mich mit sanfter Gewalt aus dem Zimmer zu schieben, und sie sagte, der Präsident wolle midi nicht sprechen, und sie schob mich weiter auf den Fahrstuhl zu. Sie sagte: „Alles was ich weiß, ist, daß der Präsident unmißverständlich gesagt hat, er wolle Sie nicht sprechen." Sie sagte: „Ich bin sicher, der Präsident hat seinen Entschluß gefaßt, was er tun will, aber er hat mir nicht gesagt, welchen."

Ich ging dann zu Hopkins und berichtete ihm, ich hätte seinen Rat befolgt, aber der Präsident habe gesagt, wir seien beide im Unrecht. Hopkins las dann zum erstenmal den Artikel von Krock und hielt ihn für eine große Gemeinheit. Niemand haßt Roosevelt mehr als Krock, und ich sagte ihm, als nächstes werde er die Geschichte auftischen, Roosevelt habe Churchill mit sechs Milliarden Dollar Leih- und Pachthilfe bestochen, damit er seine Zustimmung zu unseren Plänen in bezug auf das Ruhrgebiet und das Saargebiet gebe, und Hopkins meinte: „Das sagt er praktisch schon in seinem Artikel."

[90] **Tochter des Präsidenten Roosevelt**

Ich bemerkte zu Hopkins, der Präsident solle uns drei zusammenholen, und er meinte auch, das solle er tun.

Es wird noch, kurz von einigen Personalfragen gesprochen.

Propaganda für den Morgenthau-Plan?

Memorandum für den Minister

Das Dokument trägt keine Verfasserangabe. Es ist offenkundig entweder von Harry Dexter White oder von Ansei S. Luxford diktiert.)

30. September 1944 (1/698—699)

Zu Ihrer Unterrichtung:

Gemäß Ihren Vereinbarungen*[91] sprachen gestern abend die Herren White und Luxford mit Elmer Davis über den „Morgenthau-Plan" für Deutschland. An der Besprechung nahmen außerdem teil Edward Klauber, Abteilungsleiter des OWI [Office for War Information] — Kriegs-Informationsamt. Edward W. Barrett, Leiter der Unterabteilung Übersee, und Wallace Carroll, Stellvertretender Leiter der Unterabteilung Übersee, der für Westeuropa zuständig ist.

Davis eröffnete die Diskussion mit der Bitte an uns, die für den „Morgenthau-Plan" sprechenden Gesichtspunkte darzulegen. Er betonte ausdrücklich, daß keine Äußerung fixiert werde.

Mr. White stellte kurz dar, auf welche Weise das Interesse des Finanzministeriums an den Nachkriegsproblemen Deutschlands als Ergebnis seiner Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Reparationen sowie als Ergebnis Ihrer Feststellungen über den

Zeitgeschichtlicher Hinweis des deutschen Herausgebers:

□ **In seiner am 28. September 1944 abgehaltenen Pressekonferenz erklärte**
□ **Präsident Roosevelt, es gebe innerhalb der amerikanischen Regierung**
□ **keine Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Behandlung Deutsch-**
□ **lands nach Beendigung des Kampfes: „Die darüber verbreiteten Berichte**
□ **sind unwahr." Er habe bereits „mit voller Zustimmung des Außen-,**
□ **Kriegs- und Finanzministeriums" eine vorläufige Direktive erteilt. Be-**
□ **schleunigt im Gange seien „Studien" für ein langfristiges Programm,**
□ **„um Deutschland in Zukunft daran zu bindern, Krieg zu führen", und**
□ **um dafür zu sorgen, daß es „nicht wieder eine Gefahr für spätere Gene-**
□ **rationen werde". („Times", London, 30. 9. 1944.)**

[91] **Vergl. Seite 238 f.**

Inhalt des Handbuches des Heeres und Ihrer Gespräche in London geweckt worden sei. Er erläuterte anschließend den Plan in Einzelheiten und nannte die Gründe für seine Annahme.

Davis und seine Begleiter waren von dieser Erläuterung des Planes sichtlich beeindruckt. Er gab seinem Bedauern Ausdruck darüber, daß er ihn vorher nicht in vollem Umfang verstanden habe, er hätte sich sonst anders verhalten in bezug auf die Art und Weise, wie der Präsident die Angelegenheit auf seiner Pressekonferenz behandelt habe. Er und seine Mitarbeiter seien überzeugt, daß die deutsche Propaganda sich mit Feuereifer auf die öffentlich verbreitete Behauptung von der Härte des Planes stürzen werde, um das meiste herauszuholen. Sie seien der Meinung, daß diese Behauptung an der deutschen Heimatfront weidlich ausgeschlachtet würde und daß ihre Wirkung wohl schließlich auch an der kämpfenden Front zu spüren sein werde. Allerdings seien sie alle der Meinung, daß diese Wirkung noch nicht habe eintreten können, weil die Propaganda ihrer Ansicht nach nicht so schnell arbeite. Es sei dafür wesentlich mehr Zeit erforderlich, damit ihre Wirkung deutlich wird.

Davis sagte, er halte es für äußerst wünschenswert, wenn die Wahrheit über den Morgenthau-Plan der Öffentlichkeit und den Deutschen bekannt gemacht werde. Er meinte, er fühle sich durchaus versucht, gleich am Nachmittag einen Vermerk für den Präsidenten zu schreiben und auf eine Entscheidung in dieser Richtung zu drängen. White gab seinen Zweifeln Ausdruck, ob das zu einer Beruhigung der deutschen Bevölkerung führen werde, weil Goebbels die Härte des Planes herausstellen und betonen werde, daß die Alliierten die Absicht hätten, Deutschland zu einem Agrarland zu machen. Davis bemerkte, das werde für den Durchschnittsdeutschen seiner Meinung nach nicht ohne Reiz sein. Er zitierte aus „Mein Kampf", um zu zeigen, daß Hitler versprochen hatte, den deutschen Arbeiter aus der Fabrik herauszuholen und jedem ein kleines Stückchen Land zu geben. Er meinte, daraus könnten wir erheblichen Nutzen ziehen. Außerdem sei er der Auffassung, der Schwerpunkt der deutschen Propaganda liege in der Behauptung, wir schlügen vor, 30 Millionen dem Hunger auszuliefern, und wenn

das glaubwürdig zurückgewiesen und versichert werde, das liege nicht in unserer politischen Linie, und wenn außerdem der Plan erläutert werden könne, dann hätten wir die Ausgangsbasis für eine starke Gegenpropaganda.

Wir waren fast zwei Stunden bei der Gruppe. Ich hatte beim Abschied den festen Eindruck, daß Davis unseren Plan billige und daß wahrscheinlich auch seine Mitarbeiter seine Meinung teilten. Es kann keinen Zweifel daran geben, daß die Konferenz von größtem Wert war.

Einige Deutsche befürworten den Plan

Memorandum

Das Dokument ist mit der Anschrift versehen: „An Dr. White von Minister Morgenthau".)

4. Oktober 1944 (1/699)

Ich aß heute mit Mr. Krug*[92] zu Mittag und stellte zu meinem Erstaunen fest, daß er für unsere Vorstellungen über die Behandlung Deutschlands volles Verständnis hat. Das ist besonders bemerkenswert, weil er sagte: „Ich bin Deutscher, und meine Eltern sind in Deutschland geboren. Ich stieß in Phil Reeds Büro in London auf ein Memorandum über die Behandlung Deutschlands, und ich war einfach entsetzt."

Ich machte den Vorschlag, wenn er einen Abend erübrigen wolle, würden Sie und einige Ihrer Mitarbeiter gern die ganze Angelegenheit mit ihm durchsprechen. Er zeigte sich daran sehr interessiert und sagte, er werde seine beiden Hauptmitarbeiter hinzuziehen. Ich glaube, daß diese Art Proselytenmachen von großer Wichtigkeit ist und vor allem dort, wo wir so wichtige Leute deutscher Abstammung wie Krug gewinnen können, die diese Sache ebenso ansehen wie wir. Ich möchte aber in Krugs Namen erwähnen, daß ich gar nicht groß zu argumentieren brauchte. Er ist dafür, Deutschland seines ganzen Kriegspotentials zu berauben, und ließ sich darüber ausführlich aus. Bitte, rufen Sie ihn also an.

HMjr-.pm

[92] **Im Amt für Rüstungsproduktion tätig; vergl. Seite 307.**

Gromyko, deutsche Filme und Beamte

Gruppenbesprechung bei Minister Morgenthau

(Am Kopf des in der amerikanischen Originalausgabe nur gekürzt wiedergegebenen Dokumentes sind 6 Teilnehmer genannt.)

6. Oktober 1944, 15.10 Uhr (1/700—705)

Mr. White: Also, Gromyko[93] wollte gern einiges über die Friedenspläne in bezug auf Deutschland hören.

H. M. jr.: Was haben Sie ihm gesagt?

Mr. White: Ich erzählte ihm, was zur Debatte steht.

H. M. jr.: Wie viele Wodkas?

Mr. White: Nur einen. Er versuchte zwar, mir mehr einzutrichtern, ich hielt es aber für besser, nur einen zu trinken.

Er ist zweieinhalb Monate fortgewesen. Wußten Sie das? Ich nicht. Er sagte, er möchte Sie sprechen.

Ich sagte: „Sie sind lange nicht zu sehen gewesen."

Er sagte: „Ich bin gerade zurückgekommen. Ich bin zweieinhalb Monate in Moskau gewesen." Offenbar möchte er Sie also sprechen.

H. M. jr.: Was haben Sie ihm über die Deutschland-Sache erzählt?

Mr. White: Ich habe ihm das Wichtigste erzählt. Ich ließ ihn das Übliche über die wichtigsten Punkte wissen. Ich sagte, wir alle seien begierig zu erfahren, wo sie [die Russen] stehen.

H. M. jr.: Haben Sie ihm gesagt, „PM" [eine Zeitschrift] —

Mr. White: Nein, ich habe ihn gebeten, den Artikel in der „Post" zu lesen. Ich weiß, er hat „PM" gelesen, er hat es aber nicht erwähnt. Er sagte, er werde sie sich [die „Post"] kommen lassen.

H. M. jr.: Sie haben ihn gefragt, wo er steht?

Mr. White: Ich habe gesagt: „Wo steht Rußland?"

Er antwortete: „Ich weiß es nicht; man erzählt mir nichts."

Ich sagte: „Was meinen S i e ? Sie wissen mehr über Rußland als wir."

Er sagte: „Ich weiß nichts Amtliches, aber ich möchte annehmen, man steht dem, was ‚Morgenthau-Plan' genannt wird, sehr nahe oder noch näher."

H. M. jr.: Das ist interessant.

93 Vergl. Seite 53.

Mr. White: Er sagte, sie wollen Reparationen, aber schnell und zügig; Maschinen — das findet seinen Beifall.

Aus den weiteren Diskussionen sind nur die nachstehenden Texte von allgemeinem Interesse.

Mr. White: Sie wollten doch, daß ich mit Ihnen über die Filmproduktion in Deutschland nach dem Kriege spreche.

H. M. jr.: Zu diesem Thema gibt es ein Memorandum.

Mr. White: Sie haben mich gebeten, mit Ihnen darüber zu sprechen. Er weist auf einen wichtigen Punkt hin, glauben wir.

H. M. jr.: Wer?

Mr. White: Harry Hopkins hat Ihnen ein Memorandum über die Filmindustrie, das er von Zanuck bekommen hatte, zugeschickt; darin spricht Zanuck von der Bedeutung dieser Industrie für die Heranbildung demokratischer Kräfte in Deutschland und schlägt vor, lieber sollten amerikanische Länder, Länder aus dem britischen Bereich oder aus dem übrigen Kreis der Verbündeten ihre Filmgesellschaften in Deutschland haben und dort arbeiten lassen — den Deutschen aber das [eine eigene Filmindustrie] nicht gestatten — statt zu versuchen, für ihre Filme eine Exportzensur einzuführen, oder zu versuchen, die Einfuhr aller nicht [für Deutschland] geeignet gehaltenen Filme zu verbieten. Wir haben uns ausführlich darüber unterhalten.

Wir glauben, ein viel besserer Weg zur Erreichung des Ziels, das wir für sehr wichtig halten, ist, Filmregisseuren Lizenzen zu geben, und die Lizenzen gelten jeweils nur für ein Jahr und müssen jedes Jahr erneuert oder können jederzeit von der Alliierten Kommission widerrufen werden, und wenn die Filme etwa Propaganda enthalten, werden einfach die Lizenzen der Regisseure widerrufen. Dadurch kann man vielen Schwierigkeiten aus dem Wege gehen. Wir möchten diesen Gegenvorschlag gern in einem Memorandum machen.

H. M. jr.: In Ordnung.

(...)

Mr. White: Haben Sie zufällig diesen Brief in der „Times" gelesen, der eine regelrechte Verfälschung der Passage bringt, die wir [in das Dokument] hineinhaben wollten? Ich glaube nicht, daß Sie irgend etwas dagegen [gegen den Artikel] unternehmen wollen. Man fängt bereits an, in den besetzten deut-

schen Städten Nazibeamte einzusetzen, weil man keine anderen Leute finden kann. Ich habe mit John Steele darüber gesprochen. Er meinte, das sei ein sehr, sehr ernstes und gefährliches Verfahren. Er meinte, während man sich dieser Burschen bediene, würden sie alle Arten von Untergrundbewegungen aufbauen. Man spielt damit den Nazis direkt in die Hand. Diese Passage stand in unserer Direktive, die, soweit wir wissen, von den Briten nicht gebilligt wurde.

H. M. jr.: Ich kann entweder dem Präsidenten einen Brief darüber schreiben oder ich kann dem Kriegsminister darüber schreiben.

Mr. White: Wir könnten vielleicht versuchen, einen Brief aufzusetzen, in dem wir sagen, dies sei ein Beispiel eben dafür, was wir mit der von uns vorgeschlagenen Formulierung hatten verhindern wollen.

(...)

Ein Buch soll geschrieben werden

Gruppenbesprechung bei Minister Morgenthau

(Am Kopf des Dokumentes ist vermerkt: „In Aussicht genommenes Buch über die deutsche Entmilitarisierung". 5 Teilnehmer sind genannt.)

3. November 1944, 9.15 Uhr (1/728—733)

Zunächst werden einige neuere Zeitungsartikel besprochen. Es wird erwähnt, daß Präsident Roosevelt voraussichtlich am Abend des Wahltages (4. November) über den Rundfunk sprechen werde.

H. M. jr.: Was ist nun mit diesem Buch?

Mr. Luxford: Ich denke, vielleicht zeigen wir Ihnen zunächst einmal die Gliederung, Herr Minister. (Er verweist auf die beigefügte Ausfertigung des Inhaltsverzeichnisses.)

Es handelt sich um ein erstes Inhaltsverzeichnis zu dem im Sommer 1945 veröffentlichten Buch „Germany is Our Problem".

H. M. jr.: Meine Herren, haben Sie gesehen, was George Hall vom Foreign Office gestern im Parlament gesagt hat? „Der Regierungssprecher erklärte im Unterhaus, die britische Regierung befürworte die Konfiskation eines Teiles der modernen Ausrüstung der deutschen Fabriken, wenn nicht sogar aller modernen Industrieausrüstungen, nach dem Kriege, um die Deutschen daran zu hindern, für einen neuen Konflikt wiederaufzurüsten."

Mr. Pehle: Sehr gut. Man sollte es nicht glauben, daß sich das aus der Direktive, die Sie ja kennen, herauslesen läßt.

H. M. jr.: Ist das hier der Vorschlag? (Gemeint ist das beigefügte Inhaltsverzeichnis.)

Mr. Luxford: Es ist ein Arbeitsentwurf, Herr Minister.

H. M. jr.: Haben Sie darin gegen die Überwachung Stellung genommen und dargestellt, wie, als sie Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg unter Kontrolle hatten, die letzten Kontrollen nach elf Jahren eingestellt wurden?

Mr. DuBois: Kapitel X zum Beispiel.

Mr. Glasser: Ich habe einen Entwurf dieses Kapitels — hersagen der militärischen und wirtschaftlichen Kontrollmaßnahmen'.

H. M. jr.: Haben Sie dargestellt, wie [schlecht] die Kontrollen beim letzten Mal funktionierten?

Mr. Glasser: Ja.

H. M. jr.: [Nachzulesen] in der „Times", wo dieser Journalist das Punkt für Punkt aufgegriffen und gezeigt hat, daß nach elf Jahren auch die letzte Kontrolle verschwunden war.

Mr. Glasser: Es enthält einen ganzen Abschnitt über das Versagen der alliierten Kontrollen nach dem letzten Krieg.

H. M. jr.: Meiner Meinung nach sollte das ganz vornean stehen — ich habe nicht viel Zeit heute morgen —, um zu zeigen, warum die Kontrollmaßnahmen versagt haben und warum sie, wenn wir nach demselben Schema verfahren wie damals, wiederum versagen werden.

Mr. Luxford: Wir haben uns bisher nicht so sehr auf die Reihenfolge der Kapitel konzentriert, möchte ich sagen; sondern vielmehr auf die verschiedenen Themenkreise, die als geschlossene Kapitel abgehandelt werden sollen, und wir wollten warten, bis wir näheres hörten.

H. M. jr.: Ich habe eben nur laut gedacht. Es wird mir immer unheimlicher, daß diese Leute glauben, mit Hilfe von Kontrollmaßnahmen die Angelegenheit regeln zu können. Ich meine, diese Vorstellung muß man als erstes zu Fall bringen.

(Mr. Gaston betritt den Raum.)

H. M. jr.: Hallo, Herbert, kommen Sie herein. Die Herren hier haben an einem Buch gearbeitet, das am Tage des Zusammenbruchs Deutschlands unter meinem Namen erscheinen soll.

Ich werfe gerade einen Blick darauf. Ich habe unter anderem daran gedacht, daß der Erlös dem Amerikanischen Roten Kreuz zur Verfügung gestellt werden sollte, und dann können wir unter Umständen die großen freiwilligen Hilfsorganisationen dazu bewegen, sich für den Verkauf einzusetzen, wenn sie wissen, daß für jedes verkaufte Buch soundso viel an das Rote Kreuz geht.
Mr. Luxford: Ich meine, es sollte als „Buch des Monats" erscheinen.
Mr. Gaston: Sie könnten mindestens mit Harry Scherman darüber sprechen und seinen Rat einholen. Unter welchem Verfassernamen soll es denn erscheinen?
Mr. Luxford: Unter dem Namen des Ministers.
Mr. Gaston: Das gibt ihm einen recht offiziellen Charakter. Dazu müssen Sie eine Genehmigung haben.
H. M. jr.: Ich werde es tun, mit oder ohne Genehmigung.
Mr. DuBois: Es kann doch einfach lauten „Henry Morgenthau junior". Man muß doch nicht sagen „Finanzminister".
H. M. jr.: Harry Ickes hat sein Buch auch herausgebracht[94], genehmigt oder nicht genehmigt. Ich kümmere mich nicht darum. Das Buch kommt heraus, mit oder ohne Genehmigung.
Mrs. Klotz: Sie meinen also offenbar, Sie wollten um Genehmigung bitten und dann, wenn Sie sie nicht bekommen, das Buch trotzdem herausbringen.
H. M. jr.: Ja, Mrs. Klotz.
Mrs. Klotz: Nach den Wahlen also, meinen Sie?
H. M. jr.: Am Tage nach dem Zusammenbruch Deutschlands.
Mr. Gaston: Das Buch wird vermutlich erscheinen — die Unterscheidung, die Joe DuBois machte, ist sehr gut — mit dem Verfasser Henry Morgenthau jr., aber nicht Henry Morgenthau jr., Finanzminister.
Mr. Pehle: Er wird kaum Finanzminister schreiben. Ich glaube nicht, daß die Unterscheidung so wichtig ist.
Mr. Gaston: Er wird nicht mehr Finanzminister sein, wenn das Buch erscheint, das meine ich.
Mrs. Klotz: Oh, ho, ho!

94 Harold Idces — von 1933 bis 1946 US-Innenminister, früher Journalist — hatte seine Autobiographie veröffentlicht.

H. M. jr.: Das steht wieder auf einem anderen Blatt. Ich sage nur, daß ich fest entschlossen bin, meinen Namen am Tag nach dem Zusammenbruch Deutschlands auf dieses Buch zu setzen, mit oder ohne Genehmigung.

Mrs. Klotz: Ich muß es klar und deutlich sagen. Ich meine, es ist für Sie wichtig, das Buch herauszugeben, ohne um Genehmigung gebeten zu haben. Das wäre das Richtige, meine ich. Aber wenn Sie um Genehmigung bitten —

H. M. jr.: Nein, ich werde es beim Präsidenten erwähnen. Ich werde zum Präsidenten sagen: „Ich werde ein Buch veröffentlichen, das sich mit der Behandlung Deutschlands, wie ich sie mir vorstelle, befaßt, und es soll am Tag nach dem Zusammenbruch Deutschlands erscheinen."

Es wird scherzhaft gewettet.

H. M. jr.: Wie dem auch sei, mindestens sollen Sie weitermachen, meine ich. Einverstanden?

Mr. Gaston: Das Buch sollte unter dem Namen von irgend jemandem erscheinen.

H. M. jr.: Wo wird die Frage der Behandlung der Ruhr-Bevölkerung erörtert?

Mr. Glasser: Ein Abschnitt behandelt die Frage, was mit dem deutschen Volk geschehen soll.

Mr. DuBois: Kapitel XII.

Mr. Glasser: „Die Zukunft des deutschen Volkes im Rahmen dieses Programms."

H. M. jr.: Ich möchte es gern mitnehmen. Es macht einen sehr umfassenden Eindruck. Also, ich denke an folgendes. Wer wird mit einem Verleger Fühlung aufnehmen?

Mr. Glasser: Harry meinte, wir sollten zunächst das Material so wie es ist zusammentragen und es dann einem Redakteur übergeben, der es bearbeitet; und wenn er damit fertig ist und wir seine Arbeit geprüft haben, dann kann man sich, wenn Sie den Plan weiter verfolgen wollen, mit einem Verleger in Verbindung setzen und vielleicht noch einen Bearbeiter dransetzen, der das Buch anschließend kritisch durchgeht.

Zur vorgesehenen Publikation werden noch Einzelheiten von geringerer Bedeutung erörtert.

Zeitgeschichtlicher Hinweis des deutschen Herausgebers:

□ **Am 7. November 1944 wurde Präsident Roosevelt mit einem knappen**
□ **Stimmenvorsprung vor dem republikanischen Gegenkandidaten Dewey**
□ **zum viertenmal als US-Präsident wiedergewählt. Das genaue Wahlergeb-**
□ **nis lautete:**
□ **Roosevelt 24 777 000 Stimmen (432 Wahlmänner), Dewey 22 006 000**
□ **Stimmen (99 Wahlmänner). In den vorhergegangenen Wahlen hatte**
□ **Roosevelt 1932 22,8 Millionen, 1936 27,4 Millionen, 1940 26,8 Millionen**
□ **Stimmen erzielt.**
□ **Zum Vizepräsidenten wurde an Stelle von Henry A. Wallace der bis-**
□ **herige Senator Harry S. Truman gewählt.**

Zweifel an Auschwitz-Berichten

Ein Briefwechsel

(Die nachstehende sachlich zusammengehörige Dokumentation ist in der amerikanischen Originalausgabe — Seiten 1/805—810 — in zeitlich umgekehrter Reihenfolge wiedergegeben. Zur Erleichterung der Lektüre dieses Meinungsaustausches zwischen einem kritischen Journalisten, dem Kriegsministerium und dem Finanzministerium sind die Texte ungekürzt hier entsprechend den angegebenen Daten eingeordnet.)

Oswald F. Schuette
National Press Building, Washington,

28. November 1944 (1/810)

Honorable Henry L. Stimson, Kriegsminister
Pentagon Building, Washington, D. C.

Sehr geehrter Herr Minister!

Der Ausschuß Kriegsflüchtlinge — dem Sie angehören — hat soeben einen umfangreichen und detaillierten Bericht über die Ermordung von 1 765 000 Häftlingen durch die Deutschen in den — wie es dort heißt —- „deutschen Vernichtungslagern Auschwitz und Birkenau" veröffentlicht.

„Der Ausschuß hat allen Anlaß", heißt es in dieser entsetzlichen Verlautbarung, „zu glauben, daß in diesen Berichten ein der Wahrheit entsprechendes Bild von den fürchterlichen Ereignissen in diesen Lagern gezeichnet wird. Er veröffentlicht die Berichte in der festen Überzeugung, daß sie von allen Amerikanern gelesen und verstanden werden."

Hauptsächlich der Umstand, daß Sie Mitglied dieses Ausschusses sind, verleiht dieser Veröffentlichung vor der Öffentlichkeit den Anspruch auf Glaubwürdigkeit. Da Minister Hull

vor seinem Ausscheiden95 viele Monate lang krank war, ist nicht anzunehmen, daß er Gelegenheit hatte, eine kritische Prüfung vorzunehmen. Das einzige übrigbleibende Mitglied, Minister Morgenthau, ist zwar Jurist, ihm fehlt aber der Hintergrund an Erfahrungen, die die Annahme rechtfertigen könnten, er sei in der Lage gewesen, die kritische Analyse vorzunehmen, die notwendig wäre, um die Glaubwürdigkeit des Berichts festzustellen.

Sie indessen genießen einen so hervorragenden Ruf als Jurist und als pflichtbewußter Beamter auf zwei der höchsten Regierungsposten96, daß Ihr Name auf dem Dokument ihm eine überzeugende Authentizität verleiht.

Dieser Umstand erlegt Ihnen eine schwere Verantwortung auf. Greuelgeschichten sind in der Kriegspropaganda nichts Neues. Ich war im letzten Weltkrieg dreieinhalb Jahre amerikanischer Kriegsberichterstatter und weiß, was auf diesem Gebiet geschehen ist.

Ich schreibe diesen Brief, um Ihnen drei einfache Fragen vorzulegen:

1. Haben Sie die Berichte der drei ungenannten Zeugen gelesen, bevor sie von Ihrem Ausschuß als wahr akzeptiert wurden?

2. Haben Sie sie kritisch geprüft, um sich zu vergewissern, daß ihnen die Wahrheit auf der Stirn geschrieben war?

3. Haben Sie weitere Untersuchungen über die Unterzeich-

95 Kurz nach der Präsidentschaftswahl, am 27. November 1944, gab es einen Wechsel in der Leitung des Außenministeriums. John Morton Blum (a. a. 0. Seite 255) berichtet darüber:

> „Hull, krank und verbittert, war bisher nur darum nicht zurückgetreten, weil er Roosevelt vor der Wahl nicht in Verlegenheit bringen wollte. Als Hull schließlich ging, empfahl Morgenthau Stettinius wärmstens in einer Unterhaltung mit Mrs. Roosevelt. ‚Ich sagte, ich hielte Stettinius zwar nicht gerade für den idealen Mann, doch sei er sicher der beste für den Präsidenten, der gern sein eigener Außenminister sein wolle und mehr einen guten Bürovorsteher suche.' Die Angelegenheit wurde am gleichen Tag entschieden. Wenige Stunden später schrieb Stettinius an Morgenthau: ‚Von ganzem Herzen danke ich Ihnen für Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung, die mir mehr bedeuten, als Sie ahnen.'"

96 Henry L. Stimson war unter Präsident Hoover 1928—1932 US-Außenminister gewesen; im Dezember 1940 wurde er von Präsident Roosevelt zum Kriegsminister ernannt.

ner oder über die Umstände angestellt, die zur Ausarbeitung der detaillierten Schilderungen geführt haben?
Als Jurist sind Sie sich, dessen bin ich sicher, noch mehr als ein Laie bewußt, daß ein anonymes Zeugnis nur so viel wert ist wie das Maß an Sorgfalt, das der Anwalt, der sich für seine Wahrheit verbürgt, darauf verwendet hat, um seine Wahrhaftigkeit und Unanfechtbarkeit zu prüfen.
Für die Gefälligkeit einer Antwort wäre ich Ihnen sehr verbunden.

Ihr ergebener
[gez.] Oswald F. Schuette

*

Der Stellvertreter des Kriegsministers

Washington, 1. Dezember 1944 (1/809—810)

Memorandum für Mr. Friedman: Anbei ein Brief an den Kriegsminister von Oswald F. Schuette vom 28. November 1944 zu der Presseverlautbarung des Ausschusses Kriegsflüchtlinge vom vergangenen Sonntag über die deutschen Vernichtungslager.
Wie heute morgen telefonisch besprochen, entwerfen Sie bitte ein Antwortschreiben des Ministers. Bitte geben Sie auch Mr. Schuettes Brief zurück.

J. J. McC.
[John J. McCloy]

*

Memorandum

2. Dezember 1944 (1/809)

An: Mr. McCloy
Von: Mr. Friedman
In Erledigung Ihrer gestrigen Bitte sende ich Ihnen beigefügt einen Vorschlag zum Entwurf einer Antwort, den Sie vielleicht bei der Beantwortung des Briefes von Mr. Oswald F. Schuette an Minister Stimson vom 28. November 1944 verwerten können. Mr. Schuettes Brief wird beigefügt zurückgesandt.
Anlagen

*

Mr. Oswald F. Schuette,
National Press Building
Washington, D. C.

Sehr geehrter Mr. Schuette!

Ich beziehe mich auf Ihr Schreiben vom 28. November 1944, in dem Sie sich über einen kürzlich vom Ausschuß Kriegsflüchtlinge unter dem Titel „Deutsche Vernichtungslager —Auschwitz und Birkenau" herausgegebenen Bericht erkundigen.

Ich verstehe Ihren Skeptizismus in bezug auf Greuelgeschichten voll und ganz, der ohne Zweifel aus der Tatsache herrührt, daß sich einige der während und nach dem Ende des Ersten Weltkrieges verbreiteten Geschichten später als jeder Grundlage entbehrend herausstellten. Gerade wegen dieser bedauerlichen Erfahrung aus der Vergangenheit haben wir alle gezögert, die Geschichten über unglaubliche deutsche Brutalitäten, die im Laufe der letzten Jahre ans Licht gekommen sind, zu glauben. Ich muß jedoch leider feststellen, daß die Beweise zur Stützung dieser Berichte erdrückend sind.

Die Entscheidung, daß der Bericht, auf den Sie sich in Ihrem Schreiben beziehen, authentisch ist, basiert auf der Meinung vertrauenswürdiger und erfahrener hier und in Übersee tätiger Beamter des Ausschusses Kriegsflüchtlinge sowie auf wohlüberlegten Meinungsäußerungen von Sachverständigen in Flüchtlings- und damit zusammenhängenden Fragen aus neutralen Staaten. Der Bericht enthält nur Material, über das nach Auffassung der Berichterstatter und der vielen qualifizierten Leute, die sie persönlich einer Prüfung unterzogen haben, keine Ungewißheit herrscht. Der Bericht wurde auch an Hand anderen unveröffentlichten Materials zum selben Gegenstand und an Hand der Aussagen anderer Augenzeugen ähnlicher oder vergleichbarer Vorfälle kontrolliert.

Ich kann Ihnen versichern, daß jede verfügbare Möglichkeit ausgenutzt wurde, um dieses Zeugnis auf seine Richtigkeit zu kontrollieren. Der Ausschuß hat — wie Sie in der beigefügten Ausfertigung des Berichts bemerken werden — das Ergebnis seiner Bemühungen im Vorwort wie folgt zusammengefaßt: „Der Ausschuß hat allen Anlaß zu glauben, daß in diesen Be-

richten ein der Wahrheit entsprechendes Bild von den fürchterlichen Ereignissen in diesen Lagern gezeichnet wird."

Schlußformel

Kriegsminister

*

Der Stellvertreter des Kriegsministers

Washington, 4. Dezember 1944 (1/808)

Mr. J. B. Friedman
Ausschuß Kriegsflüchtlinge
Washington, D. C.

Sehr geehrter Mr. Friedman!
Vielen Dank für den Entwurf einer Antwort auf Mr. Schuettes Brief an Minister Stimson. Ich halte den Entwurf für ein sehr gutes Stück Arbeit.

Aufrichtig

[gez.] John J. McCloy
Stellvertreter des Kriegsministers

*

Oswald F. Schuette
National Press Building, Washington, D. C.

18. Dezember 1944 (1/807—808)

Honorable Henry L. Stimson, Kriegsminister
Pentagon Building, Washington, D. C.

Sehr geehrter Mr. Stimson!
Ich weiß Ihre gefällige Antwort vom 13. Dezember 1944 auf mein Schreiben vom 28. November zu dem Bericht des Ausschusses Kriegsflüchtlinge, der am 26. November 1944 über deutsche Greueltaten veröffentlicht wurde, sehr zu schätzen. Ich weiß, wie sehr Sie mit wichtigeren Dingen beschäftigt sind.
Aber Sie sind dasjenige Mitglied dieses Ausschusses, dessen Urteilsvermögen in Sachen dieser Art die Achtung der Öffentlichkeit verdient. Und Ihr Name wurde dazu verwendet, um der Öffentlichkeit die Authentizität der anonymen „Augenzeugen"-berichte der Vorfälle in den „deutschen Vernichtungslagern Auschwitz und Birkenau" glaubhaft zu machen.

Ihr Brief läßt meine Frage unbeantwortet, ob Sie diese Berichte kritisch geprüft haben, ehe sie mit Ihrer Unterschrift darunter und mit der Erklärung Ihres Ausschusses, er „veröffentliche die Berichte in der festen Überzeugung, daß sie von allen Amerikanern gelesen und verstanden werden", an die Öffentlichkeit gegeben wurden. Sie sagen in Ihrem Brief, die Entscheidung, daß der Bericht authentisch ist, „basiert auf der Meinung vertrauenswürdiger und erfahrener Beamter des Ausschusses" und „auf wohlüberlegten Meinungsäußerungen von Sachverständigen aus neutralen Staaten".

Ich bezweifle, ob Sie als Jurist und Anwalt einem Gericht im Zusammenhang mit weit weniger gewichtigen Angelegenheiten ein anonymes Zeugnis vorlegen würden, dessen Authentizität lediglich von der „Meinung vertrauenswürdiger und erfahrener Beamter" oder „den wohlüberlegten Meinungsäußerungen von Sachverständigen" gestützt wird. Das ist jedoch nicht der eigentliche Kernpunkt. Der Kern ist der, daß die Öffentlichkeit, Ihre Öffentlichkeit, die vom Ausschuß aufgefordert wird, dieses Dokument zu lesen, ein Anrecht darauf hat, zu wissen, daß auch Sie es gelesen haben — und zwar genau.

Ich bin sicher, daß Sie dies nicht getan haben. Denn wenn Sie es getan hätten, hätten Sie — dessen bin ich sicher — gezögert, sich für seine Wahrheit zu verbürgen. Bitte denken Sie daran, daß dieses Dokument von Ihrem Ausschuß nicht als Anklageschrift oder als Zusammenfassung allgemeiner Beschuldigungen dargeboten wird. Es wird als Beweis für solche Beschuldigungen, als der detaillierte Bericht über die persönlichen Erfahrungen dreier Augenzeugen vorgelegt. Zwei von ihnen waren selbst — obschon unter Zwang — an den von ihnen berichteten empörenden Verbrechen beteiligt. Der wichtigste von diesen drei ungenannten Augenzeugen gibt an, er sei von Mai 1942 bis Januar 1943 „Oberwärter" (Chief Attendant) und später „Verwalter" (Administrator) des „Krankenbaus", des „vielgefürchteten Blocks 7" des Gefängnisses Birkenau gewesen.

„Dieser Bau", sagt er (Seite 9), „war nichts als ein Sammelpunkt für Todeskandidaten. Zweimal in der Woche, am Montag und Donnerstag, nannte der Lagerarzt die Zahl der Gefangenen, die zu vergasen und zu verbrennen waren. Das wöchentliche ‚Aufkommen' an Toten aus Block 7 betrug etwa 2000,

von denen 1200 eines natürlichen[4] Todes starben und etwa 800 auf dem Wege der ‚Selektion'. Bis zum 15. Januar 1943, dem Tag, bis zu dem ich Verwalter des ‚Blocks 7' und dadurch in der Lage war, die Ereignisse unmittelbar zu verfolgen, starben etwa 50 000 Häftlinge eines natürlichen Todes' oder durch ‚Selektion'."

Obwohl aus seinem eigenen Bericht nicht hervorgeht, was er im Anschluß an seine Tätigkeit als „Verwalter" ab Januar 1943 getan hat, heißt es in dem von Ihrem Ausschuß veröffentlichten Dokument (Seite 34), er und sein Begleiter — einer Ihrer anderen Zeugen -—- seien bis zu ihrer Flucht aus Birkenau am 7. April
1944 beide als „Blockschreiber" (block recorders) eingesetzt gewesen und wegen ihrer Flucht seien alle Juden, die eine solche Funktion gehabt hätten, entfernt worden. Die „Blockschreiber", heißt es in dem Bericht (Seite 25), seien die „rechte Hand" der „Blockältesten" gewesen, die in jedem Block für Ordnung zu sorgen hatten und Herren über Leben und Tod waren. „Bis Februar 1944", ist im Bericht hinzugefügt, „waren fast 50 Prozent Juden."

Der Hauptteil der Aussage, den zu lesen Ihr Ausschuß die Öffentlichkeit unter Berufung auf seine von Ihnen garantierte Wahrheit auffordert, stammt also von einem Mann, der selbst ein Häftling in einer Vertrauensstellung gewesen ist und in der Verwaltung dieses Mordhauses große Verantwortung gehabt hat.

Tagtäglich setzte sich seinem Bericht zufolge unter seinen Augen der Marsch in den Tod in Bewegung. Tagtäglich hatte er Teil an seiner herzzerreißenden bestialischen Brutalität. Nach fast zwei Jahren der Beteiligung an diesem Geschehen flüchtet er. Nicht etwa als ein vom Wahnsinn getriebener Mann. Nein. Er schreibt — oder unterschreibt — einen engzeilig mit der Maschine geschriebenen Bericht von dreißig Seiten, voll entsetzlicher Einzelheiten. Diese sorgfältig formulierten Seiten sind mit Namen, Daten, Orten, seitenweise komplizierten laufenden Nummern, grausigen Vorfällen und trivialen Tatsachen gefüllt.

Ein amtlicher Berichterstatter, ohne Gewissen und ohne Herz, mit Nerven aus Eisen und einer Seele aus Stahl, dazu mit einem Stapel von Notizbüchern und einer von hoher Stelle er-

teilten Genehmigung bewaffnet, sie [die Notizbücher] aus dem Gefängnis herauszubringen, hätte keinen so präzise abgefaßten Bericht über alles, was in jenen zwei fürchterlichen Jahren passierte, zu Papier bringen können. Trotzdem werden wir aufgefordert zu glauben, daß dieser Mann eben das getan hat — unter den wachsamen Augen der Gefängniswärter, die, so sagt er, 1 765 000 Häftlinge ermordet haben, deren einer er selbst war.

Es kann wahr sein — möge Gott in seiner Barmherzigkeit es verhüten! Aber es ist schwer zu glauben, daß eben dieser Zeuge, wie wir glauben gemacht werden sollen, die Geschichte dieser zwei fürchterlichen Jahre Tag für Tag und mit derartigen Einzelheiten niedergeschrieben haben könnte.

Bitte, lesen Sie es selbst, Herr Minister, und in Ruhe, wenn Sie können, als Jurist und Richter, und dann entscheiden Sie, ob Sie sich vor Gericht Geschworenen gegenüber für die Wahrheit dieses Berichts verbürgen würden.

Ihr ergebener
[gez.] Oswald F. Schuette

*

Kriegsministerium — Büro des Stellvertreters des Ministers

An Mr. John W. Pehle, Geschäftsführender Leiter des Ausschusses Kriegsflüchtlinge

Washington, 27. Dezember 1944 (1/806—807)

Finanzministerium Washington 25, D. C.

Sehr geehrter Mr. Pehle!

Ich sende Ihnen eine Kopie der Antwort Oswald Schuettes an Mr. Stimson.

Sie werden sich erinnern, daß Mr. Schuette nach der Veröffentlichung des letzten Berichts des Ausschusses Kriegsflüchtlinge an Mr. Stimson geschrieben hat. Mr. Stimson schickte mir auch ein Memorandum folgenden Inhalts:

> ‚Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie Pehle zu erreichen versuchten und ihm sagten, er müsse außerordentlich vorsichtig sein. Ich habe den Bericht über die Greueltaten gelesen, und er ist so entsetzlich, daß man mit Sicherheit weitere

Anfragen von Lesern erwarten muß, ob wir seine Authentizität mit der nötigen Sorgfalt geprüft haben.'
Aufrichtig

(gez.) John J. McCloy

Amt des Präsidenten — Ausschuß Kriegsflüchtlinge
Interne Mitteilung

30. Dezember 1944 (1/805—806)

An: Minister Morgenthau

Von: J. W. Pehle
Mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt.

Im Zusammenhang mit der kürzlichen amtlichen Veröffentlichung der beiden Augenzeugenberichte über die deutschen Vernichtungslager Auschwitz und Birkenau wird es Sie interessieren, daß niemand ihre Authenzität ernsthaft in Zweifel gezogen hat außer einem Mr. Oswald F. Schuette aus Washington, D. C., der am 28. November einen Brief an Minister Stimson richtete. Mr. Schuette, der offenbar Greuelgeschichten für Kriegspropaganda zu halten geneigt ist, stellte den Wert der von uns veröffentlichten anonymen Berichte in Frage und bat Minister Stimson, als Jurist Beweise für ihre Authenzität beizubringen. Insbesondere legte er Mr. Stimson die Frage vor, ob er die Berichte gelesen habe, ehe sie vom Ausschuß als wahr akzeptiert wurden, ob er sie kritisch untersucht habe, um sich zu vergewissern, daß sie nachweislich wahr seien, und ob eine Untersuchung hinsichtlich der Person der Berichterstatter oder der Umstände angestellt worden sei, die zur Anfertigung der Berichte führten. Dieser Brief von Mr. Schuette an Minister Stimson wurde an uns weitergeleitet mit dem Auftrag, ein passendes Antwortschreiben aufzusetzen, das wir auch unverzüglich entwarfen und Mr. McCloy vorlegten. Unser Entwurf enthielt den folgenden Absatz:

„Die Entscheidung, daß der Bericht, auf den Sie sich in Ihrem Schreiben beziehen, authentisch ist, basiert auf der Meinung vertrauenswürdiger und erfahrener hier und in Übersee tätiger Beamter des Ausschusses Kriegsflüchtlinge sowie auf wohlüber-

legten Meinungsäußerungen von Sachverständigen in Flüchtlings- und damit zusammenhängenden Fragen aus neutralen Staaten. Der Bericht enthält nur Material, über das nach Auffassung der Berichterstatter und der vielen qualifizierten Leute, die sie persönlich einer Prüfung unterzogen, keine Ungewißheit herrscht. Der Bericht wurde auch an Hand anderen unveröffentlichen Materials zum selben Gegenstand und an Hand der Aussagen anderer Augenzeugen ähnlicher oder vergleichbarer Vorfälle kontrolliert."

McCloy ließ uns später wissen, daß er unseren Antwortvorschlag für „eine sehr gute Arbeit" halte.

Ich habe jetzt von McCloy ein Schreiben erhalten, dem eine Kopie eines weiteren Schreibens von Mr. Schuette an Minister Stimson beigefügt ist. Schuette zweifelt noch immer an der Wahrheit der beiden Berichte und fordert Stimson auf, sie sorgfältig zu lesen und als Jurist und Richter zu entscheiden, ob er sich „vor Gericht den Geschworenen gegenüber für sie verbürgen" würde. McCloys Brief an mich schließt mit folgenden Worten:

> „Mr. Stimson sandte mir auch ein Memorandum folgenden Inhalts:
>
> ‚Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie Pehle zu erreichen versuchten und ihm sagten, er müsse außerordentlich vorsichtig sein. Ich habe den Bericht über die Greueltaten gelesen, und er ist so entsetzlich, daß man mit Sicherheit weitere

Zeitgeschichtlicher Hinweis des deutschen Herausgebers:

Die von dem in Washington tätigen amerikanischen Journalisten Schuette angezweifelten Berichte, die — wie die Dokumente zeigen — von Minister Morgenthaus Mitarbeitern Ende November 1944 der Öffentlichkeit übergeben wurden, haben damals international nur geringe Aufmerksamkeit gefunden. So läßt sich in der Londoner „Times" keine Erwähnung dieser amerikanischen Publikation feststellen. Erst nach der deutschen Kapitulation fanden Berichte über geheime Tötungsvorgänge in Auschwitz-Birkenau allgemeine Beachtung. Auch der damals angezweifelte „Augenzeugenbericht" hat sich in manchen Angaben nicht bestätigt. So spricht er von zwei verschiedenen Lagern, während Birkenau, wie heute bekannt, ein Nebenlager von Auschwitz war. Trotz zahlreicher Strafprozesse gegen Einzeltäter ist die von dem amerikanischen Journalisten gewünschte objektive Nachprüfung des tatsächlichen Geschehens und des Ausmaßes dieser Untaten nie erfolgt (vergl. Hinweise Seite 59 und 72).

Anfragen von Lesern erwarten muß, ob wir seine Authentizität mit der nötigen Sorgfalt geprüft haben.' "
Kopien aller oben erwähnten Schreiben sind beigefügt.
Anlagen (gez)J- W. Pehle

Das Argument des Präsidenten: Den deutschen Export vernichten!

Persönliche Aufzeichnung Franklin D. Roosevelts

(Das Dokument trägt den Vermerk: „Von Minister Morgenthau an Mr. D. W. Bell, Mr. White, Mr. Blough: bitte lesen und mit Ihren Kommentaren an mich zurückgeben.")

Weißes Haus

Washington, den 9. Dezember 1944 (1/776—779)

Memorandum für den Finanzminister

Zur Kenntnisnahme und Rückgabe für meine Unterlagen

F. D. R. [Franklin D. Roosevelt]

(Abschrift)

14. November 1944

Ihre Mitteilung, die Engländer sagten, sie seien bankrott und benötigten 7 Milliarden Dollar, hat mich zu folgenden Überlegungen veranlaßt:

Bei der Vorbereitung des Ersten Weltkrieges hat Deutschland und bei der Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges haben Deutschland und Japan zusammen unter Ausbeutung der Arbeitskräfte und mit Hilfe subventionierter Exporte die Exportmärkte der ganzen Welt mit Waren überschwemmt und dadurch Preise und Gewinne gedrückt und eine Senkung der Löhne und des Lebensstandards verursacht.

Während dieser Zeit konnten sie einen gewissen Lebensstandard aufrechterhalten, gegen den nicht gemurrt wurde, und konnten mit Hilfe ihrer forcierten Exporte die für Rüstungszwecke benötigten Rohstoffe in großen Mengen beschaffen und die Völker der übrigen Welt unglücklich machen.

Die Beseitigung der Ausbeutung der Arbeitskräfte und der subventionierten Exporte in diesen beiden Ländern wird die übrigen Länder der Erde in die Lage versetzen, die Arbeitslosigkeit zu senken, die Gewinne und den Lebensstandard zu steigern. Das von den Deutschen eingeführte Kartellsystem wird verschwinden.

Schon vor dem Ersten Weltkrieg waren die Deutschen dabei, die Welt industriell zu erobern. Der Konkurrenzkampf wurde härter. Sie nahmen uns nicht nur Exportmärkte weg, sondern sie unterboten uns auch hier im eigenen Land. Wie überall führte dies zu einer Senkung der Löhne und des Lebensstandards.

Nach dem Krieg kam Deutschland bald wieder in Schwung, um England und Amerika die umstrittenen Märkte abzunehmen und uns hier mit Waren zu lächerlichen Preisen zu überschütten, und Japan schloß sich dieser Praxis an. Wir versuchten, dieser Situation mit niedrigeren Löhnen, Verlängerung der Arbeitszeit [bei gleichem Lohn] und Einführung von Kurzarbeit Herr zu werden. Arbeitslosigkeit war die Folge. Die Konkurrenz konnte nicht aus dem Felde geschlagen werden.

Welche Maßnahmen auch gegen Japan und Deutschland ergriffen werden, in jedem Fall muß dazu die Beschränkung ihrer industriellen Betätigung gehören, um sie daran zu hindern, den englischen, französischen, holländischen, belgischen und anderen Exporteuren und uns selbst auf dem Weltmarkt Konkurrenz zu machen. Das würde zur Steigerung des Geschäftsumfanges aller Beteiligten, zu einer damit einhergehenden Erhöhung der Gewinne und zu daraus resultierendem Anwachsen der Vermögenswerte der verschiedenen Zweige unserer Volkswirtschaft führen. Wie hoch dieser Zuwachs sein wird, läßt sich heute schwer sagen, aber er wird sehr groß sein.

Den Deutschen und den Japanern können Betätigungsmöglichkeiten und ein Lebensstandard eingeräumt werden, die ebenso gut sind wie zu der Zeit, als sie sich für den Krieg rüsteten, als sie ihre Arbeitszeit erhöhten und ihre Löhne senkten, aber die im Zuge der Kriegsvorbereitungen zusätzlich erbrachten Leistungen haben aufzuhören. Wenn Reparationen in natura geliefert werden, dann auf Jahre hinaus nicht als Exporte.

Bei der Behandlung der Deutschland-Frage muß besonderes Augenmerk auf die Nachbarländer gerichtet werden, und das wichtigste von ihnen ist Rußland, das einen Sicherheitsgürtel (cordon sanitaire) für seine Verteidigung haben muß. Wie dieser aussehen wird und welche Wirkung er auf die baltischen Staaten, Polen, die Tschechoslowakei und die Balkanstaaten haben wird, kann ich erst sagen, wenn wir die Forderungen

Rußlands in bezug auf die deutsche Industrie kennen. Wenn sie deutsche Arbeitskräfte wünschen, sehe ich keinen Grund, warum sie sie in gewissen Fällen und unter angemessenen Bedingungen nicht erhalten sollten. Sie müssen gewisse Mengen an Material von Deutschland für ihre Wirtschaft erhalten. Alle Länder, die in Handelsbeziehungen mit Deutschland gestanden haben, müssen berücksichtigt werden, vor allem im Hinblick auf die Kohle, die sie aus Deutschland bezogen haben. Aber es gibt genug davon für sie und die Deutschen. Es muß eine Studie über die deutsche Volkswirtschaft ausgearbeitet werden, die sich vor allem mit ihren Ersatz- und Austauschstoffen, Chemikalien und ihrem Stahl beschäftigt.

Die englische Volkswirtschaft muß untersucht werden, um festzustellen, wie weit die Engländer in ihren Fertigungs- und Vertriebsmethoden rückständig sind. Es gibt keinen Grund, das Ruhrgebiet und das Saargebiet mit ihren Produktionsanlagen nicht unter englische oder gemeinsame Kontrolle zu stellen. Kohle, Koks und Eisen sowie chemische Erzeugnisse ständen dann in großen Mengen zur planmäßigen Verteilung zur Verfügung.

Als Folge der erhöhten Produktionskapazität, die anderen Ländern zur Verfügung stehen wird, und als Folge der Beschränkung Deutschlands und Japans auf ihre eigenen Bedürfnisse und auf die Bedürfnisse der von ihnen zerstörten Länder werden andere Länder mehr Arbeit haben und höhere Gewinne machen, in erster Linie die Demokratien. Das heißt reichlich Arbeit für alle auf viele, viele Jahre und höhere Löhne.

Bei der Betrachtung der Maßnahmen zur wirtschaftlichen Gesundung Englands muß die Haltung, die dieses Land stets im Hinblick auf ausländische oder fremde Investitionen eingenommen hat, berücksichtigt werden. Sie [die Engländer] selbst haben [ihr Land] dem freien Geschäftsleben und Konkurrenzkampf nicht geöffnet, haben dies aber in anderen Ländern beansprucht.

Damit sollte auch das Bestreben verbunden sein, in Afrika einen Staat zu etablieren, in dem Flüchtlinge aus allen Ländern Zuflucht finden und wo — anders als in ihrer Heimat — sie nach ihrer eigenen Fasson leben können — ein neuer Staat in Afrika nach Art der Vereinigten Staaten. Mit neuen Verfahren auf den

Gebieten des Transportwesens, des Fernmelde- und des Gesundheitswesens werden große Gebiete bewohnbar gemacht werden können.

Für uns und die ganze Welt ist die Wirtschaft Amerikas von allergrößter Bedeutung. Wir haben eine enorme Schuldenlast, die abgetragen werden muß. Besondere Aufmerksamkeit ist den ersten Nachkriegsjahren zu widmen, in denen große Mengen Schuldverschreibungen zum Kauf angeboten werden sollen. Die einzige mir bekannte vernünftige und kluge Art und Weise, wie dies geregelt werden kann, ist der Weg über die Besteuerung, durch die in den ersten zehn Jahren alle zum Kauf angebotenen Schuldverschreibungen aufgenommen werden sollen. Es ist sinnlos, sie von den Banken oder vom Schatzamt kaufen zu lassen, weil das nur inflationsverstärkende Wirkung hätte.

Um dieser Situation Herr zu werden und der freien wirtschaftlichen Betätigung einen starken Impuls zu geben, schlage ich vor, von unserem bisherigen Steuerprogramm auszugehen, statt mit einem neuen Steuerprogramm zu kommen.

Ich schlage also folgendes vor —

Im ersten Jahr nach dem Krieg sollte keine Änderung vorgenommen werden.97

Im darauffolgenden Jahr sollten die zuletzt eingeführten Steuern wegfallen.

Zwei Jahre später sollten 25 Prozent des davorliegenden Steuerprogramms, des größten, das wir je hatten, wegfallen, und anschließend sollten alle zwei Jahre jeweils weitere 25 Prozent wegfallen, so daß man nach neun Jahren das Steuerprogramm von.. .98 wieder erreicht hat. Bis zu diesem Zeitpunkt werden so viele Steuergelder eingegangen sein, um von den Schulden mehr als 100 000 000 Dollar ablösen zu können. Die restlichen Schulden werden die Versicherungsgesellschaften und Banken sicher mit Vergnügen übernehmen und mit erheblichem Gewinn realisieren. Die Regierung wird sicher neues Geld zu Zinssätzen aufnehmen können, die niedriger als die der langfristigen Schuldverschreibungen sind.

Daraus würden sich die folgenden Resultate ergeben —

97 D. h. Beibehaltung der hohen Kriegsbesteuerung.

98 Im Original hört der Satz mit „of" (von) auf. Gemeint ist vermutlieh die ursprüngliche Friedensbesteuerung von 1937.

Damit hätte man für die Schuldverschreibungen und für das Steuerprogramm eine befriedigende Lösung, und die Bevölkerung könnte für die Zukunft planen.
Alles, worüber ich gesprochen habe, kann nur dann von irgendeinem Nutzen sein, wenn es als Teil des allgemeinen Planes gehandhabt wird.

Behandlung von Deutschland-Österreich und der Satelliten99

Nachbarländer haben Anspruch auf Sicherheitsgürtel.
Rußland — was wird aus baltischen Staaten? (Finnland, Polen, Tschechoslowakei, Balkan und Griechenland.)
Welchen Teil oder welche Teile sollen Nachbarstaaten bekommen, und können sie die neu erworbenen Gebiete verwalten und am Leben erhalten?
Option der Bewohner.
Soll der Rest weiter aufgeteilt werden oder als Ganzes bestehen bleiben?
Wie ist er zu verwalten?

a. Militärisch für X Jahre?
b. Dann zivil für X Jahre?
c. Schrittweise durch Deutschland?

Welchen Schadenersatz hat Deutschland zu zahlen? Wie? An wen? Mit Arbeitskräften oder Material?
Das gesamte deutsche Privateigentum im Ausland muß für Reparationszwecke enteignet werden.
Die deutsche Industrie muß sorgfältig beobachtet werden, damit Kriegsvorbereitungen nicht möglich sind, weder in bezug auf das Menschenpotential noch auf die industrielle Leistungsfähigkeit. Unter keinen Umständen darf Deutschland an irgendein Land Zahlungen in Waren leisten, außer für Wiedergutmachungs- und Wiederaufbauzwecke — nicht für den Export. (Außer nach X Jahren.)

Rußland, England, Frankreich, Norwegen, Belgien, Holland — alles Mitglieder der Vereinten Nationen — selbst die

99 Auch dieser fast nur in Stichworten formulierte Text ist ein Teil der mit „Memorandum für den Finanzmtnister" überschriebenen Aufzeichnung des Präsidenten.

Vereinigten Staaten haben wirtschaftliche Schäden zu reparieren und sehen sich Arbeitslosigkeitsproblemen gegenüber, die sie zu lösen haben.

Diese zehnjährige Atempause nach einer Zeit der Ausbeutung der Arbeitskräfte und subventionierter Exporte wird den Deutschen gestatten, ebenso gut zu leben wie zu der Zeit der Kriegsvorbereitungen.

Alle Exporte und Importe müssen sorgfältig beobachtet werden.

Die Beschränkung der deutschen (und japanischen) Exporte wird zu einer Steigerung der Preise, Gewinne und des Produktionsvolumens der Mitglieder der Vereinten Nationen führen.

Für Amerika, Rußland, England, Frankreich, Holland, Norwegen, Dänemark und Belgien wird dies Vollbeschäftigung bei guten Preisen bedeuten.

Bei Ablauf der zehn Jahre können nicht weniger als 100 000 000 und vielleicht sogar 150 000 000 Schuldverschreibungen der Regierung mit Gewinn zurückgezahlt sein.

Amerika kann seine Möglichkeiten, der Welt durch Beispiel und Vorbild zu helfen, wiederherstellen und ausdehnen.

Zeitgeschichtlicher Hinweis des deutschen Herausgebers:

Dem Vorstehenden muß in mehrfacher Hinsicht besondere Bedeutung beigemessen werden:

Während die öffentlichen Reden, Briefe und Staatspapiere Präsident Roosevelts in aller Regel von Mitarbeitern vorbereitet wurden, handelt es sich hier um eine offenkundig vom Präsidenten persönlich stilisierte Niederschrift.

Roosevelt stimmt darin nicht nur erneut den Deutschland-Vorschlägen des Ministers Morgenthau zu, er formuliert auch Argumente, die im Munde eines sachlich unterrichteten Staatsmannes erstaunlich sind und den Historiker erschrecken müssen.

Die These des Präsidenten, bereits das kaiserliche Deutschland habe die Weltwirtschaft ruiniert, um einen Eroberungskrieg vorzubereiten, mag von einigen jungen, von der Kriegspropaganda des Ersten Weltkrieges beeindruckten Mitgliedern der amerikanischen Delegation in Versailles 1919 kritiklos geglaubt worden sein; diesem Kreise hatte Franklin D. Roosevelt zeitweise angehört. Als Präsident hatte er jedoch nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Pflicht, sich über die wirklichen Sachverhalte zu unterrichten.

In dem in zahlreichen Angaben auf amtliches amerikanisches Material gestützten „Statistischen Handbuch für Deutschland 1928—1944. Heraus-

gegeben vom Länderrat des Amerikanischen Besatzungsgebietes" (München 1947, Seite 458) sind über den deutschen und japanischen Anteil am Weltexporthandel die nachstehenden Verhältniszahlen so festgestellt, wie sie 1944 zweifellos auch schon im Weißen Haus bekannt waren:

Prozentualer Anteil am Weltexporthandel

	1929	1932	1938
Deutschland (einschl. Österreich)	10,85%	11,77%	10,24%
Japan	3,65%	4.00%	5,07%
Großbritannien	10,92%	10,35%	10,45%
USA	15,90%	12,75%	13.88%

Aus diesen Zahlen wird zwar erkennbar, daß die wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands und Japans für Großbritannien und die Vereinigten Staaten theoretisch einigen Gewinn erbringen konnte; als gewiß erweist sich jedoch, daß in den Vorkriegsjahren keine „Überschwemmung" der Weltmärkte mit deutschen Waren stattgefunden hatte.

Die pseudo-wirtschaftlichen Argumente des Präsidenten Roosevelt für seine Niederwerfungsthesen, zu denen er in der bevorstehenden Jalta-Konferenz auch Stalins Zustimmung fand, waren ebenso absurd wie die historisch-politischen Behauptungen der Morgenthau-Gruppe, Deutschland habe seit 1864 „fünf Angriffskriege gegen fremde Staaten begonnen" (vergl. Hinweis Seite 205).

Zutreffend kennzeichnet Präsident Roosevelt in seiner Aufzeichnung die amerikanische Arbeitslosen-Situation. Das erwähnte, unter Mitwirkung der Besatzungsbehörden herausgegebene statistische Handbuch (a. a. 0., Seite 487) nennt auch internationale Vergleichsziffern der Industriearbeiterbeschäftigung. Als letztes Vollbeschäftigungsjahr wird 1929 mit dem Index 100 ausgewiesen. Im Jahre 1932 war die Beschäftigtenzahl in den USA auf 62,5 gesunken, 1938 nnr auf 87,3 gestiegen. Erst das in diesem Jahr voll einsetzende amerikanische RüstungPprogramm stellte die Vollbeschäftigung wieder her (Indexzahl USA 1939 : 97,0, 1940, 104,3).

Minister Morgenthau wird gefragt

Aktenvermerk

(Das Dokument trägt die Überschrift „State Department" — Außenministerium — und den Vermerk „Treffen mit Minister Morgenthau")

Streng geheim 18. Dezember 1944 (1/783—784)

Behandlung Deutschlands

Der Präsident hat seine Zustimmung zu bestimmten Phasen des Programms für die Behandlung Deutschlands nach dem Kriege gegeben, und zwar zur Entmilitarisierung Deutschlands und zur Auflösung der Nazi-Partei.

Außerdem liegt dem Präsidenten ein Memorandum über die

Behandlung Deutschlands auf wirtschaftlichem Gebiet vor. Er hat das [Außen-]Ministerium davon in Kenntnis gesetzt, daß er für die Rückgabe erbeuteter Vermögenswerte ist, daß er der Meinung ist, der deutschen Industrie solle zwar gestattet werden, für die Befriedigung des deutschen Bedarfs zu sorgen, aber nicht Güter für den Export zu produzieren, und daß er gegen Reparationen ist.

Das Außenministerium, das Kriegs- und das Marineministerium arbeiten seit kurzem an einer Änderung der JCS 1067 [Direktive Nr. 1067 der Joint Chiefs of Staff] zur Vorlage bei der EAC [European Advisory Commission], die Minister Morgenthau vor Weiterleitung nach London gezeigt werden wird.

Bestimmte Direktiven sind an die EAC zur Erörterung geleitet worden.

Ein zweiter Abschnitt behandelt die Einsetzung von Ausschüssen für die US-Finanzpolitik. Außerdem ist ein Memorandum beigefügt, das den Bearbeitungsstand der revidierten Fassung der Direktive ICS 1067 referiert und inhaltlich der obenstehenden Aufzeichnung entspricht. Eine Liste von Weisungen, die an General Eisenhower bereits ergangen waren, ist ebenfalls beigefügt. Diese betrafen u. a.: „Kontrolle der Handelsschiffahrt", „Sicherstellung von Archiven", „Kontrolle der öffentlichen Nachrichtengebung", „Kontrolle von Post, Telegraf und Telefon in Deutschland", „Zensur des zivilen Nachrichtenverkehrs" u. ä.

Die Gattin des Präsidenten: Unterbindung der Forschung in Deutschland

Memorandum für Mrs. Roosevelt

1. Januar 1945 (1/813)

Ich habe mit Interesse das Material gelesen, das Sie mir am 23. Dezember zugesandt haben und das sich auf die Unterbindung der naturwissenschaftlichen Forschung in Deutschland nach dem Krieg bezieht.

Wir sind der Auffassung, daß jedes Programm, das den Kern des deutschen Kriegspotentials — die chemische, die Hütten- und die Elektroindustrie — entscheidend treffen will, eines der grundlegenden Elemente dieser Industriezweige einbeziehen muß, nämlich ihre Forschungsstätten und damit in Zusammenhang stehende Forschungsarbeiten, wo sie auch immer betrie-

ben werden. Zu Ihrer Information füge ich daher eine Ausfertigung eines nachrichtendienstlichen Berichts des Sachgebietes Wirtschaft der Abteilung G-2 [Nachrichtendienst] von SHAEF über die Pläne deutscher Industrieller für die Nachkriegszeit bei. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit vor allem auf Absatz 3 lenken, in dem die Einrichtung von Forschungsstätten behandelt wird.

Es ist natürlich denkbar, daß Forschungsarbeiten auf nichtindustriellen Gebieten (z. B. landwirtschaftliche oder medizinische Forschungen) für die Entwicklung von wirkungsstarken Waffen, z. B. bakteriologischer oder chemischer Art, nutzbar gemacht werden.

Derartige Möglichkeiten scheinen mir schlaglichtartig den Umstand zu beleuchten, daß es unmöglich ist, heute ein Programm für Deutschland aufzustellen, das den Frieden für die kommenden Jahren g a r a n t i e r e n wird. Wir können nicht erwarten, ein Allheilmittel zu finden. Aber bestimmte Minimalmaßnahmen müssen wir hier und jetzt ergreifen. Im Laufe der nächsten fünf oder zehn Jahre kann sich die Notwendigkeit ergeben, weitere Schritte zu tun. Solange das deutsche Volk den Willen hat, Kriege zu führen[100], müssen wir immer auf der Hut sein, daß es nicht die Mittel in die Hand bekommt, diesen Willen in die Tat umzusetzen. H. M. jr.

Oberst Bernstein

Gruppenbesprechung bei Minister Morgenthau

(Am Kopf des Dokumentes sind 10 Teilnehmer genannt)

1. Januar 1945, 9.30 Uhr (1/811—813)

Zunächst erwähnt Harry Dexter White verschiedene zum Teil personelle Angelegenheiten, ohne daß es darüber zu einem Meinungsaustausch kommt.

H. M. jr.: Ich habe gestern zwei sehr interessante Stunden mit Oberst Bernstein verbracht. Er war zum Lunch bei uns. Ich nehme an, Sie haben ihn gesehen. Man hat da eine sehr törichte Sache angestellt, meine ich. Es ist ein Telegramm an General Eisenhower gegangen, in dem es hieß, der Finanzminister bitte

100 Vergl. Hinweis Seite 205.

um Entsendung von Oberst Bernstein[101] nach Washington, falls dies ohne Störung des Krieges möglich sei, aber es hieß ausdrücklich „der Finanzminister". Diese Telegramme werden aller Welt gezeigt. Das geschieht auch bei den Briten. Sie sehen alle Telegramme. Und als es zu Bedell Smith[102] kam und er es weitergeleitet hatte — fing er an, darüber nachzudenken, und sagte zu jemandem: „Warum zum Teufel stört der Finanzminister den Krieg und wünscht Colonel Bernstein zu sprechen", aber er [Bernstein] ist hier, egal wie.

Mr. White: Ich vermute, er [Bedell Smith] argwöhnte etwas. Deshalb sagte er: „Warum zum Teufel."

Der Minister berichtet aus seinem Gespräch mit Bernstein einige Einzelheiten von geringer Bedeutung, z. B. daß das alliierte Hauptquartier jetzt in Luxemburg eingerichtet sei. Über den Unterstaatssekretär im Kriegsministerium McCloy äußert der Minister „vorbehaltlich eines Gegenbeweises", dieser kooperiere „rückhaltlos" mit ihm. Oberst Bernstein sei zu einer diesbezüglichen Aufzeichnung aufgefordert.

H. M. jr.: Liegt sonst noch etwas vor?

Mr. White: Ihre Äußerung über McCloy hat sich bei der Bearbeitung des [Dokumentes JCS] 1067 [Deutschland-Direktive] in vollem Umfang bestätigt, insofern als die Besprechungen im Außenministerium stattfanden und das Finanzministerium nicht beteiligt war. Der Standpunkt des Finanzministeriums wurde aber [von McCloy] nachdrücklich verteidigt, und jeder Abweichung von diesem Standpunkt wurde sehr heftiger Widerstand entgegengesetzt, weil es eine Abweichung vom Standpunkt des Finanzministeriums war.

H. M. jr.: Um meine Unterhaltung — Joe [McCloy] war gestern abend bei mir — zusammenzufassen — ich meine, das Wichtigste, was er für mich mitbrachte, ist, daß das, was Hilldring gestern gesagt hat, auf die eine oder andere Weise — wenn das irgendwie an die Leute herangebracht werden könnte, die für die Behandlung der Zivilbevölkerung zuständig sind, weil sie einfach keine Ahnung haben, und weil sie keine Ahnung

101 Oberst Bernard Bernstein, „seit langem ein Freund Morgenthaus", war „der Chef der Finanzabteilung im alliierten Hauptquartier und gleichzeitig Direktor der Finanzabteilung der amerikanischen Arbeitsgruppe ‚Kontrollrat' in London. Bernstein vertrat Morgenthaus Partei und informierte ihn über seine Gegner" (Morton S. Blum, a. a. 0., Seite 247f).

102 General im Hauptquartier Eisenhowers.

haben, machen sich alle über midi lustig und kritisieren mich. Keiner weiß, was der Morgenthau-Plan eigentlich ist, den sie bekommen werden, und er sagte, bei den Engländern läßt sich schon gar nichts erkennen, was auf den Wunsch nach Zusammenarbeit hindeute.

Er meinte, wenn nur, was Hilldring gesagt hat, auf irgendeine Weise [an die richtigen Leute] herangebradit werden könnte, ich weiß nicht. Ich bin auch dieser Meinung und sagte das auch zu Bernstein, daß ich zu gegebener Zeit McCloy und Hilldring und Bernstein bitten werde, zu mir zu kommen — und ich glaube, wir müssen wegen des Telegramms, das [an General Eisenhower] geschickt worden ist, sehr vorsichtig sein, damit uns Bernstein nicht an die frische Luft gesetzt wird.

Mr. White: Sie werden ihn kaum rauswerfen, meine ich. Vielleicht werden sie ihn isolieren.

H. M. jr.: Ich meine, wir müssen alle darauf achten, daß die Sache um seinetwillen und um seines Anliegens willen auf dem vorgeschriebenen Weg abgewickelt wird.

Mr. White: Das steht ganz außer Frage. Aber ich habe noch etwas. Ich weiß nicht, ob er es mit Ihnen besprochen hat. Es schien mir ebenso wichtig zu sein und wahrscheinlich noch wichtiger als die ganze kämpfende Front, und das war seine Überzeugung, daß alle führenden Leute, alle Generale, heute kein schwaches Deutschland wollen. Sie wollen ein starkes Deutschland.

H. M. jr.: Eben das sage ich auch — wenn nur, was Hilldring gesagt hat, [an die richtigen Leute] herangetragen werden könnte. Wir sind einer Meinung. Ist das alles, Harry?

Mr. White: Ja, das ist alles.

Harry Dexter White wird Unter **Staatssekretär**

Das Schreiben ist auf Kopfbogen „Finanzministerium" an Minister Morgenthau gerichtet.

Washington, 8. Januar 1945 (1/852—853)

Sehr geehrter Herr Minister!

Als Anlage übersende ich eine Durchschrift des Dankschreibens, welches ich an den Präsidenten schickte.

Ich möchte diese Gelegenheit benutzen, um Ihnen noch ein-

mal zu sagen, wie sehr ich Ihnen dafür danke, daß Sie diese Sache zu einem glücklichen Ende geführt haben. Es war nicht angenehm für Sie. Ich freue mich, daß Sie mich hoch genug einschätzten, um es trotzdem zu tun. Hochachtungsvoll

Harry D. White

An den Präsidenten, 8.Januar 1945
Weißes Haus

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich möchte Ihnen für die hohe Ehre danken, die Sie mir durch die Ernennung zum Unterstaatssekretär [Assistant Secretary] im Finanzministerium zuteil werden ließen. Ich werde natürlich alles tun, was in meiner Macht steht, um Ihr Vertrauen zu mir zu rechtfertigen.

HDW:ls Mit vorzüglicher Hochachtung
8. 1. 45 (gez.) Harry D. White

Die Neufassung der Direktive

Brief des Ministers Morgenthau an Mr. John McCIoy, Unterstaatssekretär im Kriegsministerium.

4. Januar 1945 (1/854^855)

Sehr geehrter McCIoy!

Als Anlage übersende ich die Stellungnahme des Finanzministeriums zur Neufassung der JCS 1067. Entsprechend Ihrer Bitte, die Stellungnahme auf ein Minimum zu beschränken, um die Billigung des Dokuments durch die US-Regierung zu beschleunigen, haben wir nur die Punkte aufgeführt, die wir für besonders wichtig halten.

Hochachtungsvoll
(gez.) H. Morgenthau jr.,
Finanzminister

Memorandum

Stellungnahme des Finanzministers zur JCS 1067

Vorliegende Stellungnahme beschränkt sich, entsprechend der Bitte des Kriegsministeriums, auf die wichtigsten Punkte, um die Billigung des Dokuments durch die US-Regierung zu beschleunigen.

1. Auf Seite 2 der Politischen Direktive ist der Satz „Es kann im allgemeinen angenommen werden, daß, sofern keine gegenteiligen Beweise vorliegen, Personen, die diese Stellungen innehaben, Nazis oder Mitläufer der Nazis sind", gestrichen worden.

Ohne diesen Satz muß das Militär die Beweislast tragen, und die Durchführung des Verfahrens wird wahrscheinlich administrativ unwirksam sein.

2. Die Inhaftierung von Nazi-Funktionären und -Beamten wird in der Politischen Direktive, Seite 2, Absatz (g), (h) und (i) auf Funktionäre und Beamte in sehr hohen Stellungen beschränkt.

a. Bei der Polizei sind nur die Beamten zu inhaftieren, die im Range höher als Hauptmann stehen. Wir sind der Meinung, daß die Polizeihauptleute miteinbezogen werden sollten.

b. Die SA-Führer im Rang von Sturmbannführer sind einbezogen worden. Man sollte mindestens noch zwei Rangstufen nach unten gehen und alle Führer im Rang von Offizieren erfassen.

c. Die führenden Beamten aller Ministerien und andere hohe politische Beamte werden bis herab zum Landrat und Oberbürgermeister erfaßt. Man sollte die Bürgermeister aller Städte mit 100 000 Einwohnern und mehr und in Landbezirken außerdem die politischen Beamten erfassen, die im Rang gleich nach dem Landrat kommen.

3. Auf Seite 8 der Finanzdirektive ist folgender Satz hinzugefügt worden:

„Gemäß den vereinbarten Grundsätzen des Kontrollrats können weitere Steuern von den von Ihnen gegebenenfalls zu bestimmenden Stellen eingezogen werden. Die auf diese Weise eingezogenen Steuern werden für die von Ihnen gegebenenfalls zu bestimmenden Zwecke zur Verfügung gehalten oder verwendet werden."

Wir schlagen vor, nach den Worten „eingezogen werden", folgendes hinzuzufügen: „ohne daß hierdurch eine Verantwortung für deutsche fiskalische Angelegenheiten übernommen wird".

4. Die Wirtschaftsdirektive enthält auf Seite 1 folgenden Satz:

„Außer für die oben genannten Zwecke sind von Ihnen keine Maßnahmen zu ergreifen,

(1) die auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands oder die allgemeine Wiederherstellung des deutschen Exporthandels abzielen ..."

Wir sind der Ansicht, daß während des Zeitraums, während dessen diese Direktive vermutlich gelten soll, der Exporthandel verboten sein sollte. Es wird deshalb vorgeschlagen, auf Seite 1 unter Absatz 1 einen Punkt (g) hinzuzufügen, wonach während des eigentlichen Zeitraumes der militärischen Operationen der Exporthandel verboten sein soll, sofern es sich dabei nicht um Wiedergutmachungsleistungen oder Zurverfügungstellung von Überschüssen an befreite Gebiete handelt. Die Worte „oder die allgemeine Wiederherstellung des deutschen Exporthandels" können dann gestrichen werden.

Kurze Diskussion um Änderungen

McCloys Stellungnahme

(Der Kopf des Dokuments ist überschrieben „Kriegsministerium — Büro des Unterstaatssekretärs"; in der rechten oberen Ecke ist handschriftlich vermerkt: „Abschrift an White 6. 1. 45.")

Geheim Washington, D. C., 5. Januar 1945 (1/853—854)

Honorable Henry Morgenthau jr., Finanzminister

Washington, D. C.

Sehr geehrter Herr Minister!

Ich danke Ihnen für Ihre prompte Antwort und Stellungnahme zu der Neufassung der JCS 1067.

Ich befürworte und dränge auf Annahme der Änderungen Nr. 3 und 4. Ich habe nichts gegen die beiden ersten der vorgeschlagenen Änderungen einzuwenden, bin jedoch der Ansicht, daß ihre Durchführung eine Angelegenheit ist, in welcher der Ansicht des Außenministeriums ein sehr großes Gewicht beigemessen werden sollte. Ich habe alle Ihre Vorschläge an das Außenministerium und das Marineministerium zur Prüfung gesandt, habe aber bis jetzt noch keine Stellungnahme von ihnen erhalten.

Die zweite Gruppe der Änderungen (Nr. 2 in Ihrer Liste) würde nach hier angestellten, sehr groben und vorläufigen Schätzungen die Inhaftierung einer großen Anzahl weiterer

Personen, möglicherweise bis zu 100 000, bedeuten. Das kann offensichtlich zu praktischen Schwierigkeiten schwerwiegender Art führen. Mr. Glasser von Ihrem Büro wurde von dieser Schätzung unterrichtet, so daß er sie mit seinen Beratern nachprüfen kann.

Ich brauche nicht darauf hinzuweisen, daß jeder gegenwärtig ausgearbeitete Entwurf in der Europäischen Beratenden Kommission von den Vertretern der vier Regierungen geprüft werden wird. Ich glaube, wir haben viele Änderungsvorschläge von den anderen Regierungen zu erwarten, doch können unsere Leute aus dieser Neufassung im wesentlichen die im September ausgearbeiteten Grundsätze als Grundlage für ihre Verhandlungen entnehmen, falls sie gebilligt werden wird.

Hochachtungsvoll
John J. McCloy

*

An: Minister Morgenthau
Von: Mr. White

8. Januar 1945 (1/853)

Mr. McCloy rief mich am Sonnabend am späten Nachmittag an und sagte mir, daß er zwar einen Brief an Sie geschrieben habe, in welchem er erklärte, daß er nur zwei der in Ihrem Schreiben an ihn vorgeschlagenen Änderungen der JCS 1067 akzeptieren könne, daß es ihm aber später möglich gewesen sei, alle von Ihnen vorgeschlagenen Änderungen durchzubringen. Er bat mich, Ihnen zu sagen, daß Sie seinen Brief als erledigt ansehen sollten.

H. D. W.
J. M.[103]

*

An: Minister Morgenthau
Von: Mrs. Shanahan

9. Januar 1945 (1/858)

Ich besprach mit Mr. White telefonisch das Thema Ihres Gesprächs mit Mr. McCloy bezüglich JCS 1067.

Mr. White möchte Sie davon in Kenntnis setzen, daß er, Mr. Glasser und Mr. DuBois die Änderungen eingehend mit

103 Ein Bleistiftvermerk auf dem Dokument erläutert: „Dieses ist McCloys Signatur".

Oberst Bernstein besprochen haben und daß Mr. DuBois das Finanzministerium bei Besprechungen mit Oberst Bernstein im Kriegsministerium vertrat. Die vorgeschlagenen Änderungen ergaben sich aus Oberst Bernsteins ausgedehnten Gesprächen mit den Leuten drüben in London, die einige der Erklärungen auf eine Art auszulegen versuchen, die uns nicht gefällt. Die Leute dort drüben sind bereit, weiter zu gehen, als wir dies für möglich gehalten hätten, und die Änderungen sind für uns vollkommen zufriedenstellend. Mr. White sagte Oberst Bernstein, daß er, falls er die Änderungen leicht durchsetzen könne (sie sind zumeist technischer Art), er ihnen sagen könne, daß wir sie unterstützten, daß er uns aber unterrichten solle, wenn er die geringsten Schwierigkeiten habe. Mr. White sagte, daß Oberst Bernstein die Änderungen mit Mr. DuBois und Mr. Glasser vor den Besprechungen im Kriegsministerium durchgesprochen habe, und nahm an, daß Oberst Bernstein sich auf die mit uns erörterten Änderungen beschränkte. Er sagte, er werde sie unterstützen, wenn er sie leicht durchsetzen könne. Wenn er sie nicht leicht durchsetzen könne, sollte er es uns wissen lassen.

Mr. Glasser und Mr. DuBois sind über diese Angelegenheit unterrichtet, falls Sie mit einem von ihnen darüber sprechen wollen.

McCloy war behilflich

Gruppenbesprechung bei Minister Morgenthau

(Am Kopf des Dokumentes sind 13 Teilnehmer genannt)

12. Januar 1945, 9.30 Uhr (1/861—863)

Es wird zunächst über Zeitungskorrespondenten und dann in einigen Sätzen über die vorstehend abgedruckte Aktennotiz der Mrs. Shanahan gesprochen.

H. M. jr.: Auf jeden Fall war McCloy mit der von uns vorgeschlagenen [Direktive JCS] 1067 hundert Prozent einverstanden. Erinnern Sie sich? Er wollte sich nicht zu sehr drängen lassen, und ich sagte: „Lassen Sie uns auf's Ganze gehen." Da nahm er sie an.

Nun, ich weiß nicht — offen gestanden, auf was sind Bernstein und Glasser aus?

Mr. White: Aus einigen Bestimmungen, die in London be-

sprochen worden waren, ging hervor, daß sie gewillt sind, sich in der Richtung weiterzubewegen, in der wir gerne gegangen wären, aber nicht glaubten, es tun zu können. Und als Bernstein zurückkam und uns das sagte — er sagte, daß wir es seiner Meinung nach durchsetzen könnten, wenn wir es noch einmal versuchten, und wir sagten, auf jeden Fall, vorausgesetzt, daß McCloy nicht glaube, daß wir es aufhalten, denn er habe bereits die vier Vorschläge akzeptiert, und er habe mit wenigen Ausnahmen alle unsere Vorschläge zum Entwurf des Finanzdokuments angenommen; deshalb sollten wir zu diesem Zeitpunkt nicht noch einmal mit der Sache anfangen.

Ich sagte, daß, wenn er mit ihnen irgendwelche Vereinbarungen treffen könne — ihnen sagen, daß sie entweder das Material getrennt vorlegen oder das Material nach Rücksprache mit London vorlegen sollten -—, dies vollkommen befriedigend für uns wäre; unter keinen Umständen solle man aber zum jetzigen Zeitpunkt darüber streiten und die Angelegenheit aufhalten, denn wir hätten bereits zugestimmt. Es gab noch ein paar andere Bestimmungen, die, wie Bernstein sagte, draußen ganz anders ausgelegt würden, als sie es nach unserer Meinung sollten, da die Angelegenheit nicht direkt genug abgefaßt sei und man sie absichtlich falsch auslegen wolle. Man habe sich damit gebrüstet, daß man sie falsch auslegen werde; sie sagten uns das nach ihrer Rückkehr, und wir wollten es entsprechend ändern. Wir reihten es in die gleiche Kategorie ein und baten McCloy, das ändern zu lassen; wir seien damit zufrieden, man solle aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt sich nicht darum streiten. Offensichtlich gelang es ihnen, McCloy davon zu überzeugen, daß es erwünscht ist, sie einzubeziehen. Sie waren bei der ersten Besprechung anwesend, Joe.

Mr. DuBois: Das Neueste, Herr Minister, ist, daß die Direktive mit all diesen in ihr enthaltenen Aspekten abgeschickt werden wird, mit Ausnahme des finanziellen Teils, welcher noch einige Tage zurückgehalten werden wird, bis man sich darüber einig geworden ist, daß man zu einer Einigung kommen will.

Nun, ich habe die Angelegenheit bei der ersten Besprechung mit Oberst Bernstein durchgesprochen, und ich sprach sowohl mit McCloys Mitarbeiter als auch mit Riddleberger vom Außenministerium. Ich machte Oberst Cutter, McCloys Mitarbeiter,

klar, daß in dem Falle, daß es für McCloy annehmbar sei, wir damit einverstanden seien, die Angelegenheit auf diese Art zu behandeln.

Falls McCloy der Ansicht sei, daß sie nicht so behandelt werden sollten, so hätten wir auch nichts dagegen einzuwenden. Mr. McCloy ist damit einverstanden, sie so zu behandeln, und das Außenministerium auch, und ich glaube, daß das auf die Dauer von Vorteil sein wird.

H. M. jr.: Dann kann ich also in dieser Richtung marschieren.

Mr. DuBois: Ja.

Mr. White: McCloy ist hierbei sehr behilflich gewesen, und wir haben das ausgenutzt. Er ist insofern ganz besonders nett gewesen, als er unsere Änderung ruhig hinnahm, nachdem wir selber uns auf den früheren Entwurf geeinigt hatten.

Auf die Industrie kommt es an

Gruppenbesprediung bei Minister Morgenthau

(Das Dokument ist mit dem Stichwort „Entwaffnung Deutschlands" überschrieben; 3 Teilnehmer sind genannt)

17. Januar 1945,11.40 Uhr (11/876—878)

Es wird zunächst das „russische Memorandum für den Präsidenten" (vergl. Seite 295) erwähnt; der Minister bemerkt dazu, daß er darüber erst am nächsten Tag sprechen ivolle.

H. M. jr.: Sie wollten etwas mit mir besprechen?

Mr. White: Ganz recht, ich wollte mich nur über diese Dinge vergewissern, weil ich nicht sicher war, wann Sie den Präsidenten aufsuchen werden. Worüber wir mit Ihnen sprechen wollten, war die Frage des Deutschlandprogramms. Wir sind alle der Auffassung, daß es leichter und nützlich wäre, wenn Sie sich in Ihren Gesprächen in bezug auf die Kohlenbergwerke ein bißdien unklar ausdrücken würden.

H. M. jr.: Nur eine Sekunde, warten Sie eine Minute.

(Der Minister verläßt vorübergehend das Dienstzimmer.)

Mr. White: Unseres Erachtens wird sich einer der stärksten Einwände der anderen Seite auf die Stillegung der Kohlenbergwerke und die Ausschaltung der Industrie konzentrieren, und die andere Seite wird auf diesem einen Punkt herumhacken und annehmen, daß er für Ihr gesamtes Programm typisch bzw. beispielhaft ist; vielleicht könnten Sie einfach —

H. M. jr.: Lassen Sie mich etwas sagen. Ich werde mit ihm im gleichen Sinne reden wie heute vormittag mit Pepper104. Ich werde nicht auf Einzelheiten eingehen.
Mr. White: Bei Pepper haben Sie aber gesagt, daß Sie die Stillegung der Kohlenbergwerke in Erwägung ziehen würden. Ich kann das ein wenig [anders] formulieren —
H. M. jr.: Ich gedenke nicht, davon abzugehen; es ist zwecklos, mich deshalb zu bearbeiten.
Mr. Luxford: Ich wollte Sie nicht bearbeiten. Sie haben keine Zeit, darüber erschöpfend zu sprechen, aber wir hofften, Sie würden die Frage offen lassen und erst darauf eingehen, wenn wir Gelegenheit gehabt haben —
H. M. jr.: Ich hatte nicht die Absicht, auf Einzelheiten einzugehen. Ich will es ebenso machen wie bei Pepper.
Mr. White: Mit der einen Ausnahme, die Sie Pepper gegenüber doch erwähnt haben; im übrigen finde ich, die Sache war ausgezeichnet gemacht. Ja, die gleiche Sache bei ihm wäre —
M. Luxford: Worauf wir hinauswollen, ist, daß das Kohleproblem nicht entscheidend ist; und wenn wir das offen lassen könnten, bis wir Gelegenheit gehabt haben, darüber zu sprechen —
H. M. jr.: Ich bin nicht Ihrer Meinung.
Mr. White: Wenn wir in diesem Punkt Erfolg haben, könnten wir auch in allen anderen Erfolg haben.
H. M. jr.: Von der Kohle stammen alle deutschen Farben und synthetischen Erzeugnisse.
Mr. White: Wir gehen davon aus, daß Deutschland keine Kohle haben wird.
Mr. Luxford: Das tun Sie nicht; man kann es [Deutschland] die Kohle fördern und exportieren lassen, so daß sie [die Deutschen] sie nicht weiter verarbeiten können.
Mr. White: Diesen Punkt hatten wir schon behandelt.
H. M. jr.: Sie werden damit bei mir nicht weiterkommen.
Mr. Luxford: Der andere Punkt ist die Leichtindustrie, wenn man an die Metallindustrie und chemische Industrie denkt und den Rest beiseite läßt.

104 Claude Pepper — Senator der Demokratischen Partei.

Mr. White: Und die Töpferei-, Spielwaren- und Textilindustrie beläßt —

H. M. jr.: Harry wird dabeisein, und ich werde ihn dagegen Stellung nehmen lassen, und ich werde von meinem Standpunkt nicht abgehen. Hat man erst mal Fahrräder, kann man auch Flugzeuge haben.

Mr. White: Fahrräder nicht, das gebe ich zu —

H. M. jr.: Wenn man erst mal Kinderwagen hat, kann man auch Flugzeuge haben.

Mr. White: Wir befinden uns einfach in einer unmöglichen Position, wenn wir sagen, daß sie [die Deutschen] überhaupt keine Fabriken haben dürfen; wir begeben uns in diesem Fall in eine unhaltbare Position, ohne es zu müssen. Wenn wir sagen können: „Gewiß, sie werden ein paar Fabriken haben, aber in Wirklichkeit —"

H. M. jr.: Ich denke realistisch. Ich werde Deutschland öffnen und zulassen, daß Polen und Frankreich — Frankreich will sich sein Teil holen.

Mr. White: Dafür sind wir alle.

H. M. jr.: Und dann werden sie fragen: „Was werden sie tun, wenn sie uns demontiert haben? Werden sie uns beim Wiederaufbau helfen?"

Mr. White: Es [Deutschland] wird vielleicht einiges wiederaufbauen wollen.

Mr. Luxford: Außerdem ist es für mich sehr schwer zu sagen, es [Deutschland] darf gewisse Leichtindustrien nicht haben, solange wir es daran hindern, überhaupt etwas aus Metall zu machen, also die eigentliche Fabrikation.

H. M. jr.: Ich möchte darauf jetzt nicht eingehen. Sowas muß ich besser frisch am Morgen verkraften.

Mr. Luxford: Deshalb wollten wir auch nur mal danach gefragt haben; wir lassen diese beiden Punkte jetzt mal.

H. M. jr.: Ich will nichts versprechen.

Es wird, noch über einige Zeitungsaufsätze gesprochen. Zum Schluß verweist Minister Morgenthau darauf, daß die Russen bereits 170 000 männliche Arbeitskräfte aus Rumänien abtransportiert haben. Das sei nur „ein Vorgeschmack dessen, was noch kommt". Ironisch nennt Morgenthau seine Mitarbeiter „softies" (Schwächlinge, Waschlappen).

Verwässerung der „Entnazifizierung"?

Aktennotiz mit der Überschrift „Interner Schriftverkehr des Finanzministeriums"
(Am Kopf des Dokumentes ist handschriftlich das Wort „House" notiert; der amerikanische Herausgeber erklärt den Vermerk dahin, daß Minister Morgenthau dieses Schriftstück zur Durchsieht in seine Privatwohnung mitgenommen hat.)

An: Mr. White
Von: Colonel Bernstein

26. Januar 1945 (II/919—920)

Nachstehend einige Punkte der Mitteilung, die ich kürzlich von Joe Fisher bei SHAEF [Oberstes Hauptquartier der Alliierten Expeditionsstreitkräfte] erhielt und die vielleicht für Sie oder andere Herren des Stabes von Interesse sind:

Brigadier Robbins, Leitender Offizier für zivile Angelegenheiten bei der 21. (brit.) Armeegruppe, scheint der Auffassung zu sein, daß es, falls wir in Übereinstimmung mit dem Programm für das Finanzwesen alle unerwünschten Personen aus Anstalten des öffentlichen und privaten Finanzwesens entfernen, „zu einem Chaos kommen würde". Robbins versuchte auch, mit Unterstützung von Brigadegeneral Meade (US) dafür zu plädieren, daß wir trotz der Anweisung, Nazis ohne Rücksicht auf Verwaltungsbedürfnisse von ihren Posten zu entfernen, an den Stellen Nazis nicht entfernen sollten, wo es „betriebliche Notwendigkeiten" wünschenswert machen, sie zu behalten. Eine britische Gruppe bei SHAEF versucht jetzt, ein Verwaltungs-Memorandum über diese betrieblichen Notwendigkeiten herauszubringen (meiner Ansicht nach ein Mittel zur Verwässerung des Entnazifizierungsprogramms). Ich hoffe, McSherry wird diesen Plan zunichte machen. Als ich diesen Punkt bei Colonel Marcus vom Kriegsministerium erwähnte, war er ziemlich empört über die Einstellung bei der Truppe zur Entnazifizierung und sagte, jemand würde „einen gewaltigen Tritt verpaßt" bekommen, wenn man das Entnazifizierungsprogramm nicht durchführe.

Es wird noch auf weitere ähnliche ■— in Anlagen dargestellte — Eindrücke verwiesen. U. a. wird bemerkt, im britischen Kriegsministerium gebe es Leute, die Steuerausschreibungen in deutschen Städten als „illegal" betrachten, da eine Besatzungsmacht nach internationalem Recht die Steuern in einem besetzten Land nicht erhöhen dürfe.

Deutsche Propaganda

Aktennotiz mit der Übersdirift „Interner Schriftverkehr des Finanzministeriums"

An: Minister Morgenthau (zur Kenntnisnahme)
Von: Mr. Coe

26. Februar 1945 (II/945)

Laut „Financial News" verstärken die Deutschen mit dem Herannahen der Niederlage einen Propagandafeldzug, mit dem bewiesen werden soll, daß an der Stellung Deutschlands als wirtschaftlicher Angelpunkt des europäischen Kontinents nichts geändert werden kann, ohne daß die wirtschaftliche „Gesundheit" Europas Schaden nimmt.

Ein weiterer Beweis dafür, daß die Sprache des für Ihr Buch bestimmten Kapitels über den Platz Deutschlands in der europäischen Wirtschaft so überzeugend wie möglich sein sollte.

Bedenken des Botschafters Winant

Aktennotiz mit der Überschrift „Interner Schriftverkehr des Finanzministeriums"

(Am linken oberen Rand des Dokumentes ist handschriftlich vermerkt: „Lassen Sie Du Bois dies lesen. H. M. jr." Rechts oben ist notiert: „Kenntnis genommen J. E. D." = Josiah E. Du Bois.)

An: Minister Morgenthau (zur Information)
Von: Mr. Coe
Betr.: Winant über Deutschland

26. Februar 1945 (11/945—946)

Jim Mann vom Finanzministerium berichtet über eine interessante Unterhaltung (am 1. Februar) mit Winant[105]. Nachfolgend Auszüge daraus[106]:

„.. . Er sagte, er sei zutiefst besorgt über die Ansichten der Leute heutzutage . . . Dem Botschafter zufolge wird es Elend und Unruhe aller Art in Deutschland geben, und das wird so aussehen, daß dies genau zu der Sache führen wird, gegen die wir kämpfen -—- nämlich einen neuen Hitler . . . Dann machte der Botschafter lange Ausführungen, die schließlich darin gipfelten, daß man jetzt daran denke, Deutschland in Zonen aufzuteilen, die jeweils unter der Kon-

105 John G. Winant — damals US-Botschafter in London.
106 Die Fehlstellen entsprechen dem amerikanischen Originaltext.

trolle des betreffenden Besatzungsstaates stehen werden. Es werde keinen ungehinderten Verkehr mehr zwischen den einzelnen Zonen geben. Das laufe dann im Endeffekt auf etwas wie selbständige Staaten hinaus, und jeder dieser Staaten wäre dann eine ‚wasserdichte Abteilung' [wie in einem Schiff]. Hier würde ein großer Fehler begangen, und die Verantwortung würde bei uns liegen . . . Die Fahrt der Eisenbahnzüge würde an der Demarkationslinie enden. Hunger in einer Zone könnte durch Nahrungsmittel aus einer anderen Zone nicht behoben werden. Und an der einzigen Stelle der Unterhaltung, wo auch vom Finanzministerium die Rede war, sagte er: ‚Einige der Leute vom Finanzministerium, die sich mit dieser Frage befassen, sind sogar so weit gegangen, sich für die Einführung eigener Währungssysteme in den verschiedenen Zonen einzusetzen' . . . Hinsichtlich der Zukunft war er nicht optimistisch, weil die Russen einrücken und ihr Gebiet verwüsten würden, und alles was man den anderen Mitgliedern der Vereinten Nationen zur Wiedergutmachung ihrer Schäden geben könne, werde aus unserer und aus der britischen Zone kommen müssen. Er wies nochmals darauf hin, daß wir, wenn wir für bestimmte andere Mitglieder der Vereinten Nationen die bedingungslose Kapitulation mitunterzeichneten, diesen Staaten gegenüber eine Verpflichtung übernähmen . . ."

Die russischen Deutschland-Absichten?

Studie des Geheimdienstes

(Das Dokument ist überschrieben: „Büro für strategische Dienste, Abteilung Forschung und Analysen Nr. 2337 — die wirtschaftspolitischen Grundsätze Rußlands für Deutschland während der Zeit der militärischen Besetzung.")

Geheim 27. November 1944 (1/769—774)

Teil 1. Allgemeines. In dieser Studie werden die allgemeinen Grundsätze analysiert, die für die Russen in Frage kommen könnten hinsichtlich (1) der institutionellen Organisation und der Führung der deutschen Wirtschaft; (2) der anteiligen Bereitstellung der deutschen Hilfsquellen und der laufenden Produktion für die Erfüllung von Reparationsansprüchen; und (3) der wirtschaftlichen Beziehungen der russischen Zone zu den anderen Besatzungszonen.

Teil 2 (der gesondert herausgegeben wird) wird eine detaillierte Liste der Warenkategorien enthalten, an deren Lieferung als Reparationen Rußland interessiert sein könnte, mit Bemerkungen über ihre Verfügbarkeit in Deutschland.

Es folgt ein ausführliches Inhaltsverzeichnis. Anschließend wird — mit dem Datum 28. November 1944 — der nachstehende Text wiedergegeben:

Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

1. Die grundlegenden politischen Ziele Rußlands für Deutschland (siehe die nachstehende Einleitung) sowie das unmittelbare Ziel, Reparationen in großem Umfang zu erhalten, werden zwangsläufig so gesteckt sein müssen, daß der wirtschaftliche Zusammenbruch in der von den Russen besetzten Zone verhindert wird.

2. Die Russen werden die Nazis und ihre prominenten Helfer unter den Industrieherren und Großgrundbesitzern aus der deutschen Wirtschaft entfernen; die UdSSR wird sich von zeitweiligen ungünstigen Wirkungen dieser Maßnahmen auf die Produktivität der deutschen Wirtschaft nicht abhalten lassen. Einer Verlautbarung der russischen Regierung zufolge sind

nicht nur Führer und Gefolgsleute der Hitler-Regierung (einschließlich der Führer der Nazi-Partei), sondern auch Deutsche, die russische Arbeitskräfte in ihren Industrieunternehmen, Höfen und Privathäusern haben, Kriegsverbrecher, die zu bestrafen sind.

3. Die Russen werden während der Besatzungszeit wahrscheinlich einen allgemeinen sozialistischen Wiederaufbau Deutschlands weder anregen noch zulassen. Es wird eine Selbstverständlichkeit für die russischen Besatzungsbehörden sein, die Eisenbahnen, öffentlichen Versorgungseinrichtungen und andere strategische Einrichtungen zu übernehmen. Große Industrieunternehmen und große landwirtschaftliche Betriebe von führenden Nazis sowie anderen Kriegsverbrechern und prominenten Mitläufern werden voraussichtlich mit Hilfe neu eingesetzter örtlicher deutscher politischer Behörden beschlagnahmt und wahrscheinlich zusammen mit anderen Sachwerten, die in der russischen Zone von ihren geflohenen Eigentümern zurückgelassen worden sind, von den örtlichen Behörden unter militärischer Aufsicht verwaltet werden. Die Durchführung der permanenten landwirtschaftlichen, industriellen und finanziellen Reformen wird wahrscheinlich der zukünftigen Zentralregierung überlassen werden.

4. Die Russen haben erklärt, sie erwarteten von Deutschland Reparationsleistungen in großem Umfang. Der Gesamtschaden, den Rußland durch kriegerische Ereignisse von der Hand der Aggressoren der Achse erlitten hat, übersteigt wahrscheinlich die Summe von 20 Milliarden Dollar. Da die Russen Reparationszahlungen in natura kassieren werden und möglicherweise zum Teil in Form von Arbeitskräften, wird sich kein „Transferproblem" ergeben — wie es nach dem letzten Weltkrieg die Zahlung von Reparationen verhinderte —, das der Erfüllung der russischen Ansprüche nach diesem Krieg Grenzen setzen könnte.

5. Es ist zu erwarten, daß die Russen das Schwergewicht auf die Lieferung von Reparationen nicht so sehr in Form von Maschinen und Ausrüstungen, sondern vielmehr aus der laufenden Produktion legen werden.

6. Da die Russen die Lieferung großer Mengen von Maschinen und Ausrüstungen aus der westlichen Zone für ihren un-

mittelbaren Gebrauch und von Kraftstoff, industriellen Rohstoffen und Halbfertigerzeugnissen für die weiterverarbeitende Industrie der östlichen Zone wünschen werden, werden sie sicher an der Vereinbarung eines Warenaustausches zwischen den Zonen mit Lieferung gewisser Mengen überschüssiger Nahrungsmittel von Osten nach Westen interessiert sein.

7. Da die westliche Zone wahrscheinlich der Hauptlieferant der Waren sein wird, in denen die Reparationen vermutlich gezahlt werden können, werden die Exporte dieser Region ins Ausland ihre Importe stärker übersteigen als im Falle der russischen Besatzungszone. Das bedeutet, daß — falls kein besonderer interregionaler Ausgleich vorgenommen wird — die Belastung durch Reparationslieferungen die Westdeutschen stärker treffen wird als die Ostdeutschen.

A. Einleitung: Allgemeiner Überblick über die wahrscheinliche russische Politik während der Besatzungszeit

Die Wirtschaftspolitik für die Besatzungszeit wird eng mit der sonstigen Politik Rußlands koordiniert und ihr untergeordnet sein; gleichzeitig wird das ganze politische Handeln in bezug auf Deutschland ein integrierender Bestandteil der außen- und innenpolitischen Absichten Rußlands insgesamt sein. Der Charakter des Sowjetsystems ermöglicht eine äußerst wirksame politische Integrierung, und jeder Versuch, das wirtschaftspolitische Element von den übrigen politischen Elementen zu sondern und sie jedes für sich zu betrachten, ist im günstigsten Falle etwas unrealistisch und im schlimmsten Falle kann es zu schwerwiegenden Fehlinterpretationen führen.

Während der Besatzungszeit werden die nachstehend dargestellten Umstände vermutlich zu den für die Formulierung der russischen Politik gegenüber Deutschland maßgebenden Faktoren zählen:

1. In Osteuropa wird sich nach der Niederlage Deutschlands eine militärische Lage ergeben, die für Rußland günstiger ist als für Amerika und Großbritannien; die beiden letzteren werden jedoch starke Kräfte auf dem Kontinent haben und zwei Drittel Deutschlands besetzt halten; in Asien wird sich nach der Niederlage Japans eine militärische Lage ergeben, die (min-

destens während der Zeit der Besetzung Japans) für Amerika — Großbritannien — China günstiger ist.

2. Die Orientierung Deutschlands zwischen Ost und West wird von der Politik der Besatzungsmächte beeinflußt werden. Demokratische Institutionen und freie Wahlen werden den Einfluß der deutschen Kommunisten, des einzigen Elements, das unter allen Umständen prosowjetisch eingestellt sein wird, stark einschränken.

3. Das sowjetische Mißtrauen — ein seit 1941 abnehmendes Mißtrauen — gegenüber den langfristigen Absichten der kapitalistischen Staaten, vornehmlich Amerikas und Großbritanniens, wird die sowjetische Politik auch weiterhin beeinflussen.

4. In Rußland kann mit einer politisch stabilen Lage gerechnet werden; die Regierung wird die allgemeine Unterstützung, die sie im Volk genießt, nicht durch Bestrebungen aufs Spiel setzen, das russische Territorium oder den Einfluß Rußlands zu erweitern; diese Unterstützung hätte sie zwar auch im Falle eines Konflikts mit den gegenwärtigen Partnern; unzweifelhaft existiert jedoch ein starker Wunsch nach Frieden und Erhöhung des Lebensstandards im russischen Volk.

5. Rußland wird sehr daran interessiert sein, die Belastung für militärische Zwecke zugunsten eines Wiederaufbaus der Investitionsgüterindustrie und einer Verbesserung des Lebensstandards zu verringern, aber es stehen den Russen im Inland genügend Mittel zur Verfügung, um den Wiederaufbau (ohne ausländische Hilfe) in etwa drei Jahren abzuschließen, und ebenso für die sich daran anschließende wirtschaftliche Entwicklung.

Es wird auf einen nicht veröffentlichten früheren Bericht verwiesen.

In Anbetracht dieser Kombination von Bedingungen werden sich vermutlich folgende Hauptlinien der russischen Politik für Deutschland während der Besatzungszeit ergeben:

(1) Vermeidung eines Konflikts mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten:

Das bedeutet, daß Rußland versuchen wird, mit Amerika und Großbritannien in Fragen, die die friedlichen Beziehungen zwischen den drei Mächten stören könnten, Kompromisse zu schließen; die explosivste dieser Fragen ist das Problem der zu-

künftigen Orientierung Deutschlands nach Westen oder Osten. (Siehe Ziffer 3 unten.) Die Russen werden jedoch unter Umständen höchst unnachgiebig sein, wenn sie sich das leisten zu können glauben, ohne damit eine eindeutig antirussische Politik in Großbritannien und Amerika heraufzubeschwören.

(2) Zerstörung der militärischen Macht Deutschlands:

Der politische Grundsatz, die bewaffneten Kräfte Deutschlands und die auf die Produktion von Rüstungsmaterial spezialisierten Einrichtungen zu zerstören, wird wahrscheinlich keine ernsthaften Reibereien zwischen den drei Mächten hervorrufen; und es ist zu erwarten, daß die Russen diese Politik ohne Rücksicht auf ihre Wirkung auf die Haltung der Deutschen in die Tat umsetzen werden. Wahrscheinlich werden sie sich weitergehenden Maßnahmen der Desindustrialisierung widersetzen; und aus Furcht vor einer dadurch ausgelösten Orientierung Deutschlands nach Westen werden sie fast mit Sicherheit nicht über den Umfang der Maßnahmen Amerikas und Großbritanniens auf diesem Gebiet hinausgehen. Sie werden sich einer generellen Spaltung Deutschlands während der Besatzungszeit widersetzen; eine Spaltung würde die Gefahr mit sich bringen, daß zwei Drittel Deutschlands in die britische Sphäre gerieten, und die Russen sind wahrscheinlich der Auffassung, sie seien nach Beendigung der Besetzung in einer besseren Position als Großbritannien und Amerika, ihren Einfluß auf ein vereinigtes Deutschland geltend zu machen. Die Russen denken offenbar an einen Anschluß der großen ostdeutschen Gebiete an Polen; diese Abtretung wäre jedoch, falls sie realisiert würde, nicht unwiderruflich.

(3) Die Entnazifizierung Deutschlands:

Die Russen können bei der Entfernung der Nazis mit voller Unterstützung der deutschen Antinazis Nägel mit Köpfen machen, ohne Gefahr zu laufen, daß es darüber zu Reibereien mit Großbritannien und Amerika kommen könnte. Wahrscheinlich können und wollen sie erheblich über diesen Rahmen hinausgehen, indem sie auch die leitenden Persönlichkeiten und die Eigentümer vieler großer Industrieunternehmen und landwirtschaftlicher Betriebe entfernen; auf diese Weise können sie vielleicht einen großen Teil der vorbereitenden Maßnahmen für eine soziale und wirtschaftliche Revolution durchführen und

dadurch die Sozialisierung der Großindustrie in der Zeit nach der Besetzung vorbereiten. Diese Maßnahmen können wahrscheinlich ohne Zusammenstoß mit den westlichen Alliierten ergriffen werden, da die Russen wahrscheinlich während der Besatzungszeit eine formelle und allgemeine Sozialisierung und eine Ein-Parteien-Herrschaft weder in die Wege leiten noch zulassen werden.

(4) Die Entwicklung einer politisch neutralen und prorussischen Regierungsform in Deutschland:

Entmilitarisierung und Entnazifizierung liegen auf der Linie der Zusammenarbeit mit den westlichen Alliierten, und eine etw as gründlichere Säuberung kann von den Russen wahrscheinlich durchgeführt werden, ohne daß es zu einem ernsthaften Konflikt mit den Alliierten kommt. Derartige Maßnahmen könnten dazu angetan sein, entweder einem demokratischen Regime mit gewissen sozialistischen Merkmalen den Weg zu ebnen, das aber möglicherweise unstabil neutral zwischen Ost und West ist, oder einer kommunistisch geführten Regierung, die in vollem Umfang auf Rußland ausgerichtet ist. Es wird nicht damit gerechnet, daß die Russen die zweite Alternative während der Besatzungszeit durchzusetzen versuchen wollen; sie sind sich der Tatsache bewußt, daß ein derartiger Versuch mit Sicherheit die Drei-Mächte-Allianz erschüttern würde.

Es kann damit gerechnet werden, daß einige der die russische Politik bestimmenden Faktoren in der Zeit nach der Besetzung für einseitige konkurrierende russische Maßnahmen günstiger sein werden als vor diesem Zeitpunkt; andererseits hat zu diesem Zeitpunkt in Deutschland vielleicht ein demokratisches Regime des Ausgleichs eine gewisse Stabilität erreicht, und der russische Argwohn hinsichtlich der britischen und amerikanischen Absichten ist dann vielleicht erheblich schwächer geworden. Was Rußland dann unternehmen wird, ist schwierig vorherzusagen, eine Sache ist jedoch als wahrscheinlich anzusehen: Rußland wird, wenigstens während der Besatzungszeit, eine Kraftprobe mit Großbritannien und Amerika zu vermeiden wünschen.

Von der Annahme ausgehend, daß die Hauptlinien der russischen Politik den eben beschriebenen entsprechen werden,

wird in der vorliegenden Studie die voraussichtliche russische Politik in bezug auf die folgenden Angelegenheiten im einzelnen analysiert:

1. Die institutionelle Organisation und Führung der deutschen Wirtschaft.

2. Die anteilmäßige Bereitstellung der deutschen Ressourcen und der laufenden Produktion für die Befriedigung von Reparationsansprüchen und

3. die wirtschaftlichen Beziehungen der Russen zu den anderen Besatzungszonen.

(Anmerkung: Es wird davon ausgegangen, daß im Rahmen einer Vereinbarung, auf Grund derer die Alliierten getrennte Zonen in Deutschland besetzen, die Russen die östliche Zone besetzen werden.)

Ganz unabhängig vom allgemeinen Charakter des Programms für die Besetzung kann man erwarten, daß es ein unmittelbares Ziel der Russen sein wird, die russischen Bürger, die gegenwärtig in Deutschland als Kriegsgefangene und als zivile Fremdarbeiter in Zwangsarbeitsgruppen festgehalten werden, zu repatriieren. Ihre Zahl wird auf gegenwärtig rund drei Millionen geschätzt, davon etwa die Hälfte Kriegsgefangene und die andere Hälfte Fremdarbeiter.

B. Wirtschaftliche Institutionen und ihre Verwaltung

Entnazifizierung und Säuberung der deutschen Wirtschaft.

Die Absichten Rußlands im Hinblick auf das führende Personal der deutschen wirtschaftlichen Organisationen sind vielleicht am eindeutigsten in einer Erklärung der Regierung dargelegt, in der es heißt, daß nicht nur die führenden Persönlichkeiten der Hitler-Regierung und ihre Mitarbeiter einschließlich der Nazi-Führer, sondern auch Deutsche, die russische Arbeitskräfte in ihren Industriebetrieben und Haushalten beschäftigen, Kriegsverbrecher sind, die zu bestrafen sind. Nach Auffassung des Akademiemitgliedes A. Trainin107 liefert das Argument, die deutsche Regierung weise ja den deutschen Arbeitgebern die Arbeitskräfte zu, nur ,den Schein der Legalität' für die Beschäftigung der Zwangsarbeiter und entbindet die

107 Vergl. Hinweis Seite 342.

betreffenden deutschen Bürger, die in ihren Fabriken und Haushalten Russen beschäftigen, nicht von ihrer Verantwortung.

An welche Bestrafung für diejenigen Deutschen gedacht ist, die russische Arbeitskräfte während des Krieges beschäftigt haben, ist nicht klar. Man muß mit der Wahrscheinlichkeit rechnen, daß dafür verantwortliche Arbeitgeber in einem gewissen Umfang enteignet oder daß dafür verantwortliche leitende Persönlichkeiten ihrer Posten enthoben werden.108

Aber unabhängig von der genauen Art der Bestrafung, die von den Russen für die verschiedenen Kategorien von Personen vorgesehen ist, die für schuldig befunden werden, Verbrechen gegen die russische Armee und das russische Volk begangen zu haben, wird ein Ziel ihrer Besatzungspolitik ohne Zweifel die Entnazifizierung der deutschen Wirtschaft und ihre Säuberung von prominenten Nazi-Anhängern und führenden Kollaborateuren unter den Industriellen und Großgrundbesitzern sein, ein Ziel, das durch die Entfernung der Nazis und anderer politisch unerwünschter Personen aus dem Kreis der Eigentümer und der führenden Persönlichkeiten deutscher Industrie- und Handelsunternehmen und landwirtschaftlicher Betriebe erreicht werden soll. Die Russen werden sich von etwaigen nachteiligen Auswirkungen auf die Produktion nicht von der Durchführung dieser Säuberung abhalten lassen.

Die Russen haben vielleicht unter dem Druck wichtigerer mili-

108 Anmerkung des amerikanischen Herausgebers:

Auf dem unteren Rand dieser Seite des Tagebuchs sind die Quellen für die obigen Ausführungen verzeichnet, und zwar als Nr. 1 ein Dokument „Rußlands Absichten hinsichtlich der Bestrafung von Kriegsverbrechern" vom 27. Juni 1944 mit der Nr. 1988 der Abteilung Forschung und Analysen des OSS, als Nr. 2 ein Dokument derselben Stelle: „Deutsche Industrie- und Finanzmagnaten werden von Trainin (jedoch nicht von der Sowjetregierung) als eine besondere Gruppe bezeichnet, die zu bestrafen sind, weil sie — ein weiterer Grund — ihr [d. h. der deutschen Regierung] räuberisches Ausbeutungssystem unterstützen und aufrechterhalten", und als Nr. 3 interessanterweise ein Manifest des Komitees Freies Deutschland vom Juli 1943, in dem die Konfiszierung der Vermögen der für den Krieg verantwortlichen Personen und der Kriegsgewinnler verlangt wird („Freies Deutschland" vom 19. Juli 1943). E. Varga, ein Wirtschaftswissenschaftler und Akademiemitglied, verlangt ebenfalls die Konfiszierung des Vermögens von Kriegstreibern und von Personen, die sich durch Plünderung besetzter Gebiete bereichert haben („Kriegsschäden nnd mutmaßliche Reparationsansprüche Rußlands", Teil 2, vom 26. Mai 1944, Nr. 1899 der Abteilung Forschung und Analysen [des OSS], Anhang A).

tärischer Aufgaben die Säuberung der rumänischen Wirtschaft noch nicht in Angriff genommen; im Rahmen der Waffenstillstandsbedingungen mit Rumänien (Artikel 14) hat sich jedoch die rumänische Regierung und das rumänische Oberkommando bereit erklärt, bei der Verhaftung von Personen, die der Verübung von Kriegsverbrechen beschuldigt werden, und bei den gerichtlichen Verfahren gegen diese Personen mit dem sowjetischen Oberkommando zusammenzuarbeiten. In Polen hat das PCNL [Peoples Committee for National Liberation] angeordnet, daß alle Vermögenswerte, die polnischen Verrätern und Deutschen gehören, zu konfiszieren sind.[109]

Zeitgeschichtlicher Hinweis des deutschen Herausgebers:

Die in diesem Bericht vorgetragene Deutung der sowjetischen Nachkriegspolitik („Die Regierung wird die allgemeine Unterstützung, die sie im Volk genießt, nicht durch Bestrebungen aufs Spiel setzen, das russische Territorium oder den Einfluß Rußlands zu erweitern") ist deshalb erstaunlich, weil sie eine Reihe von offenkundigen Tatsachen unberücksichtigt läßt, die im November 1944 bereits zweifelsfrei erkennbar geworden waren:

Im August—September 1944 versagte die sowjetische Führung dem nationalpolnischen Aufstand in Warschau jegliche Unterstützung, obwohl die russischen Armeen bereits bis unmittelbar vor die polnische Hauptstadt vorgedrungen waren. Nach der am 25. August 1944 erfolgten Kapitulation Rumäniens verhinderte die sowjetische Regierung sogar die Einreise von Vertretern der USA und Großbritanniens in dieses Land.

Am 5. September 1944 erklärte die Sowjetregierung den Krieg an Bulgarien, das zwar mit Deutschland verbündet gewesen war, jedoch nicht gegen die Sowjetunion gekämpft hatte und noch durch einen Gesandten in Moskau vertreten war. Offenkundiger Zweck dieser Kriegserklärung war es, auch Bulgarien ohne Beteiligung der Westmächte militärisch zu besetzen und politisch unter Kontrolle zu bringen.

Als die deutschen Truppen sich im Oktober 1944 aus Griechenland zurückzogen, brach dort mit sowjetischer Unterstützung ein Bürgerkrieg aus, der die britischen Streitkräfte aus Athen verdrängt hätte, würde nicht Premierminister Churchill persönlich dort eingegriffen haben.

Diese dramatische Zuspitzung in Griechenland erfolgte zwar erst an Weihnachten 1944, aber es war doch schon im Herbst offenkundig, daß Stalin die Verfügungsgewalt über große Teile Europas anstrebte und seine Politik keineswegs nur auf die Befriedigung der inneren Bedürfnisse des russischen Volkes abzielte.

109 Anmerkung des amerikanischen Herausgebers:
Die Quelle ist eine Sendung des Moskauer Rundfunks für Polen in polnischer Sprache vom 4. August 1944.

Rußland — die „Schlüsselfrage"

Memorandum für den Präsidenten

(Am Kopf des Dokumentes ist handschriftlich vermerkt: „H. M. jr. übergab dies an Miß Tully, Sekretärin des Präsidenten, am 12. 1. 1945.")

Abschrift 10. Januar 1945 (1/858—860)

Während der letzten Monate haben wir das Problem, was man mit Deutschland nach seiner Niederlage tun soll, weiter geprüft.

Wir sind mehr denn je davon überzeugt, daß, wenn wir Deutschland wirklich die Möglichkeit nehmen wollen, innerhalb weniger Jahre wieder Krieg zu führen, es unbedingt notwendig ist, ihm seine chemische, metallurgische und Elektroindustrie zu nehmen. Wir glauben nicht, daß das schon allein den Frieden gewährleisten wird, sondern daß dies eine der Maßnahmen ist, die wir jetzt ergreifen müssen.

Wir gehen bei dieser Schlußfolgerung von folgenden Voraussetzungen aus, die für uns unumstößlich erscheinen:

1. Das deutsche Volk hat den Willen, es noch einmal zu versuchen.

2. Programme für Demokratie, Umerziehung und Güte können diesen Willen innerhalb kurzer Zeit nicht brechen.

3. Die Schwerindustrie bildet den Schwerpunkt des deutschen Kriegspotentials.

Fast alle Amerikaner stimmen der Richtigkeit des ersten Punktes zu. Einige, wie z. B. Dorothy Thompson[110], scheinen beim zweiten Punkt anderer Meinung zu sein, doch scheint alles, was uns bekannt ist und was wir in jüngster Zeit erfahren haben — z. B. unsere Erfahrung mit Kriegsgefangenen — gegen sie zu sprechen. Was den dritten Punkt anbetrifft, scheinen uns Amerikas eigene Leistungen in vier Jahren ein glänzendes Beispiel dafür zu sein, was ein gleichermaßen geschicktes Volk leisten kann. Unsere Industrie wurde von der des größten Produzenten der Welt in Friedenszeiten im Jahre 1940 auf die des größten Produzenten der Welt für militärische Waffen im Jahre 1944 umgestellt. Die Deutschen sind geschickt. Man lasse ihnen die erforderliche Schwerindustrie, um sich darauf zu stützen, so können sie so schnell und wirksam arbeiten wie wir.

110 Bekannte Journalistin

Je mehr ich über dieses Problem nachdenke und je mehr Erörterungen ich darüber höre und lese, um so klarer scheint mir zu sein, daß das wirkliche Motiv der meisten Leute, die gegen ein schwaches Deutschland sind, nicht darin zu sehen ist, daß sie mit diesen drei Punkten tatsächlich nicht einverstanden wären. Es kommt im Gegenteil hierbei einfach die Furcht vor Rußland und dem Kommunismus zum Ausdruck. Es handelt sich um den zwanzig Jahre alten Gedanken eines „Bollwerks gegen den Bolschewismus", welcher einer der Faktoren war, dem wir diesen jetzigen Krieg zu verdanken haben.

Da die Leute, die diese Ansicht vertreten, nicht gewillt sind (aus Gründen, die sie zweifellos als staatsmännisch ansehen), Farbe zu bekennen und das wirkliche Problem offen darzulegen, werden alle möglichen Verschleierungstaktiken angewandt, um den Gedanken zu unterstützen, daß Deutschland wieder aufgebaut werden muß. Beispiele hierfür sind:

a. der Trugschluß, daß Europa ein starkes industrielles Deutschland braucht;

b. die Behauptung, daß laufende Reparationen (welche einen sofortigen Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft erforderlich machen würden) notwendig seien, um Deutschland für die von ihm angerichteten Zerstörungen zahlen zu lassen;

c. der naive Glaube, daß die Entfernung oder Zerstörung des gesamten deutschen Kriegsmaterials und der deutschen Rüstungsindustrie an sich verhindern würde, daß Deutschland einen weiteren Krieg führt;

d. die unlogische Annahme, daß ein „weicher" Friede das Wachstum der Demokratie in Deutschland begünstigen würde;

e. der Trugschluß, daß die Umwandlung Deutschlands in ein Land mit vorwiegend landwirtschaftlichem Charakter, mit Leichtindustrie, aber keiner Schwerindustrie, eine Aushungerung der Deutschen bedeuten würde.

Wir können Ihnen Studien vorlegen, die unserer Meinung nach beweisen, daß diese Gedanken und andere, die zu den gleichen Schlußfolgerungen führen, falsch sind.

Diese Sache muß an das Licht der Öffentlichkeit gebracht werden. Ich bin so besorgt darüber, daß ich starke Worte gebrauche. Wenn wir diesem Problem nicht entgegentreten, so bin ich zutiefst davon überzeugt, daß wir einer starken, hohlen

und heuchlerischen Propaganda gestatten werden, uns dazu zu bringen, wieder ein starkes Deutschland zu schaffen und uns Rußland zum Feind zu machen. Wenn ich an unsere Kinder denke, so schaudere ich vor dem Gedanken, was dann kommen wird.

Ich kann mir nichts vorstellen, was in diesem Augenblick mehr geeignet ist, Vertrauen oder Mißtrauen zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland zu erwecken, als die Haltung unserer Regierung zur Deutschlandfrage.

(gez.) H. Morgenthau jr.
Finanzminister

Der Morgenthau-Plan und die Sowjetunion

Besprechung zwischen Mr. Morgenthau, Mr. Stettinius und anderen Beamten des Finanz- und des Außenministeriums

(Am Kopf des Dokumentes sind als Teilnehmer genannt: Mr. Morgenthau, Mr. White vom Finanzministerium, Mr. Stettinius, Mr. Dunn, Mr. Clayton, Mr. Acheson, Mr. Pasvolsky, Mr. Matthews, Mr. Riddleberger, Mr. Despres, Mr. Yost, Mr. Durhrow und Mr. Raynor vom Außenministerium.)

Geheim 17. Januar 1945 (11/879—883)

Mr. Morgenthau begann mit der Erklärung, daß unsere drei Hauptziele in Europa folgende sein sollten: 1. Ein wirtschaftlich starkes und wohlhabendes Großbritannien, 2. die Entwicklung freundschaftlicher, nicht durch gegenseitiges Mißtrauen vergifteter Beziehungen zu Rußland und 3. ein wirtschaftlich schwaches, zu weiteren Aggressionen unfähiges Deutschland.

Hinsichtlich des ersten Zieles habe Mr. Churchill Mr. Morgenthau im vergangenen Sommer erklärt, nach dem Tage des Sieges in Europa werde er (Churchill) der unpopulärste Mann in Großbritannien sein, weil sich dann herausstellen werde, daß die angespannte Wirtschaftslage Großbritanniens die Regierung daran hindern werde, die von der Bevölkerung erhoffte Verbesserung der Lebenshaltung herbeizuführen. Mr. Morgenthau sagte, er glaube, Mr. Churchills Äußerung sei nicht übertrieben und Großbritannien werde nur durch die Vereinbarung über die Phase Zwei des Leih-und-Pacht-Abkommens in der Lage sein, den Übergang zu einer erträglichen Grundlage seiner Friedenswirtschaft zu vollziehen. Die Briten hätten darauf erneut in Quebec hingewiesen, und ihr Interesse an einer verstärkten

Beteiligung am Krieg im Fernen Osten sei auf ihren Bedarf an weiterer Leih-und-Pacht-Hilfe zurückzuführen.

Mr. Morgenthau kam auf die große Verzögerung zu sprechen, die im Zusammenhang mit den Verhandlungen über ein Zusatzabkommen nach Ziffer 3(c) des Leih-und-Pacht-Rahmenvertrages eingetreten sei. Durch dieses Zusatzabkommen sollten der Sowjetunion zum jetzigen Zeitpunkt bestimmte Industrieanlagen zur Verfügung gestellt werden, die sowohl im Kriege als auch im Frieden Verwendung finden können. Er erklärte, seines Erachtens sei es schade, daß seit Aufnahme der Verhandlungen neun Monate vergangen seien, ohne daß es bisher zu einer Einigung gekommen wäre, was er darauf zurückführe, daß wir versucht hätten, mit den sowjetischen Unterhändlern zu feilschen und zu plänkeln, statt ein klar umrissenes, sehr günstiges Angebot zu machen, das die sowjetische Regierung als konkrete Geste unseres guten Willens auffassen würde. Weiter sagte er, er sei nicht mit den Vorschlägen von Botschafter Harriman in seinem Telegramm Nr. 61 vom 6. Januar 1945 einverstanden, in dem er empfehle, daß wir auf dem Standpunkt beharren, den wir bereits im Zusammenhang mit den 3 (c)-Verhandlungen eingenommen haben, und der sowjetischen Regierung mitteilen, daß dies nach wie vor das günstigste Angebot sei, das wir machen können.

Mr. Morgenthau erklärte, daß stattdessen Sachverständige des Finanzministeriums diesen ganzen Fragenkomplex geprüft hätten und zu dem Ergebnis gelangt seien, daß wir für das Abkommen nach Ziffer 3(c) neue Vorschläge machen sollten, mit denen der Sowjetunion dieselbe Gütermenge zu annähernd denselben Bedingungen angeboten werden sollte, wobei wir ihr jedoch für den gewährten Kredit keine Zinsen berechnen sollten. Dagegen sollten wir keine Reduzierung der Kosten akzeptieren, wie sie von der sowjetischen Regierung vorgeschlagen werde.

Auf Grund des Standpunktes, den wir in den 3(c)-Verhandlungen den sowjetischen Vertretern gegenüber eingenommen hätten und der dahin gegangen sei, daß wir keinen Zinssatz akzeptieren könnten, der unter demjenigen liegt, zu dem die Regierung der Vereinigten Staaten sich selbst Geld leihen kann, und auf Grund der Tatsache, daß die Verzögerungen bei der

Erzielung einer Übereinkunft mit der sowjetischen Regierung in dieser Frage vorwiegend darauf zurückzuführen seien, daß die sowjetische Regierung die angebotenen Bedingungen ungern annehmen wollte, wies Mr. Acheson auf folgende Umstände im Zusammenhang mit diesen Verhandlungen hin:

Er erklärte, Anfang letzten Jahres, als Vertreter des Außenministeriums, des Finanzministeriums, der Außenwirtschaftsverwaltung und anderer interessierter Stellen sich um die Ausarbeitung eines Planes bemühten, der es ermöglichen sollte, der sowjetischen Regierung im Rahmen des Leih-und-Pacht-Abkommens sofort Industrieanlagen zu liefern, deren Herstellung lange Zeit in Anspruch nähme, die eine lange Lebensdauer haben und sowohl für Kriegszwecke als für friedliche Zwecke verwendet werden könnten, sei vorgeschlagen worden, daß wir diese Anlagen vielleicht im Rahmen des Leih-und-Pacht-Abkommens auf der Grundlage eines zinslosen Zahlungsaufschubes anbieten könnten. Gegen diesen Vorschlag sei seinerzeit von Vertretern des Finanzministeriums Einspruch erhoben worden mit der Begründung, wir könnten so langfristige Kredite nicht zu einem geringeren Zinssatz anbieten, als ihn die Regierung der Vereinigten Staaten selbst zahlen müsse, um sich Geld zu leihen. Eingedenk dieses Kriteriums sei ein Vorschlag zu einem Abkommen ausgearbeitet und der sowjetischen Regierung am 24. Mai 1944 unterbreitet worden. Mr. Acheson wies darauf hin, daß wir einen konkreten Hinweis darauf, daß die sowjetische Regierung an dem vorgeschlagenen Abkommen interessiert sei, erst erhalten hätten, als der sowjetische Delegierte dieses Thema bei der Konferenz von Bretton Woods zur Sprache brachte. Anschließend gab Mr. Acheson eine kurze Zusammenfassung der langwierigen Verhandlungen und betonte die außerordentlich großzügigen Bedingungen in unserem endgültigen Vorschlag für ein Abkommen, dessen Annahme die sowjetische Regierung bisher jedoch nicht für angebracht gehalten hätte. Mr. Morgenthau wies darauf hin, daß es seines Erachtens unter dem Gesichtspunkt des guten Willens trotzdem ratsam wäre, ein neues zinsloses Angebot nach Ziffer 3(c) zu machen. Eine Prüfung dieser Frage sei geboten.

Abgesehen von diesem Vorschlag, sofort einen zinslosen Kredit in Höhe von etwa einer Milliarde Dollar zu gewähren,

verwies Mr. Morgenthau auf ein vom Finanzministerium ausgearbeitetes Memorandum an den Präsidenten, in dem die sofortige Gewährung eines Kredits in Höhe von 10 Milliarden Dollar an die sowjetische Regierung zur Finanzierung des Nachkriegshandels vorgeschlagen wurde. Er erklärte, wir sollten seines Erachtens über den Vorschlag hinausgehen, den die sowjetische Regierung kürzlich gemacht habe, nämlich Gewährung eines Kredits in Höhe von sechs Milliarden Dollar mit einer Laufzeit von 30 Jahren und zu einem Zinssatz von 2,5 Prozent, indem wir der Sowjetunion einen Kredit von 10 Milliarden Dollar mit einer Laufzeit von 35 Jahren und zu einem Zinssatz von 2 Prozent anböten mit der Maßgabe, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die Rückzahlung wahlweise auch in Form bestimmter strategischer Güter erhalten könne, bei denen die Bestände in den Vereinigten Staaten stark abnehmen. Mr. Morgenthau brachte zum Ausdruck, daß eine solche Geste von unserer Seite seines Erachtens die sowjetische Regierung von unserer Entschlossenheit überzeugen werde, mit ihr zusammenzuarbeiten und jeden etwaigen Argwohn der sowjetischen Stellen in bezug auf unsere künftige Handlungsweise überwinden werde.

Mr. Morgenthau schlug dem Minister [Stettinius] vor, sie beide sollten dem Präsidenten empfehlen, Stalin bei der bevorstehenden Konferenz einen solchen konkreten Vorschlag zu machen.

Zum Thema Deutschland sagte Mr. Morgenthau, er sei zwar überzeugt, daß er und Mr. Stettinius in Zukunft als Team zusammenarbeiten würden, halte es jedoch für erforderlich, zur Beseitigung jedes etwaigen Mißverständnisses einen Überblick über die bisherige Beteiligung des Finanzministeriums an den Beratungen über die Deutschlandpolitik zu geben. Im vergangenen August habe Mr. White ihm, als er [Morgenthau] mit Mr. White auf dem Wege nach Europa war, das Dokument des Exekutivausschusses für Außenwirtschaftspolitik (ECEFP) über die Reparationsfrage gezeigt. Er sei über dieses Dokument unglücklich, weil es um der Sicherstellung der Reparationsleistung willen anscheinend die Aufrechterhaltung der deutschen Produktionskapazität in vollem Umfang vorsehe. Während seines Aufenthaltes in England untersuchte Mr. Morgenthau

die Deutschlandpläne näher[111] und sprach in diesem Zusammen-
hang mit General Eisenhower, Mr. Eden, Mr. Winant und anderen Vertretern im Hauptquartier der Alliierten Expeditionsstreitkräfte (SHAEF) und bei der Beratungskommission für europäische Angelegenheiten (EAC). General Eisenhower habe die Ansicht geäußert, daß die Deutschen während der Besetzung nicht verwöhnt werden, sondern „im eigenen Saft schmoren" sollten. Mr. Morgenthau hatte damals den Eindruck, daß auch Mr. Eden eine strenge Politik befürworte, (was Edens spätere Haltung in Quebec allerdings nicht bestätigte). Mr. Morgenthau war jedoch sehr beunruhigt über den wohlwollend väterlichen Geist der Planung, die im SHAEF und bei der EAC im Gange war.

Nach seiner Rückkehr nach Washington erzählte Mr. Morgenthau Mr. Hull von seinen Feststellungen und Eindrücken, über die er auch dem Präsidenten berichtete. Daraufhin sandte der Präsident ein Memorandum an Minister Stimson, in dem das SHAEF-Handbuch über Deutschland kritisiert wurde.[112] (Mr. Morgenthau hat dieses Memorandum, abgesehen von den von Drew Pearson gedruckten Auszügen, nie gesehen.) Dann bildete der Präsident einen Kabinettausschuß, dem der Außen-, Kriegs- und Finanzminister angehörten, und als Mitglied dieses Ausschusses legte Mr. Morgenthau ein Memorandum mit einem Programm zur Schwächung Deutschlands vor. Kurz darauf wurde er zur Konferenz von Quebec berufen, wo er aufgefordert wurde, u. a. auch an der Besprechung über die Deutschland gegenüber anzuwendende Politik teilzunehmen.***[113] Mr. Morgenthau brachte zum Ausdruck, er habe nach wie vor großes Interesse daran, zu tun, was er könne, um dafür zu sorgen, daß eine Politik eingeschlagen wird, die das deutsche Kriegsführungspotential in seinem Lebensnerv trifft.

Dann gab Mr. Morgenthau einen Abriß seiner Auffassungen über die Behandlung Deutschlands, die sich nicht wesentlich von denen unterschieden, die er in seinem Memorandum an den Präsidenten vom vergangenen September darlegte. Er sagte, unsere Politik müsse zwei zentrale Ziele verfolgen: 1. Deutsch-

111 Vergl. Seite 65 ff.

112 Vergl. Seite 170 f.

113 **Vergl. Seite 214 ff.**

land die Fähigkeit zu weiteren Aggressionen zu nehmen und 2. der Sowjetunion zu versichern, daß wir Deutschland nicht als Pufferstaat und möglichen künftigen Alliierten gegen sie betrachten. Das einzige Mittel, beide Ziele zu erreichen, sei sicherzustellen, daß Deutschland wirtschaftlich schwach bleibt. Ein starkes Deutschland werde eine Quelle künftiger Rivalitäten in Europa sein; wenn Deutschland seinen Einfluß verwende, um Spaltungstendenzen in Europa zu fördern, könnte es den Weg zu einer erneuten erfolgreichen Aggression freimachen. Die Motive derjenigen Kreise sowohl innerhalb als auch außerhalb der Regierung, die gegen eine drastische wirtschaftliche Schwächung Deutschlands sind, seien weitgehend in antirussischen Einstellungen zu suchen.

Mr. Morgenthaus Programm zur Schwächung Deutschlands beruht auf der Ausschaltung der Metall- und Elektroindustrie sowie der chemischen Industrie. Er ist gegen jede Reparationsleistung, es sei denn, man verstände die Verbringung der vorhandenen deutschen Investitionsgüter und Versorgungsgüter ins Ausland als Reparationsleistung. Mit dem Verlust der deutschten Schwerindustrie könnte eine weitere Intensivierung der deutschen Landwirtschaft verbunden sein, so daß Deutschland überwiegend zum Agrarland werden könnte. In bezug auf den Umfang der gegen die Industrie gerichteten Maßnahmen sagte Mr. Morgenthau, er persönlich sei dafür, so weit zu gehen, die Kohlenbergwerke für 50 Jahre stillzulegen, wobei er jedoch darauf hinwies, daß seine eigenen Berater ihm nicht bis zu diesem Extrem folgten. Mr. White sagte, nach dem Vorschlag des Finanzministeriums würde Deutschland immer noch einige Industriezweige, ein Transportsystem, Versorgungsbetriebe usw. behalten.

Nach den Ausführungen Mr. Morgenthaus erklärte Mr. Stettinius, sein Ministerium sei voll und ganz mit dem Ziel Mr. Morgenthaus einverstanden, Deutschland für die Dauer die Fähigkeit zu weiteren Aggressionen zu nehmen, und alle Beamten des Ministeriums seien darüber eines Sinnes. Mr. Morgenthau war etwas skeptisch, und Mr. Stettinius forderte daraufhin Mr. Riddleberger auf, den Inhalt eines kürzlich zu diesem Thema erstellten Memorandums zu resümieren. Als Mr. Riddleberger seine Ausführungen mit der Bemerkung eröffnete, dieses

Memorandum fordere die Zerstörung der Produktionsanlagen der Rüstungs- und Flugzeugindustrie, bemerkte Mr. Morgenthau, daß Maßnahmen, die sich nur auf die Rüstungsindustrie beschränkten, unzureichend seien, um das gewünschte Ergebnis zu erzielen.

Mr. Despres sagte, trotz der vollen Übereinstimmung hinsichtlich der Zielsetzung bestehe zwischen dem Außenministerium und dem Finanzministerium ein schwerpunktmäßiger Unterschied in bezug auf die dieser Zielsetzung angemessenen wirtschaftlichen Maßnahmen. Dann sagte er, das Ministerium sei zu der Auffassung gelangt, daß die Tiefe des ersten Einschnitts in die deutsche Wirtschaft nicht so wichtig sei wie eine dauerhafte Verwirklichung jedes irgendwie gearteten Programms für die vollständige Abrüstung, für das man sich entscheide, und daß das Ministerium dasjenige Programm befürworte, das die beste Chance für eine dauerhafte Verwirklichung böte. Mr. White sagte, ihrer Ansicht nach seien beide [Gesichtspunkte] wichtig.

Anschließend fragte Mr. Morgenthau Mr. Despres, ob die Empfehlungen des Außenministeriums in bezug auf die einzuschlagende Politik auf dem echten Wunsch beruhten, Deutschland die Fähigkeit zu weiteren Aggressionen zu nehmen. Mr. Despres bejahte dies, und Mr. Dunn und andere bestätigten diese Antwort ebenfalls.

Dann beauftragte Mr. Stettinius Mr. Dunn und Mr. Morgenthau Mr. White mit der weiteren Diskussion dieser Fragen.

Zeitgeschichtlicher Hinweis des deutschen Herausgebers:

□ **Dieser ausführlichen Besprechung des Ministers Morgenthau mit Außen-**
□ **minister Stettinius und zahlreichen höheren Beamten des US-Außen-**
□ **ministeriums kam im Hinblick auf die am 22. Januar 1945 bevorstehende**
□ **Abreise des Präsidenten Roosevelt zur Konferenz von Jalta besondere**
□ **Bedeutung zu. Minister Stettinius begleitete den Präsidenten zum Tref-**
□ **fen mit Stalin und Churchill.**

Unterlagen für die Jalta-Konferenz

Die Dokumente sind mit dem Vermerk überschrieben: „Vorbereitet zur Besprechung mit dem Präsidenten 18. 1. 45 — Termin abgesagt. Die Besprechung fand nach der Kabinettssitzung am 19. 1. 45 statt."

Auf einem Sonderblatt sind die vom Finanzminister dazu mitgenommenen Papiere verzeichnet.

Weißes Haus
Donnerstag, 18. Januar 1945 (11/885)

1. Schreiben an den Präsidenten vom 1. Januar 1945, in dem H. M. jr. die Gründe darlegte, warum Zusammenarbeit mit Rußland wichtig sei.
2. Schreiben des Stellvertretenden Ministers Grew vom 15. Januar in bezug auf das vorstehend genannte Schreiben an den Präsidenten.
3. Memorandum für den Präsidenten vom 18. Januar betr. Finanzhilfe für Rußland.
4. Zwei Telegramme von Harriman.
5. Schreiben an den Präsidenten vom 5. Januar betr. den Ausschuß für Finanzpolitik gegenüber dem Ausland.114
6. Memorandum für den Präsidenten vom 10. Januar betr. Finanzpolitik gegenüber dem Ausland.*

*

An den Präsidenten, Weißes Haus
Sehr geehrter Herr Präsident!

Im Lauf des vergangenen Jahres habe ich mit Botschafter Harriman mehrmals über einen Plan für eine umfassende Hilfeleistung an Rußland während der Zeit seines Wiederaufbaus gesprochen, an dessen Formulierung wir im Finanzministerium gearbeitet haben. Wir denken nicht an weitere Leih-und-Pacht-[Lieferungen] oder irgendeine Form von Hilfsmaßnahmen, sondern eher an eine Regelung, die sowohl den Vereinigten Staaten als auch Rußland definitive, langfristige Vorteile bringen wird.

Botschafter Harriman hat großes Interesse bekundet und würde sich freuen, wenn der Plan vorangetrieben würde. Er teilte mir mit, daß die Russen nicht die Iniative ergreifen möch-

114 Diese Texte sind in der amerikanischen Originalausgabe nicht wiedergegeben.

ten, daß sie es jedoch begrüßen würden, wenn wir ihnen ein konstruktives Programm unterbreiteten.

Wie Ihnen erinnerlich sein dürfte, ließ Mr. Churchill in Quebec erkennen, daß seine größte Sorge der Zeitraum unmittelbar nach dem Tag des Sieges in Europa (V-E Day) sei. Nach zwei Monaten angestrengtester Arbeit haben wir mit den Briten nunmehr ein Programm für Phase Zwei der Leih-und-Pacht-Hilfe ausgearbeitet.

Wenn wir jetzt die Initiative ergriffen und den Russen einen konkreten Plan vorlegten, wie wir ihnen in der Zeit ihres Wiederaufbaus helfen wollen, so würde dies meiner Überzeugung nach viel dazu beitragen, viele der Schwierigkeiten, die wir in bezug auf die Probleme und die Politik der Russen gehabt haben, auszubügeln.

Wenn Sie zum jetzigen Zeitpunkt Interesse an einem Finanzplan dieser Art haben, wäre ich dankbar für eine baldige Gelegenheit, ihn mit Ihnen und Mr. Stettinius zu erörtern.

Ich sende Mr. Stettinius eine Ausfertigung dieses Schreibens.

Aufrichtig Ihr
(gez.) H. Morgenthau jr.

Außenministerium

Washington, 15. Januar 1945 (11/885—886)

Honorable Henry Morgenthau jr.
Finanzminister
Washington, D. C.

Sehr geehrter Herr Minister!

Ich habe mich mit Ihrem Schreiben an den Präsidenten vom 1. Januar über den Plan des Finanzministeriums für eine umfassende Finanzhilfe für die UdSSR während der Zeit ihres Wiederaufbaus eingehend befaßt. In diesem Zusammenhang dürften Sie den Klartext der beiden Telegramme von Botschafter Harriman betr. das kürzlich eingegangene sowjetische Ersuchen um einen großen Nachkriegs-Wiederaufbaukredit erhalten haben.

Wir haben diese Fragen geprüft und würden uns gern mit Ihnen und Mitarbeitern des Finanzministeriums zusammen-

setzen, um Ihren Plan und das sowjetische Ersuchen zu erörtern.

Ihr sehr ergebener
Joseph C. Grew[115]
Mit der Wahrnehmung der
Geschäfte beauftragt

Der Finanzminister

Washington, 18. Januar 1945 (11/886)

Memorandum für den Präsidenten

Betr.: Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR über das Leih-und-Pacht-Abkommen, Ziffer 3(c), finanzielle Regelung für Güter, die nach dem Tag des Sieges in Europa (V-E Day) geliefert werden.

Informelle Besprechungen mit den Russen wurden vor einem Jahr von Harriman aufgenommen, und formelle Verhandlungen sind seit mindestens 9 Monaten im Gange. Zur Zeit sind die Verhandlungen jedoch festgefahren. Nachstehend wird der Verlauf der Verhandlungen zusammenfassend dargestellt:

1. Harriman nahm allgemein Besprechungen mit den Russen im Januar 1944 auf.

2. Im März 1944 wurde das Finanzministerium nach Beginn der formellen Verhandlungen vom Außenministerium ersucht, Zinssätze und Amortisationsbedingungen für die finanzielle Regelung zu empfehlen, was mit Schreiben vom 22. März 1944 geschah.

3. Anfang August 1944 ersuchte das Außenministerium das Finanzministerium, auf der Grundlage russischer Gegenvorschläge Konzessionen in bezug auf die vorgesehenen Zinssätze und Amortisationsbedingungen zu machen, was auch geschah.

4. Als die Russen Ende August 1944 diese Konzessionen ablehnten, schlug das Finanzministerium dem Außenministerium einen neuen Weg vor, der eine zinslose finanzielle Regelung vorsah. Dieser Vorschlag wurde vom Außenministerium und von der Außenwirtschaftsverwaltung (FEA) abgelehnt, und

115 Unterstaatssekretär, Vertreter des Außenministers Stettinius.

diese beiden an den Verhandlungen beteiligten Stellen blieben den Russen gegenüber in den umstrittenen Punkten bei einer unnachgiebigen Haltung.

5. Am 22. September sandte das Außenministerium die „endgültigen" Bedingungen eines Abkommens nach Moskau, deren Unannehmbarkeit für Moskau die russischen Unterhändler bereits angedeutet hatten.

6. Die Russen beantworteten den „endgültigen" Vorschlag der US-Regierung offiziell erst am 6. Januar 1945; an diesem Tage schlugen sie Harriman einen langfristigen Kredit vor, der sich auch auf die Lieferungen nach Ziffer 3(c) des Leih- und Pacht-Abkommens erstrecken sollte.

7. Am heutigen Tage hat das Außenministerium den Vorschlag des Finanzministeriums vom August 1944 hinsichtlich einer zinslosen finanziellen Regelung wieder aufgegriffen in dem Bemühen, die festgefahrene Situation wieder in Fluß zu bringen.

Es folgen zwei Telegrammtexte des damaligen US-Botschafters in Moskau Avereil Harriman. Der Botschafter äußert darin die „grundsätzliche Überzeugung", daß die USA alles Denkbare unternehmen sollten, um der sowjetischen Wirtschaft durch Kredite zu helfen. Stalin und seine Mitarbeiter würden zwar eine beträchtliche militärische Macht beibehalten wollen, ihr „großes Anliegen" sei es jedoch, dem russischen Volk bessere Lebensbedingungen zu schaffen.

Gespräch mit General Rudenko

Memorandum für den Handakt des Ministers

20. Januar 1945 (11/902)

Im Anschluß an das Schreiben von Minister Morgenthau vom 16. Januar fand am Freitag, dem 19. Januar, 17.00 Uhr, eine Konferenz in den Amtsräumen des Ministers statt, an der folgende Personen teilnahmen:

Minister Morgenthau
Mrs. Klotz
Mr. Pehle
General Rudenko*[116]

[116] Vermutlich handelt es sich um den späteren Sowjetmarschall Rudenko — nicht zu verwechseln mit dem sowjetischen Ankläger gleichen Namens im Nürnberger Prozeß. Dieser war damals noch als Staatsanwalt in der Ukraine tätig.

Captain
Prishchepenko
Mr. Kamensky
Mr. Bondarenko
Hauptmann Prishchepenko fungierte als Dolmetscher für General Rudenko.

General Rudenko führte aus, er sei beunruhigt über die Verzögerungen im Zusammenhang mit den vorgesehenen Lieferungen für die Erweiterung der russischen Raffinerien 3 und 4. Er sagte, aus Rußland werde gemeldet, daß seine Regierung den Bau der bereits gelieferten Raffinerieanlagen beschleunige; gleichzeitig stoße man bei der Erweiterung dieser Raffinerie anscheinend auf immer weitere Verzögerungen. Die Lieferungen für diese Erweiterungen hätten ursprünglich am 30. Juni 1945 erfolgen sollen, und General Rudenko meinte, es habe jetzt den Anschein, daß die Lieferung im September 1945 oder später erfolgen werde.

Minister Morgenthau brachte zum Ausdruck, er werde alles tun, was in seiner Macht steht, um auf die rechtzeitige Lieferung dieser Ausrüstung zu dringen. Er forderte Pehle auf, über die bereits veranlaßten Maßnahmen zu referieren. Es wurde General Rudenko und den anderen Anwesenden erläutert, daß der Minister am 16. Januar in einem Schreiben an den Administrator der FEA, Mr. Crowley, dringende Maßnahmen zur Sicherung einer besseren Prioritätseinstufung dieser Ausrüstungen gefordert hätte. Gleichzeitig habe der Minister im gleichen Sinne an den Vorsitzenden des Amtes für Rüstungsproduktion (WPB), Mr. Krug, geschrieben.

Anschließend versicherte Minister Morgenthau General Rudenko, er werde persönlich in dieser Frage intervenieren, um für die Deckung der Bedürfnisse der Russen zu sorgen. Er sagte, wenn er bis Montag nichts von Crowley höre, werde er ihn an-

Zeitgescchichtlicher Hinweis des deutschen Herausgebers:

Auch diese Besprechung fand noch vor Abreise des Präsidenten Roosevelt zur Jalta-Konferenz statt. Diese dauerte vom 4. bis 11. Februar 1945. Der Präsident kehrte erst am 28. Februar wieder nach Washington zurück.

Der Hinweis des Generals Rudenko auf die „große Offensive an der Ostfront" bezieht sich auf den in jenen Wochen in Gang befindlichen Vorstoß der sowjetischen Truppen nach Ostpreußen, Pommern und an die Oder.

rufen und der Angelegenheit seihst nachgehen. Minister Morgenthau sagte, die Russen würden über den Fortgang dieser Angelegenheit auf dem laufenden gehalten und würden nächste Woche, spätestens bis Dienstag, von uns hören.

Minister Morgenthau sagte, er sei „für" die Russen, weil sie mehr Deutsdie töteten als sonst jemand. General Rudenko erwiderte, bei der großen Offensive an der Ostfront, die zur Zeit im Gange sei, würden große Mengen amerikanisches Gerät verwendet, für das seine Regierung sehr dankbar sei, und er wisse das persönliche Interesse von Minister Morgenthau an dieser Frage sehr zu schätzen.

J. W. Pehle

Die „richtigen Deutschen"

Aktenvermerk

An: Minister Morgenthau
Von: Mr. Gaston

25. Januar 1945 (11/910)

Nachdem wir Ihr Büro verlassen hatten, habe ich mich eine halbe Stunde lang mit Vladimir Pravdin von TASS117 unterhalten. Er sagte, nach Auffassung Rußlands sei es ganz offensichtlich, daß wir nicht genug alliiertes Personal stellen können, um die Deutschen längere Zeit zu regieren, und daher bestehe das Problem darin, die richtigen Deutschen zur Besetzung der Verwaltungsstellen auszusuchen. In dem Teil Deutschlands, der ihnen [den Russen] zufällt, werden sie nicht wieder die früheren Beamten einsetzen, sondern Vertreter der Arbeiterklasse wählen, die sich wahrscheinlich als zuverlässiger erweisen werden. Sie fürchten sehr, daß England und die Vereinigten Staaten unter dem Druck wirtschaftlicher Gruppen die Führung der deutschen Industrie wieder in die Hände derjenigen gelangen lassen werden, die sie bereits früher geführt haben. Nacb Pravdins Ansicht ist diese Klasse die gefährlichste in Deutschland und diejenige, welche die Nazis zur Machtergreifung und -ausübung ermutigte und sie dabei gewähren ließ. Er sagte mir, in Rußland herrsche allgemein die Auffassung, daß die deutsche Schwerindustrie drastisch beschnitten werden sollte, und seines Erachtens ist der Abtransport der deutschen

117 Sowjetische Nachrichtenagentur

Zeitgeschichtlicher Hinweis des deutschen Herausgebers:

Als „Vertreter der Arbeiterklasse", an die sich die russischen Behörden bei der Begründung eines neuen Regimes in der sowjetischen Besatzungszone hielten, verstanden sie die kommunistischen Emigranten aus Deutschland. Diese waren bereits im Winter 1940/41 für künftige Aufgaben zusammengefaßt, nach Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges jedoch zunächst nach Sibirien verbannt worden. Nach der Wendung der Kriegslage wurden sie im Frühjahr 1943 nach Moskau zurückgeholt und dort auf ihren künftigen Einsatz vorbereitet. Am 30. April 1945 wurde die „Gruppe Ulbricht" auf dem Luftwege nach Berlin verbracht und anschließend in ihre politische Tätigkeit eingewiesen. (Vergl. Helmut Sündermann: „Das Erbe des falschen Propheten, Moskaus Kampf um Deutschland von Lenin bis heute — und morgen?" Leoni 1957, Seite 233—239.)

[Industrie-]Ausrüstungen und ihre Verteilung an die Nachbarstaaten eine gute Idee. Als eigentliche Lösung des Problems sehen sie [die Russen] jedoch eine sozialistische Lösung. Sie wollen die Großindustrie vom Staat betreiben lassen und würden den Alliierten auf viele Jahre eine beherrschende Stellung in der Leitung der Industrie geben.

Unter anderem sagte er, es sei den Russen sehr daran gelegen, dauerhafte enge und freundschaftliche Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und eine wirksame und dauerhafte Organisation der Vereinten Nationen zu unterhalten. Ich glaube nicht, daß diese Äußerung nur so dahingesagt war. Er schien es wirklich ernst zu meinen. Ich meine, daß sich Pravdins Konzeption der russischen Vorstellungen hinsichtlich der Behandlung Deutschlands auf dem wirtschaftlichen Sektor sehr weitgehend mit der Ihrigen deckt.

Baruch und die Reparationen

Gruppenbesprechung bei Minister Morgenthau

(Das Dokument ist überschrieben: „Konferenz in Morgenthaus Dienstzimmer — Baruchs Besuch." 7 Teilnehmer sind genannt.)

13. März 1945,14.45 Uhr (11/961—966)

Zunächst erwähnt der Minister, daß das Thema der Besprechung nicht die Zuständigkeit eines der anwesenden Mitarbeiter berührt; dieser könne jedoch anwesend bleiben.

H. M. jr.: Das hier ist super-hyper vertraulich, und ich mache mir große Sorgen und weiß einfach nicht, wie ich die Sache

behandeln soll, aber es darf um Himmels willen nichts durchsickern! Baruch war etwa eindreiviertel Stunden hier und hat behauptet, daß er vom Präsidenten der Vereinigten Staaten aufgefordert worden sei, wegen der Reparationsfrage ins Ausland zu fahren. Ich habe keinen Zweifel, daß er diese Aufforderung tatsächlich erhalten hat. Er sagte, er sei bei Stettinius gewesen, will aber nur fahren, wenn es ihm viel Ehre einbringt und er eine Einladung von Churchill erhält. Aus einer Frage, die er mir stellte, schließe ich, daß ihm nicht alles gesagt worden ist, aber nach dem, was ich hier und dort höre, besteht für mich kein Zweifel, daß — wer von den hier Anwesenden hat Taylors Schreiben gesehen?

Mr. DuBois: Ich.

Mr. Coe: Ja.

H. M. jr.: Nun, es ist über Ihre [Coes] Dienststelle zu bekommen. In bezug auf die Reparationsfrage, die Frage der Behandlung von Verbrechern und der wirtschaftlichen Behandlung Deutschlands bekomme ich langsam den Eindruck, daß keine Regelung getroffen worden ist. Oder?

Mr. Coe: Das stimmt.

H. M. jr.: Ich glaube nicht, daß Baruch alles darüber wußte, weil er versucht hat, mich auszufragen, aber es besteht kein Zweifel, daß er die Aufforderung erhalten hat. Er gab mir ein Dokument zu lesen, das seine Darstellung enthält, und sagte, er habe versucht, es dem Präsidenten zu zeigen, aber der Präsident wolle ihm keine Chance in der Deutschlandfrage geben, und das ganze [das Dokument] läuft darauf hinaus, daß wir die deutsche Industrie nicht zum Zweck der Reparationsleistung aufbauen dürfen. So weit, so gut; aber er verliert die Hauptsache immer wieder völlig aus den Augen. Er fragt sich, ob er den Engländern nicht etwas von der Ruhrkohle überlassen sollte, weil sie sie viel billiger fördern können, damit sie der Konkurrenz auf dem Weltmarkt gewachsen sind. Ich stelle fest, daß der Mann zerstreut ist. Er konzentriert sich nicht. Er ist sehr schwerhörig. Seines Erachtens ist die Sache mit Lubin[118] ein großer Fehler. Ich stimme mit ihm überein, soweit es sich darum

118 Isidor Lubin — zunächst Statistiker im persönlichen Stab des Präsidenten Roosevelt, im Frühjahr 1945 zum US-Delegierten bei der alliierten Reparationskommission ernannt.

handelt, Lubin an die Spitze des Ganzen zu stellen. Ich glaube nicht — ich glaube, Lubin ist ein guter Statistiker. Ich will nicht sagen, er ist ein hervorragender Statistiker, aber ein guter, weil ich ihn gesehen habe und er gut ist. Aber er hat recht. Wenn wir einen Mann wie Lubin nehmen, werden die anderen Regierungen Männer vom gleichen Schlag nehmen.

Mr. Luxford: Er würde nicht passen, Herr Minister.

H. M. jr.: Und er sagte, Lubin an der Stelle zu haben — er will nur fahren, wenn er tatsächlich an Lubins Stelle treten kann. Der Stein ist im Rollen. Lubin hat ihn gebeten, Henderson119 dafür zu gewinnen, als sein Gehilfe mitzugehen, und er haßt Henderson und hat im Kapitol gesagt, es werde furchtbar sein. Niemand — und das bleibt hier unter uns — hat gemerkt, daß er es war, der dafür sorgte, daß Henderson im Wahlkampf für Roosevelt nicht zu Wort kam. Es ist scheußlich. Er schweift dauernd ab und man muß ihn ständig wieder zur Sache bringen. Eine Nervensäge! Vor etwa 10 Tagen hat er nun wissen lassen, daß er alles haben möchte, was ich über Deutschland habe, und [dann] hat er nichts [damit] angefangen. Er sagt, wenn er fährt, will er das Flugzeug des Präsidenten haben, weil er zur Seekrankheit neigt. Das ist ein guter Grund, sein [des Präsidenten] Flugzeug zu benutzen. Er nimmt seine kleine Krankenpflegerin mit, seinen Kammerdiener und einen Mann, der Lubell heißt.

Mr. O'Connell: Den bewußten Lubell?

H. M. jr.: Er will etwas von uns hier, um zu sehen, was wir haben, verstehen Sie? Ich für mein Teil glaube, er versucht sich aufzubauen, und ich habe ihn an DuBois verwiesen. Man muß sich sozusagen vorantasten. Ich würde mich nicht sofort offen aussprechen. Andererseits habe ich ihm von Taylor und Bernstein erzählt, und wenn er führe — Joe, wenn er Gefallen an Ihnen fände, würde ich Sie mit ihm fahren lassen, weil die Sache wichtig ist.

Mr. DuBois: Das stimmt, sehr wichtig.

H. M. jr.: Sehr wichtig, und wenn Sie sich bei Sam Lubell anbiedern könnten, würde ich Ihnen zureden, ihn zu begleiten, denn, sehen Sie, er nennt es den „Morgenthau-Plan" und wird sehr bald „Baruch-Plan" sagen.

119 Leon Henderson — Beamter des US-Außenministeriums.

(Mr. D. W. Bell kommt dazu.)

H. M. jr.: Hallo, Dan. Es tut mir leid, daß ich nicht noch einmal alles wiederholen kann, aber —

Mr. D. W. Bell: Das macht nichts. Es tut mir leid, daß ich zu spät komme.

H. M. jr.: Joe DuBois wird Ihnen berichten, was ich bisher gesagt habe.

Mr. DuBois: Ja.

H. M. jr.: Der Mann, von dem wir gerade sprechen, ist Baruch, und das ganze ist streng vertraulich. Er ist in Ordnung in bezug auf diese Deutschlandangelegenheit. Ich habe Cherwell zu ihm geschickt, und Cherwell ist in dieser Beziehung in Ordnung, und er rechnet stark mit einem Zusammentreffen mit Cherwell[120]. Natürlich ist er mit Churchill sehr befreundet, und Churchill hat ihn aufgefordert, nach drüben zu kommen und eine Rede zu halten. Außerdem sagte er noch, als Churchill wegen der Sache mit Griechenland so scharf angegriffen wurde, sei er ans Telephon gegangen und habe die Herausgeber und Redakteure im ganzen Land angerufen, um sie dazu zu bringen, die Angriffe auf Churchill einzustellen, und Harry Hopkins habe ihm für die großmächtige Leistung, die er damit vollbracht habe, gedankt.

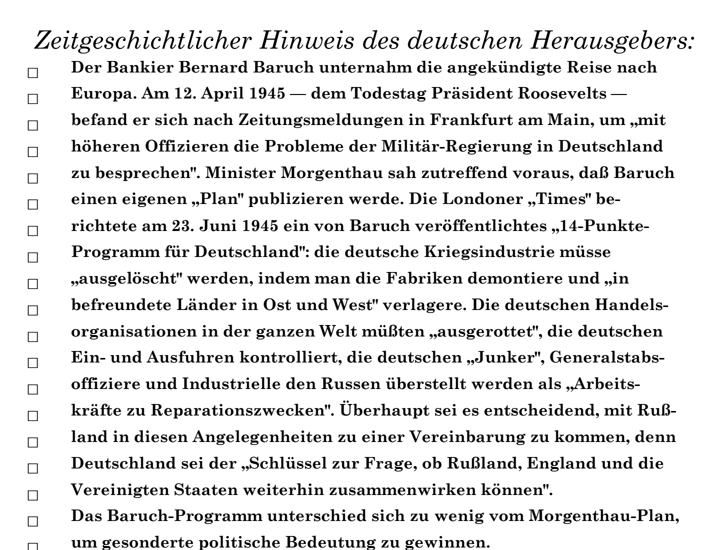
Ich kann dazu nichts sagen. Sobald ich Stettinius sehe, werde ich feststellen, was los ist, weil er bei Stettinius war und so offen war zu sagen, daß Stettinius, ehe er mit ihm sprechen wollte, den Präsidenten angerufen habe, und es gibt eine Menge — er ist zum Präsidenten gegangen und hat empfohlen, daß der Außen-, Kriegs-, Marine- und Finanzminister — ich habe es nicht ganz verstanden [—] zusammen mit Jimmy Byrnes[121] den Gesamtausschuß für diese Angelegenheit übernehmen sollten, aber Jimmy Byrnes zögert, weil er den Vorsitz führen will, und er hat Angst, daß Byrnes auch tatsächlich den Vorsitz haben wird.

Mr. D. W. Bell: Wer zögert?

120 Anmerkung des Übersetzers: An dieser Stelle ist vermutlich Churchill gemeint.

121 James F. Byrnes — damals noch Leiter des Kriegsmobilisationsamtes —

■ hatte Präsident Roosevelt nach Jalta begleitet. Im Juni 1945 wurde Byrnes von Präsident Truman zum US-Außenminister ernannt.



Zeitgeschichtlicher Hinweis des deutschen Herausgebers:

Der Bankier Bernard Baruch unternahm die angekündigte Reise nach Europa. Am 12. April 1945 — dem Todestag Präsident Roosevelts — befand er sich nach Zeitungsmeldungen in Frankfurt am Main, um „mit höheren Offizieren die Probleme der Militär-Regierung in Deutschland zu besprechen". Minister Morgenthau sah zutreffend voraus, daß Baruch einen eigenen „Plan" publizieren werde. Die Londoner „Times" berichtete am 23. Juni 1945 ein von Baruch veröffentlichtes „14-Punkte-Programm für Deutschland": die deutsche Kriegsindustrie müsse „ausgelöscht" werden, indem man die Fabriken demontiere und „in befreundete Länder in Ost und West" verlagere. Die deutschen Handelsorganisationen in der ganzen Welt müßten „ausgerottet", die deutschen Ein- und Ausfuhren kontrolliert, die deutschen „Junker", Generalstabsoffiziere und Industrielle den Russen überstellt werden als „Arbeitskräfte zu Reparationszwecken". Überhaupt sei es entscheidend, mit Rußland in diesen Angelegenheiten zu einer Vereinbarung zu kommen, denn Deutschland sei der „Schlüssel zur Frage, ob Rußland, England und die Vereinigten Staaten weiterhin zusammenwirken können".

Das Baruch-Programm unterschied sich zu wenig vom Morgenthau-Plan, um gesonderte politische Bedeutung zu gewinnen.

H. M. jr.: Byrnes, weil er statt Stettinius den Vorsitz führen will. Er sagte, er wisse nicht, wo er eigentlich ins Bild komme, und er will Sam Rosenman[122] als juristischen Berater für diesen Ausschuß haben, und er sagte, er habe den Präsidenten gefragt, ob es in Ordnung sei, mit mir zu sprechen, weil seines Erachtens das Finanzministerium in dieser Angelegenheit letzten Endes die wichtigste Rolle spielen würde. Er sagte, auf lange Sicht würde der ganze Kram ohnehin auf uns zukommen, und der Präsident sagte: „Ja." Er sprach mit dem Präsidenten über den „Morgenthau-Plan" und sagte: „Henry hatte recht, aber er kam ein bißchen zu früh." Was dieser Ausschuß nun aber eigentlich tun soll, konnte ich nicht ganz verstehen, nur daß es eine Art Gesamtausschuß sein würde. Sam Rosenman sollte der juristische Berater sein, und soweit ich verstehe, sollte Baruch die Seele des Ganzen sein. So etwa habe ich es verstanden. Es war nicht allzu deutlich, und der Mann schweift ständig ab, aber grundsätzlich ist er in Ordnung. Man braucht ihn jetzt nicht erst aufzubauen.

122 Samuel I. Rosenman war bis 1943 Richter in New York, dann Sonderberater des Präsidenten Roosevelt.

Das weitere Gespräch behandelt unterschiedliche Themen von geringerer Bedeutung. Minister Morgenthau kündigt an, daß Baruchs Sekretär Lubell mit einem Mitarbeiter Morgenthaus zusammentreffen soll.

*

16. März 1945 (11/1018)

Aktenvermerk

Ich traf mich heute mittag zum Essen mit Lubell, Baruchs Assistenten, und wir sprachen über die Frage der Behandlung Deutschlands und insbesondere über Reparationen.

Im Verlauf der Unterhaltung kam Lubell auf folgende Punkte zu sprechen:

1. Soweit er wisse, stimme Baruch im allgemeinen mit Minister Morgenthau hinsichtlich der Behandlung Deutschlands überein, und, soweit er sehen könne, teile auch der Präsident diese Auffassung.

2. Im Außenministerium seien Kräfte am Werk, die offensichtlich stark gegen den Standpunkt des Finanzministeriums opponierten.

3. Das Reparationsprotokoll werde als unvereinbar mit dem Programm des Finanzministeriums ausgelegt. Lubell gab allerdings zu, daß das Reparationsdokument so ausgelegt werden könne, daß es mit einem derartigen Programm vollkommen vereinbar sei.

4. Lubell habe das Reparationsdokument gesehen und sagte, er werde am Sonnabend, dem 17. März, zum Außenministerium gehen, um dort das Protokoll der Konferenz von Jalta einzusehen.

5. Er wies darauf hin, daß es leichter sein werde, die Russen herumzukriegen, wenn sich die Briten und Amerikaner über die Behandlung Deutschlands einigen könnten.

6. Ich fragte ihn, was er mit „die Russen herumkriegen" meine. Ich betonte, daß ich, falls er davon spreche, die Briten und Amerikaner zu einer Einigung hinsichtlich jenes Programms zu bewegen, das seiner Behauptung nach auch Baruch genehm sei, nicht der Auffassung sei, daß die Russen dazu „herumgekriegt" werden müßten.

Lubell erwiderte, er habe erfahren, daß die Russen nicht so weit wie die Vereinigten Staaten zu gehen gewillt seien, obwohl

er nicht genug gesehen habe, um sicher zu sein, daß diese Ansicht stimme. Ich machte Lubell darauf aufmerksam, daß verschiedene Dokumente in Umlauf seien — insbesondere 0. S. S.-[Office of Strategie Services — Militärischer Nachrichtendienst-)Dokumente —, die, ohne jeglichen Anhaltspunkt zu haben, den Eindruck erwecken sollten, als stellten sie den russischen Standpunkt dar.

Lubell bat mich, wir sollten ihm nach Möglichkeit Angaben über folgende Punkte zur Verfügung stellen:

a. Die Industriezweige, die wir in Deutschland beseitigt sehen möchten, und die Industriezweige, die wir zulassen würden.

b. Eine Schätzung der Menge an Reparationen, die wir über eine Anzahl von Jahren aus Deutschland in Sachwerten herauszuholen erwarten könnten, und, wenn möglich, eine Schätzung des Wertes der Anlagen, die sofort aus Deutschland weggeschafft werden könnten.

c. Angaben über die Zahl der vor dem Krieg in der deutschen Industrie und Landwirtschaft Beschäftigten und eine Schätzung der Zahl der in Industrie und Landwirtschaft in Deutschland nach Durchführung des Morgenthau-Plans Beschäftigten.

d. Ein Memorandum, aus dem hervorgeht, weshalb Europa nicht von Deutschland abhängig ist.

e. Angaben über den Umfang der Industrie und des Ackerlandes in Deutschland, aufgegliedert nach den Besatzungszonen.

f. Angaben über den Standpunkt bestimmter Leute in London hinsichtlich der Deutschlandfrage.

(gez.) Josiah E. DuBois jr.

Hinweis des deutschen Herausgebers:

Nach der Rückkehr Präsident Roosevelts von der Jalta-Konferenz ergab sich erneut eine Kontroverse zwischen dem Finanzministerium und dem Außenministerium hinsichtlich der Deutschlandpolitik.

Am 9. März 1945 wurde Minister Morgenthau vom Unterstaatssekretär im Kriegsministerium McCloy telephonisch verständigt (11/951—952), Außenminister Stettinius sei von Jalta mit dem Auftrag des Präsidenten zurückgekehrt, entsprechend den Konferenzergebnissen neue Deutschland-Richtlinien zu entwerfen.

Diese im Außenministerium verfaßte „Direktive für die Behandlung Deutschlands" ist in der amerikanischen Originalveröffentlichung auf den Seiten 11/953—956 wiedergegeben und zum Datum 10. 3. 1945 eingeordnet.

In Wirklichkeit hat Minister Morgenthau diesen Text erst einige Tage später erhalten (vergl. Gespräch mit McCloy). In dem Entwurf des Außenministeriums war u. a. dem künftigen alliierten Kontrollrat für Deutschland die Aufgabe zugeschrieben, als deutsche Zentralregierung zu wirken; für deren Wirtschaftspolitik wurden die Aufrechterhaltung eines Minimai-Lebensstandards der deutschen Bevölkerung und Reparationsleistungen aus der laufenden industriellen Produktion empfohlen. Zerstört werden sollten nur Fabriken von Kriegsmaterial. Zu verbieten seien Flugzeugbau, die Erzeugung von synthetischem Kraftstoff und Gummi sowie von Leichtmetallen. Der Export von Industrieerzeugnissen sei „auf lange Zeit" zu verbieten, die Ausfuhr von Rohstoffen, z. B. Kohle, jedoch zu fördern.

Dieser von Finanzminister Morgenthau abgelehnte, vom Außenministerium auf die dort bekannten Protokolle der Jalta-Konferenz gestützte Entwurf bildet den Hintergrund der nachstehend wiedergegebenen Dokumente.

Für die endgültige Fassung der neuen Direktive sollte nach dem Vorschlag des Außenministers unter seinem Vorsitz ein Ausschuß zusammentreten, an dem auch das Finanzministerium beteiligt sein würde.

Was wurde in Jalta beschlossen?

Aktenvermerk

(Das Dokument ist mit der Bezeichnung „Memorandum" überschrieben; ein Verfasser ist nicht bekannt. Der Text ist offenkundig von Minister Morgenthau selbst formuliert.)

15. März 1945 (11/976)

McCloy rief mich heute vormittag sehr aufgeregt an und kam [dann] zu mir. Er hatte ein Exemplar des in Jalta angenommenen Dokuments über Reparationen erhalten, das seiner Ansicht nacb furchtbar ist; ferner ein weiteres im Außenministerium ausgearbeitetes Dokument, das er sich irgendwie hintenherum beschafft hat und dem nach Aussage von Stettinius der Präsident gestern zugestimmt hat. Es handelt sich um einen Ersatz für [JCS] 1067 und gewährt laut McCloy volle Handlungsfreiheit für eine zentrale Kontrolle in Deutschland, die sich, soweit ich unterrichtet bin, weitgehend mit den Wünschen Hendersons deckt. Einer der Gründe für McCloys Aufregung war, daß, laut McCloy, Stettinius dem Präsidenten gesagt hat, das Kriegsministerium habe es gesehen und seine Zustimmung gegeben, was nicht stimme, und offensichtlich hatte Stettinius auch diesen Eindruck, wie McCloy meint. Nun hatte es aber niemand im Kriegsministerium gesehen, und McCloy ist der Aufassung, daß es an Stettinius ist, den Präsidenten davon zu unterrichten. Er sagte, Stettinius habe das noch nicht getan.

Ganz offensichtlich wollte er, daß ich um 14.45 Uhr zu dieser

Besprechung mit Stettinius gehe und Krach schlage. Das werde ich nun aber nicht tun, was ich ihm auch zwei- oder dreimal sagte; es ist Sache von Stimson, in dieser Angelegenheit den ersten Schritt zu tun.

Anscheinend will er die Sache geheimhalten und erzählte mir davon, und White weiß als einziger davon, weil er da war und McCloy ihn anwies, Stillschweigen darüber zu bewahren, und ich White ebenfalls verpflichtete zu schweigen.

Warten wir ab, was geschieht.

*

Gruppenbesprechung bei Minister Morgenthau
(Das Dokument ist mit dem Vermerk „Reparationen" überschrieben; 5 Teilnehmer sind genannt, unter ihnen Mr. Lubin.)

17. März 1945,15.45 Uhr (11/992—1000)

H. M .jr.: Also, wo fangen wir an?

Mr. Lubin: Ja, ich möchte, daß jemand von Ihnen anfängt. Ich brauche einige Ideen in dieser Angelegenheit. Die Grundsatzweisung ist noch nicht formuliert. Ein Rohentwurf ist formuliert insofern, als unter dem Datum vom 10. März ein Memorandum aufgesetzt wurde. Haben Sie alle davon eine Ausfertigung erhalten? Wahrscheinlich doch. Es ging darum, was mit Deutschland geschehen soll, und es enthielt in dieser Hinsicht eine Menge Fehler. So hat man beispielsweise die Festsetzung von Funktionen bei den Reparationen als eine Aufgabe des Kontrollrates hineingebracht, obwohl das Abkommen von Jalta bestimmt, daß wir dafür eine besondere Vereinbarung haben würden.

Auf diesen Punkt habe ich das Außenministerium aufmerksam gemacht, wo man dazu sagte, das sei eine fragwürdige Sache, aber der Präsident habe es abgezeichnet. Offenbar hat er es nicht sorgfältig gelesen.

Mr. Coe: Davon hat Stettinius schon gesprochen.

Mr. Lubin: Und ich glaube —

H. M. jr.: Es ist ganz offenkundig, daß er es überhaupt nicht gelesen hat.

Mr. Lubin: Den Teil über die zentralisierte Kontrolle?

H. M. jr.: Ja.

Mr. Lubin: Die Leute, die das geschrieben haben, wußten

nichts von bestimmten Dingen, die sich in Jalta zugetragen haben. Das ist es ja, was mich beunruhigt, und ich habe zu Ed gesagt, da befassen sich eine Menge Leute mit diesem Problem, ohne zu wissen, was vereinbart worden ist. Sie haben gelesen, was in den Zeitungen über die Reparationen gestanden hat, und auf dieser Basis haben sie eine Grundsatzweisung formuliert. Ich werde mich wohl doch mit dem Präsidenten zusammensetzen müssen, um jeden einzelnen Satz mit ihm durchzugehen.

H. M. jr.: Waren Sie in Jalta?

Mr. Lubin: Nein.

H. M. jr.: Wissen Sie, was sie tatsächlich vereinbart haben, außer dem, was wir bekommen haben?

Mr. Lubin: Ich weiß von bestimmten Gesprädien, die stattgefunden haben. Sie haben bestimmte Dinge mündlich vereinbart.

H. M. jr.: Aha. Und Sie sind bereit, darüber zu diskutieren?

Mr. Lubin: Das könnte ich nicht.

H. M. jr.: Könnten Sie mir das später sagen?

Mr. Lubin: Ich erzähle Ihnen das später. Schließlich habe ich dies vertraulich erfahren.

H. M. jr.: Könnten Sie nachher noch hierbleiben?

Mr. Lubin: Ja. Also, es wäre mir lieb, wenn Ihre Herren sich hinsetzten und auf einer Seite niederschrieben, wie unsere Politik hinsichtlich der Reparationen aussehen soll, und das möchte ich verwenden als Teil des Gesamtrahmens für etwas, das ich weiter nach oben geben und genehmigt haben möchte. Ich meine, ich gehe nur dann, wenn mir klipp und klar gesagt wird: das und das wollen wir. Wenn man von den Russen und Briten nichts bekommen kann, muß man verhandeln und sehen,

Zeitgeschichtlicher Hinweis des deutschen Herausgebers:

Außer dem erwähnten Entwurf des Außenministeriums für eine neue „Direktive" weist diese Aufzeichnung auf das inzwischen in der amerikanischen Dokumentenveröffentlichung über die Jalta-Konferenz wiedergegebene, von Churchill, Roosevelt und Stalin am 11. 2. 1945 unterzeichnete „Protokoll über deutsche Reparationen" hin. Darin sind außer Demontagen deutscher Industrieanlagen und der Verfügung über deutsche Arbeitskräfte auch „jährliche Lieferungen von Waren aus der laufenden Produktion" vorgesehen. (Foreign Relations of the United States, Diplomatie Papers; The Conferences at Malta and Yalta 1945, Washington 1955, Seite 982—983.)

wie weit man kommen kann, aber ich möchte sicher sein, daß die Dinge ganz eindeutig fixiert werden und ich die Unterstützung des Präsidenten dabei habe, nicht wahr?

Minister Morgenthau läßt durch seinen Mitarbeiter Coe ein längeres Memorandum vortragen; darin werden die Punkte erörtert, in denen der kritisierte Entwurf des Außenministeriums von der Direktive ICS 1067 abweiche.

Minister Morgenthau erwähnt, Außenminister Stettinius habe ihm gegenüber geäußert, er selbst habe das Memorandum „nicht gelesen". Die Kritik des Finanzministeriums soll dem Präsidenten vorgelegt werden. Sie ist in scharfen Worten formuliert und erklärt, im Außenministerium hätten einige Einzelpersonen ihre Ansichten, die sie schon früher vertreten hatten, ohne Rücksicht auf das, was in Jalta tatsächlich vereinbart worden sei, erneut formuliert. Diese Auffassungen stünden in vieler Hinsicht „in völligem Gegensatz" zu den Auffassungen des Finanzministeriums sowie zu den vor Jalta bereits getroffenen Regierungsentscheidungen und den persönlichen Ansichten des Präsidenten Roosevelt.

Die Haltung McCloys

Gruppenbesprechung bei Minister Morgenthau

(Das Dokument ist überschrieben: „Entindustrialisierung Deutschlands"; 5 Teilnehmer sind genannt.)

22. März 1945,12.30 Uhr (11/1065—1068)

Einleitend berichtet Minister Morgenthau mit der Bemerkung: „Die Vertraulichkeit dieser Sache kann nicht überbetont werden" von Bemühungen des Außenministeriums, sich gegenüber den Einwänden des Finanzministeriums in der Deutschland frage beim Präsidenten durchzusetzen. Unterstaatssekretär McCloy habe ihn (Morgenthau) über diese Versuche unterrichtet.

Mr. White: Welchen Eindruck haben Sie von der wirklichen Einstellung McCloys gewonnen?

H. M. jr.: Ich glaube, er gibt sich furchtbare Mühe, ehrlich mit mir zu sein.

Mr. White: Das denke ich auch.

H. M. jr.: Der Mann brauchte ja gar nicht [bei mir] vorbeizukommen. Ich habe ihn nie bei einer Unwahrheit ertappt. Ich glaube nicht — wenn er zu Clayton sagte, wir sollten dabeisein, dann stimmt das, denn er weiß, ich könnte das nachprüfen, und ich denke, er glaubt wirklich — er sagte immer und immer wieder, er habe sein ganzes Leben lang einen Kampf gegen deutsche Geschäftsleute geführt. Er sagte: „Um die Preise regulieren zu können, muß man Waren nach Deutschland einführen." Das hat er zu Clayton gesagt, und er sagte: „Werden wir Waren nach

Deutschland einführen?" So, Harry, das denke ich, und ich kann mich dabei jederzeit irren, aber sicherlich hat er in jeder Weise zu erkennen gegeben, daß er mir gegenüber ehrlich ist. Er ist wahrhaftig für das Minimum.

Mr. White: Das stimmt, aber ich war im Zweifel über seine Anschauung.

H. M. jr.: Ich glaube nicht, daß er bei seiner Entindustrialisierung ganz so weit wie wir gehen will.

Mr. White: Das hat er klargemacht.

H. M. jr.: Er hält nichts von einem Frieden für Deutschland. Er glaubt nicht, daß das etwas einbringen würde. Er will nicht, daß sich die Befehlshaber mit der Verwaltung dieser Gebiete befassen sollen. Es geht nicht. Ich glaube weder so noch so, daß er ganz so weit geht, aber er geht ziemlich weit in der gleichen Richtung wie wir.

Die weitere Besprechung befaßt sich mit Spekulationen darüber, ob und inwieweit Präsident Roosevelt an der bisherigen, nach dem Morgenthauplan orientierten Deutschland-Direktive ICS 1067 festhalten wird.

Morgenthau „glücklich": es bleibt bei der Deutschland-Direktive ICS 1067

Gruppenbesprechung bei Minister Morgenthau

(Am Kopf des Dokumentes sind 14 Teilnehmer genannt)

23. März 1945,16.45 Uhr (11/1081—1083)

H. M. jr.: Diesmal sind Sie nicht zum Arbeiten hier, ich will Ihnen nämlich nur sagen, wie ich mich freue über das, was sich zugetragen hat.

Mr. Gaston: Das ist gut.

H. M. jr.: Ich weiß nicht, wie vielen von Ihnen dies bekannt ist — aber in eben diesem Raum hier[123] entstand am 10. März eine Direktive, die vollständig dem entgegenstand, wofür ich mich hinsichtlich Deutschlands eingesetzt und geglaubt hatte,

123 So wörtlich; Minister Morgenthau meint in Wirklichkeit den Entwurf des Außenministeriums (vergl. Seite 315), der vom Finanzministerium scharf bekämpft und zu Fall gebracht wurde. Präsident Roosevelt unterzeichnete statt dessen am 23. März 1945 endgültig die nur geringfügig veränderte Direktive ICS 1067. Der Kernpunkt der Entscheidung betraf das Recht der Zonenbefehlshaber, selbständig zu handeln, d. h. Deutschland jedenfalls in die Zonenbereiche aufzuteilen und nicht etwa eine gemeinsame produktive Wirtschaftspolitik in Gang zu setzen.

der Präsident sei auch dafür, und Mr. Stimson sagte, er sei müde und wolle in der Sache nichts mehr unternehmen, also fiel es alles mir zu. Um es kurz zu machen: Wir haben es geschafft, daß der Präsident die Sache vom 10. März annullierte, und er hat in vollem Umfang akzeptiert, was gestern abend hier mit White, Glasser und DuBois und heute morgen mit Will Clayton und mit den mit mir hier Anwesenden erarbeitet wurde. Cole, Will Clayton und Matthews, auch General Hilldring und McCloy und der Präsident haben das Ergebnis akzeptiert, und ich glaube, das ist der erste Schritt. Es handelt sich um eine Direktive für General Eisenhower; es ist der erste Schritt auf dem Weg zu einer Art von Frieden, den ich für dauerhaft halte. Es war genug von Reparationen die Rede, und wenn wir es erreichen, daß die Marschroute des Finanzministeriums hinsichtlich der Reparationen akzeptiert wird, glaube ich, daß ich für alle die Schläge, die ich seit Quebec eingesteckt habe, mehrfach entschädigt sein werde. Aber die Tatsache, daß sie diese Sache aus dem Verkehr gezogen haben und wir es geschafft haben, daß sie sie zurückgezogen und völlig geändert haben, hat sehr gut getan. Die ganze Sache ist unglaublich, ich meine, wenn Leute hinter den Kulissen gegen uns arbeiten und all das. Wir haben jetzt ein gutes, handfestes Dokument, nach dem die Verantwortung für Dezentralisierung bei den Deutschen liegt.

Mr. Gaston: Ja.

H. M. jr.: Sollen sie in ihrem eigenen Saft schmoren!

Es wird davon gesprochen, daß und wie einzelne Anwesende den vom Präsidenten abgezeichneten Text zur Kenntnis erhalten werden.

H. M. jr.: Na, jedenfalls ist das eine große Sache für uns alle. Und jetzt mal ein paar ernste Worte. Nie zuvor in meinem Leben habe ich mich so unter Druck befunden, von Grundsätzen abzuweichen, und ich bin nicht abgewichen, und die Tatsache, daß wir eine gute Mannschaft haben — diese Mannschaft können sie eben nicht aufsplittern. Wir kämpfen für etwas, wofür sich einzusetzen lohnt. Das ist eine der wenigen Belohnungen, die man dafür hat. Schließlich haben wir bei der Konferenz hier heute morgen tatsächlich für etwas Wichtiges gekämpft. Es war eine der bedeutsamsten Konferenzen, an denen ich jemals teilgenommen habe, und es ist sehr ermutigend, daß

wir den Präsidenten hinter uns hatten. Das ist doch was. Sie versuchten, ihn herumzukriegen, und sie schafften es nicht — diese Bagage vom Außenministerium. Früher oder später muß der Präsident einfach sein Haus aufräumen, meine ich, diesen üblen Haufen da drüben und die Leute, die für Kartelle, Beschwichtigung und für den Aufbau Europas und für geschäftliche Beziehungen zu diesen Leuten sind — es ist eben nichts weiter als ein übler Haufen.

Mr. Luxford: Hört, hört!

H. M. jr.: Und sie sind für Herbert Hoover124, und Herbert Hoover hat uns diesen Schlamassel eingebracht, und sie sind im Innern Faschisten.

Eine kurze Bemerkung befaßt sich mit Argentinien.

H. M. jr.: Es ist eben ein übler Haufen, und früher oder später müssen sie ausgemerzt werden. Der gleiche Haufen war es, der uns unter Mißachtung aller Spielregeln bekämpft hat. Es ist furchtbar schwer, und wenn ich während solcher Zeiten mal einem von Ihnen gegenüber kurz angebunden bin, dann müssen Sie eben etwas Rücksicht nehmen, denn man kann einen solchen Kampf nicht mit ganzem Herzen und mit Leib und Seele durchstehen und zur gleichen Zeit immer und in jeder Hinsicht freundlich sein. Ich versuche es, aber ich weiß nicht, ob es mir gelingt, jedenfalls war es die Sache wert und ich glaube, es geht jetzt vorwärts mit uns. Wir sind aus unserem Kampf gegen Verbrechen und Verbrecher, glaube ich, Joe, siegreich hervorgegangen. Meinen Sie nicht auch?

Mr. DuBois: Ich weiß nicht.

H. M. j..: Diese Sache — dieses Dokument gibt den Ton an. Ich glaube, in Sachen Reparationen kommen wir jetzt vorwärts, und wenn man uns auch nicht immer zu allen Besprechungen hinzuzieht — auf irgendeine Weise kommen wir auch ohne Einladung dazu. Ich möchte also nur sagen, daß ich glücklich und mit meiner Amtsfamilie zufrieden bin.

124 US-Präsident 1928—1932

Präsident Roosevelts letzter Abend: „grünes Licht" für Morgenthau

Gruppenbesprechung bei Minister Morgenthau

(Das Dokument ist mit dem Vermerk „Entindustrialisierung Deutschlands" überschrieben; 6 Teilnehmer sind genannt.)

12. April 1945,15.35 Uhr (11/1154—1161)

Zunächst wird von verschiedenen Zeitungsberichten gesprochen; Mr. Du Bois erklärt, die Ansichten des Ministers Morgenthau würden so lange in der Öffentlichkeit entstellt wiedergegeben werden, bis er selbst sie zutreffend darlegen könne. Daran schließt sich der nachstehende Meinungsaustausch an.

H. M. jr.: Ich habe vom Präsidenten jetzt grünes Licht, mit den Vorbereitungen für das Buch zu beginnen. Ich zeige es ihm nochmal, aber ich habe jetzt freie Hand bekommen, ich meine damit, daß ich mich mit Volldampf an das Buch mache.

Mr. Bell: Wie lange wird es bis zum Erscheinen des Buches dauern?

Mr. Coe: Wir müssen mehr als das tun.

Mr. Gaston: Das möchte ich auch sagen.

Mr. Bell: Nicht vor dem Tag des Sieges in Europa?

Mr. Gaston: Ich meine, wir könnten es gar nicht früh genug haben.

Es wird darauf hingewiesen, daß „ein halbes Dutzend" geeigneter Federn im Finanzministerium zur Mitarbeit bereitstehen.

H. M. jr.: Ich bin durch eine Besprechung mit dem Präsidenten erneut gestärkt worden, und ich habe dem Präsidenten gesagt, was ich tun will und auch tun werde, und ich meine, ich habe reichlich Rückendeckung, um es zu tun.

Erneut wird von einzelnen Journalisten, u. a. dem bekannten Walter Lippmann, gesprochen; sie sollen zu einem Lunch eingeladen werden, an dem auch Minister Morgenthau teilnehmen will.

Zum Schluß kommt Minister Morgenthau nochmals auf den Präsidenten zu sprechen; diesem habe er gesagt, das Buch werde ein Kapitel enthalten, in dem nachgewiesen werde, daß 60 Millionen Deutsche sich selbst ernähren könnten. Roosevelt habe darauf geantwortet: „Ich habe immer gesagt, daß es so ist."

Es wird noch erwähnt, daß dem Präsidenten Korrekturfahnen des Buches, „das jetzt geschrieben werden muß", vorgelegt werden sollen. Gefragt ob der Präsident zugestimmt habe, daß Morgenthau als Verfasser zeichne, antwortet der Minister kritisch: „Ihr seid so einfältig. Das habe ich nicht gesagt. Ich sagte, ein Programmbuch sei nötig für Mr. Lubin und General Clay und alle anderen."

Zeitgeschichtlicher Hinweis des deutschen Herausgebers:

Am 12. April 1945 nachmittag» — als die hier auszugsweise wiedergegebene Gruppenbesprechung im Finanzministerium stattfand — hatte Präsident Roosevelt in seinem Urlaubsort Warm Springs bereits den Gehirnschlag erlitten, der nach mehrstündiger Bewußtlosigkeit seinen Tod zur Folge hatte.

Minister Morgenthau hatte den Präsidenten noch am Abend vorher besucht. Aus privaten Aufzeichnungen Morgenthaus über dieses letzte Zusammensein zitiert John Morton Blum (a. a. 0., Seite 274) u. a.: «Als ich hineinkam, saß der Präsident im Sessel. Die Füße hatte er auf einem großen Fußschemel liegen und darüber einen Spieltisch gezogen. Er mischte Cocktails. Ich war erschrocken, wie gealtert und abgemagert er war. Seine Hände zitterten, so daß er fast die Gläser umstieß. Ich mußte sie halten, als er die Cocktails eingoß. Als er zwei getrunken hatte, schien er sich etwas wohler zu fühlen. Sein Gedächtnis war schlecht, er brachte fortwährend die Namen durcheinander."

Im Verlauf des Gespräches habe er — Morgenthau — (wie auch in dem Dokument erwähnt) mit dem Präsidenten über die Deutschlandfrage und über das beabsichtigte Buch gesprochen. In der zitierten privaten Aufzeichnung heißt es darüber noch (a. a. 0., Seite 276):

„Ich sagte, ich wolle ihm das Buch zeigen, wenn es fertig sei, und ich möchte gern, daß er das Vorwort schreibe. ‚Schön', sagte er, ‚machen Sie nur weiter. Ich halte das für eine gute Idee. Auch ich habe schon meine Ideen. Ich möchte in das Vorwort etwas über meine Unterhaltung mit Hjalmar Schacht schreiben!' Er erzählte mir die Geschichte, wie Schacht zu ihm gekommen war und über sein armes Land geweint hatte. Schacht sei mehrmals in Amerika gewesen, um zu sagen, die Deutschen seien pleite; aber sie hätten nie bankrott gemacht. Diese Geschichte habe ich schon öfter gehört. Der Präsident scheint sie gern zu erzählen. Ich fragte ihn, ob ich mich weiter mit der Deutschlandfrage befassen solle. Er antwortete mir nur indirekt, und ich sagte: ‚Sehen Sie, Herr Präsident, ich werde hart kämpfen, und dies ist es, wofür ich kämpfe: Wenn Deutschland wirtschaftlich schwach ist, wird es auch politisch schwach sein und keinen Krieg mehr führen können. Ich habe mich dafür eingesetzt, daß wir den Krieg gewinnen, nun will ich auch helfen, den Frieden zu gewinnen.' Der Präsident sagte: ‚Henry, ich stehe hundertprozentig auf Ihrer Seite.'

Am nächsten Tag um 17.25 Uhr wurde Vizepräsident Harry S. Truman davon verständigt, daß er als Nachfolger Roosevelts Präsident der Ver-einigten Staaten geworden war.

Der neue Präsident

Gruppenbesprechung bei Minister Morgenthau

(Am Kopf des Dokumentes sind 12 Teilnehmer genannt)

21. April 1945,16.05 Uhr (11/1169—1172)

Einleitend erwähnt Minister Morgenthau, er habe „ein sehr gutes Gespräch" mit Unterstaatssekretär McCloy gehabt. Darauf stützt sich offenbar sein nachstehender Bericht.

H. M. jr.: General Eisenhower und General Bedell Smith waren mit dem Memorandum vom 23. [März]125 vollkommen zufrieden. Er [McCloy] hat sich drei Abende lang mit ihnen unterhalten und ihnen gesagt, was sich eigentlich zugetragen hat, und er war eine Woche vor General Clay126 dort. Er hatte einige Schwierigkeiten, sie für Clay zu interessieren, weil einige der anderen Leute glaubten, das sei eine Stellung, die sie [selbst] gern haben würden, aber er hat ihnen Clay dann doch schmackhaft gemacht. Ich wurde mit meinem Gespräch nicht fertig, obwohl wir eineinviertel Stunden Zeit hatten. Es erübrigt sich zu erwähnen, daß die Beschreibung, die er von Deutschland gibt, noch schlimmer ist als das, was man in den Zeitungen über vollkommene Desorganisation liest. Die deutschen Großstädte ragen wie verfaulte Zähne in die Landschaft. Er sagte, für General Doolittle127 bleibe nichts mehr zu tun übrig, es seien keine strategischen Ziele mehr vorhanden, man setze die Flugzeuge nur noch zum Abtransport französischer Gefangener und Zwangsarbeiter von der Front in ihre Heimat ein, dasselbe gelte für die Belgier. Das ist jetzt General Doolittles Arbeit. Sie kamen auch überein, die befreiten Russen vorn zu lassen, so daß man sie, wenn man in Kontakt mit den Russen komme, gleich über die russischen Linien abschieben und den Russen übergeben könne, damit man diese entsetzlichen Massen nicht erst zurück und dann wieder nach vorn bewegen muß, und um das Essen für sie einzusparen, was ja auch

125 Gemeint ist die von Präsident Roosevelt an diesem Tag abgezeichnete endgültige Fassung der Direktive ICS 1067.

126 General Lucius D. Clay — während des Krieges im Nachschubwesen verwendet — war am 17. April 1945 zum stellvertretenden Militärgouverneur für die amerikanische Besatzungszone in Deutschland ernannt worden. Später — in den Jahren 1947 bis 1949 — war General Clay selbst Militärgouverneur.

127 Befehlshaber der US-Luftstreitkräfte in Europa.

richtig ist. Baruch war einfach fabelhaft. Er besprach sich mit dem [britischen] Kriegskabinett, wo man ihn wegen Deutschland befragte und wie er zum Morgenthau-Plan stehe, und er hat ihnen doch praktisch erklärt, Morgenthau sei ein Schlappschwanz, und, als er zurückkam, ist er viel stärker für die Dezentralisierung Deutschlands eingetreten als vorher. Und in dem Zimmer dort erwähnte ich, daß sich mit Clayton nach Roosevelts Tod eine Wandlung vollzogen habe, und da sagte er: „Ich reiße ihm das Herz aus dem Leibe, wenn er nicht spurt, und wenn ich einmal mit ihm fertig bin, dann kann er sich in und um Washington herum nicht mehr blicken lassen. Entweder er hat recht in bezug auf Deutschland oder er verläßt Washington."

Mr. Pehle: McCloy oder Baruch?

H. M. jr.: Baruch. Er sagte: „Ich reiße ihm das Herz heraus. Alles, wofür ich jetzt zu leben habe, ist, darauf hinzuarbeiten, daß Deutschland entindustrialisiert wird und daß es in der richtigen Weise geschieht, und da lasse ich mir von niemandem in die Quere kommen." Und ich glaube, er meinte es ernst. Er wurde so erregt, daß er Tränen in den Augen hatte. Nie habe ich einen Menschen so emphatisch sprechen hören. Und er gibt mir Material, wenn er nächste Woche herkommt.

Er [Baruch] sagte zu Präsident Truman, er mache sich große Sorge darüber, daß so langsam gearbeitet wird. „Um Himmels willen, entscheiden Sie sich, was Sie tun wollen", sagte er, „es besteht hier überhaupt kein Plan."

Mr. White: Hat er sich seit seiner Rückkehr mit dem Präsidenten über seine Ansichten unterhalten?

H. M. jr.: Ja, er hatte eine lange Besprechung mit ihm.

Mr. White: Sie wissen nicht, ob er darauf eine günstige Antwort bekommen hat?

H. M. jr.: Das weiß ich nicht, aber er sagte, er habe Stettinius gebeten, den Raum zu verlassen, damit er mit dem Präsidenten ungezwungen sprechen könne. (Gelächter.) Er wollte dem Präsidenten einige sehr vertrauliche Sachen mitteilen, deshalb bat er Stettinius, den Raum zu verlassen. Das hat er mir erzählt, und ich möchte nicht annehmen, daß er mir etwas vorgemacht hat, aber er hat bestimmt alles unternommen, um mich davon zu überzeugen, daß er alles tun will, um mir zu helfen. Er sagte,

die Briten haben sich aus Furcht vor Rußland noch immer nicht entschieden. Was ist nun wichtiger? Der Aufbau Deutschlands oder der geschäftliche Vorteil als Folge einer Entindustrialisierung? Er sagte, über dieses Problem sei England noch nicht hinweg, und das deckt sich mit dem, was wir wissen. Er möchte sich mit mir darüber unterhalten. Er meinte: „Die sind sich noch nicht klar." Und er sagte: „Ich habe den Wiederaufbau in so schönen Farben geschildert, ich sah schon die Gewerkschaften und so weiter und so fort", und er weiß von der ganzen Geschichte über die Pfund-Schulden. Jemand schlug vor, sie zu stornieren. Er sagte, Beaverbrook habe mit der Faust auf den Tisch gehauen und gesagt: „Die Briten werden nie etwas schuldig bleiben." Hm, nicht öfter als einmal alle hundert Jahre!

Aus dem Gespräch mit McCloy berichtet Minister Morgenthau noch, daß dieser dem Gedenkgottesdienst für Präsident Roosevelt in der Londoner St.-Pauls-Kathedrale beigewohnt habe. Churchill habe „wie ein Kind geweint". Über Europa sei man in London besorgt. Dann wendet sich das Gespräch wieder Baruch zu.

H. M. jr.: Nach dem, was ich von Baruch gehört habe, habe ich das Empfinden, er ist sich der Bedeutung einer Freundschaft mit Rußland bewußt. Ich sehe Baruch nächste Woche. Er hat einen besseren Eindruck als je zuvor gemacht. Ich glaube, er liegt richtig mit Deutschland und Rußland und kennt das ganze Problem, und er ist viel tatkräftiger als damals, als wir rübergingen, und seine Gedankengänge waren heute klar wie Kristall — keine verworrenen, nebelhaften Vorstellungen mehr. Bei Admiral Leahy bin ich noch nicht gewesen. Ich weiß nicht, wo er in dieser Sache steht.

Es werden Urlaubspläne besprochen.

H. M. jr.: Ich habe Präsident Truman einen Brief geschrieben[128] und ihm mitgeteilt, daß ich mich nach meiner Rückkehr [vom Wochenendurlaub] mit ihm über die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands unterhalten möchte.

(...)

*

128 In den Memoiren Präsident Trumans (Deutsche Ausgabe Bern 1955, Seite 96) wird ein Besuch erwähnt, den der Finanzminister am 20. April vormittags beim Präsidenten gemacht hat. Nach dem Bericht Trumans wurden bei dieser Gelegenheit nur Finanzprobleme erörtert.

Gruppenbesprechung bei Minister Morgenthau

(Am Kopf des Dokumentes ist vermerkt: „Betreff: Der Morgenthauplan"; 8 Teilnehmer sind genannt.)

1. Mai 1945,10.00 Uhr (II/1331—1336)

H. M. jr.: Ich arbeite jetzt mit Wissen und Genehmigung Präsident Trumans*[129] an einer Reihe von Aufsätzen über den sogenannten „Morgenthau-Plan". Der erste ist fertig. Ich hatte die Absicht, ihn an eine Zeitschrift wie „Life" oder „Collier's" zu geben, und als ich ihn „Life" geben wollte, meinte Feltus, ich sollte „Collier's" den Vorzug geben, erstens, weil man dort an einem sehr guten Artikel über Bretton Woods arbeitet und weil sie zweitens etwas über mich bringen möchten.

Der Minister erwähnt, daß sein Anwalt derzeit bei der Armee eingezogen sei, aber daß auch dessen Vertreter über Beziehungen zu Verlegern verfüge.

Gestern abend fing ich an, mir darüber Gedanken zu machen, weshalb ich die Sache an nur eine Zeitschrift geben sollte. Das Geld dafür bekomme ich ja sowieso nicht. Ich würde kein Honorar dafür annehmen. Bekäme ich Geld dafür, dann würde ich es in Treuhandverwaltung zur weiteren Verwendung für wohltätige Zwecke geben. Die geldliche Seite interessiert mich nicht. Was ich will, ist größte Publizität. . .

Also, den ersten Artikel gebe ich morgen weg; Präsident Truman hat ohne Zögern zugestimmt, aber ich wollte es ihn erst lesen lassen und werde es ihm morgen geben. Und dann will ich ihm — ob er es tun wird, weiß ich nicht — den Vorschlag machen, von sich aus so ein paar einführende Worte dazu zu schreiben, um der Öffentlichkeit zu zeigen, daß er es gelesen und gebilligt hat. Aber das ist zuviel gehofft.

129 **Präsident Truman berichtet in seinen Memoiren (a. a. O., Seite 144f) vom 27. April 1945, er habe an diesem Tag den „Ausschuß zur Bearbeitung der Besatzungsprobleme" unter Leitung des Unterstaatssekretärs Clayton empfangen:**

> **„Die weiteren Ausschußmitglieder waren der amtierende Staatssekretär Grew, der Direktor für Wirtschaftshilfe an das Ausland, Crowley, der Unterstaatssekretär im Kriegsministerium John J. McCloy und der Unterstaatssekretär im Marineministerium, Ralph Bard. Schatzkanzler Morgenthau hatte sich den Herren angeschlossen."**

Nach John Morton Blum (a. a. 0., Seite 305) sprach Morgenthau den Präsidenten bei dieser Gelegenheit persönlich an: „Truman erklärte sich bereit, das Buch über Deutschland anzusehen, das Morgenthaus Mitarbeiter vorbereiteten."

Und noch etwas: Ich habe natürlich auch die Möglichkeit ins Auge gefaßt, es über das OWI („Office of War Information" — Kriegs-Informationsamt) zur Veröffentlichung zu geben. Dadurch erhält es amtlichen Charakter, und das werden sie natürlich mit dem Außenministerium abstimmen wollen und was sonst noch — und das ist nicht so gut.

Es wird über Einzelheiten der Freigabe des ersten Artikels zur Veröffentlichung gesprochen. Der Minister wünscht damit bis unmittelbar nach der deutschen Kapitulation zu warten.

Mr. Gaston: Das OWI ist dienstlich dem Präsidenten unterstellt. Wenn es vom Präsidenten freigegeben ist, sollte meines Erachtens keine Freigabe mehr durch das OWI erfolgen.

H. M. jr.: Gut, schließlich will ich mich nicht als Vergleich hinstellen, aber Jimmy Byrnes hat nie etwas freigegeben. Im übrigen mache ich dies als Henry Morgenthau jr.

Mr. Gamble: Es wird in tausend Artikeln unter dem Titel „Morgenthau-Plan" erscheinen. Ich würde Frank Tripp und noch ein halbes Dutzend Leute von Tripps Format nach Washington bestellen, mich mit ihnen hinsetzen und ihnen erzählen, was mich an der Sache interessiert, das heißt, daß Sie nur an der Verbreitung dieses Plans interessiert sind — nicht aus persönlichen Gründen, sondern wegen der aufklärenden Wirkung, die der Plan Ihrer Ansicht nach auf die Öffentlichkeit auszuüben imstande ist.

Es wird erneut die Frage besprochen, ob und inwieweit die Verbreitung des Artikels sowohl durch eine Zeitschrift wie auch durch die Tageszeitungen erreicht werden können.

***Der Minister bemerkt: Es könne alles sehr schnell gehen, sobald er den Text des Artikels dem Präsidenten zur Kenntnis gegeben und dessen Zustimmung erhalten habe.**[130]

130 **Am 9. Mai bat Präsident Truman den Finanzminister, die Veröffentlichung seines Artikels vorerst zurückzustellen:**

> **„Ich möchte mit Stalin und Churchill sprechen, und dabei möchte ich alle Karten in der Hand haben; eine davon ist der Deutschlandplan. Ich möchte meine Karten nicht vorher ausspielen." (John Morton Blum, a. a. 0., Seite 307).**

Am 10. Mai unterzeichnete Truman auch seinerseits — wie es anderthalb Monate vorher Präsident Roosevelt getan hatte — die Direktive ICS 1067 für die Besatzungspolitik in Deutschland. Morgenthau beurteilte dies — wie Blum bemerkt — als einen „großen Erfolg für das Finanzministerium".

Deutschland — ein Bollwerk gegen Rußland?

Aktennotiz mit der Überschrift „Interner Schriftverkehr des Finanzministeriums"

24. April 1945 (11/1179—1180)

Herrn Minister Morgenthau

Es ist mir — und ich nehme an, auch Ihnen — klar, daß der tatsächliche Beweggrund bei den meisten jener Leute, die gegen ein schwaches Deutschland sind, nicht in einer wirklichen Meinungsverschiedenheit über die Frage liegt, ob ein starkes Deutschland wesentlich für ein starkes Europa ist, oder ob 30 Millionen Deutsche hungern, wenn Deutschland schwach ist. Wie uns Winant in London sagte und wie — so nehme ich an — Baruch Ihnen mitteilte, werden die Kräfte in England, die für ein starkes Deutschland plädieren, von dem Gedanken beherrscht, daß man ein starkes Deutschland als Bollwerk gegen Rußland braucht. Das gleiche Motiv beherrscht die Gedanken jener Kräfte in unserer Regierung, die Deutschland gern aufbauen möchten. Selbst Personen wie Despres und Luthringer im Außenministerium bestätigen diese Tatsache.

Die Aufzeichnung verweist dann noch auf eine Rede Stalins zur polnischen Frage und empfiehlt ein Memorandum an Präsident Truman.

J. E. DuBois jr.

Zeitgeschichtlicher Hinweis des deutschen Herausgebers:

□ **Im April 1945 war der Deutschland**
□ **getreten. Die anglo-amerikanischen Truppen erreichten am 12. 4.**
□ **Elbe, wo sie stehenblieben, um die Eroberung Berlins den Sowjets zu**
□ **überlassen, deren Angriff von der Oderfront am 15. April begann. Auch**
□ **Hitlers letzte militärische Entscheidung (22. 4.): den Westalliierten den**
□ **Weg in die Reichshauptstadt**
□ **kämpfen, blieb ohne Einfluß auf das Geschehen. Nach Hitlers Tod am**
□ **30. April gab es keinen Zweifel mehr, daß die Kampfhandlungen in**
□ **Europa innerhalb weniger Tage zu Ende gehen würden.**

Das Problem der Zwangsarbeit

Kommissionsbesprechung

(Das Dokument ist mit dem Vermerk „Reparationen" überschrieben; 22 Teilnehmer sind genannt, darunter General Hilldring, Mr. Clayton, Mr. Lubin sowie Beamte des Finanz-, Kriegs- und des Außenministeriums.)

1. Mai 1945,10.30 Uhr (11/1337—1368)

Mr. Clayton trägt ein Dokument über die von Deutschland zu fordernden Reparationen vor, das nach Billigung durch Minister Morgenthau dem Präsidenten (Truman) unterbreitet werden soll.

Eine Diskussion entsteht im Hinblick auf den in der Konferenz in Jalta beschlossenen Einsatz deutscher Arbeitskräfte als Reparationsleistung.

Mr. Crowley131: Darf ich mich dazu einmal äußern? Ich habe nichts dagegen, wenn man sich mit den Reparationsschulden befaßt oder mit Material und Fabrikationsstätten, wenn es aber um Menschen geht, dann kann ich nicht mitmachen. Ich glaube, die Vereinigten Staaten geben im ersten Teil dieses Papiers zu erkennen, daß sie, was ihren Anteil an Reparationsleistungen betrifft, keine Zwangsarbeit und keine Übergabe von Gefangenen wünschen. Ich habe keinerlei Verständnis dafür, wie sich Deutschland aus anderen Ländern Zwangsarbeiter beschafft und wie es die einzelnen Menschen behandelt hat.

Ich glaube, die ganze Ideologie bei uns in Amerika geht nicht dahin, Leib und Seele eines Menschen zwecks Abtragung von Reparationsverpflichtungen mit einem Preisschild zu versehen, und was mich angeht, wissen Sie doch alle, daß ich nie etwas unterschreiben werde, woraus hervorgeht, daß Amerika den Handel mit Menschen als Zwangsarbeiter befürwortet, und daß ich, falls dies als Tatsache hingenommen wird, mir vorbehalte, meine persönliche Ansicht in dieser Sache vor die Öffentlichkeit zu bringen, weil mich das zutiefst bewegt, und ich bin der Auffassung, dieser ganze Krieg wurde wegen der Behandlung der Menschen als solcher und ganzer Familien geführt, und ich bin dafür, daß die Deutschen Reparationen leisten sollen. Ich bin dafür, daß man ihnen alles wegnimmt — bis auf ihr Recht zu leben. Ich bin dafür, daß man es die Leute spüren läßt, die für diesen Krieg verantwortlich sind, und daß man sie zur Rechenschaft zieht. Ich bin nicht dafür, daß man sich an eine Menge kleiner Leute hält, weil sie unter dem Einfluß und der Propa-

131 Vergl. Anmerkung Seite 46.

gandaeinwirkung ihrer Führer standen, daß man sie nimmt — und daß man die Kinder aus den Armen ihrer Mütter nimmt und dergleichen —, nach Rußland und sonstwohin, um so eine Schuld zu begleichen, die Sache eines Staates ist, der viele andere Menschen versklavt hat. So, das ist meine Ansicht.

Mr. Lubin: Leo [Crowley], wenn Sie das hier lesen —

Mr. Pauley: Das wird zweifellos einer der strittigsten Punkte sein. Ich glaube, Großbritannien und wir haben beide darauf hingewiesen, daß wir, selbst wenn wir wollten, von all dem keinen Gebrauch machen können.

Mr. Crowley: Wir können diesen Punkt zu einer Sache unserer Politik macben.

Mr. Pauley: Dieser Ansicht bin ich auch und ich glaube nicht, daß es bis auf die Auslegung des Begriffs „Zwangsarbeit" viele Meinungsverschiedenheiten gibt.

Mr. Crowley: Wenn man es den Leuten überläßt zu beurteilen, was Zwangsarbeit ist, dann werden sie alle Zwangsarbeiter sein.

Mr. Lubin: Sie hätten zum Beispiel nichts dagegen, wenn wir die Gestapoleute und SS-Männer einsperrten?

Mr. Crowley: Die soll man vor Gericht stellen und ihre Strafe verbüßen lassen, aber das ist sicher etwas ganz anderes, als wenn man 2 oder 3 Millionen Menschen zu Zwangsarbeitern macht.

Mr. Bard: Sie wären mit ihnen nach einem Gerichtsurteil als Zwangsarbeiter einverstanden?

Mr. Crowley: Mit allem, sobald unser Gericht sein Urteil gesprochen hat.

Mr. Bard: Was ich zur Sprache bringen wollte, ist hierin nicbt enthalten. Ich habe zwar noch keine Ansichten dazu gehört, aber angenommen, 1 oder 2 Millionen Leute gehen nach Rußland — mir scheint, es müßte ein System geben, wonach dies gegen Reparationen aufzurechnen wäre, nach einem Satz von 1 Dollar pro Tag oder sonst irgendwie. Auf diese Weise können sie die Reparationen schneller abzahlen.

Mr. Crowley: Vielleicht geben Sie auch anderen Leuten Gelegenheit zu einem Gegenangebot, sagen wir, 1,50 Dollar oder —

Mr. Bard: Man könnte dem einzelnen Mann 50 Cent pro Tag

oder einen ähnlichen Betrag geben, d. h. allen Gefangenen, aber man sollte 1 Dollar pro Tag auf Reparationen anrechnen, damit die Reparationsschuld so durch Arbeitsleistungen mit abgetragen wird. (Mr. Crowley und Mr. Fowler verlassen den Besprechungsraum.)

Nach dem Weggang Crowleys kommt es über dessen Einwendungen zu einer nochmaligen Debatte.

Mr. DuBois: Die Frage ist, wie weit man verantwortlich ist. Ich glaube, jeder ist dafür, daß wir zu irgendeiner Übereinkunft hinsichtlich des Lebensstandards und der Beschäftigungsbedingungen kommen sollten. Die Frage ist, wie weit man darüber hinaus gehen soll. Sehen Sie, zum Beispiel in diesem Fall ist es nicht so, wie Mr. Crowley sagte, als ob wir beliebige Personen nähmen, denn schließlich nehmen wir in erster Linie Gestapo-Leute und SS-Männer sowie andere, die eine Bestrafung verdienen. Haben wir uns erst geeinigt, daß sie einen anständigen Lebensstandard und bestimmte vernünftige Beschäftigungsbedingungen haben sollen — warum müssen wir dann noch eine internationale Organisation über sie stellen — da, glaube ich, stößt man auf eine Menge Schwierigkeiten.

Mr. Bard: Ich glaube nicht, daß Sie an eine internationale Organisation denken. Die Kommission selbst ist es ja, die sich weiter mit der Sache befaßt, wie Sie sagen, und die Arbeit der Kommission überprüft.

Mr. Lovett: Es fällt mir schwer, der Argumentation zu folgen. Wenn wir diesen Schritt nicht unternehmen, verringern wir doch in keiner Weise unsere Verantwortung als Mitglied der [alliierten] Reparationskommission. Das [dieser Umstand] macht dies [die Überwachung?] möglich angesichts der Vereinbarung von Jalta, die ja unsere Unterschrift trägt. Wenn an dieser Argumentation etwas wäre, dann, Mr. DuBois, bestünde eine Möglichkeit zur Regelung dessen, was Sie vorgebracht haben, darin, daß man dem Internationalen Roten Kreuz die Zuständigkeit überträgt, dessen man sich ja in Kriegsgefangenenlagern bedient. Ich habe nur ganz geringe Hoffnung, daß die Franzosen und Russen, die hier mit die ersten Ansprüche geltend machen dürften, einen derartigen Vorschlag akzeptieren würden, aber ich glaube bestimmt, daß es sehr verdienstlich ist, wenn unsere Regierung sich dahingehend ausspricht, daß sie

empfiehlt und sich bemüht, ihn [einen solchen Vorschlag] durchzusetzen.

Mr. Pauley: Was übrigens die Frage der Verantwortung betrifft — diese Verantwortung lastet jetzt auf uns, und wir können ihr nicht ausweichen. Falsch handeln können wir so oder so — ob wir gar nichts unternehmen oder ob wir etwas unternehmen —- und somit haben wir es mit einem Problem zu tun, das wir bei den Hörnern packen müssen, nachdem wir es aufs gründlichste untersucht haben.

H. M. jr.: Ich hätte eine Frage. Mir ist nicht ganz klar, wie Mr. Crowley hierzu steht. Kennen Sie seine Einstellung?

Mr. Clayton: Joe [DuBois], wissen Sie das?

H. M. jr.: Ich habe das einfach nicht mitbekommen und halte es für furchtbar wichtig. Die Stelle, wo er sagte, falls wir eine bestimmte Richtung einschlügen, würde er sich veranlaßt fühlen, sich an die Öffentlichkeit zu wenden; das verstehe ich einfach nicht.

Mr. Fowler: Herr Minister, ich halte es für besser, die nähere Erläuterung seiner Ausführungen ihm selbst zu überlassen. Ich weiß — es ist ja auch ganz offenbar — daß es ihm als Frage des Prinzips sehr am Herzen liegt, daß die Vereinigten Staaten sich gegen jeglichen Handel mit Arbeitskräften auf der Basis dessen, was man gewöhnlich „Zwangsarbeit" nennt, erklären. Worüber ich mir nicht klar bin, ist, welche Art von Maßnahmen oder welcher Standpunkt mit dem Protokoll über den Einsatz deutscher Arbeitskräfte in Einklang stehen würde, ohne mit dem genannten Prinzip in Kollision zu geraten. Ich würde mal den Versuch machen und das nehmen, was Sie hier als Entwurf herausbringen, und mich dann eingehender mit ihm darüber unterhalten.

H. M. jr.: Darf ich folgenden Vorschlag machen? Ich meine, jemand vom Außenministerium müßte Mr. Crowley zeigen, was das Abkommen von Jalta enthält, und daß nicht wir in diesem Raum hier entscheiden, ob es Zwangsarbeit geben soll oder nicht. Wir führen nur das aus, was im Abkommen von Jalta steht, und wenn Mr. Crowley protestieren will, dann protestiert er nicht gegen diese Gruppe hier, er protestiert dann gegen Jalta, das sollte klargestellt werden.

Mr. Fowler: Die einzige Unterlage, die wir zu diesem Punkt

erhalten haben, ist eine Ausfertigung des sogenannten Protokolls, das den Einsatz deutscher Arbeitskräfte als eine Art von Reparationsleistungen vorsieht. Welche Erörterungen vor der Aufnahme dieser Klausel stattgefunden haben und was der allgemeine Sinn in der Umgebung der betreffenden Passage in dem Dokument ist, das weiß ich nicht.

Mr. Bard: Er hat sich ziemlich klar ausgedrückt. Ich stellte ihm die Frage, ob er dagegen sei, daß man einfach jeden nehmen sollte, der für die Nazi-Regierung tätig gewesen ist, oder pauschal wahllos irgendwelche Leute, und er sagte: „Wenn sie verurteilt sind — wenn die SS-Männer und Gestapo-Leute verurteilt sind — habe ich dagegen nichts einzuwenden."

H. M. jr.: Also, ich wiederhole jetzt nur, was ich bereits gesagt hatte: Ich finde, es liegt jetzt bei Mr. Clayton als Vertreter des Außenministeriums, Mr. Crowley klarzumachen, daß wir das Abkommen von Jalta ausführen und daß wir, das heißt unsere Gruppe hier, nichts von uns aus in die Wege leiten.

Mr. Clayton: Das ist ihm bereits klar, Herr Minister, er weiß das.

H. M. jr.: Aus dem, was er sagte, habe ich entnommen, sein Protest richte sich gegen diesen Ausschuß und dieses Dokument hier, und ich möchte nur die Gewißheit haben, daß er das versteht.

Mr. Clayton: Das versteht er vollkommen, und ich habe es mit ihm besprochen, und er weiß, daß wir im Rahmen des Abkommens von Jalta handeln.

Mr. Pauley: Ich bin sicher, er denkt ernstlich nicht daran, sich an die Öffentlichkeit zu wenden.

Mr. Bard: Er spricht von Zwangsarbeit, und in diesem Dokument hier steht nichts von Zwangsarbeit.

Mr. Pauley: Die ganze Sache dreht sich um die „Verwendung von Arbeitskräften" und wie man es sonst nennen mag. Ich persönlich würde jedenfalls vor keine Kommission treten, die das Zwangsarbeit nennt.

Mr. Fowler: Ich glaube, eine der Fragen, mit der wir uns wirklich auseinandersetzen müssen — wie ich ihm[132] vor ein paar

132 Mr. Fowler (Beamter des Außenministeriums) hatte Mr. Crowley begleitet, als dieser die Besprechung verließ, war aber dann wieder in den Konferenzraum zurückgekehrt (H/1346).

Minuten beizubringen versuchte — ist, wie groß die Kategorie der Angehörigen der Gestapo und der SS-Organisationen sowie jener Organisationen tatsächlich ist, bei denen schon die Mitgliedschaft eine Mitschuld durch Zugehörigkeit bedeutet. Mitschuld durch Zugehörigkeit, glaube ich, hat es nie in unserer Doktrin gegeben. Im Fall der Gestapo und der SS gehen wir davon aus, daß die Mitgliedschaft eine gewisse Schuld impliziert, ohne die Tätigkeit des einzelnen Mitglieds persönlich zu bestimmen, wenn man aber zu dem nächsten Glied der Passage kommt — nämlich „aktive und fördernde Mitglieder der Nazi-Partei oder einer ihrer Organisationen" — sind das nun die zehn Millionen Mitglieder, die Beiträge gezahlt haben oder nicht? Zu dieser Frage nehme ich hier nicht Stellung. Ich versuche nur, diesem Problem auf den Grund zu gehen und festzustellen, wie weit man hinsichtlich der Personenzahl und bis zu welcher Ebene der Organisationen man geht. Liegt das Problem in der Anwendung der betreffenden Passage? Ich glaube, es hätte eine ganze Menge mit seiner Einstellung zu tun, wenn man der Auffassung wäre, daß mit der Formulierung „aktive und fördernde Mitglieder der Nazi-Partei" gemeint sei, bis hinunter zum kleinsten Mann zu gehen, der ein Parteibuch hatte und einer der — sagen wir mal, nur um eine Zahl zu nennen — zehn Millionen Mitglieder war. Ich glaube, er hätte eine sehr schwerwiegende Frage bezüglich —

H. M. jr.: Darf ich mal kurz unterbrechen? Legen wir doch ruhig die Karten auf den Tisch: Die Russen haben sich in Rumänien Leute gegriffen, die, wie wir es nennen, deutscher Abstammung sind, und darin besteht ihr einziges Verbrechen, und sie haben eine große Anzahl dieser Menschen genommen und verwenden sie zur Zeit als Arbeitskräfte. Das ist also eine feststehende Tatsache.

Mr. Fowler: Das stimmt, und das ist es, glaube ich, worüber er sich Sorgen macht.

H. M. jr.: Wir sollten uns am besten wohl mit allen Tatsachen vertraut machen. Und diese Dinge tragen sich doch heute zu, stimmt das?

Mr. Clayton: Nach unseren Informationen, ja.

Es wird weiter darüber gesprochen, wie die Bestimmungen über Zwangsarbeit formuliert werden sollen. Es wird dazu noch ein Text ausgearbeitet,

der dem Präsidenten vorzulegen sei. Clayton betont, daß die Zwangsarbeiter vor allem von Rußland und Frankreich angefordert werden; es werde das Problem auftreten, daß dorthin auch Arbeitskräfte aus der amerikanischen und britischen Zone abgegeben werden müßten.

Die „Kategorien"

Kommissionsbesprechung

(Das Dokument ist mit dem Vermerk „Reparationen" überschrieben; 21 Teilnehmer sind genannt — außer Mr. Crowley die gleichen wie bei der Besprechung am 1. Mai.)

3. Mai 1945, 9.00 Uhr (11/1371—1416)

In dieser wieder sehr ausgedehnten Aussprache über die Weisungen, die auf Grund der Jalta-Beschlüsse in Reparationsangelegenheiten zu formulieren seien, ist nochmals von Zwangsarbeit die Rede. Man geht jetzt davon aus, daß zum Arbeitseinsatz nur Deutsche bestimmter „Kategorien" oder Verurteilte herangezogen werden sollen. Dabei entsteht nachstehende Debatte.

Mr. Fowler: Wer soll bestimmen, daß sie diese spezielle Art Bestrafung verdienen, und wie soll das vor sich gehen?

Jetzt sind wir dabei — angesichts der bis jetzt vorliegenden Unterlagen nehmen wir diese speziellen Gruppen und sorgen dafür, daß sie verfügbar sind und für diese Art Arbeitseinsatz in Frage kommen. Mir scheint, man öffnet Pandorabüchsen, wenn man einfach eine generalisierte Kategorie auf eine Menge sehr feiner Fragen nach graduellen Unterschieden einführt, die, wenn man sie festlegen wollte — es ist eben nicht eine einfädle redaktionelle Frage der Aufnahme einer allgemeinen Kategorie in Form einer Klausel, die Tür und Tor dazu öffnet, daß dieser Zwangsarbeitsdienst unübersehbare Ausmaße annimmt.

Mr. Coe: Haben Sie eine Ahnung von der Zahl dieser Zwangsarbeiter, Joe? Haben Sie irgendwelche Zahlen ermittelt?

Mr. Fowler: Nein.

Mr. Coe: Ich weiß, die Franzosen haben drei Millionen angefordert.

Mr. Fowler: Das ist es gerade, diese Art von Dreimillionen-Anforderungen für Zwangsarbeitsleistungen ohne Rücksicht darauf, ob die einzelnen Menschen — ob ihre Taten oder ihr Verhalten diese Art einer völlig außergewöhnlichen Behandlung verdienen — eben das ist das Problem, das uns Kummer macht. Diese Zahl von drei Millionen ist es.

Es wird nach, einer Formel gesucht, die auch Angehörige künftiger Organisationen, die „den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen", für Zwangsarbeit erfaßbar macht.

Mr. Fowler: Nun zu den Gruppen, die wir hier festgestellt haben — wie Mr. Riddleberger gestern ausführte, wissen wir, daß jeder Deutsche, der ein Mitglied dieser Gruppen wurde oder ein Führer, Mitarbeiter, förderndes oder aktives Mitglied in der Nazi-Partei war, dadurch, daß er sich mit offenen Augen dort hineinbegeben und gewußt hat, was dort vorging, erfaßt ist — wovon Sie [jetzt] sprechen, ist etwas für die Zukunft. Wir hätten nichts dagegen, an dieser Stelle „oder andere, die erheblicher Vergehen gegen die Bestimmungen der Besatzungsmächte, für die eine ähnliche Bestrafung vorgesehen ist, überführt worden sind" hinzuzufügen. Andererseits, glaube ich, wollen wir nicht zu weit gehen, indem wir dieses Prinzip der Mitschuld durch Zugehörigkeit auch auf in der Zukunft sich bildende Organisationen und Gruppen anwenden —

Mr. Riddleberger: Könnten wir nicht das, was wir wollen, dadurch erreichen, daß wir einen weiteren Satz einbauen, der besagt, daß für Mitglieder illegaler oder anderer Organisationen, die sich zum System oder zur Ideologie der Nazis bekennen, Zwangsarbeit vorgesehen ist?

Mr. Fowler: Gewiß, irgend so etwas.

[...]

Mr. Coe: Fügen Sie noch „Militaristen" hinzu.

Mr. Despres: Das ist keine besondere Kategorie.

Mr. Lovett: Aber gewiß ist es das.

Mr. Coe: In [der Direktive] 1067 sprechen wir von „Nazismus" und „Militarismus".

Mr. Glasser: Wie wäre es mit „— [die] sich Zwecken, die gegen die Vereinten Nationen gerichtet sind, verschrieben haben —"?

Mr. Clayton: Das ist sehr weit gefaßt.

[...]

H. M. jr.: Mir gefällt Mr. Lovetts Vorschlag, die Militärs mit hineinzubringen.

[...]

Mr. DuBois: Joe, ich würde gern folgendes zu dem ganzen Fragenkomplex über die Reaktion hier sagen. Ich weiß wohl,

(laß die Dinge in ein paar Jahren anders liegen können, ich glaube aber nidit, daß wir die Tatsache übersehen können, daß im Juli, noch bevor der Bericht über die Grausamkeiten herauskam, nach der Gallup-Befragung einundsiebzig Prozent der [US-]Bevölkerung dafür waren, daß drei oder vier Millionen Deutsche zu Wiederaufbauarbeiten in Rußland eingesetzt werden sollten. Das war eine spezifische Frage, die ihnen vorgelegt wurde, und persönlich bin ich der Ansicht, daß Sie die Reaktion des amerikanischen Volkes hierauf stark übertreiben. So, jetzt haben wir den Fragenkomplex schon eingeengt und zwar tatsächlich so, glaube ich persönlich, wie es nicht beabsichtigt war. So wie es sich jetzt deutlich darbietet, läuft es darauf hinaus — die Gedanken der Russen darüber haben sich ganz bestimmt nicht in diesen Grenzen bewegt. Die Frage lautet, wie weit wollen Sie gehen?

Mr. Fowler: Sie werfen jetzt die Frage auf, ob drei oder vier Millionen Deutsche nach Rußland gehen und dort am Wiederaufbau arbeiten sollen. Falls Sie über ein freiwilliges Arbeitssystem sprechen wollen, über die Anwerbung von freiwilligen Arbeitskräften, wobei die Regierung zahlt —

Mr. DuBois: Meine Frage zielt auf Zwangsrekrutierung, ob drei oder vier Millionen Deutsche nötig seien, um in Rußland Städte wieder aufzubauen. Das ist gewiß nicht freiwillig.

Man einigt sich auf eine Formel, nach der Zwangsarbeit nur von „Kriegsverbrechern" und Personen, die als Mitglieder der Gestapo, der SS, Führer der SA, leitende „Kollaborateure", „fördernde und aktive Mitglieder der Nazipartei oder Verwaltung in einem geeigneten Verfahren ermittelt werden".

Nach Claytons Ansicht werde diese Formulierung „sehr viele Leute erfassen"; sie könne ohne Widerspruch angenommen werden (11/1407).

Der Einwand des Richters Jackson

Die beiden nachstehend ungekürzt wiedergegebenen Texte sind in der amerikanischen Originalausgabe als „Abschrift" bezeichnet.

Weißes Haus

Washington, den 17. Mai 1945 (11/1279—1280)

The Honorable

Herrn Finanzminister

Sehr geehrter Herr Minister!

Ich verweise auf den Bericht „Informeller Ausschuß zur

Erarbeitung von Richtlinien für Deutschland; Anweisungen für Vertreter der Vereinigten Staaten bei der Reparationskommission" [„Informal Policy Committee on Germany, Instructions for the United States Representatives on the Reparation Commission"], Ausfertigung Nr. 30, sowie auf Absatz 4-D.

Gemäß unserer letzten Besprechungen wurde vereinbart, daß ich den gesamten Wortlaut von Absatz 4 mit Justice133 Robert Jackson erörtern würde. Dies habe ich getan; desgleichen habe ich die Angelegenheit mit Judge* Sam Rosenman besprochen und übersende Ihnen anliegend die Abschrift einer Mitteilung, die ich von Justice Jackson erhalten habe und die mit dem Einverständnisvermerk von Judge Rosenman versehen ist.

Ich habe William L. Clayton vorgeschlagen, vor meiner Abreise am Sonntag eventuell eine Besprechung zur nochmaligen Erörterung dieser Angelegenheit im Sinne des Memorandums von Justice Jackson anzuberaumen.

Hochachtungsvoll
(gez.) Edwin W. Pauley
Vertreter der Vereinigten Staaten
Alliierte Reparationskommission

*

Anlage — streng geheim

Memorandum für Edwin W. Pauley, Vertreter der Vereinigten Staaten bei der Reparationskommission

Betr.: Entwurf von Anweisungen

Ein Teil dieses Entwurfs befaßt sich mit der Aburteilung von Kriegsverbrechern. Von diesem Gesichtspunkt aus ist Abschnitt 4 Gegenstand ernster Einwände.

Abschnitt 4d bestimmt, daß „Zwangsarbeit nur zu leisten ist von Kriegsverbrechern und solchen Personen, die in einem geeigneten Verfahren eindeutig als Angehörige der Gestapo, der SS, des Sicherheitsdienstes der SS, als SA-Führer oder führende Mitarbeiter, fördernde und aktive Mitglieder der Nazi-Partei oder ihrer Gliederungen ermittelt worden sind".

Hierdurch werden Personen wegen ihrer bloßen Mitglied-

133 „Mr. Justice" ist die Anrede für einen Richter am Bundesgerichtshof der Vereinigten Staaten; „Judge" ist der Titel für Richter an anderen US-Gerichten.

schaft in diesen Organisationen der Bestrafung mit Zwangsarbeit ausgesetzt. Dadurch würden Gerichtsverfahren zur Untersuchung des ungesetzlichen Status dieser Organisation oder der Schuldfrage ihrer Mitglieder zur Farce werden. Der einzige Zweck eines Gerichtsverfahrens besteht darin, zu bestimmen, ob der Aufbau und die Eigenart dieser Organisation so beschaffen sind, daß eine Mitgliedschaft darin eine Bestrafung rechtfertigt. Dies alles wird durch das betreffende Dokument als bereits gegeben hingestellt. Abschnitt 4d sollte nicht mehr als im wesentlichen folgendes beinhalten:

„Zwangsarbeit ist nur zu leisten von überführten Kriegsverbrechern, und zwar für die Dauer und nach den Bedingungen, wie sie im Urteil festgesetzt sind."

Darüber hinaus liegt es nicht bei mir, was hinsichtlich Reparationsleistungen durch Arbeitseinsatz zu unternehmen wäre. Wie ich Ihnen jedoch sagte, bin ich der Auffassung, daß das Vorhaben, Arbeitskräfte in großer Anzahl zwangsweise zur Arbeitsableistung im Ausland einzusetzen, das heißt, sie in Konzentrationslagern zusammenzupferchen, die moralische Position der Vereinigten Staaten in diesem Krieg stark untergraben wird. Wie Harriman uns zu verstehen gegeben hat, wird die Behandlung derartiger Arbeitskräfte, nach amerikanischen Normen gemessen, unweigerlich „entsetzlich" sein. In ein bis zwei Jahren werden dann von Rußland her Geschichten über grausame Behandlung dieser Arbeitskräfte heraussickern, Schilderungen, von denen ich befürchte, daß sie nur zu begründet sein und die meiner Auffassung nach in amerikanischen Kreisen zu scharfer Verurteilung führen und sich sehr nachteilig für diejenigen auswirken werden, die ein derartiges Verfahren befürwortet haben. Ich bin sicher, daß bei den durch Präsident Roosevelt in Jalta eingegangenen Bindungen mit Dingen, wie man sie jetzt vorhat, nicht gerechnet wurde. Was die Welt braucht, besteht nicht darin, daß man einen Menschenhaufen aus Konzentrationslagern herausläßt, um einen anderen hineinzustecken, sondern daß dem Gedanken des Konzentrationslagers ein Ende gemacht wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung
(gez.) Robert H. Jackson

Gebilligt: (gez.) Samuel I. Rosenman

Zeitgeschichtlicher Hinweis des deutschen Herausgebers:

In der nachfolgend wiedergegebenen Konferenz am 18. Mai 1945,16 Uhr, stellte sich heraus, daß Justice Jackson nicht ernstliche Einwände dagegen erhob, daß Zwangsarbeitslager beibehalten wurden; er forderte lediglich ein juristisches Vorverfahren, das er selbst als „unkonventionell" bezeichnete.

Die später von Jackson in seiner Eigenschaft als Hauptankläger der USA beantragten und vom „Internationalen Militär-Gerichtshof" in Nürnberg ausgesprochenen Pauschalurteile gegen sog. „verbrecherische Organisationen" gründeten sich auf die von dem Moskauer Professor Aron N. Trainine entwickelte sog. „Komplizen"-Theorie. In einer bereits im Januar 1945 in Paris in französischer Übersetzung erschienenen Schrift „La responsabilité pénale des Hitleriens" stellte Trainine[134] die These auf, das Deutsche Reich Hitlers sei ein „état criminel", ein „Verbrecherstaat"; alle Deutschen, die diesem Staat gedient haben, seien als „Komplizen" anzusehen und müßten bestraft werden.

Diese Forderungen, deren unmittelbarer Zusammenhang mit dem sowjetischen Verlangen nach deutschen Arbeitskräften durch die Dokumente des Morgenthau-Tagebuches verdeutlicht wird, fanden ihren Niederschlag sowohl im Londoner „Kriegsverbrecher"-Statut wie auch in allen späteren sog. „Entnazifizierungs"-Gesetzen (vergi. Germanus „Bilanz der Unterwerfung", Leoni 1967, Seite 100—117). Trainines entscheidende Mitwirkung wurde besonders dokumentiert: Während die USA, Großbritannien und Frankreich das Londoner Protokoll nur durch je einen Regierungsvertreter unterzeichnen ließen, wurde es von der Sowjetunion sowohl durch Unterschrift des Delegationsleiters Nikitschenko wie auch von Trainine ratifiziert.

„Es geht hier nicht um Bestrafung"

Gruppenbesprechung bei Minister Morgenthau

(Das mit dem Stichwort „Reparationen" überschriebene Dokument gibt eine Vorbesprechung zu der für eine Viertelstunde später anberaumten Kommissionssitzung wieder. 6 Teilnehmer sind genannt.)

18. Mai 1945,15.45 Uhr (11/1490—1493)

Einleitend werden einige Personalien besprochen.

Mr. DuBois: Was hier wirklich vorliegt, wie wir es sehen, Herr Minister, ist ein Versuch Jacksons, Zwangsarbeit überhaupt auszuschalten. Wenn Sie mal seinen Brief lesen, geht daraus ganz klar hervor, daß er im wesentlichen tatsächlich gegen jede Art von Arbeitsleistungen ist. Und das ist, wie ich

134 So die Schreibweise des Namens in der französischen Publikation. Die englische Schreibweise des russisch-jüdischen Namens lautet „Trainin" (vgl. Seite 291).

es sehe, eine seiner Methoden, das gesamte Programm zu sabotieren.

H. M. jr.: Robert Jackson?

Mr. DuBois: Jawohl, zusammen mit Sam Rosenman. Sam Rosenman ging mit diesem Memorandum konform, und wenn Sie im übrigen Sam Rosenmans letzten Bericht über befreite Gebiete gelesen hätten, könnten Sie feststellen, daß er dort sagt, man müsse Deutschland aufbauen. Das müsse man tun, sonst gebe es ein Chaos in Europa.

H. M. jr.: Er sagte mir, sie würden hungern, und man müsse den Kohlenbergbau in Betrieb setzen und so weiter.

Mr. DuBois: In seinem Bericht geht er noch viel weiter. Die Methode, nach der er vorgeht, ist die These, daß nur jemand, der tatsächlich für schuldig erklärt worden sei, zu Zwangsarbeit eingesetzt werden dürfe, das bedeutet, daß er es in der Hand hat, wer dafür zum Einsatz kommt.

H. M. jr.: Wer hat das in der Hand?

Mr. DuBois: Jackson. Denn das heißt, daß nur Personen eingesetzt werden können, die er für schuldig erklärt.

Mr. Pehle: Und sie aburteilt.

Mr. DuBois: Zu Zwangsarbeit; und die können dann nur gemäß dem von ihm festgesetzten Strafmaß eingesetzt werden.

Minister Mergenthau macht einige Bemerkungen über internationale Währungsregelungen und ein darauf bezügliches Memorandum für Präsident Truman.

H. M. jr.: Joe O'Connell war dabei, ebenso Luxford und auch White. Der Präsident las es sehr gründlich, schwenkte es in der Luft und sagte: „Das regle ich mit Stettinius." Er sagte: „Sie [Morgenthau] sind zuständig." So, damit fallen alle Finanzangelegenheiten auf außenpolitischem Gebiet in die Zuständigkeit des Finanzministers. Und jetzt, wo ich weiß, daß der Präsident, den wir haben, das unterstützt, glaube ich, wir können gewiß so aggressiv wie bisher sein, weiter nichts, und immer — wie soll ich sagen —

Mr. White: Auf unserem eigenen Gebiet. Ich will dieses Gebiet natürlich nicht näher definieren, aber —

Mr. Bell: Das wollte ich fragen.

H. M. jr.: Unsere Weidegründe sind nicht eingezäunt, aber wir bleiben immer auf der eigenen Weide.

Mr. Bell: Manchmal ist die andere Weide aber etwas fetter.

H. M. jr.: Also, jedenfalls glaube ich, wenn ich so sagen darf, Pauley hat diese Position bezogen. Ich weiß nicht, wie die Sache funktionieren wird. Ich habe das Pauley gesagt und ihn gefragt, ob wir abwarten sollen, wie diese Sache weitergeht, und er antwortete: „Nein, ich möchte, daß Sie Widerspruch erheben", dann wollen wir mal abwarten und sehen, wie die Sache weitergeht, denn Pauley sagte ja zu mir am Telephon: „Wenn Jackson sich durchsetzt, hat es keinen Zweck, daß ich zur Reparationskommission gehe, denn die hat keine Leute zum Arbeiten." Er sagte: „Wenn ich hunderttausend Leute kriege und Jackson fünf Millionen, hat es keinen Sinn, daß ich gehe."

Mr. Bell: Ich frage mich, ob das Jackson überhaupt etwas anging, dies einfach zu lesen.

H. M. jr.: Pauley bestand darauf, daß Jackson diese Sache sehen sollte. So, wenn Sie jetzt nur etwas Geduld haben würden, bis ich etwas Tuchfühlung mit der Angelegenheit habe und sehen kann, welche Richtung wir einschlagen, bevor wir unsere Raketen loslassen?

Mr. White: Raketen mit Zeitzünder ist eine gute Bezeichnung für das, was das Finanzministerium manchmal starten kann. Sie meinen, Sie werden nicht — kommt Jackson eigentlich her?

H. M. jr.:0 ja.

Mr. White: Und Sie werden ihm nur zuhören.

H. M. jr.: Bis ich mit der Sache vertraut bin.

Mr. White: Vielleicht können Sie das schon tun, bevor er eintrifft, denn die Sache ist etwas heikel und bedarf einer kleinen Vorbesprechung in diesem Kreis.

H. M. jr.: Dafür haben Sie jetzt zehn Minuten Zeit. Ich denke, Sie sollten sich jetzt darüber unterhalten. Haben Sie dazu noch etwas zu sagen?

Mr. DuBois: Ja. Ich glaube, es wäre eine Hilfe — zwei Dinge müssen wir uns vor Augen halten, Herr Minister, also erstens: das Dokument, so wie wir es im Entwurf haben, scheint die Behandlung der Kriegsgefangenen nicht zu berühren. Ich erwähne das auch nur, weil die Russen schon zwei oder drei Millionen Kriegsgefangene haben, und Sie können versichert sein, daß sie ihre Gefangenen behalten und einsetzen, und wir können so oder so nichts unternehmen, um das zu verhindern; dann

könnte also von diesem Gesichtspunkt aus das Dokument — nehme ich an — etwas sein, wofür Sie nicht kämpfen und sterben werden, ausgenommen, scheint mir, daß es auf die Russen so wirkt, als versuchten wir, das ganze Arbeitseinsatzprojekt zu sabotieren. Also, ich glaube, wir alle sind der Auffassung, wir sollten es anderen überlassen, den Anstoß zu Diskussionen über Kriegsgefangene zu geben, denn Jackson wird sagen, wir stützen uns ausschließlich auf Kriegsgefangene, falls Sie das Thema aufbringen, obwohl er es vielleicht von sich aus aufbringt. Neben der Frage der Kriegsgefangenen -—

H. M. jr.: Augenblick mal — ich möchte Ihnen erst ein paar Fragen stellen. Mir wird das zu kompliziert. Was hat denn Jackson mit den Kriegsgefangenen vor?

Mr. DuBois: Darüber läßt er sich nicht aus.

Mr. Pehle: Es geht hier nicht um Bestrafung. Das heißt, wir setzen deutsche Kriegsgefangene [zwar] zum Arbeiten ein, aber nicht um sie zu bestrafen, aber nach der Genfer Konvention*[135] ist das ja das normale Los eines Kriegsgefangenen.

H. M. jr.: Was gedenkt Jackson zu tun?

Mr. Pehle: Über Kriegsgefangene hat er nicht gesprochen, aber über Zwangsarbeit. Im Reparationsdokument ist als Bestrafung Zwangsarbeit vorgesehen. Er sagte, Entscheidungen werden nur auf Grund von Gerichtsverhandlungen getroffen. Hier ist aber überhaupt kein Gerichtsverfahren vorgesehen. Hier ist vorgesehen, daß man als Angehöriger der Gestapo in ein Zwangsarbeitslager kommen kann.

H. M. jr.: Wo ist das vorgesehen?

Mr. Pehle: Im Reparationsdokument. Er ist dagegen und sagt: (a) Man muß entscheiden, ob es genügt, Angehöriger der Gestapo zu sein, und es muß ein Gerichtsverfahren geben; und wenn das erledigt ist, sagt er, er sei gegen Zwangsarbeit. Er sagte, wir hätten diesen Krieg geführt, um die Zwangsarbeit zu beseitigen, und sie sei dasselbe wie Konzentrationslager.

[135] Die sog. Genfer Konvention von 1929, an die hier erstmals erinnert wurde (vergl. Hinweis Seite 157), sah eine *Begrenzung* des Arbeitseinsatzes von Kriegsgefangenen vor und ergänzte insofern die Haager Landkriegsordnung. Keinesfalls konnte die Genfer Konvention, der im Gegensatz zu Deutschland und den Vereinigten Staaten die Sowjetunion nicht beigetreten war, zur Begründung eines Zwangsarbeitseinsatzes nach Beendigung der Kampfhandlungen herangezogen werden.

H. M. jr.: Eine Sekunde mal — ich befürchte, Minister Stimson wird sich seiner Auffassung anschließen. Ich weiß nicht.

Mr. Pehle: Das ist etwas, wofür Stimson empfänglich wäre.

H. M. jr.: Obwohl Stimson das Reparationsdokument gebilligt und unterzeichnet hat.

Mr. White: Nur daß die Art der Betrachtung, wie Jackson es tut, die Sache vernebelt. Werden die Reparationen nicht als Problem der Bestrafung angesehen, sondern als eine Frage, ob Frankreich, Rußland oder die Tschechoslowakei als Reparationsleistung deutsche Arbeitskräfte anfordern können, um diese Länder wieder aufzubauen, dann können sie sagen, sie wollen zwei Millionen Arbeiter haben. Sie können innerhalb des Gesamtrahmens der Reparationen Arbeiter haben. Sie können innerhalb des Gesamtrahmens der Reparationen noch einen Schritt weiter gehen und sagen, sie wollen einige Schreiner, einige Klempner. Sie können noch einen Schritt weiter gehen und sagen: „Wir glauben, es ist im Interesse beider Länder, daß diese Arbeitskräfte aus Kreisen der SS und Nazis kommen." Das ist [dann] kein strafwürdiges Verbrechen. Das ist lediglich ein Teil des Gesamtkomplexes Reparationen; genau wie man im Interesse beider Länder bestimmte Maschinen aus Deutschland will, so kann man auch sagen: ich möchte bestimmte Arbeitskräfte haben. Sobald man es unter den Gesichtspunkten der Bestrafung bringt, erhält Jacksons Verlangen, daß man sie vor Gericht bringen und bestrafen muß, stärkeres Gewicht.

Der Minister vertritt die Meinung, es sei besser, wenn das Finanzministerium in der bevorstehenden Sitzung nicht allzu zahlreich vertreten werde. White, Bell und Pehle stimmen dem zu. Der Minister bestimmt Coe, Glasser und DuBois als Teilnehmer.

Millionen verurteilen?

(Am Kopf des Dokumentes sind 20 Teilnehmer, unter ihnen Unterstaatssekretär McCloy und Richter Jackson, genannt.)

18. Mai 1945,16.00 Uhr (11/1493—1513)

H. M. jr.: Wie wäre es mit einem kleinen Vorgeplänkel, Mr. Clayton?

Mr. Clayton: Ich bin im Besitz eines Memorandums, das Justice Jackson an Mr. Pauley sandte, nachdem Mr. Pauley mit ihm das Memorandum besprochen hatte, das der Ausschuß hier

als Anweisungen an den Vertreter der Vereinigten Staaten bei der Reparationskommission einstimmig gebilligt hatte. Das Memorandum befaßt sich mit einer der Klauseln über Arbeitseinsatz aus dem von uns gefaßten Memorandum, das die Anweisungen enthält. Ich würde es für das beste halten, Herr Minister, die Mitteilung von Justice Jackson hier zu verlesen.

Der Titel lautet: „Memorandum für Edwin W. Pauley, Vertreter der Vereinigten Staaten bei der Reparationskommission, Betr.: Entwurf von Anweisungen."

Es wird der Text des auf Seite 340 wiedergegebenen Memorandums verlesen.

(Justice Jackson und Mr. Fowler betreten den Sitzungsraum.)

Justice Jackson: Es tut mir leid, daß ich mich verspätet habe.

Mr. Clayton: Mr. Justice, wir sind gerade bei der Verlesung Ihrer Mitteilung an Mr. Pauley.

„In ein bis zwei Jahren werden dann von Rußland her Geschichten über grausame Behandlung dieser Arbeitskräfte heraussickern, Schilderungen, von denen ich befürchte, daß sie nur zu begründet sein und die meiner Auffassung nach in amerikanischen Kreisen zu scharfer Verurteilung führen und sich sehr nachteilig für diejenigen auswirken werden, die ein derartiges Verfahren befürwortet haben."

„Ich bin sicher, daß bei den durch Präsident Roosevelt in Jalta eingegangenen Bindungen mit Dingen, wie man sie hier vorhat, nicht gerechnet wurde. Was die Welt braucht, besteht nicht darin, daß man einen Menschenhaufen aus Konzentrationslagern herausläßt, um einen anderen hineinzustecken, sondern daß dem Gedanken des Konzentrationslagers ein Ende gemacht wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Robert H. Jackson."

Möchten Sie jetzt etwas hinzufügen, Mr. Justice?

Justice Jackson: Nein.

Mr. Clay ton: Gut, dann steht die Angelegenheit hiermit zur Diskussion, meine Herren.

Mr. McCloy: Sie werden sich erinnern, daß wir anläßlich der Erörterung dieser Direktive den Standpunkt vertraten, daß es sich hier um eine Angelegenheit handelte, die an Justice Jackson verwiesen werden müsse — verwiesen werden sollte, da sie mit dieser Direktive in engem Zusammenhang steht. Die Direk-

tive ist vom Ausschuß der Stabschefs gebilligt worden. Das allerdings betrifft einen Punkt, der keinen militärischen Charakter hat, und ich nehme nicht an, daß es Schwierigkeiten bereiten würde, etwas so zu ändern, wie wir es haben möchten.

Hinsichtlich der von Justice Jackson in seiner Stellungnahme vorgeschlagenen Änderung — ich darf wohl sagen, es ließen sich sicher Anregungen zu einer Formulierung machen, so daß sie — die neue Fassung — etwas besser in den Kontext passen würde, als von Ihnen vorgeschlagen, aber das ist nur ein Detail. Wir können noch darauf zu sprechen kommen.

Justice Jackson: Die Sache, soweit sie mich angeht, ist nämlich, wenn diese Menschen wegen ihrer Zugehörigkeit zu den Organisationen [in Arbeitslager] gehen sollen, dann ist es zwecklos, wenn wir versuchen zu sagen, welche von den Organisationen [betroffen sein sollen] oder was sonst. Soweit es uns angeht, ist alles geregelt, und ich bin froh genug, es geregelt zu haben und aus der Sache heraus zu sein, aber das ist —

Mr. Pauley: Das Problem, mit dem wir in der Praxis zu tun haben, ist, daß — ich würde es bestimmt gern sehen, daß die für Reparationen verwendeten Arbeitskräfte diejenigen sind, die durch eine Stelle der Rechtspflege, so wie sie Justice Jackson zur Zeit einrichtet, verurteilt worden sind. Das würde mir bestimmt viele Kopfschmerzen ersparen und scheint der ordentliche Verfahrensweg zu sein. Es ist allerdings ein Unterschied, ob Sie hunderttausend oder fünf Millionen Menschen verurteilen. Das letztere würde vielleicht dem Bedarf derjenigen entsprechen, die Arbeitskräfte zu Reparationszwecken verwenden werden. Werden hunderttausend Menschen verurteilt, dann reicht das nicht aus, so daß man sich vor dem praktischen Problem sieht, was man dann tun soll.

Mr. Clayton: Ich denke, das haben Sie recht gut dargestellt.

H. M. jr.: Ist da nicht noch etwas, Mr. Pauley, vom Gesichtspunkt unserer Regierung gesehen? Ist die einzige Reparationsleistung, die wir erwarten können, die Arbeitsleistung, die wir vielleicht aus diesen Menschen herausholen?

Mr. Pauley: Mir scheint, die größte zu erwartende Reparationsleistung dürfte in den Arbeitskräften liegen.

Mr. McCloy: Haben wir uns nicht entschieden, daß wir keine Arbeitskräfte wollen?

Mr. Clayton: Ich glaube nicht, daß der Minister damit zu sagen beabsichtigte, daß wir das wollten.

H. M. jr.: Ich meinte für Europa.

Mr. Clayton: Sie meinten nicht für die Vereinigten Staaten?

H. M. jr.: Ich meinte für Europa.

Mr. Clayton: So verstehe ich das auch.

Mr. McCloy: In der Praxis impliziert der Plan für die Belangung von Kriegsverbrechern die Anklageerhebung und Verurteilung dieser, insbesondere dieser, verbrecherischen Organisationen. Dieser Plan wurde von den höchsten Stellen gebilligt. Er wurde in San Franzisko[136] mit Herrn Molotow und Mr. Eden besprochen. Herr Molotow sagte, er würde sich noch weiter damit befassen, aber bei unseren Gesprächen im Beisein von Judge Rosenman gab er — was man davon auch halten kann — zu verstehen, der Gedanke sei recht gut. Präsident Roosevelt und Präsident Truman billigten den Plan, gegen diese Organisationen Anklage zu erheben und sie zu verurteilen, und ich glaube, entweder müssen wir dort eine Änderung herbeiführen oder aber wir müssen die Direktive ändern.

Mr. Clayton: Verstehe ich Sie richtig, daß Präsident Roosevelt und Präsident Truman den Gedanken billigten, gegen diese Organisationen als Organisationen gerichtlich vorzugehen?

Mr. McCloy: Ja, das gehörte zu dem Plan, den Judge Rosenman sowohl Präsident Roosevelt als auch Präsident Truman vorgelegt hat.

Mr. Clayton: — man braucht nur eine bestimmte Einzelperson ausfindig zu machen — als Mitglied der Organisation ist sie schuldig.

Mr. McCloy: Wenn sie freiwillig Mitglied geworden ist und nicht unter Zwang gehandelt hat.

Mr. Clayton: Verstehen Sie das auch so?

Justice Jackson: Ja. Natürlich, wieviel Personen Sie nach dieser Methode tatsächlich erwischen, ist eine Frage, die von der Gründlichkeit der Identifizierung und der Vollständigkeit der Überprüfungen in Deutschland sowie der Polizeiarbeit abhängt, die der Verurteilung der Organisationen folgen müßten.

136 Anläßlich der Gründungstagung der „Vereinten Nationen" am 29. April 1945.

Ich kann mir nicht vorstellen, daß dabei maximal etwa die Zahl an Arbeitskräften herauskommen würde, von der man für Reparationszwecke spricht. Nun gehören Arbeitskräfte für Reparationszwecke, wenn es sich dabei nicht um kriminelle Elemente handelt, zwar nicht in meine Zuständigkeit, aber wenn man sich die Organisationen vornimmt, bei denen die Hauptverantwortung liegt, steht man nicht einmal am Ausgangspunkt zur Lösung dieses Problems, und die Ermittlungsverfahren werden sehr schwierig sein, weil die Leute untertauchen. Diese Organisationen werden in den Untergrund zu gehen versuchen, welchen Erfolg sie haben werden, läßt sich nicht sagen, aber ich wage zu behaupten, daß sie zu einem hohen Prozentsatz niemals zu ermitteln sein werden.

Mr. McCloy: Die SS-Organisation —

H. M. jr.: Ohne die Richtigkeit Ihrer Ausführungen zu bezweifeln — ich verstehe das aber nicht. Wir haben hier vier oder fünf Tage hintereinander als Ausschuß getagt, und während dieser Zeit hat niemand erwähnt, Präsident Roosevelt oder Präsident Truman hätten dieser Art des Verfahrens gegen diese Leute zugestimmt. Niemand hat das jemals erwähnt. Niemand hat das je vorgebracht.

Es wird darüber gesprochen, wer davon unterrichtet war und wer nicht.

Mr. Pauley: Gut, wir kommen jetzt praktisch zu diesem Abschnitt 4 — es ist die Direktive für unseren Vertreter; Justice Jackson — und das ist die Basis, auf der er vorgeht, das heißt, diese Leute, die in Abschnitt 4 und 4d aufgeführt sind, zu verurteilen. Also, alle diese Leute werden sicherlich als Arbeitskräfte im Rahmen der Reparationsleistungen eingesetzt. Angenommen nun, das reicht nicht aus. Nehmen wir an, die anderen Länder glauben, sie müßten noch mehr deutsche Arbeitskräfte haben. Was machen wir dann? Wir hören mit allem, was Zwangsarbeit ist, auf und müssen uns dann auf eine Art Freiwilligensystem einstellen.

Wollen Sie sich also jetzt stattdessen für ein Wiederaufbaukorps aussprechen, das auf einer selektiven Dienstpflicht basiert, wie sie es ab 1935 bei ihrem Wehrdienst hatten? So ist es doch, nicht wahr? Und wie kann man das erreichen, ehe es in Deutschland wieder eine eigene Regierung gibt, ob das nun eine eigene Gesamtregierung oder eine regional gegliederte ist, oder

soll es so etwas wie ein freiwilliger Arbeitsdienst für Reparationszwecke sein? Ich habe ernstliche Bedenken hinsichtlich eines solchen freiwilligen Arbeitsdienstes, es sei denn, die Lebensverhältnisse und die Ernährungslage in Deutschland würden so schlimm, daß die Leute das Land verlassen möchten, und das wäre eine Angelegenheit, die gesetzlicher und privater Vereinbarungen zwischen anderen Ländern bedürfte.

Es wird erneut von einem — bisher nicht veröffentlichten — Dokument gesprochen, das die Verurteilung von nationalsozialistischen Organisationen vorsah und sowohl von Präsident Roosevelt wie von Präsident Truman gebilligt wurde. Richter Jackson teilt mit, daß er eine Kopie dieses Dokumentes besitze, sie jedoch nicht mitgebracht habe.

Mr. McCloy: Ich bin der Ansicht, es ist — ohne Zweifel ist es eine feste nationale, wenn nicht sogar internationale, politische Absicht, diese Organisationen unter Anklage und als solche vor Gericht zu stellen. Das ursprüngliche Dokument wurde schon lange vor Jalta — oder eine beträchtliche Zeit vor Jalta — vom Marineminister, vom Kriegsminister und Minister Stettinius unterzeichnet, von Minister Stettinius dann dem Präsidenten übergeben und von diesem nach Jalta mitgenommen und gebilligt. Es wurde, wie ich gehört habe, in Jalta nicht gründlich besprochen, sondern zur Berücksichtigung auf den Tisch gelegt, und dann wurde Judge Rosenman beauftragt und besprach es mit Präsident Roosevelt nicht lange vor dessen Tod, und bevor er nach London ging, erhielt er dazu die Billigung des Präsidenten — Präsident Roosevelts Billigung. Und als er nach Präsident Roosevelts Tod zurückkam, legte er es Präsident Truman vor, der es noch einmal durchsah und es für das richtige Verfahren hielt und ihn dann nach San Franzisko schickte mit dem Auftrag, es dort mit Molotow und Eden zu besprechen. Ich war anwesend bei dieser Besprechung mit Molotow und Eden, und Molotow wie Eden gaben informell zu verstehen, daß der Gedanke, diese Organisationen unter Anklage zu stellen, eine gute Idee sei.

Mr. Fowler entschuldigt die Abwesenheit von Mr. Crowley, der an seinen kritischen Ansichten festhalte (vergl. Seite 331). Von dem amerikanischen Grundsatz, eine „Schuld durch Mitgliedschaft" abzulehnen, könne allerdings hinsichtlich gewisser Organisationen eine Ausnahme zulässig sein, falls diese Organisationen nach allgemeiner Ansicht der „Vereinten Nationen" als verbrecherisch gelten.

Von Mr. Pauley wird sodann erneut die Frage aufgeworfen, ob diese Organisationsverurteilung für den Arbeitskräftebedarf ausreichen wird.

Justice Jackson: Ich bin der Meinung, soweit ich die Frage studiert habe — es wird unzureichend sein. Ich kann mir nicht vorstellen, daß sich auf dem Wege von Verurteilungen nur annähernd die große Zahl von Arbeitskräften zusammenbringen ließe, an die man hier denkt. Ein anderer Punkt aber, der in meinen Arbeitsbereich fällt, ist, ob die Vereinigten Staaten, nachdem diese Leute verurteilt worden sind, während der Zeit der Verbüßung ihrer Strafe irgendeine Verantwortung tragen, und ob es Bestimmungen über die Art der Verbüßung gibt. Ich kann mich nicht — ich würde mich, wenn sich dies zu einem Projekt entwickeln sollte, dessen Hauptzweck darin besteht, für Rußland Arbeitskräfte zu beschaffen, sofort von diesem Projekt distanzieren. Wir können es einfach nicht zulassen, daß ein Gerichtsverfahren, von dem angenommen wird, daß man bei seiner Abwicklung von der Feststellung von Tatsachen in dieser Sache ausgeht, damit wir vor der Geschichte bestehen können, daß dieses Gerichtsverfahren in den Schmutz gezogen wird, so wie es meiner Ansicht nach der Fall wäre, wenn bereits entschieden ist, daß diese Leute bei den Russen arbeiten und daß wir nur pro forma ein Gerichtsverfahren abhalten, um sie nach Rußland abzuschieben. Es wäre als juristisches Verfahren von vornherein so stark diskreditiert, daß ich, wenn es so gehandhabt werden soll, mich nicht dazu verstehen werde. Ich glaube also, daß man, wenn wir einen Mann für schuldig erklären und verurteilen, etwas mehr Verantwortung dafür trägt, daß er seine Strafverbüßung nach den Vorschriften des Urteils ableistet und daß er nach Verbüßung der im Urteil vorgesehenen Strafzeit auch entlassen wird.

Mr. DuBois: Ich glaube, das wirft hier eine weit schwerwiegendere Frage auf: man war nämlich in Jalta übereingekommen, daß wir einen Arbeitsdienst haben sollten. Welche Vorstellungen haben Sie hinsichtlich der Form eines derartigen Arbeitsdienstes? Wir wissen, Rußland fordert eine Anzahl von Arbeitskräften. Aus einer Gallup-Befragung ging kürzlich hervor, daß sich 82 Prozent der amerikanischen Bevölkerung für die Entsendung von drei oder vier Millionen Arbeitern zur Beseitigung der in Rußland entstandenen Verwüstungen ausspra-

chen. Wie denken Sie darüber im Hinblick auf Ihre Darlegungen?

Justice Jackson: Ich bin mir nicht bewußt, daß das mein Problem ist, aber ich will Ihnen sagen, wie ich darüber denke. Was die Gallup-Erhebung besagt, interessiert mich nicht im geringsten, weil ich es erlebt habe, daß in Amerika über Nacht ein Meinungsumschwung eintritt. Wollten Sie auf der Grundlage einer Gallup-Befragung eine Entscheidung fällen, dann säßen Sie auf dem schwächsten Ast — sonst will ich kein Richter sein. Lassen Sie mal Berichte aus Rußland kommen und lassen Sie dann die Presse herauskommen und sagen, diesen Menschen würden gewisse Rechte versagt — wenn Sie vier oder fünf Millionen Menschen aus Deutschland herausholen, dann treffen Sie damit sehr viele Interessen außerhalb Deutschlands. Dann werden Sie sehen, wie die Meinung umschlägt; ich würde also Gallup-Erhebungen keine Beachtung schenken.

Weiter — auch die Frage nach der Zahl und dem Umfang der Arbeitskräfte und wie sie beschafft werden sollen, ist ein sehr großes Problem. Wenn Sie das einer dortigen [deutschen] Regierung überlassen, glaube ich, ist diese Regierung gestürzt, bevor sie ein Programm zur Beschaffung einer größeren Zahl von Arbeitskräften zur Verwendung im Ausland durchzuführen in der Lage wäre. Das werden Sie selbst tun müssen.

Mr. DuBois: Lassen Sie mal Gallup-Befragungen aus dem Spiel — in Jalta ist vereinbart worden, daß wir einen Arbeitsdienst einrichten sollten. Die Frage ist jetzt, wie wir das tun. Ursprünglich haben wir hier, wie Mr. Fowler ausführte, über die Rekrutierung von Arbeitskräften gesprochen, wobei wir diese besonderen Gruppen an die erste Stelle gesetzt haben. Man könnte sie vermutlich so einberufen, wie man Männer zum Wehrdienst einberuft, aber wir dachten, es wäre vom Gesichtspunkt der Beziehungen zur Öffentlichkeit wohl besser, wenn wir uns an diese besonderen Gruppen hielten.

Also, offen gesagt, ich persönlich sehe nicht, weshalb dies unbedingt unvereinbar mit dem Problem der Kriegsverbrechen ist. Ich halte es in gewissem Sinn für ein anderes Problem. Wir haben dort gesagt, daß wir in Jalta übereingekommen sind, den verschiedenen Ländern Dienstleistungen durch Arbeitskräfte zu liefern. Wir hätten sagen können, diese Arbeitskräfte sollten

aus Männern im Alter von fünfundzwanzig bis dreißig Jahren bestehen.

Wir hätten, sagen wir mal, zum Beispiel auch genau bestimmen können, daß nur Handwerker usw. gehen sollten. Stattdessen meinten wir unter dem Gesichtspunkt der Beziehungen zur Öffentlichkeit hier in Amerika und in Deutschland selbst, es wäre vielleicht besser, uns bei der Auswahl der Arbeitskräfte an die Organisationen dieses besonderen Typs zu halten. Bekannterweise handelt es sich bei diesen Organisationen um Mörderbanden.

Daraus ergibt sich nicht, so scheint mir, daß, nur weil wir sagen, es sei wünschenswert, die Gruppe der SS-Angehörigen und die Gruppe der Gestapo-Angehörigen für diesen bestimmten Zweck auszuwählen — das bedeutet nicht, daß man die SS und Gestapo nicht auch wegen Kriegsverbrechen verurteilen kann. Das eine ist keineswegs notwendigerweise unvereinbar mit dem anderen.

Justice Jackson: Aber was hat es für einen Sinn, sie zu verurteilen, wenn sie, ob man sie verurteilt oder nicht, doch die gleiche Strafe verbüßen werden?

DuBois wendet ein, es sei nicht gemeint, daß alle notwendigerweise die gleiche Strafe verbüßen.

Richter Jackson entwirft in längeren Ausführungen den später im Nürnberger Prozeß praktizierten Plan, gegen verschiedene Organisationen Anklagen vorzubringen. Eine von diesem Gerichtshof ausgesprochene Erklärung einer Organisation als „verbrecherisch" werde für alle weiteren Gerichte bindend sein und keiner Nachprüfung unterliegen. Wer Mitglied gewesen sei, gelte als der „Verschwörung" überführt und könne nur noch gegen seine Identifizierung Einwände erheben.

Als Jackson vorgehalten wird, daß der Gerichtshof noch gar nicht zusammengetreten sei, Rußland aber bereits anderthalb oder zwei Millionen Deutsche zur Arbeit eingesetzt habe, greift Minister Morgenthau in die Debatte ein.

H. M. jr.: Was ich nicht verstehe, ist folgendes: Lassen wir Rußland mal im Moment aus dem Spiel. Ich verstehe nicht recht. Diese Kommission wird demnächst ihre Tätigkeit aufnehmen, und ich möchte es gern erklärt haben, wenn ich es nicht verstehe. Wo zum Beispiel wollen Sie diese Verhöre abhalten? Wo wollen Sie das abwickeln? Ferner, sagen wir mal, Sie erklären drei oder vier dieser Organisationen für schuldig. Gilt das

dann nur für diejenigen ihrer Angehörigen, die sich in dem General Eisenhower unterstehenden Teil des Landes befinden?

Justice Jackson: Nicht, wenn wir die anderen [Besatzungsmächte] dazu bringen, mit uns zusammenzuarbeiten. Deshalb versuchen wir, ein Viermächte-Tribunal zu schaffen. Wo es allerdings arbeiten soll, wird davon abhängen, wer sich daran beteiligt, und von der Entscheidung der militärischen Stellen — wo es seinen Sitz aus Sicherheitsgründen haben sollte. Wir ziehen dann eine ganze Masse dieser Leute dort zusammen, und da haben Sie Probleme, die ich persönlich nicht zu lösen versuchen möchte. Ich würde das vollkommen Eisenhower oder dem, der damit beauftragt wird, überlassen, wo wir tagen sollen, und der Zeitpunkt für den Beginn der Arbeit des Tribunals wird davon abhängen, wie bald Rußland und Frankreich sich beteiligen können. Wir drängen in der Sache, so hart wir nur können.

H. M. jr.: Gut, ich versuche nur, mich etwas zu orientieren. Angenommen, diese Dinge ziehen sich über Monate hin? Ich weiß nicht, wie lange so ein Gerichtsverfahren dauern würde. Wenn nun zwei oder drei Monate verstreichen, ohne daß man zu einer Entscheidung kommt? Wie ich höre, liegt noch keine endgültige Entscheidung vor, wer dort vertreten sein wird und welche Länder Vertreter bei der Reparationskommission haben werden. Das ist noch nicht geregelt. Wenn sich das jetzt über Monate hinzieht! Werden wir ohne Rüchsicht auf Rußland inzwischen Ländern wie Polen, Frankreich, Belgien und Holland, Dänemark und Jugoslawien helfen? Bekommen die nun Arbeitskräfte aus Deutschland oder kommt es so, daß diese Leute während der Zeit, wenn die Kommission zur Untersuchung von Verbrechen („Crimes Commission") zusammengestellt wird, einfach in Gefängnislagern bleiben, und zweitens, was geschieht während der Zeit davor?

Justice Jackson: Das ist etwas schwierig zu beantworten, da ich nicht weiß, wie viele Angehörige dieser Organisation sich jetzt in Gewahrsam befinden. Zweifellos sind unter den Streitkräften, die nach Rußland gezogen sind, sehr viele von ihnen. Der Beginn der Gerichtsverhandlungen kann sich durchaus noch lange hinziehen. Sollte es sich zu lange hinziehen, wird diese Sache unserer Ansicht nach ohne Zweifel im Sande verlaufen,

und wir würden dann den Präsidenten bitten, eine Kommission zu ernennen, die bestimmen muß, was mit den in unserem Gewahrsam befindlichen Gefangenen geschehen soll, und wir würden dann unseren Standpunkt darlegen, die Vorgeschichte dieser ganzen Angelegenheit dokumentarisch belegen und dann nach eigenem Ermessen verfahren. Es ist durchaus denkbar, daß wir nie zu einer Einigung gelangen. Über den Punkt müßten wir eigentlich hinweg sein, aber Sie wissen ja —

H. M. jr.: Sie sind es nicht.

Justice Jackson: — wie leicht Dinge schiefgehen können.

Mr. Clayton: Soweit es sich um Zwangsarbeit handelt, sollten wir wohl realistisch genug sein, zu erkennen, daß es sich bei dem, worüber wir hier sprechen, um die Bestimmungen für unser Vorgehen in unserem eigenen Gebiet, unserer eigenen Zone und um nichts weiter handelt.

Mr. McCloy: Und es ist ebenfalls eine Anweisung für Mr. Pauley, die amerikanische Auffassung darzulegen.

Mr. Clayton: Sie haben ausgeführt, daß man sie unterschiedslos aus der russischen Zone abtransportiert hat, und wir können da praktisch nichts weiter unternehmen als zu versuchen, auf diesen Bestimmungen zu bestehen, und zuzusehen, daß wir sie durchkriegen. Und nun, Mr. Justice, möchte ich Sie fragen, ob folgende Fassung Ihre Zustimmung hat:

> „Zwangsarbeit ist nur zu leisten von Kriegsverbrechern und solchen Personen, die in einem geeigneten Verfahren eindeutig als Angehörige einer oder mehrerer Organisationen ermittelt worden sind, die in einem geeigneten Verfahren als kriegsverbrecherische Organisationen ermittelt worden sind. Ein derartiger Dienst ist nur für die im Urteilsspruch für die betreffende Person festgesetzte Dauer zu leisten."

Justice Jackson: Das enthält den sehr vagen Begriff „geeignetes Verfahren", und sollten unsere lieben russischen Brüder annehmen, das hieße nur „zugreifen", dann wäre es etwas schwierig.

Mr. Clayton: Wir haben das für unseren Bedarf in unserer eigenen Zone so formuliert. Wie ich gerade gesagt hatte, glaube ich, sprechen wir nur von Bestimmungen für uns in unserer eigenen Zone, tatsächlich —

Justice Jackson: Die übrigen können dann verfahren, wie es ihnen in den Kram paßt.

Mr. Fowler: Herr Vorsitzender, ich weiß nicht, ob ich es so richtig sehe, aber ich glaube, es besteht hier kein großer Unterschied. Es ist eine bekannte Tatsache, daß wir in diesem Dokument hier von der Annahme ausgehen, daß die Kommission zur Untersuchung von Kriegsverbrechen [„War Crimes Commission"] bestrebt sein wird, unwiderlegliche Beweise dafür beizubringen, und da man diese Organisationen vor Gericht bringt und Urteile sprechen wird, würden sie natürlich unter die von Justice Jackson vorgeschlagene Fassung[137] fallen. Daher möchte ich, wenn es so stimmt, den Vorschlag machen, daß der Ausschuß entweder die vorgeschlagene oder die von Ihnen verlesene Formulierung, je nachdem, welche von beiden hierfür geeigneter erscheint, akzeptieren sollte, und ich sage dies, weil es durchaus mit der Auffassung vereinbar ist, die wir die ganze Zeit im Arbeitsausschuß vertreten haben, und ich glaube, es deckt sich allgemein mit der Einstellung, zu der man sich entschlossen hatte.

Justice Jackson: Mir gefällt Mr. McCloys Fassung eigentlich besser als meine eigene oder diese hier. Ich halte sie für etwas spezifischer als diese, und sie schließt Mißverständnisse aus und ist umfassender als meine eigene.

Mr. McCIoy: „Zwangsarbeit ist nur zu leisten von denjenigen, die in einem gerichtlichen Verfahren als Kriegsverbrecher verurteilt worden sind, sowie von Personen, die auf Grund eines geeigneten gerichtlichen Verfahrens als Angehörige europäischer Achsen-Organisationen, offizieller wie inoffizieller, ermittelt worden sind, die als solche ihrem Zweck oder ihrer Tätigkeit nach gerichtlich für verbrecherisch erklärt worden sind."

Mr. Clayton: Das hört sich gut an, meine ich.

Justice Jackson: Und kann nicht ganz so leicht mißverstanden werden.

Mr. McCIoy: Also, wie ich es auffasse, wollten wir diesen Arbeitsdienst auf diejenigen beschränken, die in irgendeiner

137 Vergl. Seite 341.

Hinsicht verbrecherisch sind. Ich glaube, Mr. Crowley meinte das — ich war nicht dabei — [als er sagte,] daß er nichts damit zu tun haben wolle, wenn es sich nicht um Verbrecher handele. Das heißt nun nicht, wenn man dort hinkommt, daß sich nicht eine Menge Deutsche auf dem Weg in die Lager Sibiriens befinden, aber es gilt den Standpunkt Amerikas zu vertreten.

H. M. jr.: Befaßt sich dies ausschließlich mit Deutschland?

Mr. McCloy: Es ist nur das Dokument über Deutschland. Es ist eine geänderte Fassung des Reparationsdokumentes für Deutschland. Wenn wir über den Plan, der von Judge Rosenman eingebracht wurde und jetzt von Justice Jackson ausgeführt wird, zu keiner Einigung kommen können — wenn unsere Regierung zu keiner Übereinstimmung kommen kann, dann haben wir freie Hand und können diese Grundsätze einseitig in die Praxis umsetzen und, nachdem man sie für schuldig erklärt hat, sagen: so, da sind so und so viele. Wahrscheinlich befinden sich heute hundertfünfzig- bis zweihunderttausend SS-Männer in unserer Hand. Allmählich bekommen wir noch mehr. Es würde mich nicht überraschen, wenn wir in der amerikanischen Zone allein in amerikanischem Gewahrsam zur Zeit schon dreihunderttausend Leute haben.138 Nehmen wir an, diese Leute sind für schuldig erklärt worden, und wir wollen sie den Franzosen nach diesen Bestimmungen zur Verfügung stellen — [dann können wir sagen:] hier, dies sind die Bedingungen für den Einsatz von Arbeitskräften in Frankreich oder, wenn die sich auch an diese Bedingungen halten wollen, auch für Rußland, Holland oder sonstige Länder. Wir werden unser bestes tun, damit sie sich an diese Bedingungen halten. Zumindest haben wir dann unseren Standpunkt klar dargelegt. In Jalta, soweit ich weiß — ich selbst war nicht in Jalta —, hatten wir

138 Die Zahl der in der amerikanischen Besatzungszone nach den Bestimmungen der ICS 1067 „automatisch" zu verhaftenden Personen wurde mit 322 000 errechnet. Die meisten Angehörigen dieser „Kategorien" befanden sich als Soldaten zunächst in alliierter Kriegsgefangenschaft. Über die Zivilverhaftungen gab das US-Hauptquartier am 16. Juni 1945 bekannt, daß in der amerikanischen Besatzungszone „in den beiden letzten Monaten fast 50 000 Nationalsozialisten verhaftet" wurden. Das entspreche einer „durchschnittlichen Verhaftung von 700 Mann im Tag". Unzutreffend in dieser Verlautbarung war der Ausdruck „Mann", denn es wurden auch zahlreiche Frauen und Jugendliche verhaftet und in „Internierungslager" eingeliefert (vergl. Die Deutsche Frage — Von Hitler bis heute, Leoni 1969, Seite 291).

an der Klausel über den Einsatz von Zwangsarbeitern schwer zu kauen und wir befürchteten, die öffentliche Meinung in Amerika könnte Anstoß daran nehmen, wenn diese Angelegenheit in Form einer Generalklausel aufgenommen würde, deren Einzelheiten erst später erarbeitet werden sollten als Ergebnis weiterer Besprechungen. Im stillen hegten die Verhandlungsteilnehmer — zumindest die amerikanischen — die Hoffnung, daß gewisse Richtlinien vorgeschrieben würden, nach denen diese Arbeitskräfte eingesetzt werden sollten, damit sie nicht herunterkämen — wir jedenfalls wollten im Rahmen des Möglichen die Dinge getan haben, die erforderlich wären, um dafür zu sorgen, daß sie nicht auf das reine Konzentrationslagerniveau Europas herabsinken würden, wie es in Deutschland der Fall war.

Mr. Clayton: Nun, Mr. Justice, es scheint, der einzige wirkliche Unterschied von Gewicht zwischen uns besteht darin, daß wir bei der Abfassung von Abschnitt 4d von der Annahme ausgingen, die darin erwähnten Organisationen seien Organisationen von Kriegsverbrechern, während Sie in einem Gerichtsverfahren ermitteln werden, ob sie es sind oder nicht; das ist doch der Hauptunterschied?

Justice Jackson: Ja.

Mr. Clayton: Wenn das der einzige Unterschied ist, scheint die Fassung von Mr. McCloy in dem Entwurf ihn aus der Welt zu schaffen.

Mr. McCloy: Dann liegt es im weiteren bei Mr. Pauley, festzustellen, ob sich die Russen darauf einlassen.

Mr. Pauley: Ich stelle den Antrag, daß wir das jetzt vom Tisch schaffen; wir akzeptieren das und schließen diesen Punkt ab. Und dann wollen wir von dort aus weitergehen.

Mr. Clayton: Wünscht noch jemand etwas beizutragen? Herr Minister, nehmen Sie irgendwie Stellung?

H. M. jr.: Nur für das Protokoll: Machen Sie eine Notiz, daß das Finanzministerium für keine der beiden Formulierungen stimmt.

Mr. Clayton: Hinsichtlich der Ersetzung [des Absatzes 4d] durch die von Mr. McCloy vorgelesene Fassung?

H. M. jr.: Ja.

Mr. Bard: Ich möchte fragen, ob die Formulierung Ihres Ent-

wurfs bedeutet, daß über jeden von diesen Leuten einzeln verhandelt werden muß?

Mr. Clayton: So war es auch in unserem Entwurf vorgesehen, Ralph. Unser Entwurf besagte das auch.

Justice Jackson: Das werden keine individuellen Strafverfahren. Man schafft diese Burschen heran — wenn wir zweihundert oder so in einem Lager haben, können wir sie ziemlich schnell abfertigen. Geben sie zu, daß sie der Organisation freiwillig angehören, so ist der Fall schon erledigt. Leugnen sie es, dann wird ihnen die Beweislast auferlegt.

Mr. Bard: Sie würden sie dann zu drei oder zu fünf Jahren verurteilen.

Justice Jackson: Für die Handhabung der Rechtsprechung war vorgesehen, daß alle Urteile die Billigung der Obersten oder der Kontrollkommission [„Supreme or Control Commission"] haben sollten, denn selbst nach Klärung der Frage, ob schuldig oder nicht schuldig, sowie des Status der Organisation sind Grundsatzfragen zu berücksichtigen, nicht so sehr Fragen des Strafmaßes — der Einheitlichkeit des Strafmaßes —, die es angezeigt erscheinen lassen, daß diese [grundsätzlichen Fragen] lieber einer Prüfung unterzogen werden, als sie dem [Gericht] zu überlassen —

Mr. Bard: Was ich meine, ist folgendes: Sie sagen, eine Organisation ist als solche eine verbrecherische Organisation, und Sie bringen zehntausend von diesen SS-Männern — Sie stellen fest, sie sind Angehörige der SS, und jeder einzelne dieser zehntausend Leute kann dann einzeln zu einer bestimmten Freiheitsstrafe verurteilt werden. Das wäre undurchführbar.

Justice Jackson: Na gut, es gäbe dann eben ein allgemeines Strafmaß für freiwillige Angehörige, und die einzigen Fragen, die bei der zweiten Verhandlung — der zweiten Phase — zu stellen wären, sind: „Sind Sie ein Angehöriger?" und „Sind Sie freiwillig beigetreten?" Wenn er dann wirkliche Entlastungsgründe hat, liegt die Beweislast bei ihm.

Mr. Downey: Dann gäbe es ein Pauschalurteil.

Mr. Clayton: Aber in unserer Fassung [von Absatz 4d], Ralph, werden Sie feststellen, ist vorgesehen, daß Personen, die in einem geeigneten Verfahren als Angehörige dieser genannten Organisationen ermittelt worden sind, es auch verdienen

würden, also gehen wir davon aus, daß jeder einzelne von ihnen als Angehöriger einer Organisation ermittelt werden müßte.

Mr. Bard: Ja, aber das —

Mr. McCIoy: Das ist dann ein Gerichtsverfahren — man läßt sie nicht einfach durch die Mühle laufen. Und sie werden einen Protokollführer — oder wie es sonst heißen mag — haben, der alles aufnimmt. „Und wenn das alles ist, was Du zu sagen hast, erklären wir Dich zu einem Angehörigen —"

Justice Jackson: Die Beweislast liegt dann bei ihnen.

Unterstaatssekretär McCIoy liest die mehrfach erörterte Formel nochmals vor.

Mr. McCIoy: Und wenn Justice Jackson die Gestapo vor Gericht und — wie die American Sugar Company oder wer das damals war — unter Anklage gestellt hat, dann sagt er: „Weiß Gott, Sie sind schuldig!"

Mr. Bard: Die SS war ihrem Aufbau nach die patriotischeste Organisation in Deutschland und nicht verbrecherisch, als sie aufgestellt wurde. Nach unserer Auffassung ist sie eine verbrecherische Organisation.

Es wird ausgeführt, daß der Beitritt zur SS freiwillig war.

Mr. Fowler: Wir haben doch noch über eine Anzahl anderer Organisationen gesprochen, die wir hier nicht berücksichtigt haben und die Sie vielleicht berücksichtigen könnten.

Mr. McCIoy: Man könnte sehr wohl den Generalstab unter Anklage stellen.

Mr. Fowler: Gewiß.

Mr. McCIoy: Ich denke, es wäre sehr gut, ihn anzuklagen.[139]

Justice Jackson: Natürlich kam schon die Frage auf, wie es mit der Nazi-Partei wäre. Dort stößt man auf einige Schwierigkeiten, die man bei einigen der anderen Organisationen nicht hat, aber vielleicht gibt es noch weitere Organisationen, mit denen man sich hier auch befassen könnte.

Mr. McCIoy: Denken Sie daran, daß die S. R. [infolge der englischen Aussprache des Buchstaben R wahrscheinlich irrtümlich für „SA"] eine gewaltige Organisation ist.

Mr. Riddleberger: Seit der Zeit nach 1943**[140] nicht mehr. Sie

139 Dieser Anregung wurde Folge geleistet.

140 **So im amerikanischen Original; gemeint ist vermutlich das Jahr 1934.**

hat viel von ihrer Macht verloren, und die SS hat in Wirklichkeit ihren Platz eingenommen. Sie hatte einmal sehr viele Mitglieder.

Mr. Clayton: Sonst noch etwas, Ralph? Oder Sie, Joe? Mr. Pauley, haben Sie noch etwas?

Mr. Pauley: Was tun wir als nächstes?

Mr. Clayton: Wir sind hiermit noch nicht fertig. Haben Sie nicht vielleicht noch etwas zu dieser vorgeschlagenen Ersetzung [des Absatzes 4d] zu sagen? Herr Minister, wir haben doch immer Beschlüsse einstimmig gefaßt.

H. M. jr.: Nun, ich will aber nicht.

Mr. Clayton: Sie verstehen es aber, nicht wahr?

H. M. jr.: Ich verstehe es schon, aber, wie gesagt, ich will nicht — was tun die [die SA?]? Entschuldigen sie sich?

Mr. McCloy: Wir greifen der Justiz noch immer vor, weil Sie sich einfach der Stimme enthalten, Herr Minister.141

H. M. jr.: Es ist völlig unrealistisch, und wir gehen auf diese Sache los — ich weiß nicht, ich bin kein Jurist. Ich möchte — kann mir jemand ein Beispiel aus der Weltgeschichte nennen, wo man eine Organisation für schuldig erklärt hat? Hat jemals ein Gericht eine Organisation für schuldig erklärt?

Justice Jackson: Es gibt eine ziemliche Anzahl von Anti-Trust-Verfahren, wo man Handelsorganisationen verurteilt hat.

H. M. jr.: Einzelpersonen!

Justice Jackson: Ich teile Ihre Ansicht, daß bei dieser Angelegenheit vieles unkonventionell sein wird. Wenn das nicht so wäre, dann hätte es keinen Sinn, sich damit zu befassen.

H. M. jr.: Neulich nahm man sich einen Mann vor, und das habe ich irgendwo gelesen — es war kein Bürgermeister — und man fragte ihn, ob er ein Nazi sei, und er sagte: „Nein, ich bin kein guter Nazi. Ich habe nebenbei Schwarzmarktgeschäfte gemacht." Ich habe also viele Gründe zu befürchten, daß — ich wünsche mich der Stimme zu enthalten, denn ich halte das hier in jeder Hinsicht für eine unrealistische Art, die Sache anzufassen, also kann ich mich an Diskussionen über technische Einzelheiten oder Gerichtsverfahren nicht beteiligen. Inzwischen

141 Anmerkung der Übersetzer: Weil dann kein Beschluß über die Änderung zustande gekommen ist und es bei der alten Fassung bleibt.

wird die Truppe Leute anfordern, um die Ernte einzubringen und Kohle zu fördern und alles mögliche andere, und aus allen diesen Gründen, persönlichen wie sonstigen, möchte ich mich, wie ich schon sagte, der Stimme enthalten.

Mr. Pauley: Ich sehe keinerlei Unterschied zwischen dem bisherigen [Abschnitt] 4d und der vorgeschlagenen neuen Fassung — nur daß Sie ein Gericht haben, das entscheidet, wer eine Freiheitsstrafe erhält.

Mr. McCloy: Das ist es eben, worauf es ankommt.

Mr. Pauley: Und in unserem 4d hieß es bisher, daß Zwangsarbeit nur zu leisten sei von Kriegsverbrechern und solchen Personen, die in einem geeigneten Verfahren als solche ermittelt worden sind, und jetzt haben wir das geeignete Verfahren genauer fixiert. Darin liegt meiner Ansicht nach der einzige Unterschied, Herr Minister.

H. M. jr.: Wie ich es verstanden habe, haben wir in dieser Direktive gesagt, Angehörige dieser Organisation seien schuldig und wir könnten sie deshalb arbeiten lassen, und jetzt wollen wir — da möchte ich mal Ihren Rat. Ich sagte, wenn ich diese vorige Direktive verstanden habe, dann war es deshalb, weil wir sagten, die Angehörigen dieser Organisationen seien schuldig.

Mr. McCloy: Sie sind bereits schuldig.

H. M. jr.: Und daß somit von jedem, der ihnen angehört, verlangt würde, daß er eine gewisse Arbeitsleistung vollbringt.

Mr. McCloy: Das stimmt.

H. M. jr.: Und jetzt sind wir dabei, es so zu formulieren, daß, wenn wir diese Organisation irgendeines Verbrechens für schuldig befinden, jeder ihrer Angehörigen gefunden und auch für schuldig erklärt werden muß.

Mr. McCloy: Nein, es ist lediglich festzustellen, ob jemand einer der Organisationen angehört hat, was man ohnehin tun muß.

H. M. jr.: Wird das Aufgabe dieses internationalen Gremiums sein?

Mr. McCloy: Nein, es wird etwas sein, was —-

H. M. jr.: Warten Sie mal — nachdem Sie diese Organisation für schuldig erklärt haben, diese Kommission zur Untersuchung von Verbrechen — also, Moment mal — nach den Staatsbürger-

liehen Grundrechten und allem übrigen hat jedermann Anspruch auf ein ordentliches Gerichtsverfahren.

Mr. McCloy: Eine solche Vernehmung begrenzter Art wird es auch geben, aber nur um festzustellen, ob jemand einer verbrecherischen Organisation angehört hat.

H. M. jr.: Wie viele können Sie bearbeiten?

Mr. McCloy: Ich glaube, eine sehr beträchtliche Zahl.

H. M. jr.: Das sagen Sie heute?

Mr. McCloy: Ich weiß heute, wir haben —

H. M. jr.: Aber wird die Kommission zur Untersuchung von Verbrechen Bestimmungen ausarbeiten, nach denen jeder einzelne vernommen und gehört werden muß?

Justice Jackson: Sie wird gegen die allgemeinen Organisationen ermitteln und die Ergebnisse Eisenhower zuleiten, und dann werden sie sich diese Leute zu greifen haben und ihnen Gelegenheit geben müssen zu sagen, ob sie und weshalb sie nicht Mitglied sind. Wenn sie dabei Aufzeichnungen und andere Unterlagen fänden, wäre das natürlich eine große Hilfe. Es wird an verschiedene Methoden zur Identifizierung gedacht. Es dürfte schwierig sein, frühere Angehörige als solche zu identifizieren. Es wird davon abhängen, wie sich die Menschen in Deutschland verhalten, ob sie diese Leute decken oder ob man einige mit entsprechenden Mitteln dazu bewegen kann, ihre Nachbarn zu verraten.

Mr. DuBois: Wer soll diese Vernehmungen durchführen, Mr. Jackson?

Justice Jackson: Die Militärbehörden.

Mr. Clayton: Ich halte dies für äußerst wichtig und habe es bisher nicht verstanden. Wenn ich Justice Jackson richtig verstehe, sagt er jetzt, sein Tribunal werde darüber entscheiden, ob diese Organisationen als solche schuldig sind; dann werde das Tribunal nichts weiter mit der Identifizierung der einzelnen Mitglieder dieser Organisationen zu tun haben, sondern diese Funktion den Militärbehörden überlassen.

Justice Jackson: Das ist richtig.

Mr. McCloy: Ich möchte vorschlagen, Mr. Jackson, im ersten Teil das Wort „gerichtlichen" zu streichen.

Mr. Fowler: Das wäre ja dann genau, was wir hatten.

Mr. McCloy: Das wäre es nicht, denn Sie sprechen von Per-

sonen, die in einem geeigneten Verfahren ermittelt worden sind. Dieses Verfahren mag nicht ein ausgesprochen gerichtliches sein — Organisationen, die als solche gerichtlich [für „verbrecherisch"] erklärt worden sind, das heißt, in einem gerichtlichen Verfahren ihrem Zweck und ihrer Tätigkeit nach. Vielleicht setzt man nur „Abwicklung" [„processing" statt „process" = „Verfahren"] an dieser Stelle ein.

Mr. Fowler: Bis auf die Präjudizierung142 (des einzelnen Falles durch die Verurteilung der Organisationen).

Oberst Brownell: Es bedeutet, ein geeignetes Verfahren würde den Punkt „Zugehörigkeit" und den Punkt „Schuldigsprechung" regeln. Es ist —

Mr. Clayton: Ich halte dies für äußerst wichtig. Wir sollten das sehr klar formulieren.

H. M. jr.: Es ist dasselbe Wort.

Oberst Brownell: Dasselbe Wort, das wir vorher hatten.

Mr. McCloy: Die gerichtliche Entscheidung, daß sie schuldig sind.

Mr. DuBois: Sie haben „gerichtlich entscheiden" hier stehen.

Mr. Fowler: Es bedeutet, statt daß Sie und ich und die übrigen hier am Tisch jetzt sagen, diese mit Namen bezeichneten Organisationen sind schuldig, wird die „Kommission zur Untersuchung von Kriegsverbrechen" das in einem ordentlichen, förmlichen gerichtlichen Verfahren tun und vielleicht noch weitere Organisationen einbeziehen, die wir nicht zu erwähnen wagten, weil wir nicht genug hatten.

Mr. McCloy: Wir haben, als wir den Entwurf aufsetzten, diese Leute herausgegriffen und gesagt, das seien die eindeutigsten Fälle.

Mr. Clayton: Wir würden wahrscheinlich zum gleichen Ergebnis kommen, Herr Minister. Nachdem das hier jetzt etwas geändert worden ist, kommen wir am Ende wahrscheinlich zum gleichen Ergebnis. Jetzt wird es sicher in aller Wahrscheinlichkeit mehrere andere Organisationen mit einschließen, die wir nicht genannt haben.

H. M. jr.: Die einzige Sache, an der DuBois sich gestoßen hat,

142 Gemeint ist: durch die Erklärung der Organisation als „verbrecherisch" seitens des alliierten Gerichtshofes.

ist der Passus „in einem gerichtlichen Verfahren für schuldig erklärt".

Mr. DuBois: Das ist der Kernpunkt.

Mr. Clayton: Sehen Sie, das bezieht sich nur auf die Organisationen.

Mr. DuBois: Mir scheint, die eigentliche Schwierigkeit an der ganzen Sache ist die Auffassung, man müsse die SS durch richterliche Entscheidung für schuldig erklären — über weiter nichts wird hier gesprochen — und das angesichts der Tatsachen, daß sie doch eine schuldige Organisation ist. Die geschichtlichen Tatsachen sprechen dafür, daß sie eine Mörderbande ist, und jetzt vorzuschlagen, in einem Gerichtsverfahren den Charakter der SS festzustellen — das verstehe ich nicht. Ich möchte vom Mr. Justice wissen, was er als Ergebnis seines Verfahrens anderes erwartet, als was bereits festgestellt worden ist und der Welt schon bekannt ist.

Justice Jackson: Gut, also zunächst, wenn jemand sagt: „Wir wissen schon", dann habe ich immer geantwortet: „Um Himmels willen, bringen Sie mir das Beweismaterial", und ich bekomme es nicht. So, wenn Sie jetzt Prozeßmaterial haben wollen, dann brauchen Sie dazu mehr als nur umlaufende Gerüchte, Pressemeldungen und dergleichen. Wir werden das Prozeßmaterial bekommen, und wir werden es aktenkundig machen, so weit —

Mr. McCloy: Das wäre viel wertvoller.

Justice Jackson: Es ist weit schwieriger, viele dieser Dinge so nachzuweisen, daß man sie um ihres praktischen Wertes willen für die Nachwelt aktenkundig hat, falls jemand mal ein Buch über diese Sache schreibt, als einfach zu sagen, es ist so und wir wissen es.

Mr. Bard: Das steht im Einklang mit unserer Verfassung und unseren dienstlichen Gepflogenheiten.

Mr. McCloy: Das ist die Art und Weise, den größten Nutzen daraus zu ziehen.

Mr. DuBois: Lassen Sie mich auf folgendes nur als Beispiel hinweisen: Nehmen wir an, ein Gericht entscheidet, die SS sei nicht eine solche Organisation. Ich garantiere Ihnen — ob mit oder ohne Prozeßmaterial — diese Entscheidung des Gerichts würde in den Augen der Welt so heftig verurteilt werden, daß

das Gericht ebenso gleich einpacken könnte. lch behaupte, daß der Versuch, festzustellen, daß die SS eine solche Organisation ist, in der Tat aus diesem Gerichtsverfahren eine Farce macht.

Mr. McCloy: Keine größere Farce, als wenn jetzt auf einmal ein Mann hier hereinkäme und vor unseren Augen den Finanzminister ermordete.

H. M. jr.: Warum gerade midi? (Gelächter)

Mr. McCloy: Wir alle wissen, daß ihm trotzdem der Prozeß gemacht werden müßte.

Justice Jackson: Wir wissen auch alle, daß das eine Farce ist.

H. M. jr.: Ich hoffe, das war keine Freudsche Fehlleistung. (Gelächter)

Justice Jackson: Wir erwarteten die Verurteilung der Saboteure, und sie wurden vor Gericht gestellt, und es gab Prozeßakten, aus denen hervorging, weshalb diese Leute verurteilt wurden. Wenn Sie etwas für den künftigen Weltfrieden tun wollen, müssen Sie wünschen, daß sie aus den richtigen Gründen verurteilt werden. Wenn wir für die Dinge einstehen, für die einzustehen wir behauptet haben, können wir uns kaum weigern, eine gerichtliche Untersuchung vorzunehmen. Für mich ist es schwer zu verstehen, weshalb Sie zögern, in diesem Fall die Beweise beizubringen, aktenkundig zu machen und dieses Material einem Gericht vorzulegen — die Geschichte des Aufstiegs, der Unmenschlichkeiten und so weiter —- um es zur Hand zu haben, und das ist die einzige korrekte offizielle Verfahrensweise. Nun, was mich angeht, ist diese Entscheidung getroffen. Es ist eine politische Entscheidung, ob man diese Leute ohne Verfahren verurteilen, ohne Verfahren freilassen, oder ob man sie vor Gericht stellen und am Schluß des Verfahrens entscheiden soll, was zu tun ist. Diese Entscheidung wurde vom Präsidenten getroffen, und idi wurde mit der Durchführung des juristischen Teils des Anklageverfahrens beauftragt. Ich bin somit wirklich nicht in der Lage zu sagen, ob es die vernünftigste Lösung ist oder nicht.

H. M. jr.: Ich bitte mich fünf Minuten zu entschuldigen.

(Der Minister, Mr. Bell und Mr. McCloy verlassen den Raum.)

Mr. Clayton: Wenn man Ihrer Argumentation folgen wollte — sagen wir also, gut, wir kennen die Gestapo, die SS, wir wissen, was sie getan haben, und wozu noch ein Gerichtsverfahren —,

wo hören wir da auf? Angenommen, da sind zwanzig Organisationen, und einige davon schuldiger oder weniger schuldig als die anderen. Wo hören Sie, bevor Sie ein Gerichtsverfahren haben, bei Ihren Feststellungen, wer schuldig und wer nicht schuldig ist, tatsächlich auf?

Mr. DuBois: Ich gebe zu, wir haben da ein Problem — wo soll man den Trennungsstrich ziehen? Aber jetzt nimmt man — ich spreche jetzt nur von der SS und der Gestapo. Mir scheint, das, was wir wissen, hat einen so lauten Klang, daß das übrige dagegen ziemlich abfällt. Ich möchte Sie fragen, Mr. Justice, ob Sie irgendwie im Zweifel darüber sind, zu welcher Entscheidung das Gericht kommen wird.

Justice Jackson: Ich zweifle nicht daran, daß die Tatsachen beweisen werden, daß es sich hier um eine Organisation von Barbaren handelte. Ich glaube, es könnten Zweifel darüber bestehen, ob man von einem Verbrechen im Sinne des Völkerrechts sprechen wird. Sie wissen ja, in dieser Hinsicht bestehen Schwierigkeiten, aber eine der Schwierigkeiten ist, daß hier in Washington jedermann sagt: „Wir wissen es ja." Da sage ich: „Wo ist Ihr Beweismaterial? Holen Sie Ihre Akten." Man sagt mir, da sind — in einer Abteilung hatten sie sehr viele Fälle. Ich nehme mir die Fälle vor und — sie haben nicht einen Deut mehr als wir hier auf dem Tisch. Ich sage Ihnen, es ist zweierlei, ob man in dieser Sache Prozeßmaterial zusammenträgt, auf das sich der Mann, der in zwanzig Jahren hierüber ein Buch schreiben soll, verlassen kann, oder ob man sagt, das wissen wir; und wenn es sich nicht lohnt, darüber zu schreiben — aber ich habe den Auftrag erhalten, darüber zu schreiben, und das ist also meine Aufgabe, und — um alles in der Welt — wenn Sie zuverlässige Unterlagen besitzen, geben Sie sie uns.

Mr. Glasser: Mr. Justice, glauben Sie, wir sollten mit den Reparationen in Form von Arbeitsleistungen warten, bis Sie Ihr Prozeßmaterial vollständig zusammen haben, oder können wir Ihren Vorstellungen nach tatsächlich mit den Reparationen in Form von Arbeitsleistungen erst beginnen, wenn Sie mit der Zusammenstellung von Beweismaterial fertig sind, was eventuell noch beträchtliche Zeit dauern kann?

Justice Jackson: Ich sehe nicht, wie man jemanden eine Strafe verbüßen lassen kann, bevor der Fall abgeschlossen ist.

Mr. Glasser: Daraus schließe ich — es ist theoretisch so, daß es sich hier um Reparationen handelt und daß sie keine Strafe verbüßen, und daß man von Deutschland verlangt hat, Arbeitsleistungen als Reparationen zu stellen. Wie Mr. DuBois sagte, machen wir jetzt die Auswahl der Deutschen von bestimmten Kriterien abhängig. Wir hätten die Männer mit blauen Augen und anderen Kennzeichen nehmen können, wir sind aber der Ansicht, daß dies hier im Interesse des Weltfriedens und der künftigen Weltsicherheit das beste Kriterium ist. Auf dieser Basis verbüßen sie nicht ihre Strafe, sondern erfüllen die Verpflichtungen des deutschen Volkes. Die Deutschen müssen dieser Verpflichtung nachkommen, und sie [die SS- und Gestapo-Angehörigen] tun es und sind diejenigen, die dafür ausgewählt worden sind.

Justice Jackson: Wenn es sich nur um reine Reparationen handelt, wenn Sie sie dafür nehmen wollen, ist das, was mich betrifft, durchaus in Ordnung.

Das bedeutet einfach, daß ich das Verfahren gegen sie einstelle, da es mir nicht möglich ist, sie vor Gericht zu bringen, um festzustellen, ob sie zu bestrafen sind. Sie sind bereits in der Vermutung, daß sie schuldig sind, herangezogen worden, aber wenn Sie von der Vermutung ausgehen, daß sie schuldig sind auf der Basis —

Mr. DuBois: Der Punkt ließe sich regeln, Mr. Justice. Ich nehme an, diese Sache könnte irgendwie schriftlich — keine Maßnahme auf dem Gebiet der Reparationen würde einem gleichwertigen Verfahren wegen Kriegsverbrechen vorgreifen. Und andererseits ist hier auch berücksichtigt, Mr. Clayton: wenn man diese Leute als Arbeitskräfte nimmt, bedeutet das nicht unbedingt, daß sie nach den sonst üblichen Vorschriften als Kriegsverbrecher ermittelt worden sein müssen. Ich glaube, als wir hiermit anfingen, bevor wir den Entwurf hatten, beschränkte man sich gar nicht einmal auf den Kreis dieser Leute. Mit anderen Worten, um nochmal auf den Punkt zurückzukommen, man kann Männer zwischen 25 und 30 nehmen. Stattdessen sagten wir, wir sollten diese Gruppen nehmen. Zumindest ist das, was wir wissen, eine ausreichende Grundlage dafür, diese Leute so zu verwenden. Wir verurteilen oder erschießen sie nicht — was wir wissen, ist eben eine ausreichende Grund-

lage dafür, daß wir diese Leute auswählen, daß wir sie herausgreifen.

Mr. Clayton: Es stimmt schon, daß wir unsere Arbeit ohne die Bedingungen begonnen haben, die wir erst später festgelegt haben — der Wert dieser Besprechungen liegt darin, hier Menschen an einen Tisch zu bekommen, zwischen denen zwar Unterschiede bestehen, die aber an der Angelegenheit interessiert sind und ihre Ansichten vorbringen, aus denen wir wiederum etwas profitieren, was sinnvoller ist, als wenn wir jeder für sich etwas unternehmen würden.

Mr. Bard: Ich sehe nur nicht, wie das -— was mir Kopfschmerzen macht, ist die Frage, ob das alles eine praktische Seite hat. Sie brauchen Leute, um Kohle zu fördern, und zwar jetzt — aber nicht erst in sechs Monaten, wo man über diese Dinge entscheiden wird. Sie brauchen jetzt Leute für die Landwirtschaft, und es wird mindestens sechs Monate dauern, ehe Sie von jemandem Unterstützung bekommen. Inzwischen sitzen sie herum, tun nichts und drehen Daumen, während Menschen verhungern und nichts zu essen haben.

Justice Jackson: Mißverstehen Sie mich nicht dahingehend, [daß ich dagegen bin,] diese Leute unter amerikanischem Befehl in Deutschland nach Belieben zur Arbeit einzusetzen!

Mr. Clayton: In Deutschland, ja.

Mr. Bard: Als Kriegsgefangene.

Mr. Clayton: Gewiß, als Kriegsgefangene.

Justice Jackson: Damit helfen Sie mir nicht, und es ist töricht.143

Mr. Clayton: Ich nahm die ganze Zeit an, das würde man tun, denn — ich sagte es Ihnen wahrscheinlich schon — wenn Sie mit denen darüber sprechen, die schätzen, daß in den drei wichtigsten Kohlengebieten Deutschlands, in denen jährlich normalerweise hundertfünfzig Millionen Tonnen Kohle gefördert werden, in den kommenden zwölf Monaten nur etwa fünfzig Millionen Tonnen gefördert werden, mit anderen Worten, ein Drittel der Normalmenge; und das ist eine tragische Angelegenheit, denn Sie wissen ja, Brennstoff gehört zu den knappsten Gütern in Europa. Man sagt, es läge an Arbeitskräften. Die

143 Vergl. Anmerkung Seite 345.

Gruben sind alle in recht gutem Zustand. Es geht darum, daß man da Leute runterschickt. Man hat viele, die dort einmal gearbeitet haben, herausgeholt, und die sind jetzt weg und sind nach Hause gegangen, die Franzosen, Belgier, Holländer, Polen usw. Und jetzt sollten sie, die Militärbehörden, diese Deutschen nehmen und sie dort unter der Militärverwaltung einsetzen und dafür sorgen, daß sie diese Arbeit machen und Kohle fördern, und ich stelle mir vor, Eisenhower wird das bestimmt tun.

Justice Jackson: Gewiß. Worüber sie dort sprechen, ist der Einsatz dieser Leute bei Erntearbeiten und der Förderung von Kohle unter amerikanischer Aufsicht. Das ist das eine — mich beunruhigt es nicht besonders, wenn man einige Leute nach Frankreich schickt. Frankreich kann sich kein Zwangsarbeitssystem leisten, es verträgt sich nicht mit einer freien Wirtschaft. Sie wären eine kleine Hilfe für die Franzosen, und es würde allmählich abnehmen; dann würden sie zurückgehen, und sie [die Franzosen] werden keinen großen Nutzen aus diesem Einsatz ziehen. Bei England dasselbe, wenn sie dort einige arbeiten lassen. Ein Land, mit dem es sich gut vertragen würde, diese Leute zu nehmen, sie zu Sklavenarbeit zu zwingen und daraus ein wahres System der Menschenschinderei zu entwickeln, ist Rußland, das den Apparat dazu hat, daß es funktioniert, und ich sage Ihnen, jeder, der sich mit diesem Unterfangen liiert, wird früher oder später von den Menschen in Amerika angeprangert werden, weil sich ihnen bei den Berichten, die von dort zu ihnen gelangen, die Haare sträuben würden.

Mr. Fowler führt aus, es sei ***besser, die Angelegenheit gegen einen Umschulung in der öffentlichen Meinung abzusichern.***

(Der Minister, Mr. Bell und Mr. McCloy betreten wieder den Sitzungssaal.)

H. M. jr.: Herr Vorsitzender, leider haben wir nicht die Möglichkeit gehabt, uns vorher mit allen vorliegenden Dokumenten zu befassen. Es ist so schwierig, wenn man sich mit so vielen Angelegenheiten beschäftigen muß, die mehr mit dem Finanzministerium als mit diesen Dingen zu tun haben. Ich fürchte aber, daß man meine Stimmenthaltung so auslegen könnte, als sei ich nicht für diese neue Resolution. Ich möchte feststellen, daß ich mich für diesen Beschluß ausspreche, denn, nachdem ja der Präsident der Vereinigten Staaten entschieden hat, eine

Kommission zur Untersuchung von Verbrechen zu schaffen, und dies das Mittel ist, um diese verschiedenen Organisationen abzuurteilen, falls kein Mißverständnis vorliegt, möchte ich sagen, wir sind für diese geänderte Fassung.

Mr. Clayton: Das ist fein. Vielen Dank, Herr Minister! Zu dem, was Sie vorhin sagten, daß Sie keine Gelegenheit zur Prüfung der Unterlagen hatten und so weiter, möchte ich sagen, das ist vollkommen richtig, aber ich mußte diese Sitzung unter etwas Zeitdruck einberufen, und das geschah in dem Augenblick, als ich Mr. Pauleys Brief las, denn er reist am Sonntag ab und hat deshalb sehr wenig Zeit.

Es wird beschlossen, den von McCloy vorgeschlagenen Text einstimmig zu befürworten.

H. M. jr.: Mr. Bell kann für mich unterschreiben, da ich morgen nicht mehr hier bin.

Mr. Clayton: Gut. Wir setzen etwas auf, das wird nicht mehr als eine Seite sein, und lassen es zur Unterschriftsleistung überall umlaufen; dann haben wir es, wie es sein soll, und legen es morgen irgendwann dem Präsidenten vor, damit er es Mr. Pauley geben kann. Also, liegt sonst noch etwas vor?

Mr. McCloy: Ich glaube, Mr. Pauley hat noch etwas.

Mr. Pauley: Bei dieser Sachlage natürlich befindet sich diese Kommission praktisch in einem Vakuum. Das große Problem, mit dem wir es zu tun haben werden, besteht ja darin, daß ich im voraus keine Ahnung habe, wieviel Leute man als Kriegsverbrecher verurteilen wird, aber ich habe das Gefühl, es werden nicht so viele sein, wie andere Länder als Arbeitskräfte verlangen werden. Ja, was soll der amerikanische — der Vertreter der Vereinigten Staaten da nun tun? Welche Stellung sollen wir im Rahmen der soeben genehmigten Änderung einnehmen? Es bezieht sich praktisch auf Zwangsarbeit jeder Art, nicht wahr? Das ist damit beabsichtigt.

Mr. McCloy: Das war schon vorher so.

Mr. Clayton: Das war schon vorher so.

Mr. Pauley: Also, sagen wir einfach Punkt und Schluß, oder haben wir Vorschläge zu machen wie Wiederaufbaukorps oder so etwas? Ich persönlich glaube nicht, daß es etwas wie freiwillige Arbeitskräfte geben wird, wenn wir den Buchstaben dieses Übereinkommens erfüllen, das heißt, indem wir die Lebensver-

hältnisse in ganz Europa mehr oder weniger gleichschalten. Und trotzdem befinde ich mich in einer sehr mißlichen Lage. Von allen Seiten wird man uns mit Wünschen nach etwas kommen, woran wir uns nicht beteiligen können.

Mr. Bard: Falls Eisenhower — was wir annehmen -—- das tut, dann wird er schon mit allen diesen Anforderungen in Form von Kriegsgefangenen fertig werden — mit allen legalen Anforderungen, in Form von Kriegsgefangenen, und mit dem Problem werden Sie erst in einigen Monaten zu tun haben. In der Zwischenzeit wird es auf dieser Basis gelöst. Das geschieht, indem man dann einfach zehntausend hierhin und dreitausend dorthin abordnet und so fort. Auf diese Art wird man mit dieser Situation schon fertig.

Mr. Pauley: Wieviel Kriegsgefangene haben wir?

Mr. McCloy: Etwa anderthalb Millionen, glaube ich.

Mr. Pauley: Die jetzt in Deutschland sind?

Mr. McCloy: Meines Wissens haben Sie als amerikanischer Vertreter bei der Reparationskommission Weisung, den Standpunkt zu vertreten, daß wir gegen Zwangsarbeit als solche sind, und daß wir wegen der Art der Arbeitskräfte, die für Reparationsleistungen zu stellen sind, was die Vereinigten Staaten anbetrifft, mit unseren Gesprächspartnern drüben verhandeln würden, aber das ist der amerikanische Standpunkt. Und Zwangsarbeit wäre nur auf der Basis von —

(Besprechung nicht für das Protokoll.)*

Mr. McCloy: Wir haben dieser Auffassung über Arbeitsleistungen für Reparationen in gewissen Grenzen zugestimmt. Wie Mr. Bard sagt, wird es eine erhebliche Anzahl von Kriegsgefangenen als Arbeitskräfte geben, die den unmittelbaren Bedarf an Arbeitskräften decken wird. Einige der Kriegsgefangenen schicken wir in die Bergwerke. Das können wir in einem legalen Verfahren tun, unser Standpunkt geht aber dahin, daß wir den Einsatz von Arbeitskräften für Reparationszwecke so weit in den Bereich der Legalität bringen, daß wir uns dabei von Konzentrationslagervorstellungen fernhalten.

Mr. Clayton: Kann man Kriegsgefangene zum Minenräumen in Frankreich einsetzen?

Mr. McCloy: Das verstößt gegen die Genfer Konvention, glaube ich, aber wir können sie in die Bergwerke in Frankreich schicken.

Mr. Clayton: Aha — also es scheint —

Mr. McCloy: Oder zu landwirtschaftlicher Arbeit oder etwas ähnlichem.

Mr. Clayton: Mir scheint, Mr. McCloy hat recht. Wir haben hier eine Reihe von Bedingungen eingeführt, nach denen wir, wie ich es verstehe, der Abgabe von Personen aus der amerikanischen Zone zum Zwangseinsatz außerhalb Deutschlands zustimmen und versuchen würden, die Einführung dieser Bedingungen in allen übrigen Zonen zu erwirken.

Es wird noch der Gedanke erörtert, die Teilnahme an einem freiwilligen Arbeitsdienst durch hohe — aus deutschen Steuereinnahmen zu finanzierende — Lohnangebote attraktiv zu machen.

Mr. Pauley: Die Russen haben praktisch bereits erklärt, daß sie mindestens fünf Millionen Mann für eine Dauer von fünf oder mehr Jahren verlangen werden. Sind das nun Kriegsgefangene, und reichen die verurteilten Leute aus, daß sie diese Anzahl bekommen können?

Mr. Fowler: Dazu ist zu sagen, daß man, falls die Russen gewillt sind, sich mit diesen Personen zu befassen, allgemeine und Arbeitsbedingungen nennt und mit den übrigen Mitgliedern der Vereinten Nationen hinsichtlich der Behandlung der für diese Arbeiten vorgesehenen Personen ein Übereinkommen trifft, das eine Gelegenheit und einen Anreiz für diese Leute bietet, so daß dann einigermaßen Aussicht besteht, daß sie sich diese Gelegenheit, Arbeitskräfte zu bekommen, zunutze machen, für die nicht Rußland, sondern die gesamte deutsche Bevölkerung die Kosten tragen würde.

Mr. Pauley: Praktisch besehen, will mir das irgendwie nicht ganz einleuchten, daß die Deutschen auf Grund irgendeines Anreizes nach Rußland arbeiten gehen werden.

Mr. Fowler: Das, glaube ich, hängt weitgehend von der Glaubwürdigkeit der russischen Zusage ab, daß sie bereit seien — zu garantieren —

Mr. Clayton: Aber, Mr. Pauley, wenn wir an die Sache mit der Überlegung herangehen, daß, wenn die Russen und Franzosen nach diesen Bedingungen nicht die von ihnen geforderte

Anzahl von Arbeitskräften bekommen können, ob wir etwas anderes versuchen sollten, was tatsächlich eine Überprüfung dieser Bedingungen bedeuten würde, daß es mir, nach Annahme dieser Bedingungen, scheint, wenn wir alle zustimmen —
(Besprechung nicht für das Protokoll.)*
Mr. Despres: Zu überlegen wäre die Möglichkeit, daß man den Russen die Kriegsgefangenen überläßt — einige der Kriegsgefangenen, die in unserem Gewahrsam sind, die dann als Arbeitskräfte eingesetzt werden könnten, solange —-
Mr. McCloy: — sie sich an die Genfer Konvention halten.
Mr. Pauley: Sie sind der Genfer Konvention nicht beigetreten.
Mr. McCloy: Bevor wir sie ihnen übergeben, können wir von ihnen die Zusage erzwingen, daß sie sich an die Genfer Konvention halten.
Mr. Clayton: Darüber sollen die militärischen Stellen entscheiden. Wir brauchen das hier nicht zu entscheiden, wenn es sich bei ihnen um Kriegsgefangene handelt.
Mr. McCloy: Das ist eine andere Sache.
Mr. Clayton: Ich denke nicht, daß uns das etwas angeht.
Mr. McCloy: Für unsere Regierung ist es ein feststehender Grundsatz, daß wir sie nicht gehen lassen, ohne die Versicherung zu haben, daß die Genfer Konvention eingehalten wird.
H. M. jr.: Gut.
Mr. Clayton: Falls nichts weiter vorliegt — vielen Dank, Herr Minister.

Truman: „Mit Stalin reden"

Gruppenbesprechung bei Minister Morgenthau

(Das Dokument ist mit dem Vermerk „Bericht von Oberst Bernstein" überschrieben. 5 Teilnehmer sind genannt.)

5. Juni 1945,16.45 Uhr (11/1553—1558)

H. M. jr.: Was ist mit Jimmy Byrnes?
Oberst Bernstein: Als ich hineinging, um den Präsidenten zu sehen, hatte dieser eine Besprechung mit Justice Byrnes, Admiral Leahy, Mr. Grew und Mr. Davis. Die drei letzteren gingen dann fort, während Justice Byrnes noch blieb.

Nach, Meinung von Oberst Bernstein wurde beim Präsidenten eine Mitteilung an Harry Hopkins erörtert, der sich zu diesem Zeitpunkt in Moskau aufhielt. Admiral Leahy habe gesagt, Byrnes sei derzeit am besten darüber informiert, was in Jalta wirklich beschlossen wurde, weil er sich Notizen gemacht habe, während andere sich nur auf ihr Gedächtnis verließen. Diese Bemerkungen habe er (Bernstein) im Vorzimmer des Präsidenten mitbekommen.

Oberst Bernstein: Das ist wichtig in Verbindung mit dem, worüber der Präsident mit mir sprach, nachdem ich meine Angelegenheit mit ihm erledigt hatte — als erstes ließ ich mir von ihm ein Autogramm unter sein Bild geben, was ihm Freude zu machen schien. Dann sagte ich ihm, daß ich gemäß seinen Anweisungen mit dem Finanzminister gesprochen habe und daß er (der Minister) mehr als bereit zur Zusammenarbeit gewesen sei; er habe mir einen ganzen Abend gewidmet -— mehr als vier Stunden —, er habe dieses Thema in seinem ganzen Umfang mit mir besprochen und habe nicht nur alles getan, um die Leute zu beschaffen, sondern habe mir sein ganzes Ministerium zur Verfügung gestellt, um auf diese Weise zu versuchen, einen Mitarbeiterstab für die Erledigung dieser Aufgaben aufzustellen. Der Präsident sagte, er freue sich, dies zu hören, und er habe gewußt, daß es so auslaufen werde, wenn er mich beim Finanzministerium vorsprechen ließe.

Bernstein erwähnte, er habe dem Präsidenten auch berichtet, daß er — bevor er zur Armee gegangen sei — Beamter des Finanzministeriums war. Er habe den Präsidenten ferner unterrichtet, daß er wegen seines Personalbedarfs auch mit dem Kriegs- und mit dem Außenministerium gesprochen, dort aber weniger Erfolg gehabt habe. Schließlich sei der Präsident bereit gewesen, einen im Finanzministerium entworfenen Brief an General Eisenhower zu unterschreiben. Es handelte sich um Untersuchungen über das deutsche Bankwesen. Bernstein erwähnte Schwierigkeiten, die er habe, nach Berlin zu reisen, wo die meisten deutschen Banken ihren Hauptsitz hatten. Daraufhin äußerte Präsident Truman seine Ansicht über die allgemeine Situation.

Oberst Bernstein: Er [Truman] sehe jetzt seiner Besprechung mit Stalin entgegen, und diese Besprechungen sollen offenbar in Berlin stattfinden. Er sagte, daß bei den Russen — wie in jedem anderen totalitären Staat — eine Cliquenwirtschaft herrschen werde, und daß man mit Stalin, wenn man sich tatsächlich mit ihm zusammensetzen und ihn dazu bringen könne, sich auf das Problem zu konzentrieren, auch vernünftig reden

könne, wohingegen sich die Molotow-Clique oder eine — wie er sie nannte — nördliche Clique die Probleme gar nicht erst bis zu Stalin gelangen ließe. Er habe das Empfinden, Stalin erfahre nicht einmal die Hälfte von dem, was vorgehe, und das sei ein weiterer Grund, weshalb er auf eine Unterredung mit ihm hoffe. Hinsichtlich seiner Beziehungen zu den Russen schien er überhaupt nicht pessimistisch zu sein, weil er den Eindruck hat, daß wir alle Karten in der Hand hätten und die Russen zu uns kommen müßten. Als ich ihn fragte, ob er meine, die Russen würden wegen Industrieausrüstungen zu uns kommen müssen, sagte er, das glaube er nicht, denn seiner Ansicht nach würden sie sich das alles aus Deutschland holen. Was sie von uns brauchen würden, seien Kredite und technische Unterstützung, und dann sprachen wir kurz über die Dringlichkeit der von den Russen benötigten Unterstützung. Er sagte, Rußland sei von Polen144 ziemlich zerstört, und wenn nicht umgehend etwas zur Behebung dieser Situation geschehe, werde eine große Hungersnot kommen. Deshalb, meinte er, seien die Trümpfe in amerikanischer Hand, und er sagte sehr deutlich, daß er sie als Amerikas Karten auszuspielen gedenke.

Er denkt nicht daran, sich mit den Briten oder den Franzosen in einem gegen die Russen gerichteten Block zusammenzutun. Er beabsichtigt, als Mittler zwischen allen aufzutreten. Seinen Wunsch, sich mit den Franzosen und Briten nicht zu eng zu assoziieren, betonte er vielleicht sogar noch stärker als seine Tendenz, enge Beziehungen zu den Russen zu vermeiden. An einer Stelle sagte der Präsident, er glaube, die Russen hätten genug mit ihren polnischen, ungarischen und osteuropäischen Problemen zu tun, und deshalb glaube er nicht, daß sie versuchen würden, sich nach Westeuropa auszudehnen. Ferner sagte er, die Russen seien stark am [Fernen] Osten interessiert. Er glaube andererseits nicht, daß die Russen ohne Unterstützung von uns in der Lage wären, eine Million Soldaten in den Osten zu werfen.

H. M. jr.: Den Osten?

Oberst Bernstein: Mit dem Osten meinte er den Pazifik.

144 Anmerkung der Übersetzer: so im amerikanischen Original („destroyed from Poland").

Mr. Pehle: China?

Oberst Bernstein: Er meint den Pazifik, die östliche Hemisphäre, wie wir es zu nennen pflegten.

H. M. jr.: Tat er so, als glaubte er, das sei eine ausgemachte Sache?

Oberst Bernstein: Ich habe ihn wegen dieses Punktes nicht näher befragt, Herr Minister. Er schien allerdings hinsichtlich der amerikanischen Position ziemlich selbstsicher zu sein, weil er glaubte, wir brauchten nicht wegen irgend etwas zu den Russen zu gehen und die Russen müßten ganz sicher wegen vielerlei zu uns kommen. Er sagte, er glaube nicht, daß die Russen in vielen Fällen überhaupt selbst wüßten, was sie tun sollten.

H. M. jr.: Ist das alles jetzt?

Oberst Bernstein: Ich glaube, damit wäre die Hauptsache behandelt.

Im weiteren Verlauf werden Angelegenheiten der Finanz- und Währungspolitik behandelt.

„Plan für zwanzig Jahre"

Gruppenbesprechung bei Minister Morgenthau

(Das Dokument ist mit dem Vermerk „Der Morgenthau-Plan" überschrieben. 7 Teilnehmer sind genannt.)

10. Juli 1945, 15.00 Uhr (11/1628—1639)

Einleitend wird — da das von Minister Morgenthau vorbereitete Buch über Deutschland besprochen werden soll — die Beiziehung eines Mr. Randolph Feltus veranlaßt.

H. M. jr.: Also, wo stehen wir jetzt?

Mr. White: Ich weiß nicht, ob mein Gespräch mit Loth sehr viel damit zu tun haben könnte. Ich habe das Schriftstück überflogen. Gründlich habe ich nur ein paar Kapitel gelesen, die mich interessierten. Ich glaube nicht, daß viele Änderungen notwendig sind. Es sind weniger Änderungen nötig als ich dachte. Loth kam anscheinend zum selben Schluß. Es sind einige Änderungen erforderlich, aber nicht so viele, wie ich angesichts der neuen Entwichlungen angenommen hatte. Ich glaube deshalb, daß es jetzt nur noch so schnell wie möglich in die richtige Form zu bringen und fertig zu machen ist.

Ich glaube, jetzt bedeutet jeder Tag Aufschub einen Verlust. Es besteht, glaube ich, allerstärkstes Interesse. Ein Teil der

Artikel könnte schon während des Dreier-Gipfeltreffens*[145] erscheinen. Das wäre besonders gut.

H. M. jr.: Das kann ich nicht machen. Er**[146] bat mich, das nicht zu tun.

Es werden Einzelheiten über die Publikation der beabsichtigten Artikelserie bzw. des daraus vorzubereitenden Buches besprochen; der vorstehend bereits erwähnte Mr. Loth wird zur Gruppenbesprechung beigezogen.

Es wird darüber gesprochen, unter welchem Titel das Buch erscheinen soll; auch einzelne Kapitelüberschriften werden erörtert.

H. M. jr.: Statt darüber zu diskutieren, wie wir es herausbringen wollen, würde ich jetzt die Sache lieber in die richtige Form bringen. Ich habe jetzt Zeit, daran zu arbeiten. Ich habe Mr. Truman gesagt, wenn er zurückkomme, wolle ich es veröffentlichen. Ich fragte ihn, ob er irgendwelche Bedenken habe, und er sagte nein. Er sagte, er habe die Sache gelesen und er sei dafür.

Es werden wieder Einzelheiten besprochen.

H. M. jr.: Erwähnen wir in diesem Buch, was wir mit dem Ruhrgebiet und dem Saargebiet tun wollen?

Mr. Loth: Ja.

H. M. jr.: Was sagen wir da?

Mr. Loth: Grob gesagt, wir internationalisieren das Ruhrgebiet, wobei wir sicherstellen, daß seine Kohle hauptsächlich an Frankreich und andere befreite Länder geht. Das Saargebiet kommt zu Frankreich, wie ich mich entsinne.

Mr. White: Was wir gern getan hätten —

Mr. Loth: Ich glaube, es heißt bei uns dort, die Franzosen sollten es bekommen, damit sie eigene Kohlevorkommen haben.

H. M. jr.: Eisenhower befragte mich darüber, und ich habe genau so wie Sie geantwortet. Er sagte: „Ja, wenn man Frankreich das Saargebiet gibt, was geschieht dann mit der Bevölkerung?" Er sagte: „Man sollte lieber die Deutschen alle aussiedeln, weil sie biologisch viel stärker als die Franzosen sind. Wenn man sie dort läßt, gibt es nach einiger Zeit dort nur noch Deutsche."

Mr. White: Sie sollten ausgesiedelt werden, aber nicht aus

[145] **Gemeint ist die bevorstehende Potsdam-Konferenz.**

[146] **Gemeint ist vermutlich Präsident Truman.**

diesem Grund. Ich halte sie nicht für fruchtbarer als die Franzosen.

Mr. Loth: In dem Buch vertreten wir ebenfalls die These, daß die Deutschen aus allen Gebieten, die wir von dem Neuen Reich abtrennen, zu entfernen seien und daß ein Bevölkerungsaustausch dergestalt vorzunehmen sei, daß Deutsche, die sich in den abgetrennten Gebieten befinden, nach Deutschland selbst auszusiedeln und daß Polen und andere, die sich jetzt in Deutschland befinden, aus Deutschland herauszuholen seien.

H. M. jr.: Was schreiben wir da über die Aufteilung [Deutschlands]?

Mr. Loth: Wir machen aus Deutschland zwei Staaten und erläutern den Unterschied zwischen unserem Plan und dem von Sumner Welles, in dem drei [Staaten] vorgesehen sind. Er ließ das Ruhrgebiet [bei Deutschland]. Es war das Kernstück eines seiner drei Staaten.

H. M. jr.: Angenommen, sie[147] gehen diesen Dingen, anders als in Jalta und Teheran aus dem Wege? Angenommen, sie entscheiden sich in den nächsten drei Wochen tatsächlich, was sie hinsichtlich gerade dieser Dinge, die ich eben erwähnte, tun wollen?

Mr. White: Gut, Sie bekommen einen Fahnenabzug, und falls bis dahin eine endgültige Entscheidung getroffen worden ist, dann haben Sie zwei Möglichkeiten: Entweder Sie streichen jedwede Erörterung dieser Entscheidung oder Sie üben Kritik daran.

Es werden erneut Einzelheiten besprochen.

H. M. jr.: Darf ich mal kurz unterbrechen? Eisenhower stellte mir eine sehr treffende Frage.

Er sagte: „Mr. Morgenthau, ist dieses Buch ein Plan für die nächsten anderthalb Jahre oder ein Plan für die Zeit nach diesen achtzehn Monaten?"

Ich erwiderte: „Herr General, es ist ein Plan, der voll und ganz den nächsten achtzehn Monaten gewidmet ist."

Mr. White: Ich hätte gesagt, es sei ein Plan für die nächsten zwanzig Jahre, man müsse damit aber in den nächsten achtzehn Monaten beginnen.

147 Gemeint ist die bevorstehende Potsdam-Konferenz.

H. M. jr.: Das meine ich auch, aber er ist auf lange Sicht angelegt, nicht auf kurze. Seine Frage lautete so: „Handelt es sich hier um etwas, das sofort zu erledigen ist oder langfristig?"

Mr. White: Gut, und es muß sofort in Angriff genommen werden.

Mr. Loth: Aber für seine Durchführung wird man zwanzig Jahre brauchen.

H. M. jr.: Er meinte aber nur kurzfristig oder langfristig. Ich würde langfristig sagen.

Mr. White: Vom eigentlichen Kern Ihrer Grunddoktrin besehen ist es ein langfristig angelegter Plan; er hat aber langfristige Auswirkungen, die in den nächsten achtzehn Monaten in Gang gebracht werden müssen. Nach Ablauf dieser Zeit wird man ihn wohl nicht [mehr] durchführen [können]. Wenn im nächsten Jahr eine entsprechende Entscheidung hinsichtlich der langfristigen Ziele nicht getroffen wird, dann erreichen Sie das nie. So denke ich darüber.

Es wird darüber gesprochen, welche Textentwürfe gefertigt und wann sie dem Minister vorgelegt werden.

Zeitgeschichtlicher Hinweis des deutschen Herausgebers:

In den veröffentlichten Dokumenten des Morgenthau-Tagebuches wird über den Rücktritt des Finanzministers nicht berichtet. Nach John Morton Blum (a. a. 0., Seite 311) ergab sich Morgenthaus Ausscheiden aus seinem Regierungsamt als Folge einer Unterredung mit Präsident Truman am 5. Juli 1945. Auf umlaufende Gerüchte angesprochen, habe sich der Präsident vorbehalten, über Morgenthaus weiteres Verbleiben „nachzudenken". Der Finanzminister habe diese ausweichende Bemerkung zum Anlaß genommen, seine sofortige Entlassung zu fordern. Blum zitiert dazu als Äußerung Morgenthaus: „Mich berührt es nicht so sehr. Ich habe meine größte Erschütterung schon bei Roosevelts Tod mitgemacht. Damals war ich völlig durcheinander. Dies hier regt mich nicht mehr auf. Im Gegenteil. Es ist mir sogar ganz lieb so. Niemand kann sich das bieten lassen, vor allem nicht nach zwölf Jahren als Finanzminister. Ich hätte keine Achtung mehr vor mir, wenn ich es hingenommen hätte, daß mir dieser Mann sagt, er sei sich noch im unklaren über mich."

Nach Trumans Darstellung stand der Rücktritt Morgenthaus mit der bevorstehenden Potsdam-Konferenz in Zusammenhang: „Als Morgenthau von meiner Reise nach Potsdam hörte, ersuchte er mich, ihn als Delegationsmitglied mitzunehmen. Ich erwiderte, meines Erachtens werde der Schatzkanzler weit dringender in den Vereinigten Staaten als in Potsdam benötigt. Er entgegnete, seine Anwesenheit in Potsdam sei

□ **unerläßlich, andernfalls müsse er demissionieren." (Truman: Memoiren,**
□ **a. a. 0., Band I, Seite 316). Morgenthau erinnerte sich nur, dem Präsi-**
□ **denten gesagt zu haben: „Es ist bedauerlich, daß Sie niemanden vom**
□ **Finanzministerium mit nach Potsdam nehmen, denn wir haben Infor-**
□ **mationen, die sonst niemand kennt" (John Morton Blum, a. a. 0.,**
□ **Seite 213).**

Das Tagebuch

Gruppenbesprechung bei Minister Morgenthau

(Das Dokument ist mit dem Vermerk: „Das Tagebuch des Ministers" überschrieben; 6 Teilnehmer sind genannt.)

14. Juli 1945, 12.40 Uhr (11/1640—1643)

H. M. jr.: Ich habe jetzt folgendes vor: Was diese Aufzeichnungen betrifft, die ich für die Zeit von 1941 bis heute habe, so glaube ich nicht, daß jemand etwas daran aussetzen kann, wenn ich sie mitnehme. Sollte einer von Ihnen hier deswegen Fragen haben oder sollte jemand in dienstlicher oder sonstiger Hinsicht Bedenken haben, dann bitte ich das zu sagen. Es handelt sich um die Zeit von 1941 bis jetzt, und ich habe nur Kopien von dienstlichen Unterlagen.

Mrs. Klotz: Es ist kein einziges Original dabei. Alles was hier ist, sind Fotokopien und Besprechungsprotokolle. Wir haben uns mehrere Bände vorgenommen und dabei festgestellt, daß sich alle Originale und Ausfertigungen von Originaldokumenten in der Registratur des Finanzministeriums befinden. Das weiß ich bestimmt. Das kann ich bezeugen.

H. M. jr.: Hat jemand Fragen?

Mr. D. W. Bell: Ich glaube nicht, daß jemand daran etwas auszusetzen hat, wenn Sie die Aufzeichnungen zu persönlichen Zwecken mitnehmen. Ich glaube, juristisch gesehen, könnte der oder jener wahrscheinlich Bedenken haben — es ist ja in gewissem Sinne Staatseigentum —, aber ich glaube nicht, daß jemand etwas daran auszusetzen hat, wenn Sie es mitnehmen. Es handelt sich um Aufzeichnungen, wie sie noch von keinem anderen Minister gemacht worden sind.

Mrs. Klotz: Jedermann weiß davon, Mr. Bell. Jeder weiß von Mr. Morgenthaus Aufzeichnungen. Das ist allgemein bekannt.

H. M. jr.: Fünfzig Angehörige des Finanzministeriums wissen, daß ich Vorbereitungen für mein Ausscheiden treffe. Ich möchte gern, daß jeder, der etwas zu sagen hat, es jetzt tut.

Mr. D. W. Bell: Ich halte es für bedauerlich, daß man nicht alle Erwähnungen von Personen herausnehmen und eine Kopie davon behalten kann, um sie für amtliche Zwecke zur Verfügung zu haben, wenn es darum geht, bestimmte Maßnahmen von der geschichtlichen Entwicklung her zu verstehen, da einige Dinge, die in dieser Angelegenheit getan werden müssen, in Zukunft von großer Wichtigkeit sein werden, [ohne daß man erkennen könnte,] warum und wieso es dazu gekommen ist.

H. M. jr.: Was die Zeit vor 1941 betrifft, werden sie, so rasch sie das während des Wochenendes schaffen können, alle Originale von dienstlichen Schriftstücken entnehmen. Die Originale bleiben dann hier im Finanzministerium, werden fotografiert, und ich bekomme die Fotokopien, die ich wieder zu meiner Akte nehme.

Ich habe einen Mikrofilm, den ich mir besorgt habe. Er kostet etwa viertausend Dollar, die ich bezahlen werde. Ich schreibe heute meinem Anwalt wegen eines Zusatzes zu meinem Testament, der besagt, daß ich meine Aufzeichnungen und den Mikrofilm der Roosevelt Memorial Library, einer staatlichen Einrichtung, vermache.

Mr. White: Ich hoffe, Sie bleiben noch mindestens fünfundzwanzig Jahre am Leben.

H. M. jr.: — und sie dürfen erst zehn Jahre nach meinem Tod geöffnet werden. So, das wäre das Programm, und ich möchte Sie als staatliche Bedienstete und als Freunde um Ihren Rat und um Vorschläge bitten, was ich sonst tun könnte. Meines Wissens haben alle meine Amtsvorgänger Kopien von Schriftstücken mitgenommen.

Mr. D. W. Bell: Mir ist kein Fall bekannt.

H. M. jr.: Direkt dort draußen[148] haben sie ein Kopialbuch.

Mr. D. W. Bell: Das heißt, Kopien von Dienstschreiben, die Sie unterschrieben haben. Normalerweise hat jeder Minister, Staatssekretär und Abteilungsleiter ein Kopialbuch vor sich, und von jedem Brief, den sie unterschrieben, wurde dort eine Kopie archiviert. Wenn sie aus dem Amt schieden, nahmen sie einfach die [Kopie der] von ihnen unterschriebenen Antwort mit.

148 Anmerkung der Ubersetzer: Gemeint ist vermutlich das Vorzimmer des Ministers.

In dem Brief [an den Anwalt] haben Sie „zehn Jahre nach Ihrem Tode" stehen; es geht mich nichts an, aber ich wäre dafür, daß Sie, sagen wir, fünfundzwanzig Jahre als Grenze einsetzen, also nicht vor Ablauf von fünfundzwanzig Jahren.

Mr. Pehle: Sie meinen, fünfundzwanzig Jahre von jetzt gerechnet.

Mr. D. W. Bell: Ja.

H. M. jr.: Fünfundzwanzig Jahre von jetzt gerechnet?

Mr. D. W. Bell: Oder zehn Jahre nach Ihrem Tode, je nachdem, welcher Zeitpunkt später liegt.

Es stehen da einige Dinge drin, durch die meiner Ansicht nach viele Leute in Verlegenheit gebracht würden. Über viele Leute haben wir uns in den Besprechungen mit Ihnen recht freimütig unterhalten.

Mrs. Klotz: Es wäre sehr peinlich.

Mr. D. W. Bell: Wir haben über einige unserer Freunde und Nachbarn gesprochen.

Mr. White: Ja, und besonders weil sich die Kopie im Besitz nur eines Mannes befindet und nicht im Besitz aller Teilnehmer an den Besprechungen.

H. M. jr.: Aber so war es doch die ganze Zeit ausgemacht.

Mr. Gaston: Vielleicht können wir Ausfertigungen für viertausend Dollar das Stück bekommen, Harry.

Mr. White: Meine können Sie für einen Groschen haben. (Gelächter.)

Im weiteren Verlauf des Gesprächs versichert Harry Dexter White, er habe keinerlei Einwand gegen die Absicht des Ministers hinsichtlich des Tagebuchs; Morgenthau habe ihn freilich nicht gefragt, ob seine Absicht „legal oder klug" sei. Dazu könne er (White) nur sagen: „Ich weiß es nicht."

Nachwort des deutschen Herausgebers

Der damalige US-Präsident Truman bemerkt in seinen Memoiren an der Stelle, an der er vom Rücktrittsverlangen Morgenthaus berichtet (vergl. Seite 382), er habe die Demission des Finanzministers mit wortkarger Zustimmung angenommen: „Das war das Ende unserer Unterhaltung und das Ende des Morgenthau-Planes."

Wer die im vorliegenden „Tagebuch" wiedergegebenen Dokumente liest, weiß, daß das Gegenteil richtig ist: als Morgenthau ging, war die von ihm entworfene amerikanische Deutschlandpolitik nicht nur nicht beendet, sondern durchgesetzt und im Vollzug begriffen.

Gewiß — die extremsten Forderungen, die Henry Morgenthau jr. in leidenschaftlicher Phantasie erdacht hatte, wurden nicht so wörtlich verwirklicht, wie er es vielleicht gewünscht hätte. Das Ruhrgebiet konnte schließlich doch nicht in eine „Geisterlandschaft" verwandelt werden, und es wurden nicht fünf Millionen Deutsche aus amerikanischem Gewahrsam als Zwangsarbeiter an die Sowjetunion überstellt.

Die „Morgenthau-Politik", deren Entwicklung und Gesamtkonzept durch das „Tagebuch" so unbezweifelbar dokumentiert wird, ist nicht durch diese wütenden Übersteigerungen gekennzeichnet, sondern durch ihr Kernanliegen: das deutsche Volk in seinem Lebensnerv zu treffen.

In juristischer Nüchternheit läßt sich die Kernentscheidung kennzeichnen: Es ging um die Frage, ob die alliierte Kriegsallianz dem besiegten Deutschland gegenüber die Regeln des neuzeitlichen Völkerrechtes gelten lassen werde. Diesem liegt bekanntlich die Idee zugrunde, daß Kriege zwischen den S t a a t e n geführt werden, daß auch dem Sieger Grenzen seines Handelns gesetzt sind, daß Massen- oder Völkerbestrafungen ausgeschlossen bleiben, und daß Änderungen der staatspolitischen Verhältnisse durch Friedensverträge herbeizuführen sind.

Durch seine im Januar 1943 in Casablanca aus dem Stegreif erhobene Forderung nach „bedingungsloser Kapitulation" hatte der amerikanische Präsident Roosevelt bereits angedeutet, daß er solche Maximen für die Nachkriegspolitik der Alliierten nicht mehr anerkennen wolle. Dennoch blieben amerikanische Armee- und Regierungskreise bis zum Sommer 1944 der Ansicht, daß noch Gültigkeit besitze und beachtet werden müsse, was vordem an internationalen Verträgen vom US-Kongreß ratifiziert worden war.

Ob nach einem Eindringen der amerikanischen Truppen in das deutsche Reichsgebiet dementsprechend zu handeln sei — zu dieser Schlüsselfrage des damaligen und späteren Geschehens liefern diejenigen Dokumente des „Morgenthau-Tagebuches", die aus dem August 1944 vorliegen, ebenso aufschlußreiches wie schlüssiges Beweismaterial. Ein „Handbuch für die Militärregierung in Deutschland" war vorbereitet, das eine dem geltenden Völkerrecht entsprechende Form der Besatzung unter Rücksichtnahme auf die Interessen der Bevölkerung und unter Annahme des Fortbestandes eines deutschen Staatswesens vorsah. Dagegen ergriff Henry Morgenthau jr. bewußt und entschieden „die Initiative" (vergl. Seite 77 ff.). Er hatte damit historischen Erfolg, denn nahezu alles, was seit 1945 in Deutschland und mit Deutschland geschehen ist, war eine Folge der damals in Washington getroffenen Entscheidungen. Die ganze Flut der Vorschläge und Pläne — auch die dabei entwickelten Brutalphantasien, nach denen das ganze Ruhrgebiet zerstört, die deutschen Bergwerke unter Wasser gesetzt, die Arbeiterschaft vertrieben werden oder verkommen sollte —: das waren nur Ausführungs-Vorschläge zu der in der Wirklichkeit durchgesetzten Grundidee — die Deutschen politisch niederzuhalten, und zwar auf die Dauer!

Der aufmerksame Leser der in diesem Buch wortgenau wiedergegebenen Dokumente wird in Morgenthaus Argumentation eine nahezu geniale Taktik erkennen: Indem er auch offenkundig Undurchführbares gegen allen Zweifel sogar seiner engsten Mitarbeiter mit Zähigkeit verfocht, hat er die nachdenklichen Gegner, die sich instinktiv gegen ihn erhoben, dazu verleitet, sich im Widerspruch gegen jene Ungeheuerlichkeiten zu erschöpfen und sich schließlich dem Wichtigeren: der grundsätz-

lichen Unterwerfungsthese immer wortloser zu beugen und sie bald als selbstverständlich hinzunehmen.

Für diesen Vorgang mag Trumans Bemerkung bezeichnend sein; vielleicht glaubte der Präsident wirklich, den Morgenthau-Plan „beendet" zu haben, als er den Finanzminister gehen ließ. In Wirklichkeit blieb jedoch die „Direktive ICS 1067", deren Durchsetzung Morgenthau mit Recht als seinen Sieg gefeiert hatte, noch bis zum Sommer 1947 die offizielle Richtlinie der amerikanischen Besatzungspolitik und wurde auch dann noch nicht verworfen, sondern nur gemildert. Inwieweit die leitenden Gedanken dieser Direktive ebenso wie andere Forderungen des Morgenthau-Planes149 — von der „Wiedergutmachung" bis zur „Umerziehung", ja bis zu albernen Einzelheiten wie dem „Verbot von Paraden" — bis heute wirksam geblieben sind: das ist ein Denkstoff, der sich jedem Leser dieser Dokumentation unvermeidlich aufdrängt.

*

Wer trotz der vielfach empörenden Texte, in denen das Schicksal eines großen Kulturvolkes mit beispielloser Frivolität erörtert wird, sich um ein kühles Urteil bemüht, wird eine wichtige Unterscheidung zu treffen haben: was immer von Henry Morgenthau jr. und seinen Mitarbeitern im US-Finanzministerium vertreten wurde — es handelte sich stets um Vorschläge und Pläne, gelegentlich nur um Polemik und Gedankenspiel.

Was davon praktische Politik und historischer Sachverhalt wurde: das hat nicht der Finanzminister, sondern — gemäß der

149 In seinem Buch „Germany is our problem", dessen Manuskript — wie aus mehreren Dokumenten des „Tagebuches" ersichtlich — von Beamten des US-Finanzministeriums entworfen worden war und das im Sommer 1945 im New Yorker Verlag Harper and Brothers veröffentlicht wurde, verficht Morgenthau selbst nicht mehr die „Zerstörung" des Ruhrgebietes, sondern empfiehlt nur noch dessen „Internationalisierung". Dieser Gedanke war bekanntlich dann noch jahrelang Gegenstand der Diskussion der Siegermächte, bis er 1951 durch die Unterstellung der deutschen Kohle-, Eisen- und Stahlindustrie unter die Kontrolle der „Europäischen Montanunion" teilverwirklicht wurde.

Die Ergebnisse der Potsdamer Konferenz hat Morgenthau in seinem Buch nicht — wie bei der Gruppenbesprechung vom 10. Juli 1945 (vgl. Seite 380) angeregt — kritisiert; er hat den Text der sog. Potsdam-Erklärung vom 2. August 1945 „zum Zwecke des Vergleichs mit dem in diesem Buch dargelegten Programm" als Anhang beigefügt.

amerikanischen Verfassung, die dem gewählten „Chief Executive" bedeutende Befugnisse einräumt, ja ihn fast zu einem „Diktator auf Zeit" werden läßt — der amtierende Präsident bestimmt.

Angesichts dieser Tatsache verdienen unter den Dokumenten des „Morgenthau-Tagebuchs" diejenigen besondere Aufmerksamkeit, die das persönliche Eingreifen Franklin D. Roosevelts erweisen.

Die erste einschlägige Entscheidung, die der Präsident in seinem „Memorandum für den Kriegsminister" (Seite 86 f.) traf, ging mit der grundsätzlichen Ablehnung der von den zuständigen Sachbearbeitern vorbereiteten Richtlinien für das Verhalten der amerikanischen Besatzungsmacht ihrem Wesen nach dahin, daß für Deutschland die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung außer Betracht bleiben sollten.

Des Präsidenten nächste persönliche Leistung war es, den Finanzminister in einen „Regierungsausschuß" für die Deutschlandfrage zu berufen, obwohl sie das Ressort dieses Ministers nicht betraf, und ihn schließlich anstelle des Außenministers zur Konferenz nach Quebec mitzunehmen. Hier wurde der britische Premierminister zur Abzeichnung eines Dokumentes veranlaßt, das die Deutschland-Vorschläge Morgenthaus zu einem gemeinsamen Programm der Alliierten erhob.

Der historisch bedeutendste Text des dank der Nachforschungsbemühungen des US-Senates zugänglich gewordenen Morgenthau-Tagebuches scheint dem deutschen Herausgeber das „Memorandum für den Finanzminister" zu sein, das Präsident Roosevelt am 14. November 1944 (zehn Tage nach seiner Wiederwahl) verfaßte und am 9. Dezember an Morgenthau „zur Kenntnisnahme" übersandte (vergl. Seiten 262—267).

Wir haben es hier mit einem weltpolitischen Schlüsseltext zu tun.

Das Memorandum des Präsidenten für den Kriegsminister Stimson vom 26. 8. 1944 ergeht sich mit Rücksicht auf dessen kritische Einstellung in den herkömmlichen Ausdrücken über die angebliche deutsche Kriegsschuld, mit denen auch Morgenthau und seine Mitarbeiter vordergründig argumentierten (vergl. Hinweis Seite 205).

In dem — teilweise nur in Stichworten skizzierten — an den

ihm befreundeten Henry Morgenthau jr. gerichteten Text jedoch bringt Roosevelt seine innersten Gedanken ohne propagandistische Rücksichtnahme zu Papier:

„Schon vor dem Ersten Weltkrieg waren die Deutschen dabei, die Welt industriell zu erobern . . . Nach dem Kriege kam Deutschland bald wieder in Schwung . . . Welche Maßnahmen auch gegen Japan und Deutschland ergriffen werden, in jedem Fall muß dazu die Beschränkung ihrer industriellen Betätigung gehören, um sie daran zu hindern, den englischen, französischen, holländischen, belgischen und anderen Exporteuren und uns selbst auf dem Weltmarkt Konkurrenz zu machen ... Die Beschränkung der deutschen Exporte wird zu einer Steigerung der Preise, Gewinne und des Produktionsvolumens der Mitglieder der Vereinten Nationen führen."

Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß diese Ansichten des Präsidenten statistisch widerlegbar sind (vergl. Seite 267 f.) — das ändert nichts an der Tatsache, daß sie das Denken des mächtigsten Mannes im damaligen Weltgeschehen beherrscht
und sein politisches Handeln bestimmt haben!

Der deutsche Leser dieser im Winter 1944 im Weißen Haus formulierten Argumente wird an die nicht minder beunruhigenden Sätze eines britischen Publizisten erinnert, die Hans Grimm — der Dichter des Schicksalsbuches „Volk ohne Raum" — in mehreren seiner Bücher aus dem Jahre 1896 zitiert hat; damals war bereits — fast mit den Worten Roosevelts — gesagt worden150:

„Wäre morgen jeder Deutsche beseitigt, es gäbe kein englisches Geschäft noch irgendein englisches Unternehmen, das nicht zuwüchse . . . Macht Euch fertig zum Kampf mit Deutschland, denn ‚Germania est delenda' (Deutschland muß zerstört werden)."

Mochten es Angst-, mochten es Wunschvorstellungen sein: sie haben bereits das düstere Geschehen des Ersten Weltkrieges vorbereitet, und dann nicht nur den Ausbruch, sondern auch das Ende des zweiten noch verhängnisvolleren Krieges beherrscht . . .

150 Zitat ans „Saturday Review", London, 1. 2. 1896 nach Hans Grimm: Warum, woher — aber wohin? Vor, unter und nach der geschichtlichen Erscheinung Hitler, Lippoldsberg 1954, Seite 50 f.

Henry Morgenthau jr. mag — obwohl dieser Gesichtspunkt im „Tagebuch" erstaunlich selten und stets nur nebensächlich zum Ausdruck kommt -—- beim Entwurf seiner Forderungen als Jude gedacht haben und über das Dritte Reich empört gewesen sein; die nach seinen Ratschlägen vom amerikanischen Präsidenten in Gang gesetzte Siegerpolitik von 1945 war nicht nur gegen Hitler und dessen Ideen, sondern gegen das ganze deutsche Volk und seine Leistungskraft gerichtet. Und es handelte sich nicht um eine Zielsetzung, die erst mit 1933 einsetzte — sie hatte schon lange vor 1914 begonnen.

Diesem historischen Sachverhalt glaubt der Herausgeber Rechnung zu tragen, wenn er der deutschen Ausgabe des Morgenthau-Tagebuches die Charakterisierung hinzufügte: „Dokumente des Anti-Germanismus", das heißt einer gegen unsere ganze Nation und ihre Eigenschaften gerichteten Zwangsvorstellung. Man muß sie verhängnisvoll nennen, denn es wurde nicht nur das Deutsche Reich zerstört, sondern auch die Welt in eine Verwirrung gestürzt, aus der noch kein Ausweg sichtbar ist.

ANHANG

Weisung der Vereinten Stabschefs an den Oberkommandier enden der amerikanischen Besatzungsstreitkräfte in Deutschland (Direktive 1067) — Amtlicher Text

Die Direktive ICS 1067 wurde von Präsident Roosevelt am 23. 3. 1945 gebilligt und von Präsident Truman bestätigt. Sie wurde am 17. 10. 1945 veröffentlicht und blieb bis zum 14. 7. 1947 unverändert in Kraft. Die nachstehende deutsche Wortlautübersetzung wurde mit freundlicher Genehmigung des K. W. Schütz Verlages dem Dokumentaranhang des Buches von Dr. Peter Kleist: Aufbruch und Sturz des 3. Reiches (Göttingen 1968, Seiten 359—375) entnommen.

1. Absicht und Ziel dieser Weisung:

Diese Weisung ergeht an Sie als Kommandierenden General der Amerikanischen Besatzungstruppen in Deutschland. Als solcher werden Sie auch die Funktion des Amerikanischen Mitglieds des Kontroll-Rats übernehmen und werden auch für die Führung der Militär-Regierung in der Zone oder den Zonen, die den Vereinigten Staaten zum Zweck der Besetzung und Verwaltung zugewiesen sind, verantwortlich sein. Sie beschreibt die grundsätzliche Politik, die Sie in diesen Eigenschaften, nach der Beendigung Ihrer Führungsaufgabe der gesamten Alliierten Expeditons-Streitkräfte, führen werden.

Diese Weisung legt die Politik bezüglich Deutschlands in der anfänglichen Zeitspanne nach der Niederlage dar. Als solche ist sie nicht als eine endgültige Festlegung der Politik der US-Regierung bezüglich der Behandlung Deutschlands in der Nachkriegswelt beabsichtigt. Es ist daher wichtig, daß Sie während der Zeitspanne, in der diese Weisung gilt, ständig Material über die wirtschaftlichen, industriellen, finanziellen, sozialen und politischen Bedingungen in Ihrer Zone sammeln, und daß die Resultate solcher Ermittlungen wie auch die Erkenntnisse, die eventuell in anderen Zonen gewonnen werden könnten, Ihrer Regierung über die Vereinten Stabschefs zur Verfügung gestellt werden. Dieses Material sollte so entwickelt werden, daß es sowohl als Grundlage für den Beschluß von Änderungen der Kontrollmaßnahmen, die hierin enthalten sind, als auch für die fortschreitende Formulierung und Entwicklung politischer Leitlinien dienen kann, die die grundsätzlichen Ziele der Vereinigten Staaten zu fördern geeignet sind. Ergänzende Weisungen werden Ihnen, soweit notwendig, über die Vereinten Stabschefs erteilt werden.

Als Mitglied des Kontroll-Rats werden Sie dafür sorgen, daß die anderen Besatzungs-Mächte die politischen Grundsätze befolgen, die in dieser Wei-

sung enthalten sind, und werden sie in Ihrer Zone einhalten, vorbehaltlich der Zustimmung des Kontroll-Rats. Es wird vorausgesetzt, daß inhaltlich ähnliche Weisungen an die Oberkommandierenden der Britischen, Sowjetischen und Französischen Okkupations-Streitkräfte ergehen.

TEIL I — ALLGEMEINES UND POLITISCHES

2. Die Grundlage der Militär-Regierung

a) Die Rechte, die Befugnis zur Gewaltausübung und die Stellung der Militärregierung in Deutschland gründen sich auf die bedingungslose Kapitulation oder die totale Niederlage Deutschlands.

b) Im Rahmen der Bestimmungen des § 3 unten sind Sie auf Grund Ihrer Stellung mit der höchsten gesetzgeberischen, verwaltenden und richterlichen Autorität in den von Ihren Truppen besetzten Gebieten ausgestattet. Diese Autorität ist als umfassend anzusehen und umschließt die Autorität, alle Maßnahmen zu ergreifen, die Ihnen im Hinblick auf militärische Bedürfnisse und die Ziele einer straffen Militär-Regierung als notwendig, angemessen oder wünschenswert erscheinen.

c) Sie werden eine Proklamation erlassen, durch die alle bisherigen Proklamationen, Befehle, Instruktionen und Anweisungen, die durch die Alliierten Befehlshaber in Ihrer Zone ergangen sind, in Kraft bestätigt werden, abgesehen von solchen Änderungen, die Sie eventuell bestimmen. Die Autorisierung von Maßnahmen des Oberstkommandierenden der Alliierten Expeditions-Streitkräfte kann durch Sie vorgenommen werden, außer wenn sie mit diesen oder späteren Weisungen in Widerspruch stehen.

3. Der Kontroll-Rat und die Besatzungs-Zonen

a) Die vier Oberkommandierenden werden, gemeinsam handelnd, den Kontroll-Rat in Deutschland bilden, der das höchste Kontroll-Organ über Deutschland gemäß dem Abkommen über die Kontroll-Maschinerie in Deutschland darstellen wird. Zum Zwecke der Verwaltung durch die Militär-Regierung ist Deutschland in vier Besatzungszonen gegliedert.

b) Die Autorität des Kontroll-Rats zur Bestimmung der Politik, des Verfahrens und der verwaltungsmäßigen Beziehungen im Hinblick auf Fragen, die Deutschland als Ganzes betreffen, wird absoluten Vorrang in ganz Deutschland haben. Sie werden in Ihrer Zone die durch den Kontroll-Rat bestimmte Politik ausführen und unterstützen. Im Falle, daß eine solche politische Übereinstimmung fehlt, werden Sie auf Grund dieser und anderer Weisungen der Vereinten Stabschefs handeln.

c) Die Verwaltung in Deutschland ist auf Dezentralisierung der politischen und verwaltungsmäßigen Struktur und auf die Entwicklung örtlicher Zuständigkeiten gerichtet. Zu diesem Zweck werden Sie die Selbständigkeit regionaler, örtlicher und kommunaler Behörden in der deutschen Verwaltung ermutigen. Die wirtschaftliche Struktur Deutschlands ist ebenfalls zu

dezentralisieren. Der Kontroll-Rat kann indessen in einem geringsten Ausmaß, so daß die Erreichung des mit dieser Weisung verfolgten Zwecks nicht gestört wird, eine Zentralverwaltung gestatten oder eine bestehende zentrale Verwaltung zulassen (a) für erforderliche allgemeine Dienste, wie Eisenbahnen, Nachrichtenmittel und Energieversorgung, (b) Finanzen und Auswärtige Angelegenheiten und (c) Produktion und Verteilung wesentlicher Güter.

d) Der Kontroll-Rat soll Maßnahmen treffen, so wie Sie in Ihrer Zone es ermöglichen sollen, die gleiche Verteilung lebenswichtiger Gebrauchsgüter zwischen den Zonen zu sichern. Wenn kein Widerspruch im Kontroll-Rat besteht, können Sie unmittelbar mit einem oder mehreren Zonen-Kommandanten über Fragen von besonderer Bedeutung für die betreffenden Zonen verhandeln.

e) Bis zu einer Bestimmung eines gemeinsamen Verfahrens und gemeinsamer Maßnahmen durch den Kontroll-Rat betreffend Interzonen-Reisen und des Reiseverkehrs von Zivilpersonen soll keiner Zivilperson das Verlassen oder Betreten Ihrer Zone ohne Ihre Zustimmung erlaubt sein, und kein Deutscher innerhalb Ihrer Zone soll Deutschland verlassen dürfen, außer für ganz bestimmte Zwecke, die von Ihnen gebilligt werden.

f) Das Personal der Militär-Regierung in jeder Zone einschließlich jener Personen, die mit regionalen oder örtlichen Unterabteilungen der deutschen Zentralbehörden zu tun haben, soll durch den betreffenden Zonen-Kommandanten ausgewählt werden, außer daß Verbindungsoffiziere von den Kommandanten der anderen drei Zonen gestellt werden können. Die jeweiligen Kommandanten haben ausschließliche Jurisdiktion in ganz Deutschland über die Angehörigen der Streitkräfte unter ihrem Kommando und über die Zivilpersonen, die sie begleiten.

g) Der Kontroll-Rat sollte dafür verantwortlich sein, alle Regierungs- und Verwaltungs-Verbindungen zwischen Österreich und Deutschland nach Möglichkeit zu trennen und deutsche Wirtschaftseinflüsse in Österreich auszuschalten. Der Alliierten Verwaltung sollte in ihren Bemühungen, diese Ziele zu erreichen, jede Unterstützung gegeben werden.

4. Grundlegende Ziele der Militär-Regierung in Deutschland

a) Es sollte den Deutschen beigebracht werden, daß Deutschlands skrupellose Kriegführung aus dem Geist des fanatischen Nazi-Widerstandes die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht hat und daß die Deutschen der Verantwortlichkeit nicht entrinnen können für das, was sie selbst über sich gebracht haben.

b) Deutschland wird nicht besetzt werden zum Zweck der Befreiung, sondern als eine besiegte Feindnation. Der Zweck ist nicht Unterdrückung, sondern die Besetzung Deutschlands zum Zweck der Durchsetzung gewisser alliierter Ziele. In der Durchführung Ihrer Besetzung und Verwaltung sollen Sie gerecht, aber fest und distanziert sein. Sie werden jede Fraternisierung mit den deutschen Beamten und der deutschen Bevölkerung strengstens unterbinden.

c) Das Grundziel der Alliierten ist es, zu verhindern, daß Deutschland je wieder eine Bedrohung des Weltfriedens wird. Wesentliche Schritte zur Durchsetzung dieser Absicht sind die Ausschaltung von Nazismus und Militarismus in allen ihren Formen, die sofortige Ergreifung von Kriegsverbrechern zum Zweck der Bestrafung, die industrielle Entwaffnung und Demilitarisierung Deutschlands mit fortdauernder Kontrolle über Deutschlands Fähigkeit zu Kriegführung und die Vorbereitung für einen späteren Wiederaufbau des deutschen politischen Lebens auf einer demokratischen Grundlage.

d) Andere alliierte Ziele sind die Durchsetzung eines Programms von Reparation und Wiedergutmachung, die Schaffung von Hilfeleistungen für die durch Nazi-Aggressionen verwüsteten Länder und die Sicherung der Fürsorge und Rückführung von Kriegsgefangenen und der „Displaced Persons", die den Vereinten Nationen angehören.

5. Wirtschaftliche Kontrollen:

a) Als Mitglied des Kontroll-Rats und als Zonen-Kommandant werden Sie von dem Grundsatz geleitet, daß die Wirtschaft Deutschlands insoweit Kontrollen zu unterwerfen ist, wie es die Erreichung der in § 4 aufgezählten Ziele erfordert und insoweit es notwendig ist, die Sicherheit und die Bedürfnisse der Besatzungstruppen zu garantieren, und soweit es erforderlich ist, die Produktion von Gütern und die Aufrechterhaltung von Diensten durchzuführen, um Hungersnot abzuwenden und Seuchen und Unruhen zu vermeiden, die diese Streitkräfte gefährden würden. Sie werden im Zusammenhang mit der Durchführung des Reparationsprogramms oder sonstwie nichts unternehmen, was dazu führen würde, die Mindest-Lebensbedingungen in Deutschland oder in Ihrer Zone auf einen höheren Stand zu bringen, als der niedrigste Stand in irgendeinem der benachbarten, den Vereinten Nationen angehörigen Länder.

b) Bei der Auferlegung und Aufrechterhaltung solcher Kontrollen, die durch Sie oder durch den Kontroll-Rat vorgeschrieben werden, werden praktischerweise in vollem Umfang die deutschen Behörden anzuweisen sein, solche Kontrollen zu verkünden und die Durchführung solcher Kontrollen zu übernehmen. Dadurch würde dem deutschen Volk beigebracht werden, daß die Verantwortlichkeit für die Durchführung solcher Kontrollen und für jeden Zusammenbruch als Folge solcher Kontrollen bei ihm selbst und bei den deutschen Behörden liegt.

6. Entnazifizierung:

a) Der Kontroll-Rat sollte eine Proklamation erlassen, daß die Nazi-Partei, ihre Formationen, angeschlossenen Verbände, die von ihr kontrollierten Organisationen und alle öffentlichen Nazi-Einrichtungen, die als Instrument der Partei-Herrschaft eingesetzt wurden, aufzulösen sind und daß ihre Wiederbelebung, in welcher Form auch immer, verboten ist. Sie werden die sofortige Durchsetzung dieser Politik in Ihrer Zone sicherstellen

und jede Anstrengung machen, die Wiedererrichtung irgendeiner solchen Organisation im Hintergrund, getarnt oder geheim, zu verhindern. Die Verantwortlichkeit für die Fortsetzung erwünschter nicht-politischer sozialer Hilfsdienste der aufgelösten Partei-Organisationen kann vom Kontroll-Rat an geeignete Zentral-Behörden oder durch Sie an geeignete örtliche Behörden übertragen werden.

b) Die Gesetze, die den Zweck hatten, die politische Struktur des Nationalsozialismus und die Basis des Hitler-Regimes zu errichten, und alle Gesetze, Verordnungen und Anordnungen, die Diskriminierungen aufgrund der Rasse, Nationalität, des Glaubens oder der politischen Meinung beabsichtigen, sollten durch den Kontroll-Rat für nichtig erklärt werden. Sie werden das für Ihre Zone tun.

c) Alle Mitglieder der Nazi-Partei, die in ihrer Handlungsweise mehr als nominelle Mitglieder waren, alle aktiven Helfer des Nazismus und des Militarismus und alle anderen Personen, die den alliierten Zielen feindlich sind, sind vom öffentlichen Dienst zu entfernen und auszuschließen, ebenso von wichtigen Stellungen in halböffentlichen oder privaten Unternehmungen, wie beispielsweise (1.) staatsbürgerliche, wirtschaftliche und Arbeiter-Organisationen, (2.) Unternehmen und andere Organisationen, an denen die deutsche Regierung oder Regierungsstellen ein größeres finanzielles Interesse haben, (3.) Industrie, Handel, Ackerbau und Finanzen, (4.) Erziehung, (5.) Presse, Verlage und anderen Agenturen für Nachrichtenübermittlung und Werbung. Personen werden als mehr als nominelle Parteimitglieder und als aktive Helfer des Nazismus oder Militarismus betrachtet, wenn sie (1.) ein Amt oder irgendeine andere Aktivität auf irgendeiner Ebene, von der örtlichen bis zur Reichsorganisation, in der Partei oder ihren nachgeordneten Organisationen oder in Organisationen, die militaristische Gedanken gefördert haben, innegehabt haben, (2.) wenn sie Nazi-Verbrechen, Rassenverfolgungen oder Diskriminierungen veranlaßt oder sich an ihnen unter Zustimmung beteiligt haben, (3.) wenn sie bekennende Gläubige nazistischer oder rassischer und militaristischer Glaubenssätze waren, oder (4.) der Nazi-Partei oder Nazi-Beamten und -Führern freiwillig beträchtliche moralische oder materielle Unterstützung oder politische Hilfe irgendwelcher Art gegeben haben. Keine solche Person soll auf irgendeinem der obengenannten Beschäftigungsgebiete aus Gründen administrativer Notwendigkeit, aus Gründen der Brauchbarkeit oder der Leistungsfähigkeit weiter beschäftigt werden.

d) Alles Eigentum, ob Grundbesitz oder beweglicher Besitz, das der Nazi-Partei, ihren Formationen, ihren nachgeordneten und kontrollierten Organisationen und Verbänden und allen Personen, die nach den Bestimmungen des § 8 zu verhaften sind, gehört oder von ihnen kontrolliert wird, und welches sich in Ihrer Zone befindet, ist unter Kontrolle zu nehmen, vorbehaltlich einer Entscheidung des Kontroll-Rats oder einer höheren Autorität über seine spätere Verwendung.

e) Alle Archive, Monumente und Museen, die aus der Nazi-Zeit stammen oder die der Erhaltung des deutschen Militarismus gewidmet sind, sind unter

Ihre Kontrolle zu nehmen. Ihr Eigentum ist einzubehalten, bis über dessen Verwendung der Kontroll-Rat bestimmt.

f) Sie werden besondere Anstrengungen machen, um die Zerstörung zu verhüten und unter Ihre Kontrolle zu nehmen: Akten, Pläne, Bücher, Dokumente, Akten-Ablagen und wissenschaftliche, industrielle und andere Informationen und Angaben, die folgenden Organisationen gehören oder von ihnen kontrolliert werden:

(1) Reichsregierung und ihre Unterorganisationen, deutsche militärische Organisationen, militärische Forschungsstellen und andere Regierungsbehörden, soweit es ratsam scheint;

(2) die Nazi-Partei, ihre Formationen, angeschlossene Verbände und von ihr kontrollierte Organisationen;

(3) alle Polizei-Organisationen, einschließlich der Sicherheits- und der politischen Polizei;

(4) wichtige wirtschaftliche Organisationen und industrielle Unternehmen, einschließlich derer, die durch die Nazi-Partei und ihre Angehörigen kontrolliert werden;

(5) Institute und besondere Büros, die sich mit rassischer, politischer, militaristischer oder ähnlicher Forschung und Propaganda befassen.

7. Entmilitarisierung

a) Sie werden in Ihrer Zone dafür sorgen, daß alle Einheiten der deutschen bewaffneten Streitkräfte, einschließlich para-militärischer Organisationen, als solche aufgelöst und daß ihre Angehörigen sofort entwaffnet und unter Kontrolle gebracht werden. Bis zur endgültigen Beschlußfassung werden Sie alle Militärpersonen, die unter die Bestimmungen des § 8 fallen, verhaften und zur Verfügung halten.

b) Der Kontroll-Rat soll anordnen und Sie in Ihrer Zone werden durchsetzen, daß alle militärischen und para-militärischen Organisationen aufgelöst werden, einschließlich des deutschen Offizierskorps, des Reservekorps und Militär-Akademien, gemeinsam mit allen Vereinigungen, die dazu dienen könnten, die militärische Tradition in Deutschland aufrechtzuerhalten.

c) Sie werden alle Waffen, Munition und alles Kriegsgerät erfassen oder zerstören und die Produktion davon beenden.

d) Sie werden angemessene Maßnahmen ergreifen, das deutsche Kriegspotential zu zerstören, wie es weiterhin in dieser Weisung ausgeführt ist.

8. Vermutete Kriegsverbrecher und Sicherheitsverhaftungen

a) Bis Sie weitere Instruktionen erhalten, werden Sie ausforschen, festnehmen und in Haft halten Adolf Hitler, seine hauptsächlichen Nazi-Genossen, andere Kriegsverbrecher und alle anderen Personen, die an der Planung und Ausführung von Nazi-Unternehmungen beteiligt waren, die mit Grausamkeiten oder Kriegsverbrechen verbunden waren oder dazu führten.

b) Alle Personen, die, wenn man sie weiter in Freiheit ließe, die Erreichung Ihrer Ziele gefährden würden, werden ebenso verhaftet und bis zu einem Gerichtsverfahren vor einem entsprechenden, von Ihnen zu errichtenden, halbjuristischen Forum in Haft gehalten. Es folgt eine unvollständige Liste der Kategorien von Personen, die in Verfolgung dieser Politik zu verhaften sind: (an dieser Stelle der Weisung folgt eine detaillierte Liste von Kategorien der Nazi-Kriegsverbrecher und anderer zu arretierender Personen. Einige von diesen sind noch nicht gefunden worden. In Anbetracht der Tatsache, daß die Veröffentlichung der Kategorien zu diesem Zeitpunkt die betreffenden Individuen warnen und ihre Verhaftung und ihre Bestrafung gefährden würde, wird diese Liste im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht bekanntgegeben).

Wenn Sie mit Rücksicht auf die Bedingungen, die Sie in Deutschland antreffen, es im Augenblick noch nicht für durchführbar halten, gewisse Personen innerhalb dieser Kategorien dieser Behandlung zu unterwerfen, sollten Sie Ihre Gründe und Empfehlungen Ihrer Regierung auf dem Wege über die Vereinten Stabschefs mitteilen. Wenn Sie es für wünschenswert halten, mögen Sie die Verhaftung jener Personen, deren Fälle Sie mitgeteilt haben, bis zu einer Entscheidung, die Ihnen über die Vereinten Stabschefs zugehen wird, zurückstellen. In keinem Fall sollen die verhafteten Personen eine unterschiedliche Behandlung und eine besondere Berücksichtigung erfahren, weder was die Art der Verhaftung oder die Haftbedingungen betrifft, aufgrund ihres Vermögens oder ihres politischen, industriellen oder sonstigen Rangs oder ihrer Stellung. Es bleibt Ihnen überlassen, nach Ermessen Ausnahmen aus nachrichtendienstlichen oder anderen militärischen Gründen zu machen.

9. Politische Betätigungen:

a) Ohne Ihre Genehmigung sollen keine politischen Betätigungen irgendwelcher Art geduldet werden. Sie werden sicherstellen, daß Ihre Militär-Regierung in keine Beziehung zu irgendwelchen politischen Gruppen gebracht wird.

b) Sie werden jede Form der Propaganda von Nazi-, militärischen oder alldeutschen Doktrinen unterbinden.

c) Keine deutschen militärischen oder politischen, zivilen oder sportlichen Paraden sind durch Sie zu gestatten.

d) In dem Ausmaß, daß militärische Interessen nicht betroffen werden, und vorbehaltlich der Bestimmungen der drei vorhergehenden Absätze und des § 10 wird die Freiheit der Rede, der Presse und des Gottesdienstes erlaubt werden. Im Rahmen der militärischen Notwendigkeiten werden alle religiösen Einrichtungen respektiert werden.

10. Public Relations und Kontrolle der öffentlichen Informationen:

Als Mitglied des Kontroll-Rats werden Sie sich bemühen, eine Übereinstimmung zu erreichen über eine einheitliche und koordinierte Haltung

betreffend (a) die Kontrolle der öffentlichen lnformationsmittel in Deutschland, (b) die Akkreditierung ausländischer Korrespondenten, (c) die Pressezensur und (d) die Ausgabe offizieller Nachrichtenkommuniques über Angelegenheiten des Kontroll-Rats. Die Richtlinien der Vereinigten Staaten auf diesen Gebieten werden Ihnen besonders zugehen, und Sie werden bei Ihren Verhandlungen im Kontroll-Rat sich durch diese Richtlinien leiten lassen.

11. Deutsche Gerichte:

a) Alle außerordentlichen Gerichte einschließlich der Volksgerichtshof und die Sondergerichte und alle Gerichte und Gerichtshöfe der Nazi-Partei und ihrer Formationen, angeschlossenen Verbände und kontrollierten Organisationen werden sofort abgeschafft.

b) Alle ordentlichen Kriminal-, Zivil- und Verwaltungsgerichte, ausgenommen jene, die durch Befehl der Militär-Regierung vorher errichtet wurden, werden geschlossen. Nach der Ausschaltung aller Nazi-Ideen und allen Nazi-Personals werden Sie solche Gerichtshöfe wieder zulassen, die die Rechtsprechung in den Grenzen Ihrer Zone wieder aufzunehmen haben unter solchen Vorschriften, Weisungen und Kontrollen, wie Sie sie für angemessen halten. Gerichtshöfe, die die Rechtsprechung in einem Territorium, das über die Grenzen Ihrer Zone hinausreicht, ausüben sollen, werden nur unter der entsprechenden Genehmigung des Kontroll-Rats und unter dessen Vorschriften, Weisungen und Kontrollen wieder eröffnet werden. Das Recht der Revision und des Einspruchs gegen Entscheidungen deutscher Gerichtshöfe soll in dem Recht auf Weisungen und Kontrollen enthalten sein.

12. Polizei:

Mit Ausnahme der Reichskriminalpolizei werden alle Elemente der Sicherheitspolizei, beispielsweise Geheime Staatspolizei und der Sicherheitsdienst der SS, abgeschafft werden. Kriminalpolizei und Ordnungspolizei werden von Nazis gereinigt und unter Kontrolle und Aufsicht der Militärregierung benutzt werden.

13. Politische Gefangene:

Unter Beachtung der militärischen Sicherheit und der Interessen der betreffenden Individuen werden Sie alle Personen innerhalb Ihrer Zone freilassen, die verhaftet und gefangengesetzt wurden aufgrund von Rasse, Nationalität, Glauben oder politischer Überzeugung, und sie als „Displaced Persons" behandeln. Sie sollten auch Vorkehrungen treffen, Verurteilungen wegen angeblich krimineller Vergehen zu überprüfen, bei denen ein erheblicher Verdacht auf rassische, religiöse oder politische Verfolgung vorliegt und deren Strafdauer noch nicht erfüllt ist, soweit es sich um Gefangene innerhalb Ihrer Zone handelt.

14. Erziehung:

Alle Erziehungseinrichtungen in Ihrer Zone sind zu schließen, ausschließlich der von alliierten Behörden wiedererrichteten. Die Schließung von Nazi-Erziehungseinrichtungen, wie Adolf-Hitler-Schulen, Napolas und Ordensburgen und von Nazi-Organisationen im Rahmen anderer Erziehungsstätten gilt für die Dauer.

Ein gemeinsames System der Kontrolle über die deutsche Erziehung und ein positives Programm der Umorientierung ist zu errichten, das darauf zielt, Nazi- und militärische Doktrin vollständig auszuschalten und die Entwicklung demokratischer Gedanken zu ermuntern.

Sie werden die Wiedereröffnung von Volksschulen, Mittelschulen und Berufsschulen so früh wie möglich wieder gestatten, nachdem das Nazi-Personal ausgeschaltet wurde. Lehrbücher und Lehrpläne, die nicht frei von Nazi- und militärischen Gedanken sind, sollen nicht benutzt werden. Der Kontroll-Rat soll Programme entwerfen in Richtung auf die Wiedereröffnung der Höheren Schulen, Universitäten und anderer Einrichtungen der höheren Ausbildung. Nach der Ausschaltung aller Nazi-Grundzüge und allen Nazi-Personals und bis zur Formulierung eines solchen Programms durch den Kontroll-Rat können Sie in Ihrer Zone ein Interim-Programm entwerfen und durchführen und in jedem Fall die Wiedereröffnung solcher Institutionen und Teilinstitutionen zulassen, die eine Schulung bieten, die Sie von unmittelbarer Wichtigkeit oder als nützlich für die Verwaltung der Militär-Regierung und für die Besatzungszwecke erachten.

Es ist nicht beabsichtigt, daß die Militär-Regierung in Fragen des Bekenntnisses oder des religiösen Unterrichts in deutschen Schulen sich einmischt, ausgenommen insoweit, als es notwendig erscheint, daß der religiöse Unterricht und die Verwaltung solcher Schulen mit den alliierten Bestimmungen in Einklang gebracht wird, die darauf gerichtet sind, das Personal und die Lehrpläne der Schulen zu reinigen.

15. Kunst und Archive:

Unter Berücksichtigung der Bestimmungen des § 6 oben werden Sie alle vernünftigen Maßnahmen treffen, um historische Archive, Museen, Büchereien und Kunstwerke zu erhalten.

TEIL II — WIRTSCHAFT

Allgemeine Absichten und Methoden der Kontrolle

16. Sie werden sicherstellen, daß die deutsche Wirtschaft in einer solchen Weise geführt und kontrolliert wird, daß die grundlegenden Ziele laut §§ 4 und 5 dieser Weisung erreicht werden. Wirtschaftliche Kontrollen werden nur in dem Ausmaß verhängt, das notwendig ist, diese Ziele zu erreichen, abgesehen davon, daß Sie in vollem Umfang die notwendigen Kontrollen einsetzen werden, um die industrielle Entwaffnung Deutschlands zu errei-

chen. Außer Ihren Maßnahmen, die Sie für notwendig halten, diese Absichten durchzusetzen, werden Sie keine Schritte unternehmen, (a) die darauf gerichtet wären, die deutsche Wirtschaft wiederherzustellen, oder (b) die die deutsche Wirtschaft zu erhalten oder zu stärken bestimmt wären.

17. Ohne die erfolgreiche Durchsetzung der für die Erreichung der in den §§ 4 und 5 dieser Weisung gekennzeichneten Ziele zu gefährden, werden Sie im größtmöglichen Umfang deutsche Behörden und Dienststellen benutzen und sie einer solchen Überwachung und Bestrafung bei Nichterfüllung unterwerfen, wie es notwendig ist, um sicherzustellen, daß sie ihre Aufgabe erfüllen.

Zu diesem Zweck werden Sie den deutschen Behörden und Dienststellen so viel Zuständigkeit zuteilen, wie Sie es für nötig halten; dabei ist vorausgesetzt, daß Sie jederzeit sich strikt an die Vorschriften dieser Weisung bezüglich Entnazifizierung und Auflösung oder Ausschaltung aller Nazi-Organisationen, ihrer Einrichtungen, Prinzipien, Grundsätze und Praktiken halten. Sie werden im notwendigen Umfang einen Verwaltungsapparat aufbauen, der nicht auf deutsche Behörden und Dienststellen angewiesen ist, um die Durchführung der Bestimmungen der §§ 19, 20, 30, 31, 32, 39 und 40 und aller anderen Maßnahmen, die zur Durchführung der industriellen Abrüstung notwendig sind, zu sichern.

18. Zum Zweck der höchstmöglichen Dezentralisierung der Struktur und der Verwaltung der deutschen Wirtschaft werden Sie

a) sicherstellen, daß der Wiederaufbau der notwendigen öffentlichen Dienste und industriellen und landwirtschaftlichen Unternehmungen soweit wie möglich auf örtlicher und regionaler Basis erfolgt;

b) unter keinen Umständen im Kontroll-Rat die Errichtung einer zentralisierten Verwaltung der deutschen Wirtschaft vorschlagen oder ihr zustimmen, ausgenommen auf Gebieten, wo die Zentralisierung der Verwaltung eindeutig erforderlich ist für die Erreichung der Ziele laut §§ 4 und 5 dieser Weisung. Die Dezentralisation der Verwaltung sollte keinen hindernden Einfluß haben auf die Erreichung eines größtmöglichen Maßes an Übereinstimmung des Kontroll-Rats in Sachen der Wirtschaftspolitik.

19. Sie werden statistische Übersichten und Berichte vorsehen und für ihre Aufrechterhaltung sorgen, wie sie notwendig sind, um die Ziele der §§ 4 und 5 dieser Weisung zu erreichen.

20. Sie werden entsprechende Übersichten anfertigen lassen, die Sie in der Erreichung der Besatzungsziele unterstützen könnten. Insbesondere werden Sie sich sofort einen Überblick verschaffen über Vorräte, Ausrüstung und Hilfsmittel in Ihrer Zone. Sie werden sich bemühen, schnell zu einer Übereinkunft im Kontroll-Rat zu gelangen, daß ähnliche Übersichten in den anderen Besatzungszonen aufgestellt werden, und Sie werden angemessene Schritte fordern, um die Methoden und Resultate dieser und anderer Übersichten, die in den verschiedenen Zonen durchgeführt werden, zu koordinieren. Sie werden den Kontroll-Rat, den US-Vertreter in der Reparationskommission und andere entsprechende Behörden laufend über die Informationen, die durch Zwischenberichte oder anders erreicht werden, unterrichten.

Deutscher Lebensstandard

21. Sie werden eine Schätzung aufstellen, welche Vorräte notwendig sind, um Hungersnot oder umsichgreifende Seuchen oder Unruhen in der Bevölkerung zu vermeiden, die die Besatzungstruppen gefährden könnten. Solche Schätzung wird sich auf ein Programm gründen, wonach die Deutschen selbst für die eigene Versorgung aus ihrer eigenen Arbeit und aus ihren eigenen Hilfsmitteln zu sorgen haben. Sie werden alle möglichen wirtschaftlichen und polizeilichen Maßnahmen treffen, um dafür zu sorgen, daß die deutschen Hilfsmittel voll ausgenutzt werden und daß der Verbrauch auf einem Minimum gehalten wird, um Importe strikt zu begrenzen und um Überschüsse für die Besatzungskräfte und die „Displaced Persons" und für die Kriegsgefangenen der Vereinten Nationen und für Reparationen verfügbar zu machen. Sie werden keine Maßnahmen ergreifen, die darauf gerichtet wären, den Lebensstandard in Deutschland auf einen höheren Standard zu heben als den, der in irgendeinem der benachbarten Vereinten Nationen besteht, und Sie werden angemessene Maßnahmen treffen, um sicherzustellen, daß der Lebensstandard des deutschen Volkes nicht höher ist als der, der in irgendeiner benachbarten verbündeten Nation besteht, wenn solche Maßnahmen dazu beitragen, den Standard einer solchen Nation zu heben.

22. Sie werden im Kontroll-Rat darauf drängen, daß einheitliche Rationen für ganz Deutschland gelten, daß lebensnotwendige Mittel gleichmäßig unter den Zonen verteilt werden, daß keine Überschüsse zwecks Export in alliierte Länder zu Verfügung gestellt werden und daß Importe darauf beschränkt werden, Defizite Deutschlands in seiner Gesamtheit auszugleichen.

Arbeit, Gesundheit und Sozialversicherung

23. Sie werden Selbst-Organisierung von Arbeitern und Angestellten nach demokratischen Richtlinien zulassen, jedoch unter der Voraussetzung, daß sich Nazi- oder militaristischer Einfluß unter irgendeiner Tarnung nicht fortsetzt und daß keine Gruppe erhalten bleibt, die den Zielen und Maßnahmen der Besatzungsmächte feindlich gegenübersteht.

24. Sie werden freie kollektive Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern über Löhne, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen und die Errichtung einer Apparatur für die Schlichtung von Arbeitsfragen zulassen. Kollektive Verhandlungen sollen den Lohn-, Arbeitszeit- und anderen Kontrollen unterworfen sein, wenn und soweit sie durch Sie eingerichtet oder geändert worden sind.

25. Im Rahmen des § 47 dieser Weisung sind Sie autorisiert, die deutschen Behörden anzuweisen, ein nicht diskriminierendes System der Sozialversicherung und der Armen-Unterstützung zu erhalten oder wieder zu errichten.

26. Sie sind autorisiert, den deutschen Behörden die Erhaltung oder die Wiedererrichtung von Gesundheitsdiensten und Krankenkassen zu ermöglichen, soweit sie verfügbar sind.

27. Sie werden die Deutschen auffordern, alle verfügbaren Mittel zur Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion zu nutzen und so schnell wie möglich einen wirkungsvollen Apparat für die Erfassung und Verteilung der landwirtschaftlichen Produktion aufzubauen.

28. Sie werden die deutschen Behörden anweisen, Großgrundbesitz und Länder im öffentlichen Besitz so zu verwenden, daß die Ansiedlung von Deutschen und anderen ermöglicht und die landwirtschaftliche Produktion erhöht wird.

29. Sie werden verhindern, daß alle Fabriken, Industrieausrüstungen, Patente und anderes Eigentum und alle Bücher und Akten großer deutscher Industrie-Gesellschaften und Handels- und Forschungsvereinigungen, die für die deutschen Kriegsanstrengungen oder für die deutsche Wirtschaft von wesentlicher Bedeutung gewesen sind, von den Deutschen zerstört werden, und werden sie für die Maßnahmen bereithalten, die durch diese und andere Weisungen oder durch den Kontroll-Rat beschlossen werden. Sie werden besondere Aufmerksamkeit den Forschungs- und experimentellen Einrichtungen solcher Konzerne zuwenden.

30. Zum Zwecke der Entwaffnung Deutschlands soll der Kontroll-Rat

a) die Produktion, den Erwerb durch Importe oder auf andere Art und die Entwicklung aller Waffen, Munition und allen Kriegsgeräts, sowie aller Typen von Luftfahrzeugen und aller Teile, allen Zubehörs und aller Stoffe verhindern, die für die Verwendung für diese Dinge speziell entworfen und hergestellt sind;

b) die Produktion von Handelsschiffen, synthetischem Kautschuk und Treibstoff, Aluminium und Magnesium und aller anderen Produkte und Ausrüstungen verbieten, über die Sie in Folge Instruktionen erhalten werden;

c) alle Hilfsmittel, die bei der Herstellung irgendeines der in diesem § erwähnten Gegenstände benutzt werden, beschlagnahmen und sie wie folgt behandeln:

(1) alles entfernen, was für Reparationen benötigt wird;

(2) alles zerstören, was nicht für Reparationszwecke transferiert wird, wenn es speziell für die Produktion der in diesem § genannten Gegenstände benutzt wird und nicht zu jener Art von Dingen gehört, die allgemein in Industrien benutzt werden, die den Deutschen erlaubt sind (im Zweifelsfalle ist zugunsten der Zerstörung zu entscheiden);

(3) die Sache in der Schwebe halten bis zur späteren Verwendung gemäß Instruktionen, die Sie erhalten werden.

Bis zur Übereinstimmung im Kontroll-Rat werden Sie diese Maßnahmen nach eigenem Ermessen durchführen. Sie werden die Erzwingung der Verbote in den Absätzen a) und b) und die Instruktionen in Abschnitt c) nicht ohne besondere Billigung durch Ihre Regierung über die Vereinten Stabschefs verzögern, außer daß Sie nach Ihrem Ermessen die Produktion von künstlichem Kautschuk und Treibstoff, Aluminium und Magnesium in dem Mindestausmaß gestatten, das notwendig ist, um die Ziele der §§ 4 und 5

dieser Weisung zu erreichen, so lange, bis Sie von den Vereinten Stabschefs Weisungen über Ihre möglichen Vorschläge für eine Verzögerung erhalten.

31. Als zusätzliche Maßnahmen der Entwaffnung sollte der Kontroll-Rat

a) anfänglich jede Forschungstätigkeit verhindern und alle Laboratorien, Forschungsstätten und ähnliche technische Organisationen schließen, ausschließlich solcher Einrichtungen, die für die Erhaltung der allgemeinen Gesundheit als erforderlich angesehen werden;

b) alle solche Laboratorien und diesbezügliche Einrichtungen abschaffen, deren Arbeit mit dem Aufbau der deutschen Kriegsmaschine verbunden gewesen ist, anfänglich solche Laboratorien sicherstellen und solches Personal festhalten, das für Ihre technologischen Untersuchungen von Interesse ist, und danach die Ausrüstung entfernen oder zerstören;

c) die Wiederaufnahme wissenschaftlicher Forschung in bestimmten Fällen nur dann gestatten, wenn nach sorgfältiger Untersuchung festgestellt worden ist, daß die ins Auge gefaßte Forschung in keiner Weise ein künftiges Kriegspotential Deutschlands fördern wird. Die Erlaubnis soll nur gegeben werden, (1) wenn durch bestimmte Vorschriften sichergestellt ist, welche bestimmten Typen von Forschung gestattet sind, (2) wenn alle Personen, die früher Schlüsselpositionen in der deutschen kriegswichtigen Forschung eingenommen haben, von künftiger Forschungstätigkeit ausgeschaltet sind, (3) wenn häufige Inspektionen vorgesehen sind, (4) wenn die freie Offenlegung der Forschungsresultate zugesichert ist und (5) nachdem schwere Bestrafung in Aussicht gestellt worden ist, einschließlich der dauernden Schließung der betreffenden Institution, wenn diese Vorschriften verletzt werden.

Bis zur Übereinkunft im Kontroll-Rat werden Sie solche Maßnahmen in Ihrer eigenen Zone treffen.

32. Bis zur endgültigen alliierten Übereinkunft über Reparationen und über die Kontrolle oder die Ausschaltung deutscher Industrien, die für die Kriegsproduktion benutzt werden können, sollte der Kontroll-Rat

a) die Produktion von Eisen und Stahl, Chemikalien, Nicht-Eisen-Metallen (ausschließlich Aluminium und Magnesium), Werkzeugmaschinen, Radio- und elektrischen Ausrüstungen, Automobilen, schweren Maschinen und wichtigen Teilen derselben verbieten und verhindern, ausgenommen für Zwecke lt. §§ 4 und 5 dieser Weisung;

b) die Wiedererrichtung und Ausrüstung von Fabriken in solchen Industrien verbieten und verhindern, ausgenommen für Zwecke nach §§ 4 und 5 dieser Weisung; und

c) Fabriken und Ausrüstung solcher Industrien für den Transfer auf Reparationsrechnung beschlagnahmen.

Bis zur Übereinkunft im Kontroll-Rat werden Sie solche Maßnahmen nach eigenem Ermessen in Gang setzen, sobald Sie die Gelegenheit haben, die Produktion zu übersehen und zu bestimmen, die für die Zwecke der §§ 4 und 5 dieser Weisung erforderlich ist.

33. Der Kontroll-Rat sollte es zulassen, daß Industrie-Einrichtungen, die nicht unter §§ 30 und 32 fallen, auf die Produktion leichter Gebrauchsgüter

umgestellt werden, vorausgesetzt, daß eine solche Umstellung nicht die spätere Entfernung der Fabrik und ihrer Ausrüstung auf Reparationsrechnung präjudiziert und daß sie keine Importe erfordert, die über die hinausgehen, die in den §§ 4 und 5 dieser Weisung als notwendig erklärt werden. Bis zur Übereinstimmung im Kontroll-Rat können Sie solche Umwandlungen in Ihrer Zone erlauben.

34. Unter Beobachtung der Bestimmungen der §§ 30 und 32 sollte der Kontroll-Rat sicherstellen, daß alle möglichen Maßnahmen getroffen werden, um in einem Mindestmaß, wie es für die Zwecke der §§ 4 und 5 dieser Weisung erforderlich ist,

a) die wesentlichen Transportmittel und öffentlichen Dienste zu reparieren und wiederherzustellen;

b) ein Minimum an Unterkunft für die Zivilbevölkerung durch Not-Reparaturen und Neubau zu schaffen;

c) die Produktion von Kohle und allen anderen Gütern und Diensten (ausschließlich Güter nach §§ 30 und 32, es sei denn, daß Maßnahmen zur Ermöglichung dieser Produktion durch diese Regierung über die Vereinten Stabschefs ausdrücklich gebilligt wird), soweit sie für dieZwecke angefordert werden, die in §§ 4 und 5 dieser Weisung bestimmt werden, in Gang zu setzen.

Bis zur Übereinkunft im Kontroll-Rat werden Sie für solche Maßnahmen in Ihrer eigenen Zone sorgen.

35. In Ihrer Eigenschaft als Zonen-Kommandant und als Mitglied des Kontroll-Rats werden Sie Schritte unternehmen, um eine gleichmäßige interzonale Verteilung und den Transport der Güter sowie der Dienste vorzusehen, die für die Zwecke der §§ 4 und 5 dieser Weisung von Bedeutung sind.

36. Sie werden alle Kartelle oder andere private Geschäftsarrangements und kartell-ähnliche Organisationen verbieten, einschließlich solcher von öffentlichem oder halböffentlichem Charakter, wie die Wirtschaftsgruppen, die für die Regulierung der Marktbedingungen, einschließlich der Produktion und der Preise, exklusiven Austausch technischer Informationen und Methoden und für die Zuweisung von Verkaufsgebieten zuständig waren. Soweit diese Organisationen notwendige öffentliche Funktionen gehabt haben, sollen sie so schnell wie möglich durch öffentliche Dienststellen übernommen werden, die von Ihnen zu bilden sind.

37. Ihre Regierung verfolgt die Politik, die Eigentumsrechte und die Kontrolle der deutschen Industrie möglichst breit aufzuteilen. Um die Durchführung dieser Politik zu unterstützen, werden Sie eine Übersicht über Gruppenbildungen und Pools, Zusammenschlüsse, Dachgesellschaften, Verflechtung durch Direktorenposten aufstellen und die Ergebnisse zusammen mit Empfehlungen Ihrer Regierung über die Vereinten Stabschefs übermitteln. Sie werden bemüht sein, im Kontroll-Rat Übereinstimmung darin zu erreichen, daß diese Übersichten auch in den anderen Besatzungszonen gemacht werden, und Sie werden darauf drängen, daß die Methoden und Resultate dieser Übersichten in den verschiedenen Zonen koordiniert werden.

38. Mit Hinblick auf § 4a sollte der Kontroll-Rat klare Maßnahmen ergreifen, um eine Inflation solcher Art oder solchen Umfangs zu vermeiden oder einzuschränken, die mit Sicherheit die Erreichung der Besatzungsziele gefährden würde. Der Kontroll-Rat sollte insbesondere die deutschen Behörden anweisen und instand setzen, Preis- und Lohnkontrollen aufrechtzuerhalten oder zu errichten und die fiskalischen und finanziellen Maßnahmen zu ergreifen, die zu diesem Zweck notwendig sind. Bis zur Übereinstimmung im Kontroll-Rat werden Sie dafür sorgen, daß solche Maßnahmen, wie Sie sie für notwendig halten, in Ihrer eigenen Zone ergriffen werden. Verhinderung oder Einschränkung der Inflation soll nicht ein zusätzlicher Grund für die Einfuhr von Gebraudisgütern sein, noch soll sie einen zusätzlichen Grund dafür bilden, die Entfernung, Zerstörung oder Einschränkung von Produktionsmöglichkeiten zu begrenzen, die in Erfüllung des Programms für Reparationen, Entmilitarisierung und industrielle Entwaffnung vorgesehen sind.

Energie, Transport und Nachrichtenmittel

39. Sowohl als Mitglied des Kontroll-Rats als auch als Zonen-Kommandant werden Sie geeignete Schritte unternehmen, um sicherzustellen, daß

a) Energie, Transport und Nachrichtenmittel in solcher Weise behandelt werden, daß die Ziele, die in den §§ 4 und 5 dieser Weisung festgelegt sind, erreicht werden können;

b) die Deutschen durch Verbot und durch entsprechende Maßnahmen gehindert werden, irgendwelche Typen von Luftfahrzeugen zu produzieren, zu unterhalten und zu fliegen.

Sie werden den Rahmen bestimmen, in dem eine zentralisierte Kontrolle und Verwaltung von Energie, Transport und Nachrichtenmitteln eindeutig notwendig für die Erreichung der Ziele nach §§ 4 und 5 sind, und Sie werden für die Durchsetzung dieses Maßes an zentralisierter Kontrolle und Verwaltung im Kontroll-Rat sorgen.

40. Sowohl als Mitglied des Kontroll-Rats als auch als Zonen-Kommandant werden Sie geeignete Schritte tun, um sicherzustellen, daß

a) die Kontrolle des Außenhandels darauf gerichtet ist, die Ziele der §§ 4 und 5 dieser Weisung zu erreichen;

b) die Importe, die zugelassen sind und nach Deutschland geliefert werden, beschränkt werden auf das für die Erreichung der in §§ 4 und 5 genannten Ziele unumgänglich notwendige Maß;

c) Ausfuhren in andere Länder als die der Vereinten Nationen verboten sind, wenn sie durch die Alliierten Regierungen nicht ausdrücklich genehmigt werden.

41. Als Mitglied des Kontroll-Rats und als Zonen-Kommandant werden Sie deutschen Firmen verbieten, an internationalen Kartellen oder anderen restriktiven Vereinbarungen und Verträgen teilzunehmen, und eine sofortige Beendigung aller bestehenden deutschen Beteiligungen an solchen Kartellen, Verträgen und Vereinbarungen anordnen.

42. Sie werden in Ihrer Zone ein Programm der Reparationen und Restitutionen durchführen, wie es den alliierten Übereinkünften entspricht, und Sie werden im Kontroll-Rat Übereinstimmung anstreben über Richtlinien und Maßnahmen, die für ganz Deutschland angewendet werden müßten, um die Durchführung eines solchen Programms zu sichern.

TEIL III — FINANZEN

43. Sie werden die Prinzipien, die in dieser Weisung enthalten sind, auf finanziellem Gebiet voll und ganz zur Anwendung bringen, und Sie werden sich bemühen, daß der Kontroll-Rat eine einheitliche Finanzpolitik annimmt, die notwendig ist, um die Zwecke der §§ 4 und 5 dieser Weisung zu verfolgen. Sie werden keine Maßnahmen ergreifen, die darauf gerichtet wären, die deutsche Finanzstruktur zu stärken oder zu beeinflussen, außer insoweit als es für die Absichten dieser Weisung notwendig erscheint.

44. Der Kontroll-Rat sollte die Ausgabe und das Volumen der Geldmittel und das Ausmaß des Kredites in Deutschland regeln und kontrollieren, soweit es die Zwecke der §§ 4 und 5 erfordern, und dabei folgende Prinzipien beachten:

a) Die Streitkräfte der USA und andere alliierte Truppen werden alliierte Militär-Mark und Reichsmark, soweit sie diese zur Verfügung haben, benutzen. Alliierte Militär-Mark und Reichsmark-Noten und -Münzen, wie sie jetzt in Deutschland im Umlauf sind, werden ohne Unterschied als gesetzliche Zahlungsmittel gelten und werden zum Kurs von 1 Alliierte Militär-Mark für 1 Reichsmark wechselbar sein. Reichskreditkassenscheine und andere deutsche Militär-Währung werden kein gesetzliches Zahlungsmittel in Deutschland sein.

b) Die Reichsbank, die Rentenbank oder jede andere Bank oder Agentur kann die Genehmigung oder die Weisung erhalten, Banknoten und andere Geldmittel auszugeben, die gesetzliches Zahlungsmittel sein werden; ohne solche Genehmigung wird keiner deutschen öffentlichen oder privaten Bank oder Agentur die Ausgabe von Zahlungsmitteln erlaubt werden.

c) Die deutschen Behörden können angewiesen werden, Reichsmark-Währung oder Kredite kostenfrei und in Beträgen zur Verfügung zu stellen, die ausreichen, um alle Ausgaben der Besatzungskräfte zu decken, einschließlich der Kosten der Alliierten Militär-Regierung und einschließlich der Kosten solchen privaten Eigentums, das durch die alliierten Behörden für Zwecke von Reparationen und Restitutionen requiriert, beschlagnahmt oder sonstwie in Besitz genommen wird, in dem Ausmaß, in dem dafür Kompensation zu leisten ist.

Bis zur Übereinkunft im Kontroll-Rat werden Sie diese Politik in Ihrer eigenen Zone befolgen. Sie werden bezüglich der Währung besondere Instruktionen erhalten, die Sie zu befolgen haben, falls ausreichende Mengen von alliierter Militär-Mark und Reichsmark nicht verfügbar sind, oder wenn der Gebrauch solcher Geldmittel für unerwünscht gehalten wird.

Bis zum Empfang weiterer Instruktionen werden Sie in Ihrer Zone keinen allgemeinen Wechselkurs zwischen Reichsmark einerseits und dem US-Dollar und anderen Währungen andererseits ankündigen oder bestimmen. Indessen werden Sie gesonderte Weisung über einen Wechselkurs erhalten, der ausschließlich für die Verrechnung von Zahlungen der militärischen Anforderungen in Ihrer Zone gilt.

45. Vorbehaltlich der durch den Kontroll-Rat gebilligten Politik sind Sie ermächtigt, folgende Schritte zu tun und solche weiteren finanziellen Maßnahmen durchzuführen, die Sie für notwendig für die Erreichung des Besatzungszieles halten:

a) Bestimmungen betreffend den Transfer und andere Geschäfte in privaten und öffentlichen Wertpapieren oder Grundbesitz oder anderem Eigentum zu verbieten oder anzuordnen.

b) Banken zu schließen, aber nur für eine so lange Zeit, als es notwendig ist, die genügenden Kontrollen einzuführen, Nazis oder andere unerwünschte Personen zu entfernen und Bestimmungen zu treffen über die Konten, die nach § 47e unten zu blockieren sind.

c) Börsen, Versicherungsgesellschaften und ähnliche finanzielle Einrichtungen so lange zu schließen, wie Sie es für notwendig halten.

d) Ein generelles oder begrenztes Moratorium oder Moratorien anzuordnen, doch nur in dem Umfang, der eindeutig für die Errichtung der in §§ 4 und 5 dieser Weisung bestimmten Ziele notwendig ist.

46. Es wird für wünschenswert gehalten, eine teilweise oder vollständige Zinsleistung für die innere öffentliche Schuld zu einem möglichst frühen Zeitpunkt wiederaufnehmen zu lassen. Der Kontroll-Rat sollte Zeit und Art einer solchen Wiederaufnahme beschließen.

47. Im Rahmen der politischen Übereinstimmung im Kontroll-Rat
a) werden Sie verbieten:

(1) die Zahlung aller militärischen Pensionen oder Einkünfte oder Vergütungen, ausgenommen Ausgleich für Körperschäden, die die Arbeitsfähigkeit des Empfängers einschränken, und zwar in einer Höhe, die nicht im geringsten die Zahlung überschreitet, die für vergleichbare Körperschäden aus nichtmilitärischen Gründen geleistet wird.

(2) die Zahlung aller öffentlichen oder privaten Pensionen oder anderer Einkünfte oder Vergütungen, die zugesagt oder geleistet wurden:

(a) aufgrund von Mitgliedschaft oder Dienstleistung bei der früheren Nazi-Partei, ihren Formationen, angeschlossenen Verbänden und kontrollierten Organisationen;

(b) an irgendeine Person, die aus ihrer Dienststellung gemäß § 6 entfernt wurde, und

(c) an irgendeine Person, die verhaftet und gefangengesetzt ist, und zwar in Übereinstimmung mit § 8 während ihrer Haftzeit oder für die Dauer im Falle einer Verurteilung.

b) Sie werden die von Ihnen für notwendig erachteten Schritte unternehmen, um sicherzustellen, daß jede Art von Gesetzesanwendung bezüglich Besteuerung und anderer finanzieller Maßnahmen, die aus Gründen der Rasse, der Nationalität, des Glaubens und der politischen Meinung für oder gegen irgendeine Person diskriminierend wirken, ergänzt, suspendiert oder aufgehoben werden in dem Umfang, der für die Beseitigung der Diskriminierung notwendig ist.

c) Sie werden die deutschen Behörden für solche Maßnahmen auf dem Gebiet der Besteuerung und anderen Gebieten der öffentlichen Finanzen, einschließlich der Wiederherstellung des Steuer-Systems und Erhaltung des Steuer-Aufkommens, verantwortlich machen, die für die Durchführung der in den §§ 4 und 5 genannten Absichten förderlich sind.

d) Sie werden eine generelle Überwachung der deutschen öffentlichen Ausgaben ausüben, um dafür zu sorgen, daß sie mit den Absichten der §§ 4 und 5 übereinstimmen.

e) Sie werden mit Beschlag belegen oder blockieren alles an Gold, Silber, Währungen, Wertpapieren, Konten in finanziellen Institutionen, Krediten, Guthaben und Vermögenswerten, die zu folgenden Kategorien gehören:

(1) Eigentum im Besitz oder direkt oder indirekt kontrolliert, sei es teilweise oder total, durch jede der folgenden Institutionen und Personen:

(a) das Deutsche Reich oder irgendeines der Länder, der Gaue oder Provinzen, der Kreise, Kommunen oder anderer ähnlicher lokaler Unterabteilungen; oder irgendeiner Filiale oder beauftragten Stelle irgendeiner der genannten Behörden einschließlich aller Betriebe, Unternehmen, öffentlicher Vereinigungen oder Monopolgesellschaften unter der Kontrolle irgendeiner der obengenannten Behörden;

(b) Regierungen, Staatsangehörige oder Residenten anderer Nationen, einschließlich der von ihnen besetzten Territorien, die seit dem 1. September 1939 mit irgendeiner der Vereinten Nationen im Kriegszustand waren;

(c) die Nazi-Partei, ihre Formationen, ihre angeschlossenen Verbände und kontrollierten Organisationen, ihre Amtswalter, führenden Mitglieder und Förderer;

(d) alle Organisationen, Clubs oder andere Vereinigungen, die durch die Militär-Regierung verboten oder aufgelöst wurden;

(e) abwesende Eigentümer nicht-deutscher Nationalität einschließlich der Vereinten Nationen und neutraler Regierungen und Deutscher außerhalb Deutschlands;

(f) jede Einrichtung für öffentlichen Gottesdienst, Wohltätigkeit, Erziehung oder für künstlerische und wissenschaftliche Zwecke, die von der Nazi-Partei benutzt wurde, um ihre Zwecke zu fördern oder ihre Tätigkeit zu tarnen;

(g) Personen, die nach den Bestimmungen des § 8 zu verhaften sind, und alle anderen Personen, die durch die Militär-Regierung durch Aufnahme in Listen oder in anderer Weise spezifiziert werden.

(2) Eigentum, das unter Zwang oder durch unrechtmäßige Akte der Beschlagnahme, Verfügung oder Plünderung den Besitzer wechselte, gleichgültig, ob es der Gesetzgebung entsprach oder unter der mißbräuchlichen Verwendung von Gesetzesformen oder sonstwie vor sich ging;

(3) Kunstwerke oder kulturelles Material von Wert oder Bedeutung, ungeachtet der Eigentümerschaft.

Sie werden Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, daß über alle beschlagnahmten oder blockierten Guthaben nur unter von Ihnen zu erlassenden Bedingungen oder Genehmigungen verfügt werden wird. In dem besonderen Falle von Eigentum, das unter (1) (a) oben blockiert ist, werden Sie Genehmigungsmaßnahmen durchführen, die, unter Aufrechterhaltung der Überwachung, dessen Gebrauch in Übereinstimmung mit dieser Weisung erlauben würden. Im Falle von Eigentum, das unter (2) oben blockiert ist, werden Sie Maßnahmen für schnelle Restitution treffen, in Übereinstimmung mit den Zielen nach §§ 4 und 5 und unter angemessenen Sicherungsmaßnahmen, um die Tarnung von Nazi- oder militaristischem Einfluß zu verhindern.

48. Alle Devisen-Transaktionen, einschließlich derer, die sich aus Exporten und Importen ergeben, sollen mit der Absicht kontrolliert werden, Deutschland an der Entwicklung eines Kriegspotentials zu hindern und die anderen Ziele dieser Weisung zu erreichen. Zur Durchsetzung dieser Arbeit sollte der Kontroll-Rat

a) alle deutschen (öffentlichen und privaten) Devisenbestände und ausländischen Guthaben jeder Art, ob sie innerhalb oder außerhalb Deutschlands sich befinden, aufspüren und in den Besitz und unter die Kontrolle einer speziellen Institution überführen;

b) jeden Handel mit Gold, Silber, Devisen und jede Art von Transaktionen in Devisen verbieten, ausgenommen soweit sie durch Genehmigungen oder Vorschriften autorisiert werden. Der Kontroll-Rat sollte jede Freigabe von Devisen-Exporten für solche Importe verfügbar machen, die unmittelbar notwendig für die Erreichung der Ziele lt. §§ 4 und 5 dieser Weisung sind. Er sollte keine anderen Ausgaben aus Devisen-Guthaben gestatten als für die Zwecke, die der Kontroll-Rat oder andere entsprechende Behörden billigen;

c) wirksame Kontrollen über alle Devisen-Transaktionen durchführen, einschließlich:

(1) Eigentums-Transaktionen zwischen Personen innerhalb Deutschlands und Personen außerhalb Deutschlands;

(2) Transaktionen betreffend Schuldverschreibungen, die von einer Person in Deutschland irgendeiner Person außerhalb Deutschlands gegenüber bereits bestehen oder errichtet werden sollen;

(3) Transaktionen, die den Import nach oder den Export aus Deutschland irgendeines Devisenguthabens oder einer anderen Art von Eigentum betreffen.

Bis zu einer Übereinkunft im Kontroll-Rat werden Sie in Ihrer Zone die in den Unterabschnitten a), b) und c) oben angegebenen Maßnahmen tref-

fen. Entsprechend werden Sie in Ihrer Zone den Besitz und die Kontrolle aller deutschen Devisen- und auswärtigen Guthaben gemäß Abschnitt a) einer besonderen Institution zuweisen, die durch Sie errichtet wird und unter Ihrem Befehl steht. Sie werden sich bemühen, ähnliche Institutionen für denselben Zweck in den anderen Besatzungszonen errichten zu lassen und sie sobald wie möglich in einer Institution für das gesamte besetzte Gebiet zusammenzufassen. Zusätzlich werden Sie Ihrer Regierung ausführlich über alle deutschen Devisen- und Auslandsguthaben berichten.

49. Keine Kreditausweitung für Deutschland oder für einzelne Deutsche durch irgendeine ausländische Person oder eine ausländische Regierung soll zugelassen werden, ausgenommen daß der Kontroll-Rat in speziellen Notfällen die Genehmigung für solche Kredit-Ausweitungen gibt.

50. Es ist nicht beabsichtigt, daß Sie der Reichsbank oder irgendeiner anderen Bank oder irgendeiner öffentlichen oder privaten Einrichtung Kredite verfügbar machen werden. Wenn Ihrer Meinung nach solch eine Maßnahme notwendig wird, können Sie solche Notmaßnahmen treffen, die Sie für angemessen halten, aber in jedem Fall die Tatsachen dem Kontroll-Rat berichten.

51. Sie werden Bücher und Akten führen, die notwendig zur Darstellung der finanziellen Maßnahmen der Militär-Regierung in Ihrer Zone sind, und Sie werden dem Kontroll-Rat die Informationen liefern, die er anfordern könnte, einschließlich Informationen in Verbindung mit dem Gebrauch von Geldmitteln durch Ihre Streitkräfte, durch Regierungsausgaben, Besatzungskosten und andere Verpflichtungen, die aus den Maßnahmen und Tätigkeiten entstehen, an denen Ihre Streitkräfte teilnehmen.

INDEX

Vorkriegs- und Kriegsgeschehen 1937—1945

Entstehung und Durchsetzung des Morgenthau-Planes

Die Grundzüge der amerikanischen Deutschland-Politik im Morgenthau-Tagebuch und in der Direktive ICS 1067

Aufteilung des deutschen Staatsgebietes

Morgenthau-Tagebuch: 93—99, 99—105, 108 f., 112, 147, 155, 178, 212 f., 222, 283 f., 379 f. — Direktive ICS 1067: 392 f.

Entindustrialisierung

Morgenthau-Tagebuch: 75 f., 78, 93, 96 f., 103 f., 105—108, 109, 112 f., 114, 120—135, 137—146, 148 f., 150, 157, 161 f., 163 f., 171—174, 179 f., 181 f., 183, 194 f., 197, 198—205, 209—211, 217 f., 248, 262—267, 269 f., 274, 279—281, 294 f., 301 f., 327, 379 f. — Direktive ICS 1067: 393 f., 401, 406.

Entmilitarisierung

Morgenthau-Tagebuch: 108, 156, 178, 289 — Direktive ICS 1067: 393, 396, 402 f.

Gruppenbestrafung („Kriegsverbrecher" und „Entnazifizierung")

Morgenthau-Tagebuch: 89, 92, 110 f., 118—120, 133, 149—153, 182, 184—188, 188 f., 190, 211 f., 221, 248, 274r—276, 282, 289—293, 331—375 — Direktive ICS 1067: 394—397, 400, 407 f.

Politische Dezentralisierung

Morgenthau-Tagebuch: 112, 154, 156, 181, 326 — Direktive ICS 1067: 392 f., 400.

Umerziehung

Morgenthau-Tagebuch: 75 f., 92, 111 f., 114, 116 f., 156, 180 f., 194, 198 f., 247, 294 — Direktive ICS 1067: 397 f., 399.

„Wiedergutmachung" und „Reparationen"

Morgenthau-Tagebuch: 110, 129, 156 f., 180, 194, 285—287, 310—315, 316—322 — Direktive ICS 1067: 393, 401, 406.

NAMENVERZEICHNIS

Die Namen Henry Morgenthau jr. und Franklin D. Roosevelt sind — da laufend erwähnt — im Namenverzeichnis nicht berücksichtigt.



Henry Morgenthau junior

Nach seinem Amtsantritt als US-Finanzminister 1934

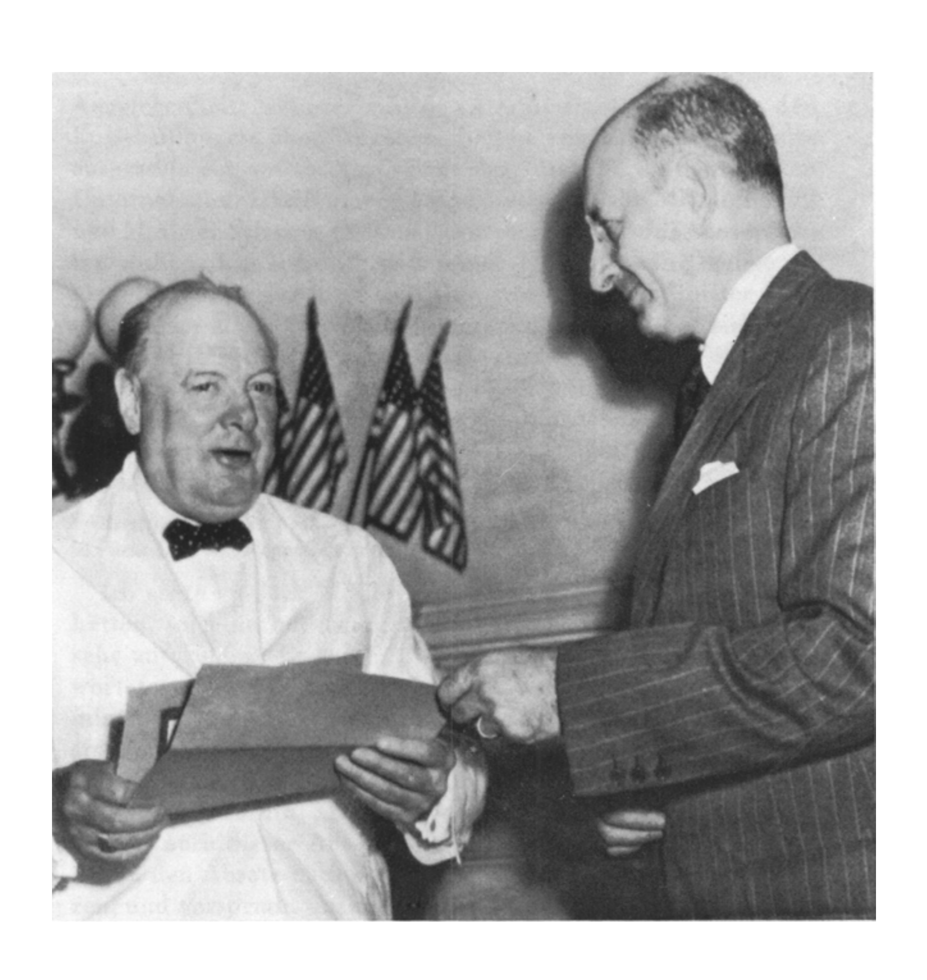


Das Kabinett Roosevelt

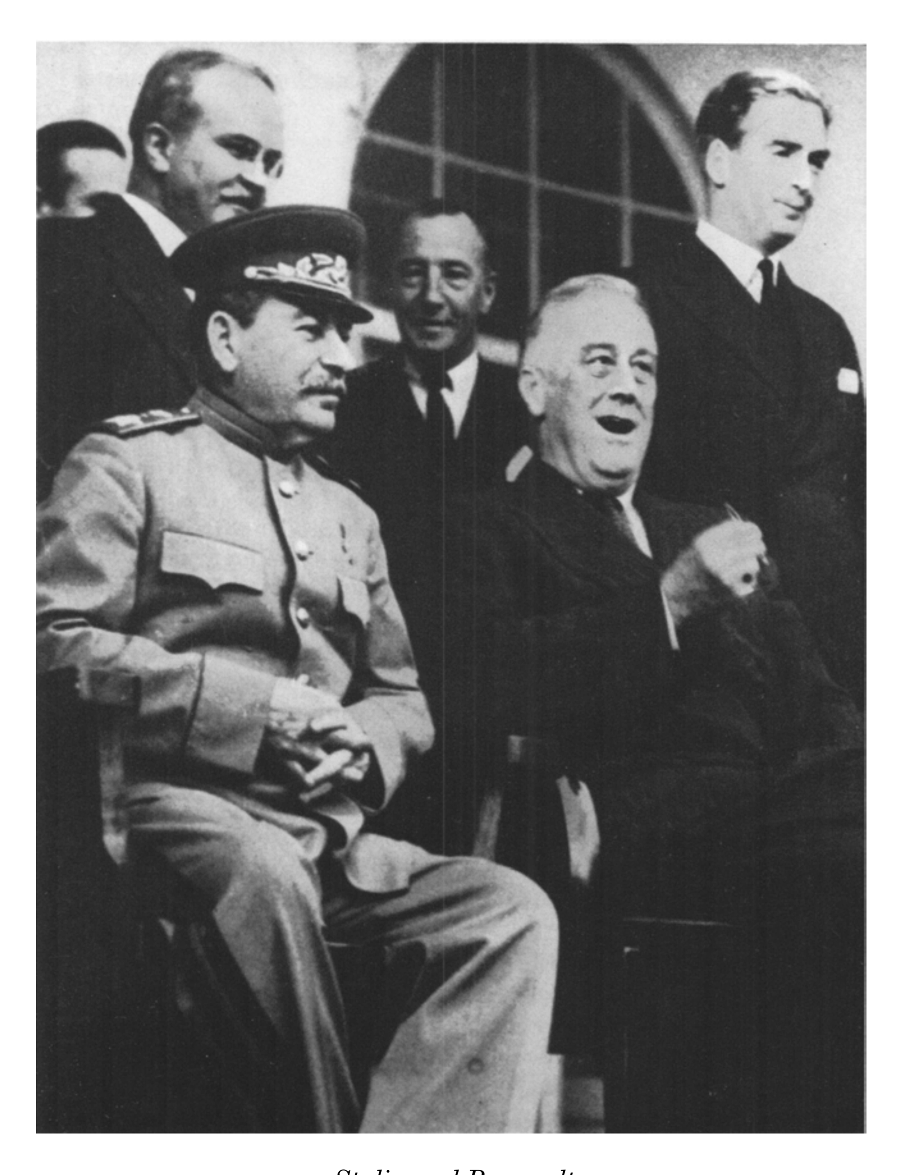
Vorne links Präsident Franklin D. Roosevelt, neben ihm Finanzminister Henry Morgenthau jr. — Vorne rechts Außenminister Cordell Hull



Morgenthau und Roosevelt

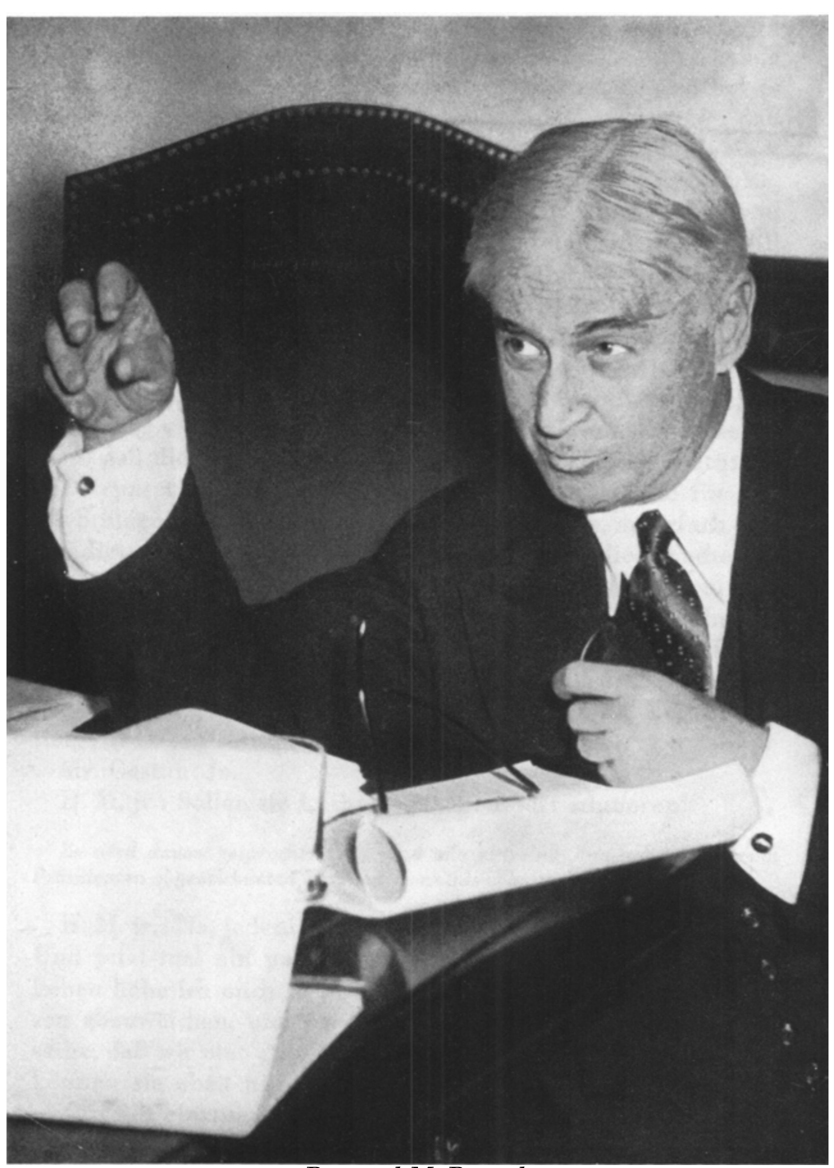


Churchill und Morgenthau



Stalin und Roosevelt

Stehend hinter Stalin der sowjetische Außenminister Molotow, rechts neben Präsident Roosevelt der britische Außenminister Eden



Bernard M. Baruch



Die Potsdam-Konferenz

Churchill — Truman — Stalin



Henry Morgenthau junior

Nach seinem Rücktritt als US-Finanzminister 1945

**** Ende Oktober 1943 anläßlich einer alliierten Außenminister-Konferenz.**

*** US-Präsident 1900—1908.**

Ein historisches Dokument

Der hier erstmals in deutscher Wortlautübersetzung herausgegebenen Dokumentation liegt eine amtliche Veröffentlichung des Senates der Vereinigten Staaten von Nordamerika zugrunde; deren genauer Titel lautet: „Morgenthau Diary (Germany)". Publiziert wurde die über 1600 Druckseiten umfassende amerikanische Originalausgabe im November 1967 vom US-Government Printing Office.

Es handelt sich ausschließlich um Schriftstücke, deren amtlicher Charakter unbestritten ist: Als US-Finanzminister Henry Morgenthau junior nach fast zwölfjähriger Amtstätigkeit im Juli 1945 zurückgetreten war, nahm er eine Sammlung von Unterlagen mit, die über die wichtigsten Vorgänge seiner Amtstätigkeit ungewöhnlich genaue Auskunft geben, weil in ihnen nicht nur formulierte und redigierte Aktenstücke, sondern auch stenografische Wortlaut-Protokolle von Besprechungen, ja von Telefongesprächen festgehalten sind. Aus dieser amerikanischen Parlamentsveröffentlichung wurden die für Deutschland wichtigsten Niederschriften ausgewählt.

Das „Morgenthau-Tagebuch" ist ein einzigartiges und in der Weltgeschichte erstmaliges Dokument. Bislang war es den Romanciers vorbehalten, historische Szenen nachzuempfinden und Dialoge auszudenken, aus denen sich große Politik entwickelt haben mag. Hier ist das alles in exakt den gleichen Worten festgehalten, mit denen damals verhandelt und gehandelt wurde — sowohl im Büro des weit über seine Dienststellung hinaus einflußreichen US-Finanzministers wie auch in den Räumen des nahe gelegenen Weißen Hauses.

Der deutsche Leser wird unvermeidlich von der berechnenden Systematik beeindruckt, die sich in diesen Aufzeichnungen darstellt: beginnend mit Maßnahmen ökonomischer Kriegsvorbereitung bis hin zu dem umfassendsten Programm eines kaltblütigen Sieg-Friedens, der in seinem Ansatz an die Zerstörung Karthagos erinnert und in seiner Fortsetzung heute noch die alliierte Deutschland-Politik beeinflußt.

